Zeitschrift: Tagblatt des Grossen Rates des Kantons Bern

Herausgeber: Grosser Rat des Kantons Bern

Band: - (1890)

Rubrik: Zusammentritt des Grossen Raths : November

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Tagblatt

des

Großen Mathes des Kantons Bern.

Kreisschreiben

an die

Mitglieder des Großen Raths.

Bern, den 12. November 1890.

herr Großrath,

Der Unterzeichnete hat im Einverständniß mit dem Regierungsrathe den Zusammentritt des Großen Raths auf Montag den 24. November festgesett. Sie werden demnach eingeladen, sich am genannten Tage, Nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathhause in Bern einzufinden.

Die zur Behandlung kommenden Gegenstände find folgende:

Gesekesentwürfe.

Bur ersten Berathung.

- 1. Einführungsgeset jum Bundesgeset über Schuldbetreibung und Ronfurs.
- 2. Geset über den Primarunterricht. 3. Geset betreffend Aufhebung des Gesetzes über die Branntweinfabrikation vom 31. Oktober 1869 und 11. Mai 1884.

Dekretsentwürfe.

- 1. Abanderung der Polizeiftunde der Wirthschaften.
- 2. Bollziehungsbetret zum eidgenöffischen Fischereigefet.
- 3. Detret betreffend die Errichtung neuer Pfarrftellen.
- 4. Defret betreffend Abanderung des Art. 12 des Defrets für die Organisation und Berwaltung der Biehentschädigungetaffe und der Pferdescheinkaffe vom 12. April 1882 und 18. Dezember 1884.

Tagblatt bes Großen Rathes. — Bulletin du Grand Conseil. — 1890.

Porträge.

Des Regierungspräfidiums.

- 1. Ueber eine stattgehabte Ersatwahl in den Großen Rath.
- 2. Ueber das Ergebniß der Bolksabstimmung vom 26. v. M. betreffend zwei kantonale Gefete.
- 3. Staatsverwaltungsbericht für das Jahr 1889.
- 4. Bericht über die weitere Behandlung des vom Großen Rathe erheblich erklärten Anzugs betreffend Ver= fassungsrevision.

Der Direktion des Innern.

1. Beschluffesentwurf betreffend die Erweiterung der Irrenpflege.

Der Juftigdirettion.

1. Beschwerde des Karl Friedr. Kernen von Reutigen.

Der Polizeidirettion.

- 1. Naturalisationen.
- 2. Strafnachlaggefuche.

Der Finang- und Domänendirektion.

- 1. Räufe und Verkäufe von Domanen.
- 2. Nachfredite.
- 3. Staatsrechnung für das Jahr 1889.
- 4. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1891.

Der Forftdirettion.

1. Waldtäufe und =Verkäufe.

Der Militärdirettion.

Entlassung von Stabsoffizieren.

Der Baudirettion.

- 1. Strafen= und Brudenbauten.
- 2. Expropriationen.

3. Grimfelftraße, Staatsbeitrag, Uebernahme des Baues und Ertheilung des Expropriationsrechts. 4. Thierarzneischule, Neubau.

5. Chemisches Laboratorium, Neubau. 6. Beitrag an die Saanekorrektion.

7. Beitrag an die Verbauung der Dorfbache zu Rieder= wichtrach.

8. Beitrag an die Aarekorrektion zwischen Interlaken und dem Thunersee und Ertheilung des Expropriations= rechts.

Mahlen

1. eines Mitglieds der Bittschriftenkommiffion an Plat

des verftorbenen Herrn Bailat; 2. eines Ständeraths für den Rest des Jahres 1890 und zweier Ständerathe für das Jahr 1891; 3. eines Oberrichters an Plat des zurückgetretenen herrn

Dr. Karl Stooß;

4. des Regierungsstatthalters von Courtelarn;

5. des Gerichtspräsidenten von Neuenstadt;

6. von Stabsoffizieren.

Anzüge und Interpellationen

1. des herrn Demme betreffend die gewerblichen Schieds= gerichte und die Sandelsgerichte;

2. des Herrn Scherz betreffend Revision des Großraths= reglements;

3. des herrn Scherz betreffend Revifion des Niederlaffungs= gefetes;

4. der Herren Boechat und Choquard betreffend wirkfamere Bestrafung des Alkoholschmuggels an der

5. des herrn v. Groß betreffend Erlaß feines Fischerei= Befetes ober Defrets.

Für den ersten Tag werden die Vorträge des Regierungspräfidiums und ber Direttionen, und für Dienftag den 25. das Ginführungsgeset jum Bundesgeset über Schuldbetreibung und Konturs auf die Tagesordnung

Die Wahlen finden Mittwoch den 26. November statt.

Mit Hochschätzung!

Der Großraths=Brafident: A. Brunner.

Erfte Sitzung.

Montag den 24. November 1890.

Nachmittags 2 Uhr.

Borfigender: Brafident Dr. Brunner.

Der Namensaufruf verzeigt 214 anwesende Mitglieder. Abwesend sind 57, wovon mit Entschuldigung: die Herren Benz, Bratschi, Chodat, Hennemann, Jolissaint, Scherz, Schnell, Boisin, Ihro; ohne Entschuldigung abwesend sind: die Herren v. Allmen, Anken, Bigler, Boinay, Choquard, Clemençon Daucourt, Eggimann (Hasle), Fahrny, Frutiger, Gerber (Steffisburg), Glaus, Couvernon, Guenat, Hadorn, Beg, Hiltbrunner, Birschi, Hobert, Buentt, Javotti, Heg, Hittelinier, Stefat, Hofer (Oberönz), Horn, Hoftettler, Huffon, Klohner, Krebs (Wattenwyl), Kunz, Lauper, Locher, Marti (Bern), Marti (Lyß), Mathey, Mérat, Meyer (Biel), Meyer (Laupen), Müller (Tramelan), Péteut, Kät, Kenfer, Kobert, Kolli, Koth, Stämpfli (Zäziwyl), Stouber, Streit, Trachsel, Tschanen, Tschannen, Weber (Biel), Zingg (Ins).

Der Prasident erklärt die Sitzung als eröffnet.

Der Präsident gibt dem Großen Rathe Kenntniß von einer Petition einer Ungahl Grundeigenthumer im Bodeli, dahingehend, es möchte ein von der Dampfschifffahrts= gesellschaft des Thuner= und Brienzersee's allfällig ein-gelangtes Expropriationsbegehren für die Erstellung eines Schifffahrtskanals zwischen dem Thunersee und Inter-laken abgewiesen und die Gesellschaft zur gütlichen Uebereinkunft an die Betenten gewiesen werden.

Ferner wird durch das Präsidium mitgetheilt, daß herr Großrath Dürrenmatt eine mit 16,223 Unter= schriften bedeckte Petition betreffend Reduktion des Salz= preises auf 10 Rp. per Kilo eingereicht habe.

Der Präsident beantragt, diese Betition der Regierung und der Staatswirthschaftskommission zu überweisen.

Flückiger. Ich möchte mir nur eine Frage erlauben. Am 29. Juli abhin hat der Große Rath durch einstimmigen Beschluß die Regierung beauftragt, für die gegenwärtige Session eine Vorlage, bezweckend die Rebuktion des Salzpreises, zu machen. Nun gibt es außer dem Großen Rathe keine Behörde, die das Recht hätte, Großrathsbeschlüsse zu suspendiren. Ich möchte deshalb fragen, warum dieser Gegenstand nicht auf der Traktandenliste erscheint. Die Reduktion wird nicht einsach bei der Berathung des Büdgets abgewickelt werden können, sonbern es wird dafür, wie ich denke, ein Geset oder ein Dekret nöthig sein.

Scheurer, Regierungspräsident. Der vom Großen Rathe in seiner letten Sitzung gefaßte Beschluß ift meines Erinnerns nicht so gehalten, wie herr Flückiger fagt, sondern es ging derfelbe einfach dahin, es fei die Salz= preisfrage in Berbindung mit verschiedenen Steuerfragen überhaupt zu untersuchen und dem Großen Rathe darüber Bericht zu erstatten. Zudem war die damals von Herrn Flückiger vorgebrachte Begründung nicht so beschaffen, als ob schon für 1891 eine Vorlage gebracht werden solle. Herr Flückiger ging von der Ansicht aus, es sei der Salzpreis erst herabzuseten, wenn die Finanzlage es zu ertragen vermöge. Nun werde das Büdget um große Summen entlastet; einerseits haben sich die Finanzen in-folge der Liquidation von Eisenbahnwerthen zc. gebessert und anderseits werde das Büdget entlastet durch Wegfall ber Ausgaben für die Seelandentsumpfung und die Amortisation des Wirthschaftskonzessionsanleihens; es werde des= halb die Staatstaffe über genügende Mittel verfügen, um die Bedürfniffe der Staatsverwaltung bestreiten zu können, ohne den gegenwärtigen Salzpreis beizubehalten. Nun ift herrn Flückiger wohlbekannt, daß die erwähnte bedeutende Reduktion der Ausgaben erst mit Ende des Jahres 1891 eintritt. Es muß ihm das im Momente der Begründung seines Anzuges offenbar nicht gerade gegenwärtig gewesen sein, und es kann deshalb die Re-duttion nicht schon nächstes Jahr Platz greifen. Das ift der Grund, weshalb heute keine eigentliche Vorlage da ist. Auch glaubte der Regierungsrath, es werde Gelegen= heit gegeben sein, über den Salzpreis zu sprechen, wenn es sich um die Berathung des Büdgets handelt. Im übrigen hatte die Regierung von der in's Werk gesetzten Petition bis heute noch keine offizielle Kenntnig. wußte nur aus Zeitungen, daß eine solche Petition in gewiffen Ortschaften und Landesgegenden den Bürgern zum Unterzeichnen vorgelegt werde, und ich, der ich daran zunächst betheiligt bin, höre erft jett, auf was die Betition abzielt, nämlich auf eine Herabsehung des Salzpreises auf 10 Rp. per Kilo, während man früher nur eine Reduktion um 5 Rp. per Kilo verlangte. Nun machen aber 5 Rp. eine Differenz von Fr. 400,000 aus, und es erfordert beshalb eine Reduktion um 10 Rp. eine ganz andere Behandlung des Gegenstandes, als eine Reduktion um nur 5 Rp. Die Regierung muß daher, wenn fie zu definitiven Anträgen kommen foll, über das ganze Material verfügen können, wozu namentlich auch die Betition gehört.

Flückiger. Ich muß mir zwei Berichtigungen er-

lauben. Der Herr Finanzdirektor ist vollskändig im Frethum, wenn er meint, ich habe nicht vorausgesehen, daß ein Theil der Summen, um die der Fiskus künftig entlastet sein wird, erst mit dem Jahre 1891 dahinfällt. Ich habe dies im Gegentheil in meinem Botum ausdrücklich betont und gesagt, eine Reduktion werde ohnehin nicht vor dem Jahre 1892 in Kraft treten.

Zweitens ist der Herr Finanzdirektor wieder im Irrthum, wenn er meint, der Großrathsbeschluß vom 29. Juli abhin gehe dahin, die Salzpreisfrage solle mit andern Steuerfragen zusammen behandelt werden. Dies wurde von mir, als Wortführer der Motionssteller, ausdrücklich abgelehnt und es mußte ein gegentheiliger Antrag zurückgezogen werden, nachdem man sah, daß man den Kürzern ziehe. Der Beschluß des Großen Kathes lautet ohne irgend welches Anhängsel wörtlich wie folgt: "Der Regierungsrath sei einzuladen, dis zur nächsten Session des Großen Kathes demselben eine Vorlage zu machen sür Herabseung des Salzpreises." Es hätte also für die gegenwärtige Session eine Vorlage gemacht werden sollen.

Scheurer, Regierungspräsident. So unbedingt, wie Herr Flückiger es darstellt, ist sein Anzug, wie das Prototoll beweisen wird, nicht angenommen worden, sondern es wurde derselbe in dem Sinne erheblich erklärt, daß die Regierung entweder über die Salzpreisfrage für sich oder aber in Verbindung mit andern Steuerfragen eine Vorlage machen solle. Ueber alle diese Fragen wird man übrigens bei der Berathung des Büdgets sprechen können.

Flückiger. Ich möchte nur bemerken, daß die Regierung bei Behandlung meiner Motion keinen Antrag stellte, sondern es erklärte der Herr Finanzdirektor nur, um der Regierung aus der Klemme zu helfen, man habe die Absicht, mit andern Steuerfragen auch die Salzpreisfrage zu behandeln.

Der Präsident bemerkt, daß er, da alle diese Fragen bei der Berathung des Büdgets besprochen werben können, die Reklamation des Herrn Flückiger als erledigt betrachte.

Tagesordnung:

Portrag über eine seit der letten Session stattgehabte Ersatwahl in den Großen Rath.

Laut diesem Vortrage wurde am 26. Oktober abhin im Wahlfreise Delsberg an Plat des verstorbenen Herrn Robert Bailat zum Mitgliede des Großen Rathes gewählt:

herr Joseph Pallain, Bahnhofvorftand in Delsberg.

Da diese Wahl unbeanstandet geblieben ist, beantragt der Regierungsrath deren Validirung und Beeidigung des Gewählten. Die Balidirung der Wahl des herrn Pallain wird stillschweigend ausgesprochen. Derselbe leistet hierauf den verfassungsmäßigen Eid.

Bereinigung der Craktandenlifte.

Einführungsgesetz zum Bundesgeset über Schuldbetreibung und Konkurs.

Präsident. Wie Sie wissen, ist das Einführungszesest zum Bundesgeset über Schuldbetreibung und Konsturs dis Ende Juni nächsten Jahres dem Bundesrathe sertig vorzulegen. Da das Geset zweimal berathen und dem Bolke zur Annahme vorgelegt werden muß, so ist es dringend nöthig, daß daßselbe in der gegenwärtigen Session zur ersten Berathung gelangt. Ich habe mir deshalb erlaubt, sofort nach der Durchberathung des Entwurfes in der Regierung das Büreau einzuberusen, um eine Kontmission zu bestellen. Mit Kücksicht auf die zu entschedenden organisatorischen Fragen glaubten wir die Kommission etwas zahlreicher bestellen zu sollen, als es sonst üblich ist, nämlich aus 15 Mitgliedern. Es sind dies die Herren:

Großrath Bühlmann, als Präsident.

"Boinah.
"Brunner.
"Harberg).
"Harberg).
"Harberg.
"Harberg.
"Harber et.
"Harband (Renan).
"Michel (Narmühle).

Moser.
"Schweizer.
"Siegerist.
"Weber (Graswyl).

, Whß. , Zhro.

Es ift nun mein Auftrag, Sie im Kamen des Büreau's zu ersuchen, Sie möchten diese Kommissionsbestellung nachträglich genehmigen. Wir erlaubten uns deshalb, Ihrer Entscheidung vorzugreisen, weil wir wußten, daß unter allen Umständen eine Kommission eingesetzt werde und weil wir ferner von der Ansicht ausgingen, daß es nicht möglich wäre, das Gesetz in der gegenwärtigen Session zu berathen, wenn die Kommission erst am ersten Sitzungstage bestellt würde. Die Kommission hat das Gesetz während zwei vollen Tagen durchberathen, und es ist die Regierung ihren Abänderungsanträgen meistentheils beisgetreten, sodaß nun, mit Ausnahme ganz weniger Punkte, ein gemeinschaftlicher Entwurf der Regierung und der Kommission vorliegt.

Der Große Rath ertheilt der durch das Büreau ersfolgten Bestellung einer Kommission stillschweigend die Genehmigung.

Präfibent. Ich zeige Ihnen ferner an, daß ich zur Berathung biefes Gesets, die auf morgen angesetzt

ist, auch die Herren Oberrichter einladen ließ, da, wie Sie wissen, zur Berathung von Gesetzen auch die Mitglieder des Obergerichts eingeladen werden sollen, sobald es irgendwie angezeigt ist. Ich glaube nun, gerade bei diesem Gesetzentwurf sei es sehr angezeigt, daß auch den Mitgliedern des Obergerichts Gelegenheit gegeben wird, ihre Ansichten auszusprechen.

Primarichulgefet.

Das Büreau wird beauftragt, zwei aus der Kommiffion ausgeschiedene Mitglieder durch zwei andere zu ersetzen.

Un vom Büreau zu bestellende Kommissionen werden gewiesen:

- 1) Gesetz betreffend Aufhebung des Gesetzes über die Branntweinfabrikation (fünf Mitglieder).
- 2) Bollziehungsbekret zum eidgenöffi= ichen Fischereigeset (fieben Mitglieder).
- 3) Defret betreffend die Errichtung neuer Pfarrftellen (fünf Mitglieder).
- 4) Dekret betreffend Abanderung des Defrets über die Organisation und Berwaltung der Biehentschädigungskasse und der Pferdescheinkasse (fünf Mitglieder).

Detret betreffend Abanderung der Polizei= ftunde der Wirthschaften.

Müller (Stadtpräsident), Präsident der Kommission. Die Kommission hat seinerzeit die Borlage berathen und war bereit, darüber zu referiren. Indessen haben sich seither so viele Stimmen gegen die Borlage geltend gemacht, daß ich glaube, es sei zweckmäßig, die Kommission nochmals zu besammeln, um die ganze Angelegeneheit nochmals einläßlich zu besprechen. Gleichwohl nehme ich an, daß noch im Laufe dieser Woche über die Vorslage wird referirt werden können.

Staatsverwaltungsbericht pro 1889.

Bühlmann, Präsident der Staatswirthschaftskommission. Die Staatswirthschaftskommission beantragt Ihnen, dieses Traktandum auf eine Januarsession zu verschieben. Die Traktandenliste ist ohnehin sehr überladen und das Geschäft pressirt nicht sehr. Zudem hat die Staatswirthschaftstommission diesen Sommer beschlossen, den Bericht jeweilen etwas eingehender zu durchzgehen, als dies bisher der Fall war, und dann schriftelich — durch eine gedruckte Borlage — zu rapportiren. Die Staatswirthschaftskommission konnte sich nun erst letzten Montag besammeln und es wäre nicht möglich gewesen, dis zum heutigen Tage die Berichte der Substommissionen zusammenzustellen.

Der Große Rath ist mit der beantragten Verschiebung einverstanden.

Staatsrechnung pro 1889.

Bühlmann, Präsident der Staatswirthschaftskommission. Die Staatsrechnung wurde immer in Berbindung mit dem Staatsverwaltungsbericht behandelt; die Staatswirthschaftskommission beantragt deshalb, die Staatsrechnung ebenfalls auf die Januarsession zu verschieben.

Einverstanden.

v. Erlach (Münfingen). Ich vermisse auf dem Traktandenverzeichniß ein Traktandum, das meiner Anficht nach darauf gehört. Es betrifft das den Bericht des Regierungsraths über den Anzug der Sh. Bühler und Genoffen betreffend die Revifion des Wahlgesetzes. Schon im Jahre 1886 beschloß der Große Rath anläßlich einer Wahlbeschwerde wegen ungesetzlicher Abstimmung von Gefangvereinen, wenn ich nicht irre auf Untrag des Regierungsraths, es folle das Gefet revidirt werden. Die Sache gerieth aber in Vergeffenheit. Im Februar 1889 reichten die Herren Bühler und Genoffen, anläglich einer Wahlbeschwerde wegen ungesetzlicher Bahnhofabstimmung, folgenden Anzug ein: "Der Regierungsrath wird ein= geladen, zu untersuchen, ob nicht das Gesetz über die Volksabstimmungen und öffentlichen Wahlen im Sinne einer größern Erleichterung der Stimmabgabe einer Revifion zu unterwerfen sei, und dem Großen Rathe Bericht und Antrag vorzulegen." Dieser Anzug wurde erst im Upril d. J. behandelt und bei diefer Gelegenheit von herrn Bühler einläglich begründet, worauf berfelbe vom Großen Rathe einstimmig erheblich erklärt wurde. Ich möchte nun nicht, daß die Sache, die für viele Land= gemeinden von großem Interesse ist, neuerdings wieder vergessen würde, und ich wundere mich um so mehr, daß dieser Begenstand nicht auf der Traktandenliste erscheint, als mir bekannt ift, daß von verschiedenen Seiten wieder Gefuche um Kreirung neuer politischer Bersammlungen beim Regierungsrathe liegen, so 3. B. aus bem Schulfreis Ronolfingen, indem die betreffenden Bürger 11/2 Stunden weit nach Münfingen geben muffen, um ihr Stimmrecht auszuüben, wobei ihr Weg bei der Kreuzstraße vorbei= führt, wo die Gemeinden Stalden und Sünigen abstimmen. Da dürfen sie aber nicht stimmen, sondern muffen noch eine gute Stunde weiter gehen nach Münfingen. Dies

ist für die Leute ärgerlich und beschwerlich; sie werden in ihrem Stimmrecht beeinträchtigt und können darum mit Recht verlangen, daß man ihr Gesuch um Kreïrung einer eigenen politischen Bersammlung berücksichtigt. Ich glaube aber, wie Herr Bühler seinerzeit ausführte, daß es besser wäre, man würde die Sache grundsählich erledigen und nicht nur hie und da eine Gemeinde berückssichtigen, während noch viele andere in einer ähnlichen Lage sich besinden. Ich erlaube mir deshalb, den Antrag zu stellen, es sei dieser Gegenstand noch auf die Traktanden-liste zu sehen.

Lienhard, Justizdirektor. Ich muß mich diesem Antrage widersehen; denn die Justizdirektion, welcher der Anzug des Herrn Bühler, mit demjenigen des Herrn Dürrenmatt betreffend Proportionalvertretung, zur Berichterstattung zugewiesen wurde, war bis jett nicht im Falle, darüber Bericht erstatten zu können. Hingegen hat sie sich, auf Anfrage im Regierungsrathe hin anläßlich der Feststeng des Traktandenverzeichnisses, bereit erklärt, dis zur folgenden Session, die etwa in der zweiten Hälfte des Januar stattsinden wird, über beide Anzüge Bericht zu erstatten. Herr Bühler, mit welchem ich darüber sprach, ist damit einverstanden.

Präsident. Ich nehme an, Herr v. Erlach sei mit dieser Erklärung befriedigt.

Portrag über das Ergebniß der Polksabstimmung vom 26. Oktober betressend das Geset über Errichtung einer höhern Gewerbeschule und das Geset betressend die landwirthschaftliche Schule auf der Rütti.

Dieser Bortrag hat folgenden Wortlaut:

Bern, den 5. November 1890.

Herr Präsident,

Herren Großräthe! Wir beehren uns, Ihnen hiermit das Ergebniß der Bolksabstimmung vom 26. Oktober 1890 zur Kenntniß

1) Das Gesetz betreffend Errichtung einer kant alen Gewerbeschule wurde mit 33,584 gegen 12,825, a mit einem Mehr von 20,759 Stimmen angenommen.

2) Der Beschluß betreffend Abanderung des Gesetzes über die landwirthschaftliche Schule auf der Rütti wurde mit 31,164 gegen 11,659, also mit einem Mehr von 19,505 Stimmen ebenfalls angenommen.

Die Bahl der Stimmberechtigten beträgt 111,861. Das Ergebniß der Stimmabgabe der einzelnen po-

Das Ergebnitz der Stimmabgabe der einzelnen politischen Bersammlungen ist aus der beiliegenden Zusammenstellung zu ersehen.

Mit Hochachtung!
Im Namen des Regierungsraths
der Präfident
Scheurer,
der Staatsschreiber
Berger.

Nach der diesem Vortrage beiliegenden Zusammenstellung gestaltet sich das Ergebniß der Stimmabgabe in den einzelnen Amtsbezirken wie folgt:

Amtsbezirke		Stimm= berechtigte	Gewerbeschule		Landwirthschaftliche Schule Rütti	
			Annehmende	Perwerfende	Annehmende	Perwerfende
Frutigen Interlaten Ronolfingen Laufen Laupen Münfter Reuenftadt Ridau Oberhasle Bruntrut Saanen Schwarzenburg Seftigen Signau Oberfimmenthal Thun Trachfelwald Wangen		3356 5428 14840 3285 1904 5865 5538 3454 1289 2707 2189 2254 5458 5581 1478 1859 3327 954 2827 1539 6252 955 2249 3709 4990 1544 2225 6273 5023 3509	742 1467 5410 1385 458 1767 2257 2357 160 661 1145 574 1088 956 849 338 1189 305 570 226 3777 176 272 678 688 434 413 1441 713 968	451 1094 846 113 185 906 221 314 58 422 251 491 666 497 274 205 333 48 138 103 680 171 403 605 346 330 297 691 841 732	696 1437 4747 1244 398 1656 2104 2273 164 620 1087 535 1037 866 779 325 1119 288 505 203 3568 178 282 638 615 388 401 1318 681 903	376 934 1019 114 181 837 240 289 48 344 250 417 532 469 224 175 320 45 145 65 643 141 327 539 327 308 255 608 721 652
Wilitär	Zusammen	111,861	* 120 33,584	113	31,164	114

Bericht des Regierungsraths über die Anzüge der Herren Bühlmann und Dürrenmatt betreffend Perfassungsrevision und Erweiterung der Polksrechte.

Diefer Bericht wird abgelefen und hat folgenden Wortlaut:

Hochgeehrte Herren!

Am 28. Juli abhin wurde vom Großen Kath folgender Antrag des Hrn. Großrath Bühlmann erheblich erklärt: "Der Kegierungsrath ift eingeladen, dem Großen Kathe mit möglichster Beschleunigung Bericht und Antrag über die einzuleitende Kevision der kantonalen Staatsverfassung vorzulegen."

Gleichzeitig wurde beschlossen, es sei hierunter auch die Motion des Hrn. Großrath Dürrenmatt vom 3. Juni 1890 betreffend die Erweiterung der Volksrechte zu begreifen. Dieser Antrag ging an den Regierungsrath und sodann an den Unterzeichneten zum Bericht und Antrag, welchem hienach Folge gegeben wird.

Daß unsere aus dem Jahre 1846 stammende kantonale Versassung der Revision längst bedürftig geworden ist, bedarf keiner weitern Begründung, da solches von keiner Seite bestritten ist, was namentlich durch die Thatsache bewiesen wird, daß eine Revision der Versassung von rechts und links bereits wiederholt versucht worden ist, jedoch bis auf den heutigen Tag ohne Erfolg.

Es kann sich somit bloß um die Frage handeln, ob ein abermaliger Versuch ein bessers Resultat haben werde. Eine bestimmte Antwort hierauf kann wohl niemand geben. Es fordern aber gewisse Bestimmungen der Versassung so gebieterisch ihre Revision, daß man wohl hoffen darf, daß die Zeit der Lösung derselben nun endlich gestommen sei, insofern Umfang und Gegenstand der Revision sich streng auf das Gebiet dieser Fragen beschränkt.

Als solche der Revision dringend bedürftige Objekte bezeichnen wir:

I. Das Armenwesen. II. Das Steuerwefen.

III. Ausdehnung der Volksrechte (Partialrevision, Initiative).

IV. Beseitigung der zwischen altem und neuem Ran-

ton noch bestehenden Ungleichheiten.

Eine Begründung diefer Hauptrevisionspunkte, die nun bereits so oft in eingehender Diskuffion geftanden haben, scheint uns im gegenwärtigen Stadium der Sache über-flüssig zu sein. Näher steht die Frage, ob nicht auch noch andere Gegenstände in den Rahmen der Revision zu ziehen seien. — Wenn es sich bloß um die Wünschbarkeit handelte, so würde der Kreis sich sofort erweitern. Wir betonen aber wiederholt, daß je mehr Dinge auf den Revisionswagen geladen werden, je weniger Aussicht sich darbietet, denfelben unter Dach und Fach zu bringen. Die Hauptsache besteht aber darin, jett endlich einmal die absolut nöthigsten Revisionsbedürfnisse zu befriedigen. Sind wir einmal so weit, so werden später auch die Gegenstände untergeordneteren Ranges zu ihrem Recht

Was die Anfrage ans Volk betrifft, so beantragen wir, dies in der gleichen allgemeinen Form zu thun, wie solches im Jahre 1883 geschehen. Man ist im Jahr 1888 anders verfahren, allein das Bolk hat die so gestellte Frage mit "Nein" beantwortet. Mit der allgemeinen Frageftellung find bann auch alle Zweifel und Einwände betreffend Berfassungsmäßigkeit von vornherein beseitigt. - Nebrigens rechtfertigt sich die allgemeine Anfrage auch aus fachlichen Grunden. Es tommen immerhin eine Mehrheit von Revisionspunkten in Frage, und wenn man auch fest entschlossen ift, die Revisionspforte nicht weiter zu öffnen, als absolut nöthig ift, so können im Berlauf der Revision sich doch noch fernere dringliche Gegenstände ergeben, die dann nicht mehr berücksichtigt werden könnten, wenn die einzelnen Revisionspunkte in Form von Spezial= anfragen der Bolksabstimmung vorgelegen hätten. Dieses hindert natürlich den Großen Rath, wenn er nach § 90 der Verfassung die Frage der Revision vor das Volk bringt, nicht, zum voraus die Revisionspunkte festzustellen, damit die Bürger, wenn sie zur Urne treten, wissen, um was es sich handelt. Diese Feststellung hat zwar keinen verbindlichen Charakter, und es kann, wenn die Revision grundsäglich erkannt ift, die Revisionsbehörde auf die all-gemeine Anfrage hin das Revisionsprogramm beliebig aufstellen. Ein Abweichen vom ursprünglichen Programm ift aber schwerlich zu besorgen, und im schlimmsten Falle bleibt dem Volke ja immer das Recht, ein feinen Wünschen nicht entsprechendes Revisionswert zu verwerfen.

Was endlich die Frage anbelangt, ob die Revision burch einen Verfaffungsrath oder durch den Großen Rath vorzunehmen sei, so sind wir der bestimmten Unsicht, es solle das lettere geschehen. Der Große Rath ist erst im Frühjahr dieses Jahres vom Bolke gewählt worden, er befitt somit das volle Vertrauen desfelben. Ferner soll die Revision, wie bereits wiederholt erwähnt, sich auf wenige bestimmte Bunkte beschränken; fie hat somit nicht den Charafter einer Totalrevision, für welche einzig die Aufstellung eines Berfaffungsrathes in Frage kommen könnte. Endlich find die Materien, welche erörtert und erledigt werden sollen, dem Großen Rath durch wieder= holte Berathungen nahe gelegt und vertraut geworden,

so daß er auch in sachlicher Beziehung als die weitaus geeignetste Behorde erscheint, die Revision zu einem ge-

deihlichen Ziel zu führen.

Aus vorstehendem Bericht erhellt, in welcher Weise hierseits die Revisionsfrage aufgefaßt und zu behandeln empfohlen wird. In dem dermaligen Stadium der Un= gelegenheit scheint es nicht angezeigt, bereits bestimmte Unträge zu stellen, wohl aber den Großen Rath zu ver= anlassen, sich zu äußern, ob er prinzipiell mit den auf= gestellten Zielpunkten einverstanden sei. — Zu diesem Zwecke wird bis zur nächsten Sitzung des Großen Rathes vom Regierungsrath ein Programm vorgelegt, in welchem Gegenstand und Umfang der angestrebten Revision der Berfaffung genau angegeben und festgestellt wird. Bern, den 14. November 1890.

Der Regierungspräsident: Scheurer.

Bom Regierungsrathe genehmigt und mit Empfehlung an den Großen Rath gewiesen.

Bern, 22. November 1890.

Namens des Regierungsraths der Präsident Scheurer, der Staatsschreiber Berger.

Präsident. Es kann sich heute also nicht darum handeln, die Frage der Verfassungsrevision zu diskutiren, sondern wenn von keiner Seite eine Bemerkung gemacht wird, so nehme ich an, es sei von diesem Bericht am Protokoll Notiz genommen und würden wir die Vorlage des Programms gewärtigen.

Nachkreditbegehren.

1) Der Regierungsrath beantragt die Bewilligung folgender Nachfredite pro 1890 für die Berichtsverwaltung:

Rubrik II B 3, Büreaukosten der Obergerichtskanzlei Fr. 1390

II B 5, Bibliothek des Obergerichts II F 4, Büreautosten der Kriminal=

2200 Zusammen Fr. 3990

Scheurer, Finangbirektor, Berichterstatter bes Regierungsraths. Es handelt fich in erster Linie um einen Nachkredit für Büreaukosten der Obergerichtskanzlei. Diese Mehrausgabe wurde veranlagt auf eine Art und Weise, die der Regierungsrath nicht für gerechtfertigt erachtet. Der Regierungsrath konnte dieselbe jedoch nicht wieder burch Beschluß beseitigen, da die Beschlußfaffung darüber in der Kompetenz des Obergerichtes lag. Die Mehr= ausgabe ist nämlich hauptsächlich dadurch entstanden, daß für den Obergerichtsweibel ein sogenanntes Scepter, oder, wie es auch genannt worden ift, ein Marschallsstab an= geschafft worden ift. Es foll das ein sehr kostspieliger, funftvoller Gegenstand sein von Gold und Elfenbein, der dazu dienen muß, die Bersönlichkeit des Obergerichts=

weibels noch wichtiger zu machen, als sie bereits ist. (Beiterkeit.) Wie man fich sagen ließ, ift die Ausgabe auch nicht infolge Beschlusses des Obergerichts entstanden, das wohl gefunden haben wurde, der Obergerichtsweibel könne auch in Zukunft, so lange die Republik Bern besteht, ohne Marschallsstab verbleiben. Es hat vielmehr der Weibel von fich aus das Scepter bestellt und zwar wurde dasfelbe nicht etwa in Bern verfertigt; allerdings fungirte ein Berner Goldschmied als Mittelsperson, der Gegenstand felbst aber wurde aus dem Auslande bezogen und die Thätigkeit des Berner Goldschmiedes wird wohl einzig darin bestanden haben, daß er zu der Rechnung einen gehörigen Zuschlag machte. Allein da das Obergericht die Handlung seines Weibels guthieß, so läßt fich an der= selben nicht mehr mäkeln, und es wird nichts anderes übrig bleiben, als zu gahlen. Es ift nur zu hoffen, daß der Obergerichtsweibel mit einem Scepter auskommen kann und nicht im Laufe der Jahre findet, er habe noch ein zweites nöthig. (Heiterkeit.)

Ferner wurde der Kredit für die Bibliothek des Obergerichtes um Fr. 400 überschritten. Hier ist die Begründung viel einfacher und besteht darin, daß das Obergericht, um sich auf dem Lausenden zu erhalten, die neuesten Publikationen juristischen Inhalts sich verschaffen muß und zwar nehmen namentlich die theilweise sehr theuren abonnirten Zeitschriften von dem an und für sich nicht großen Kredit von Fr. 500 einen sehr bedeutenden

Theil in Anspruch.

Was den Nachkredit für Büreaukosten der Kriminalstammer anbetrifft, so wurde derselbe namentlich durch Mobiliaranschaffungen in den verschiedenen Ussissensten veranlaßt, so namentlich in Delsberg, wo Fr. 1000 außzgegeben wurden, indem der Staat das Mobiliar, das außnahmsweise der Gemeinde gehörte, ankaufte. Dazu kamen Mobiliarergänzungen in Thun im Betrage von circa Fr. 400, Bern, Burgdorf und Biel, sodaß im ganzen eine Mehraußgabe von Fr. 2200 entstund, die gerechtsfertigt ist und wosür ein Nachkredit bewilligt werden muß.

Bewilligt.

2) Der Regierungsrath sucht ferner um Bewilligung eines Nachkredites von Fr. 2100 (50 % der Kosten) auf Rubrik X F, neue Straßen= und Brückenbauten, nach, behufs Betheiligung des Staates an neuerdings nöthig gewordenen Herstellungsarbeiten auf der Bern= Kappelen= Wohlen= Illiswylstraße.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission. Wir hatten schon in der letten Session Gelegenheit, für Herstellungsarbeiten auf der Bern-Kappelen-Wohlen-Jlliswylstraße einen ganz ähnlichen Nachkredit, in ungefähr gleichem Betrage, zu bewilligen, mit Rücksicht darauf, daß die Abnahme der Straße, die von den Gemeinden ausgeführt wurde und an deren Kosten der Staat einen Beitrag von 50 % verabsolgte, sich verzögerte. Es sind nämlich zwischen der provisorischen und der desinitiven lebernahme Ereignisse eingetreten, durch welche die Straße verwüstet wurde, weshalb der Große Rath an die Wiederherstellungsarbeiten in der letten Seffion einen Beitrag bewilligte. Seit ber letten Großrathsfeffion ift nun ber gleiche Fall nochmals ein= getreten, und da die Straße noch nicht definitiv abgenommen ist, entsteht neuerdings die Frage, wer die Kosten zu tragen habe. Der Staat kann nicht verantwortlich gemacht werden Er leistete an die Baukosten einen Beitrag von 50 %, und es ift einigermaßen ein Verschulden der Gemeinden, daß die Straße bis jest vom Staat noch nicht definitiv übernommen werden konnte. Gleichwohl beantragt die Staatswirthschaftskommission, neuerdings Fr. 2100 zu bewilligen, weil man sich sagte, wenn die Straße vom Staate zu einer Zeit übernommen worden ware, wie es hatte geschehen sollen, der Staat die ganzen Rosten übernehmen müßte. Infolge der versäumten Uebergabe feitens der Gemeinden muffen dieselben nun noch 50 % der Kosten tragen, sodaß der Staat also eigentlich einen Gewinn von Fr. 2100 macht. Wir halten deshalb dafür, es sei nur billig, daß der Staat den Gemeinden an die herstellungsarbeiten, die fie eigentlich gang zu tragen verpflichtet wären, den gleichen Beitrag leifte, wie an den Bau der Straße.

Genehmigt.

3) Der Regierungsrath beantragt ferner die Bewilligung eines Rachkredits pro 1890 auf Rubrik VI B 7, physiologisches Institut, im Betrage von Fr. 400.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Hier ist zu bemerken, daß für das phyfiologische Institut pro 1890 nicht derjenige Kredit bewilligt wurde, den der Chef desselben, Herr Professor Kronecker, als unumgänglich nothwendig erklärte und verlangte, sondern daß davon ein Abstrich gemacht wurde. Nun war es nach den Erklärungen des Herrn Professor Kronecker trotz der sparsamst eingerichteten Berwaltung nicht möglich, mit dem geschmälerten Kredit auszukommen und einen Rachtredit zu vermeiden. Herr Professor Kronecker motivirt dies mit der immer mehr zunehmenden Bahl der Zuhörer. Ueberhaupt sind seine Angaben derart, daß man sich wirklich überzeugen muß, es seien nicht unnöthige Ausgaben gemacht worden, weshalb der Regierungsrath dem Großen Rath den verlangten Nachkredit von Fr. 400 zur Genehmigung empfiehlt.

Genehmigt.

4) Der Regierungsrath beantragt, von Rubrik X C 4, öffentliche Pläte, pro 1890 einen Betrag von Fr. 1105. 75 auf Rubrik X C 5, Wirthschaftsgebäude, zu übertragen.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission. Ich möchte nur bemerken, daß die Büdgetansätze für Gebäudeunterhalt jedenfalls seit Jahren nicht übermäßig waren, was zur Folge hatte, daß von einem Jahr auf's andere Nebertragungen gemacht wurden. Die Staatswirthschaftskommission ist deshalb einverstanden, daß dieser Nachkredit bewilligt wird und hat es sehr begrüßt, daß im Büdget pro 1891 dieser Posten etwas erhöht wurde, sodaß in Zukunft etwas gesundere Bershältnisse eintreten werden.

Bewilligt.

5) Der Regierungsrath beantragt ferner die Bewilligung eines Nachkredits pro 1890 auf Rubrik VI B 17, Lehrmittel der Thierarzneischule, speziell der Beterinäranatomie, im Betrage von Fr. 200.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Der Kredit ist um Fr. 200 überschritten worden infolge der bedeutend größern Zahl von Zuhörern. Diese größere Zuhörerzahl hatte aber auf der andern Seite eine ziemlich größere Mehreinnahme, als der verlangte Nachkredit beträgt, zur Folge. Während nämlich die Schulgelder bloß auf Fr. 2500 veranschlagt waren, betragen dieselben bis jest Fr. 3884. 85 und werden vielleicht dis Ende des Jahres auf Fr. 4000 ansteigen. Es ist das der beste Beweis für die Vermehrung der Zuhörer, was dilligerweise auch bei den Ausgaben berückssichtigt werden. muß.

Genehmigt.

- 6) Im fernern werden folgende vom Regierungsrath beantragte Nachkredite pro 1890 ohne Diskussion bewilligt:
- 1. Rubrik VIII^b A 2, Unterstützung auswärtiger Noth= armer, Fr. 2900.
- 2. " I J 2, Entschädigung der Amtsschreiber für Angestellte und Büreaukosten, Fr. 907.
- 3. " III E 1, Besoldungen der Offiziere des Landjägerkorps, Fr. 558. 30.
- 4. " VIIIª D 1, Berufsstipendien, Fr. 1500.
- 5. " VIIIb A 1, Beiträge an die Gemeinden, Fr. 3630. 17.
- 6. " X F, neue Straßen= und Brückenbauten (Nachfredit für den Bau der Bern = Hönizstraße), Fr. 1957. 95.

Staates im Betrage von Fr. 1500, sowie eines Beitrages von Fr. 3500 an die Kosten der ausgeführten Kenovation der Kirche, die Genehmigung zu eriheilen. — Das Chor ist brandversichert für Fr. 14,000; die Grundsteuerschatzung des Plazes beträgt Fr. 2416; diejenige für das Gebäude kann nicht angegeben werden, da sie mit derzienigen der Kirche in eine Summe von Fr. 115,000 verzeinigt ist.

Scheurer, Domänendirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Die Loskauffumme für das Rirchen= chor von Biel ift zwar, absolut genommen, höher als in den meisten andern Fällen, die bis jest zur Behandlung kamen. Es steht diese höhere Summe aber durchaus im Einklang mit der Größe des Chors. Biel befigt, seiner Größe angemeffen, eine größere Kirche, als die Dorffirchen sind, für welche bisher Loskaufverträge vorgelegt wurden, und dazu gehört auch ein entsprechendes Chor. Die Renovation desselben, welche bis jest in der Pflicht des Staates lag, wurde letztes Jahr von der Kirchgemeinde felbst vorgenommen und erforderte jedenfalls bedeutende Opfer. Man spricht von Fr. 10,000 und es ist das wohl möglich. Man ist zwar seitens der Kirchgemeinde Biel in diefer Angelegenheit etwas eigenmächtig vorgegangen, indem die Renovation des Chors gleichzeitig mit der= jenigen der Kirche vorgenommen wurde, ohne daß der Staat begrüßt worden wäre. Man glaubte, es genüge, wenn man nachher einfach die ausgelegte Summe vom Staat zurückfordere. Die Staatsverwaltung geht jedoch in solchen Dingen anders vor. Sie hat in Bezug auf ihre Ausgaben für Renovationsarbeiten an Rirchenchören ihr Maximum, das bei weitem nicht an die von Biel verlangten Fr. 10,000 hinanreicht. Man konnte deshalb die Ansprüche der Kirchgemeinde Biel nicht befriedigen. Nachdem die Differenz einige Zeit angedauert hatte, einigte man sich schließlich in der Weise, daß man der Rirchgemeinde Biel eine Summe von Fr. 5000 ausbezahlt, die Stadt dafür aber das Chor zum Unterhalt übernimmt. Biel hat nu gewünscht, daß von dieser Summe Fr. 1500 als eigentliche Loskaufsumme, die zu kapitalisiren ist, betrachtet werden sollen, während der Ueberschuß als Beitrag an die Renovationskosten betrachtet würde. Das ist ein Verhältniß, das von seite des Staates annehmbar ift. Wenn Fr. 5000 auch viel Geld find und eine weit größere Summe repräsentiren, als anderwärts bezahlt wurde, so steht diese größere Summe doch im Einklang mit der Größe und Bedeutung des Kirchenchors von Biel und den Roften, die fein Unterhalt in Butunft zur Folge haben wird. Da der Vertrag also ein durchaus an= nehmbarer ift, so wird er dem Großen Rathe zur Ge= nehmigung empfohlen.

Genehmigt.

Abtretung des Birchenchors in Biel an die dortige Kirchgemeinde.

Der Regierungsrath beantragt, dem mit der Kirchgemeinde Biel abgeschlossenen Vertrag, wonach derselben das Chor der dortigen Kirche zum Eigenthum abgetreten wird, unter Ausrichtung einer Entschädigung seitens des

Staatsbeitrag an den Ban der Bellelan-Ja Joux-Strafe.

Der Regierungsrath ftellt folgende Unträge:

1) Das vorliegende Projekt für Korrektion, beziehungs= weise Neubau der Straße zwischen La Jour-Fornet-Belle= lay wird genehmigt. 2) Den bauausführenden Gemeinden La Joux und Châtelat wird an die auf Fr. 22,800 berechneten Bausfosten (extlusive Entschädigungen) ein freiwilliger Staatssbeitrag von 66 % der wirklichen Kosten, im Maximum Fr. 15,000, aus Rubrik X F bewilligt.

3) Der Bau ist innert der Frist von zwei Jahren in Angriff zu nehmen, widrigenfalls der Staatsbeitrag

dahinfällt.

4) Die Korrektion ist gemäß dem vorgelegten Plane und den speziellen Weisungen der Baudirektion, welche allfällig im Interesse des Baues sich als nothwendig erzeigende Abänderungen auzuordnen berechtigt ist, auszuführen.

5) Nach Vollendung des Baues haben die ausführenden Gemeinden eine amtlich beglaubigte Abrechnung über die Baukosten vorzulegen; in dieselbe dürsen unter keinen andern Positionen, als denjenigen des genehmigten Kostenanschlages, Ausgaben in Kechnung gebracht werden.

6) Die Straßenstrecke wird nach deren plangemäßer Ausführung als Straße III. Klasse an Stelle der jeht zwischen La Jour und Bellelay bestehenden Staatsstraße vom Staate zum Unterhalt übernommen. Die lehtere wird sodann auf der Strecke La Jour (Abzweigung der neu zu erstellenden) und der Einmündung der le Cernil-Belle-lah-Straße in die IV. Klasse verseht.

7) Für den spätern Unterhalt der neuen Straße haben die Gemeinden an geeigneten Stellen zwei Riesgruben

unentgeltlich zur Verfügung zu ftellen.

Dinkelmann, Baudirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Die Straßen, die von Les Breuleux und Tavannes nach Glovelier führen, treffen in der Nähe von Bellelay zufammen und führen von dort über den Sügel Beroie nach La Jour, Saulcy und Glovelier. Einer der mühsamsten Theile dieser Straßenstrecke ist das Stück La Jour-Bellelay, indem sich auf dieser 3 Kilometer langen Strecke die Gefälle auf 10-18% belaufen, die, wie begreiflich, für den Bertehr absolut unzuläffig find. Im ferneren wird der Berkehr auf der Straße nament= lich im Winter durch große Schneeanhäufungen erschwert, fodaß Gemeinden und Staat genothigt find, für Schneeräumungen große Opfer zu bringen. Unter diefen Ber= hältniffen fand man schon vor den 60er Jahren, es follte eine Korrektion eintreten; indessen sah man auch ein, daß eine bloße Korrektion nicht hinreiche, sondern daß man die Straße, wenn fie einen gehörigen Werth haben folle, um ben Sügel Bervie herumführen muffe. Ein bezügliches Projekt wurde im Jahre 1860 ausgearbeitet; dasselbe kam aber nicht zur Ausführung aus dem einfachen Grunde, weil die Gemeinden Châtelat und La Jour die ihnen zugemutheten Opfer nicht bringen konnten. Einige Jahre später baute die Gemeinde La Joux ein Stück der Straße in der Länge von 1368 Meter nach Plan und zwar ohne jede Staatsbetheiligung, und wieder einige Zeit später erstellten die Gemeinden Châtelat und La Joux ein weiteres, 1 Kilometer langes Stück nach Fornet-dessous. Auch dieses Stück wurde nach Plan ausgeführt, nur wurde ftatt einer Fahrbahn von 4,20 Meter nur eine solche von 3,60 Meter angenommen. In den letten Jahren endlich haben die Gemeinden Châtelat und La Jour noch das fehlende Stück von Fornet-dessous nach Bellelay, das meistens durch Wald führt, einigermaßen korrigirt. Gestütt auf diese Berhältniffe haben die betheiligten Gemeinden dem Regierungsrathe unterm 20. November 1889

das Gesuch eingereicht, es möchte der Staat die noch nöthigen Korrektionsarbeiten ausführen und hierauf die ganze Straße an Stelle der gegenwärtigen Staatsstraße zum Unterhalte übernehmen.

Die Untersuchung erzeigte, daß auf der ersten Strecke, nämlich von La Joux bis Fornet-dessus, nur noch ganz wenige Instandstellungs und Ergänzungsarbeiten — wie Erstellung von Banquetten, Ausräumung der Seitengräben, Andringung von Dohlen u. s. w. — nöthig sind. Auf der zweiten Strecke, wo die Straße nur eine Breite von 3,60 Meter ausweist, sind die nämlichen Arbeiten auszuführen, wozu noch die Verdreiterung der Straße kommt. Diese beiden Strecken bilden zusammen die erste Sektion. Die zweite Sektion besteht aus der Strecke Fornet-dessous-Bellelah, die vollständig korrigirt werden muß.

Der Posten für Unvorhergesehenes ist uns jedoch zu gering erschienen, und wir haben denselben auf die üblichen 10 % des Gesammtkostenvoranschlages erhöht.

Rachdem eine Lokalbesichtigung vorgenommen wurde,

fann folgendes tonftatirt werden:

Die gegenwärtige Straße mit ihren gang enormen Gefällen ift für den ziemlich entwickelten Berkehr gar nicht genügend und es muß nothwendigerweise eine neue Straße erstellt werden. Hiezu eignet sich nun das neue Projekt, mit nur 5,7 % Gefäll auf eine kurze Strecke, vorzüglich. Allerdings wird die Straße infolge ihrer Ver= legung über Fornet-dessous und Fornet-dessus um 2 Kilometer länger. Allein dies kommt in Unfehung der sehr günftigen Gefällsverhältnisse gar nicht in Betracht, um so weniger, als für die beiden Ortschaften Fornet und das nahe gelegene Rebevelier ein viel befferer Poft= dienst, als bisher, wird eingerichtet werden können, indem an Stelle eines Postboten eine direkte Postverbindung treten wird. Endlich hat die Straße auch für den Staat ein großes Interesse, da derselbe zwischen Fornet-dessous und Bellelay bedeutende Waldungen — die Waldungen von Beroie - befitt, die bedeutend beffer werden bewirthschaftet werden können.

Mit Rücksicht auf das bereits Angeführte und in An= sehung der bedeutenden Opfer, welche die Gemeinden La Jour und Chatelat bereits brachten, erscheint ein er= heblicher Staatsbeitrag durchaus angemessen, besonders auch, da die Gemeinden das nöthige Land, das auf Fr. 1167 veranschlagt ift, unentgeltlich abtreten wollen. Im fernern anerbieten die Gemeinden einen Beitrag von Fr. 7000. Da es sich aber hier um eine Straße handelt, die erst nach ihrer Ausführung vom Staate übernommen werden wird, so hat der Regierungsrath, in Abweichung von den Gesuchstellern, beschloffen, die betheiligten Ge= meinden haben die Straße zur Ausführung zu bringen, wie es bei andern ähnlichen Straßenbauten der Fall mar. Daß der Bau richtig ausgeführt wird, dafür wird ein gehöriges Bedingnißheft forgen und werden die Arbeiten durch unsere technischen Organe überwacht werden.

In Zusammenfassung dieser Ausführungen stellt Ihnen der Regierungsrath folgende Anträge (verliest den einsgangs abgedruckten Antrag des Regierungsraths).

Bühlmann, Berichterstatter ber Staatswirthschafts= kommission. Die Staatswirthschaftskommission empfiehlt Ihnen ebenfalls die Bewilligung eines Kredits von Fr. 15,000, gleich 2/8 der Kosten, für diese neue Straßen= anlage. Es ist dieser Beitrag ein etwas höherer, als bis jett üblich war, indem sonst an den Bau von Straßen 4. Rlaffe, die nachher der Staat übernimmt, in der Regel nur ein Beitrag von 50 % der Kosten bewilligt wurde. Allein die Gründe für einen erhöhten Beitrag find fo augenscheinlich, daß die Kommission sich sagen mußte, es muffe denfelben etwas Rechnung getragen werden. Damit aber hieraus nicht für spätere Projekte, in Bezug auf welche diese besondern Verumftandungen nicht vorhanden sind, Konsequenzen gezogen werden, möchte ich mir er= lauben, auf diese Gründe speziell aufmerksam zu machen. Die Straße ist nämlich bereits zum großen Theil aus= geführt, und zwar ohne Staatsbeitrag, und es handelt fich gegenwärtig nur noch um kleinere Vollendungsarbeiten auf dem bereits ausgeführten Stück und um Erstellung des Endstückes. Mit Rucksicht hierauf sagte man fich, es sei billig, daß der Staat etwas weiter gehe, als sonst üblich. Würde man auf die Kosten der ganzen Anlage basiren, so würde der heute beantragte Staatsbeitrag lange nicht hinreichen, um 50 % dieser Rosten zu decken, sodaß eine etwas höhere Subvention wirklich gerecht= fertigt ist. Dazu kommt, daß der Staat selbst am Bau ber neuen Straße fehr intereffirt ift. Die neue Straße durchschneidet nämlich auf eine Länge von 1 Kilometer Staatswaldungen, wodurch die Bewirthschaftung und Ausbeutung derfelben ungemein erleichtert wird. Wir beantragen Ihnen deshalb mit dem Regierungsrath, an diesen Straßenbau einen Beitrag von 2/3 der wirklichen Kosten oder im Maximum Fr. 15,000 zu bewilligen.

Bewilligt.

Expropriationsgesuch des Friedrich Schaffer im Schlegweg betreffend die Beimeuschwand-Jagbach=Strafe.

Der Regierungsrath legt zur Genehmigung vor nach= folgendes

Expropriationsdefret.

Der Große Rath des Kantons Bern,

auf den Antrag des Regierungsraths, ertheilt hiemit dem Herrn Friedrich Schaffer, Wirth im Schlegweg, be= hufs Zurückschneidung des Hausdaches von Peter Kunz im Jagbach an der Beimenschwand-Jagbach-Straße gemäß dem vorliegenden Plan das Expropriationsrecht.

Dinkelmann, Baudirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Unterm 4. Juli 1888 haben Sie den nöthigen Rredit zur Ausführung der zweiten Sektion der Heimschwand-Jaßbachstraße, nämlich der Sektion Schleg-weg-Jaßbach, unter dem Vorbehalt bewilligt, daß die Entschädigungen nebst allen von daher rührenden Rechts= folgen von den Betheiligten übernommen werden. Diefem Vorbehalt wurde durch eine Uebernahmserklärung des herrn Friedrich Schaffer, Wirth im Schlegweg, Genüge geleiftet. Die Straße ift ausgeführt, vollendet und dem Betrieb übergeben worden. Oberhalb Jagbach führt die Straße zwischen den Säusern von Friedrich Berger und

Beter Kung vorbei und es war nöthig, am Hause des Berger an der Laube etwas zurückzuschneiden. Auch am Haufe des Beter Kung hatte man am Dache ein Stud von ungefähr 1,35 Meter in Form eines Dreieckes von 1,35 Meter Basis und 6,50 Meter Höhe zurückschneiben sollen, weil dieses Dach in den Lichtraum der Straße hineinragte. Obwohl durch diese Wegschneidung am Hause Runz absolut kein Schaden entstanden wäre und die Laube vor dem Hause noch genügenden Schirm gehabt hätte, fah sich Rung doch veranlaßt, sich zu weigern und eine Forderung aufzustellen, welche absolut unannehmbar ist. Er hat nämlich für das Bischen Dach Fr. 400 ver= langt und mit Rücksicht darauf ist der Zustand vorläufig so belassen worden. Man hat alles versucht, den Rung zu veranlaffen, die Wegschneidung um eine billigere Summe vornehmen zu laffen, allein es war nicht mög= lich, mit ihm in's Einvernehmen zu kommen. Und da Dieser Zustand für eine Staatsftrage nicht haltbar ift, so ift herr Schaffer, ber seinerzeit die ganze Sache über= nommen, genöthigt, um Ertheilung des Expropriations= rechts nachzusuchen. Das Gesuch ist dem Betheiligten eröffnet worden und er hat erklärt, er sei grundsätlich einverstanden, nur wünsche er eine recht hohe Entschädigung. Die Untersuchung ergab, daß die Forderungen des Kunz übertrieben find und daß überdies ein gütliches Ueberein-tommen nicht möglich ift. Nachdem Sie am 4. Juli 1888 und am 2. November 1889 den Bau der Straße als ein Unternehmen des öffentlichen Wohles erklärten, ift die Expropriationsrechtsertheilung auch gegeben und der Regierungsrath beantragt Ihnen darum, Sie möchten folgenden Defretsentwurf zum Beschluß erheben. (Ber= liest den im Eingang abgedruckten Defretsentwurf.)

Genehmigt.

Ban einer Staatsftrage über die Grimfel.

Der Regierungsrath und die Staatswirthschaftskom= mission stellen folgende Anträge:

1) Dem vorliegenden Projekt über Erstellung der Grimselstraße auf Bernergebiet, veranschlagt auf Fr. 1,260,000, zwischen Hof und der Kantonsgrenze wird unter Berweifung auf die Bestimmungen des Bundes= beschluffes vom 12. Dezember 1889 die Genehmigung ertheilt.

2) Unter der Bedingung, daß die Landschaft Ober= hasli und die Gemeinden Guttannen und Innertfirchen das zum Bau der Straße erforderliche Terrain nebst den nöthigen Materialgruben zu Gunften des Staates unent= geltlich zur Berfügung stellen, übernimmt der Kanton Bern nach Abzug der daherigen Entschädigungen, sowie des im Maximum Fr. 840,000 betragenden Bundesbeitrages die verbleibende Kostensumme im Betrage von Fr. 400,000.

3) Zu diesem Zwecke wird der erforderliche Aredit von Fr. 400,000 auf Rubrik X F bewilligt und davon alljährlich eine Summe von Fr. 70,000 zur Verfügung

geftellt.

4) Die Baudirektion wird mit der Bauausführung betraut und ihr refp. den betheiligten Gemeinden behufs Erwerbung des nöthigen Terrains das Expropriationsrecht ertheilt.

5) Der Regierungsrath wird ermächtigt, gegenüber dem Bunde die Annahmserklärung des Bundesbeschlusses vom 12. Dezember 1889, soweit solcher den Kanton Bern betrifft, auszusprechen.

Ferner wird der Regierungsrath ermächtigt, im Ginverständniß mit den Bundesbehörden zweckdienliche Ab-

änderungen am Projekte vorzunehmen.

Baudirektor, Berichterstatter des Dinkelmann, Die Geschichte des Projektes einer Regierungsraths. Brimfelftrage ift Ihnen allen fo bekannt, dag einige Notizen genügen werden, um Ihnen diefelbe in Erinne= rung zu bringen. Der Bau der Grimfelftrage ift fchon seit zehn Jahren angestrebt worden. Es haben die Ge= meinden Guttannen und Innertkirchen dem Regierungs= rath schon im Jahre 1865 eine Vorstellung eingereicht, dahingehend, es möchte der Bau der Strecke Sof-Gut= tannen als nothwendig erklärt und es möchte im fernern der Regierungsrath beim Bund vorstellig werden, die ganze Grimselftraße, sowohl auf Berner- als auch auf Walliser-Gebiet zur Ausführung zu bringen und eine erhebliche Subvention zu leisten. Diesem Gesuch ist theilweise entsprochen worden und zwar in der Weise, daß ber Regierungsrath junachst bas Projekt für die Strecke Hof-Guttannen aufstellte und in den Jahren 1873 bis 1886 den Ban ausführte und beendigte. Jedoch ist nicht eine breite Straße, sondern nur ein Weg von 3 Meter Breite erstellt worden. Was den zweiten Theil des Gesuches betrifft, beim Bund vorstellig zu werden, so hat man damals den Zeitpunkt nicht als geeignet erachtet; denn anfangs der 60er Jahre, als es fich um Erstellung von Alpenftragen handelte, ift theils aus politischen, mehr aber aus militärischen Brunden der Furkaftraße der Borrang eingeräumt worden. Man fagte fich, daß eine direkte Berbindung des Reuß= und Hinterrheinthales mit dem Rhonethal nöthiger sei, als eine Berbindung von Aare= und Rhonethal, da im letzteren Falle auch noch die Sustenstraße hätte erstellt werden müssen, um ben gleichen Zweck zu erreichen. Die Angelegenheit wurde also vorderhand ad acta gelegt. Auch die fernern Ber= hältniffe des Bundes und des Kantons waren nicht der= art, um einen größern Beitrag auf Jahre hinaus in Aussicht zu nehmen. Immerhin ift die Strage bereits 1873 jum Zwecke der Subventionirung bei den Bundesbehörden angemeldet worden. Im gleichen Jahre find die Borarbeiten für die Fortsetzung der Straße bis in's Wallis eingeleitet und 1878 zur Vollendung gebracht worden. Inzwischen ist, wie ich bereits sagte, der Bau der 3 Meter breiten Straße Hof-Guttannen ausgeführt worden. Bern ist während dieser Zeit finanziell ganz bedeutend engagirt gewesen und zögerte barum mit der andern Strede von Guttannen nach Gletsch vorläufig noch. Erft nachdem 1886 der Bau der Strecke Sof=But= tannen fertig war, konnte man daran denken, nun auch mit der andern Strecke zu beginnen und der Große Rath hat am 13. Februar 1886 den Regierungsrath ermächtigt, die Projekte dem Bundesrathe, einzureichen. Das ist ge= schehen und es ging das Gesuch dahin, es sei dem Kanton Bern für die Bauausführung der in seinem Gebiet ge= legenen Strecke der Grimfelftraße an die Kosten von Fr. 1,500,000 ein Beitrag von 2/8 zu bewilligen und es sei am Bund, dafür zu sorgen, daß das auf Walliser= gebiet gelegene Stuck zu gleicher Zeit gebaut werde. Die Bundesbehörden haben uns dieses Projekt mit der Bemerkung zurückgesandt, daß zur Erzielung einer erheb=

lichen Kostenreduktion noch wesentliche Aenderungen sollten vorgenommen werden. Namentlich auf Wallisergebiet waren, wie man auf den an der Wand aufgehängten Planen ersieht, eine Anzahl Serpentinen vorgesehen gewefen. Die Bundesbehörden fanden aber, daß man fich diefe ersparen könne. Der Regierungsrath mußte die Motivirung des Bundesrathes anerkennen und ordnete eine neue Projektausarbeitung an. Gleichzeitig setzte er sich mit dem Staatsrath von Wallis in's Einvernehmen und es wurde möglich, den Bundesbehörden ein einheit= liches Gesuch einzureichen, dahingehend, es fei den Kantonen Bern und Wallis für an die auf Fr. 1,600,000 berechneten Kosten der Grimselstraße von Hof im Kanton Bern bis Gletsch im Kanton Wallis ein Bundesbeitrag von 2/3 zu bewilligen. In seiner Botschaft vom 30. Au= guft 1889 zeigte fich der Bundesrath dem Unternehmen sehr sympathisch und empfahl dasselbe gestütt namentlich auf die Gutachten des Militär= und des Postdepartements. Das Militärdepartement erklärte, daß die Fahrbarmachung der Grimfel für die Landesvertheidigung von überwiegen= dem Bortheil sei und das Postbepartement stellte in Aussicht, daß es Postkurse beantragen werde, sobald bie Kantone für gehörige Schneeräumung Sorge tragen. Gestügt auf diese Empfehlungen faßte die Bundesversammlung unterm 12. Dezember 1889 folgenden Beschluß:

1. Den Kantonen Bern und Wallis wird für den Bau einer Straße über die Grimfel zwischen Hof (Innertkirchen) und Gletsch ein Bundesbeitrag zugesichert von zwei Dritttheilen der wirklichen Kosten und von höchstens Fr. 1,067,000.

— Die Ausbezahlung dieses Beitrages erfolgt, beginnend mit dem Jahre 1891, nach Berhältniß des Fortschreitens des Baues in Annuitäten von höchstens Fr. 180,000.

2. Die Bauausführung ist spätestens bis 1896 zu vollenden. Sie hat entsprechend dem vorliegenden Projekt nach seiner definitiven, vom Bundesrathe genehmigten Festsehung zu erfolgen. — Die kleinste Straßenbreite, einschließlich der Hälfte der befahrbaren Schale, ist zu 4,20 Meter festgesett, und wo es thunlich erscheint, sollen Ausweichpläße oder Verbreiterungen angebracht werden. Die nöthigen Sicherungen (Wehrsteine, Schranken, Brustmauern) sind außerhalb dieser Breite anzubringen. — Die Maximalsteigung soll 8,6 % nicht übersteigen.

(Folgen die übrigen üblichen Bedingungen.)

Notizen geben. Die projektirte Straße führt von Hof in der Gemeinde Innertkirchen nach Guttannen und, stets dem frühern Saumpfad folgend, den Usern der Aare entlang über die Handet und beim Grimselhospis vorbei zum Kulminationspunkt, wo auch die Kantonsgrenze ist, zieht sich dann über die Maienwand nach Gletsch und erreicht dort die Furkastraße. Die ganze Anlage hat eine Länge von 32,932 Meter und zerfällt in zwei Theile, erstens in die Erweiterung der Straße Hof-Guttannen — circa 9 Kilometer lang — auf eine Breite von 4,20 Meter und zweitens in die Neuanlage der Strecke Guttannen-Gletsch, 23,921 Meter lang, wovon 17,847 Meter auf Berner- und 6074 Meter auf Wallisergebiet entfallen.

Bezüglich der Söhendifferenzen und Entfernungen

will ich noch folgende Notizen geben :

, , , ,	Distanz	Höhendifferenz
Hof=Guttannen	9 Rilome	eter 424 Meter
Guttannen-Handeck	6,2 "	367 "
Handeck-Grimfelhofpiz	7,4 ,,	457 ,,
Hospiz=Kantonsgrenze	4,3 "	298 "
Kantonsgrenze-Gletsch	6 "	415 "

Das Maximalgefäll beträgt 8,3 % und man wird bei ber Bauausführung darauf Bedacht nehmen, daß es nur für eine möglichst turze Strecke zur Anwendung gelangt. Die Fahrbahnbreite beträgt, wie erwähnt, 4,20 Meter, wovon 30 Centimeter auf Seitenschalen entfallen. Die fleinsten Radien der Serpentinen betragen 10 Meter. Bon 300 gu 300 Meter werden Ausweichpläte vorge= sehen. Dieselben werden wo immer thunlich angebracht. Man wird aber noch weiter gehen und da, wo ohne große Roften eine Berbreiterung erzielt werden kann, diefelbe felbstverständlich durchführen. Tropdem sich nun das neue Trace möglichst dem Terrain auschmiegt, sind noch immer ganz gewaltige Arbeiten auszuführen und es beläuft fich der Kostenvoranschlag für die ganze Strecke auf Fr. 1,600,000 und speziell für das auf Bernergebiet gelegene Stück auf Fr. 1,260,000, nämlich: Heuanlage bis zur Kantonsgrenze . . . Fr. 254,000 d. h. für die Erweiterung auf Fr. 28 und für die Reu= anlage auf Fr. 56. 30 per Laufmeter. In diefer Summe ift ein großer Posten, nämlich Fr. 65,000, für Unvorher= gefehenes inbegriffen. Bur Erklärung diefes hohen Boftens füge ich bei, daß darin alle weiter noch nöthig werdenden Felssprengungen inbegriffen sind. Man hat nämlich als Profil nur Halbgallerien vorgesehen. Nun weiß aber jeder, daß bei Gneiß und Granit oft große Rluftungen vorkommen, sodaß man an vielen Stellen größere Mus= fprengungen wird vornehmen muffen, als im Plane vorgesehen ift. Aus diesem Grunde murde für Unvorher= gefehenes ein Poften von Fr. 65,000 aufgenommen, der auch von den Bundesbehörden nicht beaustandet wurde.

Was nun die Kostenvertheilung anbetrifft, so wurde am 11. Mai 1889 zwischen den Kantonen Bern und Wallis eine Uebereinkunft abgeschlossen, wonach der Kanton Bern, wenn er das Zustandekommen des Werkes sichern wollte, an die auf Wallifergebiet gelegene Strecke noch eine Subvention von Fr. 47,000 hatte bewilligen muffen. Glücklicherweise ift nun diese llebereinkunft dabingefallen, indem fich die nachftbetheiligten Ballifer-Bezirke bereit erklärten, bas auf Wallisergebiet gelegene Stuck um den Bundesbeitrag plus Fr. 60,000 Subvention des Kantons Wallis — es ist dies die Kompetenz des Wallifer Großen Rathes - jur Ausführung zu bringen. Wie die genannten Bezirke die Strafe um Fr. 47,000 unter der Devissumme bauen wollen, ist uns nicht betannt; aber wir konnen froh fein, daß wir fo gut aus der Affaire kommen. Für eine gute Bauausführung garantirt die Ueberwachung des Bundesraths, sodaß man nicht zu befürchten braucht, die Straße werde auf Wallisergebiet schlecht ausgeführt werden. Der Kanton Bern hat also nur für das auf seinem Gebiet gelegene Stud zu forgen, das auf Fr. 1,260,000 veranschlagt ift, wovon der Bund ²/3 = Fr. 840,000 übernimmt, sodaß der Kanton noch Fr. 420,000 zu leisten hat. Diese Summe wird noch um circa Fr. 20,000 reduzirt werden, wenn es Ihnen zu beschließen beliebt, die Gemeinden Guttannen und Innertkirchen und die Landschaft Ober= hasli haben das Terrain unentgeltlich abzutreten. Der Untrag des Regierungsraths ging dahin, die genannten Gemeinden und die Landschaft Oberhasti haben das in ihrem Eigenthum befindliche Land unentgeltlich abzutreten. Die Staatswirthschaftskommission ging weiter und fand, mit Rücksicht auf den enormen Ruten der Straße, sei seitens der betreffenden Gemeinden auch das wenige Land,

das sich in Privatbesitz befinde, dem Staate gratis abzuliesern. Der Regierungsrath hat sich mit diesem Beschluß einverstanden erklärt. Aus den mit den Gemeinden gepslogenen Unterhandlungen ergab sich, daß dieselben zur unentgeltlichen Landabtretung bereit sind. Dagegen sind die Privaten zur Landabtretung nur gegen sehr hohe Preise geneigt. Mit Rücksicht darauf glaubt der Regierungsrath, es liege im Interesse einer möglichsten Förderung des Baues, wenn heute gleichzeitig der Baudirektion das Expropriationsrecht ertheilt werde.

Neber die Nothwendigkeit und Wichtigkeit einer Grimselsstraße will ich kein Wort verlieren. Das ist Ihnen durch Kundgebungen der Presse wohl genügend bekannt geworden. Ich konstatire nur, daß eine Tour auf dieser Straße mit ihren prachtvollen Gebirgsszenerien und dem Handeckfall entschieden zu den schönsten gehören wird, die man in

der Schweiz machen kann.

Unter Hinweis auf diese Ausführungen legt Ihnen der Regierungsrath folgenden Antrag zur Genehmigung vor. (Berliest den eingangs abgedruckten Antrag.)

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirthschafts= kommission. Wir kommen nun zu einigen großen Bor= lagen der Baudirektion, welche die Finanzen des Kantons

Bern bedeutend in Unspruch nehmen.

Das erste Projekt betrifft die Grimfelstraße und ich halte dafür, ich brauche Ihnen die Nothwendigkeit dieser Strafe nicht des langen und breiten auseinanderzusegen. Nachdem der Bund 2/3 der fämmtlichen Kosten übernom= men hat, darf wohl angenommen werden, daß ein Bedürfniß nach diefer Straße vorhanden ift und daß baran nicht nur die Kantone Bern und Wallis, sondern auch der Bund in hohem Mage intereffirt ift. Es beweist auch die Geschichte des Grimfelpaffes, daß deffen Bedeutung seit einer Reihe von Jahrhunderten anerkannt wurde. Die Geschichte des Passes geht bis in's 13. Jahrhundert zurud. Anfangs desfelben begegnet man in Urkunden diefem Pag und erfährt, daß er sowohl als Kriegs= wie als handelsweg diente. Es entwickelte fich bald ein form= licher Säumerverkehr, sodaß schon im 14. Jahrhundert die Verhältnisse gesetzlich geregelt werden mußten. Es wurden Suften errichtet und Suftbeamte gewählt, fo in Brienz, Meiringen, Guttannen 2c., und auf diese Beise entwickelte fich ein reger Sandelsverkehr mit Bieh, Rafe, Eisenwaaren 2c. Es wurden auch Weg=, Brücken= und Bollgelder eingezogen. Dies blieb fo bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts, wo infolge der Erstellung der Gotthard= und ber Simplonstraße die Bedeutung der Grimsel in den Hintergrund trat. Immerhin anerkannte man auch in den 60er Jahren die Bedeutung der Grimsel durchaus und man fragte sich in den eidgenössischen Be-hörden lange, ob man die Turkastraße oder diejenige über die Grimsel bauen wolle. Schließlich erlangte die Furkastraße die Oberhand, weil sie durch Erstellung der Oberalpstraße eine Verbindung des Rhonethals mit dem Rheinthal ermöglichte. Immerhin trat später die Grimsel mit andern Projekten neuerdings in den Vordergrund; allein die finanziellen Verhältnisse der Eidgenossenschaft waren so, daß von einem weitern Ausbau dieser Runft= straßen Umgang genommen wurde. Es ist dann auch die Gotthardbahn erstellt worden, welche die ganze Frage auf einen andern Boden brachte. Immerhin blieb die Frage der Erftellung einer Brimfelftraße eine offene und es versuchten die interessirten Gemeinden seit einer Reihe

von Jahren, die Frage in Fluß zu bringen. Schließlich gelang es denfelben, den Staat zu bewegen, wenigftens den Anfang der Straße zu erstellen, freilich in einer Weise, die für die Fortsetzung nicht genügt, sondern eine Erweiterung verlangt. Allein es wurde immer das ganze Projekt im Auge behalten und nachdem sich zeigte, daß namentlich für den Fremdenverkehr neue Berkehrstwege eröffnet werden muffen, regten die betheiligten Gemeinden die Frage neuerdings an, und es wurde dann ein Projekt ausgearbeitet, das allen Anforderungen entspricht.

Die Straße foll 4,20 Meter breit erstellt werden, . und es hat die Staatswirthschaftstommiffion den Gin= druck erhalten, die Anlage der Straße sei eine folche, daß man fich dieselbe nicht beffer und schöner denken tonne, namentlich die Partie beim Sandeckfall wird von einer Großartigkeit sein, wie man fie auf der gangen Welt nirgends hat, und wir find überzeugt, daß eine Tour vom Vierwaldstättersee durch das Reußthal über die Furka und die Grimfel eine ber schönften fein und daß sich auf dieser Route ein enormer Fremdenverkehr entwickeln wird. Dazu kommt die militärische Bedeutung der Grimselstraße, die in Bezug auf die Bemessung des Bundesbeitrages eine große Rolle spielte. Sie wissen, welche großen Summen der Bund für die Befestigung des Gotthardmaffivs ausgibt. Durch den Bau der Grimfel= ftraße wird auch das obere Aarethal in diese Arbeiten einbezogen, indem die Anlage auf die Brimfel ausgebehnt werden muß. Auch wird durch die Grimfelftrage eine direkte Verbindung mit dem Gotthard erreicht, was die Bundesbehörden in bedeutender Weise beeinflußte.

Was den Bau der Straße betrifft, fo zerfällt derfelbe in zwei Theile, erftens in die Erweiterung Sof-Buttannen und zweitens in die Neuanlage von Guttannen bis zur Rantonsgrenze. Die Koften für die Erweiterung belaufen fich auf Fr. 254,000, diejenigen für die Neuanlage auf Fr. 1,006,000, zusammen also Fr. 1,260,000, an welche Summe der Bund am 12. Dezember 1889 2/s beizu= tragen beschloß, sodaß der Kanton Fr. 420,000 zu becken hat. Dabei mache ich darauf ausmerksam, daß der Bundesbeschluß in Aussicht nahm, es solle der Baubeginn in's Jahr 1891 fallen, und daß ferner darin die Be-dingung aufgestellt ist, es habe der Kanton Bern innert Jahresfrist die Garantie auszusprechen, daß mit Hulfe des Bundesbeitrags die Straße werde erftellt werden. Es handelt fich also darum, die Sache in der gegen= wärtigen Seffion definitiv zu beschließen. Die Staats= wirthschaftskommission hatte die Gegend gerne vorher begangen, um sich über einzelne Theile der Anlage und bie Land- und Eigenthumsverhältniffe noch näher zu informiren. Mit Rudficht auf die im Bundesbeschluffe angesetzte Frist mußten wir jedoch darauf verzichten. Allein wir find überzeugt, daß die Vorstudien in durchaus guter Beise ausgeführt worden find. Auch das Berhältniß mit dem Kanton Wallis ist sehr zum Vortheil des Kantons Bern geordnet worden, indem die Balliser fanden, fie können die Straße mit dem Bundesbeitrag und Fr. 60,000 Subvention vom Ranton bauen und vielleicht dabei noch etwas profitiren. Ich glaube, wir können uns nur glücklich schäten, daß die herren ihren Theil gang übernehmen. Der Bund wird dafür forgen, daß die Strage funft= gerecht und zweckmäßig erstellt wird.

Eine Differeng zwischen Regierungsrath und Staats= wirthschaftskommission bestand einzig in Bezug auf die Landentschädigungen. Wir sagten uns nämlich, es genüge nicht, wenn die Gemeinden Guttannen und Innertfirchen und die Landschaft Oberhasli ihr Land unentgeltlich abtreten, sondern das Interesse der Gemeinden an der Erstellung der Straße sei so groß, daß man ihnen wirklich das kleine Opfer der Uebernahme der Landentschädigungen zumuthen könne. Die Staatswirthschaftskommission beschloß deshalb, einen Vorbehalt zu machen in dem Sinne, daß die betheiligten Korporationen sämmtliche Landent= schädigungen zu übernehmen haben. Wir finden auch, bie Gemeinden werden das Land billiger erhalten, als wenn der Staat expropriiren mußte. Es find Beifpiele aufgezählt worden, daß für gang steinigen Boden Preise verlangt wurden, wie fie nicht einmal bei uns im flachen Lande üblich find. Der Vorbehalt der Staatswirthschafts= kommission wurde vom Regierungsrath angenommen und es reduzirt sich infolge deffen die vom Kanton auszu= legende Summe auf Fr. 400,000, woran jährlich Fr. 70,000 aus dem Rredit für neue Strafenbauten zu bezahlen sind.

Ich habe dem Antrage des Regierungsraths noch das beizufügen, daß in der letten Biffer eine Auslaffung enthalten ift. Es foll nämlich die Garantieerklärung gegen= über dem Bund erst dann ausgesprochen werden, wenn die Gemeinden die Nebernahme der Landentschädigungen beschloffen haben. Es wäre also der letten Biffer beigu= fügen: ".... sobald von den betheiligten Gemeinden die in Ziffer 2 vorgesehene Uebernahme der Landentschädi=

gungen eingetroffen fein wird."

Im übrigen hält ihre Kommiffion auch dafür daß mit allem Grund und aus voller Ueberzeugung dieses Unternehmen dem Großen Rathe zur Annahme empfohlen werden soll, indem damit ein Werk geschaffen werden wird, das zu einem der schönsten der ganzen Schweiz gezählt werden kann und für unfer Oberland von großem Segen und großer wirthschaftlicher Bedeutung sein wird. - Die Staatswirthschaftskommiffion beantragt Annahme des regierungsräthlichen Antrags mit dem von mir erwähnten Busat zur letten Biffer desselben.

Der Antrag des Regierungsraths wird mit dem von ber Staatswirthschaftskommission beantragten Busat genehmigt.

Erweiterung der Thierarzneischule in Bern.

Der Regierungsrath beantragt: Es fei die Erweite= rung der Thierarzneischule gemäß dem mitfolgenden Projekte, an welchem im Sinne nachgenannter Bemer= kungen noch einzelne Modifikationen anzubringen find, zu beschließen und der zur Ausführung erforderliche Kredit von Fr. 446,000 aus Rubrik X D zu bewilligen.

Dinkelmann, Baudirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Schon seit vielen Jahren ift von den verschiedensten Seiten darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Zustände in unserer Thierarzneischule derart seien, daß nothwendig Abhülfe geschaffen werden müsse. Um 22. Mai des vorigen Jahres wurde von Herrn Groß= rath Jenni eine bezügliche Interpellation eingebracht,

welche vom Berichterstatter des Regierungsraths dahin beantwortet worden ist, daß den Uebelständen abgeholfen werde, sobald einige Vorfragen, worunter namentlich die Platstrage, ihre Erledigung gefunden haben werden.

Die Gründe, welche eine Erweiterung der Anstalt absolut nothwendig machen, find den meisten von Ihnen aus eigener Anschauung zur Genüge bekannt und find auch in der erwähnten Interpellation sehr einläßlich auß= einandergesetzt worden. Ich will nur die hauptsächlichsten derselben hier noch einmal hervorheben. Es ift unbestritten, daß die gegenwärtige Einrichtung der Anftalt vollständig unhaltbar ift; die Stallungen entsprechen sowohl qualitativ, als quantitativ auch nicht einmal den bescheidensten Anforderungen, sodaß zweifellos unsere Thierarzneischule gegenwärtig in baulicher Sinsicht den niedrigsten Rang unter allen ähnlichen Instituten Gu= ropa's einnimmt. Es liegt auf der Hand, daß der Man= gel an Raum auf die ganze Unftalt nachtheilig einwirken und daß die Ausbildung der Thierarzte darunter leiden muß. Die landwirthschaftliche Bevölkerung hat daher in erster Linie ein Interesse an der Erweiterung der Anstalt; nicht weniger aber liegt dieselbe auch im Interesse des ganzen Kantons; benn nur dann wird sich Bern um ben Sit der im Wurfe liegenden eidgenöffischen Thierarznei= schule mit Aussicht auf Erfolg bewerben können, wenn seine Unstalt nicht hinter anderen zurücksteht.

Im Anfang dieses Jahres ist nun die Platfrage vom Regierungsrathe dahin erledigt worden, daß der gegen= wärtige Plat auch für den Neubau benutt werden folle und es wurde die Baudirektion mit der Ausarbeitung der bezüglichen Plane auf Grund eines Programmes der Professoren beauftragt. Da unserm Kantonsbauamt jedoch die nothige Zeit nicht zur Verfügung ftand, wurde die Arbeit Mitte Mai laufenden Jahres einem hiefigen Architekten übertragen, von dem aber trot aller Mahnungen feine Plane erhaltlich waren, sodaß wir uns genöthigt fahen, einen andern Architekten mit der Planaufstellung zu betrauen, der dann am 10. November die Pläne ein= lieferte. Dieselben wurden sofort dem Professorenkollegium zur Einficht und Prüfung mitgetheilt; dasselbe hat nur wenige, finanziell nicht in Betracht fallende Abanderungs= begehren gestellt und die Vorlage sonst als durchaus zweckentsprechend erklärt. Auch wir haben an derselben nichts auszusetzen gehabt, mit Ausnahme des projektirten Schmiedegebäudes, deffen Disposition ganz verfehlt ift. Die Beschlagbrücke hat eine ungünstige Form und zu wenig Licht, die Corridore find beengt; es ift nicht in genügender Beife für Aborte geforgt, Die Schlaffale find ungenügend und auch die Stockwerke find viel zu hoch angelegt. Der Regierungsrath hat daher beschloffen, es solle das Schmiedegebäude vorerst noch nicht erstellt, son= dern für dasselbe zunächst ein anderes besseres Projekt ausgearbeitet werden, das wir Ihnen wahrscheinlich schon in der nächften Seffion werden vorlegen können.

Im übrigen sollen die einzelnen Bauten nach dem vorliegenden Projekt ausgeführt werden mit der einzigen Abänderung, daß zur Verminderung der Kosten die Stockswerkhöhe reduzirt wird und daß, sofern Sie beistimmen, durch den Regierungsrath im Benehmen mit der Aufssichtskommission und dem Prosessorenkollegium die Lage der einzelnen Gebäude etwas verändert würde.

Ueber die Gebäude felbst bemerke ich, daß dieselben folgende Räumlichkeiten enthalten:

Das Abministrationsgebäude, Frontlänge 35

Meter, Breite 18 Meter: Im untersten Geschoß: 1 Bersuchöftall, 1 Unkleidezimmer, 1 Waschfüche, 2 Magazine für Eisen, 1 Wagenremise, Holzbehälter und die nöthi= gen Kellerräume.

Im ersten Obergeschoß: 1 Bibliothek mit anstoßendem Lesezimmer, 1 Apotheke, 1 Büreau, 2 Hörsäle, 1 Zimmer für den Professor, 1 Wartzimmer, eine aus 2 Zimmern und Küche bestehende Wohnung für den Pedell, 2 Zimmer für die Assistation.

Im zweiten Obergeschoß: 2 aus je 6 Zimmern, Küche, Mägdezimmer u. f. w. bestehende Wohnungen für die Kliniker (Professoren Herren Berdez und Heß), 1 Konfe-renzzimmer.

Das anatomisch = pathologische Institut: Im Souterrain: Mehrere Käume ohne besondere Bestimmung, die jedoch für verschiedene nachträglich geltend gemachte Bedürsnisse nothwendig und geeignet sind.

Im Erdgeschoß: 1 mit Oberlicht versehener Hörsaal, 1 Zimmer für den Professor, 1 Zimmer für die Assistanten, 1- Garderobe, 1 Laboratorium, 1 Sezirsaal.

Im ersten Stockwerk: 1 Sammlungszimmer, 1 Garderobe, 1 Waschküche, 1 allgemeines Laboratorium, 1 Zimmer für Kapellen, 1 Laboratorium für den Professor, 1 Zimmer für den Prosessor, 1 Zimmer für die Assistenten.

Stallgebäude: 1 Hundeklinik, Hundestallungen, Stallungen für 44 Pferde, 1 Geschirrkammer, 1 Zimmer für den Professor, 1 Laboratorium, 1 Futterkammer, 1 Wartzimmer, 1 Sattelkammer, 1 Instrumentenzimmer, 1 Operationshalle, 1 Ankleidezimmer, 2 Knechtenzimmer, 1 Hundeküche.

Ferner ist noch ein Schlachtlokal vorgesehen, das östlich von der Anatomie erstellt würde und eine Breite von 6 Meter und eine Länge von 7,5 Meter erhielte. Und schließlich soll parallel dem Stallgebäude noch ein offener Schuppen erstellt werden. Der Plat würde um circa 2,50 Meter aufgeschüttet, sodaß das Niveau des ganzen Baues ungefähr in der Höhe des bisherigen Gartens liegen würde.

Die Aufsichtskommission hat sich, wie das Professoren= kollegium, mit dem Projekt einverstanden erklärt und namentlich auch betont, daß der gegenwärtige Plat, wenn er in der vorgesehenen Beise durch Auffüllungen verbessert wird, wegen der günstigen Lage in der Nähe der Stadt und der Biehrampen viel geeigneter fei, als irgend ein anderer. Allseitig ist anerkannt worden, daß die Räumlichkeiten auch für eine eidgenöffische Thierarznei= schule vollständig genügen würden. Die Unftalt bietet nämlich Raum für 46 Pferdeftande und kann mit geringen Mitteln fo erweitert werden, daß fie 52 faßt, während die analogen Anstalten in Berlin für 83, in Wien für 92, in Budapest für 62, in München für 52 und in Stuttgart und Dresden, wo die Verhältniffe den unfrigen am ähnlichsten find, fogar nur Raum für 30 Pferdeftände haben.

Der Kostenvoranschlag beläuft sich für das Abminisstrationsgebäude auf Fr. 209,300 sür die Stallungen und die Hundeklinik auf "88,200 sür das anatomisch=pathologische Institut auf "125,600 sür die zwei offenen Schuppen auf . "4,000 die Auffüllung auf "10,000 Pslästerung "6,000 Stühmauern u. s. w. . . "13,900

das macht zusammen Fr. 457,000 Wenn jedoch die Reduktion der Stockwerkhöhe vorgenommen wird, so reduzirt sich diese Summe auf Fr. 446.000.

Mit Rücksicht auf die Rothwendigkeit und die Dringlichkeit der vorgeschlagenen Erweiterung empfiehlt Ihnen der Regierungsrath seinen Antrag zur Annahme.

Dr. Cobat. Gestatten Sie mir, den Bericht des Herrn Baudirektors in Bezug auf die Unzulänglichkeit

der Räume etwas zu ergänzen.

Eine der wichtigsten Abtheilungen ist die Anatomie, welche für den Unterricht, namentlich in den ersten Semestern, ebenso wichtig ist, wie die Anatomie für die menschliche Medizin. Die Anatomie der Thierarzneisschule ist in der allgemeinen Anatomie enthalten, ist aber dort so beengt, daß höchstens 25—30 Studirende Platzsinden, während die Zahl derzenigen, welche die Anatomiesvorlesungen besuchen, dies Jahr auf circa 50 Mann gestiegen ist, sodaß, um die Borlesungen für alle Studirenden halten zu können, ein Prosektor angestellt werden mußte. Der Unterricht sindet also in zwei Abtheilungen statt. Durch diese Inanspruchnahme des Anatomiegebäudes durch die Thierarzneischule wurde auf der andern Seite, wie Sie wohl begreifen werden, auch die Anatomie für die menschliche Medizin sehr beschränkt, die schon längst den von der Thierarzneischule eingenommenen Kaum

nöthig gehabt hatte.

Eine andere Abtheilung der Thierarzneischule ist die pathologische Anatomie. Dieselbe ist in so schlechten Räumen untergebracht, daß wir schon seit einer Reihe von Jahren genöthigt waren, uns für einen Theil der Vorlefungen nach andern Räumlichkeiten umzusehen, und es hat uns der Gemeinderath von Bern bereitwillig einen Raum im Symnasium zur Verfügung gestellt. Das pathologische Institut befindet sich gegenwärtig im nämlichen Gebäude, in welchem auch die Schmiede plazirt ist. Unten ist die Schmiede und oben der Hörfaal, der Praparirsaal und die Sammlungen. Unten wird ben ganzen Tag gehämmert und mit Steinkohlen Feuer gemacht; oben werden Borlefungen gehalten und Uebungen gemacht, namentlich folche mit dem Mikrofkop. Jeder Schlag auf den Ambos ift auf die obern Räume rückwirkend, fodaß die Untersuchungen gestört werden. Sodann dringt der Steinkohlenftaub in die obern Stockwerke, und wenn Sie einen Blick in den Sammlungsfaal werfen, so werden Sie finden, daß die fämmtlichen Gerippe ganz schwarz sind. Ueberhaupt ist diese Abtheilung so miserabel aus= gestattet, daß man sie nicht zeigen darf und ich bin über= zeugt, daß wenn aus dem Ausland Leute kommen und diese Abtheilung zu besuchen wünschen, die Professoren das Möglichste thun, um dem Besuche aus dem Wege zu gehen (Seiterkeit).

Dann kommen die Kliniken. Diese sind für den Unterricht die Hauptsache; denn sie liefern das Material, an welchem sich die Studenten in der praktischen Behandelung üben können. Diese Kliniken bestehen in Stallungen sür die kranken Thiere. Sine gute Klinik sett aber zweierlei voraus. Ginmal, daß ihr genügendes Thierematerial zugeführt werde, und anderseits, daß für eine kunstgerechte Behandlung der Patienten anständige Stalungen und Käumlichkeiten vorhanden seien. In beiden Beziehungen entsprechen unsere Kliniken den Anforderungen nicht. In Bezug auf den Platz sind wir auf 15 bis 20 Plätze angewiesen. Man hat schon bei verschiedenen Gelegenheiten es sehr kritisirt, daß die Kliniken nichts

eintragen, während doch für die zur Behandlung kom= menden Thiere bezahlt werden muffe, und es ift noch vor furzer Zeit die Erziehungsdirektion vom Regierungsrathe eingeladen worden, hierüber einen Bericht zu erftatten. Man machte namentlich barauf aufmerksam, daß in Bürich, wo auch eine Thierarzneischule besteht, die Kli= niken jährlich eirea Fr. 20,000 eintragen, während bei uns Einnahmen und Ausgaben sich aufheben. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Klinik schon seit einer Reihe von Jahren dem Direktor der Thierarzneischule à forfait überbunden wurde. Derfelbe übernimmt die fammtlichen Lieferungen an Heu 2c., die Bedienung der Klinik durch die Stallknechte u. f. w. und bezieht dafür die Gelder, welche die Eigenthümer der franken Thiere zu bezahlen haben, zu seinen Handen. Nun ist es gegenwärtig nur dadurch möglich, ein gewisses Quantum Krankenmaterial zu erhalten, daß man mit dem Bezug der Kosten nicht streng ist. Es ist ohnehin für viele Bieheigenthümer ein Opfer, das man ihnen zumuthet, indem man fie auffordert, franke Thiere in die Klinik zu geben, da man einerseits wegen der Baufälligkeit der ganzen Anlage ristiren muß, daß die Thiere eines schönen Morgens begraben find, und weil anderfeits die Raume in Bezug auf Pflege und Sauberkeit der Behandlung fehr viel zu wünschen übrig lassen. Der Regierungsrath hat sich des= halb überzeugt, daß solange die gegenwärtigen Zustände andauern, es unmöglich ift, die Klinik auf einem andern Fuß einzurichten. Ist aber einmal eine rechte Klinik vorhanden, so werden wir, namentlich mit Rücksicht auf die vielen Pferde, die das ganze Jahr hindurch in den Militäranstalten untergebracht find, viel mehr thierisches Material erhalten, und es wird dann möglich fein, unfere Klinik ebensogut einzurichten, wie diejenige von Zürich, und mindestens die gleichen Einnahmen zu erzielen.

Auch in Bezug auf die Behandlung der Thiere ist unsere gegenwärtige Klinik unzulänglich. Sie wissen, welche große Rolle die antiseptische Behandlung aller Krankheiten nicht nur beim Menschen, sondern auch beim Bieh spielt. Je sauberer eine Operation gemacht werden tann, je vollständiger die verschiedenen Mitroben und Bacillen während einer Operation entfernt gehalten wer= ben konnen, befto mehr Gewähr hat man, daß ein krankes Thier rasch heilt. Die gegenwärtigen Stallungen bieten jedoch absolut keine Garantie, daß eine kunstgerechte Be= handlung zu erreichen sei. Einmal befindet sich in dem betreffenden Gebäude eine Abtrittgrube, deren Inhalt sich von Zeit zu Zeit auch in den Stallungen verbreitet und das ganze Gebäude mit einem üblen Geruch anfüllt. Sodann find die Decken der verschiedenen Stallungen fo mangelhaft, daß von oben, wo heu und andere Vorräthe untergebracht find, beständig Staub in die Stallungen eindringt. Es kommt also vor, daß während einer Ope= ration Staub auf das betreffende Thier herabfällt, ein für eine Thierarzneischule absolut unhaltbarer Zustand.

Was die Vorlefungsfäle anbetrifft, so mußten diefelben in einem Gebäude mit ursprünglich ganz anderer Zweckbestimmung untergebracht werden und sind sehr dunkel und feucht. Auch die Apotheke besindet sich in einem sehr seuchten Kaume, weshalb häusig beträchtliche Vorräthe, weil verdorben, weggeworfen werden müssen.

Wie Sie sehen, ließ die bisherige Thierarzneischule sehr viel zu wünschen übrig. Die vorgeschlagene Neuanlage, die keine großartige ist, aber den Anforderungen genügt, ist nun dazu angethan, die vorhandenen Mißstände zu heben. Es wird für die Anatomie ein spezielles Gebäude erstellt, sodaß die Käume in der andern Anatomie frei werden und zu andern Zwecken verwendet werden können. Es wird ferner für ein pathologisches Institut gesorgt, in welchem man richtig arbeiten kann; überhaupt ist die ganze projektirte Anlage eine sehr gelungene. Ich hoffe, daß Sie keinen Anstand nehmen werden, den Antrag des Regierungsrathes anzunehmen. Sie haben sich schon wiederholt bei Anlaß der Behandlung des Staatsverwaltungsberichts oder von aus Ihrer Mitte gestellten Anzügen und Interpellationen für den Bau einer neuen Thierarzneischule ausgesprochen. Heute ist der Regierungsrath nun endlich dazu gelangt, dem Großen Kathe eine Borlage zu bringen, die er gewiß annehmen kann. Ich empfehle Ihnen dieselbe bestens zur Annahme.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission. Die Frage der Nothwendigkeit einer neuen Thierarzneischule ist von den beiden Herren Vorrednern sehr eingehend erörtert worden, und ich glaube, ich brauche Sie in dieser Beziehung nur an den Vortrag des Herrn Jenni zu erinnern. Die Kommission überzeugte sich auch durch einen Augenschein, daß die gegenwärtigen Lokalitäten einen Skandal für den Kanton bilden. Namentlich in Bezug auf die Stallungen sind Verhältnisse da, wie sie ein einigermaßen gut situirter Private nie und nimmer dulden würde. Ich glaube deshalb der Nothwendigkeit enthoben zu sein, hierüber noch weitere Worte zu verlieren.

Die einzigen Zweifel der Staatswirthschaftskommission bezogen fich auf die Platfrage. Wir hatten alle den Eindruck, es fei der gewählte Plat nicht gang geeignet, da er ziemlich tiefer liege, als das umliegende Terrain und die den Plat umichließenden Strafenzuge, und weil es an Plat für eine spätere Erweiterung fehle. Die Staatswirthschaftskommission beschloß daher, die Angelegenheit zu verschieben bis der Bericht der Auffichtskom= mission der Thierarzneischule eingelangt sei. Dieser Bericht liegt nun vor und geht dahin, es sei der bisherige Plat beizubehalten. Da bie von uns gerügten Uebelstände infolge von Aufschüttungen, durch welche das Ter= rain auf die Sohe des gegenwärtigen Gartens, also um circa 2,5 Meter gehoben wird, dahinfallen; da auch die Berren Profefforen und alle betheiligten Behörden fanden, der Plat sei namentlich hinsichtlich der Kliniken, wegen der Rähe des Eilgutbahnhofes und der großen Verkehrs= straßen, durchaus zwedmäßig, so fanden wir schließlich, wir wollen nicht diejenigen sein, welche Opposition machen, um fo mehr, da es im Interesse des Kantons liegt, daß man das dem Staate gehörende Terrain, das zu einem andern Zwecke nicht wohl verwendet werden kann, benutt, wodurch gunftiger gelegene, dem Staate gehörende Plate für andere Zwecke frei werden und der Staat also eine Erfparnig machen fann.

Die Staatswirthschaftskommission beantragt Ihnen deshalb, den Antrag des Regierungsrathes zu acceptiren. Die veranschlagte Bausumme von Fr. 446,000 ist allerbings eine sehr hohe. Wir haben uns jedoch durch eine Untersuchung überzeugt, daß sie, wo es irgend möglich war, reduzirt wurde und daß namentlich kein Geld für schöne Façaden ausgegeben werden soll, indem die Bauten in Backstein erstellt werden sollen, ohne weitere Ausschmückung.

Indem ich noch bemerke, daß das Schmiedegebäude in der heutigen Borlage noch nicht inbegriffen ist, sondern Gegenstand späterer Beschlußsassung bilden wird, empsehle ich Ihnen die Borlage der Regierung zur Annahme.

Tièche (Bern). Ich möchte mir nur einige wenige Worte erlauben. Im Vortrage des Herrn Baudirektors wurde bemerkt, es können durch Reduktion der Etagenhöhe Ersparnisse gemacht werden. Ich habe mir die Pläne etwas angesehen. Der Maßkab der Pläne ist etwas klein und einen Zirkel hatte ich nicht zur Hand; allein die Stockwerkhöhen kamen mir nicht zu groß vor. Es sind, wie ich vermuthe, Höhen von 3,6 Meter dei einer Tiese von 7—8 Meter. Das ist nicht zu viel und ich möchte den Herrn Baudirektor ersuchen, auf eine Reduktion nicht einzutreten.

M. le Dr Boéchat. Je n'ai pas vu, dans le rapport du gouvernement, qu'il fut question de dispositions prises pour la création d'un Institut pour la production du vaccin animal. Il me semble, cependant, qu'une installation dans ce but serait nécessaire. En effet, le canton de Berne dépend, pour le vaccin animal, entièrement de l'industrie privée, qui en fournit, du reste, à une partie de la Suisse. Tandis que nos voisins, en France et en Allemagne, cherchent à mettre la production du vaccin sous la contrôle de l'Etat, nous sommes à la merci d'une entreprise qui, je le veux bien, mérite toute confiance, mais qui, à un moment donné, c'est-àdire en temps de guerre et d'épidémie, peut devenir insuffisante.

On va bâtir une école vétérinaire, conforme à toutes les exigences de la science moderne. N'est-il pas indiqué de la charger de la production du vaccin animal? On aurait alors toute sécurité sous le rapport de sa valeur et de sa virulence. Un service semblable doit être dirigé scientifiquement et non pas laissé à l'initiative privée. Nul ne serait mieux qualifié que les professeurs de l'école vétérinaire, pour le diriger et le tenir au courant des progrès de la science, et même pour y apporter les perfectionnements nécessaires.

Au moment où une agitation malsaine recommence à Berne contre la vaccination, on ne saurait entourer celle-ci de trop de garanties.

Il faut en outre que la vaccination devienne gratuite. Lorsqu'on oblige les parents à faire vacciner leurs enfants, il ne faut pas prélever sur eux un impôt d'une manière détournée. La vaccination obligatoire gagnera, sous tous les rapports, à être gratuite.

Actuellement le monde entier est ému par une nouvelle découverte qui relève aussi de la vaccination. Il faudra que l'Etat se mette en mesure de produire cette lymphe nouvelle.

Il me semble donc qu'il y aurait lieu, pour le gouvernement, d'étudier la question des installations nécessaires. Celles-ci ne seraient pas considérables. Elles consisteraient en une écurie, avec un laboratoire microscopique et bactériologique, qui permettraient de livrer un vaccin offrant toutes garanties.

Je recommande l'examen de cette idée au gouvernement.

Dinkelmann, Baudirektor, Berichterftatter bes Regierungsraths. Ich möchte nur auf die von den Herren Tieche und Boechat gemachten Bemerkungen ein=

Was die Stockwerkhöhe anbelangt, so geht der Bericht des Kantonsbauamtes dahin, daß die vorgesehene Höhe von 3,60 Meter etwas zu hoch erscheine und daß man fie auf 3,30 Meter reduziren fonne. Ich glaube, daß diese Sohe genügend sei. Sollten Sie nicht dieser Meinung fein, so mußten Sie ftatt eines Kredits von Fr. 446,000 einen solchen von Fr. 457,000 beschließen, da

die Differenz Fr. 11,000 ausmacht. Was die Bemerkung des Herrn Boechat anbelangt, wonach man der Thierarzneischule eine Anftalt für Impf= stofferzeugung beifügen follte, fo ift das beim gegenwartigen Plat absolut unmöglich. Der vorhandene Plat ift, wie Sie fich aus dem Situationsplan überzeugen können, möglichst gut ausgenüt, und wenn Sie der Unregung bes herrn Boechat Folge geben wollten, ware es nöthig, entweder ein Stud der Schützenmatte zu kaufen oder das Molkereigebäude zu erwerben. Ich glaube, es sollte heute in diefer Beziehung nichts beschlossen werden. Es ift mit dem Borichlage des Regierungsraths allen Un= forderungen der Berren Professoren Rechnung getragen, und so begründet die Unregung des herrn Boechat sein mag, so möchte ich Sie doch bitten, für den Augenblick darauf nicht einzutreten. Wenn Sie aber befchließen wollen, daß gleichzeitig mit der Vorlage betreffend das Schmiedegebäude auch ein Antrag im Sinne der Anregung des Herrn Boechat gebracht werden folle, so kann ich dem natürlich beipflichten, jedoch nur persönlich, da ich vom Regierungsrath keinen Auftrag habe.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirthschafts= tommission. Der von Herrn Boechat geäußerte Gedanke scheint mir durchaus der Untersuchung werth. Ich glaube, daß es ganz zwecknäßig wäre, wenn wir eine solche Anstalt errichten könnten, statt den Impfstoff mit theurem Gelde kaufen zu muffen. Ich wurde deshalb die Unregung nicht von der Sand weisen, sondern den Regierungs= rath einladen, ohne ihm aber eine bestimmte Weisung zu geben, zu untersuchen, ob es nicht möglich wäre, dem Bedanken Rechnung zu tragen.

Tièche (Bern). Die Kostendifferenz, welche infolge Reduktion der Stockwerkhöhen entsteht, beträgt, wie Sie hörten, Fr. 11,000. Da nun eine Stockwerkhöhe von 3,30 Meter bei einer Tiefe von 7 Meter, wie fie für einzelne Räume vorgesehen ist, entschieden zu klein ist, so beantrage ich, diese Differenz von Fr. 11,000 dem zu be= willigenden Kredit noch beizufügen.

Abstimmung.

1) Für den Antrag der Regierung und der Staats= wirthschaftstommission (gegenüber dem Untrag des Herrn Tièche) Mehrheit.

2) Mit der Anregung des Herrn Boechat erklärt fich der Große Rath im Sinne der Ausführungen des Herrn Bühlmann einverstanden.

Erftellung eines demifden Jufituts der Sochidule.

Der Regierungsrath beantragt: Es möchte die Er= stellung eines chemischen Instituts nach Maßgabe bes vor-liegenden Projektes des Kantonsbauamtes gutgeheißen, die zur Ausführung erforderliche Summe von Fr. 491,000 aus der Rubrik X D bewilligt und die Baudirektion zur Bauausführung ermächtigt werden.

Dinkelmann, Baudirektor, Berichterstatter bes Regierungsraths. Gegenwärtig ist das chemische Labo= ratorium im ersten Stochwerke der Kavalleriekaferne untergebracht und verfügt über Räumlichkeiten mit einem Flächeninhalte von 1175 Quadratmeter und 4700 Rubitmeter Inhalt. In der Hauptsache bestehen diese Räum= lichkeiten aus 4 mittelgroßen Zimmern, einem Labora= torium, einem Hörsaal, einem Glasraum und einer Wasch= füche. Diese wenigen Lokalitäten reichen absolut nicht bin, um den Anforderungen, welche heutzutage an ein chemisches Inftitut geftellt werben, auch nur einigermaßen zu genügen und heute um fo weniger, nachdem infolge des Sinscheides des herrn Professor Schwarzenbach die betreffende Professur in eine Abtheilung für organische und theoretisch= wissenschaftliche Chemie und eine solche für anorganische, analytische und technische Chemie getheilt worden ift. Wenn der chemische Unterricht in gehöriger Weise ertheilt werden und das Laboratorium nicht hinter den andern Instituten der Schweiz zurückbleiben soll, so ist absolut erforderlich, daß Umbauten vorgenommen werden. Wer aber die alte Kavalleriekaserne kennt, weiß, daß folche Umbauten nur mit enormen Kosten möglich wären; der Regierungsrath hat daher davon abgesehen, zumal der Bund gegenwärtig in Unterhandlung mit ihm fteht wegen Untaufes derfelben, und im Juli beschloffen, für einen Reubau auf dem neulich angekauften Areal am Bühlplat Plane erstellen zu laffen. Mit der Herstellung derselben wurde ein Privatarchitekt betraut, der auf Grund eines Programmes der Chemieprofessoren ein Projekt aus= arbeitete, das, weil es monumental gehalten war, einen Kostenvoranschlag von Fr. 740,000 vorsah. Wir mußten uns jedoch fagen, daß wir von aller architektonischen Ausschmückung absehen und einen reinen Nüplichkeitsbau er= stellen muffen, und da das Projekt sonst noch verschiedene Mängel aufwies, wie z. B. daß die Laboratorien auf zwei Stockwerke vertheilt waren und verschiedene andere Lokalitäten eine ungünstige Lage hatten, so wurde das Kantonsbauamt mit der Ausarbeitung eines neuen Brojektes beauftragt, mit der Direktion, die Lokale für Samm= lungen und Borlefungen einerfeits, und diejenigen für praktische Arbeiten anderseits möglichst zu vereinigen. Durch strifte Auseinanderhaltung dieser zwei Gruppen von Lokalen wurde es möglich, dieselben in bestimmten Stodwerken unterzubringen, und zwar die Laboratorien im Erdgeschoß und die andere Gruppe im ersten Stock-Der muthmaßliche Kostenvoranschlag betrug für dieses zweite Projekt anfänglich Fr. 536,000; nachdem das Professorenkollegium — das im übrigen mit dem Projekt vollständig einverstanden ist — noch von einigen seiner Postulate nachgelassen hatte, konnte derselbe auf die Summe von Fr. 491,000 reduzirt werden.

Wie Sie aus den Plänen ersehen, hat das projektirte Gebäude die Grundform eines Hufeisens; sie gestattet die beste Ausnützung des Bauplates, unter Einhaltung der nöthigen Entfernung von dem auf dem gleichen Platze neu zu erstellenden Gebäude, welches das physiologische Institut und die Anatomie enthalten soll. Diese Form hat im fernern auch den Bortheil, daß alle Gebäudefronten möglichst von der Sonne beschienen werden und sie wird sich zudem ganz gut präsentiren. Die beiden langen Seiten bilden einen stumpfen Winkel und erhalten eine Länge von 45 Meter und eine Tiese von 11 Meter; die einspringenden Flügel sind 26,5 Meter lang und 13 Meter ties. Die Fläche, welche überbaut wird, beträgt 1580 Quadcatmeter, der Kubikinhalt 21,360 Kubikmeter.

Der Vorderbau enthält im Souterrain: 2 Heizräume, 1 Kanonenraum, 2 Säureräume, 1 Glaskammer, 1 Feuer- und Schmelzraum, 2 disponible Käume, 2 Keller

zur Abwartwohnung.

Im Erdgeschoß: Links vom Hauptvestibüle die Räume für organische und theoretisch-wissenschaftliche Chemie: Destillirraum, Schwefelwasserstoffraum, Laboratorium mit Bulägen für Vorgerücktere, Verbrennungsraum, Vorplat mit Servicetreppe und Abort, Privatlaboratorium mit Wagraum und Dunkelkammer für den Professor, Büreau der Professoren.

Ferner im zurückspringenden Flügel: Zimmer für den Afsistenten, Wagzimmer, 2 Laboratorien mit je 24 Plätzen, ausgerüftet mit den nöthigen Kapellen, Wasserus und

Ableitung.

Im Hofausbau: Waschküche, Materialkammer und Aborte. Neben der Haustreppe: Zimmer für den Abwart.

Rechts vom Hauptvestibüle befinden sich die Käume für die anorganische, analytische und technische Chemie, bestehend in: Destillirraum, Wagezimmer, Laboratorium mit 34 Plägen für Vorgerücktere, Privatlaboratorium für den Prosessor mit Wageraum und Dunkelkammer, Büzreau für den Prosessor.

Im zurückspringenden Flügel: Zimmer für den Assistenten, Schwefelwasserstoffraum, großes Laboratorium für

100 Plate.

Im Hofausbau: Waschküche, Materialkammer und Abort. Neben der Haupttreppe: Zimmer für den Abwart.

Im Anbau: Zugangstreppe zum großen Hörfaal und Aborte für das Bublikum.

Im ersten Stockwerke: Ein kleiner Hörsaal für 20 Pläte. Links über der organischen Chemie: Bibliothek, Glaskammer, Mikroskopirraum mit Zimmer für Samm-lungen, Vorbereitungszimmer mit Servicetreppe, Hörsaal für 120 Pläte. Ueber dem Ausbau: Halle für Arbeiten im Freien.

Rechts über der anorganischen Chemie: Examenzimmer, großes Zimmer für Sammlungen, Vorbereitungszimmer,

Hörfaal für 215 Plate u. f. w.

Im zweiten Stockwerk, im Mittelbau: 2 Abwart= wohnungen, bestehend aus je 2 Zimmern, Akoven, Küche und Abort.

Die äußere Ausführung ift möglichst einfach gehalten; ber ganze Bau soll fast ausschließlich aus Backsteinen erstellt werden. Die Ausführung kann innert einem Jahr

erfolgen.

Die veranschlagte Summe mag Ihnen vielleicht etwas hoch erscheinen, trotzdem man sich auf das Allernothwenstigte beschränkt hat. Allein auf andern Universitäten haben die Laboratorien bedeutend mehr gekostet; so dasjenige in Genf, das lange nicht so gut eingerichtet ist, 1 Million; dasjenige in Lausanne, das auch nicht

an das von uns projektirte hinanreicht, erforderte Fr. 580,000; und das Laboratorium des eidgenöffischen

Polytechnikums hat Fr. 1,300,000 gekostet.

lleberdies wird ein großer Theil der Kosten gedeckt durch den Erlöß für die alte Kavalleriekaserne, der, wenn auch nicht Fr. 400,000, wie der Kanton Bern früher einmal dafür verlangt hat, sodoch eiwa Fr. 300,000 oder Fr. 350,000 betragen wird. Die wirklichen Auslagen reduziren sich also für den Kanton Bern auf circa Fr. 100,000 bis 150,000.

Wir nehmen daher keinen Anftand, Ihnen den Antrag des Regierungsrathes zur Annahme zu empfehlen.

Dr. Gobat, Regierungsrath. Erlauben Sie mir auch hier einige erganzende Bemerkungen. Wie Sie gehört haben, befindet sich das chemische Laboratorium der Hochschule in der alten Kavalleriekaserne, und zwar nicht etwa allein, sondern mit vielem Anderem. Unten im Parterre ist die Gewerbehalle und ein eidgenössisches Militärzeugmagazin; im ersten Stock ist das chemische Laboratorium und im zweiten zum Theil die Schulaus= stellung, zum Theil das Büreau des Generalstabs. Sie können fich vorstellen, daß diese verschiedenen Bewohner der Raserne sich gegenseitig sehr geniren. Es ift über= haupt fehr schlimm, wenn ein wiffenschaftliches Institut nicht felbständig in einem Saufe untergebracht ift. Es ift abfolut nothwendig, wenn die Lehrer und die Studirenden follen frei ein= und ausgehen konnen und wenn die verschiedenen Arbeiten sollen gemacht werden konnen, ohne daß dadurch jemand geftort wird, daß ein Gebäude ausschließlich für ein= und dasselbe Inftitut bestimmt werde. Der gegenwärtige Zustand hat schon sehr große Unzukömmlichkeiten mit fich gebracht, indem es vorkommt, daß es infolge Verstopfung einer Röhre im Laboratorium Ueberschwemmungen gibt, sodaß das Waffer in die Räume ber Gewerbehalle hinunterdringt und die Möbel beschädigt. Das Lederzeng, welches in dem im Parterre liegenden Magazin untergebracht ift, verbreitet im Sommer einen solchen Gestank, daß es fast unmöglich ist, im Hörsaal zu bleiben und es gehört eine große Ueberwindung für Professoren und Studenten dazu, in diesem Gestank eine ganze Stunde zuzubringen. Sodann find die Räumlich= keiten für das chemische Laboratorium absolut ungenügend und schlecht eingerichtet, wie leicht begreiflich, denn das Gebäude ist nicht dafür gemacht worden; es war ein großer Boden da und in diesen hat man ein Institut hineingebaut und so konnte man denn auch natürlich die ver= schiedenen Borrichtungen, welche für ein solches Institut nöthig find, nicht anbringen. Dazu gehören namentlich fehr komplizirte Leitungen in den Wänden, in den Decken und im Boden für die Bentilation, für das Gas und bas Waffer. Gas= und Wafferleitung hat man zwar einge= richtet, für die Bentilation aber konnte man nichts thun. Ich kenne Laboratorien, in welchen für die Ventilation Nete von 20 bis 30 Röhren in den Wänden und Decken angebracht find, damit der üble Geruch, welcher fich in einem solchen Institut natürlicherweise den ganzen Tag auß= breiten muß, entfernt werde. Hier aber konnte man nichts derartiges machen, weil das Gebäude so erstellt war, daß die Anbringung von Leitungen in den Wänden unmöglich war, und jedermann, der dort nur 10 Mi= nuten zugebracht hat, wird zugeben muffen, daß die Bu= ftande in Bezug auf Bentilation fehr mangelhaft find.

Aber der Sauptgrund, weshalb ein neues Institut

geschaffen werden muß, besteht in dem Mangel an Blat in den bisherigen Raumlichkeiten. Als das Institut ein= gerichtet wurde, zählte die Hochschule vielleicht 250 Stubirende, gegenwärtig haben wir 600, und zwar fällt die größte Vermehrung auf die Studirenden der Medizin und diejenigen, welche Naturwiffenschaften studiren. Man hat natürlich nach und nach verschiedene Räume einrichten muffen, um einigermaßen diefer vermehrten Frequenz Rechnung zu tragen, aber ihr Genüge zu leisten war leider unmöglich. Wir haben gegenwärtig 60-70 Ur= beitspläte und Sie wiffen, daß in dem Unterricht der Chemie die praktischen Arbeiten die Sauptsache find. Sie gehen hand in hand mit der Theorie und spielen eine viel größere Rolle als die Theorie, sodaß jeder, welcher das Laboratorium besucht, einen Arbeitsplat haben muß, um die verschiedenen chemischen Manipulationen vorzunehmen. Während wir aber höchstens 70 Plate haben, sind un= gefähr 120—130 Studirende, welche solche in Anspruch nehmen, sodaß eine ziemliche Anzahl vom Laboratorium fortgewiesen werden muffen, weil für sie kein Plat vor= handen ist. Daß solche Zustände unsere Hochschule schä= bigen, ist felbstverständlich, und wir mussen da natürlich suchen, für die Hochschule fo große Opfer zu bringen, daß fie auch von der ftudirenden Jugend geschätzt wird. Es ift noch bazu gekommen, daß eine Theilung bes Unterrichtes ftattgefunden hat. Dies Frühjahr ftarb der lang= jährige Lehrer der Chemie, Professor Schwarzenbach, und als es fich darum handelte, ihn zu erfetzen, gewann die Erziehungsdirektion die Neberzeugung, daß es unmöglich fei, den Unterricht fo fortzuseten, wie er bisher stattfand, nämlich unter einem einzigen Professor. Die Chemie ist ein so unermeßliches Feld, beschlägt so viele einzelne Fächer, und übt einen solchen Einfluß auf die verschiedenften Berhältniffe des gewöhnlichen Lebens aus, baß es absolut nothwendig ift, für dieses Gebiet mehrere Lehrkräfte zu bestellen. Und so wurde denn nach dem Tode von Prosessor Schwarzenbach, entsprechend der in den meisten andern Hochschulen herrschenden Uebung, be= schlossen, den Unterricht zu theilen in eine Abtheilung, die mehr für die Theorie bestimmt ist, dabei aber auch praktische Uebungen vorzunehmen hat, und in eine andere Abtheilung, mehr für Analysis und angewandte Chemie. Wir gingen von dem Grundfate aus, daß fich die Soch= schule in diesen Zweigen auch der Landwirthschaft in einem gewiffen Grade dienftbar machen kann, fo g. B. in Bezug auf die Bodenverbefferung. In Folge der Theilung des Unterrichtes in der Chemie haben sich nun die Lokalitäten als noch unzureichender erwiesen, als sie es vorher waren. Nicht, daß alle Räume doppelt vorhanden sein muffen, es gibt vielmehr verschiedene Räume, welche von beiden Professoren gemeinschaftlich benutt werden können; aber immerhin sind es viele, welche doppelt bestehen muffen, weil gemeinsames Arbeiten in gewiffen Zweigen nicht möglich ift.

Dies sind die Gründe, welche den Regierungsrath zwangen, die Frage des Neubaues an die Hand zu nehmen. Daß es nicht möglich war, anders vorzugehen, als daß man einen völligen Neubau in Aussicht nahm, hat Ihnen der Herr Baudirektor bereits genügend auseinandergesett. Ich glaube, wir können uns Glück wünschen, daß der Staat Bern zu einem neuen Laboratorium kommen kann, ohne daß die dafür ausgelegte Summe als eine allzu hohe bezeichnet werden muß. Herr Dinkelmann sagte Ihnen, welche Summen in Genf, Lausanne und Zürich

ausgegeben worden seien. Die Kosten des chemischen Laboratoriums am eidgenössischen Polytechnikum beliefen sich auf Fr. 1,300,000. Diese Bergleichung zeigt Ihnen, daß der Regierungsrath in sehr bescheidenen Grenzen blieb. Gleichwohl sind die Herren Prosessoren einverstanden, daß die in Aussicht genommenen Lokalitäten nicht nur für die gegenwärtigen Bedürfnisse genügen, sondern daß auch für die Zukunft gesorgt ist.

Ich hoffe, daß Sie auch hier nicht anstehen werden, den Antrag der Regierung zu genehmigen und den nöthigen Kredit für den Neubau dieses sehr wichtigen

Instituts zu bewilligen.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission. Sie haben am 25. April dieses Jahres einen Kauf genehmigt, den der Regierungsrath mit einzelnen Privaten um den sogenannten Bühlplat in der Nähe der Insel abgeschlossen hatte. Es wurde Ihnen dabei auseinandergesetzt, daß für unsere Hochschule eine Reihe von Bauten nöthig werden, für welche sich dieser Platz gut eigne. Es werde nöthig werden, ein chemisches Institut zu bauen, welchem die Anatomie und ein physiologisches Institut folgen werden, also Bauten, die das Staatsbüdget bedeutend in Anspruch nehmen werden. Sie haben damals, in der Boraussicht, daß die Bauworlagen nachfolgen werden, den Ankauf des Platzes bewilligt, und es wird also nichts übrig bleiben, als den ersten Schritt zu thun.

lleber die Nothwendigkeit neuer Räume für das chemische Institut will ich nicht viele Worte verlieren. Das gegenwärtige Lokal ist wirklich das ungeeignetste, das man sich denken kann. Ich erinnere mich noch sehr wohl an die Zeit, wo das gegenwärtige chemische Institut noch einen großen leeren Raum bildete mit einer Papierbecke, durch welche hindurchzustechen man sich beim Exerziren zum besonderen Vergnügen machte. In diesen Raum wurden dann die Arbeitsräume für das chemische Institut hineingebaut. Zudem besindet sich dasselbe in unmittelbarer Nähe der Eisenbahn, wo der Unterricht immer gestört wird. Wollen wir die gegenwärtige schöne Frequenz der medizinischen Fakultät aufrecht erhalten, so ist es absolut nöthig, daß wir alle diesenigen Lokalitäten beschaffen,

welche absolut nothwendig sind.

Was die Bausumme für das chemische Institut anbetrifft, so glaube ich wirklich, es sei das Möglichste ge= than worden, um nicht höher zu gehen, als absolut nöthig ift. Das erfte Projekt fah, wie Sie hörten, eine Roften= fumme von Fr. 740,000 vor. Diese Summe wurde dann auf Fr. 536,000 reduzirt und das definitive Projekt geht sogar auf Fr. 491,000 zurück. Weitere Reduttionen vorzunehmen ist nicht möglich, sofern man ein Institut haben will, das allen Zwecken entsprechen foll. Die Disposition des Gebaudes ift eine durchaus glückliche. Dasselbe zerfällt, entsprechend ben Lehrkräften, in zwei Abtheilungen, in eine Abtheilung für organische und theoretisch=wiffenschaftliche Chemie und in eine folche für anorganische, analytische und technische Chemie und zwar ift die Einrichtung so getroffen, daß die Laboratorien im Erdgeschoß untergebracht und alle andern Räumlich= feiten in die obern Stockwerke verlegt werden. Die gange Unlage ift nach meiner Unficht eine durchaus glückliche und wenn man berückfichtigt, daß man das bisherige Lokal voraussichtlich zu einem hohen Preise wird vertaufen können, fo foll man vor der großen Roftenfumme nicht zu sehr zurückschrecken. Immerhin hat die Staats=

wirthschaftskommission gefunden, es sei mit Rücksicht auf die noch in Aussicht stehenden Bauten durchaus angezeigt, daß man diese Kosten möglichst bald amortifire und Sie werden benn auch bei ber Büdgetberathung hören, daß beantragt wird, hiefür eine Summe von Fr. 150,000 auszusehen. Wenn man übrigens die Kavalleriekaferne und das gegenwärtige Anatomiegebäude nebst anstoßen= dem Turnplat verkaufen kann, so wird die schließ-liche Ausgabe keine so große sein, als es scheint. Wenn wir unsere Hochschule behalten wollen, so wird nichts anderes übrig bleiben, als diese Ausgaben zu machen, damit unsere Hochschule in den Stand gesetzt wird, mit Erfolg konkurriren zu konnen, wenn die Frage der Er= richtung einer eidgenöfsischen Sochschule in Fluß geräth. Unser Bestreben muß dahin gehen, daß das Geld bes Bundes nicht auf eine ganze Reihe von Anstalten ver= zettelt wird, beren wir in der Schweiz nur zu viel haben, sondern daß wir zwei oder drei wiffenschaftliche Unstalten erhalten, die Bundessache find, deren eine ihren Sit in Bern hat, was aber nur möglich sein wird, wenn unsere Hochschuleinrichtungen als schön und zweckmäßig gelten fönnen. Die Staatswirthschaftskommission beantragt Ihnen deshalb auch hier Zustimmung zum Antrage des Regierungsraths.

Tièche (Bern). Ich muß mir auch hier erlauben, einige Worte beizufügen. Ich konstatire durchaus die Nothwendigkeit der Erstellung eines chemischen Instituts. Die jetigen Zustände find entschieden unhaltbar und ich begreife es, daß der Regierungsrath eine Vorlage betreffend die Erstellung eines folchen Instituts bringt. Dagegen bin ich mit der Art und Weise, wie das Gebäude erftellt werden foll, nicht einverstanden. Das dem Staate gehörende Bauterrain ift in feiner obern Partie, wo das Gebäude erstellt werden foll, nämlich an der sogenannten "Freien Straße", vollständig eben und läßt sich durch weitere Erwerbungen noch ganz bedeutend auß= dehnen. Ich frage mich nun: Warum wählt man diese fon= derbare Form einer Krebsscheere, die eigenthümliche Geftal= tungen im Innern des Gebäudes darbietet? Ich konnte mir dies einzig dadurch einigermaßen erklären, daß ein Feldweg von 2 Meter Breite durch die Liegenschaft führt. Allein dieser Weg kann ohne Schwierigkeiten verlegt werden und dann kann das Gebäude ganz anders und in bessern Proportionen erstellt werden. Sehen Sie sich einmal den Plan näher an. Der Haupteingang befindet sich nicht etwa an der Straße, sondern steht dazu ganz schief. Durch den Eingang kommt man in einen dreieckigen Borplatz. Das ist schon ein eigenthümliches Gebilde. Bon da gelangt man mittelft einer ganz schmalen Stiege - es ist zwar auf dem Plan kein Maßstab angegeben und ich habe auch keinen in der Tasche; sie wird aber ungefähr 1,20 Meter breit sein, was für ein Institut, das Hörfäle für circa 80 Studenten enthält, zu schmal ift — in den erften Stock, wo das erwähnte eigenthum= liche dreieckige Gebilde einen dreieckigen Hörsaal bildet. Der herr Professor sitt vornen in' der Ede. Es ist kaum Plat vorhanden, um eine Wandtafel aufzustellen; die Studenten muffen gegen das Licht sehen und feben des= halb nichts. Das ist verfehlt. Ebenso verfehlt ist die Beleuchtung der großen Sorfale, welche fich in den Glugeln im ersten Stock befinden. Es find zwar große Fenfter gezeichnet. Aber auf der einten Seite find fie burch den Giebel des Laboratoriums verdeckt und wir haben ein ähnliches Gebilde, wie hier im Borfaal, wo die Treppe in ein Fenster einschneidet und dasselbe durch den Gibel ganz verdeckt wird. Das muß geändert werden. Der große Hörfaal hat falsche Dispositionen. Der Herr Prosessor sist in einer Art Nische. Raum für eine Wandtasel ist vorhanden; allein die Studenten auf der rechten Seite sehen gar nicht, was auf der Wandtasel gemacht wird, und doch muß man beim Chemieunterricht die chemischen Formeln vorderhand noch auf eine Wandtasel schreiben können.

Ich will heute keine Planänderungen vorschlagen. Aber ich finde, der Regierungsrath, respektive die Baubirektion, sollte die Arbeit vom architektonischen Standpunkt aus noch etwas untersuchen lassen. Ich beantrage nicht, den verlangten Kredit nicht zu bewilligen, sondern din für Bewilligung desselben. Nur möchte ich den Regierungsrath ersuchen, die Sache noch etwas zu studiren. Ich bitte um Entschuldigung, daß ich das Wort ergrissen habe; allein ich hielt mich als Mitglied der bernischen Baubehörden für verpflichtet, mich gegen ein solches merkswürdiges Alignementsprojekt auszusprechen.

Dinkelmann, Baudirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich verdanke die Mittheilungen des herrn Großrath Tieche bestens. Es wäre mir nur lieb gewesen, wenn er mir dieselben früher gemacht hatte. Ich kann nicht auf alle von ihm berührten Punkte ein= treten. Ich bemerke nur, daß die gewählte Grundform eine möglichst gunftige Ausnutung des Plates gestattet. Der Staat hat auch mit feinem Belbbeutel zu rechnen. Ich gebe zu, daß es eine schönere Lösung wäre, wenn man einen langgestreckten Bau erstellen würde; allein ber erforderliche Plat steht und nicht zur Verfügung. Ich bin übrigens sehr einverstanden, daß man heute den ver= langten Kredit nur grundsäglich bewilligt und eine Kom= miffion ernennt, die mit der Baudirektion und dem Regierungsrath die von herrn Tieche vorgeführten Mängel näher besprechen wurde. Ich bemerke nur noch einmal, daß die Herren Professoren fämmtliche Räume als zweckentsprechend und richtig angelegt anerkannten und daß das Kantonsbauamt das Projekt gemäß den Anforde= rungen der Professoren aufstellte.

Der vom Regierungsrath beantragte Aredit wird bewilligt und die Regierung eingeladen, die von Herrn Tieche gemachten Aussetzungen noch näher zu prüfen.

Der Präsident theilt mit, daß das Büreau gemäß erhaltenem Auftrag folgende

Kommissionen

gewählt beziehungsweise ergänzt habe:

1. Primariculgeset.

Die Kommission wurde ergänzt durch die Herren Groß= räthe Burger und Roth.

2. Fischereidekret.

Herr Großrath v. Groß, Präsident.

Choulat. Cüenin.

Eggimann (Sumiswald).

Imer. Tschiemer.

v. Werdt.

3. Befeg betreffend Branntweinfabrikation.

Herr Großrath Fueter, Präsident.

Itten.

Locher.

Schüpbach.

Stucki (Jus).

4. Detret betreffend die Biehentschädigungs= und die Pferdescheinkaffe.

Berr Großrath Bühler, Präfident.

Eggimann (Hasle).

Etter (Jegikofen).

Schmalz.

v. Wattenwyl (Uttigen).

5. Defret betreffend Errichtung neuer Pfarrstellen.

Berr Großrath Rät, Prafident.

v. Grünigen.

Lehmann. " "

Mojchard.

Stauffer.

Bühlmann. Da die Beratbung des Ginführungs= gefetes zum Betreibungs= und Konfursgefet jebenfalls am Mittwoch noch die ganze Sitzung in Anspruch nehmen wird und es ungemein stört, wenn gleichzeitig Wahlvershandlungen vorgenommen werden, so möchte ich beantragen, die Wahlen auf die Tagesordnung vom Donnerstag zu feten.

Einverstanden.

Auf Antrag des Prafidiums wird beschloffen, die morgige Sigung um 81/2 Uhr zu beginnen.

Schluß der Sitzung um 61/2 Uhr.

Für die Redaktion: Rud. Schwarz.

Ameite Sitzung

Diensting den 25. Navember 1890.

Morgens 81/2 Uhr.

Vorsigender: Prafident Dr. Brunner.

Der Namensaufruf verzeigt 232 anwesende Mit= glieder. Abwesend sind 39, wovon mit Entschuldigung: die Herren Benz, Bratschi, Hennemann, Jolissaint, Schar, Schnell, Boifin; ohne Entschuldigung abwesend find: die Herren Aebi, v. Allmen, Bigler, Clemençon, Comment, Güenin, Dähler, Daucourt, Gerber (Steffisburg), Glaus, Couvernon, Guenat, Horn, Hostettler, Lauper, Locher, Marti (Lys), Marti (Mülchi), Mérat, Meher (Biel), Müller (Tramelan), Péteut, Probst (Edmund), Kät, Kobert, Koth, Sahli, Dr. Schenk, Schneeberger (Schoren), Stouder, Streit, Tichanen.

Das Protokoll der gestrigen Sikung wird abge= lesen und bestätigt.

Der Präsident verliest folgendes Schreiben:

Un den Großen Rath des Kantons Bern. Sochgeehrter Berr Bräfident,

Hochgeehrte Herren! Da ich im X. eidgenöffischen Wahlkreis als Mitglied des Nationalraths gewählt worden bin, liegt mir die Pflicht ob, das mir vom Großen Rathe übertragene Man= dat eines Vertreters des Standes Bern im schweizerischen Ständerath niederzulegen.

Für das Vertrauen, das mir der Große Rath erwiesen hat, indem er mich fiebenmal zum Ständerath wählte, spreche ich ihm meinen tiefgefühlten Dank aus.

Mit vorzüglicher Hochachtung Bern, 25. November 1890.

Dr. Gobat, Regierungsrath.

Präfibent. Wir nehmen von diefer Demiffion Notig und zwar, wie ich als selbstverständlich annehme, unter Berdankung der von herrn Gobat in seiner Stellung als Ständerath dem Kanton geleisteten Dienste. Die Erfatmahl wird nächsten Donnerstag, gleichzeitig mit ber Wahl zweier Ständerathe für das Jahr 1891, zu treffen

Es ift eingelangt folgender

Anjug:

Der Regierungsrath wird eingeladen, das Nöthige vorzubereiten, damit dem Großen Rath in seiner nächsten Seffion die Frage des Sikes der kantonalen Gewerbeschule zum Entscheid vorgelegt werden kann.

Bern, den 25. November 1890.

Hirter. Demme. Tièche (Bern).

Wird auf den Kangleitisch gelegt.

Cagesordnung:

Beitrag an die forrektion der Saane gwifden Jaupen und Oltigen.

Der Regierungsrath stellt folgende Unträge: Es sei das vorliegende Projekt für die Korrektion der Saane von der Kantonsgrenze bei Laupen abwärts bis zur Einmündung in die Aare bei Oltigen zu genehmigen und den Gemeinden Laupen, Mühleberg, Ferenbalm und Wyleroltigen an die auf Fr. 1,040,000 veranschlagten Kosten einen Staatsbeitrag zu bewilligen von 30 % der wirklichen Kosten, im Maximum Fr. 312,000, auf Rubrik X G unter folgenden nähern Bedingungen:

1) Die Arbeiten find nach den Borfchriften der Bundes= und der Kantonsbehörden in solider Weise durch die ob-

genannten Gemeinden auszuführen.

2) Mit den vorgenannten Bundes= und Kantonsbei= trägen haben die ausführenden Gemeinden die Schwellen= bauten längs den dem Staate auf der Korrektionsstrecke zustehenden Auen felbst zu erstellen und es kann ber Staat für die Kosten dieser Neuanlage nicht weiter in Mitleidenschaft gezogen werden. Immerhin wird den bau-ausführenden Gemeinden das zum Neubau der Strecke längs den Staatsauen nothwendige Holz, soweit solches aus den letztern erhältlich ist, unentgeltlich überlassen; dagegen hat das Unternehmen die Rüstkosten zu tragen, und find die Ruftarbeiten unter Aufficht der Forstdirektion auszuführen.

3) Die Auszahlung des Staatsbeitrages findet nach Berhältniß der ausgeführten Arbeiten auf amtlich be-

scheinigte Abrechnungen hin statt.

In den letztern dürfen unter keinen andern Positionen als denjenigen des genehmigten Kostenvoranschlages Aus=

gaben enthalten fein.

4) Neber die Ausführung und den spätern Unterhalt des Unternehmens haben die bauausführenden Gemeinden die im Gefet vom 3. April 1857 vorgesehenen Statuten

aufzustellen und zur Sanktion vorzulegen.

5) Der Regierungsrath wird mit der Vollziehung dieses Beschlusses, gemäß den Bestimmungen des vor= erwähnten Gesetzes beauftragt und ermächtigt, allfällig nothwendige Abanderungen am Projekt im Einverständ= niß mit den Bundesbehörden vorzunehmen, sowie das Ausführungsprojekt zu genehmigen.

Dinkelmann, Baudirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Die Bewohner des 11 Kilometer langen und 1/2—1 Kilometer breiten Saanethales zwischen Laupen und Oltigen haben schon seit langer Zeit die Nothwendigkeit erkannt, ihr Befitthum vor Ueberschwem= mungen zu schützen und denfelben möglichst entgegenzu-Sie haben denn auch seit Jahrzehnten mit bedeutenden Opfern an Zeit und Geld schwere Bauten ausgeführt und zwar in einem Umfange, daß es in dieser Gegend Gemeinden gibt, welche bis zu 12 %00 Schwellen=geld bezahlen. Die ausgeführten Bauten bestunden mei= stens darin, daß Streichschwellen mit Bindern erstellt und, zur Sicherung bes Landes vor Neberschwemmungen, hin-terdämme auf 1—2 Meter höhe aufgeschüttet wurden. Auf diefe Weise bildete fich eine Art unregelmäßiges Doppelprofil. Das Vorland zwischen den Ufern und den Hinterdämmen lieferte das Holz zu den Schwellenbauten. Alle diese Bauten wurden aber leider ohne irgend ein System ausgeführt und, tropdem die Saane ein Gefäll von 2-3,3 % hat, wurden deren viele Geschiebe nicht weggeführt. Diese Geschiebsablagerungen verursachten immer wieder Uferanbrüche und Aenderungen im Fluß= lauf und es fahen die betheiligten Gemeinden bald ein, daß zur Erzielung eines richtigen Flußlaufes, der die Geschiebe wegführt, es absolut nöthig ift, die Saane auf beiden Seiten einzudämmen, überhaupt eine rationelle

Korrektion derfelben vorzunehmen. Die Gemeinden Dicki, Whleroltigen, Ferenbalm und Mühleberg reichten des= halb dem Regierungsrath ein Gefuch ein, er möchte einen Korrektionsplan aufstellen. Derfelbe wurde bereits im Jahr 1885 ausgearbeitet und von den Gemeinden genehmigt. Nachher blieb aber die ganze Angelegenheit liegen und es wäre wohl noch lange nichts geschehen, wenn nicht das Hochwasser vom 3. Oktober 1888 einge= treten und gang enormen Schaden angerichtet hatte, was die Bewohner daran mahnte, daß es hohe Zeit sei, die Rorrettionsarbeiten energisch an die Hand zu nehmen. Die betheiligten Gemeinden reichten beshalb im Februar 1889 das Gesuch ein, es möchten zur Ermöglichung der Korrektion Kanton und Bund erhebliche Beiträge bewil= ligen, da ohne große Betheiligung von dieser Seite die Durchführung des Werkes nicht möglich sei. Unter dem 16. Dezember 1889 wurde das umgearbeitete Korrektions= werk dem Bundesrath eingereicht. Ueber dasselbe ift fol=

gendes zu bemerken:

Die Saane, vereinigt mit der Sense, hat ein Ginzugs= gebiet von 1880 Quadratkilometer und sehr veränderliche Basserstände. Es fließen nämlich bei Niederwasser ab 24 Kubikmeter pro Sekunde, bei Mittelwasser 59 Rubikmeter, bei gewöhnlichem Hochwasser 250-300 Kubikmeter, bei außergewöhnlichem Hochwasser, wie am 3. Okstober, 1000—1100 Kubikmeter. Bei diesen außersordentlich variablen Wasserständen ist die Einhaltung eines einfachen Profils nicht möglich und es mußte des= halb in dem Korrektionsprojekt das Doppelprofil — überflutbare Streichschwellen aus Faschinenbau mit Bindern an hinterdämme — beibehalten werden. Als Normal= profilbreite wurde 42 Meter gewählt, die bei einer Tiefe von 2,30 Meter und einem fleinsten Gefäll von etwas über 2 % einen Wafferabfluß von 300-330 Rubit= meter pro Sekunde gestattet, d. h. es ist dafür geforgt, daß bei gewöhnlichem Hochwasser keine Ueberflutungen stattfinden, sondern nur bei außergewöhnlichem Sochwasser ein Wafferabfluß zwischen die Uferwerke und die Sinter= dämme eintritt.

Es ist noch zu bemerken, daß wenn der Fluß sich ein gehöriges Bett eingegraben haben wird, die hinterdämme auf eine regelmäßige Distanz von den Barallelwerken werden gestellt werden, sodaß nach der Bersetzung der Hinterdamme ein großer Theil Land, das bisher nicht fultivirt werden konnte, der Kultur zugänglich wer= den wird.

Die neuen Uferlinien sind möglichst den bereits bestehenden Bauten angepaßt worden. Ferner benutte man soweit möglich die vorhandenen Felspartien. Der Fluß= lauf wurde infolge deffen nicht stark verändert, dagegen konnte dadurch eine bedeutende Reduktion des Rosten= voranschlages erzielt werden. Dieser Kostenvoranschlag beläuft sich auf:

Strecke Laupen=Gümmenenbrücke, 5100 Meter, Fr. 459,000 "Gümmenenbrücke-Oltigen, 4800 " " 458,000 Bauleitung und Unvorhergesehenes . . " 123,000 Jusammen Fr. 1,040,000

Bei diesen Preisen stellt sich der Laufmeter Streich= schwelle auf Fr. 36 und der Laufmeter Binder auf Fr. 17.

Die vorberathenden Kommissionen der Bundesbehör= den fanden, die angeregte Korrektion liege fehr im öffentlichen Interesse, indem nicht nur eine Bodenfläche von ungefähr 750 Hektaren vor gänzlicher Zerstörung bewahrt werde, fondern auch viele Gebäude und die am linken Ufer der Saane hinführende Hauptstraße vor Ueber= flutungen geschützt werden. Auch habe die Korrektion noch einen interkantonalen Charakter, indem infolge der Vertiefung des Flußbettes auch auf das oberhalb liegende freiburgische Gebiet ein günstiger Einfluß erzielt werde. Mit Rücksicht hierauf faßten die eidgenössischen Räthe unterm 25. Juni dies Jahres folgenden Beschluß:

1) Dem Kanton Bern wird für die Korrektion der

Saane von der Kantonsgrenze bei Laupen bis zur Ein= mundung in die Aare bei Oltigen ein Bundesbeitrag zugesichert. — Dieser Beitrag wird festgesetzt zu 40 % der wirklichen Kosten bis zum Maximum von Fr. 416,000, als 40 % der Boranschlagssumme von Fr. 1,040,000.

2) Die Ausführung der Arbeiten hat innert 10 Jahren vom Inkrafttreten der Beitragszusicherung an gerechnet

stattzufinden.

(Folgen die üblichen Bedingungen.)

Nachdem der Bund durch diesen Beschluß die Noth= wendigkeit und Subventionswürdigkeit des ganzen Unter= nehmens anerkannt hat, ist auch der Regierungsrath im Falle, Ihnen die Bewilligung des von den betheiligten Gemeinden nachgesuchten Staatsbeitrages warm zu em-pfehlen. Er beantragt Ihnen daher: (Redner verliest den eingangs abgedruckten Untrag.) Bu Ziffer 2 der aufgestellten Bedingungen habe ich

noch folgende Bemerkungen zu machen:

Der Kanton besitzt an der Saane folgende Auen: 1) In der Gemeinde Ferenbalm die obere Gummenenau mit 19,5 heftaren und einer Grundsteuerschatzung von Fr. 8120, und die untere Gümmenenau mit 7,1 heftaren und einer Grundsteuerschatzung von Fr. 2900. 2) In der Gemeinde Laupen die sogenannte kantonnirte Laupenau mit 9,9 hettaren und einer Grundsteuerschatzung von Fr. 4150. Alle drei Auen haben zusammen einen Flächeninhalt von 36,5 Hektaren mit einer Grundsteuer= schatzung von Fr. 15,170. Run ift bekannt, daß die Auen für den Staat bisher eine große Last waren. Nicht nur mußte der ganze holzertrag derfelben zu Schwellenbauten verwendet werden, fondern der Staat mußte diefe Bauten auch noch selbst bezahlen. So haben die Rechnungen der beiden letzten Jahre erzeigt, daß der Werth des Schwellenholzes Fr. 2775 betrug und daß der Staat außerdem noch Fr. 1561 ausgeben mußte. Wenn man es nun beim erften Absatz ber Ziffer 2 bes Antrages bes Regierungeraths hätte bewenden laffen, wonach die ausführenden Gemeinden die Schwellenbauten felbft erstellen muffen und den Staat nicht in Mitleidenschaft ziehen dürfen, so hatten fich die Gemeinden mit Recht über Anlegung einer ungleichen Elle beklagen können, da der Staat, als Eigenthümer von Land, das unmittelbar an die Korrektionslinie anftößt, bei diesem Korrektions= werk ungleich mehr interessirt ist, als bei andern ähn= lichen Korrektionswerken. Um nun eine Kompensation zu schaffen, hätte es vielleicht angezeigt sein können, ben Staatsbeitrag von 30 auf 33 1/3 % 3/0 zu erhöhen. Wir konnten dies jedoch deshalb nicht empfehlen, damit nicht ein Präjudizfall geschaffen werde, indem es bis jest üblich war, an Korrettionen, die der Bund mit 40 % subven= tionirte, einen Staatsbeitrag von 30 % zu bewilligen. Dafür beantragen wir Ihnen in Ziffer 2, den Gemeinden das Holz zur Ausführung der Streichschwellen längs der Auen abzutreten. Diese Streichschwellen haben eine Länge von 2500 Meter, was à Fr. 36 eine Kostensumme von Fr. 90,000 ausmacht. Nun macht der Holzwerth nach

ben bisherigen Erfahrungen etwa einen Drittel aus; die Mehrleiftung des Staates beträgt also Fr. 30,000. Würde statt eines Beitrages von 30 % ein solcher von 33 1/3 % bewilligt, so würde sich die Mehrleistung auf Fr. 34,600 belaufen. Sie sehen hieraus, daß es nahezu auf's gleiche hinauskommt, ob das nöthige Holz abgegeben oder der Staatsbeitrag auf 33 1/3 % erhöht wird.

Bühlmann, Berichterftatter der Staatswirthschafts= kommission. Das Flußbett der Saane zwischen Laupen und ihrer Einmundung in die Aare ift fo beschaffen, daß trot des ziemlich bedeutenden Gefälles die von weiter oben herkommenden Geschiebsmassen daselbst liegen bleiben. Infolge deffen hat sich die Bettsohle nach und nach erhöht, sodaß seit einer Reihe von Jahren Ueberschwem-mungen eintraten, so namentlich im Jahre 1888, die bedeutenden Schaden verursachten. Die betreffenden Ge= meinden und Privaten haben bis jest in planlofer Beife Schwellenbauten ausgeführt, die ganz enorme Opfer er= forderten, fodaß einzelne Gemeinden bis zu 12 %00 Schwellensteuer erheben, aber nicht den erhofften Schutz brachten. Die Gemeinden überzeugten fich badurch, daß nur durch eine rationelle Anlage Abhülfe geschaffen wer= ben könne und reichten deshalb bei der Regierung ein bezügliches Gefuch ein. Es wurde ein Korrektionsprojekt ausgearbeitet mit einem Kostenvoranschlag von Fr. 1,040,000, von welcher Summe der Bund 40 % = Fr. 416,000 übernahm.

Da die Nothwendigkeit und Nütlichkeit des Korrektionswerkes außer Frage steht, so beantragt Ihnen die Staatswirthschaftskommission, auch Ihrerseits einen Beitrag zu bewilligen und zwar nach Antrag der Regierung

in der Sohe von 30 %.

Nun besteht, wie bereits ausgeführt wurde, bei dieser Korrektion ein etwas ausnahmsweises Verhältniß, indem ber Staat an der Korrektion mit einem ziemlichen Areal an Unland betheiligt ift. Wir haben deshalb gefunden, es sei gerechtfertigt, mit Rucksicht auf den direkten Nuten, den der Staat aus dem Korrektionswerke zieht, die betheiligten Gemeinden dadurch etwas ausnahmsweise zu begünstigen, daß man ihnen das zur Ausführung der Schwellenbauten längs der Staatsauen nöthige Holz un= entgeltlich abtritt. Es ift das für den Staat immerhin ein gutes Geschäft, indem bis jetzt die Staatsauen nicht nur nichts abwarfen, sondern noch ein jährliches Defizit von circa Fr. 1500 verursachten. Wenn nun der Staat infolge der neuen Unlage von biefer Ausgabe befreit wird, fo finde ich, es fei nichts als billig, daß er auch einen etwas größern Beitrag leifte, als gewöhnlich, was der Fall ist durch unentgeltliche Abgabe des nöthigen Schwellenholzes aus den Staatsauen. Die Staatswirth= schaftskommission beantragt Ihnen deshalb, den Antrag des Regierungsraths, wie er Ihnen mitgetheilt worden ift, zu genehmigen.

Der Untrag des Regierungsraths wird genehmigt.

Beitrag an die Perbauung der beiden Porfbäche in Niederwichtrach, fowie des Grundbaches und des Teschangrabens in der Gemeinde Cagiwnl.

Der Regierungsrath beantragt, an die auf Fr. 51,000 veranschlagten Kosten der Korrektion der Dorsbäche zu Niederwichtrach einen Beitrag von 30.% der wirklichen Kosten, im Maximum Fr. 15,300, zu bewilligen, ebenso einen solchen von 30.% der wirklichen Kosten, im Maximum Fr. 26,070, an die auf Fr. 86,900 devisitrte Versbauung des Grundbaches und des Aeschaugrabens in der Gemeinde Eggiwhl, beides auf Rubrik X G und unter solgenden Bedingungen:

- 1) Die Arbeiten sind nach den Vorschriften der Bundes- und Kantonsbehörden in solider Weise auszuführen. Die Gemeinde haftet dem Staate gegenüber für die gewissenhafte Erfüllung dieser Berpflichtung.
- 2) Die Auszahlung des Staatsbeitrages findet nach Berhältniß der ausgeführten Arbeiten auf amtlich bescheinigte Abrechnungen hin statt. In die letztern dürfen unter keinen andern Positionen, als diejenigen des genehmigten Kostenanschlages, Ausgaben in Rechnung gebracht werden.

Dintelmann, Baudirettor, Berichterftatter des Regierungsraths. Die beiden Dorfbache in Niederwichtrach führen infolge ihres ausgedehnten Quellengebietes und bes ftarken Gefälles bei größern athmosphärischen Nieder= schlägen große Mengen Geschiebe mit sich, welche Ufer= anbrüche veranlaffen, die Ufer überführen und die in der Nähe befindlichen Gebäude, Wege und Straßen gefährden. Gemeinde und Pripaten haben jeweilen die verheerten Wege und Matten mit bedeutenden finanziellen Opfern wieder etwas in Stand gestellt und auch bedeutende Schuthauten ausgesührt. Dies hatte aber eine Erhöhung der schon ziemlich bedeutenden Lasten zur Folge, was, wenn es fo weitergeben würde, eine Werthverminderung der ichonen Seimmefen in Wichtrach verurfachen mußte. Unter diesen Umftanden ift es begreiflich, daß die Bemeinde einsah, daß nur durch eine rationelle Berbauung ber beiden Bache Abhülfe geschaffen werden konne. Es wurde infolge beffen ein Projekt ausgearbeitet, das von ber Gemeinde genehmigt wurde. Dasselbe fieht eine Bervollständigung und Erweiterung der bereits bestehenden Schwellenbauten vor. Es muß nämlich darauf aufmerkfam gemacht werden, daß die Gemeinde ihrer Schwellenpflicht in einer Weise nachkam, wie nicht bald eine andere, in= dem sie so viel als möglich that, um Neberschwemmungen zu verhüten. Für das obere Korrektions-Gebiet sieht das Projekt Uferschwellen mit Streichhölzern vor; weiter abwarts follen die Verficherungen in Stein ausgeführt werden. Die Gesammtkoften waren auf Fr. 48,000 ver= anschlagt. Der Bundesrath, dem das Projekt behufs Auswirfung eines Bundesbeitrags zugestellt wurde, verlangte jedoch, daß die Korrektion noch etwas weiter ausgedehnt werde, was Mehrkoften im Betrage von Fr. 3000, jur Folge hat, sodaß die ganze Devissumme auf Fr. 51,000 ansteigt. Hieran hat der Bund einen Beitrag von 40 % ber wirklichen Kosten, im Maximum Fr. 20,400 bewilligt.

Neber das andere Projekt, betreffend die Verbauung des Grundbaches und des Aeschaugrabens in der Gemeinde Eggiwyl, ist folgendes zu bemerken.

Diese beiden Bache entspringen auf den Söhenzügen zwischen Langnau und Trubschachen einerseits und der Emme anderseits und fließen später in die lettere. Bei Regenguffen verurfachten die beiden Bäche häufig Ueber= schwemmungen, so namentlich im Sommer 1889, wo sich über die Gegend von Eggiwhl mehrere Tage lang wolken= bruchartige Gewitter entluden. Infolge dessen schwollen die genannten zwei Bache zu gewaltigen Stromen an, deren Fluten Gesträuch, Erde und Steine mit fich fort= riffen, Schwellenbauten, Brücken und Wege demolirten, das anftoßende Grundeigenthum mit Gefchiebe überführten und eine Anzahl Wohngebäude gefährdeten. Der ent= standene Schaben wurde vom Gemeinderath von Eggiwhl auf mindestens Fr. 100,000 geschätzt. Da die Gemeinde fand, es Lassen sich ähnliche Borkommnisse für die Zutunft nur badurch verhüten, daß die beiden Bache in rationeller Weise verbaut werden, so ließ der Regierungs= rath, auf Ansuchen der Gemeinde, ein Projekt ausarbeiten, das eine Kostensumme von Fr. 81,000 (Fr. 51,000 für ben Grundbach und Fr. 30,000 für den Aeschaugraben) vorfah. Dasfelbe wurde von der Gemeinde gutgeheißen und dem Regierungsrath mit dem Gesuche um Ausmitt= lung des Rantons= und Bundesbeitrages zugestellt. Der Bundesrath fand aber auch hier, es solle die Korrektion noch etwas weiter nach oben ausgedehnt werden, was Mehrkosten im Betrage von Fr. 5900 zur Folge hat, so= daß die Gesammtkosten Fr. 86,900 betragen, an die der Bund einen Beitrag von 40 % der wirklichen Roften, im Maximum Fr. 34,760, bewilligte, unter folgenden Bedingungen:

Die Auszahlung dieses Beitrages wird nach Maßgabe des Fortschreitens der Arbeiten und der dem Bundesrathe hiebir zur Verkügung stehenden Predite erkolgen

hiefür zur Verfügung stehenden Kredite erfolgen. Die Ausführung der Arbeiten soll in angemessener Reihenfolge ununterbrochen stattsinden, und es wird für die Vollendung der Verbauung eine Bauzeit von 6 Jahren für den Grundbach und von 5 Jahren für den Aeschausgraben in Aussicht genommen.

Rachbem durch die erwähnten Bundesbeschlüsse in beiden Fällen die Nüglichkeit und Nothwendigkeit der Verbauung anerkannt wurde, nimmt auch der Regierungs-rath keinen Anstand, Ihnen zu empfehlen, an diese Verbauungen je einen Staatsbeitrag von 30 % der wirklichen Kosten (Fr. 15,300 für die Verbauung der Dorfbäche in Niederwichtrach und Fr. 26,070 für die Verbauung des Grundbaches und des Asschaugrabens) zu bewilligen, unter folgenden Bedingungen: (Redner verliest die einzgangs abgedruckten Bedingungen).

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission. Die Staatswirthschaftskommission hat sich
überzeugt, daß auch bei diesen beiden Geschäften die
üblichen Grundsäte zur Anwendung gelangten. Ich müßte,
um den Antrag des Regierungsraths nochmals zu begründen, einfach wiederholen, was bereits ausgeführt
wurde. Die Staatswirthschaftskommission beantragt Ihnen
in beiden Fällen Zustimmung zum Antrage des Regierungsraths.

Genehmigt.

Beitrag an die Aarekorrektion zwischen Interlaken und dem Chunersee und Ertheilung des Expropriationsrechts.

Der Regierungsrath unterbreitet dem Großen Rathe

folgenden Antrag:

1) Das vorliegende Projekt für Korrektion der Aare zwischen der Gurben zu Interlaken und dem Thunersee wird grundsätlich genehmigt und die im Bundesbeschluß vom 9. Oktober abhin an die Bundessubvention geknüpsten Bedingungen angenommen, unter dem Vorbehalte, daß die Dampfschifffahrtsgesellschaft innert einer Frist von 6 Monaten vom Tage des Großrathsbeschlusses hinweg und jedenfalls vor Beginn der Korrektionsarbeiten dem Regierungsrathe eine rechtsverbindliche Erklärung abzugeben hat, in welcher sie sich verpslichtet:

a. sowohl die Korrektion der Aare als den damit in

a. sowohl die Korrektion der Aare als den damit in Berbindung stehenden Schifffahrts= und Speisungs=Kanal in allen Theilen nach den Vorschriften der Bundes= und Kantonsbehörden und nach den noch vorzulegenden, vom Regierungsrath und Bundesrath zu genehmigenden Aus= führungsplänen und definitiven Kostenvoranschlag durch=

zuführen.

b. Die Uferschutpflicht längs dem neuen Aarekanal, wo eine solche bisher nicht bestanden hat, im Sinne des Wasserbaupolizeigesetzes vom 3. April 1857 in bindender und dem Regierungsrathe genehmer Weise zu übernehmen, wogegen der Dampfschiffsahrtsgesellschaft das Areal des verlassenen Flußbettes, soweit solches öffentliches Eigensthum ist, als Eigenthum abgetreten wird.

2) Der aussührenden Dampsschiffsahrtsgesellschaft wird unter den im Bundesbeschluß enthaltenen Bedingungen an die auf Fr. 460,000 veranschlagten Kosten für die Korrektion der Aare ein Staatsbeitrag von einem Dritttheil der wirklichen Kosten, im Maximum Fr. 153,300, als 1/3 der Boranschlagssumme, aus Kubrik X G be-

willigt.

Die Auszahlung dieses Beitrages erfolgt nach Maßgabe des Borrückens der Arbeiten, immerhin jedoch unter Festsehung eines jährlichen Maximums von Fr. 51,000, und zwar auf amtlich bescheinigte Abrechnungen hin, denen jeweilen die Vorlage eines vom schweizerischen Departement des Innern und vom Regierungsrathe zu genehmigenden Bauprogrammes zu Grunde liegen soll.

3) Sofern der Weg Därligen-Interlaken längs der Bödelibahn verbreitert und als Staatsstraße übernommen wird, wie in Aussicht genommen ist, — wogegen die jetzt über die sogenannte Weißenau nach Unterseen führende Staatsstraße in die IV. Klasse versetzt würde, — kann die Uederbrückung des Schifffahrtskanales an seinem untern Ende unterbleiben. Dagegen hat in diesem Falle die Schifffahrtsgesellschaft einen Beitrag von Fr. 60,000 bis Fr. 70,000 an die Herstellung jener neuen Staatsstraße zu leisten, welche unmittelbar oderhalb der Landungsstelle und des Bahnhoses Interlaken die Aare überschreiten und nach Unterseen führen wird.

4) Der Regierungsrath wird mit der Vollziehung dieses Beschlusses, gemäß den Bestimmungen des Wasserbaugesetze vom 3. April 1857, beauftragt und ermächtigt, allfällig zweckbienliche Abänderungen in der Ausführung im Einvernehmen mit der kompetenten Bundesbehörde

anzuordnen.

Im Anschluß an diesen Antrag legt der Regierungsrath ferner zur Genehmigung vor folgenden

Detretsentwurf.

Der Große Rath bes Kantons Bern ertheilt hiermit

der "Vereinigten Dampsschiffshrtsgesellschaft für den Thuner- und Brienzersee" behufs Durchführung des Unternehmens 1) der Korrektion der Aare zwischen der Gurben zu Interlaken und dem Thunersee, 2) der Anlage eines Schiffsahrtskanals sammt Speisungskanal gemäß den vorgelegten Projekten, welche durch vom Regierungsrathe zu genehmigende Ausführungspläne ergänzt werden sollen, das Expropriationsrecht.

Dinkelmann, Baudirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Die Gemeinderäthe von Aarmühle, Unterseen, Wilderswyl und Matten haben im Mai dies Jahres das Gesuch gestellt, es möchte sowohl vom Bund als dem Kanton eine Subvention an die projektirte Korrektion der Aare zwischen Interlaken und dem Thunersee bewilligt werden. Diesem Gesuch war ein Borprojekt beigelegt, dessen Situationsplan Sie an der Saalwand aufgehängt sehen. Der Kostenvoranschlag beläuft sich auf Er 460 000

auf Fr. 460,000. Die Angelegenheit ift nicht neu; schon seit vielen Jahrzehnten murde dieselbe sowohl von Staats=, wie von Gemeindebehörden in's Auge gefaßt und wurden zu diesem Zwecke Plane ausgearbeitet. Die Ausführung unterblieb aber der großen Kosten wegen, obschon die Dringlichkeit hiefür wirklich besteht. Unterhalb Interlaken, von der fogenannten Gurben abwärts bis zum See, ift die Aare, wie man fich von der Beimwehfluh aus überzeugen tann, in einem vollständig verwilderten Zustande. Oben können die Uferversicherungen bei dem höchst unregelmäßigen Flußlaufe ohne unverhältnismäßige Kosten nicht gehalten werden und geht deshalb viel schönes und fruchtbares Land zu Grunde; unten versumpft dasselbe wegen mangelnder Eindämmung. Diese unregelmäßigen und ungunstigen Abflußverhältniffe bringen für die dortige Gegend noch andere Uebelstände mit sich: Die ganze linksufrige Thalebene des Bodeli leidet unter allzu hohem Grundwaffer. Mancherorts sind auch ungenügende Keller vorhanden, welche im Sommer häufig unter Wasser gesetzt werden, und endlich ist der Absluß aller Dohlen ein sehr mangelhafter, was besonders in sanitarischer Beziehung höchst schädlich ift. Das allgemeine Intereffe, befonders auch Rückfichten auf die große Bedeutung Interlakens als Centralpunkt des Fremdenverkehrs des Berneroberlandes, erheischen da= her dringend Abhülfe der genannten Uebelftande.

Nun wurde bis jett deshalb nicht zur Korrektion geschritten, weil durch diese allein die bestehenden Uebelstände nicht vollständig gehoben werden. Es wird wohl die Wegreißung von Kulturland verhindert und dasselbe vor Ueberschwemmung und theilweise auch vor Versumspfung geschützt. Eine so bedeutende Senkung des Wasserspiegels, wie sie zu einer gründlichen Entwässerung der ganzen linksseitigen Thalebene nothwendig ist, wird aber dadurch nicht erzielt, sondern erst durch die Anlage des Schiffsahrtskanals, welchen die Dampsschiffsahrtsgesellschaft sür den Thuners und Brienzersee von ersterm dis zum Bahnhof von Interlaten zu erstellen beabsichtigt. Derselbe soll es ihr ermöglichen, ihre Schiffe direkt an letztern Ort zu stellen, um das lästige Umladen in Därligen zu versmeiden. Dieser Kanal ist auf Fr. 1,040,000 veranschlagt. Unsere heutige Vorlage bezieht sich nicht auf diesen Kanal, sondern lediglich auf den Kostenvoranschlag für die Aares

forrektion, im Betrage von Fr. 460,000. Wie ich aber schon andeutete, steht der Schiffsahrtskanal mit der Aarekorrektion in intimer Wechselbeziehung. Die Anlage des Kanals ist ohne Durchführung einer Korrektion nicht möglich, weil derselbe zwischen der Aare und der Bödelibahn, bezw. der Heimwehsluh, keinen Plat fände. Anderseits ist der Kanal für die Korrektion von enormer Wichtigkeit; denn da derselbe kein Gefäll hat, sondern horizontal nach Interlaken hineinführt, so ermöglicht er die Anlage einer richtigen Drainage zur Entsumpfung der Thalebene.

In Bezug auf das Projekt selbst bemerke ich folgendes: Das Projekt des nenen Aarekanals sieht einen größern Durchstich gegenüber dem Herrenengut vor. Von dort wird auf furzer Strecke das rechte Ufer beibehalten, dann geht der Lauf in gerader Richtung, neben der Ruine Weißenau vorbei, jum See. Die Sohlbreite wird zu 40 Meter angenommen und erhält ein Gefäll von 1,68 %o. Die ganze Korrektion erhält eine Länge von nicht gang 2 Kilometer. Die vorgesehenen Dimenfionen genügen zur Abführung des Hochwaffers vollständig. Da, wo die Ufer nicht über 2,5 Meter hoch find, werden Hochwasserdämme erstellt werden. Gerne hätte man eine Abschwemmung vorgesehen; allein da eine solche bei Lehm= und Sandboden nicht möglich ist, mußte ein voll= ständiger Aushub des ganzen Kanals in den Boranschlag aufgenommen werden. Un einzelnen Stellen werden wahrscheinlich ziemlich kostspielige Sohlenversicherungen nöthig werden. Ferner ift die Unlage von Steindepots vorgesehen, damit bei Uferanbrüchen sofort das Material da ift, um die Flickarbeiten vornehmen zu können.

Der ganze Kostenvoranschlag für die Korrektion beläuft sich auf Fr. 460,000 und mag Ihnen ziemlich hoch erscheinen. Es ist aber anzunehmen, daß bei der Ausführung der Arbeiten obige Summe nicht erreicht werde, und da zur Festsetzung der Beiträge die wirklichen Kosten maßgebend sind, so ist es nicht angezeigt, diese Vor-

anschlagssumme zu reduziren.

Unter Erörterung aller dieser Berhältnisse übermittelte der Regierungsrath das Projekt dem Bundesrathe und es hat die Bundesversammlung unterm 9. Oktober dieses Jahres folgenden Beschluß gefaßt:

"1) Dem Kanton Bern wird für die Aarekorrektion zwischen Interlaken und dem Thunersee ein Bundesbeitrag zugesichert. Dieser Beitrag wird festgesetzt zu 33½ % der wirklichen Kosten bis zum Maximum von Fr. 153,300 als 33⅓ % der Boranschlagssumme von Fr. 460,000.

2) Die Ausführung der Arbeiten hat innerhalb drei Jahren, vom Inkrafttreten der Beitragszusicherung an

gerechnet, stattzufinden.

3) Das Ausführungsprojekt und der definitive Kostenvoranschlag bedürfen der Genehmigung des Bundesrathes.

4) Die Beitragszahlungen erfolgen im Verhältniß bes Fortschreitens der Bauausführung, auf Grund der von der Kantonsregierung eingereichten und vom schweizerischen Departement des Innern, Abtheilung Bauwesen, verifizirten Kostenausweise; jedoch wird das jährliche Maximum zu Fr. 51,100 und deren erstmalige Auszahlung auf das Jahr 1893 angesett."

Folgen die üblichen Bedingungen, von denen ich noch

folgende anführen muß:

"Die Zusicherung des Bundesbeitrages tritt erst in Kraft, nachdem von Seite des Kantons Bern die Aus-führung dieser Korrektion gesichert sein wird.

Für die Vorlegung der bezüglichen Ausweise wird der

Regierung eine Frift von einem Jahr, vom Datum dieses

Beichluffes an gereihnet, gefest.

Es handelt sich nun darum, ben eingangs erwähnten Gemeinden, an deren Stelle inzwischen in rechtsverbindlicher Weise die "Bereinigte Dampsschiffshrtsgesellschaft für den Thuner- und Brienzersee" getreten ist, einen Staatsbeitrag an das Unternehmen zu bewilligen.

Was die Zweckmäßigkeit des Unternehmens anbetrifft, so muß ich hervorheben, daß eine ganze Anzahl Gemeinden am Thuner- und Brienzersee, nämlich Thun, Hilterfingen, Oberhofen, Spiez, Sigriswyl, Matten, Unterseen, Wilberswyl und Brienz, beim Bundesrathe die Unterstützung der projektirten Aare-Korrektion warm befürworteten. Sie begründeten ihr Gesuch damit, daß außer dem Werthe, welchen dieses Unternehmen in sanitarischer und waffer= baupolizeilicher hinficht habe, auch noch derjenige hinzu-trete, daß die Erstellung eines Schifffahrtstanales bis Interlaken ermöglicht werde. Dadurch werde der Verkehr auf beiden Seen begünftigt und so der Abnahme des= selben, wie solches nach Erstellung der projektirten Gifen= bahnen zu erwarten sei, entgegengearbeitet. Auch die Bundesbehörden anerkannten, daß ein großes öffentliches Intereffe für das Buftandekommen der Korrektion fpreche, und es hat der Bundesrath in feiner Botschaft ausdrud= lich betont, daß der Umftand, daß die Korrettion für die Anlage eines Schifffahrtstanals nothwendig ist, nicht in

Betracht fallen tonne.

Geftützt auf alle diese Ausführungen stellt Ihnen der Regierungsrath folgende Anträge: (Redner verliest den eingangs abgedruckten Antrag). Zu Ziffer 3 habe ich noch folgendes zu bemerken. Die Straße, welche dem linken Ufer des Thunersees entlang führt, geht bei der sogenannten Weißenau über die gegenwärtige Aare und verbindet fich unmittelbar vor dem Städtchen Unterfeen mit der rechtsufrigen Strafe. Wenn nun der Schifffahrts= kanal erstellt wird, so wird es nöthig sein, für diese Straße eine weitere Brücke zu erstellen, welche, damit die Schiffe unter berselben hindurchfahren könnten, sehr hoch über dem Wafferspiegel liegen und daher ziemlich steile Anfahrten erhalten müßte. Es tauchte deshalb ein schon vor vielen Jahren ventilirtes Projekt wieder auf, nämlich bie Strafe, ftatt diefelbe bei Weißenau über die Mare ju führen, von Därligen dirett ber Bobelibahn entlang nach dem Bahnhof Interlaten zu leiten, um von dort mittelft einer Ueberbrückung der Aare direkt in's Berg von Unterfeen zu gelangen. Wenn diefes Projekt jur Ausführung tommen follte, mußte die Straße von Darligen bis jur Beimwehfluh torrigirt werden; ferner mußte man eine große Brude und zwei fleinere erftellen. Nach Durchführung dieser Arbeiten könnte dann die bis= herige Staatsftraße Darligen-Unterseen in die IV. Rlaffe versett und ben Gemeinden zum Unterhalt übergeben werden. Diese Kombination liegt nicht nur im großen Interesse der Gemeinde Unterseen, sondern namentlich auch in demjenigen der Dampfschiffffahrtsgesellschaft, indem dadurch der Verkehr von Unterfeen direkt nach der Landungsftelle der Dampfschiffe geleitet würde. Die Bertreter ber Dampfichifffahrtsgesellschaft erklärten fich bereit, nicht nur den für die Brude in der Weißenau vorge= sehenen Betrag von Fr. 50,000 an die Strafenkorrektion beizutragen, sondern sogar auf Fr. 60,000 zu gehen.

Ferner habe ich noch beizufügen, daß die Dampfschifffahrtsgefellschaft mit Gesuch vom November dieses Jahres

fich bewarb um:

- 1) Ertheilung der Konzeffion zur Anlage des projektirten Schifffahrtskanales und Alleinbenutzung durch die Gefellschaft.
- 2) Ertheilung der Konzession zur Erstellung des mit dem Schiffsahrtstanal in Berbindung stehenden Speisungskanals mit Turbinenanlage und der damit zusammenhängenden Einrichtungen, sowie zur Ausbeutung der durch diese Anlagen nutbar werdenden Wasserkräfte.
- 3) Ertheilung ber Bewilligung zur Ausfüllung und Urbarifirung bes alten verlaffenen Aarebettes, sowie um Abtretung desselben an die Gesellschaft.
- 4) Ertheilung des Expropriationsrechtes zum Zwecke der Erwerbung des für sämmtliche Theile des Unternehmens erforderlichen Grundeigenthums.

Die Behandlung der zwei erften diefer Biffern fällt gemäß den Beftimmungen des Wafferbaupolizeigefeges in die Rompetenz des Regierungsraths und bemerke ich nur, daß der Regierungsrath diese Fragen, die in letter Beit Gegenstand vieler Erörterungen waren, jedenfalls in der Weise losen wird, daß sowohl die Interessen der bethei= ligten Landesgegend als der Dampfichifffahrtsgefellschaft, die fich sehr große Opfer auferlegt, in gehöriger Weise in Berückfichtigung fallen follen. Der Biffer 3 ift bereits Rechnung getragen, indem der Dampfschifffahrtsgefellschaft das verlaffene Flußbett übergeben wird, wogegen sie die Schwellenpflicht zu übernehmen hat. Was die Ertheilung des Expropriationsrechts anbelangt, so hat die Gesellschaft die nöthigen Formalitäten erfüllt. Sie wurde zu bem Gesuche veranlaßt, weil fie einsah, daß eine gutliche Ver= ständigung mit einer großen Anzahl Grundbesitzer absolut unmöglich fein wird. Der Regierungerath halt bafür, die Ertheilung des Expropriationsrechts könne nicht berweigert werden, indem es sich bei der Aarekorrektion, wie jedermann anerkennen mird, um ein Werk im öffentlichen Interesse handelt. Was den Schifffahrtskanal anbetrifft, so wird derselbe ein gefahrloses Verkehrsmittel bilden und ein längstgefühltes Bedürfniß des Bodeli befriedigen. Schon von diesem Gesichtspunkte aus könnte man deffen Erstellung als ein im öffentlichen Interesse liegendes Unternehmen bezeichnen. Dazu kommt aber noch, daß er als Entsumpfungstanal für die Aareforrettion dient und die Korrektion erst mit hülfe dieses Kanals zur vollen Wirkung gelangen kann. Und mas endlich den Speisungskanal anbelangt, so steht derfelbe in direktem Zusammen= hang mit dem Schifffahrtskanal und ist durchaus nöthig, um eine Stagnation bes Waffers und im Winter ein Bufrieren desfelben zu verhindern. Zudem wird der Speisungskanal eine Urt Regulator für die Hochwaffer bilden, indem ein Theil derfelben durch diefen Speifungskanal in ben Schifffahrtskanal abgeleitet werden kann. Daß bei diefem Unlaffe Wafferträfte gewonnen werden, fommt für die Ertheilung des Erpropriationsrechts nicht in Betracht. Aus dem Angebrachten ergibt fich, daß die Ertheilung des Expropriationsrechts für alle drei Unternehmungen durchaus begründet ist, weshalb der Regierungsrath auch einen bezüglichen Untrag vorlegt.

Ich empfehle Ihnen die Anträge des Regierungsraths zur Genehmigung.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission. Es ist eine ziemlich allgemein verbreitete Meinung, und auch einige Mitglieder der Kommission waren dieser Ansicht, es handle sich im vorliegenden Falle mehr ober weniger um eine Unterstützung der Dampfschiffffahrtsgesellschaft. Es sei ferner kein großes allgemeines Interesse vorhanden und es sei deshalb merkwürdig, daß die Behörden des Bundes und des Kantons dazu kommen, an dieses Privatunternehmen derartige Summen beizutragen. Als man aber die Sache genau prüfte, stellte sich diese Meinung als durchaus unrichtig

heraus.

Das ganze Werk zerfällt in drei Theile: 1) Korrektion des bisherigen Aarlaufes; 2) Erftellung eines Schifffahrts= kanals vom Thunersee nach Interlaken; 3) Unlage eines Speisungstanals zwischen der Mare und dem Schifffahrtstanal, damit das Waffer in diesem lettern nicht in Stagnation gerath und im Winter nicht einfriert. Die Ausführung des Werkes wird hauptfächlich zwei Folgen Erstens werden die verschiedenen Krummungen des Aarebettes abgeschnitten und ein gerader, gleich= mäßiger Lauf hergestellt. Ferner wird ein großer Theil gutes Land gesichert oder neu gewonnen; endlich werden auch die sehr schlechten Grundwafferverhältniffe verbeffert, indem mittelft des Schifffahrtskanals eine Ent= sumpfung des Landes möglich ist. Mit Rücksicht auf diese Folgen haben denn auch die Bundesbehörden gefunden, das Werk liege im öffentlichen Intereffe und es fei daher ein Bundesbeitrag gerechtfertigt. Ich bemerke dabei, daß für die Behörden natürlich nur die Korrektion der Aare in Betracht fällt und es hat die Dampfichifffahrtsgefellichaft von vornherein erklart, daß der Schifffahrtstanal und der Speisungskanal ihre Unternehmung fei. Die Kosten der Aarekorrektion find veranschlagt auf Fr. 460,000. Einen Drittel diefer Summe übernahm der Bund; einen fernern Drittel übernahmen die betheiligten Gemeinden, vertreten durch die Dampfschifffahrtsgesellschaft. letten Drittel soll der Kanton bewilligen und es ist die Staatswirthschaftstommiffion durchaus damit einverftanben, da das Werk zum öffentlichen Wohle dient und der

Unterstützung durchaus werth ift.

Es ift nun seitens der Dampsschiffschrtsgesellschaft unterm 11. November ein ferneres Gesuch eingegangen, dahinlautend, man möchte ihr das Expropriationsrecht und ferner die Konzession für den Bau des Schiffschrtsstanals und des Speisungskanals und die Benutzung der durch den letztern gewonnenen Wasserkräfte ertheilen. Was das Expropriationsrecht anbetrifft, so liegt es in der Natur der Sache, daß wenn sich Bund und Kanton mit solchen Summen an einem Unternehmen betheiligen, dies aus Gründen des öffentlichen Wohles geschieht, weshalb die Ertheilung des Expropriationsrechtes gerechtsertigt ist. Und da ferner der Schiffsahrtsst und der Speisungskanal Theile des ganzen Unternehmens bilden und die Korrektion der Aare erst infolge der Erstellung des Schiffsahrtskanals ihre volle Wirkung ausüben kann, so muß das Expropriationsrecht für alle Theile der Unters

nehmung ertheilt werden.

Was das andere Begehren anbetrifft, betreffend das Alleinbenützungsrecht am Kanal, so kann es nach dem Gesetze von 1857 über den Unterhalt und die Korrektion der Gewässer nicht zweiselhaft sein, daß in dieser Beziehung nicht der Große Rath, sondern die Regierung zu verfügen hat, und die Staatswirthschaftskommission ist überzeugt, daß dieselbe die Interessen der Dampsschiffsahrtsgesellschaft und der Betheiligten in gleicher Weise wahren wird.

Es ift nun geftern eine Borftellung eingelangt, worin

ber Große Kath ersucht wird, es möchte das Expropriationsrecht nicht ertheilt werden. Es handle sich um eine private Unternehmung und es sei nach der Verfassung das Eigenthum gewährleistet. Ich habe bereits bemerkt, daß der Kanal ein Theil der ganzen Unternehmung ist und darum auch im Interesse des öffentlichen Wohles liegt, weshalb selbstverständlich das Expropriationsrecht ertheilt werden muß. Ich beantrage Ihnen deshalb, über dieses Gesuch zur Tagesordnung zu gehen und die sämmtlichen Unträge des Regierungsraths zu genehmigen.

Die Untrage bes Regierungeraths werben genehmigt.

Einführungs-Gesetz

für

den Kanton Bern

zum

Bundesgeset über Schuldbetreibung und Konkurs.

(Siehe Nr. 27 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Raths von 1890.)

Erfte Berathung.

Eintretensfrage.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter bes Regierungsraths. Ich tann mich über die Eintretensfrage turg faffen; daß ein Gefet zur Ginführung bes Bundes= gesehes erlaffen werden muß, steht außer Zweifel. Es genügt nicht etwa ein bloges Detret; denn es handelt sich nicht darum, Grundsätze, welche schon feststehen, blog auszuführen und zu vollziehen; fondern darum, eine gange Reihe von neuen Grundfagen aufzuftellen. Wer ben Gesetzesentwurf eingesehen hat, wird fich über= zeugt haben, daß es fich um Bestimmungen handelt, die nur auf dem Gesetzeswege erlaffen werden können. Es ift das vielleicht fatal, denn es könnte, wenn das Bolk über ein folches Gefet, das der Bund uns zu erlaffen vorschreibt, abzustimmen hat, leicht einmal passiren, daß basselbe verworfen wird. Es zwingt uns dies dazu, die Bestimmungen von vornherein fo zu halten, daß auf deren Annahme durch das Bolt gerechnet werden kann.

Der Bund hat den Kantonen die Pflicht auferlegt, in ihren Gesehen die Organisation der Behörden aufzuftellen, welche das Bundesgesetz auszuführen haben, das summarische Berfahren für Prozehfälle des Bundesgesetzes zu regeln und Strafbestimmungen aufzustellen, wo es zur Bollziehung des Gesehes nothwendig ist, und endlich haben die Kantone den Uebergang aus dem alten in den neuen Zustand zu ordnen. Ueberdies bedingt die Ausscheng unsseres kantonalen Gesehes über die Betreibungen und den Geltstag, in seiner Gesammtheit, eine Reihe von Bestims

mungen, durch welche folche Punkte, die in diesem Ge= setze geregelt waren und nicht eigentlich betreibungsrecht= lichen, sondern mehr civilrechtlichen Charakter haben, neu geordnet werden. Das Alles ift schuld baran, daß ber vorliegende Entwurf etwas weitschichtig geworden ist; ich kann Sie jedoch versichern, daß man sich auf das Nöthigste beschränkt hat und nicht weiter gegangen ift, als es absolut fein mußte. Ein Bunkt ift in der Borlage nicht geordnet, ben Sie vielleicht darin suchen werden, nämlich die Frage, welche öffentlich=rechtlichen Folgen die Thatsache des Konkurses oder der fruchtlosen Auspfän= dung nach sich ziehe. Ich glaubte, diese Frage auf der Seite laffen zu sollen aus dem einfachen Grunde, weil das die einzige politische Frage ift, welche bei der Ausführung des Bundesgesetzes zu ordnen ift und weil die Borlage im übrigen burchaus keinen politischen Charakter an sich trägt, sondern ausschließlich der Rechtsgesetzgebung, die für alle Parteien die gleiche ist, angehört. Würde man die Frage der öffentlich-rechtlichen Folgen auch in der gegenwärtigen Vorlage behandelt haben, so wäre es bei den vielen widersprechenden Meinungen in dieser Richtung sehr leicht möglich gewesen, daß das Geset, das bis zum 1. Juli 1891 nothwendig fertig sein muß und das am 1. Januar 1892 in Kraft treten soll, verworfen worden ware, und daß wir unserer Bundespflicht nicht hatten genügen konnen. Für diejenigen, welche ein großes Bewicht auf diese Frage legen, kann ich mittheilen, daß bis zum Frühjahr dem Großen Rathe eine weitere Vorlage unterbreitet werden wird, in welcher dieselbe geregelt werden soll, sodaß es unter Umständen möglich ift, auch dieses Gesetz bis zum 1. Januar 1892 in Kraft treten zu laffen.

Die Vorlage, mit der wir uns heute zu beschäftigen haben, sieht eine Reihe von neuen Beamten vor; es ist das nicht zu vermeiden gewesen, wie ich später zeigen werde. Ich glaube nicht, daß das Volk und Ihre Behörde deshalb auf die Vorlage nicht eintreten und sich ablehnend zu derselben verhalten werden; denn es handelt sich ja nicht um neue Beamtungen, welche neue Auslagen verursachen werden. Auch wenn die Gebühren für Betreibungs= und Konkursvorkehren sehr niedrig gehalten und auf den dritten Theil der gegenwärtigen höhe oder noch mehr herabgesetzt werden sollten, so werden sür Bern die Einnahmen immer noch so groß sein, daß die sämmtlichen Ausgaben sür die Betreibungs= und Konkursbeamten fammt dem Hilfspersonal daraus bestritten werden können. Man darf sich also an diesen neuen Beamten nicht stoßen; man kann sie ganz ernsthaft

dem Volke zur Annahme empfehlen.

Ich will nicht weitläufiger sein und empfehle Ihnen, die Vorlage heute zu behandeln.

Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Titel und Ingreß.

Ohne Bemerkung angenommen.

Tit. I.

Organisation der Betreibungs= und Konkursämter.

§ 1.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Der § 1 umschreibt die Betreibungs und Konkursämter. Nach dem Bundesgesetz steht es den Kantonen frei, die Kreise beliebig groß zu machen, auch dürsen sür die Durchführung der Betreibungen andere Kreise aufgestellt werden, als für die Durchführung der Konkurse. Ich habe mich nun gefragt, ob unter den politischen Eintheilungen des Kantonsgedietes, die wir jetz schon besitzen, sich eine sinde, welche für die Durchführung des Betreibungs und Konkursgesetzes geeignet erscheine. In Bezug auf die Gemeinden und die Kirchgemeinden fand ich, daß es nicht möglich ist, auf dieselben abzustellen; denn es ist klar, daß wir die Durchführung dieses schwierigen Gesetzes nicht als Rebenamt in die Hand von Leuten legen dürsen, welche ihrer Aufgabe nicht voll und ganz gewachsen sind, was der Fall wäre, wenn man die Einwohner= oder die Kirchgemeinden als Be-

treibungsfreise bezeichnen wollte.

Das Ideal eines richtigen Kreises wäre für mich ein folder, wo ein Beamter, bei ausschließlicher Beschäftigung mit dieser Aufgabe, alles selbst beforgen konnte. Es würde dies Rreise mit ungefähr 5000 Einwohnern bebingen. Run ift mir aber flar geworden, daß dieses Ideal nicht zu erreichen ift, indem das Volk nicht gewillt sein wird, 100 Beamte zu gewähren. Es sprechen aber auch noch andere Gründe dagegen, namentlich würde die Aufficht erschwert. Ich glaubte, man könne vielleicht auf die Großrathswahlfreise abstellen. Wir haben deren 62, wovon 52 eine Einwohnerzahl von 5-12,000 aufweisen. Allein es ift klar, daß wir nicht 62 neue Beamtungen schaffen konnen, und fo sah ich mich schließlich auf die Umtsbezirke verwiesen. 12 berfelben haben nicht über 10,000 Einwohner und eignen fich als Betreibungs= und Ronturstreife fehr gut. Die andern dagegen find jum Theil so groß, daß man fie nur mit Bedenken als Be= treibungsfreise acceptiren konnte. Gleichwohl habe ich es gethan, indem ich von der Boraussetzung ausging, man werde für diese Kreise besondere Beamte anftellen und könne den Uebelftanden, welche große Kreise für die Bevölkerung mit fich bringen, durch eine entsprechende Organisation der Beamtungen zum Theil abhelfen. Indessen sah man sich doch genöthigt, einen Amtsbezirk zu theilen. Es ist dies der Amtsbezirk Bern, welcher 75,000 Einwohner zählt, also so viel wie mancher Kanton, in welchem vielleicht 6—7 Kreise gebildet werden. Für die andern Bezirke murde die Möglichkeit offen gelaffen, fie fpater, wenn man Erfahrungen gemacht hat, ebenfalls

durch Großrathsbeschluß zu trennen.
Bielleicht vermissen Sie eine Bestimmung, daß unter Umständen mehrere kleine Kreise später vereinigt werden können. Ich glaubte, davon abstrahiren zu sollen, da auch im kleinsten Bezirk die Arbeit immer noch so groß sein wird, daß von einer Verschmelzung mit einem andern keine Rede sein kann. Sollte eine Verschmelzung von Amtsbezirken durch eine Versassungsrevision beschlossen werden, so wird man dann immer noch prüsen können, ob diese Vereinigung auch für das Vetreibungs- und

Konkurswesen maßgebend sein soll. Uebrigens ist eine Berschmelzung auch aus andern Gründen nicht angezeigt. Die Bezirke Erlach und Neuenstadt z. B. haben verschiedene Civilgesetzebung und verschiedene Sprache. Die Bezirke im Oberland sind schon jetzt sehr ausgedehnt und es muß darauf gesehen werden, daß das Publikum nicht zu weit zu gehen braucht. — Ich empsehle Ihnen den § 1 zur Annahme.

Angenommen.

8 2.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Wir empsehlen Ihnen, für die Durchführung der Betreibungen und der Konkurse eine eine heitliche Beamtung zu schaffen. Es dietet das große Bortheile. Das Publikum muß zwischen den beiden Beamtungen nicht selbst unterscheiden und muß nicht zwei verschiedene Büreaux aufsuchen. Auch aus einem andern Grunde ist diese Bereinigung sehr natürlich, aus dem Grunde nämlich, weil die Obliegenheiten des Betreibungs und des Konkursbeamten ihrem Charakter nach sehr gleichartig sind und gegenseitig ineinandergreisen, sodaß sich eine Trennung nicht rechtsertigen würde. Es dietet diese Bereinigung übrigens auch die Garantie, daß man tüchtige Beamte auswählen kann. Endlich wird dadurch die Aufsicht bedeutend erleichtert werden.

Angenommen.

§ 3.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Es empsiehlt sich, den Sig des Betreisbungs und Konkursamtes an den Amtssig zu verlegen, da der Betreibungs und Konkursbeamte sehr häusig mit dem Richter verkehren muß. Auch für das Publikum ist dies angenehm, da es am Amtssig vielsach andere Geschäfte zu erledigen hat und froh ist, wenn es mehrere Gänge mit einander verbinden kann.

Morgenthaler (Leimiswhl). Die Verlegung bes Betreibungs- und Konfursamtes an den Amtssitz ist für das Publikum doch nicht immer so angenehm, wie Herr Regierungsrath Lienhard glaubt. Im Amt Aarwangen z. B. befindet sich der Amtssitz ganz an der Peripherie und das Publikum hat nicht mit Aarwangen, sondern mit Langenthal den meisten Verkehr. Es wäre deshalb namentlich für das Publikum aus den obern Theilen des Amtsbezirks äußerst unangenehm, wenn es sich nach Aarwangen begeben müßte. Ich wünsche deshalb, das der Sitz des Betreibungs- und Konkursamtes für das Amt Aarwangen nach Langenthal verlegt werde. Sie

wissen, daß schon seit Jahren Anstrengungen gemacht werden, den Gerichtssitz nach Langenthal zu verlegen, und wenn dieselben bis jetzt noch nicht von Erfolg begleitet waren, so ist einzig der Umstand schuld, daß in Aarwangen eben die nöthigen Lokalitäten vorhanden sind. Aehnlich wie im Amtsbezirk Aarwangen sind die Berhältnisse auch im Amtsbezirk Trachselwald. Ich wünsche beshald, daß man solchen Berhältnissen Kechnung trage.

Präsident. Sie stellen keinen bestimmten Antrag?

Morgenthaler (Leimiswhl). Ich beantrage, daß der Sig des Betreibungs= und Konkursamtes für das Amt Aarwangen nach Langenthal verlegt werde.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich hatte in meinem ersten Entwurf die Möglichkeit vorgesehen, den Sitz später zu verlegen. Die betreffende Bestimmung wurde aber gestrichen, weil man fand, es könne der Sitz des Betreibungs= und Konkurs= amtes nicht wohl vom Sitz des Richteramts losgelöst werden. Sollte das Richteramt Aarwangen einmal nach Langenthal verlegt werden, so müßte allerdings die Möglichkeit vorhanden sein, auch das Betreibungs= und Konstursamt dorthin zu verlegen. Sinstweilen aber möchte ich sür Aarwangen keine Außnahme ausstellen. Man wird mit der Berlegung des Betreibungs= und Konkurs= amtes nach Langenthal warten müssen, die Frage der Berlegung des Richteramtes reif ist.

Zhro, Berichterstatter der Kommission. Ich möchte Herrn Morgenthaler beruhigen. Wenn sich herausstellt, daß in Langenthal ebenfalls ein Betreibungs= und Konstursamt bestehen sollte, so läßt sich dies thun, indem der § 1 vorschreibt: "Im Falle des Bedürfnisses können einzelne der festgesetzten Kreise durch Beschluß des Großen Rathes in mehrere Kreise eingetheilt werden." Dazu kommt, daß man das Meiste brieslich erledigen kann.

Flückiger. Herr Morgenthaler hat nicht eine Zweistheilung des Amtsbezirks Aarwangen verlangt, fondern beantragt, es sei der Siz des Betreibungs und Konkurs amtes von Aarwangen nach Langenthal zu verlegen.

Morgenthaler (Leimiswhl). Die Ausführungen ber Herren Lienhard und Zhro befriedigen mich durchaus nicht. Der Herr Justizdirektor führte aus, wenn das Betreibungs- und Konkursamt an den Amtssitz verlegt werde, so werde dadurch der Verkehr desselben mit dem Richteramt bedeutend erleichtert. Ich glaube, es ließe sich auch von Langenthal aus mit dem Amtssitz sehr leicht per Post verkehren. Das Publikum dagegen kann nicht alles per Post abthun, sondern es ist oft sehr wichtig, daß man persönlich erscheint. Ich halte deshalb an meinem Anstrage fest.

Kitschard. Um den Bedenken des Herrn Morgensthaler Rechnung zu tragen, schlage ich vor, zu sagen: "Der Sitz des Betreibungss und Konkursamtes befindet sich in der Regel am Gerichtssitze des betreffenden Amtsbezirks. Ausnahmen kann das Obergericht gestatten." Es kann sich im Laufe der Zeit herausstellen, daß es nicht so sehr nothwendig ist, daß das Betreibungss

und Konkursamt sich am Amtssitz befindet, sondern daß andere Rücksichten maßgebender sind. Nehmen Sie die von mir beantragte Redaktion an, so hat man freie Hand und kann die Sache einrichten, wie das Bedürfniß es erheischt.

Morgenthaler (Leimiswhl). Ich bin mit diesem Antrage einverstanden.

M. Moschard. Je trouve la proposition de M. Morgenthaler, appuyée par M. Ritschard, parfaitement justifiée quant au fond, car il peut certainement se présenter des cas où il sera plus avantageux pour le public que le bureau des poursuites se trouve dans une localité plus centrale que celle du siège du tribunal de district. Mais, tout en approuvant cette proposition, je voudrais rester fidèle à l'idée dont on s'est inspiré en rédigeant les art. 1er et 3, c'est-à-dire que je voudrais que ce fût le Grand Conseil qui, dans ces cas d'exception, fixât le siège de l'office. S'il est nécessaire, une fois ou l'autre, de déroger au principe posé au premier paragraphe de l'art. 3, il vaut mieux que ce soit le Grand Conseil qui le fasse lui-même dans un décret.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Wenn man eine Aenderung treffen will, so glaube ich auch, es solle mit der Beschlußfassung über die Berlegung des Sizes des Betreibungs und Konkursamtes der Große Rath betraut werden, da in demselben alle Interessen vertreten sind.

Ritschard. Ich bin in der Sache durchaus mit Herrn Moschard einverstanden. Das Weitere wird dann Sache der Redaktion sein.

Moschard (zu herrn Ritschard). Sie lassen also ihren Antrag, daß das Obergericht über die Verlegung zu besschließen habe, fallen?

Ritschard. Ja.

Abstimmung:

\$ 4.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Der § 4 hat sowohl im Regierungsrath als in der Kommission am meisten zu sprechen gegeben und ganz außerordentlich viele Anträge veranlaßt, die aber alle mit Ausnahme eines einzigen untergeordneten abgelehnt wurden. Er ist in der That auch einer der wichtigken im ganzen Entwurf. Es ist von sehr großer Bedeutung, wie die Betreibungsbeamten qualifizirt sind, welche das Gesetz auszusühren haben. Erhalten wir nicht geeignete

tüchtige Beamte, so konnen wir sicher sein, daß bas Geset, das bedeutende Intelligenz, große Gewiffenhaftigkeit und Gerechtigkeitsfinn ber ausführenden Organe vorausfett, nicht so vollzogen werden wird, wie man es allseitig wünscht. Die Frage nun, welche Wahlart am meisten Garantien für die Wahl tüchtiger Beamter bietet, ist teine leicht zu beantwortende. Der Bundesrath hat in seinem Projekt vom Jahr 1886 vorgeschlagen, die Kantone sollen die Wahl den höchsten Verwaltungs= oder Gerichts= behörden und dürfen sie nicht dem Volke übertragen. Die Er= fahrungen, welche in verschiedenen Kantonen mit der Bolksmahl gemacht worden find, haben so abschreckend gewirkt, daß man in allen eingeweihten Rreifen fagte: Nur nicht durch das Bolk wählen laffen, sonst erhält man Leute, welche nach Popularität haschen, die nach Gunft und Ungunft Berfügungen erlaffen und die zur Willfür geneigt find; benn fie werden fich um jeden Preis die Majorität der Wähler für die Zukunft sichern wollen. Von der Oftschweiz aus hat man uns gefagt, es sei die Volkswahl das denkbar ungünstigste Verfahren; man hat dort die Erfahrung gemacht, daß man durch dieselbe nicht die rechten Leute erhielt. Diese Gründe find für mich ausschlaggebend gewesen; es erschien mir nicht angezeigt und nicht am Plate, daß in Bern, wo bis jett das Bolk nur wenige Beamten — nämlich die Amtsrichter wählte, daß in einem Reprafentativkanton, ber wir ja troß des Referendums im großen und ganzen immer noch find, mit der Bolkswahl der Betreibungsbeamten der Anfang gemacht werden solle.

Wenn man die Volkswahl ausschließt, fo bleibt noch die Wahl zwischen Regierung und Obergericht; sowohl im Regierungsrath als in der Kommission hat sich in dieser Beziehung die Mehrheit für das Obergericht aus= gesprochen und der Antrag, die Regierung als Wahlbehörde zu bezeichnen, ift an beiden Orten nur von ein= zelnen Stimmen unterftüt worden. Man fagte fich, daß es nicht angehe, Beamte, welche Leuten aller Parteien gleich gegenüberftehen follen, von einer Behörde mahlen zu laffen, die im großen und ganzen nach politischen Maximen handeln muß. Es sprechen aber überdies für die Wahl durch das Obergericht andere gewichtige Gründe. Das Obergericht ift jedenfalls wie keine andere Behorde geeignet, zu miffen, mas für Renntniffe und Eigenschaften die Bewerber haben und haben muffen. Das Obergericht ift nach den Bestimmungen des Entwurfes die Aufsichts= behörde über die Betreibungsbeamten; es bleibt alfo immer in Rapport mit denfelben und wird daher wiffen, welche geeignet sind und welche nicht. Mit Recht macht man auch geltend, daß beim Obergericht das "Geläuf" nicht stattfinden kann, wie es bei den Volkswahlen immer vorkommt; denn den Oberrichtern ift die Annahme von Besuchen bei ihrem Amtseide untersagt.

Man hat nun geglaubt, dieses System sei doch etwas zu abstrakt, abrupt und es müsse doch noch ein Tropsen demokratischen Oeles demselben beigemischt werden. So hat man proponirt, dem Amtsgerichte, oder dem Amtsgerichte und dem Volke, einen Vorschlag einzuräumen. Allein ich konnte mich damit nicht befreunden.

Sollen diese Vorschläge verbindlich sein, so ist eigentlich nicht mehr das Obergericht die Wahlbehörde, denn es muß unter Umständen Leute wählen, von welchen es überzeugt ist, daß sie nicht geeignet sind. Macht man jedoch die Vorschläge nicht verbindlich, so gibt es, wenn das Obergericht einmal von denselben abweicht, ein großes

Geschrei über Migachtung des Volkswillens. Der demokratische Gedanke foll hier überhaupt in den Sintergrund treten; es handelt fich nicht darum, eine Perfonlichkeit zu haben, welche den Leuten möglichst günstig ist; es handelt sich um Funktionen, welche vor Allem juriftische Kenntnisse und gute Charaktereigenschaften voraussetzen, worauf bei einer Bolkswahl vielkach nicht gesehen wird. Diejenigen, welche am meisten laufen, den größten Ginfluß und die meisten Berwandten haben, werden vorgeschlagen. Die Amtsrichter würden überlaufen und würden nicht den Tüchtigeren vorschlagen, sondern denjenigen, der ihnen am meisten durch einflußreiche Leute an's Herz gelegt wurde. Und das ist nicht, was wir wollen und brauchen. Ich habe mich also damit nicht einverstanden erklären können und empfehle Ihnen, an der Bestimmung festzuhalten, daß das Obergericht die Wahl vorzunehmen habe. Ift dasfelbe nicht genügend orientirt, fo wird es fich die nöthige Auskunft schon verschaffen. Jedoch ift dies nicht fehr zu befürchten, benn unsere Oberrichter kennen die Leute in allen Landesgegenden. Die Mitglieder der Rriminal= kammer reisen ja das ganze Jahr im Land herum und auch die andern Oberrichter isoliren sich nicht so sehr vom Leben, daß sie nicht wüßten, wer dieser oder jener wäre. Und wenn auch das Gericht noch mehr Auskunft nöthig haben follte, so wird ihm der Weg an den Gerichts= präsidenten und an das Amtsgericht immer noch offen bleiben und es wird diese fragen konnen, mas sie von diesen oder jenen Bewerbern halten. Das ist etwas, was bei der hierarchischen Gliederung der Behörden ja alle Tage vorkommt, sodaß es also nicht nöthig ist, gesetzliche Kautelen zu schaffen. In dem Artikel ist nun im weitern implicite ent-halten, daß die Bewerber nicht von vornherein bestimmte

Qualifikationen aufweisen muffen. Es ift das ein zweiter wichtiger Bunkt, der zu vielen Antragen Unlag gab. Ein Mitglied der Kommission schlug Volkswahl vor, in dem Sinne, daß nur Fürsprecher und Notare mählbar seien. Sodann wurde von verschiedenen Seiten in all= gemeinerer Beife ein Ausweis über juriftische Bildung Es besteht inderthat unter den Juristen die Ansicht, daß man hier juristische Qualifikationen durch das Gesetz verlangen sollte. Es hat sich dies an den Jahresversammlungen des Schweizerischen und des Bernischen Juriftenvereins und bei fonstigen Berathungen in juristischen Kreisen gezeigt. Trotdem glauben wir hievon absehen zu sollen. Das Obergericht bietet volle Garantie dafür, daß es nur Leute wählen wird, welche vermöge ihres Wissens für dieses Amt geeignet sind. Auch ohne ausdrückliche Gesetzesvorschrift wird es die juristische Qualifikation in Betracht ziehen. Und wenn es einmal einen Bewerber mahlen wurde, welcher fein Patent befiten ober seine Bilbung nicht in der gewöhnlichen Beise erworben haben follte, so dürfte daraus taum großer Nachtheil erwachsen. Es würde aber jedenfalls der An= nahme des Geseites hinderlich sein, wenn man fagte, es seien nur Kürsprecher und Notare wählbar. Man weiß ja, welchem Mißtrauen jedes Gesetz begegnet und man weiß, wie da die Sache so gedeutet werden könnte, als ob man eine Reihe von Fürsprechern und Notaren "pla= ziren" wolle. Es ist also nicht nöthig, solche Bedenken zu wecken; es wird schon dafür geforgt sein, daß rich= tige Leute gewählt werden.

Gin weiterer wichtiger Bunkt betrifft die Bereinigung der Gerichtsschreiberstelle mit dem Betreibungsamt. Von der einen Seite wurde gesagt: Last das bleiben, entlastet

die Gerichtsschreiber völlig von Betreibungs= und Liqui= dationsgeschäften; es ist nöthig, daß wir bessere Gerichts= schreiber haben, welche sich auch dem Amte widmen können; nur dadurch werden wir erreichen, was wir bei der Prozegreform von 1883 anstrebten. Diese Ansicht hat viel für fich. Von anderer Seite wurde jedoch gefagt, wir follten überall die Gerichtssichreiber mit den Funktionen der Betreibungsbeamten betrauen, ftatt neue Beamte zu bestellen und eine große Summe neuer Auslagen ju schaffen, was zur Berwerfung des Gesetzes führen konnte. Die Bertreter dieser Ansicht haben auf die Frage, was fie thun würden, wenn der Gerichtsschreiber zu sehr überlastet werde, geantwortet, man trenne dann das Sekretariat von der Gerichtssichreiberei los und übertrage dasfelbe einem Aftuar. Nun wäre das freilich auch ein Weg, aber ich halte dafür, daß es nicht der richtige sei. Es ist damit nichts gewonnen, wenn man den Ge= richtsschreiber als Betreibungsbeamten wählt, ihm dann aber die Gerichtsschreiber=Berrichtungen abnimmt und fie einem neuen Beamten überträgt. Es sprechen auch fol= gende Gründe von großer Bedeutung gegen eine folche Lösung. Wir wollen kein Gesetz, welches die Funktionen der Betreibungsbeamten durch solche Beamte ausführen laffen will, welche zum Theil ihren jetzigen Funktionen schon nicht gewachsen find. Wir wollen Beamte, welche von Anfang an geeignet find, sich hineinzuarbeiten und die Funktionen ganz zu erfüllen. Wir wollen nicht neuen Wein in alte Schläuche schütten. Wer den Gang des Berfahrens kennt, wie er fich nach dem neuen Gefete entwickeln wird, wird mir zugeben, daß auch tüchtige, juristisch gebildete Leute 1, 2 oder 3 Jahre brauchen werden, bis sie auf der Höhe ihrer Aufgabe angelangt find. Uebergeben wir die Sache den Gerichtsschreibern, so fahren diese im alten Trabe fort und werden das Betreibungs= und Konkurswesen, wo sehr viel auf die Renntniffe fowie den Billigkeits= und Gerechtigkeitsfinn des Beamten ankommt, Angestellten übertragen. Das wollen wir aber nicht und deshalb konnte man fich mit diesem Vorschlage nicht einverstanden erklären.

Es haben sich einige Bedenken geltend gemacht, wie es da, wo man ausnahmsweise das Betreibungs= und Kon= tursamt mit der Gerichtsschreiberei vereinigen will, in Bezug auf die verschiedene Wahlart gehalten fein folle, indem die Gerichtsschreiber durch den Regierungsrath, die Betreibungs= und Konkursbeamten nach dem Entwurf durch das Obergericht gewählt werden. Ich benke mir die Löfung so: Wenn sich ein Gerichtsschreiber weigert, gleichzeitig auch das Betreibungs- und Konkursamt zu übernehmen, so wird das Obergericht allerdings einen eigenen Betreibungsbeamten wählen muffen. Wenn es fich dann aber um die Wiederwahl des Gerichtsschreibers handelt, fo wird der Regierungerath eine Wiederwahl nicht vornehmen, sondern den Betreibungsbeamten zum Gerichtsschreiber mahlen. Auf diese Weise wird fich diese Schwierigkeit umgehen laffen. Auch wird baburch einem Gerichtsschreiber, der sich nicht beiden Beamtungen gewachsen glaubt, nicht gerade Gewalt angethan.

Zyro, Berichterstatter der Kommission. Der Herr Berichterstatter des Regierungsrathes war so freundlich, auch über die Stellungnahme der Kommiffion zu referiren, sodaß ich mich vorderhand nicht veranlaßt febe, etwas beizufügen.

Burkhardt. Die hier vorgeschlagene Wahlart ge=

fällt mir nicht. Der Herr Justizdirektor sagte, es sei ihm hauptsächlich darum zu thun, das Gesetz populär zu machen und um dies zu erreichen, müssen tüchtige Beamte gewählt werden. Ich glaube aber, eines der besten Mittel, ein eidgenössisches Gesetz populär zu machen, sei das, daß man die Aussührung in die Hand des Bolkes legt. Ich befürchte nicht, daß vom Bolke unfähige Beamte gewählt würden und möchte deshalb zum 1. Alinea des § 4 folgenden Antrag stellen:

"Die Betreibungsbeamten und ihre Stellvertreter werden durch die stimmberechtigten Bürger des betrefsfenden Bezirks gewählt. Die Wahlen unterliegen der Bestätigung durch den Großen Rath. Schlechter Leumund, Unfähigkeit und ungenügende Sicherheit sind Gründe der

Nichtbestätigung."

Dadurch, daß sich der Große Rath das Bestätigungs= recht vorbehält, wird schlechten Wahlen vorgebeugt. Auch das Obergericht könnte einmal einen Fehlgriff thun und dann würde die immer thätige Opposition daraus gegen

die eidgenöffische Gesetzgebung Rapital ichlagen.

Ich kann aber auch aus bemokratischen Gründen nicht dafür stimmen, die Wahl der Betreibungs= und Konkurs= beamten dem Volke zu entziehen. Die Mitglieder des Amtsgerichts werden vom Bezirke gewählt und ebensoskelt das Volk die Vorschläge für die Bezirksbeamten= wahlen auf. Ich glaube, man sollte in Bezug auf die Betreibungs= und Konkursbeamten nicht anders vorgehen. Ich glaube nicht, daß bei der Volkswahl, wie der Herr Justizdirektor sagte, derzenige gewählt werde, welcher den Leuten am meisten nachspringt. Das wäre für uns Groß= räthe selbst ein schlechtes Zeugniß, da wir auch vom Volk gewählt wurden. Ich glaube vielmehr, das Volk werde einen, der so recht den Leuten nachspringt, gerade beswegen nicht wählen.

Michel. Ich bin mit der vorgeschlagenen Wahlart auch nicht ganz einverstanden und ich erlaube mir, den Antrag, den ich bereits in der Kommission stellte, heute zu wiederholen, dahingehend, es sei das 1. Alinea des § 4 folgendermaßen zu fassen:

"Die Betreibungsbeamten und ihre Stellvertreter werden vom Obergerichte gewählt. Die Wahl erfolgt nach vorausgegangener öffentlicher Ausschreibung und auf Grund eines Berichtes, den die Amtsgerichte über

die Bewerber einzugeben haben."

Ich bin nicht ganz der Ansicht des Herrn Justizbirektors, die Wahl der Betreibungsbeamten habe mit der Demokratie nichts zu thun, und ich fähe es gerne, wenn die Wahl durch das Bolk erfolgen würde. Wenn man sich über die im Kanton Freiburg bestehende un= republikanische Einrichtung, daß die Gemeindepräsidenten von der Regierung gewählt werden, mit Recht emport, so ist es gewissermaßen inkonsequent, wenn man dem Volke bei einer so wichtigen Beamtung, wie es diejenige bes Betreibungs= und Konkursbeamten ift, dem Bolke feinen Ginfluß gewähren will. Andererseits bin ich auch der Ansicht, daß gegen die Volkswahl gewiffe Bedenken sprechen, indem babei die Beamten von der Boltsgunft allzu abhängig wurden, was auf die richtige Amtsführung von schlimmem Ginfluß ware. Anderseits aber möchte ich doch angesichts der weitgehenden Befugniß, welche das Betreibungs= und Kontursgeset dem Betrei= bungsbeamten einräumt, der Bevölkerung einen gewiffen Einfluß auf die Wahl gestatten, was dadurch geschehen fonnte, daß zwar das Obergericht die Wahl vornimmt,

aber nach vorausgegangener öffentlicher Ausschreibung und auf Grund eines Berichtes, ben die Amtsgerichte über die Bewerber einzugeben haben. Bon den weit= gehenden Kompetenzen der Betreibungs= und Konkurs= beamten will ich nur einige andeuten. Der Art. 122 des Betreibungs= und Konkursgesetzes schreibt vor: "Beweg= liche Sachen und Forderungen werden vom Betreibungs= amte früheftens gehn Tage und späteftens einen Monat nach dem Berwerthungsbegehren verkauft." Es ist also in das Ermeffen des Betreibungsbeamten geftellt, dem Schuldner eine Frist von zehn Tagen bis zu einem Monat zu gewähren, bevor die Steigerung angeordnet wird. Ebenfo stellt es der Art. 123 dem Ermeffen des Betreibungs= beamten anheim, ob er, wenn Anzahlungen gemacht ober in Aussicht gestellt find, die Berwerthung des Pfandobjektes hinausschieben will ober nicht. Diese Beispiele, die nicht einzig find, beweisen, daß der Betreibungsbeamte große Befugnisse besitt und ich fürchte, daß, wenn er unabhängig gemacht wird, er fich nur allzu unabhängig fühlt und allzu mächtig wird. Ich glaube, das Amts= gericht sei durchaus fähig, einen richtigen Bericht über die Kandidaten abzugeben, und es wird seine Ansicht wohl auch diejenige des Amtsbezirkes fein. Es mag zwar richtig fein, daß die amtsgerichtlichen Urtheile nicht immer über jeder Kritik erhaben find. Aber das wird man zugeben mussen, daß die Amtsrichter als verständige Leute wohl fähig find, ein Urtheil über die Kandidaten abzugeben und so der öffentlichen Meinung im Bezirke zum Ausdruck zu verhelfen.

Aber noch ein anderer Gesichtspunkt hat mich zu meinem Vorschlag veranlaßt. Das Obergericht ift die richtige Behörde, um zu entscheiden, ob dieser oder jener Bewerber vom juriftischen Standpunkte aus fähig fei, das Amt richtig zu bekleiden. Allein es kommt nicht nur auf die juristische Eignung des Randidaten an, sondern namentlich auch auf deffen Charaktereigenschaften. Ein Betreibungsbeamter darf kein willkürlicher, rückfichtsloser Despot, sondern er muß gerecht, billig und human sein. Run ist es geradezu ein Ding der Unmöglichkeit, daß das Obergericht die vielen sich meldenden Bewerber auch in Bezug auf ihre Charaktereigenschaften kennt. Es ift mir zwar in der Kommission gesagt worden, in diesem Falle könne ja das Obergericht vom Umtsgericht einen Bericht einholen. Allein ich möchte es nicht in's Ermeffen des Obergerichts stellen, ob es dies thun will oder nicht, sondern möchte im Gesetze eine Garantie dafür aufstellen, daß die Meinung der Bevölkerung auch zum Ausdruck fommen soll.

In Zusammenfassung meiner Auseinandersetzungen empfehle ich Ihnen meinen Antrag zur Annahme.

Wyß. Der Herr Justizdirektor hat in der Kommission gesagt, man könne ein guter Demokrat sein und dennoch nicht für die Wahl der Richter und ähnlicher Beamter durch das Volk stimmen. Ich möchte diesen Ausspruch auch hier im Rathssaal aufgreisen. Ich glaube, es sei unrichtig, wenn man in alles und jedes die Politik hineinzuziehen sucht. Es gibt Gebiete, wo die Politik ein gewisses Ende hat und andere Faktoren das entscheizdende Gewicht haben müssen. Es sind dies die Gebiete der richterlichen Thätigkeit und eine dieser sehr ähnliche ist die dem Betreibungsbeamten zugewiesene. Ich glaube deshalb, daß man die Frage, ob es demokratischer sei, wenn das Volk die Betreibungsbeamten bezeichne statt das Obergericht, nicht so stellen solle. Wir verlangen

vom Betreibungsbeamten, wie schon Herr Michel sagte, in erfter Linie Gerechtigkeit, humanität und Gleichmäßig= feit, und zwar auch gegenüber denjenigen, die vielleicht politisch nicht auf dem gleichen Boden stehen, wie der betreffende Beamte. Daraus folgt, daß wir diese Beamten nicht von vornherein der Bersuchung gegenüberstellen dürfen, ungleichmäßig, unbillig oder fogar ungerecht aufzutreten. Es ist deshalb nothwendig, daß wir eine solche Stelle oder Behörde mit der Wahl der Betreibungsbeamten beauftragen, welche uns in diefer Beziehung die nöthige Garantie bietet. Ift dies das Volk? Das Volk fennt die für eine richtige Besorgung des Betreibungs= amtes erforderlichen Eigenschaften nicht, und so wird es tommen, wie in den meisten Fällen, wo das Bolt zu wählen hat, daß einzelne einflugreiche Männer einen Kandidaten aufstellen, der dann gewählt wird, ohne daß die Wähler deffen Tüchtigkeit beurtheilen konnten. Anders ist es beim Obergericht. Dasselbe wird mit den Betrei= bungsbeamten tagtäglich in Berührung fein und diefelben, da es Auffichtsbehörde ift und über alle Beschwerden zu urtheilen hat, durch und durch kennen lernen. Man merkt es im Bolte bald, wenn ein Betreibungsbeamter einem guten Freund Stündigung gewährt, einem andern aber, der nicht sein Freund ift, nicht, und das Bolk wird auch die nothigen Wege finden, um feiner Mißstimmung beim Obergericht Ausdruck zu geben. Das Obergericht wird beshalb in kurzer Zeit wiffen, wie fich dieser und dieser Betreibungsbeamte dem Bublitum gegenüber benimmt. Ich glaube deshalb, es sei als ein geradezu glücklicher Griff zu bezeichnen, daß der vorliegende Entwurf von der Volkswahl Umgang nimmt und auf das Obergericht zurückgeht. Dabei ift nicht zu vergeffen, daß das Ober= gericht felbst auch ein perfonliches Interesse daran hat, nur geeignete Leute zu wählen, da andernfalls weit mehr Beschwerden einlaufen würden. Ich möchte Ihnen des= halb den Antrag des Regierungsraths wärmstens empfehlen.

Ritschard. Ich möchte den Antrag der Regierung und der Kommission ebenfalls unterstützen und dem von Herrn Woß Gefagten nur noch einiges beifügen. Es ist mit Recht gesagt worden, der oberste Grundsatz musse im vorliegenden Falle der sein, daß das eidgenössische Gesetz für Schuldner und Gläubiger in richtiger Weise durchgeführt werde. Nun stellt man die Demokratie in den Vordergrund und sagt, diese und diese Wahlart sei nicht demokratisch. Run sehe ich darin nichts undemofratisches, wenn das Obergericht, ein von der Bolksver= tretung gewähltes Kollegium von 15 Mann, die Betrei= bungsbeamten wählt; denn die Demokratie besteht schließ= lich nicht darin, daß das Volk alle möglichen Funktionen ausübt, sondern daß es nur die Funktionen ausübt, die es kraft seiner Einsicht ausüben kann. So verstehe ich die Demokratie. Es will mir überhaupt scheinen, es werde dieses Wort nur fast zu viel gebraucht und die Demokratie oft in Dinge hineingetragen, wo fie nicht hingehört. Die Demokratie ift etwas jo Köftliches, daß fie mit Sorgfalt und Dekonomie behandelt fein will, gleich wie man die Roch'sche Lymphe auch nicht an allen Bänden herumstreicht.

Heutigen Diskufsion, will die Bolkswahl mit Bestätigungs= recht des Großen Rathes, d. h. er stellt das Bolk in erste Linie, setzt dann aber sofort den Großen Rath wieder über das Volk. Herr Burkhardt ist also ein Demokrat, der seiner Sache sehr rasch untreu wird. Wenn ich das Zutrauen zum Volke habe, es könne die Wahl der Betreibungsbeamten richtig treffen, so will ich ihm dieses Zutrauen ganz lassen und ihm nicht im gleichen Athemzug wieder ein Mißtrauensvotum ausstellen.

Daß die Bolkswahl nicht immer vom guten ift, beweisen am besten die Gerichtspräsidentenwahlen. Es gibt Amtsbezirke, welche sehr gute Wahlen tressen, indem sie im ganzen Kanton nach tüchtigen Leuten Umschau halten. Dagegen gibt es andere Amtsbezirke, wo man mit diesem System der Volkswahl — das Volk stellt zwar nur einen Vorschlag auf; allein der Große Rath kann gewöhnlich nicht anders, als diesen Vorschlag genehmigen — sehr schlimme Ersahrungen macht. Wenn schon das Obergericht bei einer Wiederwahl einen Beamten, den es als untauglich befunden, nicht mehr zur Wahl vorschlug, so ging das Volk doch über dieses Urtheil der kompetentesten Behörde hinweg und wählte den untauglichen Beamten. Ich glaube deshalb, man solle dieses

schlagene Volkswahl kaum im Ernste gutheißen wollen. Was den Antrag des Herrn Michel betrifft, so glaube ich nicht, daß durch denselben das schwierige Wahlgeschäft wesentlich gefördert werde, was doch jedenfalls der Zweck desselben ist; er soll eine Garantie mehr schaffen, daß das Obergericht die richtigen Leute wähle. Nun hat aber dieses System der Einholung eines Berichts praktisch nicht sehr viel Werth, hat aber einige Inkonsequenzen,

Stystem, das sich in Bezug auf die Gerichtspräfidenten= wahlen so wenig bewährt hat, nicht noch weiter aus=

dehnen, und es wird wohl der Große Rath die vorge=

die ich sofort vorführen werde.

Das Amtsgericht wird einen, zwei oder drei Bor= schläge aufstellen und dabei mit Vorliebe - es ift das ein Punkt, auf den ich hinweisen möchte — Leute aus dem eigenen Amtsbezirke nehmen, was menschlich sehr begreiflich ist. Nun ist es aber ganz wohl möglich, daß sich auch aus einem andern Amt ein sehr tüchtiger Mann meldet und dann befindet fich das Umtsgericht in einer eigenthümlichen Lage. Es muß vielleicht selbst anerkennen, daß der aus einem andern Amte kommende der tüchtigere ift; allein die Umtsrichter dürfen nicht anders, als für denjenigen stimmen, der ihnen näher wohnt und empfohlen Rommt dann die Sache vor das Obergericht, fo wird diefes finden, es habe sich nicht um Amtsgrenzen zu bekümmern und wird deshalb den für das Umt ge= eigneteren Mann wählen. Auf diese Beise wird aber das Amtsgericht unnöthigerweise vor den Kopf gestoßen und heißt es dann, man lebe dem Volkswillen nicht nach. Man hat aber auch denjenigen vor den Ropf geftoßen, ber vom Amtsgericht vorgeschlagen, dann aber nicht ge= wählt wurde. Ferner wird unter Umständen auch der Neugewählte, wenigstens vorläufig, in eine schiefe Stel-lung gebracht, da das Volk findet, man habe ihm diesen Beamten aufoktropirt.

Bu diesen Inkonvenienzen kommt noch folgendes. Wenn das Obergericht wählt und dabei freie Hand hat, so kann dasselbe tüchtige, bewährte Beamte eines kleinern Kreises in größere Kreise mit besserr Besoldung vorzücken lassen, während ein Avancement viel schwieriger ist, wenn Sie für die Wahl den Bezirken das erste Wort geben. So hat man z. B. in einigen Amtsbezirken sehr tüchtige Gerichtspräsidenten, die man gerne in einen größern Bezirk versehen möchte; allein die größern Be-

zirke mählen sie eben nicht, mährend bei einer andern

Wahlart eine Versetzung leicht möglich wäre.

Und noch eins. Woher soll das Amtsgericht die Fähigteit der Kandidaten kennen und wie soll es sich auch später bei den Erneuerungswahlen über die Beamten aussprechen können, da es ja nicht Aufsichtsbehörde ist und also von der Thätigkeit der Beamten nichts weiß?

Man mag also die Vorschläge der Herren Burkhardt und Michel betrachten, wie man will, so scheinen sie mir eher ein Hemmniß und in keiner Weise ein Förderniß zu sein. Ich halte deshalb dafür, es sei am besten, wenn der Vorschlag der Regierung und der Kommission ans genommen werde.

M. Moschard. L'article 4, que nous discutons en ce moment, est d'une importance incontestable. Il dispose, en premier lieu, que les préposés à l'office des poursuites et leurs remplaçants seront nommés, ensuite de concours de leurs fonctions, par la Cour suprême; puis il traite encore d'autres matières, sur lesquelles j'attirerai pareillement votre attention. Je n'approuve pas en tous points certaines dispositions qui y ont été insérées, mais les observations qu'elles me suggèrent n'auront pas pour effet de modifier d'une manière sensible les bases sur lesquelles se sont placés le gouvernement et la commission du Grand Conseil.

La nomination des agents de poursuites par la Cour suprême rencontre des adversaires de plusieurs sortes, qui tous trouvent qu'une autorité ju-diciaire ne doit pas être investie du droit de nomination des agents. Je comprends ce point de vue, mais on doit alors se demander à qui il faut attribuer le droit de nomination. Est-ce au gouvernement ou aux assemblées électorales du cercle? On ne peut certainement pas se dissimuler que l'élection directe d'agents de cette catégorie par le peuple offre énormément de dangers. Messieurs, des agents qui tiendraient leur nomination de leurs concitoyens de la commune auraient bien de la peine à oublier à qui ils en sont redevables; il faudrait qu'ils eussent des caractères bien trempés pour ne pas se laisser aller, dans certaines circonstances, à accorder l'un ou l'autre délai, l'une ou l'autre faveur à des électeurs qui auraient puissamment contribué à leur élection. Voilà un grave désavantage, un danger réel, qu'aurait la nomination de ces employés par le peuple. Un autre point, sur lequel il est bon d'insister aussi, est celui-ci: En vertu du code fédéral, pour l'application duquel nous élaborons une loi, le canton est responsable du dommage que peuvent causer les agents de poursuites et qu'ils ne sont pas en mesure de réparer, mais il peut exercer son recours contre les arrondissements qui nomment ces agents. Ainsi, supposons qu'un de ceux-ci lève le pied en emportant les fonds dont il a opéré le recouvrement, les personnes à qui appartiennent ces fonds ne consentiront pas à perdre leur argent, elles le réclameront à l'Etat. Celui-ci sera tenu de les indemniser, mais il ne manquerait pas ensuite de s'en prendre à l'arrondissement qui aurait nommé l'agent infidèle, de sorte qu'en dernière analyse ce seraient les contribuables du district qui devraient supporter les conséquences financières des fautes ou délits commis par les agents de poursuites. Ce serait là, on en conviendra, un très sérieux inconvénient de la nomination des agents par les électeurs de l'arrondissement; nous ne pouvons pas, me semble-t-il, mettre ces derniers en position de devoir souffrir des négligences ou des infidélités dont les agents

se rendraient coupables. On agira donc sagement, à mon avis, en renonçant à l'idée de faire nommer les agents de pour-suites par le peuple. Mais alors qui donc doit les nommer? Sera-ce le gouvernement ou la Cour suprême? Il faut reconnaître, Messieurs, que de puissants motifs parlent en faveur de la nomination par le gouvernement. Le nouveau code attribue au Conseil fédéral, c'est-à-dire à une autorité administrative, la haute surveillance sur toute l'administration des poursuites et des faillites. Or, si c'est le pouvoir administratif qui doit surveiller, la nomination des agents devrait, logiquement, appartenir aussi à un pouvoir administratif; il ne paraît pas très correct que l'autorité judiciaire nomme des employés qui relèvent, en ce qui concerne leurs fonctions, de l'autorité administrative. Le principe de la séparation des pouvoirs semblerait donc exiger ou tout au moins justifier la nomination des agents de poursuites par le gouvernement, et, je le répète, c'est en s'appuyant sur le principe posé dans le code fédéral, qu'on en arrive à cette conclusion. Voilà, Messieurs, comme je serais enclin a envisager la question; toutefois je ne veux pas prétendre que cette opinion doive nécessairement prévaloir. On paraît assez généralement d'accord que les agents de poursuites rempliront plutôt des fonctions de l'ordre judiciaire. Mais l'on ne s'arrête pas à la question d'incompatibilité, on ne craint pas de heurter le principe de la séparation des pouvoirs. Soit. Maintenons dans ce cas les termes de l'art. 4 et disons que les préposés et leurs suppléants seront nommés par la Cour suprême ensuite d'un concours de leurs fonctions. Je conviens, du reste, que la Cour pourra mieux qu'une autre autorité juger des aptitudes des personnes qui remplissent les fonctions d'agent de poursuite, puisqu'en sa qualité d'autorité de surveillance cantonale, elle aura l'occasion de les voir à l'œuvre. Sous ce rapport donc, on ne peut disconvenir que la Cour ne soit une autorité bien choisie pour décider si telle ou telle personne convient à l'emploi, et, en fin de compte, je puis très bien adhérer à la disposition de l'art. 4 qui défère à la Cour suprême la nomination des fonc-

On pourrait se demander aussi si l'on ne devrait pas énoncer dans la loi les principales qualités et aptitudes que doivent posséder les candidats aux places d'agents de poursuites, et s'il ne serait pas bon d'y insérer au moins quelques grands principes qui serviraient à diriger la Cour dans ses choix. Messieurs, nous savons comment ils sont appliqués, souvent, ces grands principes qu'on inscrit dans les lois. Si vous consultez notre constitution, vous y trouverez — à l'art. 60, si je ne me trompe — que, pour pouvoir être nommé président de tribunal, il faut être versé dans la connaissance du droit, ou, en d'autres termes, que nos présidents de tribunaux

doivent être des légistes, des jurisconsultes. Tous le sont-ils, Messieurs? Ne s'est-on pas déjà trouvé maintes fois dans la nécessité de déroger à ce principe, et n'y a-t-on pas peut-être déjà dérogé sans nécessité? Nos présidents de tribunaux ont-ils toujours été pris parmi les jurisconsultes les plus éclairés, les plus capables et les mieux qualifiés? Sans insister sur ce point, je dirai que, fréquemment, on n'a pas pu trouver des hommes de loi capables, qui consentissent à accepter une place de président de tribunal et qu'ainsi on a été forcé, malgré l'article prérappelé de la constitution, de confier ces fonctions à des citoyens intelligents sans doute, intègres cela va sans dire, mais ne possédant pas, en réalité, ce qu'on appelle des connaissances juridiques. Cet article constitutionnel n'est pas pratique et on aurait donc tort de renouveler à ce propos la faute commise en 1846, en voulant lier la Cour par un article de loi, en voulant lui enlever la possibilité de choisir les agents parmi des négociants, des hommes d'affaires jouissant de l'estime de leurs concitoyens, présentant toutes les garanties désirables et, au demeurant, parfaitement capables de gérer un office de poursuites, quoiqu'ils n'aient pas fait des études de droit. Surtout, Messieurs, surtout n'insérez pas dans la loi une disposition qui obligerait la Cour à choisir les agents de poursuites dans les rangs des avocats. Il serait dangereux, croyez-moi, d'y introduire une disposition semblable, car aujourd'hui le peuple se méfie trop, injustement sans doute, des avocats, et le fait que quelqu'un est porteur d'un diplôme n'est pas pour lui une recommandation suffisante. En ce qui concerne la partie du canton que j'habite, il n'y aurait peutêtre pas à cela de grands inconvénients, car dans le Jura les avocats sont encore entourés de l'estime de leurs concitoyens; vous le voyez par le grand nombre d'entre eux qui siégent dans cette assemblée. Mais il y a d'autres contrées où il ne paraît pas en être ainsi. Ne faites donc pas supposer que les nouvelles places d'agents de poursuites seront créées pour des avocats; sinon, les populations mécontentes diront: Voyez, nous l'avions bien prévu, c'est l'intérêt des gens du barreau qu'on avait en vue en voulant à tout prix légiférer et innover en cette matière; ce que l'on cherchait, c'était à placer de jeunes avocats qui ont quelque peine à se faire eux-mêmes une carrière. Il est donc prudent, à mon avis, de ne rien dire dans la loi qui puisse faire croire à pareille intention. Laissons plutôt toute liberté à la Cour de choisir parmi les postulants les plus dignes et les plus capables et n'exigeons pas qu'elle écarte d'emblée tous ceux qui n'ont pas fait des études spéciales à la Faculté de droit de l'Université. Il va bien sans dire que la Cour ne prendra pas, pour lui confier ces importantes fonctions, le premier citoyen venu, mais que fréquemment son choix se portera aussi sur des hommes du barreau, lorsqu'elle les croira capables et justement honorés et estimés. Nous pouvons avoir toute confiance en la Cour suprême, qui n'est pas un pouvoir politique et qui jamais ne se laissera guider dans ses choix par des considérations politiques ou par des intérêts de parti; elle n'aura égard qu'à la

valeur intrinsèque des citoyens qui postuleront ces emplois. A cet égard, n'ayons donc aucune inquiétude. Ce qui ne sera pas des plus corrects, je l'ai déjà dit, c'est qu'en définitive le Conseil fédéral, autorité administrative, aura à surveiller une section de notre Cour suprême, c'est-à-dire une autorité judiciaire. Ce sera peut-être fâcheux à certains points de vue, mais c'est ainsi, et je finis par croire également qu'on n'y peut rien changer.

Messieurs, il y a encore dans cet art. 4 d'autres dispositions auxquelles, quant à moi, je ne puis adhérer. Le 2e alinéa porte que les greffiers de tribunaux peuvent être désignés comme suppléants des agents et que même, dans les petits districts, ils sont également éligibles en qualité de préposés à l'office des poursuites. J'ai l'honneur de vous proposer de supprimer complètement ce 2e paragraphe, car je ne m'explique pas comment on en est venu à trouver convenable qu'une même personne cumule les fonctions de greffier et celles d'agent de poursuites. Les greffiers ne sont-ils donc pas suffisamment occupés et n'ont-ils pas l'obligation de vouer tout leur temps à leurs fonctions? Je croyais jusqu'ici que c'était pour eux un devoir, et, quant aux préposés, vous verrez à l'art. 6 qu'on veut les obliger de se vouer exclusivement à leurs fonctions tous les jours de semaine de 8 heures à midi et de 2 à 6 heures. Conciliez cela, Messieurs, si vous le pouvez. Demander à quelqu'un qu'il voue tout son temps aux fonctions d'agent de poursuites, lorsqu'il est déjà rétribué pour vouer tout son temps à d'autres fonctions, toutes différentes, cela ne me paraît pas - permettez-moi de le dire — éminemment correct. Supposez, par exemple, que le greffier soit à l'audience, où il peut même être retenu la plus grande partie de la journée et où il est fortement occupé à la rédaction du procès-verbal; pendant ce temps, des créanciers arrivent: ils ont des affaires pressantes, qui ne souffrent pas de retard, ou bien ils ont fait une longue course pour venir trouver l'agent; mais celui-ci n'est pas disponible, il est bien là, mais il n'est pas visible, parce qu'il est aussi greffier et que les fonctions de greffier passent avant celles d'agent de poursuites. Vous voyez, Messieurs, les graves inconvénients qui résulteraient d'une semblable organisation. Il y a même encore une autre raison majeure, pour laquelle je me crois fondé à demander la suppression de ce second alinéa de l'art. 4. Le greffier est sous la surveillance directe du président du tribunal, à qui incombera aussi la surveillance des offices des poursuites et des faillites; le président de tribunal sera donc appelé à trancher des recours, à statuer sur des plaintes portées contre l'agent, et celui-ci devrait alors, lorsque le président du tribunal rendrait son jugement dans des affaires de ce genre, fonctionner comme secrétaire, en sa qualité de greffier de tribunal. Messieurs, cela n'est pas possible, et j'ai la conviction que, si vous voulez bien y réfléchir un peu, vous reconnaîtrez avec moi la nécessité de supprimer cet alinéa. Le greffier doit rester greffier et ne pas remplir encore d'autres fonctions.

Moser. Der in Berathung stehende § 4 ift wohl

der wichtigste des ganzen Gesetzes und wenn derselbe einmal erledigt ist, wird sich die Diskussion über die übrigen Artikel kurz fassen können. Ich halte dafür, der § 4, wie er im Entwurfe steht, sei nach allen Seiten reislich erwogen und auch glücklich redigirt worden, und ich möchte vor jeder Modifikation und jeder Berquickung

mit andern Anträgen warnen.

Was die Volkswahl anbetrifft, die von Herrn Burkhardt anempfohlen wurde, so ift bereits von herrn Ritschard darauf geantwortet worden. Ich glaube, es wäre das eine durchaus unrichtige Wahlart. Die Wahl von Bezirksbeamten durch eine vom Großen Rathe gewählte Behörde, den Regierungsrath, ift übrigens nicht neu. So werden die Gerichtsschreiber, eine Beamtung, welche der= sienigen der Betreibungsbeamten ähnlich ist, vom Regierungsrath gewählt, und es hat sich bis jett noch niemand daran geftoßen. Bei der Bolksmahl besteht die Gefahr, daß nicht der rechte Mann gewählt wird, sondern allen möglichen Einflüffen Thur und Thor geöffnet ift. Und in welcher Lage wurde fich dann ein folcher, feiner Aufgabe nicht gewachsener Betreibungsbeamter befinden! Er hätte eine Beschwerde nach der andern auf dem Halse und würde schließlich diejenigen verdammen, welche ihm zu feiner Stelle verholfen haben. Berr Burthardt nimmt übrigens seinem Vorschlag von vornherein jeden Grund und Boden dadurch, daß er die Genehmigung des Großen Rathes vorbehält. Er desavouirt damit seinen Antrag felbft. Diefe Genehmigung mare übrigens ein Richts; benn der Große Rath wurde die Gewählten nicht kennen und würde es auch sonft nicht praktisch finden, von seinem Nichtbestätigungsrecht Gebrauch zu machen; er würde es vielmehr der Aufsichtsbehörde überlassen, mit einem ge= wählten, aber unfähigen Beamten gelegentlich ein Wort zu reden.

Uebrigens möchte ich den Großen Rath noch auf einen Punkt aufmerksam machen, der meines Wissens bis jett noch nicht berührt wurde. Das Alinea 2 des Art. 6 des Bundesgesetzes bestimmt: "Die Kantone haben das Recht des Rückgriffs gegen die Wahlkreise, von denen die Beamten und Angestellten ernannt sind." Herr Moschard hat, wenn ich nicht irre, von der direkten Verantwortslichseit des Kantons gegenüber den Gläubigern gesprochen. Das verlesene Alinea 2 des Art. 6 geht aber noch weiter und sagt, daß der Kanton das Recht des Rückgriffs auf den Wahlkreis, der den betreffenden Beamten ernannte, habe. Ich glaube, dieser Punkt salle gewichtig gegen die

Volkswahl in die Waagschale.

Was im weitern den Antrag des Herrn Michel betrifft, so glaube ich, der praktische Werth desselben reduzire sich auf Zero. Das Obergericht braucht auf den
Bericht des Amtsgerichts durchaus keine Rücksicht zu
nehmen. Das Obergericht weiß, wie die Verhältnisse sind
und wird in den meisten Fällen nicht nöthig haben, einen
Bericht einzuholen. Ist aber ein solcher nöthig, so ist
das Amtsgericht noch immer da, um einen solchen ab-

zugeben.

Ich glaube also, die Vorschläge der Herren Burkhardt und Michel seien nicht zutreffend und es sei der Vorschlag der Regierung der allein richtige. Nur wenn das Obergericht die Vetreibungsbeamten wählt, werden wir Beamte erhalten, welche die nöthigen Kenntnisse besitzen und unparteiisch und unabhängig ihres Amtes walten. Steht der Große Rath dafür energisch ein, so wird auch die Mehrheit des Volkes nicht daran denken, die direkte

Wahl der Betreibungs= und Konkursbeamten zu ver= langen.

Dürrenmatt. Die Befürchtung, welche die Opposition gegen das eidgenössische Betreibungs und Konkursegesch von vornherein hegte, scheint sich nur zu sehr zu bewahrheiten. Die größte Besürchtung, welche geäußert wurde, bestund darin, es werde durch das neue Geset ein neuer büreaukratischer Apparat geschaffen, der die Rechtssormen dem Bolke nach und nach völlig entsremde. Nun haben wir heute in der That den Streit zwischen Büreaukratie und Demokratie, und wenn Herr Burkhardt schon der Opposition gegen die centralistischen Gesetze einen Hieb glaubte versetzen zu müssen, so will ich densselben nicht vergelten, sondern bekennen, daß ich mich auf den Boden des Herrn Burkhardt stelle, nur möchte ich von dem Vorbehalt der Genehmigung der Wahlen

durch den Großen Rath Umgang nehmen.

Man streitet sich über die Frage: Wer wird die bessern Beamten wählen, eine Wahlbehörde — sei es nun eine richterliche oder eine administrative — oder das Bolk? Ich glaube, es sei dies im Grunde genommen ein müßiger Streit. Wenn man aufrichtig sein will, so wird man sagen müssen, daß sowohl eine Wahlbehörde als auch das Volk gute und auch schlechte Wahlen treffen tann, wie verschiedene vom Bolt und von einer Bahlbehörde getroffene Wahlen beweisen. Das Obergericht man wird das fagen dürfen, ohne einen der anwesenden herren Oberrichter zu beleidigen — ift in Wahlsachen auch nicht unfehlbar. Man könnte vielleicht die Lifte der Randidaten, welche das Obergericht schon für Gerichts= präsidentenstellen in Vorschlag brachte, etwas durchnehmen. Sogar der Große Rath fand vor einiger Zeit, das Obergericht fei bei Aufstellung feines Borfchlags für die Stelle des Gerichtspräfidenten von Delsberg nicht unfehlbar gewesen, indem er eine andere Bahl traf. Anderseits erinnere ich mich an gewiffe Vorgänge im Simmenthal, wo das Bolk einen tüchtigen Mann in Borschlag ge= bracht hatte. Derselbe besaß aber vielleicht nicht die rich= tige Farbe — item, der Große Rath wählte auf Vorschlag des Obergerichts einen andern. Zulett gab's eine cause celebre und der betreffende Gerichtsbeamte verlor feine Stelle auf fehr unangenehme Weife. Ich habe alle Achtung vor der Sachlichkeit und Objektivität der Berren Oberrichter; aber Menschen sind fie auch und Farben= blindheit in politischer Beziehung wird man ihnen auch nicht zuschreiben dürfen, da fie als Staatsbürger auch ihre politische Meinung haben dürfen. Ich erkläre mir daraus auch gewiffe Uebergehungen bei Aufstellung der Kandidaten für die Gerichtspräsidentenstellen. Junge Leute, die noch teinen Beweis ihrer Tüchtigkeit ablegten, werden mitunter eins zwei vorgeschlagen, während tüchtige Advokaten, auch wenn sie 20 Jahre Praxis hinter sich haben, dieser Ehre nicht gewürdigt werden. Ebenso ver= hält es sich mit einer administrativen Wahlbehörde. Auch der Regierungsrath, trot seiner glücklichen Zusammen= setzung, wird in den Fall kommen, daß er bei der Be= fegung der Staatsbeamtungen nicht immer eine glückliche Hand hat. Auch ihm ist es schon begegnet, daß er mit Salzfaktoren, Amtsschaffnern, Kreiskommandanten und andern Staatsbeamten fehr Bech hatte; fogar in jungfter Beit follen fich diefe Falle wiederholt haben. Ich glaube, das Gefagte beweise zur Genüge, daß auch eine Berwaltungsbehörde fehlen kann. Anderseits, mas haben wir

bis jett dem Volk für Wahlen anvertraut? trauen ihm die Wahl der Primarlehrer an, in deren Hand wir die Jugend, die Zukunft des Landes legen. Zur Ausübung des Lehrerberufs braucht es auch sicher so gut spezielle Fachkenntnisse, als zur Ausübung des Berufs eines Betreibungs= und Konkursbeamten. Ich erinnere ferner an das eidgenöffische Civilstandsgesetz. Der Große Rath fand es für zweckmäßig, die Civilstands= beamtenwahlen in die hand des Boltes zu legen, und ich glaube, das Bolt sei mit den Civilstandsbeamten zu= frieden und ebenso auch der Große Rath, beffer vielleicht, als die Civilstandsbeamten mit ihm (Seiterkeit), da er ihre Befoldungen etwas beschnitten hat. Dabei ift daran zu erinnern, daß die wichtigften Eigenschaften, die ein guter Betreibungsbeamter befigen muß, mit denjenigen eines guten Civilstandsbeamten ungefähr übereinstimmen; es sind das Intelligenz, moralische Tüchtigkeit und ausgeprägter Ordnungssinn. Das Volk wählt sogar die Nationalräthe. Ich gebe zu, daß ich damit auch schon unangenehme Erfahrungen gemacht habe (Seiterkeit); aber deswegen wird es feinem Menschen einfallen, zu behaupten, das Bolk sei nicht fähig genug, um die Nationalrathe zu wählen oder ein Nationalrath wäre nicht auch fähig, Betreibungsbeamter zu fein. Ich glaube, wenn man dem Volke solche Wahlen von der höchsten politischen Wichtigkeit anvertrauen kann, so dürfe man ihm auch die Wahl eines schließlich untergeordneten Beamten, der allerdings bedeutende technische Renntnisse haben muß, anvertrauen.

Es ift von einem der herren Borredner gefagt morden, die Politit muffe an einem gewiffen Buntte ein Ende nehmen; man könne nicht in jede Frage die Politik hineintragen. Ich bin vollständig damit einverstanden, was der Umstand beweist, daß ich im übrigen gerade mit dem betreffenden Redner nicht einverstanden bin, sondern Herrn Burkhardt zustimme, mit dem ich sonst das heu nicht auf der gleichen Bühne habe (heiterkeit). Es handelt sich bei der Entscheidung dieser Frage inder= that nicht um politische Grundsätze; ich glaube vielmehr, die Berufsgegenfätze werden dabei im Großen Rathe mehr hervortreten, als die politischen. Daraus erklärt sich die Erscheinung, daß die Herren Abvokaten, die allerdings die Sache von Grund aus verstehen, einhellig für die Wahl durch das Obergericht einstehen, während sich aus ben Kreifen des nicht juriftisch gebildeten Boltes andere Stimmen geltend machen. Auf der einen Seite will man eine Art eigener Kafte heranbilden, man will 30 oder 60 folder Betreibungs= und Konkursbeamten in Reinkulturen züchten, um mich mit Professor Roch auß= zudrücken (Seiterkeit); man will diefelben von einem Ort an einen andern versetzen können u. f. w. - furz, man will eine neue Berufsklaffe gründen, womit man fich aber gang ficher in Gegenfat zu den Bedürfniffen des Bolkes ftellt. Ich kann nicht begreifen, daß fogar von Seite des Herrn Ritschard in so geringschätziger Weise über die Demokratie abgesprochen wurde. Sonst huldigt man hier dem Grundsatz: "Alles für das Bolt; alles durch das Volk." Wenn es aber einmal dazu kommt, einer demokratischen Forderung, die nicht unberechtigt und zu erfüllen wohl möglich ist, zu entsprechen, so stellt man sich auf die Hinterbeine und sagt: Jest ist nicht der Augenblick gekommen, dem Bolke ein ferneres Recht zu gewähren. Man hat es mit der Demokratie, wie mit der Sparsamkeit. Es wird jahraus jahrein in diesem

Saale fehr viel von Sparsamteit gesprochen. Aber jedes= mal, wenn man zur Berathung des Büdgets fommt und einen Posten angreifen will, heißt's: Ihr könnt überall sparen, nur auf diesem Posten nicht (Beiterkeit). So haben es auch die Demokraten. Sie find zu allen mög= lichen Erweiterungen der Bolksrechte bereit. Wenn fich aber die Gelegenheit dazu zeigt, sind sie nicht zu haben. Ich möchte wünschen, der Große Rath möchte sich unter dem allerdings begreiflichen Druck der juriftischen Autori= täten, die hier anwesend sind, nicht allzusehr auf andere Wege bringen laffen, sondern es möchte jedes Mitglied hier im Saale gleich denken, wie wenn es daheim ift und die Stimmen aus seiner Umgebung hort. Diese Stimmen lauten oft gang anders, und ich glaube, wir follen die Volksstimme, auch wenn wir hier versammelt find, nicht überhören. Ich ftimme deshalb zum Antrag des herrn Burthardt.

Byro, Berichterstatter der Kommission. Der Antrag des Herrn Burkhardt ist bereits sehr treffend durch die Herren Wyß, Kitschard und Moschard widerlegt worden, sodaß ich glaube, hierauf nicht einläßlich eintreten zu sollen. Ich erwähne bloß noch, daß von den in der Kommission anwesenden 14 Mitgliedern nur eines für die Volkswahl stimmte, obschon in der Kommission nur 4 oder 5 Fürsprecher sitzen; zudem war gerade das Mitglied, das für die Volkswahl stimmte, ein Advokat. Es scheint mir, mit dieser Thatsache sei das Botum des Herrn Vorredners bereits in einem Punkte widerlegt. Allein es sei mir erlaubt, noch einige andere Punkte zu erwähnen.

Bunächst glaubt Herr Moschard, es könnten Inkonvenienzen entstehen dadurch, daß in kantonalen Dingen die Gerichtsbehörden die Oberaufsicht haben, in eidgenössischen Fragen dagegen der Bundesrath. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir die Gewaltentrennung nur im Kanton haben und daß wenn in Betreibungssachen Fragen von kantonalen richterlichen Inskanzen an den Bundesrath, als Kekursinskanz, gelangen, von einer Berlezung des Prinzips der Gewaltentrennung nicht die Rede sein kann.

Herr Moschard hat ferner Streichung des zweiten Alineas beantragt. Er fagt, es fei inkonsequent, wenn den Gerichtssichreibern im Befoldungsgeset vorgeschrieben werde, fie follen ihre volle Zeit dem Umte widmen, und man ihnen dann in einem andern Gefet noch die Funktionen eines Betreibungsbeamten übertrage. Es hat das schein= bar etwas für fich. Allein der § 4 will nur ermöglichen, den Gerichtsschreiber zum Betreibungsbeamten zu wählen, wo dies wirklich zweckmäßig erscheint. In den großen Umtsbezirken wird man davon absehen. Man wird in dieser Beziehung Versuche zu machen haben, und ich bin auch einer derjenigen, welche die Zahl der Beamten nicht vermehren möchten. Man hat bei Anlaß der Besprechung des Betreibungs- und Konfursgefetes im Bolte gefagt, es werden nicht viel neue Beamtungen geschaffen werden, und ich halte dafür, daß die meiften Gerichtsschreiber auch das Betreibungs= und Konkursamt übernehmen können, und zwar auch in größern Aemtern, wie z. B. in Thun, wo der Gerichtsschreiber bereits Führer des Sandelsregisters ift. Die Gerichtsschreiber find ja nicht allein, fondern können Gehülfen anstellen, fodaß fie eigentlich bloß die Direktoren ihres Büreau find. kleinern Aemtern ist die Beigabe des Betreibungsamtes

zur Gerichtsschreiberei für den betreffenden Beamten qu= dem noch in der Beziehung nütlich, als es nicht vom guten ift, wenn ein Beamter nicht hinlänglich beschäftigt ift. Man will indeffen in § 4 feine bindenden Borschriften aufstellen, sondern denselben so faffen, daß man fich gang nach ben Fähigkeiten ber betreffenden Berfonen richten kann. Ich glaube, in diesem Bestreben sollten die Behörden unterstütt werden; denn es würde auf das Volk keinen auten Eindruck machen, wenn man neben den Gerichtsschreibern noch besondere Betreibungsbeamte wählen würde, was zur Folge hätte, daß auch neue Lokalitäten beschafft werden mußten. Dazu kommt, daß die Gerichtsschreiber eigentlich schon jest Konkursbeamte find, während Attuare das Protokolliren der Sitzungen besorgen. Diese Aktuare sollte man felbständig ftellen, während der Gerichtsschreiber zum eigenklichen Betrei= bungs= und Konkursbeamten würde. Auf diese Weise würde keine erhebliche Vermehrung der Beamten eintreten, und deshalb möchte ich Ihnen nochmals den § 4, fo wie er vorliegt, zur Annahme empfehlen. Auch die vor= gefehenen Betreibungegehülfen werden die Bahl ber Beamtungen nicht vermehren, indem die bisherigen Weibel als solche bezeichnet werden. Ich sehe also nicht ein, woher, wie herr Dürrenmatt behauptete, eine Bermeh=

rung der Büreaufratie kommen follte.

Wenn im weitern gefagt wird, man wolle dem Volk ein Recht entziehen, so muß dies des bestimmtesten beftritten werden. Die Gerichtsschreiber, Die schon jest Konkursbeamte waren, wurden nicht vom Volke, sondern von der Regierung gewählt, und nun will man einfach statt den Regierungsrath, wo man politische Einflüsse befürchtet, das Obergericht mit der Wahl betrauen. Und wenn herr Dürrenmatt mit einem Fall im Oberfimmen= thal argumentirt, wo der Große Rath gewissermaßen das Bolksrecht mit Fußen getreten habe, indem ein vom Bolte vorgeschlagener Kandidat als Bezirksbeamter nicht gewählt worden fei, während der Gewählte später auf unangenehme Beife auf die Seite gesett worden fei, fo fage ich: Dieses Beispiel paßt durchaus nicht! Es ift basselbe aber auch durchaus nicht richtig; benn abge= sehen davon, daß beide in Betracht kommende Kandidaten ber gleichen politischen Richtung angehörten, war die Frage die: Will man den jungern, vom Volk vorgeschla= genen Kandidaten sofort wählen oder will man den ältern Beamten, der sich während 20 Jahren als guter Gerichtspräfident auswies, nun aber bereits an Alters= schwäche leidet, noch für eine Amtsperiode wählen? Der Große Rath ließ Billigkeit walten und wählte den vom Obergericht vorgeschlagenen ältern Kandidaten. Nun ift allerdings dieser Beamte vor zwei Jahren auf unange= nehme Weise feiner Stelle enthoben worden; er ift nam= lich — gestorben! (Heiterkeit).

Hern Dürrenmatt sagt ferner, das Bolk mähle die Primarlehrer und andere Beamte schon jetzt selbst. Allein da besteht ein sofort in die Augen fallender Unterschied. Die Stellen der Betreibungs= und Konkursbeamten werben gut bezahlte Stellen sein, nach denen eine förmliche Jagd entbrennen wird, während die Primarlehrerstellen leider nicht so gesucht sind, daß man die bezügslichen Wahlen nicht hätte dem Bolk überlassen können. Zudem ist bei Primarlehrerwahlen für die Kandidaten ein Patent vorgeschrieben und die Wahlen ersolgen nicht in's Blaue hinein, sondern die Schulkommission macht ihre Vorschläge. Uehnlich verhält es sich mit den Civilsstandsbeamten, mit denen auch argumentirt worden ist.

Allein auch hier besteht ein gewaltiger Unterschied. Der Civilstandsbeamte thut niemanden weh; er traut die Leute und trägt die Geburten und Sterbefälle ein, versirbt es aber jahraus jahrein mit keinem Menschen. Anders verhält es sich dagegen mit einem Betreibungsbeamten, der es mit seinen Pflichten ernst nimmt, und es könnte leicht vorkommen, daß ein Betreibungsbeamter, namentlich wenn seine Wiederwahl nahe wäre, nur deshalb einem Schuldner Stündigung ertheilte, damit nicht gegen ihn agitirt werde und er nicht um sein Brod komme.

Und wenn endlich Herr Dürrenmatt mit den Nationalrathswahlen argumentirt und fagt, man werde doch
nicht bestreiten wollen, daß die Nationalräthe auch gute
Betreibungsbeamte geben würden, so erlaube ich mir
doch, zu bezweiseln, daß alle Nationalräthe die für einen
Betreibungsbeamten nöthigen Eigenschaften besäßen. Es
braucht zu einem richtigen Betreibungsbeamten mehr als
man glaubt, namentlich wenn das Gesetz gut sunktioniren soll, und beruse ich mich in dieser Beziehung auf
Herrn Prosesson

Gestügt auf das Gesagte halte ich dafür, die Kommission und die Regierung haben allen Grund gehabt,
sich gegen die Volkswahl auszusprechen, obwohl man den Mitgliedern dieser Körperschaften nicht wird den Vorwurf machen können, sie seien nicht ebenso gute Demokraten, wie diesenigen, die sich als solche par excellence aufspielen. Ich möchte Ihnen deshalb den § 4 nochmals zur Unnahme bestens empfehlen.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Es ist bemerkt worden, die Betreibungs= beamten könnten, wenn fie vom Obergericht gewählt werden, zu allmächtig werden. Ich glaube, diese Beamten haben stets die gleichen Rechte und Obliegenheiten, ob fie das Volk oder das Obergericht wähle. Es liegt übrigens in jener Bemerkung das Zugeständniß, daß die Be-treibungsbeamten, wenn fie vom Bolke gewählt werden, ihre Pflicht unter Umftanden nicht fo ftritt erfüllen und das Gefetz nicht fo erakt anwenden werden, wie fie es thun follten. Run tann ich Sie aber in Bezug auf bas Bumachtigwerden durchaus beruhigen. Das Beschwerdeverfahren ift im Bundesgeset überall fo geordnet, daß man den Beamten Schritt für Schritt folgen kann und zwar nicht nur, wenn sie etwas thun, was direkt gegen die gesetlichen Vorschriften verstößt, sondern auch wenn fie in ihrer Beurtheilung der thatsächlichen Verhältnisse fehlgreifen.

Da ich gerade das Wort habe, will ich noch einen Punkt berühren, nämlich die Frage der Verantwortlichkeit. Ich glaube nicht, daß man im Falle der Volkswahl die Wahlkreise direkt verantwortlich machen könnte, da sie teine juriftische Perfonlichkeit haben; es fei benn, man wollte in's Gefet die Bestimmung aufnehmen, daß in einem solchen Falle ein Steuerzuschlag den Einwohnern des betreffenden Wahlfreises auferlegt werde, um den Schaden wieder einzubringen, ein Weg, den man nicht wird wählen wollen. Allein wenn auch eine folche dirette Berantwortlichkeit des Wahlkreises nicht besteht, so würde es doch in diefer Beziehung nachtheilig sein, wenn man die Wahl einem andern Organ übertragen würde, als demjenigen, welchem die Beauffichtigung über die Betreibungsbeamten obliegt. Es wurde fich bei einer folchen Trennung von Wahl und Aufficht vorkommenden Falls jedes der beiden Organe der Berantwortlichkeit entschlagen.

Abstimmung:

1. Alinea.

Eventuell: 1. Für den Fall der Wahl der Betreibungs= und Konkursbeamten durch das Obergericht: Für das Amendement Michel . .

2. Für den Fall der prinzipiellen Annahme des Antrags Burthard:

Für den Antrag Dürrenmatt

Minderheit.

Definitiv: Für ben Entwurf

157 Stimmen.

Für den Antrag Burkhardt . . .

2. Alinea.

Für Beibehaltung dieses Alinea (gegenüber dem Streichungsantrag Moschard) Mehrheit.

Die Berathung wird hier abgebrochen und auf Untrag des Brafidiums der Beginn der morgigen Sitzung auf 8 Uhr angesett.

Schluß der Sitzung um 128/4 Uhr.

- Für die Redaktion: Rud Schwarz.

Dritte Sitzung.

Mittwock den 26. Navember 1890.

Morgens 8 Uhr.

Vorsigender: Prafident Dr. Brunner.

Der Namensaufruf verzeigt 236 anwesende Mit= glieder. Abwesend find 35, wovon mit Entschuldigung: die Herren Bratschi, Bühlmann, hennemann, horn, Dr. Reber, Schär, Schnell, Will; ohne Entschuldigung abwesend sind: die Herren v. Allmen, Belrichard, Bigler, Boillat, Brand (Dachsfelden), Dähler, Guenat, Häberli (Aarberg), Beg, Hostettler, Howald, Jenzer, Kaifer, Lauper, Linder, Locher, Marti (Lyß), Meyer (Biel), Morgenthaler (Urfenbach), Müller (Langenthal), Reuenschwander (Thier= achern), Ray, Ritschard, Romy, Roth, Schweizer, Stouder.

Tagesordnung:

Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird abge=

lefen und bestätigt.

Einführungs-Gesetz

für

den Kanton Bern

zum

Bundesgeset über Schuldbetreibung und Konkurs.

Fortsetzung der erften Berathung.

(Siehe Seite 295 hievor.)

§ 5.

Ohne Bemerkung angenommen.

§ 6.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Der § 6 verpflichtet die Betreibungsbeamten, ihre ganze Thätigkeit dem Amte zu widmen. Man will damit feststellen, daß das Betreibungsamt nicht etwa

blog ein Nebenamt ift.

Man hat nun eingewendet, wenn der Betreibungsbeamte gleichzeitig Gerichtsschreiber sei, so könne er doch nicht seine ganze Thätigkeit gleichzeitig dem einen und auch dem andern Amte widmen. Allein die Sache kann hier doch nicht wohl anders gesagt werden. Die Bestimmung gilt vorab für alle Betreibungsbeamten; ist einer dann gleichzeitig Gerichtsschreiber, so will die Bestimmung sagen, daß er die Zeit, welche er nicht für die Gerichtsschreiberei verwendet, ausschließlich dem Betreibungsamte zu widmen habe. Die eine Pflicht begrenzt die andere und man geht ja auch bei der Bereinigung beider Stellen von der Boraussehung aus, die gleiche Person werde

beibe Beamtungen besorgen können.

Zwischen der Regierung und der Kommission ist eine Disserenz darüber entstanden, ob man im ersten Alinea sagen solle "während der üblichen Geschäftsstunden" oder ob man diese Stunden im Gesetze sest bestimmen solle. Die Regierung glaubt an ihrem Antrage sesthalten zu sollen; denn es ist leicht möglich, daß sich an einzelnen Orten und für bestimmte Tage, z. B. Markttage, der Gebrauch ausbildet, daß das Büreau schon um 7 Uhr geöffnet wird oder nachmittags schon um 1 Uhr mit Schluß um 5 Uhr. Wenn man solche bestimmte Vorschriften in ein Gesetz aufnimmt, macht man später immer die Ersahrung, daß dieselben nicht sür alle Vershältnisse passen. Die Aussicht besser, einen relativen Ausdruck zu wählen. Die Aussichtsbehörde wird dann schon dafür sorgen, daß die Geschäftsstunden richtig sest-

gefett und eingehalten werden.

Das zweite Alinea bestimmt, daß die Betreibungsbeamten diesenigen Berüfe nicht ausüben dürsen, welche auch den Gerichtspräsidenten verboten sind (Abvokat, Rechtsagent, Notar, Arzt, Handel mit Wein oder geistigen Getränken). Zeigt es sich, daß durch die Ausübung eines gesetzlich nicht verbotenen Beruss das Amt beeinträchtigt wird, so kann die Aufsichtsbehörde die Fortsetzung dieses Beruss ganz oder theilweise untersagen. Man hätte hier einsach auf das Dekret vom 10. Oktober 1853 verweisen können; allein solche Berweisungen haben immer etwas Mißliches sür den Fall, daß später das Gesetz oder Dekret, auf welches verwiesen wird, abgeändert werden sollte.

Ihro, Berichterstatter der Kommission. Ich möchte nur bemerken, daß nicht alle Berüfe ausgeschlossen sind, sondern daß nur bestimmt wird, die Betreibungsbeamten haben sich von 8—12 und 2—6 Uhr ausschließlich dem Amte zu widmen. Ich nehme an, in dringenden Fällen werden sie auch in der Zwischenzeit Bescheid geben müssen, wenn das schon nicht im Gesetz steht. Nach Erledigung der Büreaustunden aber steht es dem Beamten frei, noch einen andern, durch das Dekret vom 10. Oktober 1853 nicht ausgeschlossenen Beruf, z. B. den eines Sachwalters oder eines Landwirths, auszuüben.

Whß. Es fällt mir auf, daß der Herr Berichterstatter der Kommission nicht auf den von der Kommission gestellten Abänderungsantrag eintritt. Ich erlaube mir deshalb, mitzutheilen, wie die Kommission zu ihrem An-

rage kam.

Man war allgemein der Ansicht, daß in dem Worte "übliche" eine etwas zu große Elastizität liege und daß man den Begriff der Ueblichkeit im einen Umte so, im andern so auslegen könnte. Nun war man einig, daß man von den Beamten wenigstens eine achtftundige Thätig= feit verlangen könne - es erinnert dies unwillfürlich an den achtstündigen Normalarbeitstag, der in der letten Beit von gewiffer Seite fo bringend verlangt wird indem einem Staatsbeamten damit nicht zu viel zuge= muthet werde. Ein Vertreter der Landwirthschaft in der Kommission beantragte deshalb, zu sagen "während der üblichen 8 Geschäftsstunden". Run fand man aber, es genüge das nicht, sondern man muffe, namentlich mit Rücksicht auf ferner gelegene Kreise, auch eine gewisse Gleichmäßigkeit durchführen. Man muß nicht vergessen, daß der Beamte für's Publikum da ist und nicht umgekehrt, und zwar ebenfo gut für den Schuldner, wie für den Gläubiger. Wenn nun der Beamte nicht an ge= wisse Bureaustunden gebunden ift, während welcher sicher jemand auf dem Bureau angetroffen wird, fo kann es leicht paffiren, daß ein Schuldner einen Gang von ein bis zwei Stunden, vielleicht noch bei schlechtem Wetter, macht und bei seiner Ankunft das Büreau geschlossen findet. Ein Beamter findet vielleicht um 3 Uhr nach= mittags, bei dem Wetter tomme niemand mehr, er schließt die Thure zu und geht zum Jaß. Das war nun aber vielleicht für einen Schuldner gerade der lette Tag, wo er bezahlen muß. Infolge bessen schreckt er vor dem schlechten Wetter nicht zurück, sondern erscheint, trifft dann aber niemand an.

Ferner ist noch folgendes in Betracht zu ziehen. Es wird häusig vorkommen, daß jemand vom Land auf dem Betreibungsamt der Stadt eine Berrichtung besorgen will oder umgekehrt. Da ist es nun von außerordentlicher Wichtigkeit, daß die Leute, welche mit solchen Berrichtungen betraut werden, wissen, zu welcher Zeit sie den Beamten ganz sicher antressen, und daß man sich nicht erst erkundigen muß, was ist in diesem Amt Uedung und was im andern.

Man wird mir vielleicht sagen, das vorhin gebrauchte Beispiel eines Schuldners, der bei schlechtem Wetter einen Gang von zwei Stunden macht, um zu bezahlen, sei vereinzelt und stelle die Sache etwas schroff dar. Ich glaube, nicht so ganz. Sie werden bei der Weiterberathung des Gesetzes auf eine Bestimmung stoßen, wonach es den Betreibungsgehülfen — etwas ähnliches, wie unsere Weibel — verboten ist, von einem betriebenen Schuldner Geld anzunehmen. Derselbe ist vielmehr gehalten, auf Betreibungsamt zu gehen; es können also ganz wohl Fälle, wie ich vorhin einen skizzirte, eintreten.

Dies sind die Gründe, weshalb die Kommission Ihnen beantragt, statt "der üblichen Geschäftsstunden" zu sagen: "während der Wochentage von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags". Ich empfehle Ihnen diesen Antrag zur Annahme.

Abstimmung:

8 7

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Im Geset über die Gerichtsorganisation ist bestimmt, daß die Gerichtspräsidenten am Amtssis wohnen müssen. Ausnahmen sind von einer Bewilligung des Regierungsraths abhängig gemacht. Man glaubte nun, hier eine etwas andere Fassung wählen und einsach sagen zu sollen: "Die Betreibungsbeamten sind gehalten, in der Nähe der Amtslokalitäten zu wohnen." Es gibt Amtssize, wo es nicht darauf ankommt, ob der Beamte gerade am Orte selbst wohnt, oder in einer in der Nähe gelegenen Ortschaft — ich erinnere an Biel und Nidau, Aarderg und Bargen 12. — und auf solche Berhältnisse glaubte man Rücksicht nehmen zu müssen.

Angenommen.

§ 8.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Nach dem Bundesgesetz können die Kantone von den Beamten, für die sie verantwortlich sind, eine Sicherheitsleistung verlangen. Der § 8 bestimmt die Art der Sicherheitsleistung nicht, weil, wie Sie aus einer spätern Vorschrift ersehen werden, eine Aenderung für die Amtskautionen überhaupt geplant ist. Dagegen mußte die Höhe der zu leistenden Sicherheit relativ bestimmt werden, und es wird dann der Regierungsrath innershalb des festgesetzen Rahmens auf dem Verordnungswege eine spezielle Skala aufstellen.

Es wird vorgeschlagen, auch den Stellvertretern eine Sicherheitsleistung aufzuerlegen, allerdings in kleinerem Betrage. Es wird dies in gewissen Fällen praktische Schwierigkeiten bieten, indem, wenn eine Kaution verlangt wird, das Amt des Stellvertreters von der Hand gewiesen werden wird. Ich glaube zwar, daß wenn das in § 74 vorgeschlagene System angenommen wird, wonach nicht individuelle Bürgen zu stellen sind, sondern die Kaution durch Beitritt zu einer Amtsbürgschaftsegenossenschaft geleistet werden kann, die betreffenden Personen sich eher zur Uebernahme der Stellvertretung bewegen lassen werden.

Angenommen.

§ 9.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Der § 9 ist absichtlich sehr aussührlich gefaßt worden. Man machte mitunter bei andern Beamtungen die Wahrnehmung, daß die Leute aus Bequem-lichkeit oder aus andern Gründen sich auch in den Fällen an den Stellvertreter wandten, wo dieser nicht hätte sunktioniren sollen, woraus Mißstände erwuchsen. Wenn z. B. ein Gerichtspräsident nach genauer Prüfung des

Falles eine Bewilligung versagte, so ging man einfach zum Stellvertreter, der die Bewilligung dann ertheilte. Das soll hier nicht vorkommen, weshalb genau gesagt wird, in welchen Fällen der Stellvertreter funktioniren soll. Für den Fall, daß auch der Stellvertreter verhindert ift, soll der Gerichtspräsident einen außerordentlichen Stellvertreter bezeichnen.

Angenommen.

§ 10.

Lienhard, Juftigbirektor, Berichterftatter bes Regierungsraths. Un der Spike des § 10 wird der Grund= sat aufgestellt, daß alle für Verrichtungen des Betreibungsamtes bezogenen Gebühren in die Staatstaffe fallen follen, ein Grundsat, der schon im Gefet vom Jahr 1878 über die Amts= und Gerichtsschreibereien Aufnahme fand. Ebenso sollen die Betreibungsgehülfen nicht durch Sporteln bezahlt werden, sondern die bezogenen Gebühren sollen ebenfalls in die Staatskasse fallen und nur den Maßstab für die Besoldung abgeben. Es ift eine konsequente Durchführung dieses Systems auch durchaus nöthig, um eine richtige Kontrolle ausüben zu können. Der Tarif über das Betreibungswesen wird im Publikum sehr bekannt werden, und es wird jeder, der mit dem Betrei= bungsamte zu thun hat, sich auch mit dem Tarif be= faffen. Run muß jede Gebühr durch Marken gedeckt werden; es kann fich also jeder Burger überzeugen, ob die Gebühren, welche er zahlte, auf den Akten, welche ihm ausgehändigt werden, durch Marken belegt find und demnach dem Staate abgeliefert werden.

Im fernern wird in diesem Paragraphen der Bezug nicht-tarifmäßiger Gebühren durch die Betreibungsbeamten und ihre Angestellten mit Strafe bedroht. In der Regel werden solche Fälle zwar unter die strengern Vorschriften über Amtsmißbrauch, Unterschlagung und Betrug fallen. Es kann aber doch Fälle geben, wo den Beamten der dolus, welcher erforderlich ist, um die strengern Bestimmungen auf sie anzuwenden, nicht nachgewiesen werden kann, und für diese Fälle muß vorgesorgt werden. Dabei wurde nur der Wiederholungsfall vorgeschen, da man den betreffenden Beamten oder Angestellten nach einer zweimaligen Bestrafung jedenfalls beseitigen würde. Deshalb wird am Schlusse des § 10 gesagt: "Die übrigen Folgen der Amtspslichtverletzung (es sind das Disciplinarverfügungen, die bis zur Amtsentsehung gehen können) bleiben vorbehalten."

Angenommen.

§ 11.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. In § 11 wird gesagt, daß die Betreibungsbeamten vom Staate fix besoldet werden. Ich bemerke bei diesem Anlasse, daß in Zürich, wo die Regierung vorschlug, den Beamten die Gebühren zuzuweisen, sich der Kantonsrath ebenfalls auf einen andern Boden stellte und die Ausrichtung sixer Besoldungen beschloß. In den Fällen, wo ein Gerichtsschreiber zugleich Betreibungsbeamter wird, erhält derselbe nicht eine zweite Besoldung, sondern es wird ihm nur eine Zulage ausgerichtet. Die Besoldungen und Zulagen sollen in einem Dekret des Großen Kathes festgestellt werden. Es mag Sie dabei vielleicht stoßen, daß kein Besoldungsmaximum sestgestellt wird. Allein erstens werden Sie selbst die Besoldungen festzustellen haben und zweitens beabsichtige ich, für die zweite Berathung dem Großen Kath bereits alle Aussührungsdekrete vorzulegen, so daß Sie sich von dem, was in dieser Beziehung beabsichtigt wird, werden ein Bild machen können.

Angenommen.

§ 12.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Dieser Paragraph ist ein Aussluß des Grundsages, daß alle Gebühren in die Staatskasse sließen sollen.

Angenommen.

§ 13.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Der § 13 ist sehr wichtig. Er schreibt erstens vor, daß dem Betreibungsbeamten die Beiziehung von Angestellten gestattet werden kann, sofern die ihm obliegenden Arbeiten von ihm nicht allein besorgt werden können. Dabei ist nicht gesagt, daß der Staat der Anstellung des einzelnen Gehülsen die Genehmigung zu ertheilen habe; aber jedenfalls ist er zu befragen und es muß untersucht werden, ob überhaupt Hülfspersonal nöthig ist. Der Wunsch derjenigen, welche das Bundesgesetz richtig ausführen wollen, muß natürlich der sein, daß der Betreibungsbeamte so viel als möglich selbst arbeitet.

Im zweiten Absat wird, in Abweichung vom Geset vom Jahre 1878 über die Amts= und Gerichtsschreibe= reien, bestimmt, daß die Angestellten vom Staat direkt besoldet werden. Nach dem Geset von 1878 wird den Beamten ein gewisser Betrag verabsolgt, um damit ihre Angestellten zu besolden. Run hat sich aber ergeben, daß vielsach nicht die volle Summe, welche der Staat außerichtet, den Angestellten auch wirklich zu gute kommt, was den Großen Rath am 17. Dezember 1889 bewog, solgendes Postulat aufzustellen: "Der Regierungsrath wird eingeladen, zu untersuchen und darüber Bericht zu erstatten, ob die Vertheilung der den Amtsschreibern und Amtsgerichtsschreibern auszurichtenden Entschädigung für

Angestellte und Büreaukosten nicht einer Revision zu unterziehen fei, eventuell, ob allenfalls die direkte Bezahlung der Angestellten durch den Staat dem jezigen System vorzuziehen wäre." Seither find von einer großen Bahl Angestellter Petitionen eingelangt, welche um Einführung der direkten Befoldung nachfuchen. Es ift nicht zu verkennen, daß infolge des neuen Prufungs= reglements für Notare die Stellung diefer Angestellten eine etwas heikle wurde. Früher wurden diese Unstellungen nur als Durchpaß zum Notariat angesehen Infolge bes neuen Reglements, das zwei Jahre Hochschulstudium und ein Jahr Aufenthalt im Jura, beziehungsweise für Juraf= fier im alten Kantonstheil, verlangt, ift es aber vielen nicht mehr möglich, die Kosten des Notariatsstudiums zu bestreiten. Auch sind die Einnahmen der Notare nicht mehr derart, daß es sich lohnen wurde, sehr große Kosten auf dieses Studium zu verwenden. Infolge deffen bleiben viele tüchtige Leute in den Büreaux der Aemter fiten und ift es angezeigt, fich diefer Leute auch etwas anzunehmen, fie felbständiger zu ftellen und bafür zu forgen, bag fie das erhalten, was der Staat für fie bestimmt. Es ift möglich, daß der Staat dabei vielleicht etwas mehr wird ausgeben muffen; allein er wird dafür ein viel tuchtigeres und ständigeres Bersonal erhalten, womit dem Publikum jedenfalls auch mehr gedient ift, als wenn es jedesmal, wenn es auf's Umt kommt, andere Angestellte antrifft.

Im letzten Alinea des § 13 wird sodann gesagt, daß vom 1. Januar 1892 an auch für die Angestellten der Amts= und Gerichtsschreibereien die direkte Besoldung durch den Staat eingeführt werde. Wo die Gerichtsschreiberei mit dem Betreibungsamt vereinigt wird, müßte dies so wie so geschehen, und was am einen Ort grundsfählich als richtig anerkannt wird, soll auch am andern Ort eingeführt werden.

Angenommen.

§ 14.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Der § 14 gehört zu denjenigen, welche wohl jeder von Ihnen zweimal gelesen und studirt haben wird. Es ist klar, daß diejenigen Berrichtungen des Betreibungs= amts, welche nicht durch die Boft beforgt werden konnen, wie Pfändungen, Arreftausführungen, Aufnahme von Inventarien, Berwaltung von Liegenschaften ic., nicht alle vom Betreibungsbeamten felbst beforgt werden können; sonst würde man einen Beamten erhalten, der die ganze Zeit auf Reisen wäre, namentlich wenn er dafür noch eine gewiffe Vorliebe hatte, wie man es von Gerichts= schreibern im Oberland erzählt, welche nebenbei diesen und jenen Sport betreiben follen. Underseits kann man bem Betreibungsbeamten auch nicht einen ganzen Troß von Angestellten zur Seite geben, die an seiner Stelle diese Berrichtungen besorgen murden. Die Angestellten find meist junge Leute, von welchen kaum vorauszuseten ware, daß sie immer mit dem nöthigen Takte und ge= nügender Erfahrung auftreten würden. In beiden Fällen würden zudem bedeutende Reisekosten entstehen. Gegen die eine und andere dieser Lösungen spricht auch, daß es

Berrichtungen gibt, welche eine genaue Ortskenntniß ver= Es wird in Bukunft bei Pfandungen u. dal. nicht mehr auf die Grundsteuerschatzung abgestellt, sondern es muß eine eigene Schatzung vorgenommen werden. Es ist deshalb gut, wenn der betreffende Beamte eine gewisse Praxis hat und nach und nach zu einem förmlichen Taxator von Liegenschaften wird. Man fand beshalb, es muffe neben bem Betreibungsamt noch ein Organ in den Gemeinden geschaffen werden, der sogenannte Be-treibungsgehülfe. Es ging nicht an, die angeführten Amtshandlungen den Beibeln ju übertragen, weil ju den-felben nur Angestellte des Betreibungsamtes befugt find und man nicht allen bisherigen Beibeln diese Eigenschaft verleihen kann. Bas nun die bezüglichen Kreise betrifft, so ift es klar, daß nicht in jeder Einwohnergemeinde ein Betreibungsgehülfe bezeichnet werden tann, da einzelne Einwohnergemeinden zu klein find. Es wird deshalb vorgesehen, daß der Große Rath auf dem Defretswege eine paffende Umschreibung der Kreise vornehmen solle, was unter Beizug der Amtsgerichte und Regierungsftatthalter nicht schwer sein wird. Bei Besetzung dieser Gehülfenftellen wird man natürlich die bisherigen Weibel, soweit fie geeignet find, berücksichtigen.

Mit diesen Betreibungsgehülfen will man nun nicht etwa auf einem Umwege in jeder Gemeinde ein eigenes Betreibungsamt einrichten; es werden deshalb die Verrichtungen der Gehülfen in § 14 genau umschrieben. Schon im Interesse einer richtigen Ueberwachung soll das ganze Betreibungswesen in jedem Amtsbezirke centralisirt sein. Daß diese Gehülfen den Rechtsgang erschweren werden, ist nicht zu befürchten. Der Betreibungsbeamte wird von Zeit zu Zeit, je nachdem es nöthig ist, bei einem Theil der Gehülfen eine Inspektion vornehmen und gemäß Bundesgeset alles das, was allfällig von ihnen nicht besorgt ist, selbst besorgen. Dadurch wird er auf's Genaueste feststellen können, welche Betreibungsgehülfen sleißig sind, an welcher Kontrolle auch die Bevölkerung ein Interesse hat, weil sie selbst darunter

leidet, wenn mehr Roften entstehen.

Im letten Alinea wird gesagt, daß die Betreibungsgehülfen keine Zahlungen entgegennehmen und keine
Stündigungen ertheilen dürfen. Man darf diese Hauptbesugniß nicht aus der Hand des wirklich verantworklichen
Beamten winden, weil sonst jede Kontrolle sehlen würde. Es sind zwar nach dem Bundesgesetz die von einem Gehülfen vorgenommenen Handlungen gültig. Allein das
schließt nicht aus, daß wir den Gehülfen die Pflicht auferlegen können, das und das nicht zu thun. Thut es
ein Gehülfe dann gleichwohl, so hat er eine Amtspflichtverletzung begangen, und im Wiederholungsfalle kann er
von seinem Amte entsernt werden. Es ist deshalb nicht
zu befürchten, daß solche Handlungen allzu häusig vorkommen werden.

Angenommen.

§ 15.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Man hatte ursprünglich beabsichtigt, die Wahl der Betreibungsgehülfen den Gemeinden zu übertragen. Allein mit Rücksicht darauf, daß mehrere Gemeinden in einen Kreis vereinigt werden können und die Gemeinden, da sie über die Handlungen der Betreibungsgehülfen keine direkte Aufsicht haben, nicht mit der Berantwortlichkeit belastet werden dürfen, wird vorgeschlagen, die Wahl dem Amtsgericht zu übertragen. Es spricht hiefür auch vieles von dem, was bereits gestern gegen die Volkswahl der Betreibungsbeamten geltend gemacht wurde. Uebrigens weiß ja das Amtsgericht, was die Bevölkerung wünscht und wird diesen Wünschen Rechnung tragen.

Es wurde das Bedenken geäußert, ob nicht der Wahlfreis verantwortlich werden könne, wenn man die Wahl dem Amtsgericht übertrage. Allein es ist das nicht das Gleiche, wie wenn der Wahlkreis direkt wählen würde. Der Wahlkreis wählt nur das Amtsgericht, und dieses handelt dann als Staatsbehörde, sodaß von einer Berantwortlichkeit des Wahlkreises keine Rede sein kann.

Angenommen.

§ 16.

Lienhard, Juftigdirektor, Berichterftatter des Re-gierungsraths. Das Bundesgefet schreibt vor, daß bie Kantone Depositenanstalten bezeichnen sollen, welchen feitens der Betreibungs= und Konfursamter Gelbfummen, Werthpapiere und Werthfachen, für welche sie während 3 Tagen teine Berwendung haben, zu übergeben sind. Es wird vorausgescht, daß alle eingehenden Beträge sofort den Gläubigern abgeliefert werden. Wenn das aber nicht möglich ift, weil Streitigkeiten entstehen zc., fo foll der Betreibungsbeamte das Geld nicht in der hand behalten, sondern bei einer öffentlichen Anstalt deponiren. Run hat fich in einer Konferenz mit der Rantonsbuchhalterei und der Finanzdirektion ergeben, daß man mit leichter Mühe die Amtsschaffnereien so einrichten fann, daß fie als Depositenanstalten dienen konnen. Der Herr Kantonsbuchhalter ist überzeugt, daß sich eine Kon= trolle wird einrichten laffen und daß die Aufficht nicht zu schwer fein werde.

Ungenommen.

§ 17.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Das Bundesgesetz spricht die Verantmortlichkeit der Betreibungsbeamten und der von der öffentlichen Gewalt ernannten Angestellten für ihre Verrichtungen aus; es sind also auch die Betreibungsgehülfen inbegriffen. Hinter diesen Beamten und Angestellten aber haftet der Staat. Es ist im weitern klar, daß auch solche Angestellte, die nicht von der öffentlichen Gewalt ernannt sind, dem Beamten und eventuell auch dem Staat gegenüber schon nach gemeinem Rechte haftbar sind, wenn sie etwas Unerlaubtes begehen.

Es fragte fich nun: Soll biefe Berantwortlichkeit ber Beamten und Angestellten unter unsere kantonalen Bestimmungen über die Verantwortlichkeit subsumirt werden, soll man also nach Art. 17 der Verfassung und dem Ver= antwortlichkeitsgesetz vom 19. Mai 1851 vorgehen? Ich glaubte davon aus folgenden Gründen abrathen zu follen. In zwei Bunkten widerspricht schon die Regelung der Berantwortlichkeit im Bundesgefet den Grundfagen bes Gesetzes von 1851. Man kann nämlich bem Beschädigten nicht verwehren, direkt an die Gerichte zu wachsen, und im weitern ist die Verjährung der Erfatverbindlichkeit im Bundesgeset selbst geordnet. In Uebereinstimmung mit dem Obligationenrecht ift fie auf ein Jahr bestimmt vom Zeitpunkte an, wo der Geschädigte von der Schädigung Renntniß erhalt, was mit dem Gefet von 1851 im Widerspruch fteht. Ferner hat schon das Obligationenrecht in das Gesetz von 1851 eine Lücke geriffen und endlich zeigte fich in jungfter Beit, daß das Gefet von 1851 fehr unvollständig ift. Ich denke nun allerdings daran, Ihnen schon in der nächsten ordent= lichen Seffion einen revidirten andern Entwurf vorzulegen; allein es ift immerhin beffer, wenn wir uns hier nicht auf diesen mangelhaften Boden stellen, sondern auf

benjenigen, der in der ganzen Schweiz gilt.
Das gleiche Borgehen hätten wir Ihnen gerne auch bezüglich der Haftung des Staates vorgeschlagen. Nach dem Bundesgeset haftet der Staat erst in zweiter Linie; er ist eine Art Nachbürge. Nach der kantonalen Berfassung aber haftet der Staat direkt; er kann vor den Beamten belangt werden. Es hat das den Bortheil, daß statt zweier Prozesse nur einer geführt werden muß. Ich glaube, wir seien gezwungen, diese direkte Hazuerkennen, da das Bundesgeset in dieser Beziehung das kantonale Recht nicht beseitigen wollte und wir durch das vorliegende Gesetz die kantonale Verfassung nicht ändern können. Aus den angeführten Gründen schreibt der F17 vor, daß in Bezug auf die Verantwortlichkeit der Beamten das Bundesgesetz gelte, in Bezug auf die Hatung

des Staates hingegen das kantonale Recht.

Angenommen.

Titel II.

Auffichtsbehörden.

§§ 18 und 19.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Die Organisation der Aufsichtsbehörden ist wohl der wichtigste Theil des vorliegenden Geseß. Je nachdem die Aufsichtsbehörden ihre Aufgabe erfüllen, wird auch das Betreibungs= und Konkurswesen marschiren.

Wir schlagen Ihnen nun eine untere und eine obere Aufsichtsbehörde vor und zwar für den Amtsbezirk den Gerichtspräsidenten. Man sagte allerdings gestern, der Gerichtspräsident sei nicht der richtige Aufsichtsbeamte, namentlich wenn der Gerichtsschreiber Betreibungsbeamter sei. Allein schon jest sind Beschwerden gegen die Gerichtssichreiber an die Gerichtspräsidenten gegangen, und es wird der Gerichtspräsident schon deshalb ein etwas strikterer Aufsichtsbeamter sein, weil über ihm selbst eine Anfsichtsbehörde steht, die ihm vorschreibt, wie er in Bezug auf die Aufsicht vorzugehen hat, und ihn jederzeit an seine Pflicht erinnern kann, wenn er dieselbe vernachtsfigen sollte. Aus diesem Grunde glaube ich, der Gerichtspräsident werde ein guter unterer Aufsichtsbeamter sein.

In Bezug auf die Organisation der obern Aufsichts= behörde erhob fich in der Regierung eine Meinungsverschiedenheit und auch der Herr Obergerichtspräsident verfocht in einer schriftlichen Eingabe einen andern Untrag, als er Ihnen hier unterbreitet wird. Die Meinungen find getheilt darüber, welchen Umfang diese Aufsichtsobliegen= heiten haben werden. Man war einerseits der Unficht, es sei nicht thunlich, die Aufsichtsobliegenheiten einfach dem Appellations= . und Kassationshof zu übertragen, sondern man muffe hiefur eine besondere, aus drei Mitgliedern bestehende Abtheilung des Obergerichts aufstellen. Ich glaube nicht, daß es nöthig ift, in unsere sowieso kom-plizirte Gerichtsorganisation ein neues Rad einzufügen; benn sobald die Sache fich etwas eingelebt hat, wird die Arbeit nicht mehr so groß sein, sodaß wir bloß eine un= beschäftigte Behörde hatten. Es empfiehlt sich ftatt beffen, fich an das Bestehende zu halten und einfach dem Appel= lations= und Kaffationshof die Aufsicht zu übertragen, und zwar wird hier vorgeschlagen, eine Abtheilung von 3 Mitgliedern für diese Aufsicht zu bestellen. Durch feit= herige Verhandlungen mit dem Appellations= und Raffa= tionshof habe ich mich überzeugt, daß es vielleicht noch richtiger ist, wenn man einfach den ganzen Appellations= und Raffationshof als Auffichtsbehörde bestellt und ihm das Recht gibt, einen Ausschuß zu bezeichnen; er kann fich dann freier einrichten. Der Grund, weshalb auf den Borschlag, eine besondere Betreibungs= und Konkurs= kammer einzurichten, nicht eingetreten werden kann, ift hauptfächlich der, weil man in diesem Falle vom Appellations= und Kassationshof wenigstens zwei Mitglieder wegnehmen und das zur Fassung eines gültigen Entscheides nöthige Kollegium auf 5 Mitglieder beschränken müßte. Ich glaube aber nicht, daß dies den im Kanton Bern herrschenden Ansichten entsprechen würde; das Ober= gericht foll nicht ein bloges Umtsgericht fein. Bürde man aber die Bahl der zur Faffung eines gültigen Ent= scheides nöthigen Mitglieder auf fieben, also im vorliegenden Falle auf die Gesammtmitgliederzahl, festsetzen, so mußte die Suppleantenwirthschaft einreißen, da es auch beim größten Fleiße den Mitgliedern nicht möglich ift, immer anwesend zu fein; wegen Militärdienft, Selbft= betheiligung zc. gibt es immer Ausstände. Nun wiffen Sie, wie es mit der Suppleantenwirthschaft geht. Die Suppleanten erhalten die Akten nicht rechtzeitig und find eigentlich nur Statisten, aber nicht Richter.

Es ist nun offenbar nicht nöthig, hier heute schon eine Abänderung in dem Sinne vorzunehmen, daß man einfach den Appellations= und Kassationshof als Aufstichtsbehörde bezeichnet und es ihm überläßt, einen besondern Ausschuß zu bezeichnen. Es kann das bei der zweiten Berathung geschehen, da es sich grundsäslich um keine große Aenderung handelt. Dagegen sollte man in § 19 doch die Aenderung treffen, daß man sagt: "Die kantonale Aussichtsbehörde wird vom Appellations= und

Kaffationshof auf die gleiche Amtsdauer gewählt, welche für die Abtheilungen des Obergerichts nach § 35 des Gesehes über die Organisation der Gerichtsbehörden maßzebend ist." Das Obergericht theilt sich nämlich alle zwei Jahre in die bekannten drei Kammern ein, und es ist deshalb gut, wenn man hier sagt, die Amtsdauer der kantonalen Aufsichtsbehörde falle mit derzenigen zener Abtheilungen des Obergerichts zusammen, da sonst oft zu ungewohnter Zeit ein Ersat in der Aufsichtsbehörde stattsinden müßte.

Mit der beantragten Abanderung angenommen.

§§ 20 unb 21.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Diese Paragraphen handeln von der Inspektion der Betreibungs- und Konkursämter. Der Gerichtsprässdent soll alljährlich mindestens eine gründliche Untersuchung vornehmen, und zwar an Hand eines Schemas der kantonalen Aufsichtsbehörde, da er dadurch veranlaßt wird, die Prüfung nach allen Richtungen hin durchzusühren. Auch die obere Aufsichtsbehörde soll durch ihre Mitglieder oder durch geeignete Persönlichkeiten jedes Amt alljährlich mindestens einmal gründlich inspiziren und in der Zwischenzeit so oft Untersuchungen vornehmen lassen, als es geboten erscheint.

Angenommen.

§ 22.

Lienharb, Juftizdirektor, Berichterstatter des Kegierungsraths. Wenn man eine untere und eine obere Aufsichtsbehörde aufstellt, müssen auch deren Disziplinarbefugnisse ausgeschieden werden. In § 22 nun gibt man dem Gerichtspräsidenten das Recht, eine Rüge zu ertheilen oder eine Buße dis auf Fr. 50 auszusprechen. Der kantonalen Aufsichtsbehörde stehen natürlich alle Besugnisse zu, welche das Bundesgeset vorschreibt und gehen dieselben dis zur Amtseinstellung und Amtsentsetung. Da in der Verfassung und im Geset vom 19. Mai 1851 vorgeschrieben ist, daß ein Beamter nur durch den Appellations und Kassationshof in seiner Gesammtheit abberusen werden könne, so fragte man sich, ob für den Fall, daß die kantonale Aufsichtsbehörde nicht mit dem gesammten Appellations und Kassationshof zusammenfällt, eine so weitgehende Disziplinarbesugniß überhaupt zulässig sei. Allein das Bundesgeset ist in dieser Beziehung zwingend.

Nun darf man einem Beamten, der vom Gerichtspräsidenten getadelt oder gebüßt wurde, die Möglichkeit nicht abschneiden, die Sache nochmals prüsen zu lassen, da eine zweimalige solche Rüge oder Bestrasung zur Folge haben könnte, daß der betreffende Beamte das nächste mal nicht mehr gewählt würde. Es wird demfelben daher das Recht der Weiterziehung eingeräumt. Dem Beschwerdeführer dieses Recht auch zu geben, ist nicht nöthig. Will derselbe auf eine höhere Buße, als Fr. 50, dringen, so braucht er nur direkt an die obere Aufsichtsbehörde zu wachsen. Klagt er aber beim Gerichtspräsibenten, so gibt er damit zu erkennen, daß er dem Fall keine sehr große Bedeutung beimißt und zufrieden ist, wenn der Beamte mit einer in der Kompetenz des Gerichtspräsibenten liegenden Disziplinarstrafe belegt wird.

Angenommen.

§§ 23, 24 und 25.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Es mußte streng unterschieden werden zwischen Beschwerden, wo behauptet wird, der Beamte habe in der Beurtheilung der thatsächlichen Berhältnisse sehlgegriffen, und solchen Beschwerden, wo angebracht wird, der Beamte habe Gesessvorschriften falsch angewendet, außer acht gelassen oder verlett. Da im letztern Falle bis an den Bundesrath rekurrirt werden kann, so wurde bestimmt, daß die Beschwerde direkt an die kantonale Behörde zu richten sei, damit auch hier nur zwei Instanzen bestehen.

Es wird nun im Anfang etwas schwierig sein, die beiden Beschwerdekategorien auseinanderzuhalten; ich bin aber überzeugt, daß sich in kurzer Zeit die Sache so ordnen wird, daß Zweisel nicht mehr entstehen können.

Während früher bei Beschwerden, welche die Gesetzlichkeit des Verfahrens betrafen, jeweilen ein kontrabittorischer Rechtsstreit entstund, werden nun dieselben — abgesehen von den Fällen, wo das Bundesgesetz ausbrücklich die gerichtliche Klage vorsieht — auf dem vorliegenden kurzen und billigen Wege erledigt. Es ist deshalb das Beschwerdeversahren von großer Bedeutung und wird für eine richtige Durchführung des Gesetzes grundlegend sein.

Für Fälle, wo eine Behörde glaubt, fie habe in Sachen nicht zu verhandeln, wird beftimmt, daß die Beschwerde von amteswegen an die richtige Behörde zu weisen sei, damit der Beschwerdeführer nicht von Pontius zu Pilatus geschickt wird. Endlich glaubten wir auch die Erleichterung des Verfahrens eintreten lassen zu sollen, daß Beschwerden wegen falscher Würdigung des Thatbestandes auch mündlich beim Gerichtspräsidenten zu Prostofoll gegeben werden können.

Angenommen.

§ 26.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. In § 26 wird das Beschwerdeversahren, und zwar möglichst einfach, geordnet. Es sollen nicht lange Rechtsvorkehren nöthig sein, sondern es genügt, mit einem einfachen Brief an die Aufsichtsbehörde zu gelangen. Diese weist die Beschwerde an den betreffenden Beamten und verlangt dessen Bericht. Werden wesentliche Andringen bestritten, so wird die Aufsichtsbehörde von sich aus eine Untersuchung vornehmen; es soll keine umständliche Prozedur entstehen. Der Entscheid soll ohne Parteiverhandlung erfolgen und den Parteien schriftlich eröffnet werden.

Angenommen.

\$ 27.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Da es oft vorgekommen ist, daß Geltstage sehr lange verschleppt worden sind, so wird hier bestimmt, daß die Bewilligung zu Fristverlängerungen für die Beendigung von Konkursen bei der kantonalen Aufssichtsbehörde einzuholen ist, sofern die gewünschte Frist die gesetliche Frist von 6 Monaten um 3 Monate übersschreitet. Die Behörde wird dann untersuchen, weshalb die Liquidation noch nicht beendigt ist, und unter Umsständen einschreiten.

Angenommen.

§§ 28 und 29.

Ohne Bemerkung angenommen.

Titel III.

Berichtsbehörden und Berfahren.

§ 30.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Den Kantonen wird in den Art. 22 und 23 des Bundesgesehes vorgeschrieben, daß sie einerseits die Gerichtsbehörden bezeichnen sollen, welche in Fällen, wo das Bundesgeseh ein gerichtliches Berfahren vorschreibt, zu funktioniren haben und ferner diesenigen Behörden, welche im Nachlaßversahren, bei der Bewilligung von Arresten ze. zu amten haben. Vorerst wird nun in 30 vorgeschlagen, zwei Nachlaßbehörden, eine untere und eine obere, zu bezeichnen, und zwar schlägt der Regierungsrath als untere Nachlaßbehörde das Amtsgericht, als obere die kantonale Aussichtsbehörde den Gerichtse

präsidenten bezeichnen möchte. Da bei einem Nachlaßvertrag die ganze Bermögenslage, die Entstehung der Schulden und der Charakter des Mannes zu beurtheilen ist, so hält der Regierungsrath dafür, es sei hiefür eine Kollegialbehörde geeigneter, als ein Einzelrichter, und aus diesem Grunde hält er an seinem Antrage fest.

Moser, Berichterstatter der Kommission. Die Kom= mission beantragt, als erstinstanzliche Nachlaßbehörde den Gerichtspräfidenten zu bezeichnen und zwar aus folgenden Gründen. Die Kommiffion glaubt, das Verfahren werde in diesem Falle ein prompteres, einfacheres und weniger kostspieliges sein. Der Nachlagvertrag besteht, um dies beiläufig in Erinnerung zu rufen, darin, daß der Schuldner, wenn eine gewiffe Anzahl Gläubiger mit einem gewiffen Prozentsat fammtlicher Forderungen einverstanden sind, den Nachlaß verlangen kann in der Weise, daß auch die übrigen Gläubiger beizustimmen gezwungen find. Der Schuldner, der von dieser Wohlthat Gebrauch machen will, reicht der zuständigen Behörde ein Gesuch ein, worin er seine Bilanz aufftellt zc. und sagt, wie viel er den Gläubigern bieten fonne. Run erfolgt ein erfter Ent= scheid der Behörde, ob man überhaupt auf das Gefuch eintreten wolle. Ift dies der Fall, so ertheilt fie eine Stundung von zwei Monaten und ernennt zugleich einen Sachwalter, der sich mit den Gläubigern in Berbindung zu setzen und darnach zu trachten hat, daß die nöthige Bahl Gläubiger bem Nachlagvertrag beitreten. Ift bies der Fall, so reicht er der Nachlaßbehörde ein Gutachten ein und diese hat dann zu entscheiden, ob fie den Nachlaßvertrag genehmigen will oder nicht. Ich glaube nun, diese Befugniß könne ganz wohl dem Gerichtspräfidenten übertragen werden. Auch ift es für den Schulbner weniger störend und freditschädigend, wenn er dem Gertichts= präsidenten in seinem Privatzimmer die Sachlage erklären und berfelbe ruhig ein Urtheil fällen tann. Ich mußte nicht, weshalb da eine fünfgliedrige Behörde nöthig sein Es wurde nur die Roften vermehren, und es mußte das Umtsgericht jeden Augenblick zusammenberufen werden. Ich glaube, man durfe um fo eher den Gerichts= präsidenten als untere Nachlaßbehörde bezeichnen, als ja an eine obere Behörde appellirt werden kann. Die haupt= aufgabe wird jeweilen bem Sachwalter zufallen, und bem Gerichtspräfidenten wird nicht viel mehr zu thun übrig bleiben, als den Nachlaßvertrag zu prüfen und demfelben die Genehmigung zu ertheilen. Es ist deshalb nicht einzusehen, weshalb die von der Regierung beantragte tostspieligere Maschinerie in Bewegung gesetzt werden sollte; ich empsehle Ihnen deshalb den Antrag der Kom= mission bestens zur Annahme.

Wyß. Ich möchte nur dem von Herrn Moser Gesagten noch ein kurzes Wort beifügen. Ich möchte nicht
den Glauben aufkommen lassen, daß man mit der von
der Kommission vorgeschlagenen Bestimmung dem Amtsgericht eine Funktion entziehe, die es früher ausübte. Es ist dies absolut nicht der Fall. In allen Geltstagen
und Vollziehungssachen hat bisher der Gerichtspräsident
geurtheilt, gegen dessen Urtheil an den Appellations- und
Kassationshof appellirt werden konnte. Die Kommission
fand nun, es sei nicht richtig, daß man dem Amtsgericht
eine Funktion neu übertrage, die ihm bisher nicht zukam
und ein Rechtsgebiet betrifft, das dem Amtsgericht im
allgemeinen wenig bekannt ist.

Ein Hauptgrund für den Antrag der Kommission ist ferner der, daß der Gerichtspräsident die untere Aufsichts= behörde ift und infolge deffen die Leute, mit denen er zu verkehren hat und welche an ihn gelangen werden, am besten kennt und namentlich auch am besten im stande ist, jeweilen den richtigen Sachwalter zu bezeichnen. Es ist mit dem Ausdruck Nachlaßvertrag eigentlich nichts anderes gemeint, als unser bisheriger Akkomodementsver= trag, und der große Bortheil gegen früher besteht darin, daß wenn eine gewisse Anzahl Gläubiger einverstanden find, die übrigen zur Beiftimmung gezwungen werden können. Wenn nun ein Schuldner im Falle ift, einen solchen Nachlaßvertrag anzubegehren, so ist es für ihn außerordentlich wichtig, daß die Sache möglichst rasch zur Entscheidung gelangt, was aber nicht möglich ist, wenn Sie das Amtsgericht damit betrauen. In vielen Amtsbezirken findet monatlich nur eine Sitzung statt, in andern vielleicht zwei, sodaß dasselbe, wenn rasch ent-schieden werden sollte, extra zusammenberusen werden müßte, um zum Antrage des Gerichtspräsidenten Ja zu fagen. Bei Empfehlung des Betreibungs= und Konturs= gesetzes wurde als ein Hauptvorzug desselben gepriesen: Schnelligkeit in allen Beziehungen. Als bei Berathung des ersten Entwurfes im bernischen Juristenverein die Differenz zwischen beschleunigtem und summarischem Ver= fahren zur Sprache kam und herr Dr. Leo Weber be= fragt wurde, wie er sich die Sache denke, antwortete er: Beim einen Verfahren soll es rasch gehen, beim andern noch rascher. Diese Raschheit erzielen wir hier aber nicht, wenn wir das Amtsgericht als untere Nachlaßbehörde bezeichnen.

Abstimmung:

§ 31.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Wie Sie sehen, sind in den §§ 32 und 36 die Obliegenheiten des Gerichtspräsidenten ziemlich genau aufgezählt. Allein es ist dennoch nöthig, noch eine allgemeine Borschrift aufzunehmen für den Fall, daß sich später ergeben sollte, daß man diese oder jene Obliegenheit übergangen hat.

Angenommen.

§ 32.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Der § 32 behandelt — abgesehen von den Ziffern 1 und 2 — hauptsächlich die sogenannten konkursrichterlichen Funktionen. Es müssen in einer ganzen Anzahl von Fällen — namentlich vor Eröffnung eines

Konkurses, bei Anordnung der Liquidation einer Berlassenschaft 2c. 2c. — gerichtliche Erkenntnisse stattsinden. In vielen dieser Fälle wird sich das Versahren abwickeln, ohne daß Streit entsteht, ohne daß in thatsächlicher oder rechtlicher Beziehung etwas in Abrede gestellt wird 2c., sodaß der Gerichtspräsident einfach versügen kann. Hingegen kann doch hie und da in einem Falle Streit entstehen, was in den folgenden Paragraphen berührt werden wird.

Ich will nur noch zu Ziffer 2 einiges bemerken, da= mit es in's Tagblatt kommt und darüber kein Zweifel herrschen kann. Im Bundesgesetz wird in Art. 282 die Ausweisung von Miethern und Pächtern dem Gerichts= präfidenten zugewiesen. Wenn nämlich ein Miether oder ein Bächter den Zins nicht bezahlt, fo kann nach dem Obligationenrecht eine Aufforderung an denfelben ergehen, innerhalb 30 Tagen, oder bei fürzern Verträgen inner= halb 6 Tagen den Zins zu entrichten. Erfolgt die Bezahlung nicht, so kann durch Berfügung des Gerichtspräfidenten eine Ausweisung aus dem Logis oder dem Pachtgegen= stand angeordnet werden. Run schreibt das Bunbesgeset vor, daß diese Aufforderung zur Bezahlung innerhalb 30, bezw. 6 Tagen auch in Form des Zahlungsbefehls oder in Verbindung damit erlaffen werden konne. Schlägt der Schuldner aus irgend einem Grunde Recht dar, fo muß die Sache vorerst untersucht werden, andernfalls der Gerichtspräfident ohne weiteres die Ausweisung verfügen kann. In allen andern Fällen aber, wo ein Miether oder Pächter exmittirt werden will, z. B. weil man ihm fündigte und wo fich Streit darüber erhebt, ob die Runbigung richtig ober rechtzeitig erfolgt sei, muß es beim bisherigen Berfahren sein Bewenden haben; man wird ben Miether ober Pächter erst verurtheilen lassen muffen, bevor die Ausweifung vollzogen werden kann, es fei benn, daß man benfelben unter Sicherheitsleiftung auf dem Wege der provisorischen oder superprovisorischen Berfügung exmittirt.

Angenommen.

§ 33.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Dieser Paragraph verweist bezüglich des Versahrens bei der Behandlung von Konkursbegehren durch den Gerichtspräsidenten einsach auf das Bundeszgeses. Im lettern ist das Versahren in 10 Artikeln ausführlich geordnet, sodaß es schwer verständlich ist, warum dasselbe in Art. 25 noch vorschreibt, die Kantone haben das summarische Prozesversahren bei Konkursbegehren zu ordnen. Einzig im 2. Alinea des § 33 ist eine kleine Ergänzung zu den Vorschristen des Bundesgesetzes enthalten. Wenn seitens der Verwaltung einer Aktiengesellschaft oder Genossenschaft der Konkurs anbegehrt wird, während die Gläubiger die Konkurserklärung noch nicht wünschen, so sollen zur Verhandlung — in welcher der Kichter in Gemäßheit der Art. 657 und 704 des schweiz. Obligationenrechtes unter Umständen sehr wichtige Maßnahmen treffen kann, z. B. daß eine Fabrik noch weiter betrieben, ja daß noch neue Vestellungen entgegengenommen

werden sollen — alle Betheiligten vorgeladen werden. Wir glauben, es sei dies den Interessen der Gläubiger sehr dienlich, da auf diese Weise vielleicht einer Liquisdation vorgebeugt werden kann oder von den Gläubigern gewisse Schädigungen ferngehalten werden können.

Angenommen.

§ 34.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Negierungsraths. Wenn sich in einem der in § 32, Ziffer 4—12, angeführten Fälle zwischen den Betheiligten Streit erhebt, so soll derselbe, wenn er nicht in das Beschwerdeversahren gehört, nach dem Versahren sich abwickeln, das unser Prozesgeset für Bagatellsachen vorsieht. Der Gerichtspräsident wird die Leute vorladen, wird vielleicht rasch eine Beweissührung stattsinden lassen und nur im Nothfalle einen zweiten Termin anordnen. Durch die Verweisung auf dieses Prozesversahren ist dafür gesorgt, daß ein richtiges Protokoll aufgenommen wird, sodaß, wenn die Sache weiter gezogen wird, die obere Behörde eine klare Einsicht in den ganzen Gang der Angelegenheit hat.

Angenommen.

§ 35.

Präsident. Nachdem Sie bei § 30 dem Antrage der Kommission beistimmten, nehme ich als selbstverständlich an, daß auch hier das Amtsgericht durch den Gerichts= präsidenten ersetzt wird.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Re-gierungsraths. Das Bundesgesetz sieht vor, daß gegen ben Entscheid des Gerichtspräfidenten über ein Konfurs= begehren — mit Ausnahme derjenigen, die infolge schneller Wechselbetreibung erfolgten — appellirt werden kann; in allen andern Fällen aber ift dies ausgeschlossen. Da= gegen ist nicht ausgeschlossen, daß nach unserm Civilprozeß= gesetz eine Beschwerbeführung stattfinden kann, wenn ber Richter die Sache verzögert, wenn er fich weigert, dieselbe an hand zu nehmen 2c. Es ist also immerhin ein Rechtsmittel geboten, wenn auch nicht die Appellation. Diese lettere, also die volle Nachprüfung des Falles nach allen Richtungen hin, ist nur vorbehalten gegen Er= tenntniffe über Konfursbegehren soweit das Bundesgesetz selbst eine Appellation vorsieht, sowie gegen Verfügungen des Gerichtspräfidenten in Nachlaffachen. Die Appellation erfolgt auf dem Memorialwege. Die Refursschrift ist schriftlich einzureichen und der Gegenpartei zur schriftlichen Beantwortung zuzustellen. Auf Grund der beiden Schrift= stücke und einer allfällig weitern von Amteswegen anzuordnenden Beweisführung wird die Appellation durch die obere Instanz ohne personliches Erscheinen der Parteien

erledigt. Den Parteien wird das Urtheil schriftlich mitgetheilt oder durch den Gerichtspräfidenten eröffnet.

Angenommen.

§ 36.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Der § 36 befaßt fich mit Fällen, in benen von vornherein ein Streit besteht, und wir treffen hier viele alte Bekannte aus dem bisherigen Vollziehungs= verfahren, nur mitunter unter etwas anderem Namen. Die Biffer 1 entspricht unserer Wiedereinsetzung in den vorigen Zustand, die Ziffer 2 unserer Kassationsladung und die Ziffer 3 tritt an die Stelle der bisherigen Rechtsversicherung. Allerdings ist das Rechtsöffnungs= verfahren für uns etwas neues. Wenn gegen eine For= berung, die sich auf ein gerichtliches Urtheil oder eine notarielle oder private, gesetzliche Form besitzende Urkunde ftütt, Widerspruch erhoben wird, so kann der Gläubiger vom Richter verlangen, daß er diesen Widerspruch beseitige und ihm den weitern Lauf der Betreibung öffne, wenn nicht der Schuldner sofort Stündigung ober Bezahlung nachweist. Bei Forderungen, die sich auf ein gerichtliches Urtheil stüten, muß die Rechtsöffnung definitiv ausgesprochen werden und der Schuldner muß dem Verfahren seinen Lauf laffen. Bei urkundlichen Forderungen anderer Art erfolgt die Rechtsöffnung nur provisorisch, um an den Pfändungen theilzunehmen, die vielleicht von andern Gläubigern ausgeführt werden. Weiteres über diese Rechtsöffnung bei § 40.

Was den Wechselprozeß betrifft, so hat derselbe eine wesentliche Aenderung ersahren. Nach dem neuen Gesetz muß der Schuldner mit dem Gläubiger vor dem Richter erscheinen, wenn er Recht darschlagen will, und erst wenn es ihm da gelingt, gewisse Einwendungen dem Richter plausibel zu machen, dewilligt ihm der Richter den Rechtsdarschlag, worauf der Gläubiger klagend auftreten muß. Auch Klagen des Wechselgläubigers werden in das neue Versahren verwiesen, und es fallen in Zukunft die §\$ 328—333 unseres Civilprozesses, in welchen der Wechselsprozeß besonders geordnet ist, dahin. Man hat sich hieran gestoßen, weil das Bundesgesetz sage, der Wechselgläubiger müsse in einem solchen Falle auf dem ordentlichen Prozeßweg klagen. Allein das Bundesgesetz hatte offenbar nicht den ordentlichen Prozeß nach unserer kantonalen Gesetzgebung im Auge, sondern wollte es uns überlassen, wohin wir den Wechselprozeß verweisen wollen, weshalb wir ihn hier in das beschleunigte Versahren einreihen

fönnen.

Ferner haben wir hieher verwiesen die Ansprüche von Chefrauen, Kindern, Mündeln und Verbeiständeten behufs deren definitiver Theilnahme an einer Pfändung, da es nöthig ist, daß in einem solchen Falle rasch entschieden wird. Im weitern wurden diesem Versahren unterstellt die Kollokationsstreitigkeiten. Es ist vielleicht ein Uebelstand, daß man für Einsprüche gegen Vertheislungsentwürse in Konkursen und im Pfändungsversahren nicht ein eigenes Prozedere schaffen konnte. Im bernischen Vollziehungsversahren wurde es nämlich als großer Lebels

stand empfunden, daß über den gleichen Vertheilungsentwurf mehrere Prozesse geführt werden können, von denen der eine heute, der andere morgen fertig wird. Allein es ift bis zur Stunde noch nicht gelungen, ein anderes Ver= fahren zu finden, das diesem Aebelstande abgeholfen hätte. Theilweise wird ihm übrigens durch das Bundesgesetz dadurch abgeholfen, daß in gewiffen Fällen einfach die Konkursmasse oder Konkursverwaltung vorgeladen werden kann. Ich werde nun noch prüfen, ob irgend eine Mög= lichkeit besteht, ein Berfahren, das weniger Kosten verur= sacht und alle Händel zu gleicher Zeit beseitigt, zu finden. Ferner haben wir, um die Sache so einfach als möglich zu gestalten und nicht zu viele Prozegverfahren zu erhalten, in das vorliegende Berfahren auch alle Vindikations= streitigkeiten, die bis jest in gewissen Beziehungen eigenen Borschriften unterstellt waren, eingereiht; ebenso alle Ansfechtungsklagen, d. h. alle Fälle, in welchen wegen fraubuloser Benachtheiligung der Gläubiger, sog. "Blutt-macherei", geklagt wird, da sie auch mit der Erledigung von Liquidationen im Zusammenhang stehen und den Parteien gedient ist, wenn man ihnen ein beschleunigtes Berfahren an die hand gibt.

Angenommen.

§ 37.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Der § 37 regelt, im Anschluß an die Bestimmung des Art. 406 des Civilprozesses, das Berfahren in den in § 36 aufgezählten Streitigkeiten. Neu ist nur der dritte Absah, indem gewisse Vorschriften in den Bundesgesehen über Schuldbetreibung und Konkurs und über das Obligationenrecht in Bezug auf die zulässigen Einreden und Beweismittel vorbehalten werden müssen. Die genannten beiden Bundesgesehe beschränken nämlich in vielen Fällen den Schuldner in Bezug auf die Einreden, indem sie sagen, es dürse nur die und die Einrede erhoben und es dürse dieselbe nur so und so bewiesen werden. Im übrigen ist unser seit 1883 geletendes Recht beibehalten worden, da es sich als gut bewährt hat und für die in § 36 aufgezählten Streitigkeiten gerade so gut paßt, als es bisher für Vollziehungsstreitigkeiten sich eignete.

Angenommen.

§ 38.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Hier ist etwas gesetzlich geregelt, was bisher nur durch die Rechtsprechung geregelt war. Wenn ein Schuldner gegen einen betreibenden Gläubiger aufstritt und erklärt, er wolle die Frage entscheiden lassen, ob er den Gläubiger nicht schon bezahlt habe, wenn er das Fehlen eines Arrestgrundes konstatiren lassen will 2c.,

so befindet er sich nicht eigentlich in klagender Stellung. Das Berfahren, gegen welches er auftritt, ist gegen ihn gerichtet; er ist im Grunde der Beklagte und deshalb soll er von der Rechtsversicherung befreit sein.

Angenommen.

§ 39.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Hier werden Ihnen einige Abkürzungen des disherigen Prozesversahrens vorgeschlagen. Wenn appellirt wird, so soll der Appellat nicht erst 10 Tage nach dem Appellanten, sondern gleichzeitig mit demselben zur Einreichung der Akten aufgefordert werden, und zwar wird die Einreichungsfrist auf 5 Tage verkürzt, sodaß die Akten schon nach Ablauf von 5 Tagen an's Obergericht gesandt werden können. Es war im sernern die jetzt ein Uebelstand, daß durch Parteivereindarung die vorgesehenen Zeitbestimmungen abgeändert werden konnten. Dies darf hier nicht mehr stattsinden und es werden solche Verzeindarungen deshalb als unverdindlich erklärt.

Angenommen.

§ 40.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterftatter des Regierungsraths. hier kommen wir wieder zum Rechtsöffnungsverfahren, das in Zukunft eine große Rolle spielen wird. Das Bundesgeset schreibt vor, daß Rechtsöffnungs= streitigkeiten binnen 5 Tagen erledigt werden sollen und sieht auch keine Appellation vor. Run glaube ich aber, es habe die Appellation nicht absichtlich ausschließen wollen, da so wichtige Entscheidungen nicht dem Gerichts= präsidenten zum endlichen Entscheid überlassen werden bürfen. Behält man aber die Appellation bei, so kann ber Bestimmung des Bundesgeselses, wonach der Streit innert 5 Tagen erledigt werden soll, nur Folge geleistet werden, wenn man annimmt, sie beziehe sich bloß auf das erste Versahren. Ich habe deshalb Vorsorge getroffen, daß das erste Versahren innert 5 Tagen ers ledigt werden kann. Der Ladungstermin foll auf höchstens 3 Tage hinausgesetzt werden; der Richter kann ihn aber auch auf zwei oder sogar nur einen Tag reduziren. Wird die Appellation erklärt, so sollen die Akten innerhalb zwei weitern Tagen dem Obergericht eingesandt werden, welches den Fall schleunigst behandeln, zu diesem 3wecke die ge= wöhnliche Reihenfolge übergehen und auch während der Gerichtsferien verhandeln foll.

Dieses außerorbentlich rasche Verfahren hat seinen Grund in folgendem. Wie Sie wissen, kann nach dem Bundesgesetz ein Gläubiger, der seinen Zahlungsbefehl einige Wochen später erläßt als ein anderer Gläubiger, immerhin noch früh genug kommen, um sich der Pfändung

bes andern Gläubigers anzuschließen und bei der Ber= theilung des Erlöses der gepfändeten Sachen zu konkur= riren. Man will nun verhüten, daß ein Schuldner, der ben einen Gläubiger begünftigen will, durch Rechtsdar= schlag den andern so lange hinhalten kann, daß derselbe schließlich trot seines klaren Anspruchs fich ber Pfandung nicht mehr anschließen könnte und auch nichts Pfandbares mehr vorfände.

Angenommen.

§ 41.

Ohne Bemerkung angenommen.

§ 42.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Der § 42 führt uns nun fo recht in das Shstem des neuen Gesetzes ein. Bisher konnte man in den hier aufgezählten Fällen einen Vollziehungsbefehl heraus= nehmen; man brauchte keine Zahlungsaufforderung zu erlaffen. Rach dem neuen Gefetz muß in allen Fällen zuerst ein Zahlungsbefehl erlassen werden, ausgenommen beim Wechsel. Nun sagte man, es wäre doch nicht richtig, wenn ein Schuldner auch folche Forderungen, die er bisher nur schwer entkräften konnte und bezüglich welcher er den Gläubiger vorladen mußte, durch eine ein= fache Erklärung beim Betreibungsamte zurückweisen könnte. Es wird deshalb bestimmt, daß wenn es sich um Ent= scheide administrativer Behörden, welche Privaten oder Korporationen Geldsummen zusprechen, um Beschlüffe oder Entscheide über Steuern und andere in Geld fixirte öffent= liche Leistungen oder um Bufverfügungen, die nicht durch Weiterzug bestritten sind, handle, nicht der gewöhnliche Prozestweg beschritten werden muffe, sondern ebenfalls das kurze Rechtsöffnungsverfahren zur Anwendung komme.

Angenommen.

§ 43.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Durch das neue Gesetz werden auch einige der verbleibenden Bestimmungen unseres Gesetzes über das Civilprozegverfahren modifizirt. So bestimmte der § 49 desselben, wenn ein Schuldner gegen eine Forderung Widerspruch erheben wolle, die sich auf eine von ihm oder von Jemanden, in deffen Berbindlichkeiten er ein= getreten sei, lautende Schuldurkunde stüte, so muffe er bem Gläubiger vorerst Rechtssicherheit leiften, in gewiffen Fällen auch Sicherheit für die Schuld selbst. Diefe Bestimmung fällt dahin, weil der Gläubiger auf das Rechts= öffnungsverfahren verwiesen ist. Wenn dagegen der Schuldner mit seinem Rechtsdarschlag im Rechtsöffnungsverfahren

zurückgewiesen worden ist und zahlen mußte, so liegen so gewichtige Vermuthungen dafür vor, daß er wirklich Schuldner war, daß man den Gläubiger, wenn der Schuldner mit einer Ruckforderungsklage auftritt, nicht so leicht zwingen soll, den Prozeß aufzunehmen, sondern es soll derselbe verlangen können, daß ihm vorerst für die entstehenden Kosten Sicherheit geleistet werde. Ferner mußten diejenigen Fälle unseres Civilprozesses, in welchen der Aläger bisher deshalb Rechtsversicherung leisten mußte, weil er nicht als solvent erschien, nach Maßgabe des Bundesgesetzes erweitert werden. Hierauf bezieht fich die

Biffer 2 bes vorgeschlagenen neuen § 49.

Ferner ist in diesem Paragraphen eine Aenderung ent= halten, die nicht nothwendigerweise durch das Bundes= gesetz bedingt ist. Es wird nämlich vorgeschlagen, die großen Gerichtsferien in die Zeit vom 1. Juli bis 31. Au= guft zu verlegen. Diefelben haben nichts mit den im Bundes= gesetz geregelten Betreibungsferien zu thun; es fallen bei beren Festsetzung nicht die gleichen ökonomischen Gesichts= punkte in Betracht, sondern es handelt sich einfach darum, in welcher Zeit der Richter Ruhe haben folle. Von Seite der Richter wird nun gefagt, es sei unzweckmäßig, daß die Ferien nicht in die wärmste Jahreszeit fallen, wo man am liebsten aussetzen würde und wo die Rinder Ferien haben, sodaß sich die Eltern mit ihnen abgeben könnten. Es sprechen nun gar keine Bedenken dagegen, sich den Wünschen der Richter anzupaffen.

In § 389 des Gesetzes über das Verfahren in Civilrechtsftreitigkeiten wurde hauptfächlich die Aenderung getroffen, daß auch die Urtheile, welche auf eine Sicherheits= leiftung lauten, beigefügt wurden. Es bestand bis jest im bernischen Prozeß eine Lücke, welche dadurch erganzt wird. Erst kurzlich hat sich ein großer Prozeß abgespielt, in welchem es sich zeigte, daß wir in dieser Beziehung bisher mangelhaftes Exetutionsrecht hatten.

Der § 398 des Gesetzes über das Berfahren in Civilrechtsstreitigkeiten bezieht sich auf Urtheile, die nicht nach dem Bundesgeset vollzogen werden. Für Fälle, wo einer verurtheilt ift, eine Sache herauszugeben zc., mußte das Verfahren neu festgestellt werden, da bisher für diese und die in § 389 erwähnten Fälle das gleiche Verfahren galt.

Angenommen.

Titel IV.

Strafbestimmungen.

§§ 44-57.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Wir kommen hier zu einem wenig anmuthigen Theil der Vorlage. Es muffen nämlich nach bem Bundesgefet die zu feiner Bollziehung nöthigen Strafbestimmungen aufgestellt werden. Man kann barunter nur die zur Durchführung einzelner Bestimmungen des Bundesgesetzes nöthigen Ordnungsstrafvorschriften verstehen oder das ganze Konkurs= und Pfandungsftrafrecht. Man entschied sich für das letztere und zwar hauptsäch=

lich deshalb, weil die Bestimmungen unseres Strafgesetsbuches von 1867 nur auf den Geltstag Bezug haben, sodaß also für den Fall der Pfandbetreibung mit Ausnahme der Pfandverschleppung keine Strafbestimmungen

vorhanden gewesen wären.

Die Strafbestimmungen in den §§ 44—46 find bloße Ordnungsstrasvorschriften und für uns nen, da wir uns in dieser Beziehung bis jett mit der Polizeigewalt be= halfen, die durch das Bundesgesetz auch in Zukunft nicht ausgeschlossen ist. Ich glaube, es werde an diesen Straf-bestimmungen vielfach Anstoß genommen werden; allein wir muffen fie aufstellen, da fie durch das Bundesgeset vorgeschrieben find. Man wird sich daran ftogen, daß ein Schuldner, der im Konkurs ift, noch zur Berfügung der Behörden stehen soll, um ihnen zu helfen, sein Vermögen zu liquidiren. Allein es ift klar, daß fich die Sache in praxi nicht so schroff machen wird, sondern daß das Konkursamt in Hunderten von Fällen gar nicht nöthig haben wird, zu dieser Bestimmung zu greifen, so wenig, als bisher die Weibel immer den Landjäger mitnehmen mußten. Auch die Strafandrohungen find nicht fo hoch Sie werden es vielleicht eigenthümlich finden, gehalten. daß einer Bugandrohung von Fr. 5—100 eine Gefäng= nißstrafe von 2—20 Tagen zur Seite gestellt ift, da vielen von Ihnen eine Gefängnifftrafe von 2 Tagen höher scheinen wird, als das Maximum der angedrohten Buge. Allein man muß sich nach den Leuten richten können. Es gibt Leute, die lachend Fr. 5 oder 10 Buße hin= werfen wurden, vor einer Gefängnifftrafe aber doch qu= rückschrecken und sich fügen. Gegen folche Leute muß man fakultativ auch das Mittel der Gefängnifftrafe zur Ber= fügung haben. Die einzelnen Strafbestände haben wir so zu faffen gefucht, daß erft eingeschritten werden muß, wenn alles andere versucht worden ift.

Um den § 44 etwas kurzer zu machen, hätte man auch einfach sagen können: In den in den Art. 91, 163 und 275 des Bundesgesetzes vorgesehenen Fällen werden diese und diese Strafbestimmungen aufgestellt. Allein unser Bolk liebt solche Berweisungen nicht; es hat gerne

das ganze Gesetz vor sich.

Was nun die eigentlichen strafrechtlichen Fälle, die schwereren Delikte anbetrifft, so sinden Sie hier mehrere alte Bekannte, so in erster Linie die Pfandverschleppung. Dieselbe ist dem Bersahren des Bundesgesetzes angepaßt worden und bezieht sich auch auf die Arrestnahme. Ferner sinden Sie hier den betrügerischen Geltzetag, jedoch sind einige Fälle der disherigen bernischen Gesetzgebung, in welchen ein Schuldner einem Gläubiger gegenüber etwas schwächer ist als gegenüber andern, etwas milder behandelt worden unter dem neuen Begriffe: widerrechtliche Begünstigung einzelner Gläubiger. Bu Zisser 4 des § 48 ist zu bemerken, daß sie eigentlich streng genommen nicht hieher gehört, da es sich nicht um eine Schädigung der alten Gläubiger, sondern um eine Beeinträchtigung einzelner neuer Gläubiger handelt, also nicht ein eigentlicher betrügerischer Konkurs vorliegt. Allein diese Fälle passen voch auch nicht unter den gewöhnlichen Betrugsbegriff und man hat sie deshalb hier eingeschoben.

Den Delikten berjenigen Personen, die auf Konkurs betrieben werden können, entsprechen gleiche Delikte dersienigen, die nur auf Pfändung betrieben werden können. Sie finden deshalb in § 50, in Parallele mit dem § 48, den neuen Begriff des Pfändungsbetrugs.

In § 49 werden weitere Fälle des betrügerischen Konkurses erwähnt, um scharf auseinanderzuhalten die Delikte, welche sich auf den Massabestand vor der Konsturseröffnung und solche, welche sich auf die Zeit nach Aufnahme des Bermögensinventars und der Konkurseröffnung beziehen. Diese letztern Fälle werden zwar gleich bestraft wie die erstern, unterscheiden sich aber ihrem Wesen nach von deuselben so start, daß es nöthig ist, durch eine Auseinanderhaltung die Personen, welche davon betrossen werden können, besonders darauf ausmerksam zu machen.

Bu den §§ 48 und 50 beantragt die Kommission, statt "kann", wie es die Regierung vorschlägt, zu sagen "soll bei vollendetem Vergehen". Es würde also im Ver= suchsfalle keine Einstellung in der Ehrenfähigkeit eintreten, bei vollendetem Bergehen dagegen müßte die Ginftellung erfolgen. Ich glaube, Ihnen die Faffung der Regierung mit aller Entschiedenheit befürworten zu sollen. Sie ents spricht dem bisherigen Strafrecht und den übrigen Strafandrohungen unseres Strafgesethuches, und es ift nicht einzusehen, weshalb nicht auch der Bersuch, wenn er so schwerer Natur ist, daß er mit Korrektionshaus bestraft wird, mit der Einstellung in der bürgerlichen Ehren= fähigkeit sollte belegt werden konnen. Auch genügt es, wenn gefagt wird, es "tann" die Ginftellung ausgesprochen werden, da es Fälle geben wird, wo dieselbe keinen Zweck hätte. Es wird schwerlich möglich sein, in dem in Aus-sicht gestellten Gesetz über die öffentlich=rechtlichen Folgen des Konkurses und der fruchtlosen Pfändung im Kankon Bern alle Chrenfolgen sofort zu beseitigen. Diese Straf= androhung hat also nur dann Werth, wenn der Be-ftrafte alle Gläubiger bezahlt, bevor die aus letzterem Gefete folgende Einstellung abgelaufen ift. Andernfalls wird so wie so eine Ginstellung in der bürgerlichen Ehren= fähigkeit beftehen, fodag eine Unwendung diefer Strafbestimmung nur double emploi wäre.

In der Kommission ist mit Recht eine Milderung der in den §§ 53 und 54 ursprünglich vorgesehenen Strafandrohungen vorgeschlagen worden. Die betreffenden Delitte wurden im ersten Entwurf ähnlich bestraft wie betrügerischer Konkurs und Pfändungsbetrug. Allein ich habe schon vorhin bemerkt, daß sich der Schuldner, wenn er diesem oder jenem Gläubiger, der vielleicht selbst Noth leidet, etwas zuwendet, nicht so klar bewußt ist, daß er etwas Unrechtes begeht, als wenn er Gegenstände verschleudert oder gar zerstört oder seine Bücher fälscht. Es ist deshalb gerechtsertigt, hier eine etwas mildere Strafandrohung eintreten zu lassen in der Weise, daß nicht immer Korrektionshausstrafe ausgesprochen werden muß.

Neben ben bisher genannten Deliften, die fämmtlich eine bose Absicht voraussetzen, finden Sie in den §§ 51 und 52 die Strafbestimmungen wegen Leichtsinnigen Ronkurses und Leichtsinnigen Schulbenmachens, entsprechend unserm bisherigen leichtsinnigen Geltstag.

Die Schlußbestimmungen dieses Titels sehen vor, daß auf die in den §§ 47—54 enthaltenen Fälle im übrigen die allgemeinen Borschriften unseres Strafgesetzbuches anwendbar seien. Es hat das Bezug auf die Frage der Gehülfenschaft, der Bestrafung bloßer Fahrzlässigteit zc. Ferner mußte auch für den Fall, daß eine juristische Person, z. B. eine Attiengesellschaft, in Frage kommt, Borsorge getroffen werden, damit sich diesenigen,

welche strafbare Handlungen in deren Namen begingen, nicht damit ausreden können, es betreffe nicht sie selbst; sie sollen in gleicher Weise bestraft werden, wie es für die gewöhnlichen Fälle vorgesehen ist.

Wyß, Berichterstatter der Kommission. Ich ver= danke fehr die Arbeit des Herrn Juftigdirektors, der fich hinfichtlich der Strafbestimmungen nicht damit begnügte, einfach auf die bisherigen Bestimmungen hinzuweisen, fon= dern sich der Mühe unterzog, an Hand des Entwurfes von Berrn Professor Burcher die fammtlichen Strafbestimmungen neu zu ordnen und in den Entwurf aufzunehmen, wodurch dem Gericht, das in solchen Fällen urtheilen muß, die Stellung sehr erleichtert wird, da sich alles beieinander findet. Da man es hier also mit einer Gesammtarbeit nicht nur des herrn Juftizdirektors, son= dern von Leuten, die sich mit der Materie eingehend beschäftigt haben, zu thun hat, so ware es nicht gut, wenn allzuviele Abanderungen vorgenommen wurden. Dabei habe ich die schwache Hoffnung, daß die nämlichen Strafbestim= mungen auch in andern Kantonen Unwendung finden werden, wie es von Herrn Professor Burcher befürwortet worden ift.

Es find nur zwei Punkte, die ich kurz berühren möchte. In § 53 beschloß die Kommission eine Abschwächung des Strasmaßes und es ist der Regierungsrath der Milderung beigetreten. Erstens fand man, es seien diese Vergehen zu sogenannten Antragsdelikten zu skempeln, also nur strassechtlich zu versolgen, wenn ein Gläubiger eine Strassanzeige einreicht. In zweiter Linie wurde auch die Strassherabgesett in der Weise, daß auch bloße Gefängnißstrassanzgesprochen werden kann.

Der zweite Punkt, den ich hervorheben möchte, betrifft den Antrag der Kommission zu den §§ 48 und 50, der dahin geht, es möchte nicht bloß in's Ermessen des Gerichts gestellt werden, eine Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit auszusprechen, sondern das Gericht solle gesetzlich gezwungen sein, die Einstellung auszu-

iprechen.

Der Herr Justizdirektor hat uns in der Kommission die Zusicherung gegeben, er werde wahrscheinlich noch vor dem Jahre 1892 einen Gefetesentwurf einbringen, der die öffentlich=rechtlichen Folgen des Konkurses und der fruchtlofen Pfandung bestimmen folle, abgesehen da= von, ob betrügerische Handlungen vorliegen oder nicht. Diefe Absicht ift fehr zu begrußen; denn es ift voraus= zusehen, daß bei Behandlung dieser Frage im Großen Rathe sowohl als im Volke die Geister etwas aufein= anderplaten werden, fodaß, wenn biefer Gegenstand in den vorliegenden Entwurf aufgenommen worden wäre, die Unnahme desfelben außerordentlich hatte gefährdet werden konnen. In diesem in Ausficht geftellten Gefete wird voraussichtlich die Stellung des unverschuldeten Geltstagers sehr gemildert werden; man wird verschiedene Unbilligkeiten und allzu große Särten der jegigen Gefetgebung zu beseitigen suchen. Allein es wird immer ein fundamentaler Unterschied bestehen bleiben zwischen einem, der in Geltstag fällt, aber teine betrügerischen Sandlungen vorgenommen hat, und einem folden, der gleich= zeitig den Spigbuben machte. Während nun für ben unverschuldet in Geltstag Gefallenen ziemlich ficher eine Milberung eintreten wird, foll der Unterschied gegenüber demjenigen, der betrügerische Sandlungen begeht, auch darin gekennzeichnet werden, daß man ben lettern auf eine gewiffe Anzahl Jahre in der bürgerlichen Chrenfähigkeit einstellt. Man fand, man sei es demjenigen, der sich ehrlich durchzuschlagen suchte und sich vielleicht das Nöthige am Mund absparte, um seine Verbindlichskeiten zu erfüllen, schuldig, daß man ihn in der Aussübung der bürgerlichen Ehrenrechte nicht gleichhalte, wie den Betrüger, und es sei nicht passend, es in das Ermessen des Gerichts zu stellen, ob bei einem Vetrüger die Einstellung in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit erfolgen solle oder nicht. Man fand, es solle einer, der betrügerischen Geltstag begeht, im Amt Fraubrunnen gleichgesstellt sein, wie im Amt Vern oder im Jura, was nur der Fall ist, wenn man dem Gericht bestimmt vorschreibt, es sei die Einstellung in der Ehrenfähigkeit zu verfügen.

Ich füge noch bei, daß die Kommission mit ihrem Antrag nicht sehr weit ging, indem die Einstellung nur im Falle des vollendeten Bergehens verlangt wird, während man für den Bersuch, der schon an und für sich bestraft wird und in den meisten Fällen für die Gläubiger keinen Schaden zur Folge hat, von der Einstellung Umgang nahm. Ueber diesen Punkt kann man allerdingssehr verschiedener Ansicht sein und die Kommission maßt sich nicht an, das einzig Richtige getrossen zu haben. Findet der Große Rath, man solle den Richter ermächtigen, auch im Bersuchsfalle die Einstellung in der bürgerlichen Chrenfähigkeit aussprechen zu können, so kan dies mit Leichtigkeit geschehen.

Dies find die Grunde, welche die Kommission zu ihrem Antrag veranlaßten, und ich erlauhe mir, Ihnen

denfelben zur Annahme zu empfehlen.

Michel. Ich möchte beantragen, gegenüber dem Untrage der Kommissionsmehrheit am regierungsräthlichen Untrag festzuhalten. Die Einstellung in der bürgerlichen Chrenfähigkeit ist eine harte Zusatstrafe und soll nur in den äußersten Fällen erkennt werden, in Fällen, die der Richter nach den Aften und den Thatumftanden zu beurtheilen hat. Das Obligatorium der Zusatstrafe würde übrigens auch mit ber bisherigen bernischen Strafgefetgebung im Widerspruch ftehen, indem diefelbe im Falle bes betrügerischen Geltstags die Zusatstrafe der Ginftel= lung in der burgerlichen Ehrenfähigkeit nur fakultativ porfieht und es dem Ermeffen des Richters anheimstellt, ob er diese Zusatstrafe aussprechen will oder nicht. Die Tendenz der heutigen Strafgesetwissenschaft geht dahin, den Richter in die Lage zu versehen, die einzelnen Um-ftände des Falles berücksichtigen zu können. Daher stellt man alternative Strafbestimmungen auf und verschiedene Nebenstrafen. Unser bernisches Strafgesethuch datirt vom Jahr 1866 und wir famen mit dem Obligatorium der Busatstrafe um ein volles Vierteljahrhundert zurück, was wir nach meinem Dafürhalten nicht thun sollen.

Mofer. Ich halte ebenfalls dafür, die Fassung der Regierung sei die richtige und es sei nicht der gegebene Moment, die von der Regierung aufgestellten Strafandro-hungen noch zu verschärfen, und zwar leitet mich ein etwas anderes Motiv, als die Regierung. Die Ziffern 1—4 des § 48 sind etwas weit gefaßt und es kann Fälle geben, wo ein Richter im Zweisel ist und lieber nur auf leichtsinnigen, als auf betrügerischen Konkurs erkennen würde, wo er aber an Hand der Bestimmungen des § 48 sein Urtheil doch auf betrügerischen Konkurs abgeben zu müssen glaubt. In einem solchen Falle soll man den Richter nicht zwingen, auch noch die Einstellung in der bürgerlichen Chrenfähigkeit zu verfügen.

Ferner hörten Sie, daß der Herr Justizdirektor über die öffentlich-rechtlichen Folgen des Konkurses und der fruchtlosen Pfändung einen besondern Gesetzesentwurf einzubringen gedenkt. Ich glaube nun, wir sollen dem Herrn Justizdirektor für die Ausarbeitung dieses Gesetzes freie Hand lassen und dasselbe nicht schon hier präjudiziren.

Was die §§ 53 und 54 anbetrifft. so glaube ich, es könnte von denselben Umgang genommen werden und ich halte diesen Antrag, den ich schon in der Kommission stellte, aufrecht, oder möchte wenigstens die Regierung beauftragen, diese Frage dis zur zweiten Berathung noch reislicher zu erwägen. Ich glaube, die Bestimmung des Bundesgesetes in Art. 287, wonach die Bezahlung einer Schuld durch eine Waare ein ansechtbares Rechtsgeschäft ist, aber nicht eine eigentliche strasbare Handlung, würde vollständig genügen. Bestraft soll eine planmäßige widerrechtliche Begünstigung einzelner Gläubiger werden, und hiesür ist bereits gesorgt, nicht aber eine Begünstigung, wo sich die Schuld unter Umständen auf Rull reduzirt. Das vorliegende Geset enthält Strasbestimmungen, an die das Bolf bisher nicht gewöhnt war, genug, und deshalb würde ich die §§ 53 und 54 streichen; eventuell möchte ich dem Großen Kath belieben, diese beiden sehr einschneidenden Artisel dis zur zweiten Berathung zurückzustellen.

Präsident. Dem lettern Antrag kann nicht wohl entsprochen werden, da sonst die erste Berathung nicht abgeschlossen wäre. Hingegen steht es der Regierung und der Kommission ja natürlich frei, für die zweite Berathung gleichwohl andere Anträge zu bringen. Ich werde deshalb über den eventuell gestellten Antrag des herrn Moser nicht abstimmen lassen.

Mofer erklärt fich einverftanden.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich muß mich dem Antrage des Herrn Moser schon jetzt materiell widersetzen. Unser bisheriges Strafgefesbuch hat für solche Fälle die gleichen Straf= androhungen aufgeftellt, wie für den Fall des betrüge= rischen Geltstags, also eine viel strengere Strafe, als sie hier vorgesehen ift. Man trägt also ber Volksanschauung gewiß voll und ganz Rechnung, wenn man bas Strafmaß reduzirt. Im übrigen ift es angezeigt, solche "Blutt= machereien" nicht bloß unter die civilrechtlichen Vor= schriften zu ftellen, sondern auch einen Strafschutz da= gegen zu schaffen. Budem hat der Richter, wenn er glaubt, es habe keine boje Absicht obgewaltet, völlig freie Sand, von einer Strafe Umgang zu nehmen; denn es heißt im § 53: "Der Konkursit, welcher im Bewußtsein seiner Insolvenz und in Boraussicht seines Konkurses..." Und der § 54 sagt: "Der der Pfändungsbetreibung unterworsene Schuldner, welcher auf die im vorliegenden Paragraphen beschriebene Weise nachstehende oder gleichberechtigte Gläubiger widerrechtlich begünstigt. . . . " Es ist also genügend dafür geforgt, daß der Richter folche Fälle, welche eine milbere Beurtheilung erheischen, nicht unter diese Bestimmungen zu ftellen braucht.

3 pro. Die §§ 48 und 50 hatten in der Kommission eine lange Diskussion zur Folge, und es ist der Antrag

des Herrn Wyß, das Wort "kann" durch "foll bei vollendetem Vergehen" zu ersetzen — es ist das scheinbar die strengere Unsicht — nur mit kleiner Mehrheit angenommen worden. Ich stimmte auch zu dem Abanderungsantrag und fühle mich verpflichtet, zu sagen weshalb.

Es handelt fich in den §§ 48 und 50 um betrügerischen Konkurs bezw betrügerische Beseitigung von Bermögensgegenständen durch Personen, die nicht auf Konkurs betrieben werden können. Die Regierung beantragt nun, neben den ziemlich hohen Korrektionshaus= und Gefängnifftrafen auch die Möglichkeit zu geben, die Einstellung in der bürgerlichen Chrenfähigkeit aussprechen zu können und zwar im Falle des betrügerischen Konkurfes bis auf 5, im Falle der Beseitigung von Gegenständen bis auf 3 Jahre. Ob man nun sage "kann" oder "soll", so ist es immerhin in's Ermessen des Gerichts gestellt, die Einstellung auf eine kurzere Zeit, z. B. auf ein Jahr, zu beschränken. Ich gehe nun von der Anficht aus, daß, da es sich um betrügerische Handlungen handelt, die Strafandrohungen ftreng fein follen, umfomehr als wir bis dahin nach dem bernischen Vollziehungsverfahren bei Handlungen, wie sie in den §§ 48 und 50 näher be= zeichnet find, das Manifestationsverfahren hatten, mit deffen Hulfe es noch hie und da gelang, einem Schuldner, der seine Gläubiger auf arglistige Weise um ihre Sache zu bringen suchte, beizukommen. Dieses Manifestations= verfahren ist durch das Bundesgesetz beseitigt worden, weshalb ich glaube, es sei angezeigt, hier als Gegen= gewicht gegen die Tendenz, einzelne Gläubiger zu benach= theiligen, die ftrengeren Strafbestimmungen aufzunehmen. Es ift das um so angezeigter, als gegenwärtig Leute, die sich keiner strafbaren Handlung schuldig machten, aber vor 20 oder 30 Jahren vergeltstagten, zeit ihres Lebens in ihrer bürgerlichen Ehrenfähigkeit eingestellt find. So lange in dieser Beziehung nicht Wandel geschaffen ift, rechtfertigt es sich nach meinem Dafürhalten durchaus, Konkursiten und auf Pfändung betriebene Schuldner, welche sich strafbarer Handlungen schuldig machten, im Falle des vollendeten Bergehens in ihrer bürgerlichen Ehrenfähigkeit einzustellen. Es liegt dann immer im Ermeffen des Gerichts, dem einzelnen Falle bei der Zu-meffung der Anzahl Jahre, auf welche die Ginftellung erfolgen foll, Rechnung zu tragen. Man hätte vielleicht noch weiter gehen und sagen konnen, daß auch im Falle des Versuchs die Ginftellung erfolgen könne; ich will in= deffen keinen bezüglichen Untrag stellen.

Was den Streichungsantrag des Herrn Moser ansbetrifft, so war man in der Kommission nach einer ziemlich langen Diskussion schließlich mit großer Mehrheit der Ansicht, es sollen die beiden Paragraphen nicht ganz gestrichen werden, sondern man solle sich auf die Strafmilberung beschränken. Es wird immerhin den Umständen Rechnung getragen werden können, sodaß nicht zu besürchten ist, daß ein Schuldner, der sich nicht arg vergangen hat, allzu streng bestraft werde. Auch angesichts der Meinung im Volk, daß unter dem neuen Gesetz der Schuldner freie Hand habe und nicht mehr zu zahlen brauche, ist es durchaus angezeigt, daß man hier Vorschriften aufnimmt, die dem Bolke zeigen, daß dies nicht die Absicht war, ohne daß man deswegen die Erundsätze

der humanität verleugnet.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich möchte noch darauf ausmerksam

machen, daß unfer Strafgesetbuch in den Bestimmungen über den Betrug es auch nur fakultativ läßt, ob eine Einstellung in der dürgerlichen Ehrenfähigkeit erfolgen soll oder nicht; sogar beim Diebstahl ist die Einstellung nur eine fakultative, und man würde also, wenn Sie den Antrag der Kommission annehmen, betrügerische Handlungen in einem Konkurs strenger bestrafen als den Diebstahl. Wenn ich also an dem Antrage der Regierung festhalte, so ist es mir darum zu thun, die neuen Bestimmungen mit dem gegenwärtigen Strafgesesbuch in llebereinstimmung zu halten.

Moser. Nur zwei Worte zur Erwiderung auf die Ausführungen des Herrn Justizdirektors. Ich glaube, es sei nicht richtig, daß die in den §§ 53 und 54 enthalstenen Bestimmungen schon im bisherigen Geset enthalten seien, und wenn ich den Herrn Justizdirektor recht verstanden habe, machte er auch das Zugeständniß, das alte Geset habe immer den Charakter der Planmäßigkeit sestzgehalten, während in den §§ 53 und 54 der Charakter der Planmäßigkeit nicht mehr in Betracht kommt. Wenn Einer durch einen unverschämten Gläubiger veranlaßt wird, eine Schuld anders zu bezahlen, als mit Geld, so verfällt er dem Geset, während der Gläubiger, der eigentlich schuld ist, leer ausgeht, wahrscheinlich weil man fand, man könne denselben nicht gut zur Verantwortung ziehen.

Abstimmung:

1) Für die Fassung der Regierung in den §§ 48 und 50 59 Stimmen.

Für die Fassung der Kommission . 53 " 2) Für Beibehaltung der §§ 53 und 54 (gegenüber dem Streichungsantrag Moser) Mehrheit.

Titel V.

Berichiedene Bestimmungen.

A. Für den gangen Ranton.

§§ 58-60.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Die §§ 58—60 sind aus dem bisherigen Bollziehungsversahren herübergenommen und behandeln die beiden Fälle, wo ein Nachlaß entweder erdlos ist, oder die Erben wegen dessen Uebernahme Zweisel hegen. Bekanntlich kann man im letztern Falle ein amtliches Güterverzeichniß verlangen und erst nachher sich über die Annahme der Erbschaft aussprechen. Allein schon das Geset von 1850 gab auch die Möglichkeit, statt des amtslichen Güterverzeichnisses eine gerichtliche Bereinigung verlangen zu können, ohne auf den allsäligen leberschuß zu verzichten.

Was den Jura betrifft, so ist der § 58 beinahe wörtlich dem Art. 811 Code eivil nachgebildet, trifft also auch für ihn vollständig zu. Der § 59 dagegen fällt in seiner Fassung nicht ganz mit dem Gesetzstuftand zusammen, wie er im Jura besteht; da sich aber keine Inkonsequenzen

ergeben können, so glaubte ich, die Bestimmung nicht für beide Rantonstheile verschieden faffen zu follen. Wenn sich nämlich ein Erbe nicht innert 3 Monaten und fer= nern 40 Tagen über die Annahme der Erbschaft auß= spricht, so wird ihm dies nach französischem Recht nicht als Annahme oder Ausschlagung der Erbschaft angerechnet; er kann die Verlassenschaft 30 Jahre lang in der Hand behalten, ohne fich über deren Annahme je bestimmt außzusprechen, und es kann ihn ein Gläubiger, wenn er die Erbschaft sous benefice d'inventaire angetreten, nicht ju einer Erklärung zwingen. Es ift dies ein Buftand, um welchen wir den Jura nicht zu beneiden haben und die jurafsischen Juristen anerkennen, daß es gut wäre, wenn fie ftatt desfelben unfer amtliches Guterverzeichniß hätten. Es trifft also für den Jura die Bestimmung nicht zu: "und es find hiebei die Friften und Formen zu beobachten, welche für die Ausschlagung der Erbschaft vorgeschrieben sind." Allein gleichwohl hat der § 59 für den Jura bedeutenden Werth. Wenn einem Erben die Berwahrung einer Erbschaft lästig wird, ohne daß er sich aber getraut, fich über deren Unnahme definitiv auszu= sprechen, so wird es ihm angenehm sein, nach § 59 die gerichtliche Bereinigung verlangen zu können; dabei kommen die darin vorgesehenen Fristen nicht in Betracht. In § 60 wird eine Abänderung des bisherigen Textes

In § 60 wird eine Abänderung des bisherigen Textes vorgeschlagen. Die bisherige Bestimmung schloß sich der frühern Armengesetzebung an und wies einen allfälligen leberschuß einer Erbschaft, für welche keine Erben da sind, in erster Linie dem Armengute der Burgergemeinde zu, welcher der Erblasser angehörte, sosern er von ihr unterstützt worden, in zweiter Linie dem Staat. Das Primarschulgesetz hat dann bestimmt, daß solche erblose Verlassenschuses der Gemeinde, in welcher der Erblasser wohnte, fallen sollen, sosern die Zinsen desselben nicht zur Vestreitung der allgemeinen Schulausgaben genügen. Es wird nun vorgeschlagen, einsach zu sagen ".... so wird der Ueberschuß dem Staate

zur gesetlichen Verwendung zugestellt."

Angenommen.

§ 61.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Dieser Paragraph wurde ebenfalls, in etwas abgeänderter, dem neuen Gesetze angehaßter Rebaktion, aus dem Vollziehungsversahren herübergenommen.

Angenommen.

§ 62.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich werde von Seite des Herrn Flückiger darauf aufmerksam gemacht, daß in Zisser 1 der Passus "des allfälligen dritten Unterpfandsbesitzers" besser redigirt werden könnte, indem gesagt würde "der allfälligen

dritten Grundpfandbesitzer". Ich werde dieser Anregung meine Ausmerksamkeit schenken und bis zur zweiten Berathung eine andere Redaktion vorlegen. Ebenso kann es nur zur Klarstellung dienen, wenn unter Ziffer 2 gesagt wird, "die Bezeichnung der Grundskücke nach Art,

Lage, Begrenzung" Der § 62 sucht das, was jett schon in unserem Vollziehungsverfahren über bie Steigerungsbedingungen feft= gesett ist, zu verwerthen, soweit es sich als zweckmäßig erwiesen hat; ferner wird die wichtige Neuerung einge= führt, daß wenn ein Grundftud zwangsweise veräußert wird, die nicht in Betreibung liegenden Pfandforderungen dem Räufer überbunden werden. Während diese Bläubiger bis jest Eingaben im Gant= und Geltstagsverfahren machen, Anweisungen auf den neuen Erwerber der Liegen= schaften oder auf den Schatzungswerth der unversteigerten Liegenschaften annehmen und sich mitunter an langwierigen Berfahren zur Aufhebung des Miteigenthums betheiligen mußten, behalten fie in Zufunft ihr altes Forderungs= und Pfandrecht ohne Eingabe bei. Ich bin sogar noch weiter gegangen und habe in § 65 vorgesehen, daß auch mit betreibenden Gläubigern Bereinbarungen bezüglich der Neberbindung ihrer Forderungen auf Rechnung des Theils des Kaufpreises, der baar zu bezahlen ift, abgeichloffen werden können.

Bum Schluffe füge ich noch die Bemerkung bei, daß die kantonale Brandversicherungsanstalt nicht in die Stellung, die ihr hier angewiesen ist, hätte gebracht werden können, wenn derselben nicht in § 71 ein spezielles Pfandrecht gegeben würde; aus diesem Grunde wurde der § 71

Ungenommen mit Einschaltung des Wortes "Begrenzung" in Ziffer 2.

§§ 63 und 64.

Ohne Bemerkung angenommen.

§§ 65 und 66.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Diese Paragraphen handeln von der Art und Weise, wie sich der Eigenthumsübergang an Liegen= schaften vollziehen foll. Das Bundesgesetz enthält eine Bestimmung, welche die Regelung dieses Punktes etwas erschwert. Wenn der Ersteigerer den Theil des Raufpreises, den er baar entrichten muß, nicht innert 6 Monaten zahlt, fo kann der Rauf wieder rudgangig gemacht Man fragte sich nun, ob es nicht angezeigt wäre, mit der Eintragung in's Grundbuch zu warten, bis der Kauf definitiv geworden. Vorderhand habe ich eine andere Lösung vorgeschlagen, behalte mir aber vor, die Sache nochmals eingehend zu prüfen. Mein Vorschlag geht dahin, die Eintragung vorzunehmen und für den Fall, daß der Kauf rückgängig gemacht wird, eine Un= mertung am Rande anzubringen und 3/4 ber Sandanderungs= und Ginregiftrirungsgebühren juruderstatten.

Die übrigen Bestimmungen, welche in den Kaufbrief aufgenommen werden follen, bedürfen keiner langen Erörterung.

Angenommen.

§§ 67 und 68.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Diese Bestimmungen sind, in etwas ansberer Fassung, schon im bisherigen Recht enthalten; zum Theil sind sie noch vervollständigt worden, indem das bisherige Recht in Bezug auf die Löschung in den Fällen, wo die Gläubiger im Zwangsversahren bezahlt wurden, eine Lücke enthielt, woraus sich oft Zweisel und Schwiezrigkeiten ergaben.

Angenommen.

§ 69.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Nach dem Bundesgesetz können die Kantone ein besonderes Bersahren für die Versteigerung von bei einer Pfandleihanstalt hinterlegten Faustpfändern aufstellen. Wir haben bereits im Gesetz betreffend den Gewerbebetrieb der Geldvarleiher, Darlehensvermittler, Pfandleiher und Tröbler von 1888 ein solches Versahren. Es wird vorgeschlagen, dasselbe beizubehalten und die in den bezüglichen Vestimmungen vorgesehenen Verrichtungen des Gantbeamten dem Vetreibungsbeamten zu übertragen.

Angenommen.

§ 70.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Dieser Paragraph enthält einen sehr weitgehenden Eingriff in unser jetiges Gerichtswesen, nämlich die Abschaffung der Weibel. Ich habe bereits dei § 14 gesagt, daß es nicht möglich sei, die Weibel einsach als Angestellte des Betreibungs- und Konkurs-amtes zu erklären. Dagegen können sich dieselben um die Betreibungsgehülsenstellen bewerben und es werden auf diese Weise die meisten Weibel in Funktion bleiben. Die Berrichtungen, welche den Weibeln noch übrig bleiben würden, werden den Betreibungsgehülsen übertragen, ausgenommen die Bedienung des Richteramts, die füglich den Landjägern und Plantons übertragen werden kann, da sie keine speziellen Kenntnisse ersordert.

Bas die im Amt stehenden Beibel betrifft, welche nicht geeignet und nicht geneigt sind, eine neue Beamtung zu libernehmen, so werden dieselben nicht von heute auf morgen entlassen, sondern man stellt es ihnen frei, noch bis zum Ablauf ihrer Amtsdauer weiter zu amten; nur findet dann keine Wiederwahl statt.

Angenommen.

§ 71.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter bes Kegierungsraths. Die kantonale Brandversicherungsanstalt
hat gegenwärtig im Konkurs für die ausstehenden Beträge des laufenden und des verstossenen Jahres ein Borzugsrecht. Kun beseitigt aber das Bundesgesetz in dieser Beziehung das kantonale Recht und bestimmt abschließend, welchen Forderungen in Zukunft noch ein Privilegium zukommt. Wir können deshalb der Brandversicherungsanstalt nur noch ein Vorrecht geben in der Form des Pfandrechts, wie es hier vorgeschlagen wird.

Angenommen.

§ 72.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Re-ungsraths. Dieser Paragraph ist einer derjenigen, gierungsraths. bezüglich welcher zwischen Regierung und Kommission Differenzen walten. Die Regierung schlägt vor, die gewerbsmäßige Vertretung der Gläubiger durch Defret des Großen Rathes zu ordnen. Sie werden fragen, weshalb dies nicht im Gesetze selbst geschehe. Allein wir wiffen im Moment noch nicht, wie fich die Bertretung der Glaubiger in Zukunft gestalten wird. Ein großer Theil der Funktionen, welche die Bertreter bisher ausübten, geht jebenfalls an das Betreibungsamt über. Auch weiß man noch nicht, ob die Gläubiger die Bertretung noch fo suchen werden, daß es sich verlohnt, darüber Bestim= mungen aufzustellen. Wir wiffen ferner nicht, ob fich viele Unberufene als Vertreter hinzudrängen werden. Es ift möglich, daß es in diefer Beziehung nicht so gefährlich fein wird, als man es sich vorstellt; immerhin aber wal= tete in der Regierung die Ansicht ob, es könnte da wieder ähnlicher Unfug Plat greifen, wie er gegenwärtig viel-fach besteht, wo viele Unbefugte Betreibungen besorgen, indem fie die Atten bom Gläubiger unterzeichnen laffen, zu wucherlichen Bedingungen die Forderungen kaufen ober auch fich fittive Ceffionen ausstellen laffen.

Ich persönlich glaube nicht, daß die Sache so bebenklich werden wird und wollte deshalb sagen: "Durch Dekret des Großen Rathes kann..."; die Mehrheit der Regierung ersetzte jedoch das Wort "kann" durch "soll". Ich hätte lieber die Ersahrung abgewartet und mir hier nur ein Thürchen offen gelassen, um eventuell die gewerdsmäßige Vertretung durch Dekret zu ordnen. Die Kommission ging noch weiter und wollte auch diese Fakultät nicht, indem sie dasürhielt, es sei gar nicht nöthig, in dieser Beziehung besondere Bestimmungen aufzustellen. Ich will es dem Herrn Berichterstatter der Kommission überlassen, diese Ansicht zu begründen. Ich muß natürlich am Antrag der Regierung sesthalten, hätte es aber lieber in der Form gethan, wie ich es ursprünglich beantragt hatte.

Wyß, Berichterstatter der Kommission. Es wurde in der Kommission die Befürchtung ausgesprochen, das Bolk möchte an diesem Paragraphen Anstoß nehmen und glauben, man wolle hier eine neue Kaste, wahrscheinlich aus Juristen bestehend, gründen; die Kommission beantragt deshalb Streichung des § 72, um nicht die Annahme des Gesetzes zu gefährden. Prinzipiell dagegen war man mit der Regierung ganz einverstanden, indem man fand, es sei sehr richtig, wenn man dem Großen Kathe die Kompetenz einräume, gegebenenfalls einzuschreiten und die Funktionen der gewerdsmäßigen Verstreter durch ein Dekret regliren zu können.

Ich persönlich hege die eingangs ausgesprochene Befürchtung nicht und glaube ferner, daß es sehr gut ist,
wenn man, bevor ein solches Dekret erlassen wird, Erfahrungen sammelt, wie der Herr Justizdirektor angedeutet
hat, weshalb ich den vom Herrn Justizdirektor geäußerten
Wunsch, es möchte das "soll" durch "kann" ersett werden,
aufgreise und einen bezüglichen Antrag stelle. Es hätte
bie Annahme dieses Antrages zur Folge, daß der Größe
Rath nur im Falle des Bedürfnisses ein Dekret beschließen
würde und daß man unterdessen Ersahrungen sammeln

fönnte.

Abstimmung.

§ 73.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Der § 73 ordnet den Begriff der rechtelichen Aufkündung, der bisher nirgends klar und ausedrücklich geordnet war. Wenn ein Gläubiger brieflich oder mündlich kündigte, so mußte er immer gewärtigen, der Schuldner werde den Empfang der Auskündung bestreiten. Der § 73 gibt nun ein Mittel an die Hand, sich ein Beweismittel zu verschaffen. Wenn der Schuldner nicht freiwillig den Empfang der Kündigung bescheinigt, so kann der Gläubiger auf Kosten desselben durch den Betreibungsbeamten eine Kündigung erlassen in gleicher Weise und mit den gleichen Kosten, wie ein Zahlungsebesehl erlassen wird.

Angenommen.

Lienhard, Juftigbirektor, Berichterstatter bes Regierungerathe. Wie ber vorhergebende Artifel, fo fteht auch der § 74 nicht in einem nothwendigen Zusammen= hang mit dem vorliegenden Gefet. Allein man glaubte, der Moment, in welchem eine Reihe neuer Amtskautionen geschaffen wird, sei der geeignetste, um die Stellung der vielen mit Rautionen belafteten Beamten anders zu ge= stalten. Unfer gegenwärtiges Kautionssystem ist, wie jedermann weiß, kein gutes. Wenn ein Beamter eine Kaution zu leisten hat — ich erinnere an die kürzlich er= folgte Besetzung einer Beamtung, für welche eine Kaution von Fr. 35,000 vorgeschrieben ist — so muß er sich links und rechts an seine Bekannten wenden, damit fich dieselben für ihn verpflichten, was natürlich niemand gerne thut. Es hat dies für den Beamten eine gewiffe Abhängigkeit zur Folge und oft muß er seinen Bekannten dann ebenfalls Burge fein. Es ließen fich Fälle nach= weisen, in welchen ein Beamter gerade dadurch zu Ver= luft kam und zu Beruntrenungen veranlaßt wurde.

Nun bietet sich ein anderes Mittel der Kautions= leiftung, das für den Staat viel angenehmer ift, als das jetige und für den Beamten nicht die Nachtheile des gegenwärtigen Systems hat. Dieses neue System besteht darin, daß eine Amtsbürgschaftsgenossenschaft gebildet wird. Die Mitglieder derfelben haben bestimmte Beitrage zur Bildung eines Fonds zu leisten, welcher für allfällige Schäben haftet. Der Staat nimmt die Genoffenschaft unter feine Aufficht, schreibt unter Umftanden vor, die Gelder derfelben müffen bei ihm angelegt werden 2c. So hat der Staat eine richtige Garantie in Händen und braucht nicht hunderte von Burgen zu überwachen, um dann gleichwohl, wie erft fürzlich, die Erfahrung machen zu muffen, daß von 10 Burgen nur noch einer gut ift. Die Genossenschaft wird dem Staat wirkliche Realsicherheit leisten können, da die Beiträge in kurzer Zeit eine be= deutende Summe ausmachen werden. Die im Kanton Bern geleisteten Umtstautionen belaufen fich gegenwärtig auf über 5 Millionen Franken. Angenommen, es werde vom Tausend der Amtsbürgschaft nur ein Beitrag von Fr. 2 bezogen, so macht dies jährlich schon Fr. 10,000 oder in 10 Jahren Fr. 100,000 aus. Ich glaube nicht, daß in dieser Beit Defizite in fo hohem Betrage zu decken fein werden, fodaß man die Beitrage noch wird ermäßigen können. Es gibt ichon jest folche Genoffenschaften, beren Bermögen ausreichend ift, fodaß feine Beiträge mehr be= jogen werden muffen. Das neue Syftem verbeffert die Aufficht; wenn die Beamten für einander haften, fo werden fie den Behörden von gewiffen Borgangen Kenntniß geben, um welche sie sich bis jett nicht zu bekummern hatten, sodaß auch weniger Fälle von Schädigungen eintreten werden.

Die weitere Ausführung des Artikels, wie sie in Absatz vorgesehen ift, läßt sich hier im Gesetz nicht schon ausführlich regeln. Der Regierungsrath wird sagen, wie die Genossenschaft gebildet sein müsse, wie die Gelber angelegt werden sollen zc. Auch wird dieser Anlaß benutzt werden, um das Kautionswesen, das gegenwärtig unter sehr verschiedenen Vorschriften steht, unter einige einheitzliche Bestimmungen zu bringen.

Whß, Berichterstatter der Kommission. Die Kommission hat einstimmig zu diesem Paragraphen gestimmt und

erachtet die Bilbung einer solchen Bürgschaftsgenoffenschaft als einen großen Fortschritt. Man glaubt, damit dem in Bürgschaftssachen herrschenden Unwesen bedeutend

Einhalt thun zu können. Da dieser Paragraph der letzte des Abschnitts be= treffend den ganzen Kanton ift, so möchte ich anschließend hieran noch eine perfönliche Unregung machen, die ich in der Kommission wegen mangelnder Zeit nicht mehr borbringen konnte. Die Anregung kann bei richtiger Durch-führung namentlich für den Kredit des kleinern Landwirthes von ziemlich großer Bedeutung fein. Sie wiffen, daß vom 1. Januar 1892 hinweg keine Obligationen mehr ausgestellt werden können, und daß die bestehenden Obligationen im Konturs nur noch ein Vorrecht genießen, wenn man fie bis zu einem gewiffen Zeitpunkte in ein öffentliches Buch eintragen läßt. Auf dem Lande wurden beshalb viele Stimmen gegen das Betreibungs= und Konkursgesetz abgegeben, da man sagte, man nehme da= mit dem kleinen Landwirth, der fehr oft in den Fall tomme, daß er vorübergehend Geld bedürfe, die Möglichteit weg, fich solches durch Ausstellung einer Obligation auf billige Beise zu beschaffen. Ich glaube nun, unfere schweizerische Gesetzgebung gestatte uns, einigermaßen einen Erfat für die verschwindenden Obligationen aufzustellen, allerdings ein Erfat, der ausschließlich dem Landwirthe zu gute kommen würde. Sie wissen, daß wenn ich eine bewegliche Sache als Pfand für eine Forderung geben will, ich mich nach dem Obligationenrecht bes Befiges an bem Gegenstand entäußern und benfelben bem Darleiher in Gewahrsam geben muß. Wenn ich Geld nöthig habe und meine Uhr verfegen will, fo erwirbt der Darleiher nur ein Pfandrecht, wenn er die Uhr in Gewahrsam nimmt. Dies hatte zur Folge, daß ein Landwirth einen hauptfächlichen Theil feines Bermogens nicht verpfänden konnte, nämlich feine Biehwaare; benn es ginge nicht wohl an, eine Ruh aus bem Stalle bes Schuldners als Pfand in benjenigen bes Gläubigers, ber vielleicht in einem andern Bezirk wohnt, zu berbringen; auch hätte der Schuldner dann keine Augung, von der Ruh. Nun fagt der Art. 210 des Obligationenrechts, der vom Faustpfandrecht handelt: "Es bleibt in-deffen der Kantonalgesetzgebung vorbehalten, die Berpfändung von Bieh durch bloße Eintragung in öffent-liche Bücher zu gestatten." An diesen Punkt möchte ich anschließen und hier die Aufnahme einer bezüglichen, grundsätlichen Bestimmung beantragen, wovon ich mir bedeutende Vortheile verspreche, da dadurch die Kreditverhältniffe bes kleinen Landwirths bedeutend verandert werden. Er kann einen Gegenstand, den er bisher nicht als Pfand hergeben konnte, heranziehen und geftügt darauf Geld erhalten, modurch er auch ökonomisch viel unabhängiger gestellt wird, als bisher. Wie leicht tann er bei einem befreundeten Nachbar einige hundert Franken erhalten, wenn er Bieh verpfanden fann, ohne daß dasselbe aus dem Stalle genommen zu werden braucht. Dann braucht er keinen Bürgen nachzulaufen, denen er dann nachher vielleicht auch wieder Bürge sein sollte und man weiß ja, wie viel Unglück dieses Bürgschaftswesen schon angerichtet hat. Allein auch für die vielen Kaffen auf dem Lande resultirt aus einer solchen Einrichtung ein prattischer Nugen. Diese Raffen haben fehr viel Gelb auf Obligationen ausgeliehen. Wird nun kein Ersat-mittel geschaffen, so muffen fie Burgen verlangen, mahrend, wenn das Bieh durch Eintragung in ein offentliches Buch verpfändet werden kann, den Kaffen dies genügen wird. Es wird also dadurch nicht bloß die Stellung des geldbedürftigen Schuldners erleichtert, son= dern auch die Stellung derjenigen Geldinstitute, die haupt=

fächlich mit der Landbevölkerung verkehren.

Die Ausführung meiner Anregung benke ich mir sehr einsach. Es werden ein paar kurze Gesetsparagraphen genügen, um die Sache richtig zu regliren, und die weitere Aussührung kann ganz gut einem Dekret überlassen. Ich stelle mir vor, es würde auf der Gerichtsschreiberei jedes Amtsbezirks ein öffentliches Buch aufgelegt. Will nun jemand ein Stück Vieh verpfänden, so geht er mit dem Gläubiger oder allein mit einer Vollmacht hin und weist eine schriftliche Urkunde vor, daß eine Schuld existire; gestützt hierauf würde die Eintragung des betreffenden Stückes Vieh in das öffentliche Vuch verlangt und damit das Pfandrecht gesichert. Ich glaube, ein Buch in jedem Amtsbezirk würde genügen — man darf die Sache auch nicht zu sehr erleichtern — und ich wäre nicht damit einverstanden, daß in jeder Einwohnergemeinde ein solches Vuch aufgelegt würde.

Ich möchte nun nicht schon heute eine Diskussion über die Einzelheiten hervorrufen, sondern nur die Stimmung des Großen Rathes im allgemeinen kennen lernen. Sind Sie mit meiner Anregung einverstanden, so geht mein Antrag dahin, Sie möchten die Aufnahme einer bezüglichen Bestimmung grundsäklich beschließen, worauf es dann Sache der Regierung und der Justizdirektion sein wird, eine passende Redaktion zu sinden und bei der zweiten Berathung zur definitiven Annahme vorzulegen.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Sofern Herr Whß einen förmlichen Antrag stellt, jetzt schon in Sachen zu beschließen, so mußte ich mich diesem Antrage widersetzen. Dagegen liegt kein Grund vor, die Unregung als solche nicht zu prüfen und es wird das auch geschehen. Wenn sich dann ergibt, daß eine folche Einrichtung bon Rugen fein tann, fo wird sich unter Umständen auch ein besonderes Gesetz darüber aufstellen laffen. Jest icon ben Grundsatz aufzustellen, bevor eine genauere Prüfung stattgefunden hat, scheint mir nicht angezeigt; denn ich glaube, es werden der Durchführung noch gang wefentliche Sinderniffe entgegenstehen. Ich erinnere Sie nur daran, daß gerade beim Rindvieh die Feststellung der Identität nicht so leicht ist und ein Pfand im Handumdrehen verwechselt werden kann. Ferner fähe bei Domizilwechsel der Gläubiger seine Seicherheit sich entsernen und es müßte auch die Einstragung aus dem einen Buch in ein anderes übertragen werden zc. Ich glaube also, die Sache sei nicht so einsach; sie durchbricht unser Prinzip, daß bewegliche Pfänder übergeben werden müssen. Immerhin bin ich gerne bereit, bie Frage zu prüfen und eventuell Vorschläge zu bringen, möchte aber nicht, daß der Große Rath beschließen würde, es müsse eine solche Bestimmung in das vorliegende Befet aufgenommen werden.

Präsident. Das Richtigste wird sein, daß man die Anregung des Herrn Whß in dem Sinne erheblich erklärt, daß die Regierung die Sache untersuchen und bei der zweiten Berathung Bericht und Antrag bringen soll, sodaß die erste Berathung nicht gehemmt würde.

Whß. Ich wollte aus der Sache nicht größern Lärm

machen, als absolut nöthig ift und brachte deshalb meine Anregung bei Berathung dieses Gesetzes, wo solche Gelegenheitsbestimmungen gut untergebracht werden können, ein. Auch in § 74 hat man eine Bestimmung aufgenommen, die eigentlich nicht in das vorliegende Gesetzgehört. Ich glaube nun, es sei praktisch und gut, wenn der Große Rath den Grundsatz der Viehverpfändung heute desinitiv beschließt. Regierungsrath und Kommission werden hierauf die betreffenden Bestimmungen redigiren und können Sie die Sache, wenn sie Ihnen nicht behagt, dann immer noch verwerfen oder überhaupt ganz fallen lassen. Ich glaube aber, die Anrgeung komme besser in Fluß, wenn man heute schon einen grundsätzlichen Beschluß faßt.

Abstimmung:

1) Der § 74 ift nicht bestritten und somit angenommen. 2) Für den Antrag Wyß, prinzipiell die Verpfändung von Vieh zu beschließen (gegenüber dem Antrag Lienhard, diesen Antrag bloß erheblich zu erklären). Minderheit.

B. für den alten Kantonstheil, mit Ginfoluf des Amtobezirks Biel.

§§ 75-81.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Das Bundesgesetz greift auch in unser eheliches Güterrecht sehr weitgehend ein, und es lag deshalb für mich eine große Versuchung vor, letzteres bei diesem Anlasse in seiner Gesammtheit einer Kevision zu unterwersen und Ihnen ein ganz neues System vorzusschlagen, um den Schwierigkeiten, die sich bei der Neugestaltung der Dinge in dieser Veziehung ergeben werden, zu entgehen.

Bekanntlich geht nach unserm ehelichen Güterrecht das Vermögen der Frau mit Ausnahme des sogenannten vorbehaltenen Gutes auf den Chemann über; der Che=mann wird Eigenthümer dieses Vermögens, auch von nachträglich der Frau anfallendem, und Schuldner der Verpslichtungen der Frau. Bei eintretendem Geltstag tritt zwischen den Chegatten Gütertrennung ein, die selbst

im Falle der Rehabilitation fortbestehen bleibt.

Diese Bestimmungen genügen gegenüber dem durch das Bundesgesetz geschaffenen neuen Rechtszustande nicht; denn, wie Sie wissen, unterliegen in Jukunft 3/10 aller Ehemänner nicht mehr der Betreibung auf Konkurs. Es wäre also auf diese alle die Bestimmung betressend Gütertrennung infolge Geltstages unanwendbar. Es wird daher in § 75 auch der Frau eines Schuldners, der nur auf Pfändung betrieben werden kann, ein Vorrecht für die Hähren eingeräumt. Nun nuß aber, damit sich die Frau an einem Pfändungsversahren betheiligen kann, derselben oder den an ihre Stelle getretenen Kindern das Kecht der Anschlußpfändung gegeben werden und zwar ohne vorgängige Betreibung. Die Frau kann einsach erklären: Ich schließe mich der Pfändung mit meiner Weibergutsforderung an. Dies hat zur Folge, daß sie als Gläu=

bigerin partizipirt und für ihre privilegirte Weiberguts= forderung gang oder theilweife fruchtbare Unweifung erhalt. Es fragte fich nun: Wie foll man bewirken, daß die Frau nicht immer und immer wieder kommt und mit ihrer Forderung jede andere Betreibung illusorisch macht? Ein Kreisschreiben des Bundesraths empfiehlt, zu fagen, wenn eine Frau von der Unschlußpfändung Gebrauch mache, so solle Gütertrennung eintreten. Man fand aber, daß dies ein zu hartes Berfahren wäre, und daß, wenn Gütertrennung eintreten foll, man biefelbe auf einen spätern Zeitpunkt verlegen muffe. Der Mann fann fich vielleicht mit dem betreibenden Gläubiger abfinden und die Frau ist einverstanden, ihre Pfändung zurückzuziehen, sodaß nicht einzusehen ist, weshalb nun gleichwohl eine Gütertrennung eintreten sollte. Ich fand, der hiezu ge-eignete Zeitpunkt sei derjenige der Bertheilung des Erlöses der gepfändeten Gegenstände. Schon auf den Zeitpunkt der Pfandverwerthung die Gütertrennung eintreten zu laffen, wäre nicht zutreffend, da es z. B. bei der Berwerthung von Liegenschaften 6 und mehr Monate gehen kann, bevor die Frau ihre Anweisung erhält. Da die Frau nach der Gütertrennung felbständig belangt werden kann, so könnte sie in der Zwischenzeit von einem Gläubiger betrieben werden, ohne daß fie die Mittel hatte, den= felben zu befriedigen.

Es ist nun aber die ganze Anschlußpfändung mit der anschließenden Gütertrennung gleichwohl ein Nebelstand, auch wenn sie sich praktisch durchführen läßt, weil sich nach und nach eine große Bahl von Chen ergeben wird, in welchen Gütertrennung besteht, ohne daß es öffentlich bekannt sein würde, und es ift auch fatal, wenn die Frau mit den Gläubigern konkurriren und ihnen alles weg= nehmen muß. Es wäre offenbar beffer gewesen, wenn wir in unfer eheliches Guterrecht eine Menderung hatten einführen können, dahingehend, daß der Mann jedesmal, wenn der Frau Bermogen anfällt, derselben für die Sälfte Sicherheit zu leiften hatte. Ich schrack vor einer folchen Borschrift zuruck, weil ich mir sagte: Das Gesetz muß vom Bolte angenommen werden und es dürfen deshalb nicht Bestimmungen aufgenommen werden, welche mit dem alten Recht brechen und bei vielen auf Widerstand stoßen würden. Es ist klar, daß wir diese obligatorische Sicherstellung der Frau nicht nur auf künftige Ehen erstrecken, sondern sie auch auf die gegenwärtig bestehenden Chen anwenden mußten. Dies hatte zur Folge, daß eine große Anzahl stimmberechtigter Bürger das Gesetz ver-werfen würde, indem sie sich einen so weitgehenden Ein-griff in ihre persönlichen und Vermögensverhältnisse nicht

gefallen laffen würden.

Eine weitere Abanderung des bisherigen Buftandes, nämlich die Befeitigung des Beibergutsempfangscheins, habe ich zugegeben, aber immerhin unter dem Borbehalt, bie Sache bis zur zweiten Berathung noch näher zu prufen. Einzelne Rechtstundige, wie z. B. herr Professor Zeerleder, waren der Anficht, der Weibergutsempfangschein falle von selbst weg. Ich glaube das nicht; da nach bem Bundesgeset die Kantone bestimmen konnen, ob der Frau ein Vorrecht zukommen solle, so können fie dasselbe auch von bestimmten Voraussehungen abhängig machen. Ein Zwang zur Beseitigung bes Empfangscheins besteht also nicht. Für die Beseitigung spricht ber Umstand, daß sich die Frau den Empfangschein vielkach gar nicht oder nicht rechtzeitig ausstellen läßt, weshalb fie im Geltstag benachtheiligt wird. Aber auch das Intereffe der Gläubiger fpricht gegen den Empfangschein; denn wenn eine

Frau mit einem in gesetzlicher Form errichteten Empfangschein dafteht, so muß der Gläubiger beweisen, daß der= selbe nicht richtig ist, was oft sehr schwer wird, namentlich wenn er auf 20 ober 30 Jahre zurückgeht. Bielleicht hätte man diesen Uebelständen dadurch vorbeugen können, daß man eine Art vormundschaftlicher Mitwirkung bei Ausstellung des Empfangscheins eingeführt hatte. Es war das schon in den 20er Jahren vorgeschlagen, wurde aber nicht angenommen, weil man, wie ich vermuthe, diefen vormundschaftlichen Zwang als zuweitgehend erachtete.

Alle die genannten Punkte, die in der Regierung und in der Kommiffion immer wieder aufgegriffen wurden, will ich nun gerne als Gegenstände des weitern Studiums entgegennehmen. Ich werde mich denselben mit mog= lichster Gründlichkeit widmen, werde mit Juristen, welche als Autoritäten in dieser Beziehung bekannt find, Rücksprache nehmen und die Sache auch dem Juristenverein vorlegen; möglicherweise wird fich dann eine Milderung der angedeuteten lebelftande bewirken oder ein anderes Syftem, das vom jetigen nicht zu ftark abweicht, finden laffen.

Ein ganz neues Güterrecht auszuarbeiten, dazu hätte die Zeit nicht ausgereicht. Auch hatte dann dieses Guterrecht ein einheitliches für den ganzen Kanton sein muffen. Zudem ist gerade das eheliche Güterrecht derjenige Theil des Civilrechts, den man nicht zu oft andern darf. Es bezieht sich auf Verhältnisse, die sich nicht von heute auf morgen abspinnen, sondern oft 30 Jahre und länger dauern, sodaß, wenn das System zu oft geändert wird, bedenkliche Berwickelungen und Rechtsunsicherheit entstehen fonnen. Es gibt noch heute Fälle, in denen die Statutar= rechte, welche wir bis 1854 in einzelnen Landestheilen hatten, nachwirken.

Gütertrennung foll nach § 78 auch eintreten, wenn fich feine pfandbaren Gegenstände vorgefunden haben. Man wird sagen, in diesem Falle habe die Gütertrennung feinen Zweck. Allein man muß an die Butunft benten. Sobald der Frau eine Erbschaft zufällt, gewinnt die Gütertrennung ihre Bedeutung; die Erbschaft soll bann der Chefrau und ihren Kindern verbleiben.

Nachdem ich so in großen Zügen die Neuordnung er= örtert habe, muß ich noch einige Fragen, welche die Durch= führung im einzelnen betreffen, berühren. Nach dem Bun= besgeset können wir für Chefrauen und Minderjährige die Unschlußpfändung für alle Forderungen einführen. Ich fand aber, es folle dieselbe auf die privilegirten Forde= rungen beschränkt werden. Dem Bevormundeten steht nach Ablauf der Bormundschaft ein Privileg noch während der Dauer eines Jahres zu. Diese Zeit genügt, damit er seine Rechte wahren kann; thut er es nicht, so soll er jedem andern Gläubiger gleichgestellt sein. Für den Bor= fichtigen ist das Recht geschrieben, sagt ein alter Grund= faß. Aehnlich verhält es sich mit der Chefrau. Man gibt ihr ein Vorrecht für die Sälfte ihres Bermögens, die andere Sälfte aber läßt man fie verlieren, weil man findet, sie habe auch Unlaß zum Areditiren gegeben und folle an Blück wie Unglück des Mannes in personlicher und ökonomischer Beziehung Antheil haben. Run räumt allerdings das Bundesgesetz auch in Bezug auf die zweite Hälfte des Frauenguts der Frau die Konkurrenz mit den laufenden Schulden ein. Ich glaube, wir hatten bas nicht fo gemacht, sondern hatten fie damit hinter bie übrigen Gläubiger verwiefen. Es ift nun für uns offen= bar tein Grund vorhanden, diefen Gingriff in unfer Shitem auch auf die Falle ber blogen Pfandbetreibung zu übertragen und so den Fehler zu verallgemeinern, sondern wir wollen es bei den wenigen Fällen, die unter

bas Ronturgrecht fallen, bewenden laffen.

Aus § 80 ersehen Sie ferner, daß nach eingetretener Gütertrennung die Chefrau, welche Rinder hat, den näm= lichen Bestimmungen unterworfen ift, wie bisher die Frau eines Geltstagers mit Kindern oder eine Wittwe oder Abgeschiedene mit Kindern. Ich hätte am liebsten bas ganze Emanzipationsgesetz von 1847 beseitigt; denn ich habe die Ueberzeugung, daß die Frauen nicht schlechter verwalten, als, die Männer. Wenn sie auf der einen Seite bie Sache etwas leichter auffassen, so tragen fie auf der andern Seite wieder mehr Sorge zu ihren Sachen. 3ch glaube, bas Emanzipationsgesetz sei nicht mehr zeitgemäß; bekannt ift, daß es eine Unmaffe von Brogeffen gur Folge hat, wie kein anderes Gefet. In andern Rechtsgebieten, 3. B. in Bremen, wo man das gleiche Guterrecht hat wie im Kanton Bern, hat man es nicht für nöthig er= achtet, zu berartigen Mitteln zu greifen, um bas Fa= milienvermögen den Rindern zu erhalten. Man hat aller= bings die Frau in Bezug auf lette Willensverordnungen und Schenkungen beschränkt, ihr aber in allen andern Richtungen die freie Berwaltung gelassen. Dagegen hat man dort auch nicht ein so unsinniges Erbrecht und ehe= liches Güterrecht wie bei uns, wo das Bermögen erft ganz auf eine Berfon übergeht und dann wieder gang auf eine andere, sondern dort theilt man und gibt jedem Be-rechtigten etwas, sodaß die Gefahr, die Frau werde das Familienvermögen verschleudern, nicht so groß ist. — Ich ware also, wie gesagt, gerne weiter gegangen; allein das hätte zu großen, umwälzenden Nenderungen geführt, wofür die turze Zeit von 7 Monaten nicht ausreichend gewesen mare.

Vicepräfident Rud. Schmid hat inzwischen den Vorsitz übernommen.

Wyß, Berichterstatter der Kommission. Die Quint= effenz der §§ 75-81 besteht darin, ob man zum Schut der bevorrechtigten Hälfte des Frauenguts den Empfang-schein beibehalten will oder nicht. Nun könnten Sie vermuthen, da seitens der Rommission tein Abanderungs= antrag borliegt, Diefelbe fei in diefer Beziehung ein Berg und eine Seele gewesen. Allein es war gerade bas Gegentheil der Fall. Fast jedes Mitglied hatte eine andere Unficht. herr Brunner ergriff das Wort gegen= über der Unschlußpfändung, die er hier beseitigen möchte. herr Moser war auch nicht einverstanden und meine Benigkeit fagte fich ebenfalls: Bas wir hier erhalten, ist nicht beffer, als das, was wir bisher hatten. waren wir aber alle in der Ansicht, es handle sich hier um eine so schwierige Materie, daß dieselbe nicht über das Anie gebrochen werden dürfe, man wolle deshalb die Diskuffion einstellen, wobei sich jedes Mitglied vor-behalte, zwischen der ersten und zweiten Lesung andere Antrage zu bringen. Sie konnen mit Sicherheit barauf gablen, daß bis zur zweiten Lefung Gegenantrage eingebracht werden. Mit Ruckficht darauf haben wir gefunden, es burfen die vorliegenden Bestimmungen dem Großen Rathe vorläufig zur Unnahme empfohlen werden. Bei der zweiten Berathung wird man bann mit aller Grund= lichfeit auf die Sache zurückkommen. Es ist das auch absolut nothig; denn die Frage, ob und in welcher Form wir das Borrecht der Chefrau beibehalten wollen, ift eine für unfern nationalen Wohlstand fehr wichtige. Der

Herr Justizdirektor hat Ihnen selbst gesagt, er merde die Sache noch mit kompetenten Persönlichkeiten besprechen, und es ist nur zu begrüßen, wenn der Herr Justizdirektor die Sache im Juristenverein zur Sprache bringt, da dessen Mitglieder tagtäglich mit diesen Fragen in Berührung kommen. Ich habe mich schon in der Kommission dahin ausgesprochen, wenn ich auch den Empfanzschein nicht gerade vorzüglich sinde, so wäre es doch nicht klug, denselben gänzlich fallen zu lassen. Auf die Gründe hiefür will ich heute nicht eintreten. Ich bemerke nur, daß wenn der Herr Justizdirektor seine Absicht aussührt und einen Entwurf vorlegt, in welchem das ganze eheliche Güterrecht behandelt wird, es nicht angezeigt ist, heute ein einzelnes Stück aus demselben herauszureißen, sons dern man soll das alte Güterrecht belassen, sons dern man soll das alte Güterrecht belassen, wie es ist und sich im Volke eingelebt hat.

Dies sind die Auffassungen der Kommission, die Ihnen beantragt, Sie möchten die vorliegenden Bestim-

mungen vorläufig so annehmen, wie fie find.

Dr. Brunner. Ich halte dieses Kapitel des vorliegenden Gesetzes nicht für das wichtigste, aber doch für eines der wichtigsten, und wenn die Kommission heuteschon keine Abänderungsanträge stellt, so sind doch in derselben sehr verschiedene Ansichten zum Borschein gestommen, und es wird die vorläufig beantragte Lösung von keiner Seite als absolut richtig angesehen. Die Anschlußpfändung ist überhaupt ein eigenthümliches und für uns, im alten Kantonstheil wenigstens, ganz neues Institut. Sie widerstreitet dem Prinzip der Pfändung und nähert sich dem Prinzip des Konkurses. Bis jest konnten nur diejenigen, welche von Ansang an betrieben und gepfändet hatten, an dem Erlös der Steigerung theilsnehmen; es konnte sich niemand nachträglich anschließen. Das wird nun anders und wir müssen uns in dieser

Beziehung dem Bundesgefet fügen.

Wie soll nun in denjenigen Fällen, wo nur auf Pfändung betrieben werden tann, die Hälfte des Frauenguts, die im Konkurs als privilegirt anerkannt wird, geschützt werden? In ben Fällen, wo nur auf Pfandung betrieben werden kann, konnte die Frau ihr Vorrecht gar nicht geltend machen, wenn man ihr nicht, obicon fie feine liquide Forderung hat, den Pfandungsanschluß geftatten oder ihre privilegirte Salfte von vornherein fichern würde. Man muß alfo dafür forgen, daß der Frau ihre bevorrechtigte Sälfte von Anfang an gesichert ift, ober man muß das hier vorgeschlagene System annehmen und den Pfändungsanschluß geftatten. Das Bundesgesetz schreibt in dieser Beziehung den Kantonen nichts Be-stimmtes vor. Der Art. 111 desselben fagt: "Die Kantone können der Chefrau, den Kindern, Mündeln und Berbeiständeten des Schuldners das Recht einräumen, für Forderungen aus dem ehelichen, elterlichen oder vor= mundschaftlichen Verhältniß mahrend der dreißigtägigen Frist auch ohne vorgängige Betreibung an einer Kfanbung theilzunehmen. Es steht den Kantonen frei, zu Gunften dieser Personen die Frift zur Theilnahme um 10 Tage zu verlängern." Auf den ersten Blick sollte man glauben, die Sache mache fich einfach fo, daß man der Frau in den Fällen, wo nur auf Pfändung betrieben werden tann, für ihre Sälfte das Recht der Unichluß= pfändung gestatte, womit fie gesichert fei. Allein das hat ganz gewaltige und wie ich glaube ziemlich bedenkliche Folgen, was ich mit einigen Worten flar zu machen verfuchen will.

Wenn eine Chefrau für die Salfte ihres Weiberguts vom Rechte der Anschlußpfändung Gebrauch macht, fo tritt, wenn das weitere Berwerthungsverfahren stattfindet, Bütertrennung ein und die Frau fällt unter das Emanzipationsgesetz und ist gerade so zu behandeln, wie die Frau eines Geltstagers. Wir werden daher in Zufunft, wenn die vorliegenden Bestimmungen angenommen werden, Frauen haben im Normalzustand, wenn ich mich so ausdrücken barf — es find das diejenigen, deren Männer nicht be-trieben werden oder die keine Anschlußpfändung ver-langen —, ferner solche, die bei der Betreibung interveniren und infolge deffen guterrechtlich felbständig ge= stellt werden, und endlich solche, beren Männer vergeltstagt find. Die zweite Kategorie steht der letten vollständig gleich, wie Sie aus dem § 78 des vorliegenden Ent= wurfs ersehen. Die Frauen, welche von der Anschlußpfändung Gebrauch machen, fallen also unter den Art. 6 des Emanzipationsgesetzes, und ich muß gestehen, daß dieser Artitel das Gräßlichste ist, was wir überhaupt in unferer Gefetgebung besitzen. Er ift eine folche Quelle von Rechtsunsicherheit und von Prozessen geworden, wie man es bei deffen Aufstellung nicht ahnte. Man sieht es einer Frau nun nicht an, in welchem güterrechtlichen Buftand fie fich befindet, sodaß eine neue fehr fatale Rechts= unficherheit geschaffen wird. In Frankreich und andern Ländern kann ein Chevertrag aufgestellt werden. Diefer ift ein öffentlicher Uft, der publit gemacht wird. Bei uns aber kann man fich nicht erkundigen, ob Einer in Gütertrennung lebt oder nicht, ob man fich also für ben Abschluß von Geschäften an die Frau zu wenden hat oder nicht.

Es find diese Fatalitäten nothwendigerweise mit der Anschlußpfändung verbunden. Nun will ich aber gerne das Geständniß ablegen, daß es mir bis jest noch nicht gelang, obschon ich über die Sache nachdachte, etwas Befferes zu finden, will indeffen boch andeuten, wie ich glaube, daß man die Sache ordnen könnte, ohne die jetigen Verhältnisse auf den Kopf zu stellen. Man mußte die Satzung 102 des bernischen Civilgesetzunges, welche fagt: "Die Chefrau hat zu allen Zeiten das Recht, den Chemann mit Ermächtigung ihrer Verwandten oder ber Vormundschaftsbehörde zu der Versicherung der Hälfte ihres Bugebrachten anzuhalten," obligatorisch erklären, d. h. es mußte jeder Chemann fofort die nothige Sicherheit bestellen. Man wird fagen: Ja, wer foll das kon= trolliren? Das müßten allerdings die Vormundschafts= behörden thun, anders ist die Sache nicht denkbar. Der Berr Juftigbirettor befürchtet nun, bie Burger konnten glauben, man wolle fie damit unter eine Art Bormundschaft ftellen, wodurch die Unnahme des Gefetes gefährdet wurde. Ich glaube nicht, daß dies so sehr Aufsehen erregen dürfte. Im Kanton Luzern, in einem Nachbarkanton, wird das ganze Frauengut unter Vormundschaft gestellt und die Vormundschaftsbehörde tann es dem Chemann nur gegen Quittung und Sicherstellung zur Nutung übergeben. Wir wurden natürlich die Sicherheitsleiftung nur für die Hälfte verlangen. Bisher mußte dieselbe bloß er= folgen, wenn die Frau es verlangte. Aber das war oft zu spät, erft wenn der Geltstag nahe war, und führte zu Prozeffen, Betrügereien ic. Ich glaube, man follte eine solche Sicherung des Frauenguts überhaupt nicht von dem Gefichtspunkte der Bevormundung aus auffaffen. Wenn wir die Gutertrennung eintreten laffen, so ist dies eine weit größere Bevormundung, indem dabei dem Manne bas wichtigste Recht, bas fer mit der Eingehung der Che

erwirbt, nämlich über das Bermögen ber Frau zu berfügen, genommen wird. Ich bin tein Freund der Frauen= emanzipation in dem Sinne, daß diefelben Meifter werden follen. Aber von Zeit zu Zeit mare es doch gut, wenn fie auch mitstimmen konnten, gerade in der vorliegenden 3ch glaube, sie würden sagen, sie wollen sich gerne geschützt wiffen; sie verlangen ja nur, daß der Mann gegenüber Frau und Kindern seine Berpflichtungen erfülle, indem er die Hälfte des Frauenguts sichert. Daß gegen eine folche Vorschrift die Mehrheit des Volkes reagiren würde, tann ich mir nicht benten. Ich möchte mir beshalb vorbehalten, bei der zweiten Berathung diefe Frage wieder zur Sprache zu bringen, und es ift moglich, daß auch die Mehrheit der Kommission dieses oder ein ähnliches Shftem worschlagen wird. Heute schon eine bestimmte Redaktion aufstellen zu wollen, ware verfrüht. Dagegen glaubte ich, es sei gut, wenn man schon jest die Gesichtspunkte auseinandersett, die in der Kommission geltend gemacht wurden, und aus diesem Grunde habe ich das Wort ergriffen.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich muß zu den vorliegenden Bestimmungen, um Zweisel zu beseitigen, noch zwei Bemerkungen anbringen. Man wird fragen, ob unter dem neuen Berfahren das Recht der Gläubiger bestehen bleibe, Sachen, die der Chemann der Frau auf Rechnung ihrer bevorrechteten Hälfte in natura herausgab, ad massam zu ziehen oder auf die Gantzu bringen, soweit sie allenfalls einen Mehrwerth über die Schahung hinaus repräsentiren. Ich glaube, es werde an diesem Rechte nichts geändert, sondern es bleibe dasselbe so fortbestehen, wie es im Geseh von 1848 normirt ist.

Eine zweite Bemerkung betrifft den § 75 des Ent= wurfs. Es find Zweifel ausgesprochen worden, ob, wenn eine Frau vor dem Chemanne ftirbt, das Borrecht derfelben auf ihre Kinder übergehe, da das Bundesgesetz nur von einem Vorrecht der Chefrau spricht. In der Regierung und in der Kommission war man ziemlich einstimmig der Ansicht, es bleibe dieses Vorrecht. Allerdings wird es vielleicht einen etwas andern Charafter haben. Die Kinder können dasselbe nicht mehr als eigenes Recht in Unspruch nehmen, sondern nur als abgeleitetes Recht, das durch Succession auf sie überging. Ich glaube-bies hier ausdrücklich fagen zu follen, damit später, wenn es etwa zu einer Entscheidung der Frage durch die Bundes= behörden tommen follte, unfere Anficht feststeht. Wenn Bern erklärt, es folle so und so gehalten sein, fo wird der Bund tein Interesse haben, diese Regelung der Sache zu burchfreugen. Bon anderer Seite wurde gefagt, es ware einfacher, wenn man geradezu ein Eigenthumsrecht der Rinder an einem Theil des Frauenguts schaffen wurde. Allein bas geht nach unferm Erbrecht nicht an. Rinder erben nicht, nur die Forderung und das Vorrecht ber Mutter gehen auf fie über.

Prafident Dr. Brunner übernimmt wieder den Borfit.

Schmid (Andreas). Es wird in Ausficht gestellt, daß für die zweite Berathung wichtige, einschneidende Aenderungen vorgelegt werden, die für unsere Gesetzgebung ganz neu sind. Nun, wie geht es gewöhnlich mit einer zweiten Berathung? Eine Woche vor Beginn der Session tritt die Kommission zusammen; am ersten

Tag der Seffion werden deren Anträge ausgetheilt und hierauf erfolgt die zweite Berathung. Wenn nun wichztige und einschneidende Abanderungen vorgeschlagen werden, so ist das nicht das richtige Verfahren. Ich möchte deshalb wünschen, es möchten solche wichtige Aenderungsvorschläge den Mitgliedern wenigstens 8—14 Tage vor Beginn der Seffion zur Kenntniß gebracht werden.

Wyß, Berichterstatter der Kommission. Ich kann mich namens der Kommission dem Wunsche des Herrn Schmid anschließen. Es ist eine rechtzeitige Mittheilung der Anträge sehr zu begrüßen, damit die Diskussion eine fruchtbringende sein kann.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich möchte nur bemerken, daß der vorliegende Entwurf den Mitgliedern 10 oder 11 Tage vor Beginn der Session zukam. Wer die Schwierigkeiten kennt, welche es verursacht, eine solche Arbeit durch Rezierung und Kommission hindurchzusühren, redaktionell zu bereinigen, zwei oder dreimal umzudrucken zc., und wer weiß, welche Schwierigkeiten die Nebersetzung in's Französische bietet, wird begreifen, daß die Versendung des Entwurfs nicht eher möglich war. Die Anträge für diese zweite Verathung werden dagegen den Mitgliedern früher mitgetheilt werden können.

Präsibent. Regierung und Kommission sind einig, daß es möglich sein wird, die neuen Anträge den Mitgliedern etwa 14 Tage vor Beginn der Session mittheilen zu können. Der Herr Justizdirektor hat sich überhaupt eine enorme Mühe gegeben und es war mir fast undegreislich, wie er in der verhältnismäßig kurzen Zeit das leisten konnte, was er geleistet hat, und es lag jedensalls nicht in der Absicht des Herrn Schnid, dem Herrn Justizbirektor einen Borwurf zu machen. Derselbe verdient im Gegentheil für die Vorlage alles Lob. Allein ich gebe zu, daß es sehr wünschdar ist, daß die Borlagen den Mitgliedern bei Zeiten zugestellt werden.

Die §§ 75-81 sind, weil nicht bestritten, ange-nommen.

§ 82.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Dieser Paragraph reproduzirt eine Bestimmung des disherigen Bollziehungsversahrens in etwas anderer Fassung. Wenn Gläubiger verlustig geworden sind und dem Schuldner eine Erbschaft anfällt, so sollen die Gläubiger dieser Erbschaft die abgesonderte Bereinigung derselben verlangen können; sie sollen nicht gehalten sein, sich mit den Gläubigern des Erben in den Nachlaß zu theilen. Auch die Miterben, welche für die Schulden der angenommenen Erbschaft solidarisch haften, sinden hierin eine theilweise Sicherung. Es ist das das sogenannte Beneficium separationis, das in den meisten Gesetzgebungen besteht. Für den Kanton Bern ist es kein einheitliches Institut, da im Jura über diesen Gegenstand besondere Bestimmungen existiren, welche in Geltung verbleiben.

Angenommen.

\$ 83.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Diese Bestimmung, die eigenklich in's hypothekarrecht gehört, stund bis jest im Bollziehungs-versahren und mußte hier aufgenommen werden, weil das Bundesgesetz ausdrücklich verlangt, daß die Kantone eine solche Bestimmung aufstellen sollen, sofern sie dieselbe nicht schon haben.

Angenommen.

§ 84.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. In § 84 wird eine Neuerung in Bezug auf unser Hypothekarwesen beantragt. Einer der größten Uebelstände desselben bestand darin, daß das Grundpsand für alle Zinsen ohne Beschränkung haftete. Es konnten 8, 9, 10 Zinse auflausen; ohne daß der im Nachgang besindliche Gläubiger es wußte und ohne daß eine Beschränkung hätte stattsinden können. Wir glauben, diesem Uebelstand abhelsen zu sollen. Es wird deshalb gesagt, die Hattung werde auf zwei ausstehende und den lausenden Zins beschränkt. Soweit bis zum 1. Januar 1892 bereits Zinsen aufgelausen sind, sollen dieselben ihren Pfanderechtsrang behalten, jedoch nur auf die Dauer von drei Jahren. Auf diese Weise wird die Sache so geordnet, daß auch Schuldner, welche Mühe haben, ihre Zinsen zu bezahlen, dadurch nicht wirthschaftlich geschädigt werden und in eine Kalamität hineingerathen.

Wyß, Berichterstatter der Kommission. Nur eine fleine Bemerkung zur Ergänzung des Gefagten. Das Bundesgeseth hat eine Neuerung in der Beziehung ein-geführt, daß der Betreibungsbeamte verpflichtet ift, für den Pfandgläubiger die Eingaben zu beforgen und das Pfandrecht geltend zu machen. Nun aber ift im Kon-kursgesetz vorgesehen, daß der Betreibungsbeamte nur das Kapital und den laufenden Zins zu verlangen hat, also keinen ruckständigen Zins, wenn es der Gläubiger nicht speziell fordert. Auf diese Weise könnte ein Pfand-gläubiger leicht in Schaden gerathen, was zur Folge hätte, daß viele Pfandgläubiger gegenüber den Schuld= nern in Bezug auf die Berginfung hart fein mußten und teine Zinse ausstehen laffen würden. Man glaubt nun in dieser Beziehung dadurch Remedur schaffen zu können, daß in dem Circular, in welchem dem Pfandgläubiger von der Berpfändung Renntniß gegeben wird, derfelbe gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht wird, daß er selber einzugeben habe. Dadurch wurde er vor Schaden bewahrt. Es ist das ein Zusat mehr nur redaktioneller Natur, den man bei der zweiten Berathung noch wird einschalten können.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterftatter des Regierungsraths. Ich bin ganz einverstanden, diese Unsregung zu berücksichtigen.

Flückiger. Ich sehe mich veranlaßt, die hier vorgeschlagene Neuerung zu bekämpfen. Es ist diefelbe für

die landwirthschaftlichen Hypothekarschuldner in doppelter Beziehung eine bedenkliche. Einerseits wird fie entschieden den Sypothekarkredit schmälern, anderseits den Schuldner einer Gretution aussetzen. Bisher mußten mit dem Rapital vor dem Intrafttreten des Obligationenrechts neun verfallene und der laufende, nach dem Obligationenrecht vier verfallene und der laufende Zins angewiesen werden. Infolge dessen sind die Schuldner im allgemeinen mit großer Schonung behandelt worden. Der Gläubiger konnte auf Miggeschicke, eingetretene Mißjahre zc. Rucksicht nehmen und gewöhnlich wurde nur im äußersten Nothfall zur Betreibung geschritten. In Zukunft wird bas anders sein. Der Glaubiger muß, wenn er nicht einen Verluft riskiren will, schon nach Verfall des zweiten Zinses die Betreibung anheben und so vielleicht einen fleißigen Schuldner, der fich redlich anstrengt, in die bitterste Berlegenheit versezen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die landwirthschaftliche Bevölkerung nicht tagtäglich Geld slüssig machen kann und jahraus jahrein allen mög-lichen Eventualitäten ausgesetzt ist. Ich mache ferner darauf aufmerksam, daß das erste Alinea des § 84 in direktem Widerspruch mit dem Art. 219 des Bundes-gesetzs steht. Dieser Artikel stellt den Grundsatz auf, das heardersteiche Forderungen und aufmer ohne Eindaß pfandrechtliche Forderungen, und zwar ohne Gin= schränkung, also mit den Zinsen, vor allem aus dem Erlös des Grundpfandes bezahlt werden sollen. Wenn dieser Paragraph angenommen werden sollte, so wird dies für die landwirthschaftliche Bevölkerung ein Grund sein, das Gesetz zu verwerfen. Ich möchte deshalb davor warnen und den Antrag stellen, in der zweiten Zeile des § 84 das Wort "zwei" durch "vier" zu ersehen. Damit wäre der Faragraph auch mit der im Obligationenrecht aufgeftellten Berjährungsfrift in Ginklang gebracht.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Es ift nicht richtig, wenn herr Flückiger sagt, diese Bestimmung stehe im Widerspruch mit Art. 219 bes Bundesgefetes; benn bort wird nur ben pfandverficherten Forderungen ein Vorrang gegeben. Wenn wir nun bestimmen, daß nur zwei laufende und der auß= stehende Zins pfandversichert seien, so ist klar, daß alle andern Binfen tein Pfandrecht und damit auch keinen Vorrang haben. Die Kompetenz der Kantone, eine solche Bestimmung aufzustellen, ist im angeführten Artikel auß= drudlich vorbehalten. Dagegen besteht ein Widerspruch in den Behauptungen des Herrn Flückiger, wenn er glaubt, den Sypothekarkredit badurch heben zu konnen, daß er den im Nachgang befindlichen Gläubigern alle Sicherheit raubt. Wie tann ein folder Glaubiger wiffen, ob nicht der erste Gläubiger viele Zinsen stehen läßt, die schließlich alles wegnehmen? Gerade dadurch, daß Sie diesen Uebel-stand entsernen, heben Sie, wie allseitig anerkannt wird, die Sicherheit der nachgehenden Gläubiger und demnach auch den Sypothekarkredit. Es gibt keinen andern Kanton, der soweit gegangen ift, wie wir bisher. Einzelne haben ein Pfandrecht für drei ausstehende und den laufenden Bins; die meisten gehen aber nicht so weit. Mit dem vorliegenden werden Sie fich so ziemlich auf den Boden des allgemein gultigen Rechts stellen, wie es schon der Entwurf einer bernischen Pfand- und Sypothekenordnung von Professor Leuenberger vorgeschlagen hatte.

Flückiger. Ich muß doch die Ansicht bestreiten, es werde durch diesen Paragraphen der Hypothekarkredit nicht geschädigt werden. Der erste Pfandgläubiger wird

in Zukunft jedenfalls seinen Kredit etwas beschränken, da er riskiren muß, zu Gunsten einer erst später errichteten Hypothek Zinse einzubüßen. Daß sodann der Urt. 219 des Bundesgesehes die klare Bestimmung, ohne jede Einschränkung, enthält, daß pfandversicherte Forderungen aus dem Ergebnisse der Verwerthung der Pfänder vorweg bezahlt werden sollen, steht schwarz auf weiß zu lesen.

Abstimmung.

Für den Entwurf (gegenüber dem Antrag Flückiger) Mehrheit.

Schluß der Sitzung um 11/2 Uhr.

Für die Redaktion: Und. Schwarz.

Vierte Situng.

Pannerstug den 27. Navember 1890.

Vormittags 9 Uhr.

Borfigender: Prafident Dr. Brunner.

Der Namensaufruf verzeigt 232 anwesende Mitzglieder. Abwesend sind 39, wovon mit Entschuldigung: die Herren Benz, Chodat, Chossat, Fueter, Klaye, Dr. Reber, Schär, Schmid (Karl), Schnell, Sterchi, Stoller, Tschannen; ohne Entschuldigung abwesent sind: die

Herren Aebi, Bigler, Boillat, Boinah, Coullerh, Cuenin, Dähler, Fahrni, Frutiger, Guenat, Haslebacher, Hostet-ler, Kaiser, Kloßner, Lauper, Locher, Marchand (Kenan), Marti (Lyß), Mouche, Koth, Ruchti, Schneeberger (Schoren), Spring, Stouber, Zehnber, Ziegler, Zingg (Diesbach).

Das Protokoll ber geftrigen Sitzung wird abgelefen und genehmigt.

Tagesordnung:

Einführungs-Gesetz

für

den Kanton Bern

zum

Bundesgeset über Schuldbetreibung und Konkurs.

Fortsetzung der erften Berathung.

(Siehe Seite 217 hievor.)

C. Bur den neuen Rantonotheil, mit Ausschluß des Amtobezirks Biel.

§§ 85-90.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Dieser Abschnitt umfaßt eine Reihe von Bestimmungen die nur für den Jura bestimmt sind. Man hat mir von einer Seite bemerkt, man hätte in der Ueberschrift sagen sollen: "Für den neuen Kantonstheil, mit Ausschluß des Amtsbezirks Biel und der Gemeinden Pieterlen, Meinisberg und Reiben." Allein dies wäre nicht zutreffend — ich konstatire dies hier, damit es in die Berhandlungen kommt — weil in diesen drei Gemeinden schon seit 1846 das altbernische Civilrecht gilt.

In § 85 wird Ihnen vorgeschlagen, daß die im alten Kantonstheil geltenden Borschriften über den Wechselprotest in Zukunft auch im Jura gelten sollen. Diese Bestimmung ist die Folge verschiedener Petitionen, so der jurassischen Weibel, welche sich beklagten, daß man ihnen im Sinführungsgesetz zum Obligationenrecht durch Streichung des Art. 173 Code de commerce die Besugniß genommen habe, Wechselproteste zu errichten, sodaß sie nicht gleichgestellt seien, wie die Weibel im alten Kanton. Sine zweite Kategorie von Petitionen rührt her vom bernischen Berein sür Handel und Industrie, der Direktion der Kantonalbank und der Vorsichtskasse Wiel und richtet sich gegen die hohen Protestgebühren im Jura. Die jurassischen Kotare bezogen die Gebühren nach einem französsischen Gesetz vom Jahre 1807 und es kamen zu denselben in einzelnen Bezirken noch die ziemlich hohen Einselben in einzelnen

registrirungsgebühren hinzu. Während im alten Kanton nebst dem Stempel eine Gebühr von drei Franken zu bezahlen ist, wozu noch ein Stundengeld kommt, wenn der Notar oder der Weibel sich auf eine weitere Strecke entsernen muß, beträgt die Protestgebühr im Jura das Doppelte und noch mehr. Nun ist die im alten Kanton bezogene Gebühr immer als eine richtige und angemessene bestrachtet worden, weshalb wir glauben, sie könne füglich auch auf den Jura ausgedehnt werden, um den Klagen des Publikums abzuhelfen.

In Art. 59 des Bundesgesetzes ist bestimmt, daß während der Ueberlegungsfrist, welche für die Annahme oder die Ausschlagung einer Erbschaft gegeben ist, diese Erbschaft Rechtsstillstand genieße. Nun hat der Jura keine solche feste Frist, indem die 3 Monate und 40 Tage des Code civil nicht die Bedeutung einer peremptorischen Frist haben. Es ist aber klar, daß man den Erbschaften nicht 30 Jahre lang Rechtsstillstand einräumen kann. Deshalb muß hier gesagt werden, daß die Frist von 3 Monaten und 40 Tagen und eine allfällige Verlängerung durch den Richter als lleberlegungsfrist im Sinne von

Art. 59 des Bundesgesetzes aufzufassen sei. In § 87 wird vorgeschlagen, eine kleine Unterlassung des Einführungsgesetzes zum Obligationenrecht nachzuholen, indem unter die Fälle, in welchen der Gerichts=

präfibent auf einfeitigen Antrag zu verfügen hat, auch der in Art. 2103, Ziff. 4 des Code eivil aufgenommen

wurde.

In § 88 wird beantragt, den bevormundeten und unter elterlicher Gewalt stehenden Personen auch das Recht der Anschlußpfändung einzuräumen, gleich wie den betreffenden Personen im alten Kanton. Dagegen wird vorgeschlagen, es sei die gesetzliche Hypothek, welche den Bevormundeten auf die Liegenschaften der Vormünder zugestanden ist, abzuschaffen. Diese gesetzliche Hypothek hatte nämlich in einzelnen Gegenden des Jura zur Folge, daß niemand mehr eine Vormundschaft übernehmen wollte, wodurch die Behörden in eine wahre Kalamität versetzt wurden. Die Bevormundeten und Minderjährigen bedürfen dieser gesetzlichen Hypothek auch nicht mehr, da sie nach dem Vundesgesetzt in die zweite Klasse gewiesen sind und also eine schöne Sicherheit haben.

In § 89 wird beantragt, es sollen die im Betreibungsund Konkursversahren errichteten Schriftstücke, wie sie
vom Stempel befreit sind, so auch von der Einregistrirungsgebühr befreit sein. Es muß dies schon deshalb geschehen, damit nicht durch die Einregistrirung der bundesrechtlich geordnete Gang der Betreibung Berzögerungen
erleide. Auch glaube ich, wenn man den Schuldner
von übermäßigen Staats- und andern Gebühren entlasten
will, so werde sich dagegen kein Widerspruch erheben. Im
Jura hat ferner disher für die Eintreibung von Grundsteuern und Einregistrirungsgebühren und mißbräuchlich
auch für die Eintreibung von Gemeindesteuern die sogenannte Contrainte, ein französisches Iwangsversahren,
bestanden. Nach dem Bundesgeset muß dieses Berfahren
beseitigt werden, womit wieder ein Unterschied zwischen
den beiden Kantonstheilen verschwindet.

Endlich wird in § 90 beantragt, zu sagen, daß der Art. 2151 des Code eivil nicht nur auf Hypotheken, sondern auch auf privilegirte Forderungen Bezug habe. Es sind Zweifel darüber entstanden, ob dies nöthig sei, da infolge zweier vor kurzem vom Obergericht gefällter Entschiede bereits eine konstante Rechtsprechung entstanden sei. Allein im Obergericht sind in französisch-rechtlichen

Fragen stets vorwiegend die Mitglieder aus dem Jura maßgebend. Diese können wechseln und es könnte die Frage vielleicht wieder in Zweifel gezogen werden. Es ist darum angezeigt, dieselbe rationell zu lösen. Wir müssen dies schon thun, weil uns das Bundesgeset die Pflicht auferlegt, zu bestimmen, wie weit das Grundpfand für die Zinsen hafte und nach dem Bundesgeset unter den grundpfandversicherten Forderungen auch diesenigen zu verstehen sind, welche Privilegien auf bestimmte Liegenschaften haben.

Was nun das eheliche Güterrecht des Code civil betrifft, welches im Jura gilt, so wird dasselbe durch das Bundesgesetz nicht direkt berührt. Dennoch lag die Berfuchung nahe, dasfelbe in wefentlichen Bunkten zu ändern. Nach diesem Güterrecht hat die Frau, welche mit ihrem Chemanne in gesetzlicher Gütergemeinschaft lebt, das Recht, gerichtlich die Gütertrennung zu verlangen, wenn die Vermögensverhältnisse desselben zerrüttete sind. Nach bewilligter Gütertrennung fteht es der Frau frei, ihren Antheil an der Gutergemeinschaft und damit die Schuldenhaftung zu übernehmen oder fich der Gemein= schaft zu entschlagen. Für dasjenige Bermögen der Che= frau, welches nicht in die Gütergemeinschaft fällt, die sogenannten propres (Paraphernalien), hat die Chefrau ein Vindikationsrecht und, soweit es nicht mehr in natura vorhanden ist, ein Forderungsrecht. Für diese und andere Forderungen der Chefrau haften die Liegenschaften des Chemannes infolge gesetzlicher Vorschrift als Pfand. Diese Sicherftellung der Frau ift in allen Fällen werthlos, wenn der Chemann feine oder nur überschuldete Liegen= schaften hat. Es ift deshalb der Gedanke entstanden, ob man nicht auch der juraffischen Chefrau ein Privilegium für ihre Forderungen einräumen solle. Man hat dagegen eingewendet, daß sich das Privileg nicht mit der Gutergemeinschaft vertrage, was jedoch durch das Beispiel von Basel widerlegt ift. Ich habe nicht gewagt, einen so schweren Eingriff in das französische Recht zu thun, ohne mich vorher gründlich mit juraffischen Juriften zu besprechen und habe deshalb in Aussicht genommen, im Januar eine Anzahl juraffischer Juriften nach Delsberg zusammen= Buberufen, um mit benfelben diefe Frage, fowie eine Reihe anderer, zu erörtern. Der juraffische Gesetgebungs= zustand ist nachgerade wirklich unhaltbar geworden. Die Gesetzgebung ift sehr zerklüftet und man weiß in vielen Bunkten nicht mehr, was eigentlich noch gilt ober nicht mehr gilt. Es ist deshalb angezeigt, daß man sobald als möglich wieder Ordnung und Rechtssicherheit schafft. Dies soll aber nicht in der Weise geschehen, daß man ohne weiteres von Bern aus Vorschriften aufstellt, sondern man foll mit den kompetenten juraffischen Persönlichkeiten sprechen und nur in ihrem Einverständniß Aenderungen vornehmen. So laffen fich im Hypothekarsnftem des Jura noch ganz bedeutende Aenderungen vornehmen, z. B. in Bezug auf die action résolutoire, die man in Frankreich, Belgien und den Rheinstaaten ichon längft geandert hat.

Rur in folgenden Punkten habe ich mir erlaubt, in das gegenwärtige Recht etwas tiefer einzugreifen. Im französischen Code de commerce ist die Frau eines Handelsmanns ungünstiger gestellt, als andere Frauen. Wenn sie z. B. Schulden für den Chemann bezahlt, so spricht eine gesetzliche Vermuthung dafür, sie habe es aus dem Gelbe des Chemannes gethan und es liegt ihr ob, diese Vermuthung durch den Beweis der Jahlung aus eigenen Mitteln zu entkräften. Mir ist diese Vestimmung wie andere ähnliche schon für das Handelsrecht als unge-

rechtfertigt ftreng vorgekommen, weshalb ich vorschlug, sie einfach zu beseitigen und zum gemeinen Recht des Code civil zuruckzukehren. Auch in Bezug auf die be= fondern Borfchriften über die Bublikation der Chekontrakte glaubte ich den Vorschlag machen zu sollen, die Art. 66 bis 70 Code de commerce ebenfalls zu ftreichen. Ein weiterer Vorschlag in Bezug auf den Jura ift enthalten in der Biff. 16 des § 95, indem dort unter den aufge= hobenen Artifeln des Code civil auch diejenigen aufgeführt sind, welche die gerichtliche Hypothek betreffen. Ich halte dafür, es sei eine bloße Konsequenz der Abschaffung der Obligation, daß man im Jura auch die gerichtliche Sypothek aufhebt. Diefelbe entstand in folgender Beife. Seit dem 16. Jahrhundert hatte in Frankreich jede Forderung, die fich auf eine authentische Urkunde gründete, 3. B. auf einen Notariatsakt, ein Vorrecht und eine gesetliche Hypothek auf alle Liegenschaften des Schuldners. Bei Einführung des Code civil wurde diese Bestimmung beseitigt mit Ausnahme der Fälle, wo sich die Forderung auf ein gerichtliches Urtheil stütt, für welche man die alte Bestimmung intonfequenterweise festgehalten hat. Man fagte, das gerichtliche Urtheil verliere seinen Werth, wenn der Schuldner durch bloge Errichtung einer Bertragshypothek dem obsiegenden Kläger wieder alle Vortheile wegnehmen könne. Das ift nicht richtig; benn wenn ein Schuldner dies thut, so hat man dagegen das Mittel der Unfechtungsklage, die im Bundesgeset fehr gut und ausführlich geordnet ift und schon im Code civil in Art. 1167 ebenfalls ausführlich geregelt war. Wenn man die Behauptung aufrecht erhalten wollte, daß die gerichtliche Hypothek aus dem erwähnten Grunde gerechtfertigt sei, so mußte man sie ja auch für den alten Ranton einführen. Es sprechen zudem auch wirthschaft= liche Grunde gegen die gerichtliche Spothet. Ich will diefelben hier nicht näher ausführen; die herren aus bem Jura werden fie kennen. Ich will nur auf bas Kompendium von Baudry-Lacantinerie über das französische Civilracht verweisen, wo Sie, wenn Sie die Sache weiter verfolgen wollen, Bezügliches nachlefen konnen.

Dies sind die für das französische Recht vorgeschlagenen Aenderungen, wovon zwar nicht alle nothwendige Konssequenzen des Bundesgesetzes sind, für die aber gewichtige Gründe sprechen. Ob denselben noch weitere folgen sollen, wird davon abhängen, was die Herren aus dem Jura selbst vorschlagen werden. Ich empfehle Ihnen die §§ 85—90 zur Annahme.

M. Jolissaint. La commission m'a chargé de rapporter, en son nom, sur les dispositions concernant la nouvelle partie du canton, c'est-à-dire sur les art. 85 à 90 du projet de loi qui vous est soumis.

L'art. 85 ne sera probablement pas très bien accueilli par les notaires du Jura, attendu qu'il réduit de 4 fr. 50 à 3 fr. les émoluments pour un protêt; mais ils comprendront sans doute que si l'on veut unifier cette matière entre les deux parties du canton, l'unification doit se faire en adoptant les émoluments les plus bas, qui sont ceux appliqués dans l'ancien canton et qui s'élèvent à 3 fr. pour chaque protêt.

Les délais prévus par le premier paragraphe de l'art. 59 de la loi fédérale sont ceux qui se trouvent fixés aux art. 795 et 798 du code civil français, c'est-à-dire que, d'après l'art. 795, l'héritier a trois mois pour faire inventaire et 40 jours pour délibérer

sur son acceptation ou sur sa renonciation à la succession. À teneur de l'art. 798 du code civil, l'héritier peut, après l'expiration des délais prévus à l'art. 795, demander un nouveau délai au tribunal.

D'après l'art. 2103 nº 4 du code civil français, les architectes, entrepreneurs, maçons et autres ouvriers employés pour édifier, reconstruire ou réparer des bâtiments, ont un privilège sur les immeubles édifiés, reconstruits ou réparés, à condition que par un expert nommé d'office par le président du tribunal, il ait été dressé préalablement un procèsverbal, à l'effet de constater l'état des lieux, etc.; suivant l'art. 87 du projet de loi, cet expert sera nommé par le président du tribunal dans le ressort

duquel les bâtiments sont situés.

Le second alinéa de l'art. 88 du projet renferme une disposition très importante, qui sera bien accueillie dans le Jura. Cette disposition porte que « l'hypothèque légale des mineurs et des interdits sur les biens de leurs tuteurs est supprimée. » Cette hypothèque était tombée en désuétude dans le Jura protestant, jusqu'au moment où la loi du 25 février 1888 sur la Caisse hypothécaire et le décret d'exécution de cette loi l'ont fait revivre en exigeant qu'elle soit inscrite au bureau des hypothèques. Cette résurrection de l'hypothèque légale des mineurs, qui est générale et frappe tous les immeubles possédés par le tuteur, le prive de tout crédit et a pour conséquence que personne ne veut plus accepter de tutelle ou curatelle.

La commission estime que la loi sur la tutelle renferme des dispositions suffisantes pour protéger les mineurs et les interdits et elle approuve, dans sa majorité, la suppression de l'hypothèque légale qui résulte en leur faveur de l'art. 2121 du code civil

français.

L'art. 89 du projet de loi concerne la partie catholique du Jura, dans laquelle existe encore l'enregistrement. Il porte que les pièces concernant la poursuite pour dettes et les faillites, ainsi que les actes de protêt, ne sont pas soumis à l'enregistrement. Votre commission est unanime pour vous

recommander d'approuver cet article.

L'article 90 statue que l'art. 2151 du code civil français est également applicable en ce qui concerne les créances garanties par privilège sur des immeubles, ce qui veut dire que les créanciers ayant privilège sur des immeubles ont le droit d'être colloqués pour deux années d'intérêt échues et l'année courante au même rang que pour le capital. Telles sont les modifications introduites dans la législation du Jura par le projet de loi. Sauf le second alinéa de l'art. 88, elles sont peu importantes. Dans la discussion qui a eu lieu au sein de votre commission, j'ai signalé diverses autres questions qui me semblent devoir être aussi réglées par la nouvelle loi. Ces questions sont notamment les suivantes:

1º La régularisation des droits de la femme, en cas de cession de biens ou de faillite de son mari. Il me semble nécessaire d'unifier sur ce point les législations du Jura et de l'ancien canton. L'hypothèque légale accordée à la femme jurassienne par le code civil français est dans la plupart des cas illusoire, surtout si le mari ne possède pas d'immeubles, ce qui se présente fréquemment.

2º En ce qui concerne le bénéfice d'inventaire, les dispositions prévues aux art. 793 et suivants du code civil français, devraient être modifiées dans le sens des dispositions du code civil bernois qui statuent que les créanciers qui ne produisent pas leurs réclamations dans le délai fixé, sont forclos.

3º L'action résolutoire accordée au vendeur, par l'art. 1654 du code civil français, pour le cas où l'acheteur ne paie pas le prix de vente, devrait être

supprimée, dans l'intérêt du crédit public.

J'ajouterai que l'hypothèque judiciaire, prévue à l'art. 2123 du code civil français, est supprimée par l'art. 95 de la présente loi n° 16, ainsi que d'autres nombreuses dispositions du code civil français.

Je suis complètement d'accord sur la suppression de l'hypothèque judiciaire dans le Jura. Dans la séance du Grand Conseil, du 23 novembre 1887, je m'exprimais dans les termes suivants au sujet de cette hypothèque: « Quant à l'hypothèque judiciaire, « j'aurais voulu la supprimer dans l'intérêt du crédit « public, dans l'intérêt aussi du crédit particulier du « débiteur et afin de lui épargner les frais consi-« dérables qu'elle lui occasionne. L'hypothèque judi-« ciaire est une hypothèque générale qui frappe tous « les biens immobiliers du débiteur et qui peut être « prise en vertu d'un jugement, d'une transaction « en justice et même d'un simple commandement « de payer resté sans opposition. Elle permet aux « créanciers sur place de se créer arbitrairement des « hypothèques au détriment des créanciers plus « éloignés; elle est un stimulant aux poursuites et « une fois qu'en vertu d'un jugement, ou d'un simple « commandement de payer, une hypothèque générale « est prise sur les immeubles du débiteur, celui-ci « n'a plus de crédit, et les frais pour l'établir et « surtout pour la radier sont considérables.... Aussi « cette hypothèque a-t-elle été abrogée en Belgique, « à Genève, dans les provinces du Rhin et dans le « Jura protestant ».

Par ces motifs, j'approuve complétement l'abro-

gation de l'art. 2123 du code civil français.

En terminant, je ne puis m'empêcher d'appeler l'attention des membres du Grand Conseil, et en particulier des représentants du Jura, sur les complications qui résulteront pour la nouvelle partie du canton de l'application de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite, et de la loi que nous discutons pour régulariser cette application.

Vous savez que l'Acte de réunion de l'ancien évéché de Bâle au canton de Berne en 1815 avait supprimé en principe la législation française; cette disposition ne fut appliquée que partiellement et, dans la constitution de 1846, ce qui restait encore en vigueur de cette législation, fut garanti au Jura sous réserve de revision; malheureusement cette revision commencée de 1869 à 1872, dans le sens de l'unification de la législation civile pour les deux parties du canton n'a pas été poursuivie, parce qu'à cette époque on espérait que la nouvelle Constitution fédérale, qui posait le principe de l'unification du droit civil dans toute la Confédération, serait acceptée par le peuple suisse. Cette espérance ayant été déçue et l'unification réduite à quelques parties du droit civil, la Confédération a élaboré un code des obligations qui est entré en vigueur le 1er janvier 1883. Par

l'introduction de ce code on a abrogé plusieurs titres très importants du code civil et du code de commerce. La loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite, et celle que nous discutons en ce moment pour mettre la première à exécution, nécessitent de nouvelles mutilations et l'abrogation de nombreux articles du code civil et du code de commerce.

Par suite de ces abrogations successives on a créé un tel gâchis, un tel dédale dans l'état de la législation civile du Jura, qu'il n'est plus possible aux meilleurs jurisconsultes jurassiens de se reconnaître dans ce labyrinthe et d'indiquer avec assurance ce qui est abrogé et les débris qui restent encore en vigueur. Il y a nécessité urgente de mettre au plus tôt de l'ordre dans cette matière confuse et embrouillée, et le seul moyen pour y arriver consiste à reprendre l'œuvre d'unification du droit civil dans le canton de Berne, suspendue depuis 1872 et que nous avons réclamée en vain, depuis lors, à plusieurs reprises par voie de motions. J'ai soulevé de nouveau cette question au sein de la commission et j'ai été heureux d'apprendre par une déclaration de M. le Directeur de la justice qu'il se proposait de s'occuper très prochainement de la revision de nos législations civiles dans le sens de l'unification. Je fais des vœux pour que ces travaux, dans ce noble but, soient bientôt couronnés de succès.

M. Folletête. Ce projet de loi, qui vise l'application du code fédéral de poursuites et qui a été élaboré avec beaucoup de soin, je me plais à le dire, par M. le conseiller d'Etat Lienhard, renferme, Messieurs, des dispositions appelées à produire une perturbation considérable dans la législation jurassienne. Plusieurs principes des lois encore en vigueur dans le Jura sont directement visés et le code civil français, qui régit cette partie du pays, en recevra une nouvelle et très grave atteinte. Je ne sais encore si nous pourrons nous déclarer d'accord sur toutes les innovations qui nous sont présentées, et notamment sur toutes les dispositions des art. 85 à 90, spécialement relatifs au Jura, ainsi que sur certaines dispositions abrogatoires du titre VI du projet. Je suis donc obligé de réserver, pour le moment, notre attitude quant aux modifications que l'on se propose d'introduire comme conséquence de l'application de la nouvelle loi fédérale. Mais, en attendant, je voudrais toucher un point que j'envisage comme étant de la plus haute importance pour le crédit public: je veux parler de l'hypothèque judiciaire, qui existe dans les districts catholiques en vertu de l'art. 2123 du code civil dont on propose l'abrogation, aussi bien de l'hypothèque générale résultant d'un jugement que de celle prise ensuite d'une ordonnance d'exécution résultant d'un commandement non suivi d'opposition. Je ne serais pas embarrassé de vous démontrer, Messieurs, que l'hypothèque judiciaire offre de très grands avantages, aussi bien pour le débiteur que pour le créancier, et qu'on ne l'abolira pas sans nuire gravement au crédit public dans nos contrées. Ce n'est toutefois pas le moment d'entrer dans des développements à ce sujet, et mon intention, aujourd'hui, est seulement de poser la question de la conservation

de l'hypothèque judiciaire, dans l'idée qu'elle fera l'objet d'un examen approfondi d'ici au second débat. S'il m'était permis cependant de vous signaler dès maintenant une fâcheuse conséquence de la suppression qu'on vous propose, j'examinerais le côté humanitaire de cette institution. Personne n'aura le droit de s'étonner de cette expression, quand on examine de plus près les rapports entre créancier et débiteur. Messieurs, que veut la plupart du temps le créancier qui met un débiteur en poursuite? Il cherche tout d'abord à se procurer une garantie, et s'il l'obtient, il est amené à cesser ses poursuites, son intérêt lui commandera même de ne pas pousser le débiteur à bout, d'user de ménagements à son égard, et de lui laisser le temps de trouver des ressources. Nous voyons cela tous les jours dans la pratique.

Vous comprendrez donc nos réserves, Messieurs, vous comprendrez que nous ne puissions abandonner d'emblée, et le cœur léger, une institution dont nous nous sommes bien trouvés jusqu'ici, et qui est certainement tout à l'avantage du débiteur. Mais M. le directeur de la justice vient de dire que le chapitre des dispositions relatives au Jura n'est pas définitif, et il a même déclaré qu'il se propose de le faire examiner de plus près par des jurisconsultes jurassiens, qu'il convoquera à cet effet dès le commencement de l'année prochaine. Je sais gré pour mon compte à M. Lienhard d'avoir eu cette heureuse idée, et j'attends de bons résultats de la conférence qu'il se propose d'organiser. Je ne crois pas trop m'aventurer en disant qu'on finira par s'entendre sur bien des points, mais non pas sur celui de l'abrogation de l'hypothèque judiciaire. On trouvera, j'en suis convaincu, parmi les hommes d'affaires, et dans le commerce, une résistance à laquelle on ne paraît pas s'attendre. Ce n'est pas le moment d'insister davantage. Il suffit que nous ayons réservé absolument notre attitude à cet égard, et que la question reste intacte jusqu'à la consultation que l'on annonce vouloir provoquer. Je crois qu'une réunion de juristes du Jura au courant des détails de leur législation est effectivement le vrai moyen d'arriver à élucider certaines questions qui sont encore douteuses, dans le but de sauvegarder comme ils le méritent les intérêts de cette partie du pays.

Sous le bénéfice de ces réserves, je déclare ne faire aucune proposition, confiant que je suis qu'après avoir entendu l'opinion des légistes jurassiens, la commission ne voudra pas maintenir au projet des dispositions qui porteraient grief à l'économie de

notre législation civile.

M. Moschard. Je déclare me placer en cette matière au même point de vue que M. Jolissaint. (Mouvement.) C'est chose rare, j'en conviens (Rires); mais, Messieurs, mes idées centralisatrices ne datent pas d'hier, et je n'en ai jamais fait mystère. Oui, je suis centralisateur; oui, je suis partisan de l'unification du droit, et je regrette profondément qu'on n'ait jamais eu le courage jusqu'ici d'aborder franchement la revision générale de nos lois civiles en vue d'une législation uniforme. Si nous n'avions en Suisse qu'un seul et unique code civil, comme tout irait

mieux, comme tout serait plus simple! Comme l'application de la loi fédérale sur la poursuite serait plus facile! Car, ne nous dissimulons pas les nombreuses difficultés qu'on rencontrera pour concilier les dispositions de ce code des poursuites avec les lois civiles des 22 cantons, avec notre code civil bernois et notre code civil français en particulier. Nous nous trouvons déjà dans un dédale, dans une confusion inextricable; que sera-ce quand le code des poursuites viendra encore grossir les difficultés? Espérons cependant qu'à force d'efforts et de patience nous en sortirons. Notre situation est analogue à celle qui existait en France à la fin du siècle dernier, où ce pays était régi par une quantité de statuts et de législations provinciales. C'est alors que Napoléon Ier, avec son énergie de fer et sa grande perspicacité, conçut l'idée de doter la France d'un code unique et arriva effectivement à créer ce monument de législation qui s'appelle le Code Napoléon. En 1815, lorsque le ci-devant Evêché de Bâle fut réuni au canton de Berne, l'Acte de réunion déclara formellement qu'en principe la législation française était abolie dans les parties de l'Evêché où elle existait encore et que le gouvernement était chargé de fixer l'époque où cette abrogation pourrait avoir lieu, mais l'on n'eut pas le courage de marcher dans la voie tracée. L'œuvre d'unification dont on avait posé le principe ne fut pas entreprise dans son ensemble; les gouvernements qui se sont succédés pendant trois quarts de siècle ont tous reculé devant cette œuvre. Ils se sont bornés à supprimer de temps à autre quelques dispositions du code français et à barioler et embrouiller avec des dispositions des lois bernoises notre législation jurassienne. Il en est résulté cette confusion, ce labyrinthe dont M. Jolissaint parlait tout à l'heure et dans lequel les juristes les plus éclairés ont mille peines à se reconnaître. Ajoutez à cela que les arrêts de la Cour d'appel, au lieu d'établir une jurisprudence constante, n'ont fait qu'aggraver la situation. Ces arrêts ont toujours manqué d'uniformité et d'unité sur cette matière: tantôt la Cour déclarait que les lois bernoises devaient prévaloir, tantôt que c'était la législation française qui ferait règle. Et à l'heure qu'il est, l'on n'est point encore fixé sur bien des questions que la législation a laissées dans l'ombre et que la jurisprudence des tribunaux n'est point parvenue à tirer de leur obscurité. Voilà où nous en sommes et voilà ce que, pour ma part, je regrette vivement. Depuis 50 ans j'ai toujours fait mon possible — j'ai le droit de le dire — pour nous tirer de cette fâcheuse situation, mais j'avoue que je n'ai pas toujours réussi. Il faut beaucoup de courage pour entreprendre une œuvre aussi difficile et surmonter tous les obstacles et toutes les résistances. Espérons cependant qu'on finira par comprendre la nécessité de suivre l'exemple de Napoléon Ier et de remplacer notre législation bigarrée par un code unique. La Confédération ne manque pas de jurisconsultes à la hauteur de cette tâche.

Après ces quelques considérations générales sur une question digne à coup sûr de toute votre sollicitude, je tiens à déclarer d'entrée que je ne m'oppose nullement à une revision partielle de notre code civil et que notamment l'abrogation de l'hypo-

thèque légale des mineurs a toute mon approbation. Dans la partie protestante du Jura, grâce à cette hypothèque des mineurs et des interdits sur les biens de leur tuteur, on est menacé de ne plus trouver de personnes disposées à accepter les tutelles. Il est vrai qu'on peut forcer un citoyen à gérer une tutelle pendant deux ans, mais ce laps de temps écoulé, le tuteur se retirera généralement, et on sera obligé d'en désigner un autre, qui ne manquera pas non plus de se démettre de cette charge deux ans plus tard. La raison de ces refus est facile à comprendre. Un tuteur ne possède plus le crédit dont il jouissait avant d'avoir été investi d'une tutelle, parce que ses biens sont frappés d'une hypothèque au profit des personnes dont il gère la fortune. S'il se rend dans une banque ou chez un bailleur de fonds quelconque à l'effet d'emprunter une somme dont il a besoin pour faire marcher son commerce ou son industrie, qu'arrive-t-il? On court au secrétariat de préfecture, où l'on découvre qu'une hypothèque légale grève les biens de cet emprunteur. Celui-ci reçoit alors la réponse suivante: Vos biens ne sont pas francs, vous ne pouvez pas nous donner première hypothèque; nous sommes donc obligés, à notre grand regret, de vous fermer notre caisse. Ainsi voilà un citoyen, honnête et laborieux, que cette institution de l'hypothèque légale peut parfaitement conduire à sa ruine, en le mettant dans l'impossibilité de faire usage du crédit dont il jouirait s'il n'était pas tuteur. Est-ce juste, Messieurs, est-ce tolérable? Nous n'avions pas précédemment cette hypothèque légale sur les biens des tuteurs dans les districts protestants, ou du moins, si nous l'avions, elle était si complètement tombée en désuétude qu'elle n'était plus appliquée; au milieu de la confusion qui régnait dans notre législation, on l'avait petit à petit laissé disparaître. Mais au mois d'avril de l'année courante, le décret que vous avez adopté pour l'exécution de la loi de 1888 modificative du code civil français, a fait revivre cette hypothèque et l'a réintroduite en en exigeant l'inscription. Il en est résulté une grande perturbation dans les affaires, et cette mesure n'a certes pas été à l'avantage du crédit public. Aujourd'hui on nous propose la suppression de l'hypothèque légale des mineurs sur les biens de leur tuteur: je déclare que, pour mon compte, j'y souscris avec empressement, car j'envisage l'abolition de ce privilège comme un véritable bienfait pour le Jura.

Il y a encore une autre disposition heureuse dans le projet de loi que nous discutons en ce moment, et j'estime qu'on a bien agi en l'y introduisant d'emblée, sans même attendre les résultats de la consultation dont a parlé M. le directeur de la justice. Cette disposition est celle qui supprime l'hypothèque judiciaire. Il est temps enfin que l'on songe à affranchir le Jura catholique de cette institution qui a existé jusqu'ici, on peut le dire, au grand détriment de la morale publique et qui facilite extraordinairement les abus et les fraudes. Elle permet à deux fripons, par exemple, de s'entendre pour frustrer leurs créanciers. L'un se reconnaît débiteur envers l'autre, quoiqu'il ne lui doive rien, et ce dernier s'empresse de prendre inscription sur les biens de son complice pour obtenir paiement de la somme fixée dans la liquidation à intervenir et ainsi tromper, voler les créanciers légitimes. Je ne prétends pas, Messieurs, que les cas de ce genre soient fréquents, mais ils peuvent facilement se produire et vous serez d'accord avec moi qu'il faut en finir avec un système qui ouvre la porte à de pareils abus.

J'aurais encore d'autres points à relever dans le projet de loi soumis à vos délibérations, mais je ne veux pas abuser de votre attention. Je finirai en formulant le vœu qu'on ne s'arrête pas de nouveau à mi-chemin dans la voie de l'unification du droit. J'ai, pour mon compte, constamment travaillé dans ce but depuis que je m'occupe des affaires publiques et je serai heureux de pouvoir y contribuer encore dans la mesure de mes faibles forces. Mais, Messieurs, laissez-moi le redire, si l'on veut des lois uniformes pour toute la Suisse, qu'on ne procède plus par parties brisées, mais qu'on entreprenne résolûment l'élaboration d'un code civil. Pour faire œuvre durable, c'est par les fondements qu'il faut commencer, et non pas par le toit, comme on l'a fait jusqu'ici. (Bravos.)

Die §§ 88-90 werden unverändert angenommen.

Titel VI.

Nebergangs = und Schlußbestimmungen.

§ 91.

Ohne Bemerkung angenommen.

\$\$ 92-94.

Lienhard, Juftizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Die §§ 92—94 sind eine Konfequenz der Borschrift des Bundesgeselsels, wonach auf 1. Januar 1893 das Borrecht der Obligation aushört, sosern nicht die Obligationsforderung und das Datum des Borrechts in ein öffentliches Buch eingetragen sind. Wir müssen also ein öffentliches Buch schaffen, damit die Obligationen noch bis zu dem ihnen gesetzten letzten Termin — 1. Januar 1900 — fortbestehen können. Der Wortlaut des vorliegenden Gesetzes stimmt mit dem Wortlaut des vorliegenden Gesetzes stimmt mit dem Wortlaut des Vundesgesetzes nicht ganz überein. Dasselbe spricht nur von den eigentlichen Obligationen und den Fällen, wo in einem Grundpfandgeschäft der Kang der Obligation eingeräumt wurde. Es gibt aber noch andere Forderungen, denen bis setzt ebenfalls Obligationsrang eingeräumt war, und sich nehme an, sür diese solle das Privileg ebenfalls dis zum 1. Januar 1900 fortbestehen, sosern sie auch in das öffentliche Buch eingeschrieben werden. Ich sagte beshalb in § 92 ganz allgemein: "Forderungen, für welche vor dem 1. Januar 1892 das Vorrecht der Oblis

gation nach bernischem Recht begründet worden ist . . ." Für privilegirte Forderungen, die auf Urkunden basiren, welche in das Grundbuch eingetragen sind, ist natürlich eine Eintragung in dieses neu einzurichtende Buch nicht nothwendig.

Es war nun nicht angezeigt, alle die kleinen Bestimmungen über Anlage des Buches, Löschungen, Gebühren 2c. hier in's Gesetz aufzunehmen, sondern es müssen dieselben in ein Dekret verwiesen werden, schon deshalb, weil sie nur vorübergehende Geltung haben und nach dem Jahre 1900 ganz dahinfallen. — Ich empsehle Ihnen die §§ 92—94 zur Annahme.

Angenommen.

§§ 95 und 96.

Lienhard, Juftigdirettor, Berichterftatter bes Regierungsraths. Es war eine etwas muhevolle Arbeit, aus der gesammten alt- und neubernischen Gesetzgebung und den 38 Bänden der Gesetsammlung alles das qu= fammenzusuchen, mas durch die Neuordnung der Dinge ganz oder theilweise aufgehoben wird. Allein ich glaubte mich diefer Arbeit nicht entziehen zu konnen. Der früher befolgte Modus, wonach gesagt wurde, es sei alles auf= gehoben, was mit den neuen Bestimmungen im Wider= spruch stehe, ist offenbar kein praktischer und hat für das Bublikum große Inkonvenienzen im Gefolge, indem der einzelne Bürger darüber im Unsichern ist und oft sogar prozesfiren muß, ob diefe oder jene Bestimmung abge= schafft sei oder noch gelte; ber Einzelne muß sich opfern, um Klarheit in unfere Rechtsordnung zu bringen. Schon im Einführungsgesetz zum Obligationenrecht gab man fich Mühe, alle Bestimmungen, die aufgehoben wurden, aufzuzählen. Den gleichen Modus glaubte ich ebenfalls befolgen zu follen.

Es sind jedoch im vorliegenden Entwurf einige Modifikationen anzubringen. In Ziffer 10 muß der Schluß von "die Zusatzbestimmungen" an gestrichen werden. Es hatte dieser Passus Bezug auf den Entwurf des Regierungsraths und ist aus Versehen hier stehen geblieben. In Ziffer 16 sind die Art. 1265—1270 zu streichen, weil dieselben bereits durch das Einsührungsgesetz zum Obligationenrecht aufgehoben sind, was ich übersehen hatte. Ferner wurde in dieser Ziffer durch den Drucker falsch gesett "Art. 2103, Ziff. 3, 4 und 5" statt "Art. 2102, Ziff. 3, 4 und 7". Endlich sind die Art. 2116, 2134, 2148 und 2159, sowie das Gesetz vom 3. September 1807 zusammenzustellen mit der Beifügung "soweit sie auf die gerichtliche Hypothet Bezug haben."

Im übrigen glaube ich, das Berzeichniß sei möglichst vollständig. Da man aber nie sicher ift, ob einem nicht doch vielleicht etwas entgangen ist, so werde ich jedenfalls vor der zweiten Berathung diesen Artisel noch einem Sachverständigen unterbreiten, um auch von anderer Seite prüsen zu lassen, ob nichts vergessen oder irgendwo zu weit gegangen sei.

Diesem Paragraphen mußte ein weiterer beigefügt werden, um festzustellen, daß die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes im neuen Kantonstheile gültig erworbenen und rechtzeitig eingeschriebenen gerichtlichen Hypotheken und gesetzlichen Hypotheken der Minderjährigen und Bevogteten auch in Zukunft zu Recht bestehen bleiben und durch die Aussebungsbestimmungen nicht berührt werden. Ihrem Wesen nach werden übrigens diese Hypotheken sehr rasch verschwinden.

Whß, Berichterstatter der Kommission. Die Aufsebung der in den Ziff. 7 und 8 des § 95 genannten Satzungen des bernischen Civilgesethuches ist einsach die Konsequenz der in den §§ 75 ff. aufgestellten Bestimmungen über das eheliche Güterrecht. Je nachdem der Abschnitt über das eheliche Güterrecht in der zweiten Lesung Abänderungen erleiden wird, werden auch die Ziff. 7 und 8 des § 95 abgeändert werden müssen, worauf ich schon jetzt hinweisen zu sollen glaube.

Die §§ 95 und 96 werden mit den von Herrn Justizdirektor Lienhard beantragten Modifikationen zu § 95 angenommen.

Auf die Frage des Präsidenten, ob man auf einzelne Paragraphen zurückzukommen wünsche, meldet sich niemand zum Wort.

Es folgt hierauf die

Generalabstimmung.

Für Annahme des Gesetzes . . Große Mehrheit. Für Verwerfung desselben . . Niemand.

Wahlen:

(Behufs Beschleunigung der Wahlverhandlungen wird das Büreau verstärkt durch die Herren Großräthe Gugger und Siegerist.)

1) Wahl eines Mitgliedes der Bittschriftenkommiffion.

Bei 186 Stimmenden erhalten im ersten Wahlgang: Herr Großrath Mouche 117 Stimmen. """"""""""""""""""""""""

Die übrigen Stimmen zersplittern fich.

C8 ist somit gewählt Herr Großrath J. Mouche, Rotar, in Pruntrut.

2) Wahl eines Ständerathes für den Schluf des Jahres 1890.

Bei 198 Stimmenden fallen im ersten Wahlgang auf Herrn Regierungsrath Lienhard 140 Stimmen,
"Großrath Ballif 51 "
Die übrigen Stimmen zersplittern sich.

Gewählt ist somit Herr Regierungsrath Lienhard in Bern.

3) Wahl zweier Ständerathe für das Jahr 1891.

Bei 178 Stimmenden erhalten im ersten Wahlgang: Herr Regierungsrath Eggli 166 Stimmen.

" Großrath Ballif 38 " Die übrigen Stimmen zersplittern sich.

Gewählt find somit die Herren Regierungsrathe Eggli und Lienhard in Bern.

4) Wahl eines Mitglieds des Obergerichts.

Bei 125 Stimmenden wird im ersten Wahlgang mit 118 Stimmen (übrige Stimmen zersplittert) gewählt:

Berr Fürsprecher Rudolf Rocher in Bern.

5) Wahl eines Regierungsstatthalters von Courtelary.

Vorschläge des Amtsbezirks.

1) herr Albert Locher, Amtsverweser in St. Immer. 2) " Notar Prêtre in Courtelary.

Vorschläge bes Regierungsraths.

1) herr Großrath Albert Boifin , Maire in Corgémont.

2) ", Großrath Marchand, Notar in St. Immer.

Bei 124 Stimmenden wird im ersten Wahlgang mit 118 Stimmen (übrige Stimmen vereinzelt) gewählt:

herr Albert Locher, Amtsverwefer in St. Immer.

6) Mahl eines Gerichtspräfidenten von Neuenftadt.

Borichläge des Obergerichts.

1) herr Paul Charmillot in St. Immer.

2) " Joliffaint, Notar in Tramlingen.

Borichläge des Amtsbezirks.

1) Berr Caffot, Rotar in Bern.

2) " Wyß, Notar in Neuenstadt.

Bei 113 Stimmenden wird im erften Wahlgang mit 109 Stimmen (übrige Stimmen vereinzelt) gewählt: Herr Notar Caffot in Bern.

7) Wahl von Stabsoffizieren.

Bei 136 Stimmenden werden im ersten Wahlgange ernannt:

- a) Zu Majoren der Infanterie des Auszugs die Herren
- 1) François Joseph Bechir, geb. 1855, Geometer in Pruntrut, seit 1884 Hauptmann im Bataillon 24, mit 131 Stimmen:
- 2) Karl Müller, geb. 1853, Redaktor in Bern, Hauptmann im Bataillon 28, mit 132 Stimmen.
 - b) Zu Landsturmmajoren ber Infanterie die herren
- 1) Johann Sarnisch in Wahlern, geb 1834, Bataillon 32, Hauptmann seit 1867, mit 128 Stimmen;
- 2) Alexander Nägeli, von und in Guttannen, geb. 1846, Bataillon 36, Hauptmann seit 1871, mit 128 Stimmen.

Strafnachlaggefuche.

Die in Nr. 31 ber Beilagen zum Tagblatt bes Großen Rathes von 1890 näher bezeichneten Strafnachlaßgesuche werden fämmtlich nach den übereinstimmenden Anträgen der Regierung und der Bittschriftenkommission erledigt.

Naturalisationsgesuche.

Die in Nr. 32 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rathes von 1890 näher bezeichneten Personen werden bei 146 Stimmenden (ersorderliche 2/s=Mehrheit 98) in's bernische Landrecht aufgenommen, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die Naturalisation erst mit der Zustellung des Naturalisationsattes in Wirksamkeit Itritt, und zwar:

1) Konrad Rauf, Gießermeister in Thun, mit 145

Stimmen.

- 2) Rupert Gagner, Bierbrauer in Bern, mit 143 Stimmen.
- 3) Friedrich Wilhem Uhlvers, Reitlehrer in Bern, mit 143 Stimmen.
- 4) Johann Baptist Buillemin, Apotheker in Biel, mit 144 Stimmen.
- 5) Bogdan Simon Johann Orum, stud. jur. in Bern, mit 134 Stimmen.
- 6) Heinrich Karl Cichinger, Uhrensteinfabrikant in Erlach, mit 143 Stimmen.
- 7) Marie Pauline Philippine Bott geb. Cornaz, in Neuenstadt, mit 144 Stimmen.
- 8) Franz Guftav Casimir Nahrath, in Neuenstadt, mit 139 Stimmen.
- 9) Johann Prinzing, Buchsenmacher in Bern, mit 133 Stimmen.

Motion der herren Boschat und Choquard betreffend Alkoholschmuggel.

(Siehe Seite 145 hievor.)

M. le Dr Boéchat. La motion que M. Choquard et moi avons déposée au mois de juillet, ne vise pas toute la partie du canton de Berne qui forme limite de la Suisse. Elle a trait seulement à ce coin du district de Porrentruy où se trouve, sur le territoire de la commune de Beurnevésain, le point de jonction des frontières de la Suisse, de la France et de l'Allemagne.

La contrebande de l'alcool n'est possible ni de France en Suisse, ni d'Allemagne en Suisse, et cependant il est facile de montrer combien elle est

facilitée sur ce point de notre frontière.

La sortie de l'alcool de France en Suisse est réglée par le traité de commerce. L'hectolitre d'alcool coûte en moyenne en France 65 fr.; il a de plus à supporter 156 fr. 25 de droits de consommation, de sorte que, livré au commerce intérieur, il revient à 221 fr. 25.

Par contre, l'alcool qui sort de France est exonéré des droits de consommation. Pour cela, l'exportateur doit se munir, à la régie, d'un acquit à caution dont le contenu est vérifié conforme au bureau des douanes.

La frontière franchie, l'acquit à caution doit être visé au bureau suisse des péages, et retourné par celui-ci au bureau français d'où il provient.

La fraude n'est pas possible, car si l'acquit ne rentrait pas à la douane française, le marchand qui a vendu l'alcool aurait à payer triple droit, soit 488 fr. 75.

Cela n'arrive jamais.

Il n'y a pas non plus intérêt à introduire en Suisse de l'alcool français, car les droits, y compris le monopole, ajoutés au prix d'achat, l'amènent à 1 fr. 65 le litre. Aussi rien d'étonnant à ce qu'il ne soit pas sorti du bureau de Réchésy un seul litre d'alcool pur à destination de la Suisse, depuis le 1er novembre 1889.

L'Allemagne a de même avec la Suisse un arrangement semblable. Il faut que l'alcool allemand passe au bureau suisse pour avoir droit à la prime

d'exportation.

Les choses se passent tout autrement entre la France et l'Allemagne. Il n'y a pas d'accord entre les deux pays. L'exportateur qui veut introduire de l'alcool de France en Allemagne, est accompagné jusqu'à la frontière alsacienne par un employé du bureau français. Arrivé à la limite des deux puissances, celui-ci remet directement l'acquit à caution à l'exportateur: c'est à l'autre maintenant à s'en tirer.

C'est ici que la chose devient intéressante pour nous. La frontière des trois pays limitrophes est couverte d'épaisses forêts. Dans ces dernières années on a fait, dans ces bois, une coupe de trois mètres de large, le long de la ligne de démarcation, de manière à bien dégager les bornes internationales. Cette éclaircie existe entre la France et l'Allemagne et entre la Suisse et l'Allemagne. Entre la Suisse et la France il n'y a pas eu de coupe, mais il existe un sentier bien connu, dans le pays, sous le nom de sentier des contrebandiers.

Les contrebandiers portent l'alcool dans des bidons en fer blanc. Ils suivent les sentiers de la frontière, soit entre la Suisse et la France, soit entre l'Allemagne et la Suisse. Ils n'ont qu'un pas à faire, à droite ou à gauche, pour éviter le danger. S'ils ne voient rien de suspect, ils pénètrent en Suisse et vont cacher leur alcool en lieu sûr.

Un contrebandier peut gagner de 6 à 12 francs par nuit d'opérations. Il ne faut donc pas être surpris que ce métier ait tenté pas mal de gens, car il y a de tout parmi eux, des Suisses, des Français, des Alsaciens.

Dans les six premiers mois de cette année 1890, il est sorti de cette manière du bureau de Réchésy 19,000 litres d'alcool pur, dont les garde-frontières n'ont saisi que 573.

Je dois ajouter que la contrebande a notablement diminué dans ces derniers mois, mais au prix

de quels efforts!

Āvant le monopole, il y avait, dans le district de Porrentruy, 12 gendarmes pour le service de la frontière, de Charmoille à Boncourt. Actuellement il y en a 32, soit 20 de plus, dont 7 à Bonfol, 5 a Beurnevésain, et 3 à Lugnez, c'est-à-dire sur les points les plus menacés. De son côté, la douane française s'est aperçue qu'une partie des fraudeurs laissait tranquillement repartir en avant l'employé du bureau, et rentrait en France derrière lui, ou sur un autre point, par le sentier des contrebandiers. Aussi l'administration a-t-elle fait occuper fortement la frontière.

Du côté alsacien, il y a en moyenne cinq douaniers allemands, chargés de refouler les contrebandiers. Vous le voyez, Messieurs, des mesures sérieuses ont été prises pour réprimer la fraude; mais l'alcool passera quand même, car il est bien difficile de saisir des gens qui traversent la forêt au milieu de la nuit et qui connaissent tous les buissons et toutes les cachettes.

Le service des gendarmes, malgré leur nombre, est pénible à la frontière. Il y a du mérite, pour ces jeunes gens, à rester, pendant des nuits entières, immobiles, dans un coin, par tous les temps, à

guetter les fraudeurs.

S'il ne s'agissait, dans cette affaire de contrebande, que d'une perte d'argent, accompagnée d'une augmentation de dépenses pour la Confédération, il ne m'appartiendrait pas de me faire ici l'avocat de la répression de la fraude! Mais il y a une question plus haute qui me touche comme médecin: c'est l'alcoolisme.

Nous avons vu la loi du monopole enrayer, dans une certaine mesure, la consommation de l'alcool et par conséquent diminuer l'alcoolisme.

L'alcool des bidons coûte moins cher que le monopole et le litre d'eau-de-vie revient tout au plus à 40 ou 50 centimes, et quelle eau-de-vie!

On ose maintenant peut-être moins boire la goutte à l'auberge, mais on en boit davantage à la maison, les volets fermés. N'avons-nous pas vu, au courant de l'été, des troupes entières de jeunes gens déserter les ateliers, s'établir en pleine forêt et y faire d'abondantes libations de schuaps dont la provenance n'est pas toujours fédérale?

Voilà le mal, voilà la misère que nous devons

combattre de toutes nos forces!

Il est un autre motif à invoquer ici. Parmi nos concitoyens, il en est quelques-uns qui ont pris goût à ce dangereux métier. Lorsque, dans la belle saison, on peut gagner 6 à 12 francs en une heure ou deux de course dans la forêt, à quoi bon le travail? On s'habitue à la paresse, au désordre, jusqu'au jour de l'amende et de la prison. On se repent alors, mais il est trop tard.

Nous croyons donc qu'il y a des mesures à prendre en plus d'une surveillance étroite de la frontière, telle qu'elle est actuellement pratiquée. Ces mesures, nous n'avons pas à les indiquer ici, mais nous pensons que le gouvernement saura agir au moment opportun. Pour ces motifs, nous demandons au Grand Conseil de renvoyer notre motion

au gouvernement.

M. Stockmar, directeur de la police. Le gouvernement est entièrement d'accord avec les auteurs de la motion sur la nécessité de réprimer énergiquement la contrebande de l'alcool. Le déficit qu'elle occasionne au fisc est insignifiant en comparaison de l'action démoralisante qu'elle exerce sur la population de la frontière. Par suite des circonstances qui vous ont été exposées par M. le Dr Boéchat, elle est heureusement restreinte à une bande très étroite du territoire, soit au point d'intersection des trois frontières suisse, alsacienne et française. Dès l'établissement du monopole, le département fédéral des douanes et la direction de la police se sont préoccupés de la situation qui vous est signalée

aujourd'hui, et ont cherché d'un commun accord à y porter remède. Le nombre des douaniers chargés de surveiller la frontière jurassienne a été élevé de 35 à 52, et toute l'augmentation a porté sur le district de Porrentruy, et spécialement sur la frontière où se pratique la contrebande de l'alcool. Nous avons en ce moment 28 douaniers échelonnés sur la ligne de Boncourt à Charmoille, et si ce nombre paraît insuffisant, la Confédération n'hésitera pas à l'augmenter. Je crois cependant que l'on pourra s'en contenter, à moins que l'élévation projetée des droits de douane n'amène une recrudescence de la contrebande sur d'autres articles, ce qui est malheureusement possible. Quoi qu'il en soit, la contrebande de l'alcool est limitée à ce seul point, et si la surveillance a laissé à désirer dans les premiers temps de l'exploitation du monopole, elle s'exerce actuellement dans des conditions qui en assurent l'efficacité. Les mesures que proposent les auteurs de la motion, et dont ils m'ont entretenu, rendraient la contrebande complètement impossible, je le reconnais d'autant plus volontiers que je les ai moi-même recommandées au département fédéral des douanes. Malheureusement il ne dépend pas de nous d'amener un accord sur ce point entre les administrations alle-mande et française. En attendant une convention formelle, qui pourrait rencontrer des difficultés de plus d'une sorte, on est arrivé récemment à établir un modus vivendi qui nous offre toutes les garanties désirables. Chacun sait que la contrebande de l'alcool se base sur le remboursement de la prime d'exportation. Or depuis quelque temps, le receveur des douanes françaises de Réchésy fait surveiller l'exportation jusqu'à l'extrême frontière alsacienne, et les douaniers allemands sont maintenant pour ainsi dire en permanence sur ce point. La contrebande est donc devenue extrêmement difficile, et c'est ce qui explique qu'il ne se soit fait depuis deux mois qu'une seule expédition d'alcool de Réchésy, - expédition qui a d'ailleurs bien mal tourné pour les contrebandiers et les recéleurs, qui sont tous poursuivis en ce moment par les autorités françaises. J'ai reçu hier un rapport très concluant sur ce sujet: je le tiens à la disposition de M. le Dr Boéchat.

En résumé, nous sommes tout disposés à recommander au département fédéral des douanes les mesures qu'ont en vue les auteurs de la motion et à lui demander de prendre l'initiative d'un accord international pour la répression de la contrebande de l'alcool. Mais nous désirons auparavant poursuivre l'expérience qui se fait en ce moment, et qui aura pour effet, à ce que nous croyons, de sup-primer radicalement cette contrebande. Si, contre notre attente, les moyens actuellement employés se montraient insuffisants, nous n'hésiterions pas à de-mander au conseil fédéral d'appliquer ceux que propose M. le Dr Boéchat.

Die Motion wird erheblich erklärt und dem Regierungsrath überwiesen.

Motion des geren Scherz betreffend Revifion des Grofraths. Reglements.

(Siehe Seite 153 hievor.)

Scherz. Geftatten Sie mir, zur Begründung meiner Motion einige Punkte hervorzuheben, die mir als speziell

der Revifion bedürftig aufgefallen find.

Nach § 13 des Reglements ift zur Beschlußfähigkeit des Großen Rathes eine Anwesenheit von 80 Mitgliedern erforderlich, welche Bestimmung, wenn ich mich recht erinnere, sich auf die Verfassung stützt. Nun wissen Sie, wie oft es vorkommt, daß die Reihen des Großen Rathes fehr gelichtet find und wie oft schon die Sitzung wegen mangelnder Beschluffähigfeit aufgehoben werden mußte. Es ift das eine Situation, die der Bürde eines Rathes nicht zuträglich ift, und ich glaube, es sei Zeit, daß man in dieser Beziehung Wandel zu schaffen sucht. Ich glaube, es sollten Mittel und Wege gefunden werden, um die Mitglieder des Rathes mehr an die Sigungen zu feffeln. Um erften Tag der Seffion, bei der Beschäftsbereinigung, kommt es einem fast so vor, als werde von allen Seiten darauf hingearbeitet, die Session möglichst bald dem Schlusse entgegenzusühren. Die Folge ist die, daß es oft an einer genügend gründlichen Berathung der Geschäfte fehlt. Ferner wurde dem Kathe seitens der Presse sich on wiederholt der Borwurf gemacht, daß seit Einfühstung des Referendums viele Geschäfte nur von den Kommussionschaftlichen finder werden die sich dann gemacht, miffionsmitgliedern ftudirt werden, die fich dann auch ausschließlich an der Debatte betheiligen.

Ferner haben wir wiederholt das wundervolle Schauspiel erlebt, daß das Bolk Borlagen, die vom Großen Rathe mit Ginstimmigkeit angenommen wurden, mit Mehrheit verwarf. Dies kommt davon her, ich wenigftens habe diesen Eindruck erhalten, daß viele Mitglieder des Rathes die betreffenden Vorlagen zu wenig studirten und alles der Kommission überließen, weshalb sie da, wo sie hätten Opposition machen sollen, dies unterließen.

Dazu kommt, daß die meisten Mitglieder des Großen Rathes — man darf das schon sagen — nicht aus den Zinsen leben können, weshalb manche die Session auch zur Erledigung von Privatgeschäften benuten muffen, wenn fie nicht Schaben leiben wollen.

Endlich ift noch hervorzuheben, daß es wohl felten einen Landesvertreter gibt, der mahrend der ganzen Dauer der Sitzung mit Aug und Ohr bei der Sache ift. Wäh= rend eines Themas, das weniger Intereffe bietet, wird vielmehr der eine einen Privatbrief schreiben, der andere Akten studiren, Nachschlagungen vornehmen oder ein Votum prapariren. Nun kann man aber hier im Saal mit dem besten Willen nicht wohl schreiben; auch im Borzimmer ift bies fehr oft nicht möglich, fodag ber Betreffende genöthigt ist, die Situng zu verlaffen. Diesem lebelstand scheint mir ebenfalls abgeholfen werden zu sollen.

Ferner stelle ich mir vor, es wäre bei einer Revision des Großrathsreglements auch zu untersuchen, ob nicht ftrengere Bestimmungen gegen das Ausbleiben von einer Sitzung aufgestellt werden follten, ob man nicht bas Taggelb für die Mitglieder erhöhen und hier im Saal beffere Einrichtungen schaffen follte.

Im weitern wird es auch nicht viele Vertreter geben, die beständig orientirt sind, welche Geschäfte noch ruckftandig find. Es tam vor, daß für ein Geschäft hier eine Kommiffion bestellt wurde, und als diefelbe den Gegenstand behandeln wollte, stellte fich heraus, daß ber Regierungsrath das Geschäft noch nicht behandelt hatte. Seither find einige Jahre verfloffen, ohne daß bas betreffende Geschäft zur Behandlung tam. Gin weiteres Beispiel! Ich erlaubte mir in der letten Seffion, eine Motion betreffend Revision des Niederlassungsgesetzes ein= zureichen. Seither erklärte Herr Demme, daß er schon im Jahre 1887 eine bezügliche Motion eingereicht habe, die erheblich erklärt worden fei. Sätte man eine Rontrolle über bie rudftandigen Gefchafte, fo murbe man wahrscheinlich nicht dazu kommen, eine Motion zweimal zu ftellen. Rach meiner Anficht follte jedem Ginlabungs= circular ein gedrucktes Berzeichniß fammtlicher rudftan= bigen Geschäfte beigelegt werden, wobei vielleicht ver-langt werben konnte, daß die Gründe angeführt werden, weshalb das und das Geschäft noch nicht erledigt werden konnte. Es würde badurch, wie ich glaube, einer Berschleppung der Geschäfte, wie fie dem Großen Rathe von vielen Seiten zum Borwurf gemacht wird, vorgebeugt, und es ift auch hier die Würde des Raths, welche verlangt, daß da Wandel geschaffen werde.

Eine weitere Frage wäre die, ob nicht die Zahl der Stimmenzähler um zwei zu vermehren sei. Es scheint mir, die zwei Stimmenzähler seien zu sehr in Anspruch genommen, und wenn der eine abwesend ist, ist kein Stellvertreter da. Ein Grund zu einer solchen Berstärkung des Büreau ist auch der, daß seit der Aufstellung des gegenwärtigen Großrathsreglements die Kommissionen, die gewohnheitsmäßig durch das Büreau bestellt werden, weit mehr Geschäfte erledigen und deshalb eine bedeutend größere Wichtigkeit erlangt haben, als es früher der Fall war. Auch kann man dann der Opposition eine Berstretung im Büreau geben, sofern es der Mehrheit des

Großen Rathes genehm ift.

Ein weiterer Punkt betrifft auch das stenographische Bülletin. Sie wissen, daß nach dem Reglement ein beutscher und ein französischer Stenograph da sein soll. Das war seit langen Jahren nicht mehr der Fall, indem der Ueberseher die Ausarbeitung der französischen Boten besorgt, allerdings in ganz vorzüglicher Weise. Hingegen werden Sie gerade gestern die Beobachtung gemacht haben, daß man dem deutschen Stenographen zumuthet, von morgens 8 Uhr dis nachmittags nach 1 Uhr ununterbrochen zu stenographiren. Es ist das eine Inanspruchenahme, die nicht zulässig ist und einer Aenderung bedarf; man wird für einen zweiten Stenographen sorgen müssen.

Eine fernere Frage, die erörtert werden könnte, wäre die, ob nicht das Inftitut der Interpellation abzuändern sei. Es hat mich stets etwas gestoßen, daß ein Interpellant — sei es von konservativer oder von freisinniger Seite — nach der Antwort der Regierung einsach mundtodt war und nicht einmal erklären konnte, od er defriedigt sei oder nicht. Ich glaube, man könnte ganz wohl dem Interpellanten gestatten, zu sagen, od er dessriedigt sei oder nicht und ihm im letztern Falle das Recht geben, sofort die weitern Schritte einzuleiten in Formzeiner Mahnung oder eines Anzuges, der sosort zu behandeln wäre, sosen die Person, an welche der Anzug oder die Mahnung gerichtet ist, Auskunft geben kann; sür den Fall, daß dieselbe nicht genügend orientirt wäre, müßte natürlich eine Verschiedung gestattet sein. Das jetzige Versahren lähmt die Initiative der Mitglieder. Ist ein Interpellant nicht befriedigt, so muß er den ganzen Apparat nochmals in Bewegung sezen, sodaß es

manchem Mitglied verleidet, eine richtige Initiative zu entfalten.

Eine weitere zu erörternde Frage wäre die, ob nicht zur Prüfung der Naturalisationsgesuche eine Kommission niedergesetzt werden sollte. Es könnten dadurch Ungerechtigkeiten, wie sie schon oft vorkamen — es ist das ein offenes Geheimniß — vermieden werden.

Ich möchte nicht behaupten, daß die von mir angeführten Punkte für eine Revision des Großrathsreglements
maßgebend seien. Ich führte sie an, weil sie mir bei'r
Durchsicht des Reglements als der Abänderung bedürftig
aufsielen. Ich nehme an, daß, falls Sie eine Kommission niedersetzen sollten, dieselbe das ganze Reglement zu
prüsen hätte. Ich könnte mich schon zufrieden geben,
wenn strengere Vorschriften in Bezug auf den Besuch
der Sitzungen aufgestellt und den Geschäftsverschleppungen
vorgebeugt würde. Die Kommission sollte, da viele Detailfragen zur Sprache kommen, etwas stärker bestellt werden,
als dies gewöhnlich der Fall ist. Ich möchte beantragen,
sie aus 9 Mitgliedern zu bestellen und empfehle Ihnen
meine Motion zur Annahme.

Die Motion wird erheblich erklärt und das Büreau beauftragt, eine aus 9 Mitgliedern bestehende Kommission zu bestellen.

Cinführung gewerblicher Schiedsgerichte, sowie von Sandelsgerichten.

Bericht der Regierung, in Beantwortung der Motion des Herrn Großrath Demme vom 3. Juni 1890.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Die von Herrn Großrath Demme am 3. Juni 1890 eingereichte Motion geht dahin, die Regierung sei ersucht, "bis zur nächsten Session über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit der gewerblichen Schiedsgerichte, sowie der Hangelegenheit der gewerblichen Schiedsgerichte, sowie der Handelsgerichte Bericht zu erstatten, eventuell Auskunft zu ertheilen, wann über die fragliche Materie eine Gesehesvorlage dem Großen Rathe vorgelegt werden wird." Ich habe meine Ansicht über diese Angelegenheit dem Regierungsrath unterbreitet und es hat sich derselbe damit einverstanden erklärt. Sie geht dahin:

Die Frage der Einführung gewerblicher Schiedsgerichte muß von derjenigen der Einführung von Handelsgerichten getrennt werden. Was die Prud'hommes-Gerichte betrifft, so enthält schon das Geset über das Gewerbewesen vom Jahre 1849 eine Vorschrift, welche vorsieht, daß zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Nehmer Sühnämter eingeführt werden können, die aus den betreffenden Gewerbegenossen beftellt werden. Dagegen ging dieses Geset nicht so weit, daß es den Sühnämtern auch Entscheidungen übertragen hätte. Im Jahre 1867/68 langten von Viel und aus dem Jura Petitionen ein, die mit vielen Tausenden von Unterschriften bedeckt waren, welche die Einführung gewerblicher Schiedsgerichte verlangten. Der damalige Justizdirektor, Herr Migh, arbeitete einen Entwurf aus, legte denselben aber vorerst noch dem Verein für Handel und Industrie und dem Gewerbeverein vor. Beide Vereine behandelten die

Frage im Centralvorstand, legten sie auch den Sektionen bor und tamen jum Schluß, daß für die Ginführung der Prud'hommes fein dringendes Bedürfnig bestehe. 3ch will aus den Sektionsberichten nur einen Paffus mittheilen, da er für die Beurtheilung der andern Frage, der Einführung von Sandelsgerichten, fehr intereffant ift. Die Sektion Thun des Vereins für Handel und Industrie fagt: "Bor allem aus scheint es uns wünschbar und in unferm kleinen bemokratischen Gemeinwesen auch möglich ju fein, die Gefetgebung und speziell die Gerichtsorgani-fation fo einzurichten, daß fie den Bedurfniffen aller Bürger genügen tann. In Festhaltung dieses Grund- fages möchten wir benn lieber auf eine Revision des Civilprozesses und Reform der Gerichtsorganisation hinarbeiten, wenn wesentliche Uebelftande unter der jetigen Ordnung der Dinge nicht beseitigt werden können, als einen neuen Lappen auf das zu enge Kleid heften." Infolge dieses ablehnenden Verhaltens der genannten zwei Bereinigungen fam es nicht zur Ginführung der Prud'hommes, was ich erwähne, weil oft behauptet wird, die kantonalen Behörden seien schuld, daß wir diese Inftitution nicht schon lange befigen.

Neue Bewegung kam in die Sache im Jahre 1883 anläglich der Revision des Civilprozesverfahrens. Da= mals wurde eine Bestimmung aufgenommen, welche fagt, es können Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und = Nehmer, wenn es fich nicht um einen höhern Betrag als Fr. 400 handle, einem Prud'hommes-Gerichte zur Entscheidung übertragen werden, und es fonne der Große Rath biefe Prud'hommes-Berichte auf dem Defretswege organifiren. Die Regierung ift nun bereit, ein folches Dekret bis zur nächsten ordentlichen Großrathssession vorzulegen. Man hat dafür bereits Unhaltspunkte in den bezüglichen Ge= fegen von Genf, Neuenburg und Bafel und den Gefetes= entwürfen von Solothurn, Luzern und Zürich. Man wird auch die gewerblichen Schiedsgerichte — es ist das keine glückliche Bezeichnung und man sollte eher von Gewerbegerichten sprechen — nur für die Gemeinden einführen, welche fie ausdrücklich beschließen. Es werden dies größere, induftriereiche Gemeinden fein, wie St. 3mmer, Biel,

Bern, Thun, Burgdorf 2c.

Was die handelsgerichte betrifft, so steht die Sache 3m Jahre 1886 gelangte feitens des ber= nischen Bereins für Sandel und Industrie eine Betition an den Großen Rath, welche die Ginführung von Sandels= gerichten in der Form verlangte, wie fie in Zurich und Margau bestehen, nämlich, daß beim Obergericht eine handelsgerichtliche Abtheilung gebildet werde. Run glaube ich aber, das Bedürfniß für eine befondere handels= gerichtliche Abtheilung des Obergerichts sei nicht in dem Maße vorhanden, wie es sich Herr Demme vorgestellt hat, und anderseits glaube ich, es wurde die Ginrichtung einer solchen besondern Abtheilung beim Obergericht den Intentionen des Herrn Motionsftellers nicht entsprechen. Im Jahre 1889 gelangten an Streitigkeiten aus Berträgen und quasi vertraglichen Rechtsverhältnissen nur 48 vor das Obergericht und beim Durchsehen der Zeitschrift des bernischen Juriftenvereins, in welcher jeweilen die wichtigsten und intereffantesten Entscheidungen veröffentlicht werden, habe ich gefunden, daß nur der kleinere Theil derselben die Natur von wirklichen Sandelsrechtsstreitig= keiten hatte. Ich ließ mir auch von Aargau über die Geschäftslast des dortigen Sandelsgerichts Mittheilung machen. Dasselbe trat auf 1. Januar 1888 in Funktion; man wählte eine Reihe von Handelsrichtern aus dem

ganzen Ranton und ftellte einen Oberrichter an beren Spite. Nun find im Jahre 1888 im ganzen 6 Fälle vorgekommen, wovon einer durch Rückzug der Alage, ein zweiter durch Bergleich und 4 durch Urtheil erledigt wurden. Im Jahre 1889 waren es 3 Fälle, wovon 2 durch Urtheil erledigt wurden. Im laufenden Jahre wurden bis jest 6 Fälle anhängig gemacht, wovon 4 erledigt und 2 noch hängig find. Seit 1888 bis heute sind also im ganzen 15 Falle vorgekommen. Nun ift zuzugeben, daß Bern größer ift und etwas mehr Handel und Industrie hat, als ber Ranton Margau; immerhin aber murbe die Bahl folcher Streitigkeiten bei uns teine fehr viel größere fein. 3ch bemerke, daß Aargan 310 induftrielle Etabliffemente mit 15,000 Arbeitern hat, welche unter dem Fabritgefet ftehen, Bern beren 307 mit ungefähr gleichviel Arbeitern; die Verhältnisse in den beiden Kantonen gehen also nicht sehr weit auseinander. Dagegen werden Sie überzeugt sein, daß der Kanton Zürich viel mehr Industrie und Handel hat, als wir. Er hat 638 Fabriken mit über 26,000 Arbeitern und seine Handelsverhältniffe find jedenfalls entwickelter, als die unfrigen. Nun fand ich aus dem dortigen Bericht, daß letztes Jahr im ganzen 43 Fälle vor das Sandelsgericht tamen, wovon 20 durch Bergleich und 23 durch Beschluß des Gerichts beseitigt wurden. Von biesen 43 Fällen entfallen 40 auf Einwohner des Bezirks Bürich und auswärtige Kläger und auf alle übrigen Bezirke entfallen nur 3 Fälle. Es wäre also eine solche handelsgerichtliche Abtheilung beim Obergericht nur ein Gericht für den Stadtbezirk, bei uns also für die Stadt Bern. Der nämliche Bericht ergibt, daß die fo oft betonte spezielle Sachtunde der handelsrichter bei der Beurtheilung nicht in einem Maße zu Tage tritt, daß da= burch besondere Expertisen erspart würden; solche mussen im Gegentheil oft stattfinden. Ich glaube, es ware den Sandelsleuten viel beffer gedient, wenn fie mithelfen würden, so rasch als möglich zu einer neuen Gerichts= organisation zu gelangen. Wir sollten Bezirksgerichte anstreben, wodurch die höhere Rechtspflege in's Land hinaus verlegt würde und wir an eirea 6 Orten Richter von der Qualifikation der Oberrichter erhielten. Da fonnten bann jeweilen auch Leute aus ben verschiedenen Intereffengruppen, wie Sandel, Gewerbe, Landwirthschaft, beigezogen werden. Würden 5 bis 6 Bezirksgerichte, befest mit 3 bis 5 Mitgliedern, geschaffen, denen man etwa 2 Angehörige der betreffenden Gruppe beigeben murde, so würde damit den handelsleuten viel beffer gedient fein als mit einem in Bern befindlichen Sandelsgericht. Man würde damit die Standesrechtsprechung vermeiden, die in unserm demokratischen Staatswesen einen unan= genehmen Beigeschmack hatte.

Bezüglich der Handelsgerichte lehnt es also die Regierung ab, einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten; sie will die Frage im Zusammenhang mit der Reorganisation der ganzen Gerichtsorganisation prüfen. Sollte eine solche bessere Gerichtsorganisation, wie sie nöthig ist, um zu einem bessern Bersahren und der Unmittelbarkeit der Rechtsprechung zu gelangen, verworfen werden, so wäre dann allerdings kein Grund mehr vorhanden, sich den Wünschen der Handels= und Gewerbsleute länger zu ver-

schließen.

Dieser Gegenstand ist damit erledigt.

Die

Interpellation des herrn v. Groß betreffend Erlaß eines Bifchereigefehes ober Dekrets

(fiehe Seite 164 hievor)

fällt dahin, da der Entwurf eines folchen Defrets vorliegt.

Es ift eingelangt folgende

Intervellation :

1) hat die Regierung Kenntnig von sträflichen Vorbereitungen, welche zufolge ber Mittheilungen eines großen Theils der schweizerischen Preffe feitens eines angeblichen geheimen Komites ber bernischen Bolkspartei im Herbst dieses Jahres gegen die Ruhe und Sicherheit des Staates stattgefunden haben sollen?
2) Welche Maßregeln hat die Regierung bejahenden

Falles zur Unterdrückung und Ahndung derartiger Rube-

ftörungen getroffen ?

11. Dürrenmatt, Großrath.

Angug der gerren girter und Genoffen betreffend Bestimmung des Sikes der kantonalen Gewerbeschule.

(Siehe Seite 199 hievor.)

hirter. Die große Mehrheit, mit welcher bas Gefet über die kantonale Gewerbeschule angenommen wurde, beweist deutlich, welch' großes Interesse das Bolk baran nimmt. Aus der Abstimmung scheint mir die Berpflichtung hervorzugehen, das Institut sobald als möglich in's Leben zu rufen. Bu diefem 3wecke follte die Regierung ein näheres Programm aufstellen und die Ortschaften, welche sich um den Sit bewerben wollen, einladen, eine Offerte einzureichen. Auch liegt es im Intereffe der betreffenden Ortschaften, möglichst bald zu wiffen, woran fie find. Im übrigen werden auch die Borbereitungen zur Erlangung eines Bundesbeitrages rechtzeitig getroffen werden muffen. Aus diefen Brunden empfehle ich Ihnen die Motion zur Annahme.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsraths. Was in der Motion der herren Hirter und Genoffen gewünscht wird, ist feitens der Regierung bereits geordnet worden. As es sich um die Festsehung der Traktandenliste für die gegenwärtige Session handelte, brachte die Direktion des Innern die Frage zur Sprache, ob die Entscheidung über den Sit der tünftigen Gewerbeschule in diefer Seffion getroffen werden konnte. Der Regierungsrath fand, und ich glaube

mit Recht, es muffe vorher festgestellt werden, wie hoch sich die Opfer, die man von der betreffenden Gemeinde verlange, belaufen werden, und es muffe geftütt hierauf eine verbindliche Unmeldung der Gemeinde, nicht bloß bes Gemeinderaths, vorliegen. Run waren die nöthigen Unhaltspuntte jur Aufstellung eines Programms bis jest noch nicht in genügender Weise gegeben. Wir besißen zwar den Bericht der seinerzeit mit der Prüfung der Motion Demme betrauten Kommission; allein derselbe gibt uns nur über die Einrichtungs= und Betriebstoften Aufschluß, nicht aber über die Baukosten, da er als Schul= gebaude die frühere Blindenanftalt in's Auge faßte. Für andere Ortschaften als Bern, gestaltet sich natürlich die Sache anders, ebenfo auch für Bern, wenn nicht die alte Blindenanftalt bezogen, sondern ein neues Gebäude er= ftellt werden follte. In diefer Beziehung muffen die Berechnungen erst noch gemacht werden. Die Direktion bes Innern hat an die Baudirektion das Gesuch gestellt, fie möchte durch das Kantonsbauamt diese Berechnungen grosso modo vornehmen laffen. Sobald bas gefchehen fein wird, wird die Regierung eine Bublikation erlaffen, worauf sich jede Gemeinde, die dazu Luft hat, um den Sit der Gewerbeschule bewerben fann. Geftütt auf die aus diefer freien Konkurrenz hervorgehenden Eingaben, wird der Regierungsrath dem Großen Rathe dann feine Antrage stellen. Wie bald dies geschehen kann, läßt sich heute unmöglich genau bestimmen. Bis zur Fortsetzung der gegenwärtigen Sefsion im Januar wird es jedenfalls schwerlich möglich sein. Ich nehme indessen an, die Motionssteller haben nicht die Fortsetzung der gegenwär= tigen Session im Januar im Auge gehabt, sondern die nächste ordentliche Session, die im Marz oder April statt= findet. Daraufhin glaube ich namens der Regierung die Buficherung geben zu konnen, daß alle Borbereitungen abgeschloffen fein werden, fodag ein Entscheid wird ge= fällt merden können.

Der Bräfibent erklärt, daß er die Angelegenheit damit als erledigt betrachte.

Abänderung

Art. 12 des Dekrets für die Organisation und Perwaltung der Pieheutschädigungskaffe und der Pferdescheinkaffe vom 18. Dezember 1884.

(Siehe Nr. 29 der Beilagen jum Tagblatt des Großen Rathes von 1890.)

Eintretensfrage.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsraths. Unterm 12. April 1882 wurde über die Organisation und Verwaltung der Viehentschädigungstaffe und der Pferdescheinkaffe ein Detret erlaffen, mit welchem ein bedeutender Schritt vorwärts gethan

wurde, um die Entschädigungen, die für Viehverluste aus= gerichtet werden, auf größere Kreise auszudehnen, als es vorher der Fall war. Vor 1882 wurden nur für Viehverlufte infolge von Lungenseuche oder Rinderpest Ent= schädigungen geleistet. Im Defret von 1882 wurden nun auch Entschädigungen vorgesehen für Biehverlufte infolge von Rausch- und Milzbrand, sowie bei den Pferden infolge von Rog. Die Entschädigungen für Rausch= und Milzbrandverluste wurden nur probeweise eingeführt, da man sich über die Höhe derselben im Jahre 1882 noch nicht Rechenschaft geben konnte, weil keine genaue statistische Angaben vorhanden waren. In den Jahren 1882 und 1883 zeigte es sich nun, daß eine enorm große Bahl von Viehverluften diefer Art vorkommen. Es waren jährlich 7—800 und mehr Fälle zu entschädigen, sodaß es trot der mäßigen Ansatze unmöglich gewesen wäre, auf diesem Fuße fortzufahren. Das Defret wurde des= halb vom Großen Rathe unterm 18. Dezember 1884 in bem Sinne abgeandert, daß in Raufchbrandfällen eine Entschädigung nur dann eintreten folle, wenn die betreffenden Thiere vorher geimpft worden feien. Die Erfahrungen, die man mit diefer Impfung machte, waren nämlich derart günstig, daß man fich sagte, man wolle den Viehbesitzern Gelegenheit geben, diese Impfungen jedes Frühjahr vornehmen zu lassen, dann aber eine Ent= schädigung nur ausrichten, wenn von dieser Vorsichts= maßregel Gebrauch gemacht worden sei. Infolge dieses Vorgehens haben sich die Rauschbrandfälle ungemein vermindert und ebenso auch die Entschädigungen, welche ausgerichtet werden mußten. Für die Milzbrandfälle konnte man die vorgängige Impfung deshalb nicht ver= langen, weil diese Seuche nicht, wie der Rauschbrand, in bestimmt abgegrenzten Gebieten vorkommt, sondern unerwartet bald da, bald dort auftritt.

Infolge dieser im Jahre 1884 vorgenommenen Abänderung des Dekrets bewegt sich die Summe der jährlich ausgerichteten Entschädigungen für die genannten Berluste auf einer sehr mäßigen Höhe. Es wurden in den 3 letzten Jahren für Rausch= und Milzbrandfälle

ausgerichtet :

Im Jahre 1888 Fr. 11,170.

" " 1889 " 15,020.

" " 1890 bis jest " 10,790.

Die jährliche Entschädigungsfumme bewegt sich also zwischen Fr. 11,000 und 15,000, welche Summe gegen= über dem Bestand und den jährlichen Einnahmen der Biehentschädigungskasse eine sehr kleine genannt werden muß. Auf Ende 1889 wies die Viehentschädigungskasse einen Bestand auf von Fr. 1,463,575. 80 Rp. und ver= mehrte sich im Laufe des Jahres um Fr. 20,229. 90 Rp. Die größte Ausgabe, welche die Kasse zu bestreiten hat, ift diejenige für die Rindviehprämien, indem dafür im Jahre 1889 eine Summe von Fr. 45,000, im Jahre 1890 eine folche von Fr. 47,000 ausgegeben murbe; für bas kommende Jahr werden fogar Fr. 50,000 verlangt, was dem gesammten Kapitalzins gleichkommt. Der Große Rath wird die Frage ernfthaft in's Auge faffen muffen, ob eigentlich in dieser Weise fortgefahren werden durfe, daß man die größte Ginnahme der Biehentschädigungs= taffe für Bramien verwendet, mahrend für Biehverlufte eine berhältnigmäßig geringe Summe ausgerichtet wird. Das Bereinfachungsgefet vom Jahre 1880 beftimmte, es follen für Rindviehprämien der Biehentschädigungstaffe jährlich Fr. 30,000 entnommen werben. Bis 1886 murde

biefe Summe eingehalten; dann aber stieg sie, namentlich infolge der höhern Bundesbeiträge, in eigentlich ungesetzlicher Weise von Jahr zu Jahr, und ich glaube den Großen Kath darauf aufmerksam machen zu sollen, daß in der Verwendung dieser Hülfsmittel für Viehprämien etwas innegehalten werden sollte und es richtiger wäre, wenn ein nöthiger Mehrbedarf aus der Staatskasse gesleiftet würde.

Zieht man die für Viehverluste bezahlten Summen in Betracht, so wird man zugeben, daß wir hier undebingt eine Erhöhung eintreten lassen dürfen. In erster Linie kommt eine Erhöhung der Entschädigungen für Rausch= und Milzbrandfälle in Betracht. Dieselben betrugen bisher durchschnittlich einen Drittel des Thierwerthes. Es wurde vielkach gewünscht, man möchte etwas mehr bezahlen, indem manche Viehbesitzer durch solche Verluste empfindlich geschädigt werden. Dies ist der Hauptgrund, weshalb Ihnen der Regierungsrath eine Revision des Dekrets beantragt, und ich empfehle Ihnen, auf die Vorlage einzutreten.

Bühler, Berichterstatter der Kommission. Wie Sie bereits aus dem Munde des Herrn Berichterstatters der Regierung vernommen haben, handelt es fich in der gegenwärtigen Vorlage hauptsächlich barum, die Entschädigungen für Verluste infolge Rausch= und Milzbrand etwas zu erhöhen. Es ift ganz richtig, wenn gefagt wurde, daß die Biehentschädigungskasse ihrem ursprüng= lichen Zwecke nach und nach eigentlich entfremdet worden sei. Vor dem Jahre 1880 wußte man nichts davon, daß aus der Biehentschädigungskasse Beträge erhoben werden können zur Ausrichtung von Viehprämien. Erst im Geset über Bereinfachung des Staatshaushalts wurde bestimmt, daß zu diesem Zwecke der Biehentschädigungs= taffe jährlich Fr. 30,000 entnommen werden follen, eine Bestimmung, die durch das Defret vom 12. April 1882 bestätigt wurde. Jede andere und weitergehende Ent= nahme aus der Viehentschädigungstaffe wurde jedoch auß= drücklich unterfagt. Allein dieser Bestimmung wurde nicht nachgelebt, sondern es wurde die Summe von Fr. 30,000 nach und nach bedeutend überschritten. Es wurden der Viehententschädigungskaffe nämlich entnommen: Im Jahre 1886 Fr. 35,000, in den Jahren 1887—1889 je Fr. 45,000, im Jahre 1890 Fr. 47,000 und pro 1891 werden fogar Fr. 50,000, oder Fr. 20,000 mehr, als gesetzlich zulässig ware, verlangt, mas ungefahr bem Bins bes gefammten Bermögens der Biehentschädigungstaffe entspricht. Man follte glauben, diefer Zins werde in erfter Linie zur Aus= richtung von Entschädigungen für Unfalle verwendet werben. Das ift aber nicht der Fall, und man hält dafür, es sollte hier einmal Einhalt geboten und die Raffe wieber ihrem ursprünglichen Zwecke zurückgegeben werden. Dies ift der Grund, weshalb hier eine Erhöhung der Entschädigungen für Unfälle vorgeschlagen wird. Was die Viehprämien anbetrifft, so möchte ich von den Fr. 50,000, welche Regierung und Staatswirthschaftskommis= fion pro 1891 beantragen, nicht abgehen. Man foll für Die Biehzucht, Diesem ungemein wichtigen Bestandtheil ber bernischen Erwerbsthätigkeit, viel thun, foll aber nicht ben größten Theil der erforderlichen Beträge der Biehentschädigungskaffe entnehmen, sondern dirett aus der Staatstaffe etwas leiften. Die Staatswirthschaftstom= miffion wird beshalb auch bei ber Budgetberathung ein bezügliches Postulat stellen, um dem gegenwärtigen ungesetzlichen Zustand abzuhelfen. — Ich empfehle Ihnen namens ber Kommission bas Eintreten auf die Vorlage.

Das Gintreten wird beschloffen.

Titel und Gingang.

Ohne Bemerfung angenommen.

§ 1.

v. Steiger, Direttor bes Innern, Berichterftatter bes Regierungsraths. Wie ich Ihnen schon mittheilte, wurde im Defret von 1884 als Bedingung für die Entschädigungsberechtigung in Rauschbrandfällen die vorgangige Impfung aufgestellt. Run tam es hie und ba vor, daß auch in einer Gegend, wo man sonst seit Jahr= gehnten, vielleicht feit Menschengedenken nichts vom Borkommen des Kauschbrandes wußte und beshalb nicht impfte, ein folder Fall auftrat. Die bezüglichen Ent-ichabignngsgefuche mußten gestützt auf die Borichrift des Defrets von 1884 abgewiesen werden; der Regierungsrath hatte jedoch in einem solchen Falle stets das Gefühl, man follte bem betreffenden Gefuchfteller entsprechen können. Dies bot ebenfalls Anftog zur Revifion des Dekrets, und es wird nun in § 1 gesagt, der Regierungsrath konne von der im Art. 12 lit. c des am 18. Dezember 1884 abgeänderten Dekrets für die Organisation und Verwaltung der Biehentschädigungskaffe und der Pferdescheinkaffe festgesetten Bedingung ber vorgängigen Impfung Umgang nehmen, wenn ein Rauschbrandfall in einer Gegend vorgefallen fei, in welcher biefe Seuche fonft nicht aufzutreten pflegte und wo daher eine Beranlassung zur Impfung gegen Rauschbrand nicht gegeben war. Gestützt auf die gemachten achtjährigen Erfahrungen können wir uns ein klares Bild darüber machen, in welchen Gegenden der Rauschbrand vorkommt; wir könnten darüber eine kolorirte Rarte aufstellen, wie man folche z. B. über die Bevöl= terungsbichtigfeit, ben Obstbaumwuchs, bas Vorkommen menschlicher Krankheiten zc. hat. Man wird also in jedem Falle fich leicht ein Urtheil bilden konnen, ob zur Bornahme der Impfung Grund vorhanden war oder nicht. Vorsichtshalber soll immerhin dem Regierungsrath bloß die Kompetenz eingeräumt werden, von jener Bestimmung Umgang zu nehmen, damit er es in der hand hat, un= berechtigte Begehren abzuweisen.

Die finanzielle Tragweite dieser Bestimmung ist eine sehr geringe. Ich erinnere mich nur an 3 oder 4 Fälle dieser Art; diese Bestimmung ermöglicht es aber, daß man in solchen Fällen Billigkeit walten lassen kann. — Schließlich füge ich noch bei, daß die Regierung der von der Kommission beantragten Abanderung, statt "Gegend" zu sagen "Gemeinde", beistimmt.

Bühler, Berichterstatter ber Kommission. Es handelt sich in diesem Artikel barum, benjenigen Gegenden, in

welchen der Rauschbrand nur sporadisch auftritt, entgegenzukommen. Nach dem Dekret von 1884 tritt eine Entschädigung nur dann ein, wenn das betreffende Thier vorher geimpft worden war. Infolge dessen wurden Rauschbrandfälle in Gegenden, wo der Kauschbrand im allgemeinen nicht auftritt, von der Entschädigungsberechtigung ausgeschlossen, da keine Veranlassung zur Impfung vorlag. Es war das gegenüber den betreffenden Viehbesitzern, welche die Viehentschädigungskasse auch speisen helfen müssen, etwas hart. Man glaubt deshalb, man solle solchen Fällen Rechnung tragen. Die sinanzielle Tragweite ist keine große, schon deshalb nicht, weil die Regierung zur Entschädigung nicht verpslichtet, sondern nur berechtigt ist; sie wird deshalb jeden einzelnen Fall genau untersuchen.

Die Kommission fand sodann, der Ausdruck "Gegend" im Antrage des Regierungsraths sei etwas unbestimmt, da man nicht genau weiß, wo die Grenzen zu ziehen sind. Es wird deshalb beantragt, statt "Gegend" zu sagen

"Gemeinde".

Mit der von der Kommission beantragten Uenderung angenommen.

8 2

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsraths. Dieser Paragraph enthält die wichtigste Abänderung der bisherigen Bestimmungen und zwar stimmt die Regierung den Anträgen der Kommission nachträglich bei, sodaß der Paragraph in der neuen Redaktion nun folgendermaßen lautet:

Der zweite Absatz in Art. 12 wird folgendermaßen

abgeändert:

Die Entschädigung beträgt:

1) Für Pferde die Hälfte des Schadens, jedoch höch= stens Fr. 400;

2) für Schafe und Ziegen Fr. 10 per Stüd; 3) für Rindvieh:

o) fat stillbutty.	bei Rausch= brand	bei Milz= brand
	Fr.	Fr.
a. im Alter von 7-12 Monaten	50	60
b. bis zum Erscheinen ber erften		
Alterszähne	100	120
c. bis zum Erscheinen der zweiten		
Alterszähne	150	18 0
d. bis jum Erscheinen ber letten		
Alterszähne	20 0	24 0
e. in höherm Alter	120	160
Sia mandan annuk Aft fuaran mast	Sark in or	hunidhama

Sie werden zunächst fragen, weshalb, in Abweichung von der bisherigen Bestimmung, in Zukunft zwischen Rausch= und Milzbrandfällen ein Unterschied gemacht werden soll. Dies hat seinen Grund darin, daß nach einer Verordnung des Bundesraths vom Oktober 1887 bei Milzbrandfällen jegliche Verwendung der Haut untersagt ist. Nach unsern kantonalen Vorschriften war es früher gestattet, sowohl in Rausch= als auch in Milzbrandfällen die Haut des gefallenen Thieres zu verwerthen, sosern sie sosort in Kalkwasser eingelegt und auf diese Weise

desinfizirt wurde. Bei Rauschbrand gilt diese kantonale Beftimmung noch immer; bei Milgbrandfällen bagegen schreibt die bundesräthliche Berordnung die vollständige Beseitigung der Haut vor. Infolge deffen fand man, man folle in Milgbrandfällen die Entschädigung circa um den Werth der Haut höher bemeffen, als in Rauschbrand=

Was nun die beantragten Erhöhungen felbst betrifft, so ift die Erhöhung in der unterften Rlaffe, also für Rindvieh im Alter von 7-12 Monaten, am geringften. Man fand, mit Fr. 50 sei ein solches Thier ebenso gut entschädigt, als ältere Thiere mit den für sie vor-gesehenen Beträgen, und es sei hauptsächlich angezeigt, für Thiere, die schon einen höhern Werth repräsentiren, eine Erhöhung der Entschädigung eintreten zu laffen, um den Berluft weniger empfindlich zu machen. Die Gesammt= summe der Erhöhungen macht ungefähr einen Drittel der bisher bezahlten Entschädigungen aus. Angenommen, es hätten in den letzten drei Jahren die Entschädigungen nach den nun vorgeschlagenen Unfähen berechnet werden muffen, so waren zu bezahlen gewesen:

Im Jahr 1888 statt Fr. 11,170 Fr. 17,500. ,, 15,020 **,, 23,490**. 1889 Die Erhöhung tann also für die Biehbefiger eine erhebliche genannt werden, ohne daß fie für die Bieh= entschädigungskasse irgendwie gefahrbringend wäre.

Gegen das hier vorgeschlagene System kann der Ein= wand erhoben werden, daß dabei die Entschädigung nicht nach dem Werthe des Thieres bemessen werde, indem Thiere vom gleichen Alter nach ihrem Werthe fehr verschieden sein können, je nachdem es sich um ein Simmen= thaler Racenthier oder ein geringeres Rühlein des armen Mannes handelt. Es ift das ganz richtig. Allein wenn man nach dem Werth entschädigen wollte, so hätte das zur Folge, daß man in jedem einzelnen Fall eine Schägung vornehmen mußte; es mußten nebst dem Kreis= thierarzte jeweilen zwei Schätzer erscheinen. Nun kommen namentlich die Rauschbrandfälle in der Regel auf Alpen vor, die vielleicht 3, 4 oder 6 Stunden von der nächsten Ortschaft entfernt sind, sodaß die Schätzer vielleicht oft zwei Tagereisen brauchen wurden. Auch follten die Schäher vielleicht am gleichen Tage an mehreren Orten erscheinen. Es würde diese Einrichtung alfo fehr viel Mühe und fehr viel Roften verurfachen. Der Regierungs= rath verblieb deshalb auf der Grundlage, welche schon im Defret von 1884 acceptirt worden war. Wenn dabei der Eigenthümer eines weniger werthvollen Thiers beffer wegkommt, so ist dies im Grunde auch nicht so unbillig, da er in Bezug auf seine Bermögensverhältniffe in der Regel so gestellt sein wird, daß für ihn der Berlust ein empfindlicherer ift, als wenn ein reicher Racenthierbefiger ein Stück verliert.

Zu erwähnen ist noch die Entschädigung für Pferde. Es wird beantragt, fünftig den halben Werth zu vergüten, jedoch höchstens Fr. 400. Die Entschädigungen für Pferde machten nie eine große Summe aus, z. B. im Jahre 1889 bloß Fr. 1120, mahrend die Pferdeschein= taffe schon einen Beftand von Fr. 85,000 aufweist, wozu noch circa Fr. 3000 Einnahmen aus Pferdescheinen tom= men. Der Bestand ber Kasse hat sich von Jahr zu Jahr vermehrt und es darf der Entschädigungsbetrag füglich etwas erhöht werden, um so mehr, als auch für Rosfälle die Sälfte ausgerichtet wird. In gleicher Weise foll nun auch die Halfte vergütet werden, wenn ein Pferd, was fehr felten ift, vom Milzbrand befallen wird. Immerhin glaubt man eine Entschädigungsgrenze von Fr. 400 fest= ftellen zu sollen, damit nicht theure Luxuspferde zu viel abforbiren.

Was endlich Schafe und Ziegen betrifft, so wird ber bisherige Anfat feftgehalten und feine Menderung beantragt. Der Anfat war schon bisher verhältnigmäßig höher, als die für Rindvieh ausgerichteten Entschädigun= gen, und wenn man ihn noch mehr erhöhen würde, fo müßte man riskiren, daß Leute hie und da ein Thier aus Nachläffigkeit zu Grunde gehen ließen, um es zu Geld ju machen. Gin Betrag von Fr. 10 entspricht ungefähr der Hälfte des Werthes.

Ich empfehle Ihnen den § 2 zur Annahme.

Bühler, Berichterstatter der Kommission. Während der ursprüngliche Entwurf der Regierung zwischen Rausch= und Milabrand keinen Unterschied macht, schlägt die Kommission eine solche Unterscheidung vor. Sie wurde dazu veranlaßt durch eine bundesräthliche Verordnung, nach welcher in Milgbrandfällen die Hauf nicht verwendet werden darf, während bei Raufchbrand der Viehbefitzer die Saut verkaufen kann. Die Kommission fand nun, es muffe biefem Umftand Rechnung getragen werden und beshalb wird für Milzbrandfälle eine höhere Entschädi=

gung vorgeschlagen.

Für Pferde wurde bis jest jeweilen ein Drittel des Werthes vergütet. Wir fanden, diese Vergütung sei etwas niedrig und schlagen vor, auf die Sälfte zu gehen, jedoch auf höchstens Fr. 400; benn die Schatzungen der Pferde find ja fehr verschieden. Es kann ein Luxuspferd eine Schatzung von Fr. 3000 und mehr erreichen und da ware es nicht angezeigt, der Pferdescheinkasse eine so bedeutende Entschädigungesumme zu entnehmen. Wir glauben, ein Maximalbetrag von Fr. 400 sei das Richtige; es würde derselbe auf Pferde Anwendung finden, die einen Werth von Fr. 800 repräsentiren. Es ist dabei speziell darauf aufmerksam zu machen, daß die Viehent= schädigungs= und die Pferdescheinkaffe getrennt verwaltet werden und die hohen Entschädigungsanfage für Pferde auf die Biehentschädigungstaffe feinen Ginflug haben.

Für Schafe und Ziegen wurde der bisherige Anfat beibehalten, weil wir fanden, es fei derfelbe schon jest im Verhältniß zu den übrigen Anfagen etwas hoch ge-

In Bezug auf das Rindvieh werden folgende Er=

höhungen vorgeschlagen: Bisherige Reue Anfatze bei : Entschädi= Rausch= gung brand brand Fr. 50 Fr. 60 Im Alter von 7—12 Monaten 40 Bis zum Erscheinen ber erften Alterszähne 100 120 Bis jum Ericheinen ber zweiten Alterszähne 150 180 Bis zum Erscheinen ber letten Alterszähne 200 240 150 In höherm Alter 100 120 160

Diese Erhöhungen verhalten sich zu den bisherigen Unfähen wie folgt: Im Jahre 1888 wurden Fr. 11,170 ausgegeben. Rach den ursprünglichen Unsätzen der Regierung würde sich diese Summe erhöhen auf Fr. 15,340, nach den Anträgen der Kommission auf Fr. 17,500; Mehrausgabe also circa Fr. 6000. Pro 1889 wurden bezahlt Fr. 15,020. Nach den neuen Ansägen hätten bezahlt werden müssen Fr. 20,630 nach Borschlag der Regierung, bezw. 23,490 nach den Anträgen der Kommission; Mehrausgabe circa Fr. 8000. Im laufenden Jahr wurden die jetzt ausgerichtet Fr. 10,790. Nach den Anträgen der Regierung hätte sich diese Summe erhöht auf Fr. 14,770, nach denjenigen der Kommission auf Fr. 16,980. Unter der eintretenden Mehrausgabe wird die Viehentschädigungskasse nicht zu leiden haben, indem dieselbe z. B. für letzes Jahr eine Vermögens= vermehrung von Fr. 20,000 ausweist.

Es wurde in der Kommission die Anxegung gemacht, es möchte beim Kindvieh die Entschädigung nach dem Werth des Thieres bemessen werden. Wir haben die Sache eingehend besprochen, schließlich aber gefunden, dieses System sei so komplizirt, daß es nicht wohl anwendbar wäre. Die Kausch= und Milzbrandfälle ereignen sich hauptsächlich im Sommer, wo das Vieh auf der Weide ist. Wenn nun jedesmal eine Kommission auf Ort und Stelle müßte, so würde das große Kosten verursachen. Die Engstligenalp z. B. ist 10 Stunden von Frutigen entsernt; die Schatzungskommission müßte also zwei Tage lang auf der Keise sein.

Ich empfehle Ihnen den § 2 nach Antrag der Kom=

miffion zur Annahme.

Rach Antrag der Kommission angenommen.

§ 3.

v. Steiger, Direktor Des Innern, Berichterstatter des Regierungsraths. Mit den in diesem Paragraphen angerufenen Bestimmungen des fechsten Absages des Art. 12 verhält es sich wie folgt. Da das Defret von 1884 für Milzbrandfälle die vorhergehende Impfung nicht verlangte, so konnte die Nothwendigkeit einkreten, beim Auftreten diefer Spidemie die Impfung nachträglich ju verlangen, damit die Epidemie nicht zu weit um sich greife und fich die Verluste auf dem gleichen Gehöft nicht jahrelang wiederholen. Es gehört zum ganz besonders bösartigen Charakter des Milzbrandes, daß sich der Krankheitsstoff auf dem gleichen Besitzthum jahrelang erhält und immer neue Seuchefälle hervorruft, wenn nicht beim ersten Arankheitsfall mit außerordentlicher Genauigkeit und Strenge in Bezug auf die Befeitigung aller Abfall= ftoffe, des Blutes 2c., sowie in Bezug auf die Desinfet= tion der Räumlichkeiten, Geräthe ic. vorgegangen wird. Wie nun schon im bisherigen Dekret die Direktion des Innern ermächtigt wird, beim Auftreten des Milzbrandes die Impfung, unter Androhung der eventuellen Richt= entschädigung, verlangen zu können, so muffen wir die gleiche Bestimmung auch für diejenigen sporadischen Fälle von Rauschbrand einführen, für welche in Zukunft nach § 1 eine Entschädigung ausgerichtet werden foll. Wenn in einer Gegend der Rauschbrand auftritt, wo derfelbe bisher nicht bekannt war, fo foll die Direktion des Innern, wenn fie es für angezeigt erachtet, die Impfung verlangen können. Ueberhaupt werden die etwas couLanten Bestimmungen, welche wir Ihnen beantragen, auch in Bezug auf die Höhe der Entschädigung eine sehr genaue Kontrolle seitens der kantonalen Behörden zur Folge haben müssen. Wir haben schon jetzt hie und da die Ersahrung gemacht, daß es gut ist, die Entschädigungsgesuche genau zu prüsen. Wir haben einzelne Orte im Kanton, wo außerordentlich viele angebliche Milzbrandfälle vorkommen, die sich bei genauerer Untersuchung vielleicht als Rauschbrandfälle herausgestellt hätten. Allein da das Thier nicht geimpst war, wurde die Krankseit als Milzbrand erklärt, um der Entschädigung nicht verlustig zu gehen. Man war oft im Fall, aus diesem Grunde Gesuche zurückzuweisen. In Zukunst wird eine genaue Kontrolle roch mehr Pflicht werden. Der § 3 soll serner auch ein Mittel an die Hand geben, um zu großen sinanziellen Folgen des § 1 vorzubeugen. Ich empfehle Ihnen den § 3 zur Annahme.

Angenommen.

§ 4.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsraths. Was das Inkrafttreten der Vorlage betrifft, so empsiehlt es sich, als Datum des Instrafttretens den 1. Januar 1891 zu wählen, da dann

ein neues Rechnungsjahr beginnt.

Der zweite Sat des § 4 ist eine Nebergangsbestimmung. Es liegen aus den Jahren 1889 und 1890 zwei oder drei Entschädigungsgesuche jener Art, wie ich sie bei § 1 schilderte, vor und der Regierungsrath glaubte, es sollen dieselben der in § 1 eingeräumten Wohlthat auch theilhaftig werden. Selbstwerständlich aber sollen sie nicht nach den erhöhten, sondern nach den bisherigen Ansähen behandelt werden, weil die Betreffenden sonst besserven Geschädigte.

Angenommen.

Die Gesammtvorlage wird hierauf stillschweigend angenommen.

Prajident. Herr Dürrenmatthat mir 342 weitere Unterschriften betreffend Reduktion bes Salzpreises eingereicht. Ich werde dieselben der Regierung überweisen. Es ift eingelangt folgende

Interpellation :

Der Regierungsrath wird um Auskunft darüber erjucht, ob er nicht gedenke, unverzüglich die nöthig scheinenden Schritte zu thun, um eine baldige und rationelle Einführung des Koch'schen Heilversahrens in unserm Lande zu sichern.

Bern, den 27. November 1890.

Scherg, Großrath.

Der Beginn der morgigen Sitzung wird auf 81/2 Uhr festgefest.

Schluß der Sitzung um 11/4 Uhr.

Für die Redaktion: Und. Schwarz.

Fünfte Sitzung

Meritug den 28. November 1890.

Vormittags 81/2 Uhr.

Borfigender: Brafident Dr. Brunner.

Der Namensaufruf verzeigt 201 anwesende Mitzglieder. Abwesend sind 70, wovon mit Entschuldigung: die Herren Benz, Dr. Boechat, Boh, Chodat, Choffat, Choquard, Hennemann, Horn, Klape, Dr. Keber, Schär, Scheibegger, Schnell, Stämpsti (Bern), Sterchi, Stoller,

Ihro; ohne Entschuldigung abwesend sind: die Herren Beguelin, Bigler, Bläuer, Blösch, Boillat, Boinay, Bourquin, Choulat, Comment, Coullery, Fahruy, Flückiger, Gasser, Gerber (Unterlangenegg), Glaus, Guenat, Hauser, Hoser (Oberdießbach), Hostettler, Houriet, Hussen, Jacot, Jobin, Jolissant, Kaiser, Kohli, Locher, Marschand (Kenan), Marchand (St. Jmmer), Marti (Lyß), Mathey, Meyer (Lausen), Minder, Mouche, Müller (Tramslingen), Pallain, Péteut, Probst (Edmund), Käß, Kenser, Keymond, Kobert, Sahli, Schlatter, Schmalz, Spring, Stegmann, Stoginger, Stouder, Tièche (Viel), Trachsel, Wermeille, Ziegler.

Das Protokoll der geftrigen Sigung wird abgelefen und bestätigt.

Tagesordnung:

Anjug des herrn Scherz betreffend Revifion des Gelekes über Anfenthalt und Niederlaffung der Kantonsbürger.

(Siehe Seite 164 hievor.)

Scherz. Bekanntlich hat Herr Großrath Demme am 31. Mai 1887 die Motion gestellt, die Borschriften über Ausenthalt und Riederlassung der Kantonsbürger seien im Sinne einer möglichst freien Bewegung zu revidiren. Die Begründung dieser Motion ersolgte am 28. Rovember 1887 und ist nachzulesen im Tagblatt von 1887, Seite 302. Herr Demme suchte seine Motion damals hauptsächlich vom Standpunkte desjenigen Bürgers aus zu motiviren, der durch die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesess hauptsächlich betrossen wird, indem er einerseits das unqualissischare Abschiedungssystem geißelte, anderseits die bemühende Thatsache konstatire, daß der Berner sich nicht überall im Kanton niederlassen könne, während der Fremde völlig freies Niederlassungsrecht habe.

Ich bin mit den Ausführungen des Herrn Motionsstellers durchaus einverstanden und begnüge mich damit, darauf zu verweisen. Ich will mich auch nicht darüber aussprechen, ob nicht der Regierungsrath durch meiner Ansicht nach unrichtige Entscheidungen eine Praxis geschäffen habe, die nach meinem Dafürhalten völlig unhaltsbar ist. Ich will mich heute bloß darauf beschränken, hier die Interessen derzenigen Gemeindebehörden zu vertreten, welche bestrebt sind, loyal und ehrlich zu handeln. Ich sinde mich veranlaßt, die Behauptung aufzustellen, daß sich demjenigen, der sich in der Praxis mit dem Riederslassungswesen zu besassen hat und in Loyaler Weise zu verkehren sucht, mitunter in Bezug auf die Ihatigkeit gewisser Semeindebehörden ein wahrer Maxund amtlicher Immoralität aufthut. Ich pill nur zwei Beispiele aus der letzten Zeit von vielen ansühren, die der Ortspolizeisbehörde von Bern bekannt geworden sind

hier wohntitebergchtigt zu fein ; auch die Ortspolizeibehe.

Ein Familienvater in X — ich will mich enthalten, den Namen der Ortschaft zu nennen — erlitt einen komplizirten Beinbruch. Zuerst wurde er im Bezirksspital, nachher im Inselspital in Bern behandelt. Zur Aufenahme in die Insel unterschrieb die Ortspolizeibehörde das Aufnahmsgesuch und gab zugleich ausdrücklich an, daß die Person in X wohnsitzberechtigt sei. Die Genesung ging etwas langsam vor sich. Der Mann mußte über 90 Tage im Inselspital verbleiben. Sofort nach dem 90. Tage stellte der Beamte, der mit der Führung des Wohnsitzegisters von X betraut ist, das Begehren, es sei die Familie des Betreffenden zwangsweise in's Wohnsitzegister von Bern einzuschreiben. Der Regierungsrath wies allerdings das Begehren ab, aber gestützt darauf, daß die Ortspolizeibehörde von X ausdrücklich das Wohnsitzecht der betreffenden Person anerkannt habe.

Ein zweiter Fall ist folgender. Ich will mich auch hier enthalten, den Namen der betreffenden Gemeinde ju nennen, tann aber nicht garantiren, daß mir ber= selbe nicht einmal entschlüpft. Es liegen mir vor die Wohnsitzftreitakten zwischen der Gemeinde ?) und der Gemeinde Bern betreffend eine Elisabeth Christener, mit Entscheid vom 24. Dezember 1886. Daraus geht hervor, daß die Gemeinde P im Jahre 1884 der Gemeinde Bern gegenüber ein Zwangseinschreibungsbegehren stellte. Beigefügt wurde, die Chriftener sei bereits zu 6 Monaten Zwangsarbeit verurtheilt und seither schon dreimal der Gemeinde polizeilich zugeführt worden. Bern machte geltend, daß der Aufenthalt der Chriftener in Bern 3 Monate nie überschritten habe und daß ihr Aufenthalt daselbst meistens ein gezwungener gewesen sei, indem sie sich wegen liederlichen Lebenswandels entweder in Untersuchungs= oder Strafhaft befand. Bern widersette sich deshalb dem Zwangseinschreibungsbegehren. Nun liegt bei den Akten ein Strafverzeichniß, aus dem sich ergibt, daß die Christener nicht weniger als 19 mal bestraft wurde, worunter einige male mit Korrektionshaus oder Zwangsarbeitshaus. Während des Wohnfitstreites ftand dieselbe wegen Vagantität auch in Biel in Untersuchung. Wegen eines Blasenleidens mußte fie dann in die Frauen= frankenanstalt verbracht werden. Das Zwangseinschrei= bungsbegehren wurde vom Regierungsstatthalter von Bern abgewiesen und es erhielt die Ortspolizeibehörde von Y sowohl hievon, als von den übrigen Verumständungen volle Renntniß. Bei Mittheilung seines Urtheils an die Gemeinde Bern machte der Regierungsstatthalter noch speziell barauf aufmerksam, daß die Ortspolizeibehorde dafür zu sorgen habe, daß die Christener sich nicht wieder in un= gesetzlicher Weise hier aufhalte und er jede Verantwort= lichkeit ablehne. Gegen den Entscheid des Regierungs= statthalters wurde nicht refurrirt, und es war damit die unwürdige Abschiebung der Chriftener nach Bern vorläufig erledigt. Run wurde diefe Chriftener lettes Jahr ge= meinfam mit einem gewiffen Bieri in Bern wieder verhaftet wegen Einschleichen, Hausfriedensbruch, Konkubinat und Bagantität. Der Bieri gab zu, daß er eingeschlichen sei und vagantet habe; dagegen bestritt er das Konkubinat und wies einen Verpflegungsvertrag mit dem Gemeinderath von N vor, datirt vom letten Jahr. Dabei bemerkte er, er habe kein Logis, er habe es dem Gemeinderath von Eggiwyl gesagt und man habe ihm Fr. 3 gegeben. Man habe ihm auch Fr. 150 versprochen, wenn er die Christener heirathe, er wolle aber Fr. 300. Dieser Bieri hatte früher hier in Bern Wohnfitz und glaubte, noch hier wohnsitherechtigt zu sein; auch die Ortspolizeibehörde von P glaubte dies. Zur Zeit, als der Verpflegungsvertrag abgeschloffen wurde, erlitt die Christener bereits die 21. Strafe. Der Verpflegungsvertrag selbst lautet folgendermaßen:

Verpflegungsvertrag.

Die Notharmenbehörbe von Y übergibt dem Joseph Friedrich Bieri, von Schangnau, dato in Bern, die Elisabeth Christener geb. 1858, bis Ende Dezember 1889 in Kost und Pflege, gemäß dem vorhandenen Berpflegungsreglement. Als Kost- und Pflegegeld verpflichten wir uns, dem J. F. Bieri einen Betrag von Fr. 150, schreibe einhundert und fünfzig Franken, zu bezahlen.

D, den 11. 6. 1889.

Der Pfleger: Fr. Bieri. Namens des Gemeinderaths: (Folgen die Unterschriften.)

Was ift nun dieser Bieri für ein Kamerad? Derselbe war damals bereits nicht weniger als 10 mal bestraft worden, darunter einige male mit Korrektionshaus wegen Hausfriedensbruch, Unterschlagung u. s. w. und war ein landesbekannter Bagant. Diesem nun gab man die Christener in Kost in der Meinung, dieselbe werde auf diese Weise doch noch den Wohnsit in Bern erwerben können, den man schon seinerzeit durch ein Zwangseinschreibungsbegehren verlangen wollte.

Mit solchen und ähnlichen Mitteln suchen gewissenlose Gemeinden die ihnen unbequemen Mitbürger abzuschieben! Ich glaube, der Standal für die Oeffentlichkeit sei so groß, daß man sich keinen Augenblick befinnen sollte, solche Handlungen unmöglich zu machen, was einzig und allein durch eine Revision des Gesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Kantonsbürger geschehen

fann.

Es ist mir ganz wohl bekannt, daß auf Erlaß eines eidgenössischen Gesetzes über Aufenthalt und Niederlassung hingearbeitet wird. Allein es ist das schon seit vielen Jahren der Fall und ein oder zwei Anläuse reüssirten nicht. Ob es das nächste mal gelingt, ist eine andere Frage. Jedenfalls sollten wir deshalb nicht noch länger zuwarten und solche Skandale nicht noch länger dulben.

Nach Anhörung der Begründung der Motion des Herrn Demme ließ die Regierung durch den Herrn Juftizsdirektor antworten, und es entwickelte derselbe dabei die Gedanken, denen er durch Ausarbeitung eines Projektes Fleisch und Blut zu geben beabsichtige. Ich bedaure, daß das Projekt dis heute weder Fleisch noch Blut bekam und wünsche sehr, daß die Regierung einmal einen Gessetzesentwurf vorlege.

Eggli, Direktor des Gemeindewesens, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich will auf die Detailpunkte, welche der Herr Motionär berührte, nicht eintreten. Der eine Wohnsisstreit ist mir bekannt, der zweite gelangte nicht vor die obere Instanz. Es hat niemand mehr das Gefühl, daß unser gegenwärtiges Geseh unhaltbare Bestimmungen enthält, als diesenigen Behörden, welche fortwährend mit der Anwendung derselben zu thun haben, und ich kann Ihnen die Erklärung abgeben, daß der Regierungsrath, menschlicher Voraussicht nach, auf die Frühjahrssession hin einen Entwurf einbringen wird Dieser Entwurf muß dahin tendiren, das Niederlassungswesen im ganzen Kanton einheitlich zu gestalten. Der Horror, den der Jura berechtigterweise gegen das Niederlassungswesen des alten Kantons empfindet, muß beseitigt werden; denn nur dadurch wird es möglich sein,

im Armenwesen und damit auch im Niederlassungswesen eine Einheit zwischen beiden Kantonstheilen herbeizussühren. Dies kann geschehen, wenn an die Spize des Gesetzes der Grundsatz der freien Niederlassung gestellt wird und die Erwerbung des Unterstützungswohnsizes nicht sosort mit dem Einzug, resp. 30 Tage nach dem Einzug in die Gemeinde, eintritt, sondern erst nachdem gewisse, klar festgestellte gesetzliche Boraussezungen bei der betressenden Person eingetreten sind. Auf diese Weise, glaube ich, können die Plackereien möglichst reduzirt werden. Das Wort "Niederlassungsfreiheit" wird wieder ein wahres Wort und nicht bloß eine klingende Schelle, und endlich wird es möglich sein, die Einheit zwischen beiden Kantonstheilen herbeizusühren. Natürlich wird die Anwendung dieses Grundsates auf den Jura die Revision der Verfassung bedingen.

Unter diesen Auspizien wird das neue Gesetz in's Leben treten müssen. Für mich persönlich liegen die dasherigen Grundsätze nunmehr nach mehrjähriger Beobachtung der Praxis ziemlich abgeklärt vor. Ich werde densselben, nachdem die Angelegenheit an die Gemeindedirektion übergegangen ist, eine schriftliche Form geben und einen Entwurf dis zur Frühjahrssession vorzulegen im

Falle sein.

Die Motion wird erheblich erklärt.

Eine Petition von C. Benoit, Lehrer in Vauffelin, worin eine Abänderung des Art. 5 des Dekrets betreffend die Ausführung einzelner Bestimmungen des Abänderungsgesetzes zum Gesetz über die Hypothekarkasse und zum französischen Civilgesetzbuch, vom 24. April 1890, verlangt wird, wird dem Regierungsrath zum Bericht und Antrag überwiesen.

Ankanf der flofter Domane Bellelan.

Der Regierungsrath stellt folgenden Antrag: Der Regierungsrath wird ermächtigt, die den Erben Monnin angehörende Domäne Bellelan zu den von ihm festzusetzenden Bedingungen um den Preis von höchstens Fr. 150,000 anzukaufen.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirthsschaftskommission. Die Frage des Ankaufs von Bellelah ist Ihnen bestens bekannt. Sie wissen, daß dieselbe in Berbindung mit der Frage der Erweiterung der Irrenspsege behandelt wurde und daß die Behörden wiederholt Gelegenheit hatten, sich damit zu beschäftigen. Sie wissen auch, daß die Frage im vorigen Jahre durch Beschluß des Großen Rathes wenigstens nach einer Seite hin gelöst wurde, indem erklärt wurde, man wolle auf den Antrag der Behörden, Bellelah anzukaufen, vorläusig nicht eintreten, es werde aber der Regierungsrath einges

laden, die nöthigen Vorlagen für die neue Irrenanstalt in Münfingen zu machen und die Frage des Unkaufs von Bellelay noch weiter zu untersuchen. Heute nun liegt ein Beschlussesentwurf des Regierungsraths betref= fend die Beschaffung der nöthigen Geldmittel, um an den Neubau in Münfingen gehen zu können, vor. In den Motiven zu diesem Beschluffesentwurf ift auch Bel= lelay berührt, indem es darin heißt: "Der Große Rath des Kantons Bern, in Betracht: 3) daß diese Summe aus den ordentlichen Einnahmen des Staates, ohne Beeinträchtigung anderer Bedürfniffe nicht bestritten werden fann, mahrend die Roften der Erweiterung der Waldau und der Errichtung einer Pflegeanstalt für Unheilbare in Bellelan aus der Laufenden Berwaltung beftritten werden follen." Sie feben alfo, daß der Regie= rungsrath diese beiden Fragen des Ankaufs von Bellelay und der Erweiterung der Irrenpflege mit einander ver= bunden hat und zwar wird der Domane Bellelay in den Motiven in einer Form Erwähnung gethan, daß mit Annahme des Beschluffesentwurfes auch der Ankauf von Bellelay mehr oder weniger beschlossen gewesen wäre. Die Staatswirthschaftskommission fand, es sei das nicht ganz das richtige Borgehen. Aus den Untersuchungen ergab fich, daß Bellelay als Heilanstalt, als Filiale ber Waldau, kaum in Betracht kommen kann. Anderseits fand man, daß für andere Zwecke der Ankauf ein burchaus vortheilhafter fei. Die vorhandenen Gebäude bieten die Möglichkeit, mit verhältnißmäßig geringen Kosten Räum= lichkeiten für eine Pfleges ober Strafanstalt zu schaffen. Freilich ist nicht genügend Land vorhanden; allein diesem Uebelftand läßt fich mit Leichtigkeit abhelfen. Die gange Besitzung ist derart, daß man sich sagen muß, es ist für den Staat unbedingt vortheilhaft, wenn er diefelbe er= wirbt und eine Unftalt, fei es eine Arbeits= oder eine Pflegeanstalt, dorthin verlegt. Es wird deshalb beantragt, die Regierung zu ermächtigen, einen Kauf abzuschließen. Der Kauf soll im Maximum Fr. 150,000 betragen, eine Summe, die von Anfang an den Berhandlungen zu Grunde gelegt war. Man hat freilich gefagt, es wäre vielleicht möglich, die Befitzung billiger zu erhalten, da bei den gegenwärtigen Berhältniffen der Befiger nicht nur feinen Bins erhalt, fondern noch Ausgaben für ben Unterhalt machen muß. Allein für den Staat ist die Sache nicht fo. Wenn der Staat mit geringen Kosten 300 ober noch mehr Personen hier unterbringen kann, so muß er natürlich mit ganz andern Zahlen rechnen, als der gegenwärtige Befitzer, für den die Gebäude brach liegen. Wir glauben, mit Rücksicht auf die Grundsteuersichatzung, welche weit über Fr. 200,000 beträgt, und die genau untersuchten Gebäude, die durchaus solid find, sei ein Preis von Fr. 150,000 für den Staat durchaus nicht zu hoch. Es gehören zu der Domäne eirea 150 Jucharten Land, ein nicht ausgebeutetes Dorfmoos und 40 Jucharten Wald, der zu einem großen Theil ziemlich schlagreifes Holz enthält.

Die Staatswirthschaftskommission kann deshalb den Ankauf von Bellelay empfehlen. Immerhin sagten wir uns, es solle der Große Rath den Ankauf nicht definitiv beschließen, sondern es sei zweckmäßiger, nur den Regierungsrath zum Ankauf zu ermächtigen, unter Genehmisgungsvorbehalt. Es ist damit dem Regierungsrath völlig freie Hand gelassen, und es können die anstoßenden Landbesiger für ihr Land nicht einfach verlangen, was sie wollen. Der Regierungsrath wird natürlich erst dann

zu einem definitiven Kauf schreiten, wenn er fich mit

den Unftößern verftändigt hat.

Dem Antrag der Regierung, es sei der Regierungsrath zu ermächtigen, Bellelay um den Preis von Fr.
150,000 unter den von ihm festzusehenden Bedingungen anzukausen, ist seitens der Staatswirthschaftskommission serner
unter dem ausdrücklichen Borbehalt beigestimmt worden,
daß der Kaussabschluß erst dann in Kraft treten solle, wenn
die ganze Frage der Erweiterung der Irrenpslege erledigt,
bezw. vom Bolke der Weiterbezug der Extrasteuer angenommen sein werde. Man faßt nämlich die ganze Frage
der Erwerbung von Bellelay so auf, daß man damit dem
Jura für die von ihm beim Weiterbezug der Extrasteuer
hauptsächlich zu leistenden Opfer etwas bieten wolle.
Sollte der Weiterbezug der Steuer wider Erwarten verworsen werden, so hat der alte Kanton kein Interesse
mehr daran, Bellelay zu erwerben. Unter diesem Borbehalt beantragt Ihnen die Staatswirthschaftskommission
Genehmiqung des regierungsräthlichen Antrags.

Scheurer, Domänendirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich habe dem vom herrn Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission Gesagten nur noch folgendes beizusügen. Es wurde in den letzten Tagen durch herrn Forstinspektor Fren in Delsberg noch rasch eine approximative Schatzung des Holzbestandes vorgenommen. Laut dem Berichte des Herrn Fren setzt sich der Holzbestand in der Hauptsache aus 60—80-jährigen Weiße und Rothtannen zusammen und wird dessen Werth im Minimum auf Fr. 30,000 geschätzt, sodaß sich der Kaufpreis für die Liegenschaften und die Gebäude aus Fr. 120,000 reduziren würde.

Genehmigt im Sinne der Ausführungen des Bericht= erstatters der Staatswirthschaftskommission.

Beschluß

betreffend

den Fortbezug einer besonderen Staatssteuer für die Erweiterung der Irrenpflege.

(Siehe Nr. 30 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rathes von 1890.)

v. Steiger, Direktor des Junern, Berichterstatter des Regierungsraths. Es wäre ohne Zweisel Ihrer aller Wunsch gewesen, daß die Erweiterung der Irrenpslege etwas rascher ihrer Ausstührung entgegengeführt worden wäre, als es in den letzten Jahren der Fall war. Nachsdem Sie im Mai 1885 grundsätlich beschlossen haben, es sei die Waldau zu erweitern und auf der Schloßdomäne Münfingen eine neue Irrenanstalt zu errichten, wurden die Vorstudien allerdings an die Hand genommen. Allein leider siel gerade in diese Zeit die schwere und längere Krankheit von Herrn Regierungsrath Rohr, Direktor der öffentlichen Bauten, sowie die mehrjährige Krankheit des verstorbenen Direktors der Waldau, herrn Schärer, was

zur Folge hatte, daß die Vorarbeiten — Entwerfung der Bauprojekte, Programme 2c. — eine Verzögerung erkitten. Nachdem endlich im Frühjahr 1889 ein Bauprojekt nebst Programm für Münfingen vorlag, ernannte der Regiesungsrath zum Zwecke der Prüfung der verschiedenen Systeme, die zur Anwendung kommen können, eine Expertenkommission, bestehend aus drei auf diesem Gebiete anerkannten und hochgeachteten Fachmännern, nämlich den Herren Direktor Fetscherin in St. Urban, Direktor Schaufelbühl in Königsselden und Kantonsbaumeister Reese in Basel, der selbst schon Frrenhausbauten auszesführt hat.

Es war damals, wie Ihnen bekannt ift, auch die Frage der Errichtung einer Pflegeanstalt für unheilbare Geisteskranke hängig. Dieselbe fand durch Ihre Schluß= nahme vom 23. Mai 1889 ihre Erledigung in dem Sinne, daß vorderhand von der Errichtung einer folchen Unftalt Umgang genommen und die Regierung beauftragt wurde, diefe Frage noch genauer zu prüfen und dem Großen Rathe feinerzeit neue Antrage zu ftellen. Deshalb wurde auch die Frage der Berwendung von Bellelan für Unheil= bare gleichzeitig mit der Frage eines Reubaues in Mün= singen der oben genannten Expertenkommission unterbreitet. Der Bericht der Experten gelangte leider erft im März 1890 vollständig in die Hände unserer Baudirektion, da die Herren Aerzte sehr schwer dazu zu bringen find, schriftliche Berichte abzugeben. Die Angelegenheit ift nun heute in Bezug auf die Bauvorfrage so weit reif, daß der Regierungsrath dem Großen Rathe in seiner nächsten Session betreffend den Neubau in Münfingen

wird Unträge stellen fonnen.

Der Regierung wurde von Ihnen im Mai 1889 aber auch der Auftrag zu Theil, ein Finanzprogramm vor-zulegen, d. h. dem Großen Rathe Bericht zu erstatten, wie man die nöthigen Mittel aufbringen wolle, und dies bildet den Gegenstand der heutigen Vorlage. Es laffen fich in dieser Beziehung zwei Wege denken: entweder man sucht die Kosten, soweit nicht schon Gelder vorhan= den find, aus der Laufenden Brrwaltung zu bestreiten, oder man sucht eine außerordentliche Einnahmsquelle. Sie wiffen, daß infolge Volksbeschluffes vom November 1880 in den Jahren 1881—1890 eine besondere direkte Staatssteuer von 1/10 vom Tausend bezogen wurde, um in erster Linie an den Neubau des Inselspitals einen Beitrag von Fr. 700,000 auszurichten und das Uebrige zu einem Fonds für die Erweiterung der Frrenpflege anzusammeln. Dieser Fonds beträgt auf Ende des laufenden Jahres circa Fr. 1,225,000. Diese Summe reicht jedoch bei weitem nicht hin, um den Neubau in Mün= fingen durchzuführen. Wir muffen mindeftens für 1100 bis 1200 Kranke Plat schaffen. Daß dies mäßig ge= rechnet ist, geht unter anderm daraus hervor, daß der Kanton Zürich, dessen Bevölkerung nur etwa 3/5 von derjenigen des Kantons Bern ausmacht, in seinen beiden Anstalten Burghölzli und Rheinau annähernd 1100 Kranke untergebracht hat. Da nun die Waldau, auch wenn fie durch das Außerkrankenhaus erweitert fein wird, höchstens 450 Kranke beherbergen wird, so bleibt immer noch für eirea 700—750 Kranke Platzu schaffen und wenn man auch in einer Pflegeanstalt vielleicht etwa 250 Ber= sonen wird unterbringen können, so ist immer noch für mindestens 500 Patienten zu forgen, um dem schon jest vorhandenen Bedürfniß begegnen zu können. Vergeffen wir nicht, daß eiren 300 Beisteskranke von Privaten und

Gemeinden in andern Anftalten — St. Urban, Münchenbuchsee 2c. — untergebracht worden sind und über 200 Personen, die auch in diese Kategorie gehören, sich in den Armenanstalten befinden, natürlich nicht zur Un= nehmlichkeit dieser Anstalten, da sie unruhig und oft bösartig sind. Ich erwähne dies, damit sich nicht die Meinung bildet, man nehme für den Neubau zu viel Raum in Ausficht. Wir nehmen nämlich 500—550 Plage in Aussicht, in der Weise, daß mit der Zeit Erweiterungen vorgenommen werden konnen. Der Boranschlag der Baudirektion für diese Platzahl beläuft fich auf Fr. 3,400,000. Wenn nun auch, wir find davon überzeugt, noch diese und jene Ersparniß wird angebracht werden können, so wird doch der Neubau auf mindestens 3 Millionen Franken zu stehen kommen, der einzelne Plat also auf rund Fr. 6000. Es ist das viel Geld, aber doch nicht so viel, als andere Anstalten kosteten. So kam z. B. die Frrenanstalt in Basel auf Fr. 7000 per Bett zu stehen. Es ist schade, daß wir nicht vor etwa 6 Jahren bauen konnten; wir hatten bann, da die Bau-preise feither um 25-30 % gestiegen find, um Fr. 600,000 bis 700,000 billiger bauen können.

Nehmen wir also als Bausumme 3 Millionen Franken – die Möblirung wird aus der Laufenden Verwal= tung bestritten werden, - fo haben wir noch circa Fr. 1,800,000 zu beschaffen, um bas Projekt ausführen zu können. Der Regierungsrath beantragt nun, diese Summe in gleicher Beise zu beschaffen, wie den bereits ange= sammelten Fonds, also noch während einer Reihe von Jahren einen Zehntel vom Taufend speziell zum Zwecke der Erweiterung der Frrenpflege als dirette Staatssteuer zu beziehen. Das Bolk hat diese Steuer seinerzeit gern bewilligt und beklagt fich nur darüber, daß es nicht vorwärts gehe. Da nun der Neubau, wie wir hoffen, in diesem Jahre in Angriff genommen werden kann, so wird das Bolk nicht weniger willig sein, als bisher, noch wäh= rend höchstens 10 Jahren eine Extrasteuer zu bewilligen.

Es ift Ihnen bekannt, daß diese Extrasteuer für die fteuerzahlenden Bürger des alten Kantons feine Steuer= erhöhung zur Folge hat, indem auf der andern Seite für das Armenwesen des alten Kantons 1/10 weniger bezogen wird. Bekanntlich wird im alten Kantonstheil für die Beftreitung der Roften des Armenwesens eine spezielle Steuer bezogen, die auf 3/10 feftgefest murde, sodaß der alte Kanton Fr. 2 vom Tausend bezahlte, der neue dagegen Fr. 1. 70. Da nun diefe 3/10 im alten Kanton schon längst mehr abwarfen, als das Armenwesen des alten Kantons erforderte, so hat sich auf diese Art ein sogenanntes Guthaben des alten Kantons gegen= über dem Jura gebildet, das im Jahre 1880 über eine Million betrug. Im Jahre 1880 wurde deshalb biefe Steuer auf 2/10 reduzirt, und auch jetzt reichte dieselbe für die Bedürfnisse des Armenwesens nicht nur aus, sondern das Guthaben des alten Kantons äuffnete sich noch. Es kann diese Reduktion deshalb auch in Zukunft beibehalten und der dritte Zehntel für das Frrenwesen verwendet werden. Wenn also auch scheinbar der alte Ranton nicht mehr zu steuern hat, so geht aus dem Gesagten doch hervor, daß er, genau wie der Jura, seinen Behntel an die Irrenpflege entrichtet.

Bielleicht hatten einige von Ihnen die Hoffnung, es tonne bei dem gunftigen Stand der Staatsfinanzen der Zweck der Erweiterung der Irrenpflege erreicht werden ohne Fortbezug der direkten Staatssteuer. Allein ich

glaube, Sie haben fich schon in den letten Tagen überzeugt, wie viele Anforderungen aller Art an den Staat herantreten. Die Regierung glaubt deshalb, es sei rich= tiger, für dieses große Werk, für welches das Volk Verständniß hat und das einem dringenden Bedürfniß abhilft, auch ferner eine besondere Steuer zu beziehen. Würde man dies nicht thun und gleichwohl zu bauen beschließen, so würde die Laufende Verwaltung für eine Reihe von Jahren so belastet werden, daß andere dringende Bedürfniffe nicht befriedigt werden konnten, mas wieder Unzufriedenheit erwecken murde.

Aus diefen Grunden empfehle ich Ihnen, auf die Vorlage einzutreten. Ich habe einzelnen Bestimmungen derselben in meinem Bericht vielleicht bereits etwas vor= gegriffen, allein es war nicht anders möglich, als die

Sache als Ganzes zu beleuchten.

Präsident. Der Herr Direktor des Innern hat bereits über die ganze Vorlage referirt. Wenn kein anderer Antrag fällt, so nehme ich an, man sei einver= standen, die Vorlage in globo zu behandeln.

Bühlmann, Berichterstatter ber Staatswirthichaftstommiffion. Ich bin einverstanden, daß man die Vorlage als Ganges behandelt. Die Staatswirthichafts= kommission ift mit derselben durchaus einverstanden und beantragt nur, in Ziffer 3 der Motive die Worte "wäh-rend" bis "sollen" zu streichen. Es ist die Erwähnung infolge des vorhin gefaßten Beschluffes nicht mehr

nöthig.

Was den Beschluß selbst betrifft, so wissen Sie, daß das Volk im Jahre 1880 beschloffen hat, es sei zur Ermöglichung der Erweiterung der Irrenpflege 1/10 vom Taufend Staats= steuer zu beziehen. Diese Extrasteuer beläuft fich auf Ende 1890, nach Abrechnung eines Beitrags von Fr. 700,000 an den Infelneubau, auf Fr. 1,225,000. Es ist nun sehr schade, daß sich der Neubau so verzögerte, da man vor 5 oder 6 Jahren 25—30 % billiger hätte bauen können. Die Berzögerung liegt in einer Reihe von Zu= fälligkeiten, für welche die Behörden keine Schuld trifft. Die Bellelay=Frage wurde aufgeworfen, Regierungsrath Rohr und Direktor Schärer wurden frank, welche Umftande in ihrer Gesammtheit die Sache ungemein verzögerten. Auch muß man sich sagen, daß wenn es sich um den Bau einer Anftalt handelt, die fo große Opfer erfordert, eine Mufteranftalt werden foll und die größte Frrenanstalt int der Schweiz sein wird, die Borberei-tungen so getroffen werden sollen, daß man dann auch etwas Rechtes erhält. Namentlich die Wahl des Systems erheischte weitgehende Untersuchungen und machte auch den Befuch anderer Unftalten nöthig, fodaß mit der er= wünschten Schnelligkeit kein definitives Projekt vorgelegt werden konnte. Gegenwärtig nun ift die Sache ziemlich abgeklärt und es werden demnächst die definitiven Projekte vorgelegt werden können. Der Voranschlag erreicht die Summe von Fr. 3,454,000. Wir glauben, diese Summe sei jedenfalls etwas zu hoch gegriffen; aber immerhin wird man mit einer Summe von 3 Millionen im Minimum zu rechnen haben. Da wir nun von ber Extrafteuer her bloß &c. 1,225,000 zur Verfügung haben, so muß felbstverständlich der Rest auf eine Art und Weife aufgebracht werden, durch die das Budget nicht belaftet und dem Staate ermöglicht wird, die ordentlichen Staatsausgaben gleichwohl zu bestreiten. Man sagte

sich beshalb, es sei am zweckmäßigsten, wenn man bas bisherige Verhältniß fortdauern laffe und die Extrasteuer noch so lange weiterbeziehe, bis die erforderliche Summe vorhanden sei, und man zweifelt nicht daran, daß das Bolk diesen Antrag mit ebenso großer Mehrheit anneh= men wird, wie seinerzeit im Jahre 1880. Wir zahlen im alten Kanton deswegen nicht mehr Steuern. Eine Alenderung tritt faktisch nur beim Jura ein, der statt Fr. 1. 70 Fr. 1. 80 vom Tausend zu bezahlen hat. Allein wenn man die Sache genauer ansieht, fo kommt man zur Ueberzeugung, daß schließlich doch der alte Ranton gegenüber dem Jura zu viel bezahlt hat. Die Berfaf= fung schreibt vor, daß die Grundsteuer im neuen Ran= tonstheile zu benjenigen Abgaben und Ginkunften im alten Kantonstheile, wovon fie den Gegenwerth bildet, in das gehörige Verhältniß gesetzt werden solle. Dieses Berhältniß wurde so festgesett. daß der alte Kanton Fr. 2, der Jura Fr. 1. 70 vom Tausend bezahlt. Die 3/10 Differenz sollten für das Armenwesen des alten Kantons benützt werden. Allein diese 3/10 machten bedeutend mehr aus, als das Armenwesen absorbirte, und von daher rührt der bekannte Vorschuß des alten Kantons gegen= über dem neuen, der auf Ende des Jahres 1889 Fr. 1,692,276 betrug, trothdem in den letten 10 Jahren nur 2/10 für das Armenwesen bezogen wurden. Diefes ganze Abrechnungsverhältniß ift ein höchft unglückliches und es wäre durchaus zu begrüßen, wenn demfelben ein Ende gemacht werden konnte. Allein es ift das ohne Aenderung der Berfassung nicht möglich. Das einfachste Mittel, um den Borschuß verschwinden zu lassen, wäre das, daß man im Jura ebenfalls 2 % beziehen und die im alten Kanton für das Armenwesen ausgegebene Summe von dem Borichuffe abziehen würde, wogegen die im alten Kanton bezogenen 3/10 gang für die Erweiterung ber Irrenpflege verwendet werden könnten.

Auf diese Weise würde der Vorschuß des alten Kantons in einigen Jahren verschwinden. Allein wir glauben, eine solche einschneidende Maßregel sei nicht angezeigt. Man weiß, daß sich der Jura über hohe Steuern und über ungleiche Behandlung in Bezug auf die Grundsteuer beklagt. Wollte man auf einmal die Steuer um ³/10 vom Tausend erhöhen, so wäre dies zu viel. Bei der bisherigen Berechnungsweise — Fr. 1. 80 — bezahlt der Jura etwas mehr als früher, wird dann aber auch am Genuß der Anstalt partizipiren, abgesehen davon, daß das zwischen altem und neuem Kanton bestehende Mißverhältniß etwas verringert wird. Wir glauben dasher, das Opfer, das wir dem Jura auferlegen, sei durch-

aus gerechtfertigt.

Was die Sache selbst betrifft, so wissen sie, daß der Staat in Münsingen eine Besitzung erwarb und zwar zu einem sehr billigen Preise, wobei der Berkäuser aber ausdrückelich zur Bedingung machte, daß dann die neue Irrensanstalt dahin verlegt werde. Seither tauchte immer wieser die Frage auf, ob der Platz eigentlich ein richtiger sei. Es fand auch neuerdings wieder eine Besichtigung statt, wobei man zur Ueberzeugung kam, daß der Platz infolge seiner ausgezeichnet schönen Lage und der günstigen Verkehrsverhältnisse jawohl geeignet sei. Die Beshörden sagten sich nun, die Platzkrage solle einmal desinitiv gelöst werden, was im vorliegenden Beschlusse geschieht. Daß die Sache dringlich ist und endlich Ernst gemacht werden muß, darüber sind wir alle einig. Es soll denn auch mit der Bauaussührung nicht gewartet

werden, bis die nöthigen Mittel vorhanden sind, sondern es soll nach Inkrafttreten des vorliegenden Beschlusses damit begonnen und es sollen die nöthigen Summen aus der Staatskasse vorgeschossen und später durch die Extrasteuer wieder zurückdezahlt werden. Wenn das Volk den vorliegenden Beschluß annimmt, sind wir es ihm schuldig, mit aller Energie an's Werk zu gehen, und die Staatswirthschaftskommission erwartet denn auch, daß die Kezierung die Projekte in nächster Zeit vorlegt.

Geftügt auf diese Auseinandersetzungen beantrage ich Ihnen namens der Staatswirthschaftskommission, auf den Beschluß einzutreten und denselben anzunehmen mit Streichung der Worte in Ziffer 3 der Motive "während

die Roften 2c."

Ballif. Ich verlange das Wort nicht, um diese Borlage irgendwie zu befämpfen. Ich gehöre im Gegen= theil zu denen, welche es lebhaft begrüßen, daß durch diesen Beschluß die demnächstige Anhandnahme der Erweiterung der Frenpslege ermöglicht wird. Gleichwohl kann ich eine Bemerkung, die ich schon in der Staats= wirthschaftstommission machte, nicht unterdrücken. Ich muß nämlich bedauern, daß man seinerzeit — es geschah das in einem Vortrage der Finanzdirektion — bei An= laß der Behandlung der bekannten Eifenbahnvorlagen in Aussicht stellte, es werde die Erweiterung der Frrenpflege nun ohne weitere Extrafteuer möglich sein. Von dieser Unsichtäußerung des herrn Finanzdirektors wurde damals zur Empfehlung der Borlage beim Bolt fehr viel Bebrauch gemacht und bedeutendes Gewicht darauf gelegt. Es wird nun infolge beffen in großen Kreifen bes Volkes eine Enttäuschung hervorrufen, wenn es sieht, daß eine Erweiterung der Irrenpslege ohne Erhebung einer Extrasteuer nun doch nicht möglich ift. Es ist fatal, wenn man folche Aussichten, die man dem Volke macht, nach= her wieder zurudnehmen muß, allerdings — ich gebe bas zu — infolge veränderter Verhältnisse. Allein trot= dem ist nicht zu bestreiten, daß durch solche Vorgänge das Vertrauen des Volkes, namentlich zu feinen Vertretern im Großen Rathe, welche ihm eine Vorlage em= pfehlen, geschwächt wird. Der Herr Finanzdirektor hat jedenfalls diefe Meinungsäußerung in guten Treuen ge= than und ich gebe zu, daß dieselbe auch mehr nur per-fönlicher Natur war. Allein Ansichtsäußerungen des Herrn Finanzdirektors haben eben großes Gewicht; deshalb wurde auch an Vorversammlungen davon Gebrauch ge= macht und war diese Unsichtsäußerung auf die Unnahme der Eisenbahnvorlage jedenfalls nicht ganz ohne Einfluß. Ich will dem Herrn Finanzdirektor durchaus keinen Vorwurf machen, da er sich sicher in guten Treuen so aus= sprach, wünsche aber doch, man möchte in Zukunft mit solchen Ansichtsäußerungen etwas zurückhaltender und behutsamer sein.

M. Stockmar, conseiller d'Etat. Je regrette vivement que ce projet de décret n'ait pas été soumis à l'appréciation d'une commission devant laquelle les représentants du Jura au Conseil-exécutif auraient pu formuler les réserves qu'ils ont déjà présentées au gouvernement. Certes, personne ne songe à contester l'urgence de l'établissement des nouveaux hospices d'aliénés, et en présence des diminutions de recettes et des augmentations de dépenses qui menacent le budget, il serait difficile de refuser

les centimes additionnels qu'on demande pour une nouvelle période décennale. Ce que nous contestons, c'est la forme du décret, ou plutôt les motifs sur lesquels il s'appuie. Les rapporteurs du gouvernement et de la commission vous ont exposé que l'ancien canton paie chaque année, par ses 30 centimes additionnels, une somme plus forte que celle qui est consacrée à l'entretien de ses pauvres, et que c'est cet excédent qui constitue la créance qu'il a sur le canton, créance qui se monte aujourd'hui à 1,700,000 fr. C'est précisément ce que nous n'admettons pas. L'impôt spécial de l'ancien canton produit annuellement environ 375,000 fr., tandis que les frais de l'assistance se montent à 550,000 fr. Il y a donc, au lieu d'un excédent, un déficit annuel de 175,000 fr. Pour le couvrir, on porte à l'actif de l'ancien canton, en vertu de la loi de 1865, une somme de 316,000 fr. qui est censée lui revenir à titre d'intérêt des anciens cens fonciers et de produit de ses domaines. Or nous prétendons depuis longtemps, dans le Jura, que cette affectation annuelle de 316,000 fr., qui figure sur le papier, ne représente qu'une créance fictive, et qu'elle devrait déjà avoir disparu des comptes de l'Etat. C'est tout

C'est l'éternelle question du décompte entre les deux parties du canton qui recommence. Ne craignez pas, Messieurs, que je veuille reprendre cette discussion fastidieuse, dont on n'a déjà que trop souvent fatigué le Grand Conseil. Je ne conteste pas, je regrette de ne pas pouvoir contester la légalité de l'ordre de choses consacré par la loi de 1865. Ce que je conteste, c'est que les bases qui ont servi à l'édifier existent encore actuellement, si tant est qu'elles aient jamais existé. Qu'on nous dise où sont les domaines de l'ancien canton qui produisent un excédent de 231,000 fr. à son profit, et pourquoi les forêts du Jura ne sont pas comptées dans le capital domanial! La part du Jura dans la créance de l'ancien canton serait d'environ 300,000 fr. Or depuis dix ans, le Jura a payé 400,000 fr. d'impôt extraordinaire, et sa dette a augmenté au lieu de diminuer. Depuis la promulgation de la loi de 1865, l'ancien canton s'est porté en compte 25 fois 316,000 fr., soit 8 millions qui ont été absorbés par l'assistance, et l'on nous dit que c'est le Jura qui est maintenant débiteur. — Encore une fois, nous respectons la loi de 1865, mais nous espérons que le Grand Conseil fera ce qu'a fait la Constituante de 1883, ce que voulait réaliser la loi sur l'impôt direct malheureusement rejetée par le peuple, et qu'il abrogera pour le passé et pour l'avenir le décompte entre les deux parties du canton. Nous avons pleine confiance dans les sentiments de justice et d'équité de nos concitoyens de l'ancien canton, et si nous acceptons avec résignation l'impôt extraordinaire dont nous reconnaissons la nécessité, c'est dans l'espoir que la période de perception de cet impôt ne se terminera pas avant que le décompte ait été supprimé et que la prétendue dette du Jura ait disparu du bilan de l'Etat.

Scheurer, Finanzbirektor. Nur einige Worte auf die Bemerkung bes Herrn Ballif. Er hat mit Recht daran

erinnert, daß bei Behandlung der Fusion der Jurabahn mit der Suisse Occidentale und der damit in Verbindung stehenden, für den Kanton Bern so wichtigen und günstigen Finanzoperationen von der Finanzdirektion darauf auf= merksam gemacht worden sei, daß die Resultate der Fusion zur Beforderung der Erweiterung der Irrenpflege ber= wendet werden konnten. Allein es wurde diese Anficht ausdrücklich, sowohl im Vortrage selbst, als bei Behandlung der Angelegenheit im Großen Rathe, als eine rein persönliche bezeichnet und es sollte damit niemand engagirt sein. Als ich diese personliche Anficht vorbrachte, rechnete ich darauf, es werde aus der Mitte des Großen Rathes eine Kundgebung erfolgen, ob man mit der angedeuteten Verwendung einverstanden sei oder nicht, und ich muß gestehen, daß ich etwas enttäuscht war, daß mein Erguß so kühl aufgenommen wurde und auch nicht der Schein einer Zustimmung erfolgte, so wenig als kurz darauf bei der Besprechung der Angelegenheit in der Breffe und im Bublikum irgend welche Sympathien für ein Borgehen, wie ich es mir vorgestellt hatte, laut wurden. Ich mußte deshalb annehmen, ich habe fast gar eine Dummheit gemacht oder wenigstens, der Große Rath sei mit mir nicht einverstanden. Wäre meine personliche Meinungsäußerung auf fruchtbaren Boden gefallen, so hätte es die Zahl der Motionen nicht sehr vermehrt, wenn ein bezüglicher Anzug eingebracht worden wäre. Allein das war nicht der Fall; der Große Rath hat im Gegentheil über die verfügbaren Summen bereits in anderer Beise verfügt, indem er große öffentliche Unter= nehmungen und Bauten auszuführen oder zu subven= tioniren beschloß, sodaß das Büdget, speziell dasjenige der Baudirektion, mit wenigstens Fr. 400,000 mehr belastet werden muß, also mit einer ebenso großen Summe, als sich unsere Finanzen infolge der Fusion günstiger ftellten.

Ich glaube also, man könne mir keinen Vorwurf machen. Die Verhältnisse haben sich so gestaltet, daß die Situation nun eben so ist, wie sie ist. Es wäre gut, man könnte die Fr. 400,000 Gewinn doppelt berechnen; allein da geht eben die Mathematik über unsern guten Willen.

Nun nur noch ein Wort in Bezug auf die Aeuße= rungen des Herrn Kollegen Stockmar. Ich gebe gerne zu, daß dieses Abrechnungsverhältniß zwischen altem und neuem Kanton ein unerquickliches ist und will auch nicht behaupten, daß die Grundlagen dieser Abrechnung über alle Kritif erhaben seien. Allein ich glaube, das alles könne heute nicht mehr in Betracht kommen. Wir haben es mit einem gesetlichen Zuftand zu thun, mit dem Geset von 1865, das wir zu handhaben nicht nur berechtigt, fondern verpflichtet find. Geftütt auf diefes Befet wurde die Abrechnung getroffen und gestützt darauf wächst ber Vorschuß des alten Kantons gegenüber dem neuen in gewiffem Verhältniß an. Man follte nun darauf hinar= beiten, daß dieser Zustand sobald als möglich aufhören würde. Der Gesetzgeber selbst hat denselben nicht als einen ständigen, sondern mehr nur als einen transitori= schen betrachtet, und im Gesetze selbst bereits Mittel zu seiner Beseitigung angegeben, indem der Art. 4 des Ge= setzes von 1865 folgenden Wortlaut hat: "Die besondere Abrechnung und Zusatbesteuerung des vorhergehenden Artikels fallt weg, fobald in Bezug auf die Armenlast und das Grundsteuersystem ebenfalls eine Ausgleichung und Einheit für den ganzen Kanton erzielt fein wird.

Sobald also der Jura dazu hand reicht, die Einheit zwischen altem und neuem Kanton im Armen= und Steuerwesen herbeizuführen, wird der gegenwärtige Anaschronismus von selbst wegfallen. Der Jura hat also das Mittel selbst in der Hand, um dieses unangenehme Abrechnungsverhältniß zu beseitigen und es wird sich ihm dazu namentlich in nächster Zeit Gelegenheit dieten, wenn die Frage der Verfassungsrevision neuerdings in Angriff genommen wird.

Bühlmann, Berichterstatter der Staatswirthschafts= tommiffion. Ich mochte nur bas bestätigen, was Berr Regierungsrath Scheurer soeben gesagt hat. Ich halte auch dafür, daß wir die Aeußerung des Herrn Regierungsrath Stodmar nicht ohne Widerspruch entgegen= nehmen können. Thatsache ift, daß die 3/10 %00, die wir mehr beziehen, als der Jura, jährlich eine Summe von Fr. 860,000 ausmachen, während für das Armenwefen nur Fr. 600,000 ausgegeben werden. Wir zahlen alfo thatsächlich Fr. 260,000 zu viel und hieraus ift nach und nach der Vorschuß des alten Kantons gegenüber dem Jura entstanden. Es ift deshalb nicht richtig, wenn gesagt wird, es sei dieser ganze Vorschuß ein rein fiktiver. Ich möchte mit Herrn Scheurer die Herren aus dem Jura darauf ausmerksam machen, daß sie wiederholt die beste Gelegenheit gehabt hätten, diesen Vorschuß aus der Staatsrechnung verschwinden zu lassen. Im Berfassungs= entwurf von 1884, der im Jura mit Mehrheit verworfen wurde, war ausdrücklich gejagt, daß das Abrechnungs-verhältniß dahinfalle. Auch die letzte Verfassungsrevision, welche auf eine Revision des Armenwesens abzielte, wurde durch die Stimmgebung des Jura vereitelt. Er benutte die ihm gebotenen Gelegenheiten zur Ausmerzung diefes Borschusses nicht, sondern hat diese Ausmerzung im Gegentheil felbst vereitelt. Darum sagen wir: Bis der Jura zu einer Bereinheitlichung in Bezug auf das Armen= wesen hand bietet, wollen wir diesen Vorschuß in der Staatsrechnung beibehalten; wir find berechtigt, zu verlangen, daß der Jura auch ein gewisses Aequivalent leiftet.

M. Folletête. La discussion actuelle au sujet de l'arrêté concernant l'impôt à percevoir en vue de l'extension du service public des aliénés a soulevé incidemment la fameuse question du décompte entre les deux parties du canton. En examinant cet arrêté, on ne peut se défendre de l'impression qu'en apparence du moins, ce sont les contribuables jurassiens qui ont dû jusqu'ici, et devront à l'avenir encore fournir les ressources dont on a besoin pour la création d'un hospice d'aliénés. L'article premier porte bien que l'Etat continuera à percevoir dans ce but, dans les deux parties du canton, un impôt spécial de 1/10 0/00 jusqu'en l'année 1900; mais il y a à cet article premier un correctif, qui est l'art. 2, où il est dit formellement que l'impôt direct pour l'assistance publique dans l'ancien canton demeurera réduit, pendant ce laps de temps, de 1/10 0/00. Cela revient à dire que les mesures financières qu'on propose ne seront appliquées qu'au Jura, et qu'en définitive l'augmentation de l'impôt ne continuera à peser que sur le Jura, dont les contribuables n'auront à espérer aucun dégrèvement pendant la prochaine période décennale.

On ne comprend pas, Messieurs, qu'en présence d'une pareille situation, qu'en présence de pareilles exigences MM. les rapporteurs puissent venir reparler de cette dette fictive du Jura envers le canton. A l'exemple de M. le conseiller d'Etat Stockmar, je ne reprendrai pas par le menu cette question de décompte et ne vous fatiguerai pas avec de filandreux détails; les observations de M. Stockmar sont d'ailleurs si justes et si nettes qu'il serait inutile d'y ajouter. Je me contenterai, Messieurs, d'insister sur l'entière impossibilté d'exécuter la loi de 1865 relative à ce règlement de compte, par la simple raison que cette loi repose sur des bases absolument fausses, c'est-à-dire que les bases exactes peut-être en 1865, ne le sont plus aujourd'hui, ce qui enlève à la loi toute sa valeur. M. le directeur des finances a déjà reconnu avec nous que ce malencontreux décompte est un anachronisme, une chose surannée, qui n'a de valeur que sur le papier, et dont il serait temps de ne plus s'occuper que pour le supprimer de fait, comme il l'est déjà de droit aux yeux de toutes les personnes de bon sens. Messieurs, si l'on voulait aller au fond des choses, si l'on voulait rechercher tout à fait impartialement ce que paie l'ancien canton et ce que paie le Jura, on serait étonné sans doute du résultat auquel on arriverait, on serait étonné de l'injustice qui nous est faite, par exemple, par le maintien de ces estimations cadastrales déraisonnables, contre lesquelles nous protestons en vain depuis si longtemps. Si l'on calculait ce que le Jura paie en trop chaque année du chef de cette criante inégalité, à quelle somme arriverions-nous? Ne serait-ce pas là un facteur important à faire entrer en ligne, lors du décompte?

Vous vous rappellerez qu'en 1883, la Constituante avait la conviction que ce règlement de compte entre les deux parties du canton n'avait plus de valeur, que les sommes qu'on accumule comme à plaisir au passif du Jura sont absolument fictives et qu'au surplus ces prétendues créances seraient, de fait, irréalisables. L'assemblée avait unanimement, si je ne me trompe, décidé de supprimer tout décompte entre l'ancien canton et le Jura. Les mêmes raisons d'en finir avec cette vieillerie existent encore, et personne d'entre vous, Messieurs, ne croit qu'il soit possible de faire rembourser le prétendu solde de compte dont le Jura resterait débiteur, sans soulever l'opinion publique non seulement dans le Jura, mais même dans l'ancien canton. Or, si vous avez cette conviction, ne laissez pas supposer que vous prenez encore ce décompte au sérieux, et si vous nous demandez aujourd'hui de voter de nouveau une augmentation de l'impôt, faites-le dans l'intention d'effacer, à la première occasion, toute trace de cette dette fictive. Nous ne refuserons pas les centimes additionnels qu'on nous demande dans un but humanitaire, à condition qu'on se montre décidé à en finir une bonne fois avec des réclamations injustes et purement imaginaires.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich habe nicht die Ermächtigung, im Namen der Regierung zu sprechen; aber persönlich, und ich weiß, daß auch der Herr Finanzdirektor einver-

standen ist, kann ich mich mit dem Antrage der Staatswirthschaftskommission, in Ziss. 3 der Motive die Erwähnung von Bellelah wegzulassen, einverstanden erklären, um so mehr, als Sie vor einer Stunde den Ankauf von Bellelay beschlossen haben, sodaß die Anführung von Bellelay hier keinen Sinn mehr hätte.

Abstimmung.

Für Streichung des Paffus betreffend Bellelay Große Mehrheit. Im übrigen wird dem Beschlusse stillschweigend zu= gestimmt.

Boranichlag für das Jahr 1891.

(Siehe Nr. 26 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rathes von 1890; die Anträge der Staatswirthschafts= kommission sind abgedruckt unter Nr. 33 der Beilagen.)

I. Allgemeine Perwaltung.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich erlaube mir, von vornherein anzunehmen, daß der Große Rath wünscht, es möchte die Berichterstattung über diesen Boranschlag nicht weitläufiger sein, als absolut nöthig ist und es möchte namentlich bei Posten, die keiner oder nur einer unwesentlichen Beränderung unterliegen, keine lange Begründung erfolgen. Das letztere ist nun ganz besonders bei der Rubrik "Allgemeine Berwaltung" der Fall, wo die Ausgaben nahezu die nämliche Summe ausmachen, wie im Jahre 1890.

Dagegen ist hier ein Irrthum zu berichtigen, der in der Rubrik F unter Ziff. 3 sich eingeschlichen hat, indem dort für Redaktionskoften des deutschen Tagblattes Fr. 2000 aufgenommen sind. Dies ist unrichtig, indem die Besoldung des Redaktors in der letzten Zeit auf Fr. 2400 erhöht wurde. Ich beautrage deshalb namens der Rezierung, es möchte diese Rektisikation noch angebracht werden.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission. Die Staatswirthschaftskommission hat diesen Voranschlag berathen und es liegen Ihnen deren Aenderungsanträge gedruckt vor. Wie Sie sehen, stellt dieselbe in Bezug auf die Rubriken I—V keine absweichenden Anträge. Ich bemerke nur noch, daß die Staatswirthschaftskommission in einer Sitzung von gestern Nachmittag noch einige Anträge formulirte, die nicht gebruckt vorliegen, sondern mündlich mitgetheilt werden sollen.

Gegen den Antrag des Herrn Finanzdirektors, die Redaktionskosten für das deutsche Tagblatt auf Fr. 2400 festzusehen, habe ich nichts einzuwenden.

Benehmigt.

II. Berichtsverwaltung.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Auch hier sind gegenüber dem Büdget für 1890 nur geringe Abweichungen eingetreten. Bei B, Obergerichtskanzlei, wurde die Besoldung der Angestellten etwas erhöht, nämlich auf Fr. 31,300. Bei C 3, Entschädigung der Stellvertreter der Gerichtspräsidenten, trat eine Erhöhung auf Fr. 3500 ein, wogegen unter C 4, Entschädigung ungen der Mitglieder und Suppleanten des Amtsgerichts, die Ausgaben von Fr. 43,000 auf Fr. 41,500 reduzirt wurden. Bei D, Amtsgerichtsschreibereien, trat eine kleine Erhöhung um Fr. 105 ein, die sich auf eine andere Berechnung der Miethzinse sür Kanzleilokale bezieht. Bei F, Geschwornengerichte, wurde die Entschädigung der Geschwornen um Fr. 500 erhöht und um die gleiche Summe auch der Posten für Reisekosten und Unterhalt der Krimisnalkammer. Dies sind alle vorgenommenen Aenderungen.

Schmid (Andreas), Berichterstatter der Staatswirthsichaftskommission. Die vorgenommenen Aenderungen sind, wie Sie sehen, nur unbedeutend und die Staatswirthschaftskommission ist damit vollkommen einverstanden.

Lenz. Ich möchte den Anlaß benutzen, um von einem beim Richteramt Bern bestehenden großen und schweren Uebelstand Kenntniß zu geben. Bekanntermaßen fungirt der Gerichtspräsident im allgemeinen sowohl als Untersuchungs= wie als Civil= und Strafrichter. Hier in der Stadt Bern jedoch besteht eine andere Organisation. Sofort nach Einführung des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden mußte ein außerordentlicher Unter-fuchungsrichter bestellt werden, der bisher immer fortamtete, während ber Gerichtspräfident nur die Funktionen des Civil- und Strafrichters und des Präfidenten des Umtsgerichts versah. Es zeigte fich bann aber feit ben 70er Jahren, daß der Gerichtspräfident nicht alle diese Funktionen beforgen kann, und man hat deshalb ein Civil= und ein Strafrichteramt geschaffen. Der Gerichts= präsident funktionirt als Civilrichter und als Präsident des Amtsgerichts soweit es Civilgericht ift, während ein anderer Beamter — ein Mitglied des Amtsgerichts als Strafrichter und Präfident des korrektionellen Gerichts fungirt und in dieser Eigenschaft jeden Tag amten muß.

Nun hat sich in der letzen Zeit gezeigt, daß dies nochmals nicht genügt, was der Umstand beweist, daß sich die Regierung vor 3 Monaten veranlaßt sah, für vorübergehende Aushülfe zu sorgen, so daß quasi zwei Strasrichterämter bestehen. Es ist dies aber ein durchaus provisorischer Zustand, der nicht genügen kann, und will ich zum Beweise dessen nur mittheilen, wie sich die Geschäfte vermehrt haben. Im laufenden Jahre hatte das Strasrichteramt 600 Geschäfte mehr zu besorgen, als letzes Jahr. Rechnet man nun per Geschäft 3 Abhörungen, so ergeben sich 1800 Abhörungen mehr, als letzes Jahr. Im ganzen waren 11,600 Personen abzuhören, was per Tag, da der suntsgerichts seines Amtes zu walten und beschalb für die Abhörungen nur 4 Tage in der Woche zur Verfügung hat, über 50 Personen ausmacht. Da nun jede Abhörung eine halbe oder mindestens eine Viertelstunde in Anspruch nimmt, so ist es einsach unmöglich, die Ausgabe zu bewältigen; die Geschäfte bleiben liegen dis aushülfsweise ein Richter ernannt wird, um aufzuräumen.

Nun ist die Berwaltung der Strafgerichtsbarkeit gerade die difficilste und wir muffen dafür sorgen, daß das betreffende Umt mit Gerechtigkeit verwaltet wird; denn es ist schlimm, wenn der Burger das Gefühl erhält: ich bin ungerecht verurtheilt, ja nicht einmal gehört worden.

Aehnlich verhält es sich mit dem Untersuchungsrichteramt. Im laufenden Jahre waren 700 ordentliche Geschäfte, gegenüber 500 im Jahre 1889, zu erledigen, wozu noch circa 200 rogatorische Abhörungen kamen. Die Zahl der Abhörungen belief sich auf circa 7200, oder bei 300 Arbeitstagen auf 24 pro Tag. Rechnet man die Abhörung zu einer halben Stunde, fo hatte der Untersuchungsrichter täglich — abgesehen von den übrigen Arbeiten — 12 Stunden zu thun, um alle Abhörungen zu beforgen. Da man ihm dies nicht zumuthen kann, so besteht auf dem Richteramt, wo das Gesetz vor allem genau vollzogen werden follte, der größte ungesetliche Buftand, den man fich denken kann. Das Gefet verlangt, daß bei Abhörungen Untersuchungsrichter und Aftuar miteinander funktioniren und einander kontrolliren follen, damit nicht einer diefer Beamten auf den Abzuhörenden einen unerlaubten Druck ausüben tann. hier in Bern jedoch hört der Aktuar in einem Nebenzimmer ebenfalls ab und in der letzten Zeit mußte sogar noch ein zweiter Schreiber angestellt werden; man läßt alfo einen ge= wöhnlichen Schreiber ohne Anwesenheit des Untersuchungs= richters eine Untersuchung führen und es müßte jede solche Untersuchung, wenn ein Anwalt es verlangt, kaffirt werden. Diefer Zustand hat ferner auch zur Folge, daß ein Angeschuldigter oft monatelang in haft bleiben muß, während bei anderer Organisation die Untersuchung in zwei Wochen abgethan werden könnte.

Ich möchte beshalb beantragen, es solle diesem Uebelstand abgeholsen werden, was in erster Linie dadurch geschehen kann, daß man den Büdgetposten unter C 2 um Fr. 4500 erhöht, damit noch ein weiterer Amtsrichter als ständiger Beamter angestellt werden kann, der sowohl dem Strafrichter als dem Untersuchungsrichter helsen würde. Ferner beantrage ich, es möchte die Regierung eingeladen werden, beförderlichst ein Dekret vorzulegen, durch welches die beim Richteramt Bern bestehenden Bers

hältniffe geregelt werden.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission. Ich bin mit dem Herrn Borredner insoweit einverstanden, daß eine Rüge hier angebracht werden soll. Im übrigen aber glaube ich, es gehe nicht an, bei der Büdgetberathung solche Veränderungen vorzunehmen, ohne daß man eine genaue Vorlage hat. Ich bin also mit der gemachten Anregung einverstanden, wünsche aber, daß eine richtige Vorlage eingebracht werde, worauf dann ein Kachkredit bewilligt werden kann.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Die von Herrn Lenz geschilderten Uebelstände sind dem Regierungsrathe in der letzten Zeit auch offiziell bekannt geworden, indem der Antrag einging, es sei beim Untersuchungsrichteramt eine zweite Sekretärstelle zu schaffen. Die Regierung fand jedoch, es sei dies nicht das richtige Mittel, um den Uebelständen abzuhelfen, sondern es müsse gründlicher vorgegangen werden. Die Regierung wird also, ohne daß man ihr extra einen "Mupf" gibt, die Angelegenheit nächstens in Ordnung

bringen, was nicht anders wird geschehen können als durch Revision des betreffenden Dekrets. Es ist deshalb auch nicht nöthig, einen erhöhten Unsatz in's Büdget aufzunehmen. Wenn eine andere Organisation geschaffen wird, so wird eo ipso die betreffende Mehrausgabe auch bestritten und durch einen Nachkredit gedeckt werden müssen.

— Ich glaube, Herr Lenz könne sich mit dieser Erklärung zufrieden geben und es könne der vorliegende Büdgetsansatz so belassen werden.

Lenz. Es war mir nur bekannt, daß für das Untersuchungsrichteramt ein zweiter Sekretär angestellt worden, und ich befürchtete, man werde es dabei bewenden lassen. Da nun der Herr Finanzdirektor erklärt, daß die Regierung eine Vorlage ausarbeiten werde, so bin ich befriedigt und beharre nicht auf meinem Antrag.

Die Rubrit II wird genehmigt.

III. Juftis.

Ohne Bemerkung genehmigt.

IIIb. Polizei.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Re= hier sind einige Aenderungen hervorzu= gierungsraths. heben. Bei A, Berwaltungskoften, wurde der Unfat von Fr. 20,000 auf Fr. 22,500 erhöht. Es ist das aber keine Mehrausgabe für den Staat, fondern einfach eine Ber= ichiebung. Gin Angestellter, ber früher die Schreibereien für das Gifenbahnwesen beforgte, tam an eine andere Stelle unter der Polizeidirektion. Seine Stelle wurde nicht wieder besett, sondern es werden, da der Herr Polizeidirektor auch zugleich Gifenbahndirektor ift, die Schreibereien für die Eisenbahndirektion mit Gülfe eines neuen Angestellten auf der Polizeidirektion besorgt. Diese Fr. 2500 sind also auf einer andern Rubrit gestrichen worden. Bei C, Landjägerkorps, ist für Bekleidung ein bedeutend gerin= gerer Posten aufgenommen worden, als lettes Jahr, was bavon herrührt, daß im Jahre 1891 nicht so kostspielige Neuanschaffungen gemacht werden muffen, wie im gegen= wärtigen. Die Büreaukosten wurden von Fr. 1800 auf Fr. 2000 erhöht. Unter Ziffer 10, Grenzbewachung, Bergütung der Cidgenoffenschaft, tritt eine Mehreinnahme ein infolge Bermehrung bes Perfonals, bas dem Bund für die Ueberwachung der Grenze zur Verfügung geftellt wurde. Bei E 3, Zwangsarbeitsanstalt Thorberg, wurben die Keinausgaben von Fr. 30,000 auf Fr. 32,000 erhöht und zwar rührt diese Erhöhung um Fr. 2000 von der Unterrubrik h, Inventarvermehrung, her, indem die Verwaltung die Anschaffung einer Feuersprize verlangt. Die Regierung ließ diesen Ansah vorläusig bestehen, obs stegerung tie Stefen einer Sprite noch nicht beschlossen, sondern das Geschäft zurückgewiesen hat, um zu untersuchen, ob nicht für die Eventualität eines Brandausbruches durch Einrichtung von Hydranten besser vorgesorgt werden könnte. Wenn der Besund günstig außfällt, wird die Regierung beschließen, es sei keine Feuersprize anzuschafsen, sondern eine Hydrantenanlage zu erstellen.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirthsichaftskommission. Die Staatswirthschaftskommission geht mit den Anträgen der Regierung vollständig einig und emfiehlt Ihnen diese Rubrik zur Genehmigung.

Genehmigt.

IV. Militär.

Scheurer. Finanzbirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Die Gesammtausgaben dieser Rubrik sind etwas geringer büdgetirt, als lettes Jahr, statt Fr. 242,830 bloß Fr. 241,030. Im Detail wurden verschiedene Uenderungen vorgenommen, die theilweise aber nur Kektisikationen und Verschiedungen sind und, wie Sie sehen, auf das Gesammtresultat keinen Einfluß ausüben. Ich will mich enthalten, auf diese Details einzutreten und empsehle Ihnen die Kubrik zur Genehmigung.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirthsichaftskommission. Wie Sie wissen, wurde vor zwei Jahren eine Kommission niedergesetzt, die zu untersuchen hatte, ob nicht im Bekleidungswesen und in Bezug auf die Anschaftung von Materialien Ersparnisse gemacht werden könnten. Diese Kommission hat Bericht erstattet, und es hat die Staatswirthschaftskommission schon letzes Jahr gewünscht, es möchten ihr die Borschläge dieser Kommission mitgetheilt werden. Dies ist dis zur Stunde nicht geschehen und ich habe den Auftrag, hier nochmals den Wunsch auszusprechen, es möchte das Gutachten dieser Kommission der Staatswirthschaftskommission zugewiesen werden.

M. Stockmar, conseiller d'Etat. Le rapport de la Direction militaire sur les propositions de la commission spéciale aurait déjà été communiqué à la commission d'économie publique sans le changement de titulaire intervenu au mois d'août. Ce rapport avait déjà été préparé par M. Gobat, mais il a dû être remanié parce que le directeur actuel n'a pas pu accepter toutes les opinions de son prédécesseur. Il est d'ailleurs survenu dans l'intervalle de nouveaux faits qui ont exigé des changements. Le rapport de la commission spéciale et celui de la Direction militaire seront soumis à la commission d'économie publique assez tôt pour pouvoir être discutés en même temps que le rapport de gestion.

Genehmigt.

V. Kirchenwesen.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Kegierungsraths. Bei B 3, Wohnungsentschädigungen, wurde der Ansak auf Fr. 10,000 erhöht, entsprechend den wirklichen Ausgaben, die bereits im Jahre 1889 nahezu Fr. 10,000 betrugen. Unter B 6, Beiträge an Kollaturen, konnte eine Reduktion auf Fr. 5000 eintreten, namentlich infolge des Loskaufs der Kollaturverhältnisse in den freiburgischen Gemeinden Bösigen und Ueberstorf. Bei B 10, Miethzinse, trat ebenfalls eine Aenderung ein, die jedoch für das Büdget ohne Belang ist. Bei C, katholische Kirche, wurde der Ansak für Besoldungen auf Fr. 127,000, d. h. um Fr. 3000 erhöht. Es war das nöthig, weil eine Anzahl Geistliche infolge Alterszunahme in eine höhere Besoldungsklasse eintraten.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirthschaftstommission. Bei dieser Abtheilung sind wesentliche Aenderungen nicht vorgekommen. Die Rubrik B, protestantische Kirche, weist allerdings eine Minderausgabe von Fr. 10,000 auf; allein ich mache darauf aufmerksam, daß davon Fr. 9500 auf eine andere Berrechnung entfallen und also in Wirklichkeit nicht in Vetracht kommen.

Benehmigt.

VI. Erziehung.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Wie alle Jahre, weist auch dies Jahr die Rubrik Erziehung am meisten Beränderungen auf, wie es auch in der Natur der Sache liegt. Mit Rückficht hierauf wird es besser sein, die einzelnen Unterzubriken für sich zu erledigen und zunächst zu behandeln die Unterrubrik

A. Berwaltungskoften der Direktion und ber Synobe.

Hier wurden die Büreaukosten von Fr. 6000 auf Fr. 6500 erhöht. Schon im Jahre 1889 genügten Fr. 6000 nicht; noch weniger ist dies im Laufenden Jahre der Fall, und es muß deshalb der Ansatz erhöht werden, wenn man nicht immer Nachkreditbegehren gewärtigen will. Die vermehrten Büreaukosten sind namentlich eine Folge der vermehrten Frequenz der Hochschule.

Dürrenmatt. Ich möchte um Auskunft ersuchen, weshalb der Ansatz unter Ziffer 5 auf Fr. 7500 erhöht wurde. So viel ich weiß, sind die Examen ungefähr alle Jahre gleich, und ich möchte wissen, ob vielleicht für irgend einen Gegenstand eine besondere Expertise in Aussicht genommen ist oder welches überhaupt der Grund für diese Vermehrung ist.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Herr Dürrenmatt befindet sich im Frethum. Die hier aufgenommenen Anfage von Fr. 7500 im Ausgeben und Fr. 1500 im Einnehmen find genau die gleichen, wie im lettjährigen Büdget.

Genehmigt.

B. Sochichule und Thierarzneischule.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Hier sind verschiedene Aenderungen und Erhöhungen, theilweise in nicht unbedeutendem Betrage vorgenommen worden. Bei Zisser 1, Besoldungen, murde der frühere Ansaß von Fr. 207,000 auf Fr. 230,130—die Erziehungsdirektion verlangte noch einige tausend Franken mehr — erhöht. In dieser Summe ist eine Reserve von Fr. 5000 enthalten, um im Lause des Jahres auftretenden Bedürfnissen und Besoldungserhöhungen, die nicht immer zu vermeiden sind, Rechnung tragen zu können. Die effektiven Besoldungen betragen also derzeit Fr. 225,000 gegenüber dem Ansaß von Fr. 207,000 im lausenden Jahr. Die Erhöhung wurde nöthig infolge Aussehung neuer Dozentenhonvare, Ausbesserung von Besoldungen und Errichtung neuer Lehrstühle. So wurde speziell der Lehrstuhl für Chemie nach dem Tode des Herrn Prosessor

Der Unsatz unter Biffer 2, Benfionen, konnte, bem gegenwärtigen Bestand Dieser Pensionen entsprechend, auf

Fr. 5800 reduzirt werden.

Für Befoldungen der Assistenten wurde der Ansah insolge Vermehrung derselben und theilweiser Erhöhung der Besoldungen auf Fr. 19,000 erhöht. Ebenso wurde der Ansah für Besoldungen der Angestellten von Fr. 13,500 auf Fr. 16,410 erhöht und kommt diese Erhöhung speziell der medizinischen Fakultät zu gut, wo neue Angestellte in Form von Abwarten 2c. nöthig wurden.

Der Ansatz für Berwaltungskoften (Mobiliar, Beheizung u. f. w.) wurde, entsprechend den nachgewiesenen Bedürfniffen, auf Fr. 21,000 erhöht. Bei der Ziffer 6, Miethzinse, trat ebenfalls eine Erhöhung ein; dieselbe ist

aber für das Büdget ohne Einfluß.

Bei Ziffer 7 a, Bibliotheken, trat eine Erhöhung des Unsatzes von Fr. 6000 auf Fr. 10,000 ein, hauptsächlich zu dem Zweck, um der vor einiger Zeit neugegründeten Hochschulbibliothek einen größern Beitrag verabfolgen zu können, damit sie nach und nach die Bedeutung erlangt,

die man ihr bei ihrer Grundung beilegte.

Für die nun unter Ziffer 7 folgenden Institute der Hochschule verlangte die Erziehungsdirektion verschiedene Erhöhungen. Den Begehren wurde zum Theil entsprochen, zum Theil aber glaubte man, dieselben zurückweisen zu sollen. Erhöhungen traten ein beim anatomischen Institut auf Fr. 5000, bei der pathologischen Anstalt auf Fr. 3200, bei der medizinisch=chemischen Anstalt auf Fr. 5000, beim chemischen Laboratorium, das in ein Laboratorium für organische und ein solches für unorganische Chemie getheilt wurde, auf Fr. 4500 gegen Fr. 3000, die bisher ausgegeben wurden. Neu ist 0, pharmazeutisches Institut, mit Fr. 2000. Die Einrichtung dieses neuen Instituts hängt zusammen mit der Neubeletzung der Staatsapotheterstelle und einer etwas andern Organi-

sation ber Staatsapotheke. Neu sind serner auch das hygienische Institut unter q mit Fr. 1500 und das dermatologische Institut unter r mit Fr. 500. Die Errichtung des letztern hängt zusammen mit der Verlegung des Außerkrankenhauses in das neue Gebäude bei der Insel.

Unter Jiffer 11 wird der Beitrag an die Klimiken im Infelspital auf Fr. 130,000 erhöht. Diese Erhöhung muß eintreten, weil mit der Uebersiedlung der Anstalt für Hautkrankheiten z. in das neue Gebäude bei der Insel, laut Vertrag mit der Inselkorporation, der Beitrag des Staates um Fr. 10,000 erhöht werden muß.

Unter Ziffer 12 wurde der Ansat für Besoldungen der Prosessionen und Honorare der Dozenten der Thierarzneischule auf Fr. 26,100 erhöht und ebenso unter Ziffer 13 der Ansat für Besoldungen der Assistenten auf

Fr. 2500.

Schmid (Andreas), Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission. Der Große Rath ist sich gewöhnt, hier jeweilen ganz bedeutende Erhöhungen beschließen zu mussen. Dies Jahr ist das Büdget um Fr. 56,500 höher, als das lette Jahr. Die Staatswirthschaftstommission findet aber, daß man hier keine wesentliche Reduktion eintreten laffen könnte und stimmt deshalb den Unträgen ber Regierung im großen und ganzen bei. Einzig in Bezug auf die Biffer 7 a, Bibliotheten, wird eine kleine Abanderung beantragt. Bisher war ein Unfat von Fr. 6000 aufgenommen, wovon, wie Sie aus einer Anmer-fung am Fuße ersehen, Fr. 2000 der Stadtbibliothet zufielen. Die Hochschulbibliothek erhielt also Fr. 4000. Diese Summe will man nun verdoppeln und hat deshalb einen Ansatz von Fr. 10,000 aufgenommen. Die Staats= wirthschaftstommiffion glaubt, es fei nicht zwedmäßig, von einem Jahr zum andern den Beitrag zu verdoppeln, da dadurch die Begehrlichfeit der Herren Professoren zu sehr geweckt werde. Wir schlagen deshalb vor, den Beitrag nur um die Sälfte, alfo auf Fr. 6000 zu erhöhen, sodaß der Gesammtansatz sich auf Fr. 8000 belaufen würde. Die Staatswirthschaftskommission empfiehlt Ihnen diese Abanderung zur Berücksichtigung.

Dr. Gobat, Erziehungsdirektor. Ich möchte Sie ersuchen, den Antrag der Staatswirthschaftskommission nicht anzunehmen. Bis vor zwei oder drei Jahren befaß die Hochschule keine Centralbibliothek, sondern nur verschiedene Spezialbibliotheken, eine medizinische Bibliothek, eine Predigerbibliothek zc. Es ift mir nun gelungen, mit Sulfe des Hochschulvereins alle diese Bibliotheken zu vereinigen und unter eine Centralleitung zu stellen. Man wollte da= mit die Benutung derfelben erleichtern und vermeiden, daß das gleiche Werk doppelt oder dreifach angeschafft werde. Mit der Vereinigung diefer Bibliotheten erwuchsen aber neue Bedürfniffe. Richt nur verursacht der Unterhalt ziemlich große Kosten, sondern es muß auch dar-nach getrachtet werden, die Bibliothek zu vermehren. Alljährlich erscheinen viele tausend neue Publikationen, worunter manche find, die eine Hochschulbibliothek nicht entbehren kann. Nun ift aber der Kredit in doppelter Beziehung beschräntt. Einmal muß der Stadtbibliothet ein Beitrag von Fr. 2000 verabfolgt werden. Derfelbe betrug früher Fr. 2800; ba mir aber feit einer Reihe von Jahren eine Erhöhung des ganzen Aredits verweigert wurde, habe ich ben Beitrag an die Stadtbibliothet auf

Fr. 2000 herabgesett. Die Stadtbibliothek übernimmt mit diesem Beitrag die Verpflichtung, den Fremden und namentlich ben Profefforen und Studirenden Butritt gu gewähren. Ferner gehen von dem Kredit ungefähr Fr. 2000 für die verschiedenen Seminarien der Hochschule ab. Die= selben brauchen für ihre Zwecke Wörterbücher, Klassiker, litterar-historische Werke, Zeitschriften u. s. w. Die Stubenten mussen natürlich in Bezug auf die Wissenschaften, die sie eingehender studiren wollen, auf dem Laufenden erhalten werden. Es gehen also von den Fr. 6000 Fr. 4000 ab, sodaß zur diretten Bereicherung der Centralbibliothet nur noch Fr. 2000 zur Verfügung bleiben. Da aus diefer Summe auch noch die Buchbinderkoften bestritten werden muffen, so werden Sie begreifen, daß diefelbe absolut nicht genügt und wir damit nie zu einer anstän-bigen Bibliothet kommen werden. Ich habe deshalb, mit Rudficht auf ben beffern Stand ber Staatsfinangen, neuerdings den Antrag gestellt, es möchte der Ansatz auf Fr. 10,000 erhöht werden. Es werden davon für direkte Anschaffungen immerhin nur Fr. 6000 übrigbleiben.

Es ist für unsere Hochschule von der größten Wich= tigkeit, daß fie eine anftandige Bibliothet, in welcher auch die neuen Publikationen berückfichtigt find, besitzt, wenn dieselbe auch den Bibliotheten anderer Hochschulen, 3. B. berjenigen von Bafel, nicht gleichkommen wird. Es ist dies nicht nur für den akademischen Lehrkörper von Wichtigkeit, sondern auch mit Rücksicht auf gewisse Even= tualitäten, die eintreten konnen. Sie wiffen, daß man davon spricht, verschiedene eidgenössische Schulen zu gründen, gleichsam eidgenöffische Fakultäten, so z. B. eine eigenössische Rechtsschule 2c. Bern, als Sit der größten schweizerischen Hochschule, muß natürlich zu konkurriren im stande sein, zu welchem 3wecke nicht nur die be-treffenden Fakultäten gehörig besetzt, sondern auch die nothigen Hülfsmittel, wozu vor allem eine gute Bibliothet gehört, vorhanden sein muffen. Burich hat nach der Rechnung vom Jahr 1888 für seine Hochschulbibliothek Fr. 25,828. 80 ausgegeben, also Fr. 15,000 mehr, als die Erziehungsdirektion heute verlangt. Sie sehen, daß Burich das Bedurfniß fühlt, feine Bibliothet gehörig auszustatten und ich bin überzeugt, daß Sie angefichts beffen keinen Augenblick zögern werden, den von mir verlangten Aredit zu bewilligen.

3ch habe aber noch einen andern Grund, der mich veranlaßt, Sie sehr zu bitten, den Antrag des Regierungs= raths anzunehmen. Sie wissen, daß neben der Hochschul= bibliothet noch die Stadtbibliothet, mit eigener Leitung, besteht. Dies hat zur Folge, daß oft die nämlichen Bücher von beiden Bibliotheken angeschafft werden, sodaß viele Ersparnisse beziehungsweise Mehranschaffungen gemacht werden könnten, wenn beide Bibliotheken unter einer Leitung vereinigt würden. Ich habe bies vor 4 ober 5 Jahren versucht, und ich tam der Burgerschaft, welcher bie Stadtbibliothet gehört und mit der ich sonft nicht immer auf dem besten Fuße lebe, fogar foweit entgegen, daß ich die Offerte machte, wir wollen ber Stadtbibliothet alle unsere Bibliotheten abtreten und fie unter die burgerliche Leitung ftellen, nur unter ber Bedingung, bag bas Eigenthumsrecht bes Staates an den abgetretenen Büchern vorbehalten werde. Ich glaubte, dieses Angebot werde ohne weiters angenommen. Allein es war das nicht der Fall. Ich glaube nun, der Augenblick sei ge= kommen, um neuerdings bezügliche Unterhandlungen anzuknüpfen, da die derzeitige Leitung der Burgerschaft möglicherweise auf einen neuen Fustonsantrag eintreten dürfte, namentlich wenn der Staat seinen Beitrag erhöht. Gegenwärtig gibt die Burgerschaft für ihre Bibliothek mehr aus, als der Staat und fühlt sich deshalb mehr oder weniger in einer etwas überlegenen Stellung. Wersen wir aber Fr. 8000 für Bücheranschaffungen aus, so wird die Burgerschaft eher auf den Jusionsvorschlag eintreten.

Bum Schluß muß ich noch auf eine Bemerkung des Herrn Schmid antworten. Er sagte, es sei nicht vom guten, den Professoren auf einmal den doppelten Kredit in die Hand zu geben. Ich muß Herrn Schmid darauf aufmerksam machen, daß die Leitung der Hochschulbibliothek nicht von der Willkür der Hochschulprofessoren abhängt. Es besteht vielmehr eine besondere Leitung, die zum Theil durch die Regierung, zum Theil durch den Hochschulverein bestellt wird und in welcher nicht nur Professoren, sondern auch andere Leute sitzen. Man kann also hier nicht sagen: Wenn man einem Prosessor den Finger reicht, so nimmt er bei nächster Gelegenheit die ganze Hand.

Ich empfehle Ihnen den Antrag des Regierungsraths

zur Annahme.

Schmid (Andreas), Berichterstatter der Staatswirth= schaftskommission. Der Herr Erziehungsbirektor hat unter anderm bemerkt, der gute Stand der Staatsfinangen habe ihn veranlaßt, eine Erhöhung des Kredits von Fr. 6000 auf Fr. 10,000 zu verlangen. Gegen diesen Ausspruch muß ich pflichtgemäß protestiren. Wenn ein Mitglied des Regierungsraths hier diesen Ausspruch thut, so ist die natürliche Folge die, daß jedes Mitglied das gleiche Recht Anspruch nehmen und gestütt darauf Forderungen an das Budget stellen wird. Lefen Sie die erfte Seite bes Budgets; bann feben Sie, wie es mit ben Staatsfinangen fteht. Ich hatte auch geftern Abend Gelegenheit, den Herrn Finanzdirektor sich über die Finanzlage des Kantons Bern aussprechen zu hören, und es lauteten seine Ausführungen durchaus nicht so rosig. Das Büdget pro 1891 wird ein Defizit von circa Fr. 300,000 aufweisen. Wenn dies nach der Ansicht des Herrn Gobat eine gunftige Finanzlage ift, so bin ich damit nicht ein= verstanden.

Dr. Gobat, Erziehungsbirektor. Ich habe nicht von einer "guten", sondern von einer "bessern" Finanzlage gesprochen, und daß eine solche vorhanden ist, wird auch herr Schnid nicht in Abrede stellen wollen.

Abstimmung.

Für den Antrag der Regierung (gegenüber dem Antrag der Staatswirthschaftskommission) . Minderheit.

Im übrigen ift die Rubrif B unbeanstandet genehmigt.

Präsibent. Zu dieser Rubrik wünscht noch herr Weber das Wort, um eine Motion zu stellen.

Weber (Graswyl). Ich vermisse unter den Lehrfächern der Thierarzneischule diesenigen für Alp- und Milchwirthschaft und habe gefunden, es wäre angezeigt, bei Anlaß der Büdgetberathung und der Neugestaltung der Thierarzneischule, für die man Fr. 400,000 bewissigt hat, dieselbe auch in dieser Beziehung auf die Höhe der

Beit zu ftellen. Wenn die jungen, theoretisch hochgebildeten Thierärzte auf's Land kommen und ihre Bildung praktisch verwerthen sollen, so sind sie oft so befangen und in die Verhältnisse uneingeweiht, daß es absolut nöthig ist, bei der Ausbildung der Thierarzte auch hierauf Rücksicht zu nehmen. Es verhält sich mit den jungen Thierarzten ahn= lich, wie mit den Lehrern, die auch fehr gebildet das Seminar verlaffen, aber anfänglich auch höchst unpraktisch find und fich zuerst einleben muffen. Bekanntlich werden in den meisten Staaten die Thierarzneischulen mit land= wirthschaftlichen Universitäten verknüpft. Wir finden diese Einrichtung z. B. in Paris, Halle, Berlin, Leipzig, Bonn, Kopenhagen, Stockholm 2c. Auch in Zürich besteht eine ähnliche Einrichtung. Wenn der Thierarzt seinen Beruf zum Wohle der Landwirthschaft richtig ausüben will, so darf er nicht nur in den Disziplinen der Botanik, Minera= logie, Geologie 2c. zu Hause sein, sondern muß auch Alp= und Milchwirthschaft, als die Grundlagen der Land=wirthschaft, kennen. Bis zum Jahre 1888 wurde bereits an der Thierarzneischule eine Encyklopädie dieser Diszi= plinen ertheilt, wenn ich nicht irre durch herrn häni. Warum dies jetzt nicht mehr der Fall ist, weiß ich nicht. Ich bin deshalb so frei und stelle den Antrag, es seien in Verbindung mit der Thierarzneischule auch die Lehr= fächer der Alp= und Milchwirthschaft obligatorisch zu er= klären und es werde die Regierung eingeladen, bis zur Januarsigung hierüber Bericht und Antrag vorzulegen.

Dr. Gobat, Erziehungsdirektor. Ich habe nichts bagegen, daß man diesen Antrag heute behandelt, kann aber darüber nur meine persönliche Ansicht, nicht diejenige des Regierungsraths aussprechen. Wenn der Herr Antragsteller damit einverstanden ist, bin ich bereit, zu sprechen.

Präsident. Es handelt sich unter allen Umständen nur um die Frage der Erheblichkeitserklärung. Wird die Erheblichkeit ausgesprochen, so wird dann die Regierung Gelegenheit haben, die Sache zu prüfen und sich darüber auszusprechen.

Dr. Gobat, Erziehungsbirektor. Es wurde bis vor einigen Jahren an der Thierarzneischule in der Land= wirthschaftslehre Unterricht ertheilt. Der damalige Lehrer mußte aber wegen Uebernahme eines andern Umtes seine Stelle aufgeben, und feither blieb ber betreffende Lehr= ftuhl aus verschiedenen Grunden unbesett, namentlich aus Mangel an Plat. Wir haben gegenwärtig nur zwei Loka= litäten, in benen Borlefungen gehalten werden können. Diefe zwei Lokale — und was für Lokale! — genügen gerade knapp für die gegenwärtigen Lehrfächer, und wenn ein einziger Lehrstuhl neu errichtet würde, befäße man für den betreffenden Unterricht kein Lokal. Die Thier= arzneischule wird offenbar infolge des Neubaues neu or= ganifirt werden muffen und es ift unzweifelhaft, daß auf den Zeitpunkt des Neubaues, was im Laufe der nächsten zwei Jahre der Fall fein wird, der Unregung des Berrn Weber im neuen Reglement Rechnung getragen werden wird. Bis dahin foll man es beim jetigen Buftand belaffen und nicht verlangen, daß die Regierung schon in der nächsten Januarsitzung einen Antrag auf sofortige Errichtung neuer Lehrstühle bringe. In diesem Sinne habe ich nichts dagegen, daß die Motion des Herrn Weber erheblich erflärt wird.

Weber (Graswhl). Ich bin mit den Auseinanderssehungen des Herrn Gobat vollständig einverstanden. Ich habe allerdings gesagt, es möchte dis zur Januarsitzung vom Regierungsrath ein Antrag vorgelegt werden, ziehe aber diesen Antrag zurück, in dem Sinne, daß die Rezierung die Angelegenheit prüfen solle, damit der bestreffende Lehrstuhl zu gegebener Zeit errichtet werden kann.

Der Angug wird im Sinne vorstehender Ausführungen erheblich erklart.

C. Mittelfculen.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Hier wurden aus den bekannten, schon oft dargelegten Gründen verschiedene Anfätze erhöht, so Ziff. 3, Staatsbeiträge an Progymnasien, auf Fr. 140,000, Ziff. 4, Staatsbeiträge an Sekundarschulen, auf Fr. 284,800, Ziff. 6, Pensionen für Sekundarlehrer, auf Fr. 23,000.

Genehmigt.

D. Primarfculen.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Hier wurden folgende Ansätze erhöht: Biff. 1, Ordentliche Staatszulagen an Lehrerbesoldungen, auf Fr. 705,000. Biff. 4, Beiträge an Gemeindeoberschulen, auf Fr. 5400. Ziff. 5, Beiträge an Lehrmittel und Bibliotheken, auf Fr. 10,000. Ziff. 7, Mädchenarbeitsschulen, auf Fr. 98,000. Ich glaube nicht nöthig zu haben, diese Erhöhungen näher zu begründen.

Mettier. Wenn man die für das Erziehungswesen angesetzten Büdgetposten etwas überblickt, so fällt einem denn doch auf, daß die Rubrik Primarschule entschieden zu turz gekommen ift. Es handelt fich nun nicht darum, hier Liebhabereien das Wort zu reden; aber ich glaube benn doch, hier einen Antrag stellen zu muffen, beffen Berechtigung und Wichtigkeit Sie gewiß mit mir ein= sehen werden. Ich möchte nämlich beantragen, hier einen Rredit von Fr. 10,000 zu Beiträgen an folche Gemeinden aufzunehmen, welche die unentgeltliche Abgabe der obli= gatorischen Lehrmittel einführen oder den Sandfertigkeits= unterricht in den Lehrplan ihrer Schulen aufnehmen. Die Nothwendigkeit der unentgeltlichen Abgabe der Lehr= mittel ist heute so allgemein anerkannt, daß ich glaube voraussetzen zu dürfen, Sie seien im Bringip damit ein= verstanden, und es wird Ihnen heute zum erstenmal Gelegenheit gegeben, Ihrer Sympathie gegenüber einem Postulate Ausbruck zu geben, das auf die Dauer nicht hintangehalten werden kann. Ich behalte mir allerdings vor, bei Berathung des neuen Schulgesetes andere Un= trage einzubringen; aber ich glaube, es alterire bas

Büdget nicht allzu sehr, wenn wir heute schon diesen kleinen Beitrag von Fr. 10,000 für die angedeuteten Zwecke beschließen. Was den Handfertigkeitsunterricht anbetrifft, so ist derselbe hier im Budget bereits anerkannt, indem hiefür unter E 1 h, Seminar Hofwgl, ein Posten von Fr. 1250 ausgesetzt ift. Allein die Einführung dieses Lehrfaches in die Schulen hat ihre großen Schwierigkeiten, indem die Gemeinden, wie Sie wiffen, nicht in der Lage find, hiefür große Mittel auszusegen. Ich glaube nun, es wurde die Ginführung diefes Unterrichts, deffen Ruglichkeit nicht bestritten werden kann, ungemein fordern, wenn den Gemeinden, welche fich zur Einführung dieses Unterrichts entschließen, kleine Beitrage verabfolgt würden. Es ist das gewiß die bessere Art der Subvention, als wenn man bloße Individualleiftungen fubventionirt, wie es häufig geschieht, wobei nur die= jenigen unterstützt werden, welche ohnedies schon gut stehen. Hier gilt es indirekt zu helfen.

Ich will Sie nicht lange aufhalten, aber ich glaube, Sie sollten schon heute Ihre Sympathie gegenüber dem Handfertigkeitsunterricht und der unentgeltlichen Abgabe

der Lehrmittel aussprechen.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirthsschaftskommission. Was soeben angeregt worden ist, wurde auch in der Staatswirthschaftskommission besproschen und sie war grundsätlich damit einverstanden. Da es sich aber um ganz neue Ansäte handelt, so wurde beschlossen, nicht bei Behandlung des Büdgets einen Anstrag zu stellen, sondern bei Berathung des Staatsverwaltungsberichts ein bezügliches Postulat einzubringen, worauf dann die kompetente Behörde eine Vorlage wird ausarbeiten können.

Mettier. Es freut mich sehr, daß die Staatswirthsschaftskommission die Sache bereits in's Auge gefaßt hat, und ich kann mich mit Rücksicht darauf, daß in nächster Zeit ein Postulat gestellt werden soll, für befriedigt ersklären.

Dr. Gobat, Erziehungsdirektor. Ich erlaube mir, auch noch einen Antrag zu stellen. Boriges Jahr, wie übrigens schon früher wiederholt, hat Ihnen die Erziehungsdirektion auseinandergesett, daß in Bezug auf die Bersegung der Lehrer in Kuheftand ein Zustand herrsche, der auf die Dauer nicht haltbar sei, und nach= dem Regierungsrath und Großer Rath ihr Ohr während mehrerer Jahre ben Alagen der Erziehungsdirektion ver= schlossen hatten, wurde mir lettes Jahr ein außerordent= licher Beitrag von Fr. 10,000 bewilligt. Dieser Kredit reicht nun aber nicht hin, um allen Bedürfniffen Genüge leisten zu können, indem noch ungefähr 30-40 Primar= lehrer auf ihre Versetzung in Ruhestand warten, deren Penfionirung im hochsten Interesse der Schule läge. Es find das Leute, die bereits ein bedeutendes Alter erreicht haben oder an förperlichen Gebrechen — Uebelhörigkeit zc. leiden, worunter die Schule fehr leiden muß. dieser Lehrer werden von den Gemeinden gleichwohl wiebergewählt, obichon fie vielleicht am besten wissen, daß diese Lehrer ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen find; es verdienen diese Gemeinden deswegen keinen Tadel, sondern sie sind eher zu loben, daß fie einen solchen Lehrer nicht einfach auf die Gaffe stellen wollen. Säufig aber find folche Lehrer auch entfernt worden oder dieselben

sind freiwillig zurückgetreten, weil sie fanden, sie wollen lieber auf der Straße stehen und Hunger leiden, als länger schlecht Schule halten. Ich habe die Sache genau untersucht und mich überzeugt, daß ein Beitrag von Fr. 4000 genügen würde, um allen Bedürfnissen Kechnung zu tragen. Bewilligen Sie mir noch diese Fr. 4000, so ist die Erziehungsdirektion im stande, alle Lehrer, die um ein Leibgeding eingekommen sind, zu pensioniren, mit Ausnahme von acht Gesuchen, die weniger pressant sind. Ich ersuche Sie deshalb, diese Fr. 4000 noch zu bewilligen.

Man wird sagen, es sei nicht gesetzlich, den Kredit für die Leibgedinge zu erhöhen, indem im Geset über das Primarschulwesen der bezügliche Kredit auf Fr. 24,000 festgesetzt sei. Es ist das richtig; allein es geschah in= folge einer irrthumlichen Berechnung. Schon ein Jahr nach Inkrafttreten des Primarschulgesetzes fah man ein, daß diese Summe viel zu gering sei und es wurde im Jahre 1874, wenn ich nicht irre, im vierjährigen Büdget, das dem Bolke zur Annahme unterbreitet wurde, der Ansag auf Fr. 30,000 erhöht, welche Erhöhung das Volk unbeanstandet genehmigte. Einige Jahre später erhöhte man infolge der Klagen der Erziehungsdirektion den Kredit auf Fr. 36,000, überschritt also den gesetzlichen Kredit um Fr. 12,000, wozu im letten Jahre noch der weitere Beitrag von Fr. 10,000 hinzutrat, der, um die Form zu retten, unter dem Namen "Außerordentliche Beiträge an invalide Lehrer" in's Budget aufgenommen wurde.

Diese Borgange beweisen, daß wir uns in einem Nothstand befinden und daß man, vielleicht auf Rosten der formalen Legalität, aus demfelben herauszutreten versucht hat. Allein ich weiß doch nicht, ob ein gesetzlich fixirter Rredit unter keinen Umftanden nicht im Sinne der Erhöhung abgeändert werden darf. Um die Behaub= tung aufzustellen, ein gesetzlicher Aredit sei unabänderlich, muß man als Prinzip annehmen, daß keine einzige Aus= gabe durch die Staatsbehörden beschloffen werden dürfe, wenn nicht ein Gefetz dies den Behörden erlaube. Nun könnte ich Ihnen im Staatsbüdget eine große Zahl Aus= gaben namhaft machen, die auf feinem Gefet beruhen. Die Direktion der Landwirthschaft z. B. vergibt alljähr-lich einige Stipendien an junge Leute, die fremde Schulen oder das Polytechnitum besuchen wollen. Im Gefet über die landwirthschaftliche Schule werden Sie aber keinen Artikel finden, welcher der Direktion der Landwirthschaft erlaubt, folche Stipendien zu verleihen. Es muß, um diefelben zu rechtfertigen, der allgemeine Grundsatz der Rüglichkeit geltend gemacht werden. Aehnliche Ausgaben könnten bei fast allen Direktionen namhaft gemacht werden. Wenn irgend ein Nothstand eintritt, der üble Fol= gen für die Staatsinstitutionen zur Folge hat, so muffen die Behörden offenbar die Mittel in ber Sand haben, diesem Nothstand ein Ende zu machen. Es liegt das, ohne daß ein Gesetz es vorschreibt, in der allgemeinen Pflicht des Staates, dafür zu forgen, daß die staatlichen Institutionen sich in normaler Weise entwickeln und alles zu beseitigen, mas den Staatszwecken entgegentritt. Nun werden Sie mir zugestehen, daß es hart und graufam ift, alte Lehrer auf's Pflafter zu feten, ohne ihnen eine gewiffe Entschädigung zu geben. Und diese Entschädigung ist ja so gering; sie beträgt im Maximum Fr. 360, zu wenig jum leben und ju viel jum Sterben.

Ich habe also die Ueberzeugung, daß wenn Sie mir noch Fr. 4000 bewilligen, der Staat seiner Pflicht voll

und ganz genügen kann und ich verspreche Ihnen, Sie in Zukunft nicht mehr mit Mehrforderungen belästigen zu wollen. Es wird ein Zustand geschaffen werden können, der, dis wir dazu kommen, über die Pensionisung der Lehrer ein besonderes Gesetz aufzustellen, ein leidlicher genannt werden kann. Sie wissen, daß vor einiger Zeit bereits ein Gesetz über Versetzung der Lehrer in den Ruhestand ausgearbeitet worden ist, worin vorgesehen war, daß die Lehrer selbst auch Beiträge leisten sollen. Allein dieses Gesetz, das vom Großen Rathe einstimmig angenommen wurde, gelangte in der Volksabstimmung nicht zur Annahme. Im Schulgesetz, das nächstens im Großen Rathe zur Berathung gelangen wird, ist die gleiche Institution vorgesehen. Gelangt dieses Gesetz zur Annahme, so wird in Bezug auf die Pensionirung der Lehrer ein Zustand geschaffen sein, der hinter den Verhältnissen in andern Kantonen nicht zurückseht.

Ich ersuche Sie also dringend, den Kredit für außersordentliche Beiträge an invalide Lehrer noch um Fr. 4000 zu erhöhen. Ich habe diesen Antrag bereits im Regierungssathe gestellt, din aber abgewiesen worden. Ich stelle den Antrag nun nochmals hier in der Hoffnung, der Große Rath werde mit den alten Lehrern vielleicht mehr Ersbarmen haben, als dies seitens des Regierungsraths der

Fall war.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Der Herr Erziehungsdirektor hat Ihnen soeben mitgetheilt, daß er den Antrag, den außerordentlichen Beitrag für invalide Lehrer um Fr. 4000 zu ershöhen schon im Regierungsrathe gestellt habe, damit aber abgewiesen worden sei. Dabei hat er die andern Mitglieder des Regierungsraths — ich glaube, wir andern Mitglieder seinen alle einig gewesen — gewissermaßen als erbarmungslose Leute hingestellt. Ich erlaube mir deshalb, zu dezwünden, warum der Regierungsrath dem Antrag des herrn Gobat nicht beitreten konnte, und man wird dieser Begründung entnehmen können, daß es nicht aus Mangel an Erbarmen geschah, sondern aus viel tristigeren Gründen.

Bei der Berathung des Schulgesetes vom Jahre 1870 gehörten zu den Schicksalsparagraphen der § 55, der die Ausrichtung von Leibgedingen zum Gegenstand hatte, und der § 58, der die Schulinspektoren einführte. Es gelang nur dadurch, den § 55 im Großen Rathe durch= zusehen, daß man die jährlich für Leibgedinge auszu= gebende Summe im Gefege genau festfette und zwar wurde der jährliche Kredit auf Fr. 24,000 fixirt in der Meinung, es folle diefer Betrag nicht überschritten werden. Das gleiche war der Fall in Bezug auf die Befoldungen der Schulinspektoren, indem die bezügliche Ausgabe eben= falls auf jährlich Fr. 24,000 normirt wurde. Es follen also nach dem Gesetz für Leibgedinge nicht mehr als Fr. 24,000 ausgegeben werden. Seither wurde allerdings der Posten auf Fr. 36,000 erhöht und zwar geschah dies in der Weise, daß man im Jahre 1874 bei Borlage des vierjährigen Voranschlages dem Volke beantragte, es solle der Große Rath ermächtigt sein, sämmtliche Befoldungen der Beamten und Angestellten des Kantons in gewissem Betrage zu erhöhen und zwar betrug die Erhöhung allgemein einen Drittel ber frühern Befoldung. Die Re-gierung glaubte fich nun berechtigt, per Interpretation diefes Volksbeschluffes auch die Leibgedinge für Lehrer um einen Drittel zu erhöhen und alfo den bezüglichen Rredit auf Fr. 36,000 gu normiren. Es war bas jeden-

falls das außerfte, was man zu Gunften der betreffenden Lehrer in Gesetesauslegung leiften konnte. Lettes Jahr erflärte nun die Erziehungsdirektion, unter ahnlicher Begründung wie heute, es sei nicht möglich, mit Fr. 36,000 auszukommen und forderte einen Extrakredit von Fr. 10,000, der trot des Widerstandes der Finanzdirektion vom Großen Rathe bewilligt wurde. Also nicht aus Mangel an Erbarmen, sondern weil die Regierung glaubt, es sei ge= seglich nicht zulässig, hat dieselbe eine weitere Erhöhung dieses ungesetzlichen Extrabeitrages abgelehnt. Daß vor einiger Zeit ein Geset über die Ausrichtung der Leibge= dinge vom Bolte verworfen worden ift, ift jedenfalls auch fein Motiv, daß man nun auf dem Budgetweg das ju erreichen sucht, was auf dem Gesetgebungswege nicht er= reicht werden konnte. Und wenn man von Erbarmen sprechen will, so hätten gerade die Lehrer in erster Linie mit ihren alten Kollegen Erbarmen haben follen. Man behauptet nämlich, die Hauptschuld, daß das Vensionirungs= gefet verworfen wurde, sei den Lehrern felbst zuzuschreiben.

Man kann allerdings fagen, man habe lettes Jahr eine Ungesetzlichkeit begangen und es habe nichts zu bebeuten, dieselbe nun noch etwas zu vergrößern. Allein es scheint mir das doch ein Borgehen zu sein, das ich nicht begrüßen kann und deshalb hat der Regierungsrath geglaubt, es solle von einer nochmaligen Erhöhung dieses Extrakredits von Fr. 10,000 abgesehen werden. Ferner ist er der Ansicht, es sollte darnach gestrebt werden, den gegenwärtigen Zustand, der in einzelnen Fällen das Erbarmen herausfordern mag, in gesetzlicher Weise abzusändern, wozu bei Anlaß der Berathung des neuen Primarschulgesetzes der Anlaß gegeben sein wird.

Auf Antrag des Herrn Ballif wird beschlossen, die Berathung hier abzubrechen und um $2^1/2$ Uhr eine Nach= mittagssitzung abzuhalten.

Schluß der Sitzung um 121/2 Uhr.

Für die Redaktion: Knd. Schwarz.

Sechste Sitzung.

Keeitng den 28. Navembee 1890.

Nachmittags 21/2 Uhr.

Borfigender: Brafident Dr. Brunner.

Präsident. Ich gedenke diesen Nachmittag das Budget gang zu erledigen, fodaß die Sigung jedenfalls ziemlich lange dauern wird. Mit Rudficht barauf finde ich, es sei recht und billig, daß die Nachmittagsfitzung als besondere Sitzung behandelt wird, für die den Mit-gliedern ein besonderes Taggeld ausgerichtet werden soll. Es ist das früher auch schon geschehen und wenn wir bis über 6 Uhr hinaus Sitzung halten, so glaube iten, wir haben den Normalarbeitstag ziemlich überschritten. Da mit der Nachmittagssitzung eine andere gewöhnliche Sitzung erspart werden kann, so glaube ich, es sei die Ausrichtung eines besondern Taggeldes gerechtfertigt. Ich erkläre aber, daß wenn dagegen Einspruch erhoben werden sollte, ich die Aussetzung eines besondern Taggeldes nicht verantworten könnte. Sind Sie aber damit einverstanden, so werde ich dann am Schlusse der Sitzung einen Namens= aufruf ergehen laffen und felbstverständlich werden nur die dabei Unwesenden Anspruch auf ein Taggeld haben.

Der Große Rath erklärt fich ftillschweigend einverstanden.

Tagesordnung:

Voranschlag für das Jahr 1891.

Fortsetzung der Berathung.

(Siehe Seite 267 hievor.)

VI. Erziehung.

D. Primarschulen.

Fortsetzung der Diskuffion.

Ritichard. Ich erlaube mir, den von herrn Ergiehungsbirektor Gobat in Sachen der Benfionirung invalider Lehrer gestellten Antrag zu unterstützen.

Man kann diese Frage von zwei Gesichtspunkten aus beleuchten: einmal vom Gefichtspunkte des Intereffes des Lehrers aus, der wegen hohen Alters in den Ruheftand versett werden möchte, und sodann auch vom Gesichtspunkte der Interessen der Schule aus. Ich habe nun heute gefun= ben, man habe das Intereffe des Lehrers, der penfionirt zu werden wünscht, vielleicht etwas allzusehr in den Borbergrund gestellt, weshalb ich glaube, es sei angezeigt, auch den andern Gefichtspunkt etwas mehr in's Auge zu faffen, indem ich dafürhalte, derfelbe fei eigentlich der ausschlaggebende. Als man die Benfionirung einführte, geschah dies allerdings auch mit Rudficht auf den Lehrer. Man fagte fich, wenn ein Lehrer mahrend langen Jahren bei fleiner Befoldung feine Bflicht erfüllt habe, fo fei es nichts als recht und billig, daß man in Form einer Penfion gewissermaßen einen Besoldungsnachbezug eintreten laffe. Allein das war nicht der einzige Gefichts= punkt, sondern man sagte sich ferner, es sei im hohen Interesse der Schule, einen alten Lehrer, der seinen Dienst nicht mehr versehen könne, durch eine jüngere Kraft zu ersehen. Da man aber fand, es ware ein Unrecht, einen alten Lehrer einfach auf die Gaffe zu sehen, so dachte man auf Mittel und Wege, um einen folchen Lehrer auf eine Weise zu entfernen, daß sowohl die Intereffen ber Schule gewahrt und diejenigen des Lehrers nicht allzusehr verlett werden. Wenn ein Lehrer feiner Aufgabe nicht mehr zu genügen im ftande ift, fo leidet die betreffende Gemeinde, die öffentliche Bildung darunter, und es liegt beshalb im öffentlichen Intereffe, biefen Lehrer zu entfernen. Wenn Sie deshalb die Fr. 4000 heute bewilligen, jo muffen Sie nicht benten, daß Sie damit nur einen Uft des Erbarmens vollziehen, sondern bei Ihnen, als einer öffentlichen Behörde, soll der Gedanke im Vorder= grund stehen, daß Sie damit einen Aft im Interesse der Schule begehen. Nicht die Rücksichtnahme auf den Lehrer, sondern diejenige auf die Bilbung und Erziehung des Bolkes soll ausschlaggebend sein. Ich halte deshalb dafür, die meisten der heute gegen eine Erhöhung des Kredits für Ruhegehalte angeführten Argumente feien burch= aus unftichhaltig. Bon diefem Gefichtspunkte bes Intereffes der Schule aus verliert auch das Argument des Herrn Scheurer, die Lehrer hatten felbst mit ihren alten Kollegen mehr Mitleid haben und nicht gegen das lette Penfionsgesetz arbeiten sollen, vollständig seinen Werth.

Die schweizerische Bundesverfassung schreibt vor, die Kantone follen für genügenden Primarunterricht forgen, andernfalls der Bund interveniren tonne. Run werden Sie mit mir einverstanden fein, daß ein guter Lehrer das beste Mittel ist, um für genügenden Primaxunterricht zu forgen. Wenn Sie aber Lehrer haben, wie sie von Herrn Gobat heute und bei frühern Anlässen geschildert worden find, wie wollen Sie ba für einen genügenden Primarunterricht forgen ? Es genügt nicht, daß Stunden-plane aufgestellt werden, die theoretisch genügend find, es genügt nicht, daß man schone Schulhaufer baut und eine richtige Schulzeit einführt, fondern die Hauptfache ift, daß ein Mann in die Schule hineingestellt wird, der die nothigen Eigenschaften befitt, um feine Stelle richtig versehen zu können. Mit Rücksicht auf die Bundesver-fassung, die jüngern Datums ist, als unser Schulgesetz vom Jahre 1870, mussen wir auf Mittel und Wege bedacht fein, um für einen genügenden Primarunterricht zu sorgen, und das vornehmste Mittel hiezu ist ein taug-licher Lehrer.

Auch in anderer Beziehung bewegt man fich in Wider= sprüchen. Man schreibt den Gemeinden vor, sie sollen das Schulgeset vollziehen, und wenn sie es nicht thun, so ift man sofort bei der Hand, um ihnen den Staats= beitrag zu entziehen. Ich habe letthin von einem Cir= cular der Erziehungs= und Militärdirektion Kenntniß erhalten, worin die Gemeinden unter Androhung des Entzugs des Staatsbeitrages an die Lehrerbesoldungen aufgefordert wurden, für eine genügende Vorbildung der Retruten zu forgen. Wenn der Staat fo mit den Gemeinden spricht, so steht es ihm dann eigenthümlich an, daß er nicht dafür forgt, daß den Gemeinden tüchtige Lehrer zur Verfügung stehen. Auf der einen Seite alle Strenge gegen die Gemeinden und auf der andern Seite fein Bestreben des Staates, die Gemeinden in die Lage zu versetzen, nur taugliche Lehrer anftellen zu können! Die Gemeinden muffen als Lehrer diejenigen anstellen, welche der Staat als folche patentirt. Wenn fich nun ein folcher Lehrer als untauglich herausstellt, so ist es auch Pflicht bes Staates, denselben zu ersetzen, damit die Gemeinde in der Lage ist, den Vorschriften des Schulgesetzes und ber Bundesverfaffung nachleben zu können.

Auch in anderer Beziehung ist das Verhältniß des Staates gegenüber den Gemeinden durchaus tein korrettes. Der Staat hat den größern Theil der Schullasten auf die Gemeinden abgewälzt und es ist ein langjähriges Postulat, das hoffentlich mit der Zeit noch in Erfüllung gehen wird, es mochte den Gemeinden ein Theil der Schul= und Armenlasten abgenommen und dem Staat übertragen werden. Der größere Theil der Lehrerbesol= dungen muß von den Gemeinden getragen werden. Cbenfo haben fie für die Berftellung der Schulhaufer zu svenzu zuen zuer zu bie Heitrag von 5 %, also kaum der Rede werth. Dagegen übernahm es der Staat, für die alten Lehrer zu sorgen. Das war für die Gemeinden wenigstens ein Trost, daß der Staat einen Lehrer, der untauglich geworden, beseitigen und versorgen werde. Die Pflicht, für untauglich gewordene Lehrer zu forgen, konnte natürlich nicht den Gemeinden auferlegt werden, nament= lich deshalb nicht, weil ein folcher Lehrer in der letzten Gemeinde vielleicht nur wenige Jahre wirkte und man dieselbe also nicht verpflichten könnte, diesem Lehrer eine Penfion auszurichten.

Wie kommt nun aber der Staat seiner Pflicht, für die invaliden Lehrer zu sorgen, nach? Er zieht sich auf die im Gesetz ausgeworfenen, aber unzulänglichen Fr. 24,000 zurück. Allerdings wurde diese Summe etwas erhöht, sie ist aber immer noch ungenügend, um alle untauglichen Lehrer zu pensioniren. Ich frage nun: Was ist das für ein Vorgehen, wenn man der einen Gemeinde ihren untauglichen Lehrer abnimmt, der Nachbargemeinde aber, die im nämlichen Falle ist, erklärt, man verfüge nicht mehr über die nöthigen Mittel! Einer Gemeinde, die heute mit einem Gesuche kommt, kann man entsprechen, einer andern aber, die acht Tage später kommt, wird gesagt: Gehorsamer Diener; der Kredit ist leider aufgebraucht, Herr Scheurer hat den Kassenschlässel umgedreht und es kann nichts mehr ausgerichtet werden. Was ist das für eine Gleichbehandlung der Gemeinden!

Man beruft sich auf den berüchtigten Art. 55 des Primarschulgesetzes von 1870. Allein ich glaube, bei einer vernünftigen Interpretation dieses Artikels, wo die Sache dominirt und nicht der Buchstabe, werde man zu

einer durchaus andern Auffaffung kommen, als fie Herr Scheurer heute vorgetragen hat. Der Art. 55 fagt: "Der Regierungsrath kann solche patentirte Primarlehrer, welche infolge der Abnahme ihrer phyfischen oder geistigen Kräfte nicht mehr zu genügen im stande find, nach 30jährigem Dienst an öffentlichen Primarschulen des Kantons, in besondern Nothfällen schon vorher, mit oder ohne ihr Unsuchen, mit einem Leibgeding, welches je nach der Zahl der Dienstjahre Fr. 240-260 beträgt, in den Ruhestand Dieselbe Bergunftigung kann den Lehrerinnen nach 25 Jahren gewährt werden. Bu diesem Zwecke, fowie zur Ausrichtung der nach dem bisherigen Gefet zugeficherten Leibgedinge bis zum Absterben der Berech= tigten, ift ein jährlicher Kredit von Fr. 24,000 auszufegen." Run sagt der Herr Finanzdirektor, der Kredit sei auf Fr. 24,000 limitirt und man dürfe über diese Summe nicht hinausgehen. Allein ich mache darauf auf= mertfam, daß man bereits über diefe Summe hinausging. Weshalb hat man im Jahre 1870 biefe Summe von Fr. 24,000 in's Gefet aufgenommen? Borerft follte dies als Sicherheitsventil dienen, indem man fagte, das Pen= fionirungswesen sei etwas unserer republikanischen Auffaffung Widerstrebendes und es möchte damit unter Um= ständen auch Migbrauch getrieben werden in der Weise, daß man etwas large sein und auch solche Lehrer penfioniren würde, die dies noch nicht nöthig hatten. Ferner ging man damals von der Voraussetzung aus, Fr. 24,000 werden genügen, um den Bedürfniffen zu entsprechen. Man argumentirte durchaus nicht etwa fo, daß man fagte, es sollen unter allen Umständen nicht mehr als Fr. 24,000 ausgegeben werden, wenn schon allenfalls noch weitere kranke und untaugliche Lehrer da feien. Man glaubte eben, wie gefagt, die Fr. 24,000 werden voll und ganz genügen. Sätte der Gesetzgeber damals gewußt, daß diese Summe nur zur Hälfte ausreicht, so würde er sicher gesagt haben: Es ist klar, daß diejenige Summe bewilligt und in's Büdget aufgenommen werden muß, welche die Erreichung des im ersten Alinea des Art. 55 ausgesprochenen Zweckes — Penfionirung kranker und untauglicher Lehrer — ermöglicht. Das ware mir ein fehr sonderbarer Gefetgeber, der im einen Artitel einen bestimmten Zweck in fehr präziser Weise aussprechen, gleichzeitig aber fagen wurde: ich werfe für diefen 3weck für Zeit und Ewigkeit diese und diese Summe aus und wenn dieselbe nicht hinreicht, so genügt es mir, wenn der Zweck auch nur halb erreicht wird. Rein Gefetgeber würde so argumentiren. Deshalb halte ich dafür, man muffe einem Gefete eine folche Interpretation geben, die einen vernünftigen, nicht einen unvernünftigen Gefetgeber voraussett. Diese Interpretation liegt im vorliegenden Falle darin, daß die Vorschrift, es follen für Ruhegehalte Fr. 24,000 ausgegeben werden, mehr nur einen vorüber= gehenden, büdgetären, administrativen Charakter hatte. Man wollte einerseits verhindern, daß Lehrer pensionirt werden, die noch tauglich wären, und anderseits wollte man den Gemeinden ermöglichen, untaugliche Lehrer auf anständige Weise entfernen zu können, und glaubte, daß hiefür eine Summe von Fr. 24,000 vorläufig genüge. Nun ftellt sich aber im Lauf der Zeit heraus, daß diese Summe nicht genügt, und deshalb find wir nach meinem Dafürhalten berechtigt, ohne uns Zwang anzuthun, in richtiger Interpretation des Willens des Gesetgebers die= jenige Summe in's Budget aufzunehmen, welche dem Gesetzeswillen zum Durchbruch verhilft. Welches ift ber

Gesetzeswille? Der § 55 sagt: "Der Regierungsrath kann solche patentirte Primarlehrer " Kann! Nein, wenn man dem Regierungsrath nur Fr. 24,000 an die Sand gibt, während Fr. 50,000 nöthig wären, fo kann er eben nicht penfioniren, wo er es für nöthig findet. Und weiter fährt der § 55 fort: " . . . welche infolge der Abnahme ihrer phyfischen oder geistigen Kräfte nicht mehr zu genügen im stande find (der Gesetzgeber wollte also keine Lehrer, die nicht mehr genügen können), nach 30jährigem Dienst an öffentlichen Primarschulen des Kantons, in besondern Rothfällen ichon vorher, mit oder ohne ihr Ansuchen mit einem Leib= geding, welches je nach ber Jahl ber Dienstjahre Fr. 240 bis Fr. 360 beträgt, in den Ruhestand versetzen." Wenn die Schule unter einem untauglich geworbenen Lehrer leidet, soll also unter Umständen die Bersetzung in den Ruhestand schon vor 30 Dienstjahren erfolgen können. Und ferner foll ein Lehrer, wenn man findet, er genüge nicht mehr, eventuell auch gegen seinen Willen, penfionirt werden konnen. Man fieht hieraus, wie ernft der Gefet= geber es mit der Sache nahm und daß er die nöthigen Magnahmen im Gesetz vorsah, damit der ihm deutlich vorgeschwebte Zweck auch erreicht werden könne.

Faßt man das Gesetz so auf und stellt man den Zweck voran und nicht das Mittel, so kommt man zu einer ganz andern Interpretation, als diejenige ist, zu welcher die Finanzdirektion und, wie es scheint, auch die Regierung gelangt ist. Ich gebe zwar zu, daß man in betreff dieser Interpretationsfrage verschiedener Meinung sein kann, und ich möchte andern Meinungen durchaus nicht zu nahe treten; aber das Recht reservire ich mir für meine Auffassung, daß sie sich ganz ebenbürtig neben

die andere Unficht stellen kann.

Schließlich noch eines! Bei solchen Gesetzesinterpreta= tionen foll man namentlich dann fubtil fein, wenn es sich um individuelle Rechte von Personen handelt. Wenn jemandem ein individuelles Recht zugefichert ift, so geht es nicht an, aus Gründen der Staatsraifon einfach darüber hinwegzugehen. Auch soll man in ein Gesetz nicht Grundsätze hineininterpretiren, welche dasselbe nicht wollte. Wenn z. B. das Primarschulgesetz ben Grundfatz der Penfionirung gar nicht kennen würde und es würde die Erziehungsdirektion gleichwohl zu diefem Zwecke einen Aredit verlangen, so müßte ich mich dagegen auflehnen. Ebenso würde es nicht angehen, die in § 55 aufgestellte Limite der Pensionen — von Fr. 240 bis 360 — abzu= ändern. In betreff der jährlichen Kreditsumme aber darf man allerdings einer etwas liberaleren Interpre= tation huldigen und die Sache so auffassen, wie ich es gethan habe.

Ich bitte um Entschuldigung, daß ich etwas lang geworden bin. Aber Sie werden begreifen, daß mir, als früherem Erziehungsdirektor, diese Fragen noch etwas näher liegen, als Ihnen. Im übrigen kenne ich viele Gemeinden, in denen man mit Berlangen auf eine etwas liberalere und vernünftigere Auffassung des Gesehes wartet. Wenn es sich um die Pensionirung von Professoren oder Mittelschullehrern handelt, ist man nicht subtil, sondern stellt zu diesem Zwecke ganz bedeutende Summen zur Versügung. In den letzten 10 bis 15 Jahren hat man zurücktretenden Hochschulprofessoren beinahe die ganze Besoldung als Kuhegehalt ausgerichtet. Es gibt ehemalige Professoren, und zwar nicht arme Leute, welche eine Pension von Fr. 3000 beziehen, also beinahe soviel,

als die Erziehungsdirektion heute für arme, untauglich gewordene Primarlehrer verlangt. Ich möchte deshalb den Großen Rath wirklich bitten, diese Mehrforderung von Fr. 4000 zu bewilligen. Sie werden damit nament-lich der Schule einen großen Dienst leisten (Beifall).

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirthsichaftskommission. Es ist in der Staatswirthschaftskommission über diese Frage auch gesprochen worden, allerbings mehr nur vom formellen Standpunkt aus, da auf das Materielle der Sache nicht eingetreten werden konnte, weil kein bestimmter Antrag vorlag, sondern nur eine Mittheilung der Finanzdirektion, daß die Erziehungsbirektion eine Erhöhung verlangt habe und wahrscheinlich in der Mitte des Großen Kathes diesen Antrag erneuern werde. Bei ihrer Berathung kam die Staatswirthschaftskommission zum Schlusse, heute zum Antrage der Regierung zu stehen und zwar aus folgenden Gründen.

Es wurde uns gesagt — nicht von der Finanzdirek-tion, sondern von Mitgliedern — es sei eine Erhöhung des Kredits deshalb absolut nothig, weil infolge definitiver Zusagen der Kredit bereits überschritten sei. Diese Mittheilung veranlaßte uns, sofort zu fagen: Kann nicht bewilligt werden! Wenn man uns erklärt, ber und ber Kredit muffe erhöht werden, da man denfelben bereits überschritten habe, so glaube ich, es liege in der Stel= lung des Großen Rathes und speziell der Staatswirth= schaftskommission, zu antworten: Quod non! Wir haben einen Rredit ausgesetzt und dieser foll nicht überschritten werden; wir laffen uns nicht in die Zwangslage versetzen, nur Ja und Amen fagen zu können. Der herr Finanzdirektor hat uns dann allerdings gesagt, der Re-gierungsrath habe keine solche Beschlüsse gesaßt, die eine Krediterhöhung absolut nothwendig machen. Aber es scheint doch, man habe Versprechungen gemacht, welche den außerordentlichen Kredit von Fr. 10,000 überschreiten. Ist dies der Fall, so halte ich dafür, es liege nicht in der Stellung des Großen Rathes und der Staatswirth= schaftskommission, dies ohne weiters zu acceptiren.

Dies ist die Stellung der Staatswirthschaftskommission, die mich beauftragt hat, für den Fall, daß eine Erhöhung des Kredits verlangt werde, hier den Antrag

der Regierung zu vertreten.

heller = Burgi. Geftatten Sie mir ein ganz turzes Wort. Der Berr Berichterstatter der Staatswirthschafts= kommission hat betont, daß es wesentlich formelle Gründe seien, welche die Staatswirthschaftskommission veranlassen, den Antrag der Regierung, nur einen außerordentlichen Rredit von Fr 10,000 zu bewilligen, zu unterstützen, und dem Gedankengang des Referates des herrn Finanzdirektors konnte man entnehmen, daß sich auch die Regierung wesentlich von formellen Beweggründen leiten ließ, als sie den Antrag der Erziehungsdirektion ablehnte. Ich begreife die Stellung der Staatswirthschaftskommission und des Berrn Finangdirektors. Allein Berr Ritschard hat Ihnen vorhin einläßlich auseinandergesett, wie groß die Noth= lage ift und daß wir es hier mit anormalen Berhältniffen zu thun haben. Ich glaube, von diesem Gesichts= punkte aus sei es gerechtfertigt, daß man die vorhan= benen Uebelstände beseitigt. Es wäre unverantwortlich vom Großen Rath, wenn rein aus formellen Gründen viele alte Lehrer am Hungertuch nagen müßten oder unter Umständen auf die Gaffe gestellt würden. Stellen Sie

fich vor, es würde eine Gemeinde einen alten Lehrer mit Rudficht auf die Interessen der Schule nicht mehr mahlen. In diesem Falle wäre derselbe auf einmal auf die Gaffe gestellt und man wurde das mit Recht als eine Sarte tadeln. Ich glaube, es laffe fich im vorliegenden Falle voll und ganz rechtfertigen, daß man den bestehenden anormalen Berhältniffen zu begegnen fucht, indem man den Kredit etwas erhöht, und ich glaube, auch der Herr Finanzdirektor werde sich damit befreunden können. Wir haben im Beginn der gegenwärtigen Seffion verschiedene Rachkredite bewilligt. Hier handelt es sich um einen ähn= lichen Fall. Es ift eine mahre Nothlage da, und wenn man mit Fr. 4000, wie der herr Erziehungsbirektor fagt, den Uebelständen abhelfen kann, so halte ich dafür, es liege im Interesse des Staates, das zu thun. Wir sind das den untauglich gewordenen Lehrern schuldig, und ich möchte deshalb den Antrag der Erziehungsdirektion wärmstens unterstützen, so fehr ich sonst nicht für Krediterhohungen bin.

Abstimmung.

Für den Untrag der Regierung und der Staatswirth= 49 Stimmen. Für den Antrag der Erziehungsdiret= Im übrigen wird die Rubrit unbeanstandet genehmigt.

E. Lehrerbildungsanstalten.

Ohne Bemerkung genehmigt.

F. Taubstummenanstalten.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Für die Taubstummenanstalt Münchenbuchsee ist eine Erhöhung des Kredits von Fr. 24,900 auf Fr. 27,500 vorgesehen. Bekanntlich war diese Anstalt bis vor kurzem in Frienisberg untergebracht. Der Umzug nach Münchenbuchsee verurfachte schon dies Jahr Kosten und wird auch in Zukunft noch folche verursachen, indem fich die Unftalt in einem größern Gebäude neu einrichten muß, das zu diesem Zwecke theilweise auch eine neue Möblirung verlangt. Es ift deshalb für die Nebergangs= zeit ein erhöhter Rredit nöthig, den man später, wenn normale Berhältniffe eingetreten fein werden, wieder wird reduziren können.

Genehmigt.

G. Nationalmufeum.

Ohne Bemerkung genehmigt.

VII. Gemeindewesen.

Ohne Bemerkung genehmigt.

VIIIa. Armenwesen des ganzen Kantons.

Ohne Bemerkung genehmigt.

VIIIb. Armenwesen des alten Kantons.

Scheurer, Finanzdirektur, Berichterstatter des Regierungsraths. Bei dieser Rubrik find einige Erhöhungen eingetreten. Unter A, Notharmenpflege, wird der Ansatzur die Unterstützung auswärtiger Notharmer auf Fr. 102,000 zu erhöhen beantragt. Die Ausgaben für die auswärtigen Notharmen betrugen vor noch nicht vielen Jahren nur Fr. 40-50,000 und fteigerten fich allmälig, bis sie im letzten Budget die außergewöhnlich hohe Summe von Fr. 100,000 erreichten. Allein auch diese Summe genügte noch nicht, um allen Ansprüchen begegnen zu können, sodaß ein Nachkredit von circa Fr. 2000 bewilligt werden mußte. Um im Jahre 1891 alle Bedürf= niffe befriedigen zu konnen, wird deshalb beantragt, ben Ansatz auf Fr. 102,000 zu erhöhen.

Für Armeninspektoren wird ein Kredit von Fr. 5000 beantragt, gegenüber Fr. 4000 im letten Büdget, um nach gewiffen Richtungen hin eine genauere Inspettion

vornehmen zu können. Unter B, Berpflegungsanftalten, ift für die Anftalt Frienisberg ein Kredit von Fr. 26,000 in Aussicht genommen, gegenüber einem Aredit von Fr. 10,000 für die frühere Unstalt Bärau. Die nach Frienisberg verlegte Unstalt kommt hier in ganz andere Berhältniffe, nament= lich in landwirthschaftlicher Beziehung, indem fie ein großes But von etwa 200 Jucharten zur Bewirthschaftung erhält. Siefür muß der nöthige Biehftand angeschafft werden und ist zu diesem Zwecke vorläufig eine Summe von Fr. 16,000 in Aussicht genommen. Diese Ausgabe ift unumgänglich nöthig; das Geld ift übrigens ja nicht verloren, indem der Gegenwerth in Bieh vorhanden sein wird.

Unter 3, Bezirksverpflegungsanftalten, ift ein neuer Posten, Beitrag an die stadtbernische Anstalt Kühlemyl, aufgenommen worden. Bekanntlich hat die Stadt Bern beschloffen, eine eigene Berpflegungsanftalt zu errichten, die für 300-400 Pfleglinge eingerichtet werden foll.

Nach den Bestimmungen des Gesetzes haben solche Anstalten Anspruch auf einen Staatsbeitrag sowohl an die Einrichtung als die Kosten des Betriebs. Run ist der Beitrag, welcher der Stadt Bern zukommen wird, noch nicht desinitiv festgesett. Die hier aufgenommene Summe von Fr. 14,500 ist nur eine à Conto-Zahlung an die Einrichtung und den Betrieb pro 1891; die Restzahlung wird dann in's Büdget für 1892 aufgenommen werden müssen. Es empsiehlt sich das auch deshalb, weil die Anstalt nicht in einem Jahre gebaut und im Jahre 1891 noch nicht so weit wird ausgebaut werden können, daß sie die volle Zahl Psleglinge auszunehmen vermag; es wird das wohl erst im Jahre 1892 der Fall sein.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirthsschaftskommission. Ich habe den Ausstührungen des Herrn Finanzdirektors nicht viel beizufügen. Die Mehrausgaben dieser Kubrik belaufen sich auf Fr. 33,500. Ganz speziell mußte sich die Staatswirthschaftskommission überzeugen, daß eine größere Unterstützung der auswärtigen Rothsarmen nothwendig geworden ist. Die Mehrausgabe für die Verpslegungsanstalt Frienisberg ist selbstverständlich. Und was endlich den Beitrag an die stadtbernische Verpslegungsanstalt Kühlewyl betrifft, so wird dieser Beitrag nicht auf die Dauer so bleiben, sondern es ist hier ein Beitrag an die Einrichtungskosten inbegriffen und zwar wird derselbe, wie Ihnen gesagt worden ist, noch vermehrt werden müssen.

Genehmigt.

Die Behandlung der Rubrik IX a, Volkswirthschaft und Gesundheitswesen, wird wegen momentaner Abwesen= heit des Herrn Direktors des Innern verschoben.

IX b. Sandwirthschaft.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Die hier vorgesehenen Aenderungen betreffen in erster Linie die Unterrubrik B, Landwirthschaft. Unter Ziff. 1, Förderung der Landwirthschaft im allegemeinen, wird eine Erhöhung des letztährigen Kredits von Fr. 13,000 auf Fr. 20,000 beantragt, hauptsächlich zu dem Zwecke, um den Beitrag des Staates an die ökonomische Gesellschaft des Kantons Bern erhöhen zu können. Unter Ziff. 2, Pferdezucht, wird für Prämien ein Betrag von Fr. 20,000 aufzunehmen beantragt, gegenüber Fr. 19,000 im letzten Büdget, um auch hier etwas mehr leisten zu können.

Die erheblichste Aenderung wird für die Kindviehzucht beantragt. Der Beitrag aus der Viehentschädigungskasse soll auf Fr. 50,000 erhöht und wie folgt vertheilt werden:

a. Prämien Fr. 46,000. (Der gedruckte Entwurf ist bementsprechend zu berichtigen.)

b. Schaukoften Fr. 3000.

c. Allgemeine Kosten Fr. 1000. (Statt Fr. 1200, wie

im Entwurf steht.)

Die Erhöhung des Beitrages aus der Biehentschädi= gungstaffe wurde veranlagt durch eine Eingabe der Kom= miffion für Biehzucht, worin geltend gemacht wurde, daß infolge des zu niedrigen Staatsbeitrags im letzten Jahre die Subventionen des Bundes nicht vollständig haben nugbar gemacht werden können. Der Bund bemißt näm= lich seine Beiträge nach der Höhe der kantonalen Leistungen. Lettes Jahr foll der kantonale Beitrag um Fr. 3000 zu niedrig gewesen sein, sodaß Fr. 3000 Bun= desbeitrag nicht ausgerichtet wurden. Das ift nun aller= dings fatal und um dem für die Zukunft vorzubeugen, wird eine Erhöhung des Staatsbeitrags beantragt, der, wie schon gesagt, der Viehentschädigungstaffe entnommen wird. Zwar wird durch eine gesetliche Bestimmung der Beitrag aus der Viehentschädigungskaffe auf Fr. 30,000 limitirt; man ift aber in den letten Jahren dazu ge= langt, diese Vorschrift im Interesse der Biehzucht zu übertreten und der Viehentschädigungskaffe größere Beträge zu entnehmen. Es ist das, wenn man den Zweck errreichen will, absolut nöthig und der Staatstaffe darf nach dem Gesetz zur Ausrichtung solcher Prämien kein Geld entnommen werden. Die Biehentschädigungskaffe ist übrigens so gestellt, daß trot dieser größern Leiftung derselben noch eine ansehnliche Kapitalvermehrung ein= treten wird. Schwieriger ist die Sache in formeller Beziehung, indem diefer größere Beitrag eben mit dem Ge= fet im Wiberspruch steht. Dies ist auch der Grund, weshalb die Staatswirthschaftstommiffion hier folgendes Postulat strut: "Der Regierungsrath wird eingeladen bie nöthigen Vorlagen zu machen, damit der Beitrag der Biehentschädigungskaffe an die Koften der Rindviehzucht= prämien auf gesetzliche Grundlage gestellt wird." habe nichts gegen dieses Postulat einzuwenden und auch die Regierung, die dasselbe formell nicht behandelt hat, wird sicher damit einverstanden sein, um so mehr als fie schon lange die Absicht hatte, diese Angelegenheit zu regliren; sie that es bis jest nicht, weil man deshalb nicht ein besonderes Geset aufstellen wollte, sondern glaubte, man folle eine paffende Gelegenheit abwarten, um die Sache gleichzeitig mit andern Gegenständen in Ordnung zu bringen, was voraussichtlich in nächster Zeit wird ge= schehen können.

Ferner erlitt das Büdget betreffend Landwirthschaft noch Abanderungen infolge ber Errichtung einer Molfereischule und Abanderung des Gesetzes über die landwirth= schaftliche Schule. Da wir nun auf einen Bundesbeitrag Unspruch machen können, mußte bas Büdget eine andere Gestalt annehmen. Man mußte die landwirthschaftliche Schule von der eigentlichen Gutswirthschaft trennen und gesondert behandeln, da der Bundesbeitrag uur an die Rosten der landwirthschaftlichen Schule geleistet wird. Die Molkereischule mußte als besondere Rubrik aufgenommen werden und zwar wurde auch hier unterschieden zwischen der eigentlichen Molkereischule und dem Betrieb der Mol= ferei. Auf die aufgenommenen Anfätze will ich nicht näher Dieselben sind nur muthmaßlich richtig und eintreten. wird es sich dann Ende des Jahres zeigen, wie sich die Sache unter der neuen Gestaltung der Dinge macht.

Schmid (Andreas), Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission. Die Staatswirthschaftskommission steut zu dieser Rubrik zwei Postulate. Das eine liegt Ihnen gedruckt vor und ist vorhin auch vom Herrn Finanzdirektor abgelesen worden. Das zweite dagegen wurde erst gestern beschlossen und ist infolge dessen nicht gedruckt. Es lautet: "Der Regierungsrath wird eingeladen, dafür zu sorgen, daß den Staatsanstalten mit landwirthschaftlichem Betrieb keine Baarprämien verabfolgt werden."

Ich glaube, Ihnen von diesen Postulaten Mittheilung machen zu sollen, damit in der Diskussion der Sinn der beantragten Aenderungen eher begriffen wird. Wann die Postulate dann behandelt werden sollen, wird der Herr

Brafident zu bestimmen haben.

Was nun die Ansäge dieser Rubrik anbelangt, so betrugen die Ausgaben bisher Fr. 46,900. Es wird nun eine Erhöhung um im ganzen Fr. 26,400 beantragt. Ich betone diese Summe, damit die skändigen Einwürfe, man leiste nichts für die Landwirthschaft, etwas ver=

ftummen muffen.

Was die Anfäte im einzelnen betrifft, so wird unter B 1 a, Förderung der Landwirthschaft im allgemeinen, eine Erhöhung um Fr. 7000 beantragt, in der Meinung, daß damit, wie schon der Herr Finanzdirektor sagte, dem Gesuche der ökonomischen Gesellschaft um einen höhern Staatsbeitrag entsprochen werden folle. Bei Biffer 2, Pferdezucht, wird unter a, Prämien, eine Erhöhung um Fr. 1000, unter d, Allgemeine Kosten, eine folche von Fr. 300 beantragt. Was die Rindviehzucht anbelangt, so wurde Ihnen bereits gesagt, daß für Prämien irr= thumlich eine Summe von Fr. 43,000 aufgenommen ift. Diefer Anfat muß auf Fr. 46,000 erhöht werden, da sonst der Betrag von Fr. 50,000, der aus der Biehent= schädigungskaffe genommen werden foll, nicht konsumirt würde. Es hat sich allerdings im Schoofe der Kommis= fion die Ansicht geltend gemacht, diese für Prämien aus= geworfene Summe fei viel zu klein, die Anforderungen der Prämienkommiffion seien viel bedeutender und es habe dieselbe gegenwärtig ein beträchtliches Defizit. Dieses Defizit hat uns wenig berührt, indem die Bramienkom-mission nicht dafür da ist, beliebige Summen auszugeben, sondern sie soll sich an's Büdget halten. Gleichwohl ist die Staatswirthschaftskommission einverstanden, daß etwas mehr geleistet werden soll, glaubt aber, eine Erhöhung von Fr. 40,600 auf Fr. 46,000 solle genügen. Dabei hielt die Staatswirthschaftskommission dafür, es sollte ber ungesetliche Beitrag aus ber Biehentschädigungstaffe einmal gesetlich reglirt werden.

Zu ihrem zweiten Postulat, das ich vorhin abgelesen habe, wurde die Staatswirthschaftskommiffion durch folgendes veranlaßt. Es ift bekannt, daß die Staatsanftalten auf den Märkten die schönften Stude Jungvieh einkaufen, da sie weniger auf Liebhaberpreise Rücksicht zu nehmen brauchen als ein Privater. Da ift es ihnen dann leicht, bei den Viehschauen voranzustehen und die größten Prämien vorweg zu nehmen. Es ist darüber schon viel ge= klagt worden und die Staatswirthschaftskommission glaubt, es sollen die Staatsanstalten zwar nicht von einer Gin= reihung in die Ranglifte, wohl aber von den Baarprä= mien ausgeschloffen werden, und zwar nimmt die Staats= wirthschaftstommission an, es solle dies, wenn Sie mit dem Postulat einverstanden sind, schon dies Jahr der Fall fein. Dadurch wird die für Prämien ausgesetzte Summe von Fr. 46,000 relativ noch gang wesentlich erhöht.

Die Staatswirthschaftstommission ist ber Unsicht, es sollte mit diesen Antragen ben Wünschen ber Landwirthe

in weitgehenbstem Maße entsprochen sein und es werden weitere Ansprüche von dieser Seite kaum mehr billig begründet werden können. Ergänzend und um irrigen Aufsafsungen vorzubeugen, sei noch erwähnt, daß der Antrag auf Entzug der Baarprämien gegenüber den Staatsanstalten sich nur auf die kantonalen Prämien bezieht, nicht aber auf die eidgenössischen Prämien, da unser Büdget dieselben nicht in Berücksichtigung zieht.

Präsident. Ich nehme an, Sie seien damit ein= verstanden, daß die Postulate gleichzeitig mit dieser Büdgetrubrik behandelt werden sollen.

Hand der n. Ich möchte Ihnen beantragen, den Ansatzur Biehprämien, in Entsprechung des Gesuches der Kommission für Viehzucht, auf Fr. 48,000 zu erhöhen. Die von der Regierung und der Staatswirthschaftskommission beantragte Erhöhung auf Fr. 46,000 ist anerkennenswerth, allein unter den gegenwärtigen Berhältnissen nicht genügend. Es sind in den letten 10 Jahren im Kanton Bern von Seite von Privaten und Genossenschaften sür die Hebung der Viehzucht, nicht nur im Oberland, sons dern im ganzen Kanton, große Opfer gebracht worden. Daß diese Opfer nicht ohne Erfolg waren, geht am besten doraus hervor, daß die Zahl der zu den Schauen geführten Thiere mit jedem Jahre beträchtlich zunahm. Es wurden aufgeführt:

	: 0 ,)	1872.		18 9 0.	
In	Saanen	112	Stück.	256	Stück.
"	3weifimmen	157	"	421	"
"	Frutigen	275	"	454	"
"	Thun	179	"	271	"
"	Alchenflüh	103	"	210	"
"	Bern	144	"	288	"
		u. J.	w.		

Mit Ausnahme eines einzigen Schaufreises weisen alle eine beträchtliche Bermehrung auf. Mit den ge= brachten Opfern hielt die Unterstützung des Staates nicht Schritt; er unterftutte die Viehzucht nicht fo, wie fie es, entsprechend ihrer volkswirthschaftlichen Bedeutung, verlangen kann. Ja, der Fiskus als folcher hat fie über-haupt nicht unterstützt, sondern der Beitrag des Staates wurde der Viehentschädigungskasse entnommen. Diese Raffe ist bekanntlich der Extrag aus der Abgabe von Biehgefundheitsscheinen, bildet sich also gewissermaßen aus einer Kollekte unter allen denjenigen Berfonen, die Bieh züchten ober damit handeln. Ich weiß zwar, daß von anderer Seite behauptet wird, die Gebühr für die Biehgesundheitsscheine sei als Stempelgebühr, ahnlich wie für andere Aktenstücke, zu betrachten. Allein es kann nicht bestritten werden, daß diese Gebühren für Viehgefundheitsscheine eine ganz spezielle Belastung für die Biehzucht treibende Bevölkerung find und daß der Staat für die Hebung der Biehzucht nicht nur teinen direkten Beitrag leistet, sondern im Gegentheil die nichtverwendete Summe — es bleiben immer Prämien zuruck ober es wird die aus der Viehentschädigungskaffe entnommene Summe nicht aufgebraucht — in die Staatstaffe fließen läßt. Immerhin wäre es möglich gewesen, auch mit einem Beitrag von Fr. 40,000 allen Thieren, die es ver= bienen, etwas zuzusprechen, wenn biese Summe gleich= mäßig auf die männlichen und weiblichen Thiere hatte vertheilt werden konnen. Run richtet aber der Bund bem Kanton Bern eine jährliche Subvention von Fr.

30,000 speziell zur Prämirung männlicher Zuchtthiere aus und knüpft hieran die Bedingung, daß auch der Kanton einen mindestens ebenso hohen Beitrag ausrichte. Die Folge davon ist die, daß für die Prämirung weiblicher Thiere ein lächerlich kleiner Beitrag übrig bleibt. Im Jahre 1889 wurden 369 Stiere prämirt mit im ganzen Fr. 27,700, während 730 weibliche Thiere bloß Fr. 13,055 erhielten. Im Jahre 1890 wurden prämirt 403 Stiere mit Fr. 30,220, während 820 weiblichen Thieren bloß Fr. 14,535 zugesprochen wurden. Die Folge dieses kleinen Kredits ist die, daß wenig weibliche Thiere prämirt werden können und die prämirten einen sokleinen Betrag erhalten, daß es sich nicht mehr der Mühe lohnt. Dazu kommt, daß die Zahl derzenigen weiblichen Thiere, von welchen die Kommission fand, sie sollten absolut prämirt werden, von Jahr zu zahr zugenommen hat. Es wurden prämirt:

In Jahr 1885 378 Stud.

" " 1886 474 "

" " 1887 596 "

" " 1888 635 "

" " 1889 730 "

" " 1890 820 "

Un der letten Schau in Erlenbach wurden 85 Rinder mit 4 Alterszähnen aufgeführt. Davon wurden 40 prämirt, die übrigen 45 aber von der Prämirung ausge= schlossen. Man verfuhr also sehr strenge. Nun hätte man erwarten sollen, daß die 40 Prämirten eine an= ständige Prämie erhalten hätten; Thatsache ist aber, daß ein voller Drittel davon mit bloß Fr. 10 prämirt wurde. Da nun ein Viehzüchter aus dem Diemtigenthal, der die Schau in Erlenbach besuchen will, volle drei Tage darauf verwenden muß, so ist es begreiflich, daß er es sich zweimal überlegt, bevor er die Kosten riskirt und die Berpflichtung übernimmt, das prämirte Thier ein volles Jahr lang in seinem Besitz zu behalten. Dazu kommt, daß es infolge dieser Konkurrenz zwischen männlichen und weiblichen Thieren nicht möglich ift, den Bundesbeitrag voll und ganz vertheilen zu konnen und verweise ich Sie in dieser Beziehung auf den Bericht der Rommiffion für Viehzucht pro 1888, worin fie fagt: "In die eidgenöffische Staatskasse fallen dieses Jahr noch immer Fr. 3028 zurück, über welche hätte verfügt werden fonnen. Würden wir diefen Betrag noch für Stiere verausgabt haben — welche jedoch nach unserer Ansicht hoch genug prämirt worden find — so hätten wir diese Summe den weiblichen Thieren abziehen muffen, was bei dem limitirten Aredite unmöglich gewesen ware. Entweder muß dieser um jene Summe erhöht, oder der eid= genöffische Kredit kann nicht vollständig verwendet werden, es fei denn, daß man auf Rosten des weiblichen Bucht= materials abzieht und dasselbe nurmehr mit einem ge= ringern Prämienbetrage bedenkt. Wie erfichtlich, ift so= wohl die Zahl der aufgeführten Thiere von Jahr zu Jahr größer, sowie auch ihre Qualität besser, sodaß es unter biesen Umständen nachgerade unmöglich wird, nach Verdienen zu prämiren." Es fragt sich nun einfach: Will man fich diefes Geld, das der Bund zur Berfügung stellt, entgehen lassen oder will man es wirklich zur hebung der Biehzucht, in welcher Beziehung man es dringend nöthig hat, verwenden? Ich glaube, die Ant= wort sei eine ziemlich einfache, und ich möchte Ihnen darum empfehlen, dem Wunsche der Kommission für Biehaucht zu entsprechen.

Räg, Direktor der Landwirthschaft. Ich finde mich veranlaßt, gegenüber dem zweiten Postulate der Staats= wirthschaftskommission einige Worte anzubringen. Dasfelbe kommt wie ein Blig aus heiterem himmel und ich bedaure, daß es mir deshalb nicht möglich ift, darauf einläßlich antworten zu können. Es fällt mir zwar nicht ein, die Erheblicherklärung desfelben bestreiten zu wollen; allein ich hoffe, die Untersuchung werde ergeben, daß man dieses Postulat nicht wird verwirklichen können. Die von der Staatswirthschaftskommission heute entwickelte Idee ift nicht neu. Es mogen zwei oder drei Jahre her fein, daß die Staatswirthschaftstommission an die Direttion der Landwirthschaft den Wunsch richtete, fie möchte untersuchen, ob es nicht möglich ware, daß die Staatsanstalten von der Prämirung ausgeschlossen würden. Ich entsprach damals diesem Bunsche und brachte die Sache vor die Viehzuchtkommiffion. In derfelben waren die Unfichten getheilt. Einige herren waren allerdings der Anficht, es follte die Biehmaare der Staatsanftalten nur an den eidgenössischen Prämien partizipiren; die Mehr-heit fand aber doch, es wäre nicht recht, wenn man bie kantonalen Anftalten exceptionell behandeln wurde. Ich mache barauf aufmerfam, daß es in der Mehrzahl Armenanstalten find, von welchen der Herr Berichterstatter der Staatswirthschaftstommission fagte, dieselben schaffen ihre schöne Viehwaare aus dem Sack des Staates an. Das ift insbesondere bei den Armenanstalten nicht der Fall. Ich will nicht fagen, daß nicht hie und da auch ein schönes Stud gekauft wird, in der hauptfache aber erziehen sie ihre schöne Biehwaare selbst. Ich frage nun: Werden diese Anstalten, wenn sie von der Pramirung ausgeschlossen werden, noch den gleichen Antrieb verspüren, Jungviehzucht zu treiben, wie gegenwärtig? Absolut nicht! Wenn sie nicht auch in Form von Baarprämien eine An= erkennung erhalten, werden fie nachlässig werden und sich nach und nach der Sache entschlagen, was um so mehr zu bedauern wäre, als diese Anstalten für die Umgebung ein gutes Beispiel find. Es tann ba manches Bäuerlein lernen, wie man es machen muß, um ein schönes Stück Bieh zu erziehen. Es ist allerdings richtig, daß die auf Staatsanftalten entfallenden Prämien einen schönen Betrag vorwegnehmen und wenn man so progrediren will, wie die Staatswirthschaftstommission es beantragt, so braucht man den Antrag des Herrn Hadorn nicht anzu= nehmen, indem dann ohnedies genug Geld vorhanden sein wird, ja man konnte dann eher eine Reduktion des Beitrags aus der Viehentschädigungskasse vornehmen. Damit möchte ich mich natürlich nicht gegen den Antrag des Herrn Hadorn ausgesprochen haben; es ift mir im Gegentheil gang recht, wenn berfelbe angenommen wird.

Ich will nicht weitläufiger sein. Ich widersetze mich dem Postulat der Staatswirthschaftskommission nicht. Man wird die Sache untersuchen und dann zu gegebener Beit die geeigneten Anträge stellen.

Weber (Graswhl). Ich bin vollständig mit dem Herrn Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission einverstanden, wenn er sagt, man solle die staatlichen Anstalten von den Baarprämien ausschließen. Dagegen damit din ich nicht einverstanden, daß man, wie Herr Schmid glaubt, die Prämien gleichwohl auf dem Papier siguriren lassen kann, ohne sie aber auszurichten. Ich denke, gegen eine solche Praxis würde sich die Eidgenossenschaft verwahren, indem sie auch ihrerseits die Prämien

zurückbehalten würde. Ich möchte deshalb vorschlagen, den Staatsanstalten Diplome I., II. und III. Klasse zu verabfolgen, sodaß sie sich, wenn sie auch keine Baarprämie vom Kanton erhalten, doch nicht zurückgesett fühlen können und wir anderseits nicht einen Theil des Bundesbeitrags einbüßen.

Schmid (Andreas), Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission. Wenn Herr Regierungsrath Käz Bestürchtungen für die Armenanstalten hegt, so sind sie nur gerechtsertigt soweit es die eigentlichen Staatsanstalten Frienisberg und Hindelbank betrifft. Was dagegen die Bezirksarmenanstalten betrifft — Utigen, Riggisberg, Kühlewhl und Worben — so sind das keine Staatsanstalten und wir wollen diesen die kantonalen Prämien nicht entziehen. Und wenn bemerkt wurde, der Staat bezahle die Viehanschaffungen nicht, so mache ich bloß darauf aufmerksam, daß Sie vorhin der Anstalt Frienisberg Fr. 16,000 hauptsächlich für die Anschaffung von Viehewaare bewilligten.

Was den Antrag des Herrn Weber anbetrifft, so ist es möglich, daß ich mich nicht deutlich genug ausgesprochen habe. Wenn ich sagte, die Staatsanstalten sollen gleichwohl prämirt werden, aber nicht in baar, so hatte das den Sinn, daß denselben Diplome verabfolgt werden sollen. Ich bin also mit ihm vollständig einverstanden.

Etter. Ich möchte den Antrag stellen, das zweite Postulat der Staatswirthschaftskommission zu verwerfen. Ich halte dafür, dasselbe liege durchaus nicht im Intereffe der Viehzucht und auch nicht des Staates, welcher diese Anstalten zu unterhalten hat. Wenn das Postulat angenommen wird, fo werden die Anstalten lahmgelegt und z. B. gerade die Anstalt Thorberg, die eine große Alp besitzt und circa 60 bis 80 Stud Jungvieh, wird fich für die Hebung der Biehzucht nicht mehr verwenden. Mit einem "Helgen" ift der Verwalter nicht zufrieden und etwas anderes erhielte er nicht, da die eidgenöffischen Prämien ja nur für Stiere verabfolgt werden. Ebenfo fatal ware die Sache für die landwirthschaftliche Schule auf der Rütti. Glauben Sie, man werde da richtig Viehzucht treiben, wenn die Unftalt als Unerkennung höchstens ein lithographirtes Schreiben erhält? Und doch ist keine andere Anstalt mehr berufen, in richtiger Weise Bieh= zucht zu treiben, als gerade die Rütti. Die Staatsan-stalten gingen bisher den Landwirthen mit gutem Beispiel voran; bleiben diefelben von den Schauen weg, fo wird bedeutend weniger Bieh aufgeführt und auch weniger schönes. Ich weiß, daß in manchen Gegenden die Diehzucht sich gerade infolge des guten Beispiels der Un= stalten hob. Ich möchte Sie deshalb ersuchen, das Postulat der Staatswirthschaftskommission nicht anzunehmen; aceeptiren Sie lieber den Antrag des Herrn Hadorn, bei dem es sich ja nur um einen Betrag von Fr. 2000 handelt.

v. Werdt. Die Diskuffion über den Vorschlag der Staatswirthschaftskommission und des Herrn Weber interessirt mich außerordentlich, da ich den gleichen Vorsschlag bereits vor 20 Jahren hier gestellt habe. Es ist eine Unbilligkeit, daß der Staat seine eigenen Anstalten prämirt. Diese Anstalten sollen allerdings in Bezug auf die Viehzucht den Landwirthen mit gutem Beispiele vorangehen und man soll ihnen die Mittel geben, damit sie schöne Waare kaufen können. Es genügt aber, wenn man ihnen bei den Viehschauen Diplome verabfolgt. Das Unbillige liegt eben darin, da die Bauern mit den Staatsanstalten nicht konkurriren können, da sie nicht über den gleich großen Geldbeutel verfügen; sie kommen infolge bessen überall da, wo Staatsanstalten sind, zu kurz. Fehlt es den Anstalten an Geld, so soll der Staat auf andere Weise helsen, nicht durch Prämien. Ich unterstüße deshalb lebhaft den Antrag der Staatswirthschaftskommission, es möchte dieser Mißbrauch abgeschafft werden.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Es scheint mir, der Antrag der Staatswirthschaftskommission leide an dem Fehler, daß er zu absolut gefaßt ist, indem darin der Regierung bereits die Weisung gegeben werden soll, die betressende Maßregel sofort in's Werk zu setzen. Dies scheint mir schon reglementarisch nicht ganz richtig zu sein. Ein solches Bostulat hat den Charakter einer Motion und soll dem Regierungsrathe überwiesen werden zur Untersuchung und Borlage eventueller Anträge. Aber auch materiell scheint mir das Postulat nicht gut gefaßt zu sein, indem sehr leicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden könnte. Ich bin theilweise ganz mit der Staatswirthschaftskommission einverstanden; es muß aber doch noch geprüft werden, ob diese Maßregel in ihrem ganzen Umsfang durchgeführt werden könne.

Was vorerst die Zuchtstiere anbelangt, welche die Staatsanstalten im Oberland kaufen, so liegen diese Anstäufe nicht nur im Interesse der Anstalt, sondern es wird damit der ganzen Umgebung gedient und zur Verbesserung des Viehschlages beigetragen, wie ich z. B. bezügslich der Anstalten St. Johannsen und Erlach aus eigener Wahrnehmung bezeugen kann. Ich glaube, eine solche Unterstügung des Staates durch das Organ der Anstalten

verdiene nicht, einfach ignorirt zu werden.

Ferner will es mir scheinen, wenn eine folche Anstalt nach jahrelanger Arbeit dahin gelange, die Opfer des Staates nugbar zu machen, indem fie felbst prämirungs= würdiges Jungvieh produzirt, so solle fie nicht von der Prämirung ausgeschloffen werden. Ich glaube, die Un= zufriedenheit des Publikums richte sich nicht gegen die Brämirung von einer Anftalt gehörenden Stieren und von Jungvieh eigener Zucht, sondern dagegen, daß eine solche Anstalt einige Tage vor der Schau aus Staatsmitteln zu Liebhaberpreisen einige Rinder tauft, mit denfelben, geschmückt mit prächtigen Gloden und unter sonftiger Ausstattung, dann zur Schau fährt und die Prämien vorwegnimmt. In einem solchen Fall ift der Ruhm für den betreffenden Vorsteher ein sehr wohlfeiler und da wäre es eher angezeigt, in dem von der Staatswirth= schaftskommission gewünschten Sinne vorzugehen. Herr Regierungsrath Raz führte vorhin aus, welchen Eindruck es auf einen kleinern Bauer mache und wie es zur Nach= eiferung ansporne, wenn er die Ställe der Staatsan-ftalten mit ihrer schönen Biehwaare besuchen könne. Allein es ist eben nicht jedem gegeben, die Sache nach= zuahmen. Der Eindruck ist im Gegentheil oft ein anderer, welchem ein Bäuerlein, dem der Vorsteher einer Anstalt die Viehwaare mit der Bemerkung zeigte: "Richt wahr, das sind Staatskühe?" mit den Worten Ausdruck ver= lieh: "Ja, ja, das find Staatstühe!" (Heiterkeit.)

Ich glaube also, es solle das Postulat der Staats= wirthschaftskommission nur in dem Sinne acceptirt wer= den, daß der Regierungsrath beauftragt wird, die Frage zu prüfen; sie hat eine Prüfung nach verschiedenen Richtungen hin nöthig.

Schmid (Andreas), Berichterstatter der Staatswirth= schaftskommission. Ich muß offen bekennen, daß ich die Bemerkungen des Herrn Finanzdirektors für richtig ansehe. Ich habe das Postulat nicht felbst redigirt, sondern die Redaktion desselben beforgte der Sekretar der Staats= wirthschaftskommission, und als ich den Antrag diesen Morgen erhielt, hat mich die Form desselben anfänglich auch gestoßen. Allein der Antrag war vom Berrn Bräsidenten der Staatswirthschaftskommission unterzeichnet und ich mußte denselben eben vorlegen, wie er ift. Dabei hatte ich allerdings das Gefühl, die reglementarische Form sei etwas verlett, und ich schließe mich deshalb, so viel an mir und ich glaube ich durfe es auch namens der Rommiffion thun, den Ausführungen des herrn Finangdirektors an.

Abstimmung.

1. Für die Borlage (gegenüber dem Untrag Sadorn, für Viehprämien Fr. 48,000 zu bewilligen) Minderheit. 2. Im übrigen wird die Rubrik IXb, Landwirth=

schaft, ohne Widerspruch genehmigt.

3. Die von der Staatswirthschaftstommission gestellten beiden Postulate werden im Sinne des Reglements er= heblich erflärt.

IX . Polkswirthschaft und Gesundheitswesen.

A. Verwaltungskosten der Direktion des Innern.

Ohne Bemerkung genehmigt.

B. Statistik.

Scheurer, Finangbireftor, Berichterftatter bes Regierungeraths. Sier ift für Befoldungen ein Unfat von Fr. 7300, gegenüber bisher Fr. 5500 aufgenommen, wo= gegen die Ausgabepoften für die eidgenöffische Boltsgählung und die Gewerbezählung wegfallen. Die Er-höhung des Ansages für Besoldungen ift nöthig, weil noch Nacharbeiten, die zur landwirthschaftlichen Statistik gehören, ausgeführt werden muffen, die durch das ordent= liche Personal nicht besorgt werden können.

Genehmigt.

C. Sandel= und Bewerbe.

Scheurer, Finangbirektor, Berichterstatter bes Regierungeraths. Sier wurde der Rredit für gewerbliche Stipendien auf Fr. 3000 erhöht, ebenso ber Aredit für Fach-, Runft- und Gewerbeschulen auf Fr. 54,300, sowie der Rredit für die Sufbeschlaganstalt und Sufschmiedefurfe auf Fr. 3000. In den letten Tagen ging noch ein Gesuch der Direktion der Mufter= und Modellsammlung, die nun Gewerbemuseum genannt werden foll, ein, um Erhöhung bes Staatsbeitrags auf Fr. 10,000. Das Geschäft konnte nicht mehr seinen ordentlichen Gang nehmen, indem die Regierung und die einzelnen Direktionen während der Großrathsfession mit Geschäften so überladen find, daß eine ordentliche Behandlung folcher Geschäfte nicht ftatt= finden kann. Die Regierung ift deshalb nicht in der Lage, zu dem Antrage heute Stellung zu nehmen und muß es bem Großen Rath überlaffen, ob er dem Untrage, fofern er hier gestellt und begründet wird, entsprechen will.

v. Steiger, Direktor des Innern. Ich möchte über den vom Herrn Finangdirektor zulett erwähnten Gegenstand einige Austunft geben. Die Mufter= und Modellsammlung wurde bisher vom Staat mit Fr. 7000 subventionirt. Cbenfo flogen Beiträge feitens der Ginwohner= und der Burgergemeinde von Bern, fowie des bernischen Bereins für Sandel und Induftrie und des bernischen Sandwerker= und Gewerbevereins. Es machte fich nun in den letten Jahren immer stärker das Bedürfniß geltend, diese Un= stalt weiter auszubauen. Sie bietet lange nicht das, was die Gewerbemuseen in Bafel, Zürich und St. Gallen dem dortigen Gewerbestand bieten. Es wurde deshalb nach dem Tode des bisherigen Berwalters eine Reorganisation der Anstalt vorgenommen und eine fachtundige Perfon= lichkeit zur Leitung berufen, die aber natürlich auch ent= sprechend honorirt werden muß. Als die Direktion des Innern ihr Büdget der Finanzdirektion zu Handen des Regierungsraths einreichen mußte — also im August tonnte gleichwohl noch tein höherer Staatsbeitrag verlangt werden, indem man sich auf den Boden stellte, der Staatsbeitrag konne nur erhoht werden, wenn die Bei= trage auch von anderer Seite reichlicher fliegen. Dies ift nun feither in Erfüllung gegangen. Die Ginwohner= gemeinde Bern erhöhte ihren Beitrag von Fr. 2000 auf Fr. 4000. Der kantonale Gewerbeverband, deffen Beiträge bisher nur unregelmäßig floßen, hat einen Beitrag von Fr. 3000 beschloffen und der kantonale Handwerkerverein einen folchen von Fr. 1000. Ferner wurde unter den Gewerbsleuten eine Substription in's Werk gesetzt, die ein hübsches Resultat abzuwerfen verspricht. Die letztge= hübsches Resultat abzuwerfen verspricht. nannten Beiträge find allerdings im Berhaltniß zu ben Leistungen von Stadt und Gemeinde nicht hoch; allein man darf nicht vergeffen, daß es Privatbeitrage find, welche zum großen Theil aus den Taschen derjenigen fommen, die jum Geld feben muffen.

3ch habe geglaubt, nachdem sowohl von der Gemeinde als den betheiligten Kreisen Unftrengungen zur Hebung des Instituts gemacht werden, durfe auch ber Staat nicht zurückbleiben und habe deshalb auf eine Gin= gabe des Verwaltungsrathes des Gewerbemuseums hin der Regierung beantragt, es möchte der Staatsbeitrag von Fr. 7000 auf Fr. 10,000 erhöht werden. Im Bergleich mit andern Kantonen ist dieser Beitrag für den Kanton Bern immer noch ein mäßiger zu nennen.

St. Gallen z. B. leiftet einen Beitrag von Fr. 10,000, Bürich einen solchen von Fr. 15,000, sodaß wir immer noch an der untern Grenze desjenigen ftehen, mas anderswo geleiftet wird. 3m Momente, wo das Bernervolk durch Unnahme des Gesetzes über Errichtung einer höhern Gewerbeschule für das Bedürfnig der Hebung der gewerblichen Bildung ein über Erwarten weitgehendes Berftand= niß an den Tag legte, konnen wir unsere Augen bor der Thatsache nicht verschließen, daß wir ein richtiges Ge-werbemuseum bedürfen, welches dem heranwachsenden Handwerker und dem Schüler nicht nur der Stadt, sondern des ganzen Kantons — die Anstalt wird auch von fehr vielen Setundarschulen benutt — die nöthigen Gülfsund Anschauungsmittel an die Hand gibt, um in ge= werblicher Beziehung einen richtigen Fortschritt zu er= zielen. Letten Berbst fand in Burich eine Ausstellung von Beichnungen und Modellirarbeiten aller vom Bund fubventionirten Handwerkerschulen statt. Dabei zeigte es sich, von welch' großem Werth es ist, wenn der betreffende Kanton auch eine Sammlung befitt, aus welcher die nöthigen Vorlagen, Modelle u. s. w. abgegeben wer= den können, und obwohl manche unserer bernischen Schulen ehrenvoll dastanden und einzelne sich auszeichneten, hat man doch den Mangel an geeigneten Lehrmitteln em-pfunden. Ich möchte Ihnen deshalb meinen Antrag, den Staatsbeitrag von Fr. 7000 auf Fr. 10,000 zu erhöhen — berselbe konnte allerdings vom Regierungsrath nicht mehr behandelt werden — wärmstens zur Annahme em= pfehlen.

Abstimmung.

1. Für die Vorlage (gegenüber dem Antrag v. Steiger, für das Gewerbemuseum Fr. 10,000 zu bewilligen) Minderheit.

2. Im übrigen wird diese Rubrik ohne Widerspruch genehmigt.

D. Mag und Gewicht.

Ohne Bemerkung genehmigt.

E. Lebensmittelpolizei.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Diese Rubrik weist eine Erhöhung auf Fr. 29,435 auf, hauptsächlich herrührend von der Vermehrung der Experten (Erhöhung des Ansates von Fr. 8000 auf Fr. 10,000) und der damit im Zusammenhang stehenden Erhöhung des Ansates für Reisevergütungen auf Fr. 4700, statt Fr. 3000.

Genehmigt.

F. Befundheismefen.

Ohne Bemerkung genehmigt.

G. Arankenanstalten.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Auch dies Jahr wurde der Beitrag an die Nothfallstuben etwas vermehrt, nämlich von Fr. 116,000 auf Fr. 118,300, um die Bermehrung der Betten entsprechend unterstüßen zu können. Sodann muß hier, vorausgesetzt, daß das Volk den vom Großen Rath beschlossenen Fortbezug der Ertrasteuer zur Erweiterung der Irrenpslege genehmigt, ein Posten von Fr. 180,000 für die Erweiterung der Irrenpslege aufgenommen werden; denn da die Extrasteuer unter der Rubrik "Direkte Steuern" im Einnehmen erscheint, muß sie hier als Einlage in den Fonds zur Erweiterung der Irrenpslege wiesder in's Ausgeben gesetzt werden.

Schmid (Andreas), Berichterstatter der Staatswirthschaftstommission. Die Staatswirthschaftstommission beantragt Ihnen aus den vom Herrn Finanzdirektor soeben mitgetheilten Gründen, hier einen Posten von Fr. 180,000 für die Erweiterung der Irrenpslege auszunehmen. In Verbindung damit wird dann zu den Abschnitten XXXI und XXXII, Direkte Steuern im alten Kanton und im Jura, der Vorbehalt gemacht, "daß der Veschlusses-Entwurf betreffend Fortbezug der besondern Steuer für die Irrenpslege rechtskräftig wird, in welchem Falle das Büdget entsprechend zu rektisziren und namentlich der Steuerfuß im Jura um ½00 zu erhöhen ist."

v. Steiger, Direktor des Innern. Die in Bezug auf den Beitrag an die Nothfallstuben beantragte Erhöhung entspricht einer Bermehrung um 3 Betten. Dabei ist in erster Linie mit zwei Betten die neu zu gründende Anstalt für das Amt Fraubrunnen berücksichtigt, die schon vor längerer Zeit ein Gesuch eingereicht hat, dem aber bis jeht nicht entsprochen werden konnte.

Mit der von der Regierung und der Staatswirthschafts= kommission beantragten Erganzung genehmigt.

H. Entbindungs = und Frauenkrankenanstalt und Hebammenschule.

Scheurer, Finanzdirettor, Berichterstatter des Regierungsraths. Hier ist für Nahrung ein ziemlich höherer Posten aufgenommen, wogegen auch bei den Einnahmen an Kostgeldern eine Erhöhung vorgesehen ist, sodaß sich die größere Reinausgabe nur auf circa Fr. 2000 beläuft. Die Mehrausgaben für Nahrung scheinen bei den gegenwärtigen Lebensmittelpreisen begründet zu sein, speziell bei den hohen Fleischpreisen, in Bezug auf welche wenig

Aussicht auf ein Sinken vorhanden ift, es sei denn, daß eine Aenderung durch Einführung amerikanischer Ochsen eintritt, die wir den Amerikanern zum Dank dafür ab-kaufen, daß fie durch ihre Tarifbill 3. B. den Kafe fo belaftet haben, daß man ihn gar nicht mehr nach Amerika ausführen fann.

Genehmigt.

J. Frrenanstalt Waldau.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Re= gierungsraths. hier wird eine Erhöhung um Fr. 2000 beantragt, die aus den gleichen Gründen, die ich foeben entwickelte, hauptfächlich auf den Unfag "Nahrung" entfällt.

Genehmigt.

K. Staatsapotheke.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterftatter des Regierungsraths. Sier erscheint, nachdem seit vielen Jahren immer Rull von Null aufging, eine Reineinnahme von Fr. 3000, von welcher wir hoffen wollen, daß fie wirk= lich auch werde realisirt werden können.

Genehmigt.

X. Bauwesen.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Dieser Abschnitt ist allerdings nicht lang, aber namentlich mit Rücksicht auf die vorgeschlagenen Erhöhungen sehr bedeutungsvoll. Unter C 2, Amtsgebäude, wurde der Kredit von Fr. 70,000 auf Fr. 80,000 erhöht. Der frühere Rredit war zu knapp bemeffen und da fich diese Gebäude von Jahr zu Jahr vermehren, muß auch der Rredit für den Unterhalt derfelben damit Schritt halten. Ferner erwies sich der Kredit unter C 5, Wirthschaftsgebäude, in den letten Jahren als ungenügend, weshalb, um Nachkredite zu vermeiden, eine Erhöhung auf Fr. 22,000 beantragt wird. Unter E, Unter= halt der Straßen, wird bei Ziffer 2, Material und Arbeiten, eine Erhöhung des Anfahes auf Fr. 310,000 beantragt. Die Staatswirthschaftskommission beantragt, diesen Ansatz um Fr. 10,000 zu reduziren, diesen Betrag aber als Ziffer 5, Beiträge an Baumpflanzungen längs der Staatsstraßen, aufzunehmen, worauf dann die bis= herige Ziffer 5 in Ziffer 6 abgeändert würde. Der Regie= rungerath ift damit einverstanden, indem er die Erhöhung hauptfächlich deswegen beantragte, um folche Baumpflan= zungen, im Sinne des vom Großen Rathe lettes Jahr erheblich erklärten bezüglichen Poftulates, unterstüten zu fönnen.

Bedeutende Erhöhungen weisen die Rubriken D, F und G auf, nämlich um Fr. 150,000, Fr. 100,000 und Fr. 50,000. Die Begründung liegt in den auf diesen Gebieten in neuerer Zeit beschlossenen großartigen Aus= gaben, die, wenn auch nicht in einem Jahre, so doch während einer nicht all zu langen Periode getilgt werden muffen. Die Staatswirthschaftskommiffion ftimmt den Anträgen des Regierungsraths grundsätlich bei, nur stellt sie den Antrag, es sei der Posten X D, Verschiedene Hochbauten, Fr. 300,000, zu trennen in:

1. Neue Hochbauten

1. Reue Hochbauten Fr. 150,000 2. Amortifation von Vorschüffen . " 150,000 Ferner sei der Ansak X F, Reue Straßen= und Brückenbauten, Fr. 400,000, zu trennen wie folgt:

1. Neue Straßen= und Brückenbauten . Fr. 300,000

2. Amortisation von Borschüffen Endlich folle auch der Ansatz X G, Wasserbauten, Fr. 250,000, getheilt werden in:

1. Wafferbauten und Besoldungen zc. . Fr. 200,000 2. Amortisation von Vorschüffen

Der Regierungsrath ift damit einverstanden, indem dies nur eine andere und, wie ich zugebe, beffere und klarere Form besjenigen ift, was auch der Regierungsrath beabsichtigte.

Schmid (Andreas), Berichterstatter der Staatswirth= schaftskummission. Zu dieser Abtheilung stellt die Staats= wirthschaftstommiffion verschiedene Unträge, die indeffen mehr nur eine Uenderung des Spftems betreffen.

Bu den Rubriken A und B habe ich keine Bemerkung zu machen. Zu C bemerke ich nur, daß der Ansatz für Amtsgebäude um Fr. 10,000 erhöht wurde, was die Staatswirthschaftskommission um so mehr billigt, als in der Staatsrechnung pro 1889 hier wieder, entgegen einem früher gefaßten Beschluffe, ganz wesentliche Uebertragungen vom Jahr 1888 auf die Rechnung von 1889 vorkamen, was nach der Zusicherung des gegenwärtigen Herrn Baudirektors nicht mehr eintreten foll, fofern die Erhöhung bewilligt wird.

Was nun die Anfage für neue Hoch=, Straßen= und Wafferbauten anbetrifft, so ist die Staatswirthschafts= kommission mit den vorgeschlagenen Summen voll und ganz einverstanden, nur hat sie vermißt, daß die Summen für neue Bauten von den Anfätzen für Amortisation von Borschüffen nicht getrennt sind. Die Vorschußrechnungen, zu denen man durch die Umstände gezwungen wurde, haben ganz bedeutende Dimenfionen angenommen, und die Staatswirthschaftskommission glaubt deshalb, es solle der Ansatz für die Amortisation solcher Vorschüsse vom übrigen Rredit getrennt werden. Deshalb wird beantragt, den Kredit X D, Verschiedene Hochbauten, Fr. 300,000, zu trennen in:

Amortifation von Borichuffen wahrscheinlich für die nächsten 10 Jahre noch bedeutend wird erhöht werden müssen. Sie haben ja in der gegenwärtigen Seffion Hochbauten im Betrage einer Million beschloffen und es stehen noch

weitere Bauten für eine ebenso große Summe in Aus= ficht. Für die Tilgung diefer Summen wird man einen gehörigen Amortisationsplan aufstellen muffen und beshalb wünscht die Staatswirthschaftskommission, daß man schon dies Jahr speziell für die Amortisation von Vor=

schüffen einen Betrag von Fr. 150,000 vorfieht.

Bei Rubrik E, Unterhalt der Straßen, wird von der Regierung für Material und Arbeiten eine Erhöhung um Fr. 10,000 beantragt, speziell zur Unterstützung von Baumpflanzungen längs ber Staatsstraßen. Die Staatswirth= schaftskommission glaubt, solche Baumpflanzungen haben mit dem Material und der Arbeit der Wegknechte nichts zu thun; fie findet barum, es folle eine besondere Biffer, Beiträge an Baumpflanzungen längs der Staatsstraßen, mit einem Ansat von Fr. 10,000, aufgenommen werden. Ich mache babei barauf aufmerkfam, daß in dem ge= druckten Antrag der Staatswirthschaftskommission eine Auslaffung enthalten ist, indem darin nur von "Beiträgen an Baumpflanzungen" gesprochen wird. Es foll heißen: "Beiträge an Baumpflanzungen längs der Staats= ftraßen, " was ich zur Vermeidung von Migverständ-nissen ausdrücklich bemerke, da schon Gesuche ein Langten um Unterftützung von Baumpflanzungen längs von Feld= wegen, worauf man nicht eintreten konnte.

Bei F, neue Straßen= und Brückenbauten, wird eine Erhöhung um Fr. 100,000 speziell zur Amortisation von Vorschüffen vorgesehen und die Staatswirthschaftstom= miffion beantragt auch hier, diefen Boften unter einer

befondern Biffer aufzuführen.

Das gleiche ift bei der Rubrit G, Wafferbauten, der Fall, wo die Staatswirthschaftskommission ebenfalls beantragt, die vorgesehene Bermehrung des Kredits um Fr. 150,000 als besondern Posten zur Amortisation von Borschüffen aufzunehmen. Ich bemerke dabei, daß ganz speziell für Wafferbauten solche Borschußrechnungen nicht zu vermeiden find, indem der Bund an feine Subven= tionen die Bedingung knüpft, daß auch der Ranton gu gleicher Zeit eine festgesetzte Unterftützung ausrichte. Wenn sich baher diese Beitrage, die man bewilligen muß, wenn man die eidgenössische Subvention an solche Unternehmungen nicht von der Sand weifen will, auf eine gu hohe Summe belaufen, fo muß man fie auf Borfchuß-

rechnung bringen.

Die Staatswirthschaftskommission stellt ferner folgendes Postulat: "Der Regierungsrath wird eingeladen, jeweilen mit dem Budget eine besondere Uebersicht über den Stand der Vorschußrechnungen für neue Hochbauten, neue Straßen= und Brückenbauten und Wafferbauten vorzu= legen." Ich habe bereits barauf aufmerkfam gemacht, daß diese Vorschußrechnungen bedeutende Dimenfionen angenommen haben, sodaß es dem Großen Rathe nicht mehr möglich ist, sich ein klares Vild über alle bewilligte Rredite zu machen, während man doch bei Aufstellung eines neuen Büdgets jeweilen eine Uebersicht über die Vorschußrechnungen haben sollte. Der herr Baudirektor ist mit dem Postulat einverstanden und es wird in ähn= licher Weise auch für die Staatsrechnung eine etwas klarere Rechnungsstellung beantragt.

Ich empfehle Ihnen diesen Abschnitt mit den von der Staatswirthschaftstommission beantragten Aenderungen

zur Annahme.

Genehmigt mit den von der Staatswirthschaftskom= mission beantragten Aenderungen. — Das Postulat der

Staatswirthschaftstommiffion wird ebenfalls ohne Wider= spruch angenommen.

XI. Eisenbahnwesen.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Sier wurde der Anfat unter A 1, Büreau= und Aufsichtstoften, irrthumlicherweise von Fr. 2000 auf Fr. 1000 reduzirt. Eine Herabsetzung wäre nicht ge= rechtfertigt, indem ja gegenwärtig eine Anzahl Gifen= bahnprojekte vorliegen, zu deren Begutachtung zu Sanben bes Bundesraths oder weil eine Subvention anbegehrt wird, natürlich Experten ernannt werden muffen, was Rosten zur Folge hat. Es muß beshalb hier der ursprüngliche Kredit von Fr. 2000 wieder hergestellt merden.

Mit der beantragten Abanderung genehmigt.

XII. Jinangwesen.

XIII. Dermeffungswesen und Entsumpfungen.

Diese beiden Rubriken werden ftillschweigend ge= nehmigt.

XIV. Forftweien.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich will hier nur bemerten, daß der Un= satz unter C 2, Verbauungen von Wildbächen und Aufforstungen im Hochgebirge, von Fr. 25,000 auf Fr. 35,000 erhöht wird. Es ist das angesichts der vielen Verbauungen, welche im Hochgebirge im Gange sind oder begonnen werden sollen, absolut nicht zu viel. Es ist das allerdings eine fostspielige Sache; allein diese Berbauungen und Aufforstungen liegen so sehr im Interesse der betreffenden Landestheile, daß man eigentlich noch froh sein muß, wenn die Betheiligten mit folchen Projekten an die Regierung wachsen und sich bereit erklären, dieselben mit Bundes= und Staatshülfe auszuführen.

Genehmigt.

XV. Staatswaldungen.

XVI. Domänen.

Diese Rubriken werden ohne Bemerkung genehmigt.

XXII. Buffen und Konfiskationen.

Ohne Bemertung genehmigt.

XVII. Eisenbahnkavital.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich will hier nur daran erinnern, wesshalb die Einnahmen nur noch auf Fr. 204,810 veransschlagt sind, während in der Rechnung pro 1889 nahezu Fr. 900,000 verrechnet sind. Die Erklärung ist bekanntlich die, daß 15 Millionen Aktienkapital in eidgenössische Kententitel umgewandelt wurden, die sich im Porteseuille des Staates besinden und deren Ertrag unter einer andern Kubrik verrechnet ist. Der hier noch vorgesehene Ertrag von Jura-Simplonaktien rührt her von einem Kest im Betrage von etwas über 4 Millionen, der sich noch in den Händen des Kantons besindet und dessen Jinsertrag zu 4½000 büdgetirt wird, ein Zins, der ohne Zweisel eingehen wird.

Genehmigt.

XVIII. Anleihen.

XIXa. Sypothekarkaffe.

XIXb. Domänenkaffe.

XX. Kantonalbank.

Diese Rubriken werden ohne Bemerkung genehmigt.

XXI. Staatskaffe.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Hier figurirt nun unter 1^h, Werthschriften, der Extrag der Bundesrente mit Fr. 600,000. Die übrigen Fr. 90,000 rühren von andern Werthtiteln her.

Genehmigt.

XXIII. Jagd, Fischerei und Bergban.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Die unter B, Fischerei, aufgenommenen Zahlen werden mit Rücksicht auf das eidgenössische Fischereigesetz und das vorliegende Dekret in Zukunft voraussichtlich eine andere Gestaltung erhalten. Um dem Bundesgesetz zu genügen, wird man eine Anzahl Fischereiagenten anstellen und überhaupt das Aufsichtspersonal verstärken müssen, was natürlich vermehrte Ausgaben zur Folge hat. Dagegen wird man aller Voraussicht nach auch die Fischezenzinse und Patentgebühren entsprechend erhöhen können, sodaß das Schlußresultat sich nicht wesentlich anders gestalten wird.

v. Werdt. Es ist auffällig, daß der Bergbau im großen Kanton Bern, der von zwei Gebirgszügen durchzogen wird, nur Fr. 4350 abwirft. Im Kanton Reuenburg bringen einzig die Asphaltminen und die Cementgruben im Ballée de St. Sulpice dem Staat jährlich Fr. 200,000 ein. Wäre es nicht der Mühe werth, durch tüchtige Geologen, an welchen wir nicht Mangel haben — ich nenne die Herren Balher, Thiessing, Fellenberg — Nachsorschungen nach Asphalt, Steinsalz u. s. w. anstellen zu lassen? Ich din überzeugt, daß Steinsalz längs der Stockhornkette vorkommt. Aehnlich verhält es sich mit der Stein= und Braunkohle. Ich möchte deshalb anregen, die Regierung möchte durch kompetente Persönlichkeiten Nachsorschungen anstellen lassen.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Es ist allerdings richtig, daß sich der Bergbau im Büdget und der Staatsrechnung in sehr bescheidener Gestalt präsentirt, was bei der Ausdehnung des Kantons Bern und angesichts des Umstandes, daß er von den Alpen und dem Jura durchzogen wird, wirklich auffallend ist. Die Einnahmen, welche hier im Büdget siguriren, rühren her von der bekannten Eisenerzausbeutung im Jura, einer Konzessionsgebühr sür die Shpsausbeutung in Krattigen und einer kleinen Abgabe sür die Ausbeutung des Stockernsteinbruchs. Es wäre nun außerordentlich zu begrüßen, wenn es den Geologen — und ich zähle zu diesen auch Herrn v. Werdt — gelingen würde, bei ihren Nachforschungen auf ein edles Metall zu stoßen oder, falls dies nicht möglich ist, auf die schwarzen Diamanten oder am Ende auch nur auf Steinsalz. Allein trotz aller Nachforschungen ist die kanton Bern in Bezug auf den Bergdau seit 100 Jahren bedeutend im Kückschritt begriffen. Früher hat man im Oberland wirklich Erz ausgebeutet und wenn ich nicht irre, wurden noch Ende des vorigen Jahrhunderts die Kanonen der Kepublik Bern aus Material gegossen, das im Bezirk Hasli ausgebeutet wurde. Diese Ausbeutung wurde aber aufgegeben, wahrscheinlich weil sie zu koste

spielig war und infolge der Transporterleichterungen und des Umstandes, daß in andern Ländern nicht nur Erze, sondern auch Steinkohlen zur Berfügung stehen, gegen die fremde Konkurrenz nicht mehr aufkommen konnte. In der Nähe von St. Beatenberg wurde, wie ich aus ältern Akten ersehen habe, in den 40er Jahren auch nach Steinkohle gegraben. Der sinanzielle Ersolg war aber kein guter und so wurde die Sache wieder aufgegeben. Auch in neuerer Zeit wurde wieder nach Steinkohle geforscht. Eine hauptsächlich aus Zürchern dessteinkohle geforscht. Eine hauptsächlich aus Zürchern dessteinkohle gesorscht. Sine hauptsächlich aus Zürchern dessteinkohle von Cornol nach Steinkohle zu graben. Dieselbe hatte ein bedeutendes Kapital zur Berfügung und die Bewilligung wurde seitens der Regierung bereitwillig ertheilt. Leider stellte dann aber die Gesellschaft ihre Bersuche nicht in der Nähe von Cornol an, sondern im Kanton Freidurg und gelangte glücklich dazu, ihr Kapital zu verbrauchen, aber keine Steinkohle zu sinden (Heitersteit). Es wäre sehr zu wünschen gewesen, daß der Berseit). Es wäre sehr zu wünschen gewesen, daß der Berseit).

such bei uns gemacht worden wäre.

Gegenwärtig ist man wieder mit gelegentlich veran= laßten Untersuchungen beschäftigt. Vor einiger Zeit wurde aus dem Amtsbezirk Saanen angeregt, in der Gegend von Lauenen nach Salz zu graben, indem dort nach den Behauptungen alter Leute seinerzeit an einer gewiffen Stelle ein salzhaltiges Waffer zu Tage getreten sei. Da nun in der Gegend auch Sypsformationen vorhanden seien und Syps und Salz fich häufig beieinander finden, so wäre es möglich, daß man beim Nachforschen auf Salz ftogen wurde. Ein Renner, den ich befragte, fagte mir, die ganze Strecke vom Thunersee bis Ber sei Gyps= formation und es sei deshalb nicht von vornherein aus= geschlossen, daß sich nicht auch noch anderswo, als nur in Ber, Salz vorfinde, obschon die Wahrscheinlichkeit nur eine schwache sei. Es ist nun zunächst konstatirt worden, daß das salzhaltige Brünnlein seinerzeit durch einen Erdrutsch verschüttet wurde, und es würde sich also darum handeln, an der betreffenden Stelle nachzugraben. Die Sache liegt nun gegenwärtig beim Bezirksingenieur zum Bericht. Es wird überhaupt jede folche Anregung geprüft, und man schenkt ihr diejenige Aufmerksamkeit, zu der man berechtigt und verpflichtet zu fein glaubt.

Die Rubrif wird genehmigt.

XXIV. Salzhandlung.

Es wird beschlossen, diese Rubrik heute noch zu erledigen und in Verbindung damit auch die Frage der Reduktion des Salzpreises zu behandeln.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich habe zum Büdget der Salzhandkung nicht viel zu bemerken, indem die hier aufgenommenen Anfähe vollständig begründet sind und in Bezug auf eine allfällige Reduktion des Salzpreises die Ansichten dahin gehen, es solle eine Reduktion erst dann in Kraft treten, wenn die großen Ausgabeposten: Amortisation des Wirthsichaftskonzessionsanleihens und Beitrag an die Seeland-

entsumpfung, dahingefallen sind, was im Jahre 1892 der Fall ist. Bis dahin muß, wenn nicht schon pro 1891 ein gewaltiges Desizit entstehen soll, der bisherige Salzpreis beibehalten werden. Da auch bei den Petitionären diese Ansicht herrscht, so halte ich dafür, es solle das vorliegende Büdget unverändert angenommen werden. — Was die Petition um Herabsetzung des Salzpreises ansbetrifft, so will ich vorerst den Vortrag des Herrn Dürzrenmatt anhören.

Die Rubrik XXIV wird genehmigt.

Präsident. Wir gehen nun zur Behandlung der Petition um Reduktion des Salzpreises über. Das Wort hat Herr Dürrenmatt.

Dürrenmatt. Wenn ich mich nicht irre, so ist die Salzpreispetition die eigentliche Pièce de résistance des ganzen Büdgets und ich hätte darum wirklich vorgezogen, der Gegenstand wäre von einer weniger ermüdeten Bersammlung behandelt worden. Mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit will ich mich möglichst furz zu fassen suchen.

Die Salzpreisfrage datirt nicht erst von heute. Desto wünschenswerther follte es nach meinem Dafürhalten für den Großen Rath fein, daß diefer Gegenstand einmal von den Traktanden verschwindet. Die mit 16,500 Unter= schriften bedeckte Salzpreispetition wurde eingeleitet zur Berftärkung eines vom Großen Rathe gefaßten Beschluffes. Es ist Ihnen allen bekannt, daß der Große Rath unterm 29. Juli dieses Jahres auf Antrag des Herrn Oberst Flückiger beschlossen hat, die Regierung sei eingeladen, dem Großen Rath bis zur nächsten Session eine Borlage über die Herabsetzung des Salzpreises zu unterbreiten. Es hat darum auch, wie Sie wissen, herr Flückiger beim Beginn dieser Seffion reklamirt, weshalb nun gleichwohl dieser Gegenstand auf dem Trattandenverzeichniß nicht figurire. Allein abgesehen davon, daß der Große Rath es sich selbst schuldig ist, den Beschluß vom 29. Juli zu respektiren und auszuführen, liegen nun noch die 16,500 Unterschriften vor, beren Sammlung nur brei Wochen bauerte. Gemäß dem Wortlaut des im Juli gefaßten Beschlusses erwartete man nämlich, baldigst in den Regierungsrathsverhandlungen lesen zu können, daß die Regierung eine Vorlage in dem beschlossenen Sinne durch= berathen habe, und man war auf eine solche Publikation im ganzen Lande gespannt. Da man aber von einem Beschluß der Regierung nie etwas vernahm und die gegen= wärtige Großrathssession allmälig heranrückte, so thaten fich einige Burger gufammen und beschloffen, dem Beichluß des Großen Rathes durch eine fofort in's Werk zu setzende Maffenpetition Nachdruck zu verleihen. Als die Bogen verfandt wurden, glaubte ich nicht von ferne daran, ich muß das aufrichtig gestehen, daß die Unterschriften eine folche Bahl erreichen werden; ich dachte vielmehr, man muffe zufrieden sein, wenn in unserm vielgestaltigen Kanton und mit Ruckficht darauf, daß die Unterschriftensammlung nicht organisirt war und den Unterschriftensammlern keine Parteikomites zur Seite standen — die Petition wurde allerdings auf einer Ber= sammlung der oberaargauischen Volkspartei in Oberburg beschlossen — 4 bis 5000 Unterschriften zusammenkommen.

Auch wurde ja in der freifinnigen Presse dem Sprechenden genugsam vorgehalten, es sei in einer Käserei über die Petition gesprochen worden und da habe ein schlichtes Bäuerlein gesagt: Wir möchten allerdings billigeres Salz, aber nicht vom Dürrenmatt! (Heiterkeit). Angesichts dieser großartigen Schwierigkeiten, die der Unterschriftensamm=lung in den Weg traten, bin ich über die große Bahl der Unterschriften doppelt erstaunt. Wie viel größer würde ihre Zahl sein, wenn die Sammlung anstatt von einem so verhaßten Mann von einem Liedling des freisinnigen Bernervolkes ausgegangen wäre! In diesem Falle würde man sicher mit 30 oder 50,000 Unterschriften austreten. Es wäre mir viel lieber gewesen, es hätte sich jemand anders an die Spize gestellt. Es war das leider nicht der Fall; jemand aber mußte die Sache an die Hand nehmen und ich mache meine Entschlotzgung, daß es

gerade mich traf.

Die Petition ist also recht eigentlich aus dem Be= dürfniß des Bernervolkes herausgewachsen. Es haftet derfelben nichts Gemachtes an, sondern dieselbe ift eine plögliche, spontane Kundgebung des bernischen Volkswillens. Die 16,000 Unterschriften repräsentiren eine Biffer, mit welcher in der Volksabstimmung schon ganze Gesetze an= genommen wurden. Schon aus diesem Grunde glaube ich, wir muffen diese Biffer respektiren und dem kund= gegebenen Bolkswillen entgegenkommen. Es ift das übri= gens auch nicht die erste folche Kundgebung. Das Ber= langen nach Reduktion des Salzpreises datirt schon aus den 40er und 50er Jahren und hat sich auch bei Unlaß der versuchten Verfassungsrevision in sehr beharrlicher Weise geltend gemacht. Es gelangten bezügliche Eingaben, in welchen im allgemeinen eine Ermäßigung bes Salgpreises verlangt wurde, an den Verfassungsrath vom "ötonomischen und gemeinnützigen Berein des Oberaar-gau's", von mehreren Landwirthen in Miécourt, drei Käsereigesellschaften von Huttwyl, dem "Gemeinnützigen Berein Laupen" und dem Gemeinderath von Lenk. Speziell eine Ermäßigung auf 7 Rp. per Pfund verlangte der "Landwirthschaftliche Berein des Laufenthales", eine folche auf 71/2 Rappen per Pfund der "Berein freisinniger Männer in Oschwand", eine Ermäßigung auf den Kaufpreis die "Bolkspartei des Amtes Nidau" und endlich die Abschaffung des Salzmonopols eine Volksversamm= lung des Wahlkreifes Münfter. Sie feben aus diefen Rundgebungen, daß sowohl freifinnige als konfervative Bereinigungen die Reduktion des Salzpreises verlangten und ich konstatire mit Freuden, daß neben einigen hämi= schen Stimmen, welche unsere Salzpreispetition begleitet haben, sich auch ganz gut radikale Zeitungsblätter im Sinne der Ermäßigung des Salzpreises aussprachen. Ein tompetentes Blatt aus dem Oberland, das "Geschäftsblatt", hat in seiner letten Rummer eine sehr dringliche Aufforderung an den Großen Rath gerichtet, er möchte die Petition in Berücksichtigung ziehen, tropdem fie von der Volkspartei ausgegangen sei.

lleber die Berechtigung der Petition heute noch viele Worte zu verlieren, halte ich nach allen den vorauszgegangenen Debatten nicht mehr für nöthig. Es ist wiederholt mit eindringlichen Worten dargethan worden, wie nöthig ein Ausgleich in der Besteurung der verschiedenen Berufsklassen sei, sodaß ich mich heute davon dispensiren zu dürfen glaube. Ich will einzig daran erinnern, daß die Petition namentlich im Oberland lebhaften Anklang fand. Die meisten Unterschriften kamen allerdings aus

bem Oberaargau; aus der Stadt Bern dagegen gingen natürlich nur wenig Unterschriften ein. Es hat dies seinen guten Grund. Der hohe Salzpreis drückt eben die landswirthschaftliche und viehzuchttreibende Bevölkerung. Wäherend im Amt Wangen per Kopf der Bevölkerung jährlich 29 Pfund Salz gebraucht werden, im Amt Aarwangen 26,9 Pfund, im Obersimmenthal 33,6 Pfund, im Niederssimmenthal 34,4 Pfund, im Amt Münster, das auch stark Landwirthschaft treibt, 28 Pfund, beträgt der Salzstonfum im Amt Bern, das ungefähr 70,000 Einwohner zählt, nur 16,5 Pfund per Kopf. Es sind das Zahlen, die schon bei Anlaß der letzten Verfassungsrevision aufgeführt wurden und sich auf Berechnungen der Salzhandzlung stüßen. Dieselben beweisen, daß die Forderung eines billigern Salzes eine eminent landwirthschaftliche ist.

Ift es benn aber möglich, mit dem Salzpreis so weit hinunter zu gehen, wie die Petenten es verlangen? Es ist schon mehrmals vorgerechnet worden, daß eine Berminderung des Salzpreises auf 10 Rp. einen Ausfall von Fr. 800,000 zur Folge haben werde. Ich glaube nicht, daß diese Ziffer ganz genau sei, obschon ich zugebe, daß die Ausgaben der Salzverwaltung sich nicht im nämlichen Mage, wie der Salzpreis, reduziren, sondern fich ungefähr gleich bleiben werden. Allein es find zwei wichtige Faktoren, welche eine Preisreduktion weniger gefährlich erscheinen lassen. Der eine Faktor ist der grandiose Salzschmuggel, ber aus den Kantonen Solothurn und Aargau nach dem Kanton Bern stattfindet. Bei der Unterschriftensammlung machte man bei Salz= auswägern im Innern des Kantons schlechte Ge-schäfte, da dieselben befürchten mochten, in ihren Ginnahmen verfürzt zu werden, da sie nicht vom verkauften Salzquantum, fondern von dem eingenommenen Gelbe eine Provision — wenn ich nicht irre 5,5 % — beziehen. Besser wurde man bei den Salzauswägern an der Grenze aufgenommen; es find bei mir von folchen fogar fehr lebhaft Unterschriftenbogen nachbestellt worden und es gaben fich diefelben für die Unterschriftenfammlung fehr viel Mühe, nicht nur aus patriotischem Interesse, sondern weil sie sich überzeugten, daß sie dabei auch ihre Rech= nung finden werden. Un der solothurnischen und aar= gauischen Grenze wohnhafte Salzauswäger fagen, fie könnten ganze Listen von solchen Familien aufstellen, die bei ihnen kein Salz kaufen. Würde man den Salzpreis auf 5 Rp. per Pfund reduziren, fo wurde diefer Schmuggel aufhören; ja es würde fich sogar — ich möchte das nicht zur Aufmunterung sagen — ein Schmuggel in entgegen-gesetzer Richtung entwickeln. Man kann natürlich nicht ziffermäßig feststellen, was es ausmacht, ob wir einen großartigen Salzschmuggel aus andern Kantonen nach bem Kanton Bern haben oder umgekehrt einen folchen aus dem Ranton Bern nach den Nachbarkantonen; benn aus guten Gründen besteht über ben Schmuggel feine Statistik (Beiterkeit). Immerhin beziffere ich den Weniger= verkauf infolge des Schmuggels auf einige taufend Zentner.

Der andere günstig einwirkende Faktor ist der zu ershoffende Mehrverbrauch. Wer mit dem Landvolk zu verkehren Gelegenheit hat, wird sich schon oft überzeugt haben, wie sehr mit dem Salz, dieser nüglichen und gesunden Würze, gespart wird, weil der Preis den Bauern zu hoch ist. Natürlich ist es auch hier schwierig, ziffersmäßig zu sagen, wie groß der Mehrverbrauch sein wird. Auf alle Fälle wird dieser Faktor ganz beträchtlich in's Gewicht fallen. Wenn man das nicht glauben sollte, so

gibt es ein einfaches Mittel, um sich darüber völlige Klarheit zu verschaffen: man führe ein Jahr lang provisorisch das fünfräppige Salz ein; das mag das Büdget unter allen Umständen hoffentlich vertragen. Ich stelle zwar diesen Antrag nicht; ich wollte nur diesen Gedanken äußern, um zu zeigen, daß sich mit gutem Willen der

Petition entgegenkommen läßt.

Um zum praktischen Vorgehen überzugehen, möchte ich Ihnen den Borschlag machen: Entsprechen Sie jetzt einmal den 16,000 Petitionären und feten Sie den Salzpreis auf 1. Juli 1891 auf 5 Rp. herunter! Daß es auf 1. Januar nicht möglich ist, begreife ich. Bis zum 1. Juli aber haben Regierung und Großer Rath Zeit genug. ein bezügliches Dekret zu erlaffen. Daß kein Gefet nothig ift, fondern ein Defret genügt, glaube ich schon früher genugsam auseinandergesett zu haben. Der gegen= wärtige Salzpreis ist bekanntlich auch durch ein Dekret, vom 25. Januar 1852, festgeset worben und ebenso auch der frühere, nämlich durch ein Defret vom Januar 1832. Schon damals unterschied man zwischen Dekreten und Gefetzen — ich erwähne das Gesetz über die Regierungs= statthalter, das Gesetz über die Advokaten zc. — fand fich aber nicht veranlaßt, den Salzpreis auf dem Gesetz= gebungswege zu regliren, nicht einmal beim Uebergang vom Berkauf nach Maß zum Berkauf nach dem Gewicht. Ich halte alfo dafür, daß ein Defret vollständig genügt, während ich anderseits zugebe, daß der Preis natürlich nicht etwa durch einen bloßen Büdgetbeschluß geandert werden könnte. Dagegen aber können wir im Budget für die Reduktion Plat schaffen, indem wir die Einnahmen auf dem Salzregal um Fr. 300,000 herabsehen — Fr. 100,000 werden nach meinem Dafürhalten durch ben Mehrverbrauch und das Aufhören des Schmuggels gebeckt — und zugleich der Regierung den Auftrag geben, vor bem 1. Juli ein Dekret betreffend die Reduktion des Salzpreises vorzulegen.

Sie werden vielleicht fagen: Wie kann ein konserva= tiver Parteimann, der auf solide Staatsfinanzen halten soll, mit einem solchen Vorschlag kommen, der unser finanzielles Gleichgewicht aus der Balance bringen könnte? Ich betrachte diesen Vorschlag inderthat als einen konser= vativen, nämlich als einen staatserhaltenden. Ich halte dafür, die Herabsetzung des Salzpreises sei der beste Ge= brauch, den wir gegenwärtig von der bessern Finanz-situation machen können. Es ist heute hervorgehoben worden, daß sich unsere Finanzen in den letten Jahren wesentlich gebessert haben. Wollen wir diese bessere Finanz= lage auch für die Zukunft beibehalten, so ist hauptsäch= lich nöthig, daß wir unfer Büdget womöglich zu ver= kleinern statt zu vergrößern suchen. Gegenwärtig hängt die ganze Wand voll prächtiger Plane, deren Ausführung Millionen koftet, ohne daß der Landmann dabei viel profitirt. Ich sage nicht, daß nicht auch Projekte vorliegen, deren Ausführung dem Landmann zu Gute kommen wird. Biel dankbarer aber wird derfelbe fein, wenn wir dafür sorgen, daß die ihm bisher auferlegten großen Abgaben etwas verringert werden. Es wurde mir letzten Montag ganz "gschmuecht", als ich sah, wie unser verehrter Herr Präsident der "Großrathsdrucke" die Halbmillionenprojette entnahm, die im "Schnuß" behandelt wurden, sodaß es mir grauste und ich extra den Saal verließ (Heiterkeit), weil ich keine Opposition machen wollte, aber befürchtete, ich könnte mich, wenn anwesend, doch vielleicht zu einer unbedachten Opposition hinreißen laffen. Wir haben in ber gegenwärtigen Seffion in Bezug auf Reubauten schon ordentlich viel geleistet und wenn schon die Reduktion des Salzpreises und der daherige Ausfall von Fr. 300,000 bis 400,000 uns in die Nothwendigkeit versetzt, mit solchen Projekten etwas sparsamer aufzurücken, so ist dies für das Land von keinem Schaden, sondern vielmehr von

Nugen.

Ich will mich über die Sache nicht weiter verbreiten. Ich glaube, es seien Männer da, die Ihnen, viel besser als ich, mitten aus dem Bauernstand heraus sagen können, was man heute im ganzen Bernerland vom Großen Rathe verlangt; im ganzen Kanton ist man auf den heutigen Beschluß gespannt. Im nächsten Jahr wollen wir die Gründung der Stadt und Republik Bern seiern. Es ist Ihnen der jahrhundertelange Gegensak zwischen Stadt und Land bekannt und Sie wissen zu welch' furchtbaren Katastrophen dieser Gegensak schließlich führte. Hüten wir uns, nachdem durch den Geist der Freiheit dieser Gegensak beseitigt wurde, denselben durch Berstenung der wahren Bedürsnisse des Landvolkes wiederum zu verschärfen. Und wenn wir zur Abstimmung über die Petition schreiten, so möchte ich Ihnen ein geistliches Wort, das in geistlichem Sinne ausgesprochen wurde, in buchstäblichem Sinne zur Nachachtung empsehlen, das Wort nämlich: "Habt Salz in Euch!"

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Es wurde im Anfang dieser Session kri= tifirt, daß die Frage der Herabsetzung des Salzpreises nicht auf der Traktandenliste stehe. Es ist das richtig, hatte aber auch seinen guten Grund. Die bon herrn Flückiger seinerzeit in dieser Beziehung gestellte Motion wurde bekanntlich schließlich angenommen, nachdem seitens der Regierung die Ertlärung abgegeben worden war, daß sie sich derselben nicht widersetze und die Frage studiren werde, sei es für sich allein oder in Verbindung mit andern Steuerfragen. Auf diese Erklärung hin wurde die Motion, wie gesagt, erheblich erklärt und zwar, wie es im Protokoll heißt, "im Sinne des Reglements". Darnach ging die Motion an die Regierung zur Vorberathung und es blieb ihr überlaffen, in welcher Weise fie die Angelegenheit vorberathen und vor den Großen Rath bringen wolle. Der Regierungsrath sah sich nicht veranlaßt, diese Frage auf die Traktandenliste zu setzen, weil seine Be-rathungen, die sich nicht nur auf die Salzpreisfrage, sondern auf die Steuerfragen im allgemeinen bezogen, noch nicht zum Abschluß gelangt waren, sodaß er noch feine fertige Borlage hatte einbringen konnen. Un ber Verzögerung ist wesentlich auch der Umstand schuld, daß man seit einiger Zeit hören und lesen konnte, es sei eine Petition in Umlauf, in welcher nicht nur eine Herabsetzung des Salzpreises um 5 Åp. per Kilo, sondern um die volle Hälfte verlangt werde. Es ist nun etwas ganz anderes, ob man fich mit einer Frage zu befaffen hat, welche die Staatsfinanzen um 400,000 Fr. beeinträchtigt, oder mit einer solchen, die einen doppelt so hohen Ausfall zur Folge hat. Es war beshalb durchaus angezeigt, abzuwarten, ob wirklich eine berartige Petition eingehen werde. Diese Betition ging der Regierung nun erst am ersten Tage der gegenwartigen Session zu und erst von diesem Momente an war sie in der Lage, vom genauen Inhalt der Betition Renntniß zu erlangen. Dieselbe geht nun inderthat dahin, daß eine Berabsetzung des Salgpreises um die volle Halfte verlangt wird. Endlich konnte

die Regierung sich damit trösten, die Salzpreisfrage könne ja, auch wenn sie nicht auf der Traktandenliste stehe, bei Anlaß der Büdgetberathung zur Sprache gebracht werden, wie es mit andern Dingen früher auch schon der Fall war. Tropdem also nicht ein formelles Traktan= dum vorliegt, das den Titel trägt: "Herabsetzung des Salzpreises", widersetzt sich der Regierungsrath der Beshandlung der Frage nicht. Er nimmt also die Diskufs fton des Gegenstandes an und hat mich beauftragt, die Stellung der Regierung und ihren Antrag hier zu be= gründen.

Damit jedermann weiß, worauf die Regierung ab= zielt, will ich sofort ihren Antrag mittheilen. Derselbe

"1. Es sei in der zu machenden Vorlage betreffend Herabsetzung des Salzpreises eine Reduktion desselben von 5 Rp. per Kilo vom 1. Januar 1892 hinweg in Aussicht zu nehmen.

"2. Der Regierungsrath habe in der bezüglichen Vorlage darauf Bedacht zu nehmen, daß trot der Herab= setzung des Salzpreises das Gleichgewicht im Staats= haushalt nicht gestört werde."

Ich will mich in der Begründung dieses Antrages so kurz als möglich faffen. Vorerst muß ich erklären, daß der Regierungerath seine ursprüngliche Unsicht nicht geändert hat und noch immer der Meinung ist, die Herabsehung des Salzpreifes sei nicht absolut geboten und bringe dem Bublikum, speziell der landwirthschaft= lichen Bevölkerung, zu welcher die Unterzeichner der Betition größtentheils gehören, nicht die Erleichterungen, welche man erwartet und es stehen die eintretenden Erleichte= rungen in keinem Verhältniß zu den Nachtheilen, die für das Staatsganze und damit für jeden einzelnen Staats= bürger erwachsen. Der Regierungsrath ift noch heute der Meinung, daß die Salzsteuer absolut nicht in dem Mage druckend ist, wie dies von vielen Seiten dargestellt und irrthumlicherweise auch empfunden wird. Die Salzsteuer vertheilt sich auf alle Bewohner des Staates in so rich= tiger Weise, wie keine andere. Jedermann bedarf des Salzes, sei es zum eigenen Gebrauch, sei es für das Vieh, oder zu gewissen gewerblichen Zwecken. Was den menschlichen Verbrauch betrifft, so ist derselbe so minim, daß er niemand drücken kann und alfo eine Preisreduktion für keinen Staatsbürger eine beträchtliche Erleichte= rung sein wird. Was die Gewerbe anbetrifft, so drückt die Salzsteuer nicht den Fabrikanten, sondern es wird derfelbe die Steuer auf die Konsumenten abwälzen, wo= selbst sie sich für den Einzelnen unfühlbar vertheilt. Es kann also auch hier von einer nennenswerthen Erleichte= rung oder Bedrückung nicht die Rede sein. Was den Biehbesitzer anbetrifft, so sagte sich die Regierung, es werde mit Rücksicht auf die große Zerstückelung des Grund= besitzes im Kanton Bern, nur eine ganz kleine Zahl von Biehbesitzern von einer Salzpreisreduktion in nennens= werther Weise profitiren. Nach der letten landwirthschaft= lichen Statistik gibt es im Kanton Bern circa 70,000 einzelne Besitzungen, von welchen nahezu 60,000 nicht über ein bis 5 hektaren groß find, wo also der Besitzer entweder gar kein Bieh ober nur ein, zwei ober drei Stud befitt. Run ift von herrn Salzhandlungsverwalter häni, bekanntlich eine Autorität in landwirthschaftlichen Dingen, ausgerechnet worden, daß eine Reduktion des Salzpreises um 5 Rp. per Kilo jährlich nur 40 bis 50 Rappen per Stück Vieh ausmachen würde, bei einer Er-

mäßigung bes Salzpreises auf 10 Rp. natürlich bas Doppelte. Gine fühlbare Erleichterung wird alfo nur für den Großbauer eintreten. Diefes Resultat hatte die Regierung nicht bestimmen konnen, von ihrem Standpunkte abzugehen. Während man nämlich in allen andern Län= dern darauf ausgeht, die kleinen Leute zu entlaften, will bei uns der umgekehrte Weg eingeschlagen werden; man will die Großen entlasten, während die kleinen Leute von einer Entlastung sehr wenig spüren. Sodann hat man im Regierungsrathe auch gefunden, es möchte in dieser Salzpreisfrage hüben und drüben weniger die Sache selbst in's Auge gefaßt, als vielmehr politische Zwecke

und Nebenabsichten verfolgt werden.

Was aber für die Regierung besonders ausschlag= gebend war, keine Herabsetzung des Salzpreises zu wün= schen oder zu beantragen, das war die Rücksicht auf den engen Zusammenhang diefer Frage mit unferm tantonalen Staatshaushalt, was wenige Zahlen beweisen werben. Im Jahre 1889 wurden 8,234,889 Kilo Salz ver= kauft. Setzt man den Preis um 10 Rp. herab, so hat dies für den Staat also einen Ausfall von über Fr. 800,000 zur Folge ober bei einer Ermäßigung bes Preifes um 5 Rp. einen folchen von über Fr. 400,000. Es handelt fich also um gang gewaltige Summen, die nicht ohne weiteres, darüber wird sich jeder klar sein, verdaut werden können, sondern man wird auf Mittel und Wege bedacht sein muffen, um der ungunftigen Wirkung der Salzpreisermäßigung zu begegnen und Defizite zu verhüten. In diefer Beziehung haben fich nun die Untrag= steller hier im Großen Rathe und die Unterzeichner der Petition die Sache leicht gemacht; fie haben, um die Salzpreisreduktion für den Staatshaushalt ungefährlich erscheinen zu lassen, Zahlen in Rechnung gebracht, welche zwar an und für sich richtig find, in ihrer Wirkung für die Zukunft aber vielfach unrichtig beurtheilt wurden. So wurde in Rechnung gebracht die Brünigbahnfubven= tion mit Fr. 50,000, der Mehrertrag des Salzregals mit Fr. 70,000, die Vortheile der Eisenbahnfusion mit Fr. 250,000. Allein diefe Summen außerten ihre Wirkung schon im Jahre 1890, find auch im Büdget pro 1891 voll und ganz in Rechnung gebracht, konnen also nicht als vom Jahr 1891 an neu auftretende Faktoren behandelt werden. Trop dieser pro 1891 bereits in Rechnung gebrachten gunftigen Faktoren schließt ja das Budget für dieses Jahr mit einem Defizit von circa Fr. 220,000, welches fich infolge der Beschlüsse des Großen Rathes noch vermehren wird, obwohl ich zugebe, daß er von seiner großen Rompetenz nur einen mäßigen Gebrauch machte und durch Erhöhungen wenig verschlimmerte. Zu diesem Ausgabenüberschuß von Fr. 220,000 kommt aber, daß infolge des Weiterbezugs der Extrasteuer für die Irrenpslege ½10 vom Tausend der direkten Steuer des alten Rantons dem Fonds für Erweiterung der Irrenpflege zufällt, infolge beffen ein Betrag von circa Fr. 180,000 in's Ausgeben gebracht werden muß, sodaß wir am Schluffe unferer Budgetberathung ein Defizit von circa Fr. 400,000 haben werden, ein Defizit, das jeder= mann gang respettabel finden wird; es wird jedenfalls großer Dekonomie und aller Anstrengung der Berwaltung bedürfen, um dasselbe zu beseitigen und vielleicht einen bescheidenen Einnahmenüberschuß an deffen Stelle zu segen. Man wird vielleicht, zwar nicht im Großen Rathe, aber im Publikum, fragen, woher auf einmal dieses Defizit komme, da doch die Staatsrechnung für 1889 mit einem

Einnahmenüberschuß von über Fr. 500,000 abgeschloffen habe. Die Antwort auf diese Frage kann sich jedes Mitglied des Großen Rathes selber leicht geben. Die Ursache liegt darin, daß der Große Rath die günstigere Finanzlage bazu benütte, um die Ausführung großer und theurer Bauten zu beschließen und theure Gewäfferkorrektionen zu subventioniren. Mit Rudficht hierauf find die Anfage in der Rubrit "Bauwesen" um Fr. 300,000 erhöht wor= ben. Dazu kommen Erhöhungen bei den Rubriken "Landwirthschaft" und "Erziehung" mit je Fr. 50,000, was zusammen schon Fr. 400,000 ausmacht und wodurch, abgesehen von Erhöhungen auf andern Rubriken, die infolge der Eisenbahnfusion eingetretenen Vortheile mehr als aufgewogen werden. Alle Diejenigen Poften, welche unfere Finanzen verbefferten, find also im Büdget bereits verwerthet und können nicht mehr in Berechnung gezogen werden, wenn es sich um die Herabsetzung des Salzpreises handelt. Jedenfalls kann keine Rede davon sein, den Salzpreis schon pro 1891 herabzusetzen, wenn man nicht mit mathematischer Sicherheit bereits für dieses Jahr ein sehr bedeutendes Defizit provoziren will.

In der Petition wird aber auch von der Zukunft ge= sprochen und von bevorstehenden bedeutenden Ersparnissen. So falle weg ber Beitrag an die Seelandentsumpfung mit Fr. 250,000. (Diese Zahl ist unrichtig; es handelt sich nur um Fr. 230,000.) Ferner falle die Amortisation bes Wirthschaftskonzessionsanleihens mit Fr. 250,000 weg. Bezüglich diefer Minderausgaben von Fr. 500,000 resp. Fr. 480,000, welche die Petitionäre gefunden haben, ist aber zu bemerken, daß die Juragewässerkorrektion mit dem Jahre 1891 wahrscheinlich noch nicht abgeschlossen sein wird, sondern daß man behufs Vollendung des Unternehmens unzweifelhaft noch größere oder geringere Be-träge aus dem allgemeinen Baufredit wird entnehmen muffen. Und was den Wegfall der Amortisation des Wirthschaftskonzessionsanleihens betrifft, so lauert hier auch ichon ein Feind: Unfere Wirthe, deren Ginfluß befanntlich nicht zu unterschäten ist und die sogar eine gewiffe Grogmachtstellung einnehmen, warten nur auf ben Moment, wo das Budget von diesem Posten befreit sein wird, um eine Herabsetzung der Batentgebühren zu ver-langen. Ich fage nicht, daß biesem Begehren entsprochen wird, aber eher wird eine Herabsetzung erfolgen, als daß man auf eine vermehrte Einnahme wird rechnen können.

Nun wird uns aber die nähere Zukunft nicht nur eine Berminderung der Ausgaben, sondern gang ficher und unvermeidlich eine bedeutende Vermehrung berfelben Ich erinnere nur nebenbei, daß ein Postulat auf Reorganisation des Landjägerkorps gestellt ift. Dieselbe ift, wie jedermann zugeben muß, dringend nöthig, fann aber nur vorgenommen werden, wenn man die ofonomische Lage der Polizeiangestellten verbessert. Die jetige Löhnung ist eine Taglohnerentschädigung und nicht diejenige eines Polizeiangestellten des Kantons Bern. Erhöhen Sie das Taggeld aber nur um 50 Rp., so hat das eine Mehrausgabe von mindestens Fr. 50,000 zur Folge. Ich erinnere ferner daran, daß die neue Gewerbeschule ebenfalls jährlich mindestens Fr. 25,000 erfordern wird. So werden noch andere kleine Bermehrungen der Aus-gaben eintreten, die mit den eben genannten mindestens Fr. 100,000 ausmachen werden. Sodann erinnere ich an die Verfaffungsrevision, die jedermann so sehnlich wünscht. Ein Sauptzielpunkt derselben ift bekanntlich die Revision der Armengesetzgebung, die aber nur durchgeführt werden

tann, wenn der Staat seine Leiftungen bedeutend vergrößert. Die allgemeine Meinung ift die, ber Staat muffe ungefähr doppelt so viel leiften als gegenwärtig, also mindestens Fr. 500,000 mehr ausgeben. Ich will nicht schwarz malen, sondern auch in dieser Beziehung nüchtern rechnen und nur eine Mehrausgabe von Fr. 300,000 annehmen, jedenfalls das Minimum deffen, wie jedermann zugeben wird, mas der Staat wird aufwenden muffen, um zu einer ersprieglichen Revifion ber Armengesetzgebung zu gelangen. Das liegt nun nicht in weiter Ferne, sondern unser aller Wunsch geht dahin, daß diese Revision des Armengesetzes sobald als möglich in's Leben treten möchte. Ferner erinnere ich daran, daß bezüglich ber Revision des Primarschulgesetzes schon seit längerer Zeit ein fertiger Entwurf vorliegt, der nächstens wird zur Behandlung kommen müssen. Auch da ist jedermann einig, daß die Leiftungen des Staates viel bedeutender fein muffen und wenn ber Entwurf angenommen wird, so wird fich die Mehrleiftung nicht sehr weit von einer Million entfernen. Ich will aber auch hier nicht übertreiben und unter der sichern Wirklichkeit bleiben, indem ich annehme, die Mehrausgabe des Staates werde nur Fr. 300,000 betragen. Eine fernere Mehrausgabe wird unser Frrenwesen zur Folge haben. Sie wissen, daß Plat geschaffen werden foll für circa 1200 Geisteskranke und Unheilbare. Da nun die Walbau mit circa 400 Insaßen bisher eine jährliche Ausgabe von mehr als Fr. 60,000 veranlaßte, so ist ganz sicher, daß der Be-trieb der neuen Anstalten in Münsingen und Bellelay oder anderswo jährlich mindestens Fr. 100,000 erfordern wird.

Allein damit noch nicht genug; wir stehen auch vor der Thatsache, daß sich unsere Einnahmen in nächster Zeit wesentlich vermindern werden und zwar infolge Wegfalls des Ohmgeldersates. Ich will zwar nicht behaupten, daß wir in Zukunft weniger einnehmen werden als gegenwärtig, allein nach dem Gesetz muß ein Zehntel dieser Einnahmen, also Fr. 100,000, zu einem Spezialzwecke, zur Bekämpfung des Alkoholismus, verwendet werden und wird dieser Betrag also der Laufenden Verwaltung des Staates entgehen.

Ich will nicht weiter exemplifiziren; aber ich darf nach diesen wenigen Ausführungen zum Schlusse gelangen, daß der Kanton Bern in den nächsten Jahren, und zwar theilweise bereits mit dem nächsten Jahr beginnend, wenigstens eine Million mehr auf sein Ausgaben-Büdget nehmen muß und daß deshalb darauf Bedacht genommen werden muß, die Einnahmen entsprechend zu vermehren, wenn wir nicht wieder in eine Periode der Desizite eintreten wollen. Wenn also auch nächstes Jahr Ausgaben im Betrage von circa Fr. 500,000 wegsallen werden, so wird gleichwohl noch ein Ausgabenüberschuß eintreten, sodaß beim jezigen Stand der Finanzen und unter der gegenwärtigen Gesetzgebung eine Reduktion des Salzpreises auch nur um 5 Rp. unvermeidlich zu großen Ausgabenüberschüssen führen müßte.

Man wird diese Auseinandersetzungen wohl in keiner Weise als übertrieben, als nicht begründet und pessimistisch kritisiren können, sondern man wird mir eher vorwersen können, ich habe zu optimistisch geschildert. Alles das mußte sich die Regierung sagen, die in erster Linie berusen ist, für das Gleichgewicht im Staatshaushalt zu sorgen, und die verantwortlich gemacht wird, wenn man in Zustände hineingeräth, wie vor 12 Jahren. Wenn Jahr

für Jahr Ausgabenüberschüffe im Betrage von hundert= tausenden oder Millionen von Franken eintreten, so werden nicht diejenigen verantwortlich gemacht, welche durch Petitionen selbst an der Verschlechterung der Finanzen mitgewirkt haben, und auch nicht der Große Rath. Die Regierung einzig ift schuld; fie muß das Opfer sein, wenn fie schon weiter nichts that als was das Publikum wünschte und der Große Rath beschloffen hatte.

Wenn nun tropbem die Regierung heute zu dem Antrage kommt, den ich Ihnen mitgetheilt habe, so muß fie von vornherein erklären, daß fie dazu nicht etwa durch die 16,000 Unterschriften veranlagt wurde. Sie will zwar den Unterzeichnern der Petition in keiner Weise zu nahe treten und ist überzeugt, daß es alles durchaus achtenswerthe Bürger sind. Allein weder in diesem noch in andern Fällen muß man sich von solchen Unterschriftensammlungen zu stark imponiren Lassen. Wenn man die Leute nicht aufklärt und sich dieselben über die Konfequenzen ihres Begehrens teine Rechenschaft geben können, so bringt man solche Unterschriften ohne Mühe zusammen. Wenn man heute eine Betition in Umlauf fegen wurde, die diretten Steuern follen um die Sälfte herabgesett werden, so würden ficher mehr als 16,000 Bürger unterschreiben. Oder wenn eine Betition bahin ginge, es folle die mit dem letten Steuergefet= entwurf verworfene amtliche Inventarisation und die Progressivsteuer eingeführt werden, so würden wiederum mehr als 16,000 Bürger unterschreiben; ja es ließe sich ohne große Mühe die doppelte Bahl beibringen. Die Regierung ließ sich also nicht durch die Unterzeichner der Petition zu ihrem Antrage bewegen, sondern vielmehr burch folche Bürger, welche die Petition nicht unterzeichneten, da sie mit diesem Borgehen aus formellen Gründen nicht einverstanden waren, und weil sie erwar= teten, Regierung und Großer Rath werden von fich aus in diefer Frage ein "Gleich" thun. Aus den Mittheilungen biefer Abgeordneten vom Lande konnten wir uns überzeugen, daß allerdings in einem großen Theil berjenigen Bevölkerung, welche die Petition nicht unterschrieben hat, der Wunsch besteht, es möchte die Salzpreisfrage einmal im Sinne ber Ermäßigung bes Preises erledigt werden. Mit Rudficht auf diese Boltsftimmung in einem großen Theile des Landes und den Umstand, daß im Falle des Nichtentsprechens die Agitation fortbauern, eine Spaltung in den Großen Rath bringen und bei allen weitern Arbeiten, die man vor sich hat, ein Hinderniß sein würde — also mehr aus Klugheitsrücksichten — glaubte die Regierung, gegen eine Reduktion des Salzpreises nicht mehr Opposition machen zu follen. Dabei halt sich aber die Regierung für verpflichtet, dem Großen Rathe nicht bloß eine solche Reduktion nakt und bloß vorzu= schlagen, sondern gleichzeitig auch zu verlangen, daß auf ein Begehren, das nicht nur von 16,000 Burgern, fon= dern vom ganzen Bernervolke gestellt wird, nämlich Ord= nung im Staatshaushalt, Bermeidung von Defiziten, in erster Linie Rucksicht genommen werde. In dieser Be-ziehung kann sich die Regierung nicht damit trösten, wie dies viele Berfechter einer Berabsetzung des Salzpreises thun, die Reduktion werde nicht nur Minder= einnahmen zur Folge haben, sondern auf der andern Seite auch mit bedeutenden Mehreinnahmen verbunden sein. Die Regierung gibt zwar zu, daß dies in gewissem Maße der Fall fein wird, liegt es doch ganz in der Natur der Sache, daß mit der Preisreduktion etwelcher Mehr= konsum eintreten wird. Immerhin muß man sich keinen Illufionen hingeben; denn das Konfumbedürfniß hat beim Salz seine ganz bestimmten Grenzen. Wenn es sich um Wein handeln wurde, dann ware ich einverstanden, daß eine Breisermäßigung um die Sälfte einen gang koloffalen Mehrverbrauch zur Folge hätte (Heiterkeit); denn man kann einen halben oder einen ganzen Liter oder noch mehr trinken, er dünkt einen immer noch gut (Heiterkeit). Anders ist es beim Salz: Man darf nur ein ganz bestimmtes Quantum gebrauchen, sonst ist die Suppe versalzen und ungenießbar. Auch dem Bieh darf man nur ein bestimmtes Quantum verabfolgen, weil sonft das Salz schädlich wirkt, mehr als es schädlich ift, wenn man dem Vieh vielleicht etwas zu wenig Salz gibt. Es wird also kein so großer Mehrverbrauch eintreten, daß dadurch für den Ausfall infolge der Preisreduktion ein erheblicher

Gegenwerth geschaffen würde.

Ein anderer Umstand, der geltend gemacht wird, ist der Schmuggel, der in den an die Kantone Solothurn und Aargau, wo man einen niedrigern Salapreis hat, angrenzenden Theilen des Kantons Bern getrieben wird. Allein auch hier wird der Mehrverkauf kein erheblicher fein. Der Salzschmuggel ist immer ein riskirtes Geschäft. Man tann ihn nicht am hellen Tage betreiben und muß fich auch bes nachts fehr in Acht nehmen, ba= mit man nicht ertappt wird. Aber wenn fich auch der Mehrverbrauch auf einige Tausend Säcke belaufen sollte, fo ware die Mehreinnahme noch keine bedeutende. Da= gegen gebe ich zu, daß aus einem Schmuggel in umgekehrter Richtung eine vermehrte Mehreinnahme resultiren fonnte, da wir hauptsächlich von folchen Kantonen um= geben find, welche icon jett einen höhern ober boch ebenso hohen Salzpreis haben, wie wir. Es sind das die Kantone Luzern, Unterwalden, Uri, Wallis und Freiburg. Da darf man sich allerdings der fast gar fundhaften hoffnung hingeben, es werde bei einer Reduttion bes Salzpreises bernisches Salz auch in diesen angrenzenden Kantonen verbraucht werden. Immerhin darf man nicht hoffen, daß dadurch ein wesentlicher Theil der Mindereinnahmen gedeckt würde. Ebenso wenig darf man fich damit tröften, man werde die Berwaltung bedeutend vereinfachen können. Die Befoldungen und Auswäger= löhne wird man nicht reduziren können und die Trans-

portkosten werden eher größer als kleiner werden. Man muß deshalb auf andere Mittel bedacht sein, um den entstehenden Ausfall zu paralhsiren, und ich gebe zu, daß in dieser Beziehung verschiedenes zu machen ist. Ich will heute nicht darauf eintreten; es wird sich das zeigen, wenn der Regierungsrath feine Vorlage einbringt. Ich will nur daran erinnern, daß die Einführung einer Tabaksteuer angeregt wurde. Man kann dies bei diesem Anlasse ja versuchen. Man wird auch die Frage prufen, ob nicht die Steuergesetzevision wiederum an die Hand genommen werden follte, in der hoffnung, das Bolt werde eine neue Vorlage nicht nochmals verwerfen. Auch fann man im Staatshaushalt verschiedenes vereinfachen.

Aus allem dem schöpfe ich die Hoffnung, daß es möglich sein wird, eine mäßige Reduftion des Salapreises burchzuführen, ohne ber Staatsverwaltung zu schaden oder diefelbe fogar zu lahmen, indem für neue Bedürf= niffe und zur Unterftutung berechtigter Beftrebungen fein Geld mehr vorhanden mare. In diefer Beziehung wieder= hole ich hier, was ich gestern in einer Bersammlung von Großräthen fagte: Es könnte nichts Traurigeres geben,

als einen freifinnigen Kanton Bern, der kein Geld hat und der nur in der Theorie dem Fortschritt huldigen könnte. Ich glaube, das würde dem Volk bald verleiden und wahrscheinlich wäre es dann, wie im Jahre 1878, wo es die früher immer verworfene Stempelsteuer accep= tirte, bereit, diejenigen Wege zu wandeln, welche nöthig wären, um das gestörte Gleichgewicht wieder herzustellen. Es wurde dann mahrscheinlich die Progreffion und die amtliche Inventarisation und andere Neuerungen im Steuerwesen, die einem Theile unserer steuerpflichtigen Burger ein Greuel sind, annehmen, eher als neue indirekte Steuern, beren Einführung die Zeitumftande und die Zeitströmung nicht gunftig find. Man follte deshalb zu benjenigen indirekten Steuern, die man noch besitzt, Sorge tragen. Namentlich diejenigen Bürger, welche keine Ber= mehrung der direkten Steuern, refp. feine Bericharfung der Steuergesetze wollen, sollen mithelfen, in der Beschränkung unserer indirekten Steuern, und namentlich in Bezug auf die Reduktion des Salzpreises, Maß zu halten.

Gestütt auf diese Auseinandersetzungen kommt die Regierung dazu, gegen eine Reduktion des Salzpreises um 5 Rappen keine Opposition mehr zu machen und Ihnen einen Antrag zu ftellen, der mehr ift, als eine allgemeine Resolution, indem er der Regierung eine bin=

dende Wegleitung gibt, nämlich:

"Es sei in der zu machenden Borlage betreffend Ber= absehung des Salzpreises eine Reduktion desselben von 5 Rappen per Kilo vom 1. Januar 1892 hinweg in Aussicht zu nehmen."

Wir glauben, es sei gut, wenn fich der Große Rath schon heute über die Sohe der Reduktion schlüffig mache, damit die Regierung in der Lage ist, auch die der Re= duktion entsprechenden Ersatzmittel aufzusuchen, wobei es natürlich nicht das Gleiche ist, ob man es mit einem Ausfall von Fr. 400,000 oder einem folchen von Fr. 800,000 zu thun habe.

Ferner wird beantragt:

"Der Regierungsrath habe in der bezüglichen Vorlage darauf Bedacht zu nehmen, daß trot der Herabsetung des Salzpreises das Gleichgewicht im Staatshaushalt

nicht gestört werde."

Was die Vorlage in dieser Beziehung enthalten wird, tann heute noch nicht im Ginzelnen angegeben werden. Der Große Rath wird das feben, wann die Vorlage ein= gebracht wird und wird dann Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen.

Dies, herr Präsident, meine herren, sollte für heute, wie die Regierung glaubt, die richtige Erledigung der Salzpreisfrage sein und hoffentlich auch die Erlösung

von diesem Trattandum (Beifall).

v. Werdt beantragt, die Abstimmung unter Namens= aufruf vorzunehmen. Derfelbe foll dann gleichzeitig als Appell gelten. Diefer Untrag findet die reglementarische Unterstützung.

Dürrenmatt. Wenn sich die Finanzdirektion, resp. die Regierung, dazu verstehen tann, daß ftatt "in Aussicht zu nehmen", gesagt wird, "festzusegen", so wäre ich im Fall, meinen Antrag fallen zu lassen. Die Fassung "in Aussicht nehmen" ist mir bei dem zu Tage getretenen Widerwillen des Herrn Finanzdirektors gegen eine Reduttion des Salzpreises doch etwas zu wenig bindend.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Re=

gierungsraths. Ich habe geglaubt, herr Dürrenmatt würde mir mehr trauen (Beiterkeit). Wenn ich etwas sage, so halte ich Wort, und wenn ich sage, der Regie= rungerath werde eine folche Borlage einbringen, fo wird es ficher geschehen. Die Regierung hat den Ausdruck "in Aussicht zu nehmen" mehr aus logischen Grunden gewählt, indem es nicht logisch ware, in einem vorläufigen Beschluß etwas "festzuseken", das erst im Entwurfe ift. Der Antrag der Regierung hat den von Herrn Dürrenmatt gewünschten Sinn und ich glaube, derfelbe könnte sich damit zufrieden geben.

Dürrenmatt. Rach einer kurzen Besprechung mit verschiedenen Kollegen und im Vertrauen auf die Worte des herrn Finanzdirektors ziehe ich meinen Untrag zurück.

Präsident. Der Antrag der Regierung ift also von keiner Seite bestritten. Es ift aber Abstimmung unter Namensaufruf beschlossen worden und wenn nichts anderes beantragt wird, so laffe ich gleichwohl den Na= mensaufruf ergehen.

Der Große Rath erklärt sich mit diesem Verfahren einverstanden.

Folletête verlangt nachträglich das Wort.

Präfident. Die Diskuffion ift geschloffen; wir schreiten zur Abstimmung.

Abstimmung.

Für den Antrag der Regierung (mit "Ja") stimmen 148 Mitglieder, nämlich die Herren: Aegerter, v. Allmen, Anken, Arm, Ballif, Baumann, Bärtschi, Belrichard, v. Bergen, Berger, Biedermann, Bircher, Brand (Enggistein), Bratschi, Buchmüller, Burthalter, Burthardt, Clémengon, Comte, Cuenin, Daucourt, Demme, Dubach, Dürrenmatt, Egger, Eggimann (Hasle), Eggimann (Sumis= wald), v. Erlach (Münfingen), v. Erlach (Gerzensee), Etter (Jepikofen), Etter (Maikirch), Folletête, Friedli, Fueter, Füri, Gerber (Steffisburg), Gerber (Bern), Gerber (Bä-rau), Grandjean, v. Groß, Gugger, Gygax (Bleienbach), Gygar (Bütigkofen), Habegger (Bern), Habegger (Zoll= brud), Häberli (Münchenbuchfee), Hadorn, Hanni, Haslebacher, Hauser (Gurnigel), Begi, Beller-Bürgi, Berren, Hiltbrunner, Hirter, Hofer (Hasli), Hofer (Langnau), Hofer (Oberönz), Hofmann, Hubacher, Hunziker, Jäggi, Jenni, Jenzer, Jmer, Iseli, Itten, Kisling, Kloßner, Rufter, Lauper, Lehmann, Linder, Lüthi (Rüderswyl), Lüthi (Gümligen), Mägli, Marolf, Marschall, Marthaler, Marti (Bern), Marti (Mülchi), Mérat, Meffer, Mettier, Meyer (Biel), Michel (Narmühle), Michel (Meiringen), Morgen= thaler (Leimiswyl), Morgenthaler (Urfenbach), Moschard, Moser, Müller (Emil), Müller (Langenthal), Rägeli, Neiger, Neuenschwander (Lauperswyl), Nußbaum, Prêtre, Probst (Emil), Raaflaub, Reichenbach, Rieben, Rieder, Riser, Ritschard, Romy, Ruchti, Salvisberg, Scherz, Schindler, Schmid (Andreas), Schmid (Karl), Schneeberger (Orpund), Schneeberger (Schoren), Schüpbach, Schweizer, Siegrift, Sommer, Stämpfli (Schüpfen), Stauffer, Steffen (Madismyl), Steffen (Heimismyl), v. Steiger, Steinhauer, Stettler, Streit, Studi (Ins), Studi (Niederhünigen), Stucki (Wimmis), Thönen, Tièche (Biel), Tschanen, Tschannen, Tschiemer, Tüscher, Wächli, Walther (Oberburg), Walther (Sinneringen), v. Wattenwyl (Rischigen), Weber (Graswyl), v. Werdt, Wermuth, Wieniger, Will, Wolf, Wyß, Zehnder, Zingg (Ins).

Für Verwerfung dieses Antrags (mit "Nein") stimmt niemand.

Berr Seiler enthielt fich der Abstimmung.

Der Beginn ber morgigen Sitzung wird auf $8^{1/2}$ Uhr festgesetzt.

Der ergangene Namensaufruf verzeigt 163 anwesende Mitglieder. Abwesend sind 108, wovon mit Entschuldigung: die Herren Benz, Dr. Boechat, Boß, Chodat, Choffat, Choquard, Hennemann, Horn, Rlage, Dr. Reber, Schär, Scheidegger, Schnell, Stämpfli (Bern), Sterchi, Stoller, Zyro; ohne Entschuldigung abwesend sind: die Herren Aebi, Affolter, Béguelin, Beutler, Bigler, Blatter, Bläuer, Blösch, Boillat, Boinay, Borter, Bourquin, Brand (Dachsfelden), Bühler, Bühlmann, Burger, Choulat, Comment, Coullery, Elfäßer, Fahrny, Flückiger, Frutiger, Gabi, Gaffer, Gerber (Unterlangenegg), Glaus, Gouvernon, v. Grünigen, Guenat, Häberli (Aarberg), Hari, Hauert, Haufer (Weißenburg), Heß, Hofer (Oberdießbach), Hoftettler, Houriet, Howald, Huffon, Jacot, Jobin, Jo-Liffaint, Kaifer, Kohli, Krebs (Wattenwyl), Krebs (Eggiwhl), Lenz, Leuch, Locher, Marchand (Kenan), Marchand (St. Immer), Marcuard, Marti (Lyk), Mathey, Meyer (Laufen), Minder, Mouche, Müller (Eduard), Müller (Tramlingen), Kaine, Pallain, Péteut, Probst (Edmund), Kätz, Kenser, Keymond, Robert, Kolli, Koth, Köthlisberger, Sahli, Schärer, Dr. Schenk, Schlatter, Schmalz, Siebenmann, Spring, Stämpfli (Zäziwhl), Stegmann, Stopinger, Stouber, Tieche (Bern), Trachsel, Tschanz, Boifin, v. Wattenwyl (Uttigen), Weber (Biel), Wermeille, Baugg, Ziegler.

Schluß der Sitzung um 7½ Uhr.

Für die Redaktion: And. Schwarz.

Siebente Sitzung.

Sumstag den 29. November 1890.

Borfigender: Präfident Dr. Brunner.

Der Namensaufruf verzeigt 153 anwesende Mit= glieder. Abwesend find 118, wovon mit Entschuldigung: die Herren Benz, Dr. Boechat, Chodat, Choffat, Choquard, hennemann, horn, Rlaye, Dr. Reber, Schar, Scheidegger, Schmid (Karl), Schnell, Stämpfli (Bern), Sterchi, Stoller; ohne Entschuldigung abwesend find: die herren Aebi, Uffolter, Bärtschi, Beguelin, Belrichard, Beutler, Bieder= mann, Bigler, Blatter, Bläuer, Blofch, Boillat, Boinan, Bourquin, Brand, Bühler, Bühlmann, Burger, Burk-halter, Choulat, Comment, Coullery, Cuenin, Eggimann (Hasle bei Burgdorf), Elfäßer, Fahrnh, Flückiger, Freiburghaus, Frutiger, Gabi, Gaffer, Gerber (Unterlangenegg), Glaus, Gouvernon, v. Grünigen, Guenat, Gurtner, Ghgar (Bütigkofen), Häberli (Aarberg), Haldimann, Hari, Harder (Beitgenburg), Habert (Aarberg), Halbitmann, Hart, Haufer (Weißenburg), Hegi, Heß, Hirschi, Hoser (Obersbießbach), Hoser (Oberönz), Hostettler, Houriet, Howald, Hunziker, Hussen, Jacot, Fenzer, Johin, Kaiser, Kohli, Krebs (Wattenwyl), Krebs (Eggiwyl), Kunz, Leuch, Locker, Marchand (Kenan), Marchand (St. Jimmer), Marti (Lyß), Marti (Mülchi), Mathen, Maurer, Meyer (Laufen), Minder, Mouche, Müller (Tramlingen), Naine, Neuenschwan= der (Lauperswyl), Pallain, Peteut, Probst (Edmund), Renfer, Robert, Koth, Ruchti, Schärer, Schindler, Schnee-berger (Schoren), Schüpbach, Schweizer, Siebenmann, Spring, Stämpfli (Zäziwyl), Stegmann, Stotzinger, Stouder, Wälchli, v. Walterwyl (Uttigen), Weber (Biel), Wermeille, Will, Wütherich, Whß, Ziegler, Zingg (Ins).

Das Protokoll der beiden gestrigen Sitzungen wird abgelesen und bestätigt.

Der zum Mitglied des Obergerichts gewählte Herr Fürsprecher Rudolf Kocher in Bern theilt mit, daß er die auf ihn gefallene Wahl annehme. Das Obergericht wird mit der Beeidigung desselben betraut. Auf Wunsch des Regierungsraths und auf Antrag des Präsidiums wird beschlossen, die Session mit heute bis Ende Januar zu vertagen.

Cagesordnung:

Voranschlag für das Jahr 1891.

Schluß der Berathung.

(Siehe Seite 275 hievor.)

XXV. Stempel: und Banknotenstener.

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission. Hier beantragt die Staatswirthschaftskommission. Hen Ansatz unter A 2, Stempelmarken, auf den disherigen Ansatz, Fr. 320,000, zu erhöhen. Die Beranlassung zu diesem Antrag liegt darin, daß wahrscheinlich dies Jahr die Einnahmen für Stempelmarken bedeutend größer sein werden, als im Jahr 1889, wo die Rechnung nur eine Einnahme von Fr. 304,587 auswies. Im Jahr 1890 sind bedeutend mehr Stempelmarken verkauft worden. Auch glaubte die Staatswirthschaftskommission, die vielen vorliegenden Eisenbahnprojekte werden ebenfalls eine bedeutende Stempelsteuer einbringen. Auch liegt kein Grund vor, den Ertrag dieser Steuer ohne zwingenden Erund im Büdget zu niedrig zu taxiren.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Die Regierung widersett sich diesem Antrag nicht.

Nach Antrag der Staatswirthschaftskommission genehmigt.

XXVI. Amts. und Gerichtsschreiberei. und Einregistrirungs. gebühren.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Die Staatswirthschaftskommission beantragt, den Ansak unter A 2, Fixe Gebühren der Gerichtsschreiber, auf Fr. 75,500 heradzuseken, um zu einer runden Einnahme von Fr. 170,000 zu gelangen. Der Regierungsrath kann sich damit einverstanden erklären, indem die Ersahrung der letzten Jahre lehrt, daß diese Gebühren je länger je mehr zurückgehen. Es rührt das von der stark verminderten Zahl der Liquidationen her und es wird der Rückgang fortschreiten, wenn nicht die Zahl der Liquidationen sich infolge veränderter Verhältnisse wieder vermehren sollte.

Bei B 1, Prozentgebühren der Amtsschreiber, wurde der Ansat um Fr. 10,000 erhöht mit Rücksicht auf die Erträgnisse der beiden letzten Jahre. Dagegen wird bei B 2, Prozentgebühren der Gerichtsschreiber, eine Herabsetzung von Fr. 85,000 auf Fr. 80,000 beantragt und es ist wahrscheinlich, daß auch dieser Ansat noch zu hoch sein wird.

Schmid (Andreas), Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission. Da die Regierung den Antrag der Staatswirthschaftskommission annimmt, so habe ich keine Bemerkung zu machen.

Nach Antrag der Staatswirthschaftskommission genehmigt.

XXVIb. Perschiedene Kanglei. und Patentgebühren.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Hier liegt ein Antrag der Staatswirthsschaftskommission vor, den Ansag unter A 1, Emolumente der Staatskanzlei, um Fr. 1000 zu erhöhen, was gegensüber den Einnahmen von 1889 gerechtfertigt ist, dagegen aber den Ansag unter B 1, Gebühren der Obergerichtskanzlei, von Fr. 6000 auf Fr. 5000 zu reduziren, indem hier ein höherer Ansag gegenüber den Einnahmen von 1889 nicht gerechtsertigt erscheint. Der Antrag der Staatswirtsschaftskommission hat also nur eine Verschiedung von Fr. 1000 zur Folge und ist auf das Büdget ohne Einsluß. Die Regierung ist damit einverstanden.

Schmid (Andreas), Berichterstatter der Staatswirthsschaftskommission. Die Staatswirthschaftskommission hält dafür, man dürfte den Ansak für Emolumente der Staatstanzlei mit Rücksicht auf das Ergebniß der Rechnung von 1889 noch mehr erhöhen, begnügt sich aber damit, eine Erhöhung von Fr. 1000 vorzuschlagen, entsprechend dem Antrage, den Ansak unter B 1, Gebühren der Obergerichtskanzlei, um Fr. 1000 zu reduziren.

Nach Antrag der Staatswirthschaftskommission genehmigt.

XXVII. Erbichafts. und Schenkungsfleuer.

XXVIII. Wirthschaftspatentgebühren und Frauntweinfabrikations: und Verkanssebühren.

XXIX. Ohmgeld: und Branntweinfabrikationsgebühren.

Diefe Rubriten werden ohne Bemerkung genehmigt.

XXX. Militärsteuer.

Scheurer, Finangbirektor, Berichterftatter bes Regierungsraths. hier wurde unter B 2, Bezugskoften ac., eine Erhöhung des Ansates auf Fr. 24,000 nothwendig, weil im Jahr 1891 die Militärsteuerkontrollen neu erftellt merden muffen.

Genehmigt.

XXXI. Direkte Steuern im alten Kanton.

Ohne Bemerkung genehmigt.

XXXII. Direkte Steuern im Jura.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter bes Regierungsraths. Da durch Beschluß des Großen Rathes, vorbehältlich der Zustimmung des Bolkes, der Fortbezug der Extrafteuer jum 3wecke der Erweiterung der Frrenpflege beschloffen worden ift, so muß hier das vorliegende Budget abgeandert werden. Es muß überall eine Er= höhung der betreffenden Summen erfolgen und wird fich, nach einer mir vorliegenden genauen Aufstellung, der Gesammtertrag dieser Rubrik auf Fr. 757,050 stellen. Was die einzelnen Ansätze betrifft, so nehme ich an, man werde dieselben hier nicht behandeln wollen; die betref=

fenden Ziffern würden dann dem Protokoll einverleibt. Die Staatswirthschaftskommission macht zu dieser Abänderung des Büdgets den Vorbehalt, daß der Beschluß des Großen Kathes betreffend den Fortbezug der Extrafteuer rechtsträftig werbe. Sollte das nicht der Fall fein, so mußte das Budget natürlich wieder rektifizirt werden. Die Regierung ift mit diefem Vorbehalt einverftanden.

Schmid (Andreas), Berichterstatter der Staatswirth= schaftskommission. Es ift eine natürliche Folge des Beichlusses betreffend den Weiterbezug der Extrasteuer zum 3wecke der Erweiterung der Irrenpflege, daß die Staats= fteuer für den Jura um einen Zehntel hinaufgefetzt wer= den muß. Infolge deffen geftalten fich die Einnahmen wie folgt:

. Fr. 545,400. " 229,500. II. " 2,700. "

III. Ferner beantragt die Staatswirthschaftstommiffion, hier den Vorbehalt beizufügen, daß der Beschluffesent= wurf betreffend den Fortbezug der Extrasteuer zum Zwecke der Erweiterung der Irrenpflege rechtsfraftig werde, anbernfalls das Büdget entsprechend zu rektifiziren wäre.

Mit dem von der Staatswirthschaftstommiffion beantragten Borbehalt in der abgeanderten Form genehmigt.

XXXIII. Unvorhergeseheues.

Ohne Bemerkung genehmigt.

Der Präsident frägt an, ob Anträge auf Zurucktommen geftellt werden.

Ritschard. Ich beantrage, auf den Ansatz unter IIIb H 1, Entschädigung der Civilstandsbeamten, zurückzukom-men, indem ich Ihnen eine bescheidene Erhöhung dieses Anfahes um Fr. 5000, also auf Fr. 65,000 belieben möchte. So viel ich weiß, wäre auch die Staatswirthschaftskom= mission mit einer bescheidenen Erhöhung einverstanden.

Abstimmung.

Für Zurü	æffc	mr	nen				58	Stimmen.
Dagegen							36	"

Präsident. Herr Ritschard hat das Wort zur Begründung seines Antrages.

Ritschard. Der ursprüngliche Ansatz für die Ent= schäbigung der Civilftandsbeamten betrug Fr. 75,000, wurde dann aber wegen des ungunftigen Standes der Staatsfinanzen auf Fr. 50,000 reduzirt. Es mögen einige Gründe für eine Reduktion gesprochen haben; nur war das eigenthümlich, daß man gerade diesen kleinern Beamten die Besoldung herabsette, dagegen alle andern Beamtenbesoldungen ftehen ließ. Die Civilftandsbeamten haben sich darüber beschwert und sind im Jahre 1887 mit einer wohlmotivirten Betition vor den Großen Rath getreten. Mit 77 gegen 72 Stimmen wurde aber beschlossen, auf eine Erhöhung nicht einzutreten. Die Regierung ließ aber durch das Organ der Finanzdirektion die Erklärung abgeben, daß sie die Sache untersuchen und durch ein Dekret neu ordnen werde. Bis zum heutigen Tage ist eine solche Neuordnung nicht erfolgt; da= gegen hat man, wohl im Gefühle, daß man feinerzeit mit der Reduktion auf Fr. 50,000 zu weit gegangen sei, im Jahre 1889 den Kredit auf Fr. 55,000 erhöht und im Jahre 1890 auf Fr. 60,000. Ich halte dafür, es wäre angemessen, pro 1891 auf Fr. 65,000 hinaufzu= gehen. Der Grund hiefür liegt, wie ich schon sagte, hauptfächlich darin, daß mit Rücksicht auf die Wichtigkeit bes Amtes und die Arbeitslaft, welche einem Civilstands-beamten obliegt, die Reduktion seinerzeit eine allzu große war. Ich will in dieser Beziehung in keine Details eintreten. Es sind in dieser Beziehung schon seinerzeit, als die Petition der Civilstandsbeamten zur Sprache kam, verschiedene Frrthumer rektifizirt worden, der Haupt-irrthum aber ift bestehen geblieben. Es ist nämlich gefagt worden, daß Bern den Civilftandsbeamten von allen schweizerischen Kantonen beinahe die höchste Besoldung ausrichte. Die Civilftandsbeamten haben nun in letter Beit eine neue Betition eingereicht und darin diesen Frrthum aufgeklärt. Es ergibt fich aus einer von ihnen aufgestellten Tabelle, daß vielmehr umgekehrt die berni= schen Civilstandsbeamten geradezu am schlechteften geftellt

234,000.

sind. Nach dem Kredit pro 1890 trifft es im Kanton Bern auf 1000 Einwohner eine Besoldung von Fr. 95 bis Fr. 100, während alle andern Kantone mehr bezahlen, theilweise sogar ganz bedeutend mehr. Die Petition schließt mit folgenden Anträgen:

1) Es möchte die zurückgelegte Vorstellung vom Jahr 1886 nunmehr definitiv in Behandlung gezogen und ein neues Vollziehungsdekret zum Civilstandsgesetz insoweit erlassen werden, daß die Besoldung der Civilstandsbeamten nach einem bestimmten Maßstabe bemessen würde;

2) Es möchte der Feststellung dieses Maßstabes eine wesentliche Aufbesserung zu Grunde gelegt werden;

3) Es möchte vorläufig in den Voranschlag pro 1891 für die Besoldung der Civilstandsbeamten eine Summe von wenigstens Fr. 75,000 aufgenommen werden.

Ich gehe nun nicht so weit, sondern beantrage nur eine Erhöhung des Kredits auf Fr. 65,000. Im übrigen aber wird man der Petition, worin verlangt wird, daß das Verhältniß einmal desinitiv geordnet werde, Folge geben müssen, um so mehr, als die Finanzdirektion seinerzeit selbst eine Neuordnung der Sache in Aussicht stellte.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsraths. Der Regierungsrath muß den Antrag stellen, auf die Ihnen von Herrn Ritschard beliebte Erhöhung nicht einzutreten. Es ift richtig, daß der Kredit eine Zeit lang Fr. 75,000 betrug. Es war das aber nicht von Anfang an der Fall, sondern wurde erst zu jener Zeit eingeführt, wo man glaubte, man habe Geld genug. Als fich dann diese Unficht als unrichtig herausstellte und man darauf angewiesen war, in allen Beziehungen die größte Dekonomie zu beobachten, wurde der Anfat auf Fr. 50,000 herabgesett und seither unter zweien malen wieder um je Fr. 5000 erhöht. Es handelt fich also um eine ganz bedeutende Summe und es ist That= sache — die Herren Civilstandsbeamten mögen sagen was fie wollen — daß mit Ausnahme von einem ober zwei Kantonen kein Kanton für die Civilstandsbeamten so viel ausgibt. Es ist möglich, daß die Besoldung des einzelnen Beamten in andern Kantonen etwas höher ift, als bei uns, was davon herrühren mag, daß man in andern Kantonen nicht in jedem kleinen Gemeindlein einen Civilstandsbeamten hat, wie dies bei uns der Fall ist. Würde man diesen für die Führung der Civilstands= register geradezu nachtheiligen Grundsat andern, so würde man Geld genug haben, um die vorhandenen Civilstands= beamten besser besolden zu können. Ich möchte Ihnen deshalb belieben, heute nur zu beschließen, der Regie= rungsrath werde eingeladen, die bezüglichen Verhältnisse besser zu ordnen. Nebrigens glaube ich, daß — abgesehen von großen bevölkerten Ortschaften mit flottanter Bevölkerung — die gegenwärtige Bezahlung, speziell auf dem Lande, gar nicht so schlecht sei; denn sonst wären diese Memtlein weniger gesucht, als es thatsächlich der Fall ift.

Ich glaube also, eine Nothwendigkeit, diesen Posten zu erhöhen, sei nicht vorhanden und namentlich nach dem gestrigen Beschluß auf Herabsetzung des Salzpreises ist es nicht angezeigt, Ausgabeposten ohne Noth zu erhöhen; denn dadurch kann man einem Patienten, als welchen man den Staat bei der Büdgetberathung betrachten muß, nicht auf die Beine helsen, daß man ihm einerseits die nahrhaften Speisen entzieht und anderseits noch zu Aber läßt (Heiterkeit). Damit kann man den robustesten Menschen

zu Grunde richten und in gleicher Weise auch ein Staats-

Wenn ich Ihnen also beantrage, den Antrag des Herrn Ritschard abzulehnen, so din ich auf der andern Seite einverstanden, daß man die Verhältnisse in der Weise neu zu ordnen suche, daß die kleinen Civilstandskreise verschwinden, sodaß man dann diejenigen Beamten, die wirklich zu thun haben, auch besser wird besolden können

Schmib (Andreas), Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission. Die Staatswirthschaftskommission hat diese Frage auch behandelt und ist mit der Anregung der Regierung, diese Verhältnisse in einer besondern Vorlage neu zu ordnen, einverstanden. Was die von Herrn Ritschard beantragte Erhöhung des Ansahes auf Fr. 65,000 betrifft, so bedaure ich persönlich mit dem Herrn Finanzbirettor, daß immer und immer wieder derartige Erhöhungen beantragt werden, muß aber, so leid es mir thut, ich bekenne das offen, erklären, daß sich die Staatswirthschaftskommission im vorliegenden Falle einer Erhöhung um Fr. 5000 nicht widersetzt.

Abstimmung.

Für die Borlage 69 Stimmen. Für den Antrag Ritschard . . . 39 " Der Anregung der Regierung, die Verhältnisse der Civilstandsbeamten durch ein besonderes Dekret neu zu ordnen, wird stillschweigend beigestimmt.

Da weitere Anträge auf Zurückkommen nicht gestellt werden, so ift die Berathung des Voranschlages beendigt.

Interpellation des herrn Großrath Scherz betreffend Einführung des Koch'schen heilversahrens.

(Siehe Seite 259 hievor.)

Scherz. Sie haben wohl alle von der epochemachenden Entdeckung des Herrn Prof. Koch in Berlin gehört, der ein Mittel zur Heilung der Tuberkulose aussindig gemacht hat. Es mag Ihnen einigermaßen auffallen, daß ich, als Nichtmediziner, mich hier mit einem theilweise medizinischen Thema befasse. Es wird Ihnen dies einigermaßen begreislicher sein, wenn Sie wissen, daß ich in meiner Eigenschaft als städtischer Polizeidirektor verpslichtet bin, der städtischen Sanitätskommission vorzusigen. Ich muß mich deshalb mit solchen Fragen vielleicht mehr befassen als mir oft lieb ist.

Was versteht man unter Tuberkulose? Gine krankhafte Beränderung eines Organs infolge der Ginwirkung des Tuberkelbacillus. Die Definition ist also eine sehr einfache und man braucht nicht gerade Mediziner zu sein, um sie zu verstehen. Am bekanntesten ist die Lungen-

tuberkulofe oder Schwindsucht. Aber auch andere Organe fonnen tuberfulos werden, wie z. B. das Berg, der Rehlkopf, die Nase, die Schleimhäute zc. Auch eine Hautkrankheit, Lupus genannt, und die Scrophulose werden auf tuberkulose Einwirkungen zurückgeführt. Die Lungentuberkulose ist seit Jahrtausenden bekannt und über die ganze Welt verbreitet; an einigen Orten kommt sie häufiger vor, als an andern. In Deutschland verhält fich die Sterblichkeit infolge Lungentuberkulofe zur Ge= sammtsterblichkeit wie 3: 22; nahezu ein Siebentel aller Sterbefälle entfällt alfo auf Schwindsucht. In den 60er und 70er Jahren betraute die schweizerische naturforschende Gesellschaft eine Kommission von hervorragenden medizi= nischen Gelehrten mit der Aufgabe, die Verbreitung der Lungenschwindsucht in der Schweiz zu untersuchen und darüber Bericht zu erstatten. Dem bezüglichen Berichte des herrn Bezirksarzt Emil Müller in Winterthur ift zu entnehmen, daß im Kanton Bern, wo Herr Prof. Dr. Jonquiere mit gewohnter Gründlichkeit die Leitung der Untersuchung durchführte, in 23 Beobachtungsftationen ein Gebiet von etwas über 150,000 Seelen beobachtet wurde. Bon diesen 150,000 Personen sind jährlich die Beobachtungen mußten sich natürlich, wenn sie Werth haben sollten, auf mehrere Jahre vertheilen — durch= schnittlich 292,7 Personen gleich 1,9 % der Bevölke-rung an der Lungenschwindsucht zu Grunde gegangen. Setzen wir diefes Resultat in's Berhältniß zur Bevöterung des ganzen Kantons und ziehen wir in Betracht, daß bei den Untersuchungen der ganze Jura mit feiner großen Uhrenindustrie nicht berücksichtigt wurde, so durfen wir sagen, es sterben jährlich im Kanton Bern einzig an der Lungentuberkulose 1000—1200 Personen oder in circa 10-12 Jahren eine Zahl, die annähernd dem Bestand der III. Armeedivision gleichkommt. Dabei ist noch zu bemerken, daß in dieser Statistik alle diejenigen nicht inbegriffen sind, welche sich nicht ärztlich behandeln ließen oder vorzogen, zu einem Quackfalber oder Wunderdoktor zu gehen. Die prozentualen Verhältnisse der einzelnen Ortschaften sind natürlich sehr verschieden. Im allge= meinen behaupten die Aerzte, daß Klima und Söhenlage von großem Einflusse feien. Es zeigte sich, daß man in dieser Beziehung vielfach übertrieben hatte, indem die Schwindsucht in den höchsten Lagen mitunter ebenso häufig vorkommt, wie in tiefern Lagen. Weit mehr kommen die industriellen und hygienischen Verhältnisse in Betracht. Nach dem vorhin erwähnten Bericht des Herrn Dr. Müller sterben von der Gesammtbevölkerung durch= schnittlich an Schwindsucht in

Bern *)	٠	·	•					3,9	0/00
Neuenstad	t							4,2	,,,
Erlach.		•						1,7	,,
Vinelz.		٠.				. ,		1,8	"
Burgdorf								2,7	"
Brienz .								2,5	"
Meiringer	ı İ							2,3	,,
Langentho		Sď	ore	n=6	3te	đho	Lz	1,3	"
Gfteig un	b	Lau	ten	en				0,3	"
, 0									"

^{*)} Die in den vielen Spitälern der Stadt behandelten und verstorbenen, von auswärts kommenden Personen sind eingerechnet. Die Angaben stützen sich auf Beobachtungen Ende der 60er und anfangs der 70er Jahre. Seither hat sich das Berhältniß in Bern, und wohl auch an den andern Orten, verschlimmert und ist die Sterblichkeit infolge Schwindsucht beispielsweise in den Jahren 1870—1875 auf 5,6% ogestiegen.

Wer ift nun dieser Prof. Roch, der ein Mittel gegen die Tuberkulose entdeckt hat? Derselbe wurde im Jahre 1843 in dem deutschen Städtchen Klausthal geboren, woselbst man sich gegenwärtig darauf vorbereitet, den in den nächsten Monat fallenden Geburtstag Kochs mit großem Bomp zu begehen. Er studirte von 1862—1866 in Göttingen, war hernach Afsistenzarzt in Hamburg, versuchte sich hierauf an verschiedenen kleinern Örten als selbständiger Arzt und wurde 1872 Kreisphysstus in Bomst, welche Stellung er bis 1880 inne hatte. Während dieser Zeit stellte er eine Reihe bakteriologischer Forschungen an, die bald so großes Auffehen erregten, namentlich infolge seiner Auffindung der Milzbrandsporen, daß im Jahre 1880 seine Berufung an's Reichsgesundheitsamt in Berlin erfolgte. Im Jahr 1882 publizirte er eine Arbeit über Natur und Urfache der Tuberkulose, worin er den Beweis leistete, daß diese Krankheit ihre Entstehung dem Tuberkelbacillus verdanke. Im Jahr 1883 war er Leiter der deutschen Choleraexpedition nach Egypten und die Frucht dieser Expedition war die Entdeckung des Cholerabacillus. Koch hat zahlreiche Schriften und Abhandlungen publizirt, und es hat eines seiner Werke auch schon in unserm Kanton eine Rolle gespielt, nämlich

sein Werk über die Milzbrandimpfung.

Um 4. August dieses Jahres hat nun Roch in einer Situng des internationalen medizinischen Kongresses, auf welchem die hervorragendsten medizinischen Autoritäten fast der ganzen Welt versammelt waren, seinen staunenden Zuhörern und der erstaunten Welt in einem Vortrage, ben er "Bakteriologische Forschungen" betitelte, die Mit= theilung gemacht, daß er ein Mittel gefunden habe, das bei Versuchsthieren die Tuberkulose zu heilen oder den Krankheitsprozeß zum Stillstand zu bringen vermöge. In Berbindung mit zwei andern Aerzten machte Roch bald auch Versuche an Menschen, die durchaus gelangen. Roch ist nun der Ansicht, daß beginnende Lungentuberku= Lofe mit seinem Mittel mit Sicherheit zu heilen sei, und die medizinische Wissenschaft stimmt dieser Unnahme bei, sodaß man sein Augenmerk nur darauf zu richten hätte, alle Fälle beginnender Tuberfulose möglichst frühzeitig zu entdecken. Roch betrachtet seine Studien bezüglich dieses Punktes als abgeschlossen und wendet sich bereits andern Untersuchungen zu, der Untersuchung der Dyphte-ritis, des Krebses, des Typhus und der Syphilis. Wie großes Gewicht man in Berlin auf die Roch'sche Erfindung legt und wie fehr man darauf bedacht ift, diefelbe baldigft ber Menschheit zu gute kommen zu laffen, ift aus den Beschlüffen der letten Tage zu ersehen, wonach für Herrn Prof. Roch in Berlin ein eigenes Institut und ein eigenes Krankenhaus, das bereits im nächsten Frühjahr soll bezogen werden können, errichtet wird. Ferner sollen Baracken für 150 mit ansteckenden Krankheiten behaftete Versuchskranke errichtet werden.

Das Mittel des Herrn Koch besteht aus einer Flüssigkeit. Er will aus seiner Ersindung keine Spekulation machen; es heißt auch, er wolle das Mittel dem deutschen Kaiser zur Verfügung stellen. Es ist Ihnen ferner bestannt, daß Herr Prof. Koch das Mittel dis jest auch, soweit er konnte, an die Schweiz abgab. So sind der Kurort Davos und die Kliniken in Vern, Zürich und Vasel damit versehen, jedoch nur in sehr beschränktem Maße.

Ich mache dabei noch auf etwas aufmerksam. Das Koch'sche Mittel wird auch für die Viehzucht von sehr

großer Bedeutung sein, indem bekanntlich sehr viele Thiere an tuberkulösen Erkrankungen zu Grunde gehen. Auch in dieser Beziehung wird Wandel geschaffen werden können.

Nun hat sich aber mit der Angelegenheit auch bereits die Privatspekulation befaßt. Wie den Zeitungen zu entnehmen ift, wandte sich ein Kranker in Davos nach Berlin, um daselbst behandelt zu werden. Man telegra= phirte ihm, daß für die Behandlung per Woche 1000 Mark verlangt werden. Als er glaubte, es fei ein Frrthum mitunterlaufen und fich deshalb schriftlich an den betreffenden Arzt, Dr. Levy, in Berlin wandte, erhielt er bon beffen Setretar die Mittheilung, es fonne in die Klinik des herrn Dr. Levy niemand mehr aufgenommen werden; er konne sich aber privatim behandeln laffen, nur muffe der herr Dottor in diesem Falle für jede Gin= spritzung 300 Mark verlangen. Herr Prof. Roch, der in hochherziger Weise vorging, verlangt für ein Fläschchen Lymphe, das 4000 Dofen enhält, 25 Mark; Dr. Levh würde also in turger Zeit eine Million verdient haben. Auch von anderer Seite erfährt man, daß Versuche ge= macht werden, die Koch'sche Erfindung zu Privatzwecken auszubeuten und dies ift hauptsächlich der Grund zu meiner Interpellation. Das Mittel sollte bei uns mög= lichst bald verbreitet und der Privatspekulation entzogen werden können. Es follte dafür geforgt werden, daß nicht nur bemittelte, sondern auch ärmere Kranke sich mit dem Mittel behandeln laffen konnen. Ich halte dafür, die bernische Regierung sollte die Lymphe auf amtlichem Wege kommen lassen und dieselbe zum Kostenpreise an die Aerzte und Kliniken abgeben, wobei die Aerzte verpflichtet würden, bei der Anwendung derfelben einen gewiffen Tarif nicht zu überschreiten. Auch sollten die Aerzte seitens des Staates in stand gesetzt werden, Arme gratis behandeln zu können. Die herstellung des Mittels ift vorläufig noch Geheimniß des Herrn Prof. Roch. Es ist aber anzunehmen, daß er bei feiner hochherzigen Auffaffung das Geheimniß nicht bewahren wird. Ift die Berftellungsweise einmal bekannt, so follte dafür gesorgt werden, daß das Mittel in amtlichen Laboratorien prä= parirt und nur bort abgegeben wird.

Es ift möglich, daß sich auch der Bund bereits mit der Sache besaßt. Er wird aber vielleicht etwas mehr Zeit gebrauchen, vielleicht in Sachen auch gar nichts thun. Wenn wir in dieser Sache einmal von den Ersten wären, so glaube ich, es würde uns niemand einen Vor-

wurf machen.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich habe den Auftrag, die Interpellation des Herrn Scherz kurz folgendermaßen zu beantworten.

Es ist selbstverständlich, daß eine Entdeckung, die solches Aussehen erregt und, wenn sie sich bewährt, eine so große Tragweite für alle Bölker hat, auch von den Sanitätsbehörden jedes Landes verfolgt werden muß, um dieselbe möglichst bald verwerthen zu können. Wenn trothem die hierseitige Regierung nicht dem Beispiele einiger anderer Kantone folgte, die sofort einen Arzt nach Berlin sandten, so hat dies darin seinen Grund, weil dies nach den eingezogenen Erkundigungen sehr wenig nütt. Es ging mancher Arzt nach Berlin, der nachher ungefähr gleichviel wußte, wie vorher. Erstens sind die Untersuchungen noch nicht so abgeschlossen, daß herr Prof.

Roch selbst schon ganz zuverlässige Behauptungen aufstellt und zweitens ist die Bereitung des Impsstoffes bis jest

noch absolutes Geheimniß.

Wenn ich fage, Herr Prof. Roch habe fich über die Tragweite feiner Entdedung noch nicht bestimmt ausgesprochen, so ift das so zu verstehen, daß er allerdings, geftüßt auf mehrjährige Bersuche, gewiffe Erscheinungen ber Tuberkulose als heilbar erklärt, daß er fich aber über die Wirkung seines Mittels in vorgeschrittenen Fällen ungemein vorsichtig und zurückhaltend ausspricht, um nicht zu früh übertriebene Hoffnungen zu wecken. In diesem Stadium ber Angelegenheit hatte es feinen großen Werth gehabt, einen fpeziellen Delegirten nach Berlin zu fenden. Immerhin hat der Bundesrath einen in Bern etablirten Arzt nach Berlin abgeordnet und es hat derfelbe, Herr Dr. Bovet, auch von unserer Erziehungsdirektion, welcher bie Rliniten unterftellt find, eine Empfehlung erhalten. Nach dem Dafürhalten der Regierung muß hauptfächlich, wie auch herr Scherz hervorgehoben hat, verhütet werden, daß sich die Privatspekulation der Sache bemächtigt, indem man dafür forgt, daß von Seite bes Staates die Berftellung des Mittels beforgt wird, sobald deffen Berftellungsweise bekannt gegeben ift. Dabei würde es mir nicht zweckmäßig erscheinen, wenn jeder Ranton eine befondere Anstalt zur Herstellung ber Lymphe einrichten wurde. Es ware das Befte, wenn der Bund eine folche Anstalt gründen würde. Auf alle Fälle wird die Regie= rung die Sache im Auge behalten, fie muß aber den Moment abwarten, wo die Bekanntgabe des Mittels er= folgt. Die Absicht ist da, daß mit dem Mittel nicht Spekulation getrieben werden foll; weder Professor Roch noch der deutsche Raiser ist ein Spekulant auf diesem Gebiete. Sobald das Mittel bekannt gegeben ist, werden die Behörden dafür forgen, daß fich nicht der Schwindel der Sache bemächtigen fann, sondern die Wohlthat des Roch'schen Mittels allen Kranken möglichst billig — ben Armen unentgeltlich — zu gute kommt.

Ich glaube hiermit dem Großen Rathe den Stand der Sache dargethan zu haben und kann ihm die Zusicherung geben, daß die Regierung niemals versehlt haben würde, der Sache die ihrer Wichtigkeit entsprechende

Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Interpellation ift damit erledigt.

Interpellation des herrn Grofrath Dürrenmatt betreffend den sogenannten Obergaragneruntsch.

(Siehe Seite 254 hievor.)

Dürrenmatt. Sie sind soeben vom Herrn Polizeisirektor von Bern über den Tuberkelbacillus unterhalten worden, der sich seucheartig über die ganze Menscheit ausgebreitet hat. Bor einigen Wochen hatte es den Anschein, als sollte ein Bacillus anderer Urt ebenfalls eine ungeheure Ausdehnung gewinnen; man könnte denselben Revolutions= oder Aufruhrbacillus nennen. Es thut mir leid, daß ich Sie über diese Tagesneuigkeit auch noch unterhalten, respektive Ihnen damit unangenehm

werden muß; ich werde mich indessen hüten, die Interpellation allzu sehr in politisches Fahrwasser gerathen zu lassen. Es ist lediglich das Interesse an der Wahrheit, das mich veranlaßte, die Interpellation zu stellen.

Einige Wochen nach dem Ausbruch der Unruhen im Tessin wurde das schweizerische und auch das auswärtige Publikum durch sensationelle Zeitungsmittheilungen überrasscht, die von aufrührerischen Plänen im Oberaargau und Emmenthal zu melden wußten. Ich kann nicht umhin, Ihnen in Kürze von einigen dieser Artikel zum Beweise dessen Kenntniß zu geben. Es geschieht nicht in der Absicht, gegen die betreffenden Zeitungsredaktionen eine Polemik zu führen, indem die Betreffenden ja nicht im Falle wären, hier darauf antworten zu können; allein ich muß Ihnen, wenn auch in aller Kürze, von diesen Artikeln Kenntniß geben, um meine Interpellation zu begründen.

In der in Lausanne erscheinenden "Revue" wurde ausgestreut, es erhalte sich mit Hartnäckigkeit das Gerücht, daß ein geheimes Komite der bernischen Volkspartei befcoloffen habe, die Waffen zu ergreifen und auf Bern zu marschiren. Die Theilnehmer würden fich aus dem Oberaargau und dem Emmenthal refrutirt haben. Der Beschluß sei Dienstags den 30. September gefaßt worden, es sei aber dem Ginflusse bes herrn v. Steiger gelungen, die Ausführung zu verhindern. Diese Mittheilung wurde von der "Berner Zeitung" reproduzirt und modifizirt, indem sie schrieb: "Nach unsern Erkundigungen hat eine engere Versammlung inderthat stattgefunden, in welcher der Entwurf einer Proklamation, aus bekannter Feder stammend, angenommen wurde. Der Text diefer Proklamation war so gehalten, daß er die Grundlage eines strafbaren Deliktes gebildet hätte, wenn auf der Berbreitung beharrt worden ware. Beabsichtigt scheinen aber nicht eigentliche aufständische Handlungen gewesen zu sein, sondern man gedachte, einige Bolksversamm= lungen "turbulenter" Natur abzuhalten und gedachte dazu diejenige Zeit zu benuten, wo der Oberaargau und das Emmenthal infolge der Abgabe von Truppen nach dem Tessin von solchen entblöst seien. Unsere Behörden waren von diefen Projekten vollständig unterrichtet, und verfolgten die Entwicklung dieser Angelegenheit mit gebührender Aufmerksamkeit. Zweifelsohne wurden fie im gegebenen Momente in einer den Theilnehmern ebenfo unerwarteten als unangenehmen Weise eingeschritten sein." Ferner schreibt die "Berner Zeitung", fie hatte gewünscht, "es hätte fich dieser von einigen Volksparteilern angezettelte Skandal um einige Stadien weiter entwickeln mögen. Nicht aus Freude am Skandal wünschen wir das, fondern der Blamage wegen, die diefe Standal= helden unfehlbar davongetragen hätten. . . . Freilich hoffen wir, daß auch dieser Anfang schon seine guten Früchte tragen werde." Er hat sie dann inderthat bei Anlaß der Nationalrathswahlen im Oberaargau getragen! In einer spätern Kummer drückt sich die "Berner Beitung" noch bestimmter aus, indem sie sagt, sie habe mit diesen Mittheilungen dem frechen Leugnen unserer Richtung gegenüber den klaren Thatbestand festgestellt. Ferner machte der in Herzogenbuchsee erscheinende "Berner Landbote" Mittheilungen, die er aus bester Quelle haben wollte. Er schrieb: "Neber den Feldzugsplan geben Aufschluß die Warnungsbriefe und Mittheilungen, welche die Behörden erhalten haben und wir hoffen, es werde die Zeit kommen, wo dieses Beweismaterial vorgelegt wird."

Ferner behauptete der "Landbote", die Anstifter haben in Ersahrung gebracht, daß die Gegenpartei und speziell alle Behörden der Haupstadt über ihr ganzes Thun und Treiben unterrichtet waren und daß Vorsichtsmaßregeln getroffen wurden und es habe nur die Angst vor gehöriger Bestrafung abschreckend gewirkt. Ferner: "Es ist eigentlich schabe, daß nach der Versammlung vom letzten Dienstag in Bern, wo das erste vollsparteiliche Manisest zur Probe vorgelesen wurde, die Attion dann nicht beschlossen wurde." Der "Berner Landbote" sindet diese Mittheilungen so gravirend, daß er am Schlusse seines Artikels mit Fettdruck solgende Aufsorderung erläßt: "Wir verlangen, daß durch eine Interpellation im Großen Rath die ganze Angelegenheit an's Licht gezogen und gehörig behandelt werde." Sie sind es also schon der die Mehrheit des Bernervolkes repräsentirenden freisiningen Presse schuldig, diese Angelegenheit gehörig an's

Licht zu ziehen.

Auf diese Behauptungen hin, die hartnäckig aufrecht erhalten wurden, sah sich zuerst eine Volksversammlung in herzogenbuchsee veranlaßt, öffentlich an die Behörden des Kantons und der Eidgenoffenschaft die Aufforderung zu richten, entweder streng nach dem Gesetz gegen die Anstister solcher Machenschaften einzuschreiten oder aber diese Gerüchte öffentlich zu dementiren. Da dieser öffent= lichen Kundgebung nicht entsprochen wurde, fah fich der Sprechende als Präsident jener Versammlung veranlaßt, fich mit chargirtem Brief an die Bundes- und Rantonsbehörden zu wenden mit dem höflichen Gesuch, es möchte dem Verlangen der Versammlung von Herzogenbuchsee entsprochen werden. Der Bundesrath nahm sich einige Zeit, bevor er darauf antwortete. Nachdem dann die Wahlen vorüber waren, ging mir ein längeres Schreiben ju, worin die Bundestanzlei mittheilte: "Wenn dem h. Bundesrath allfällig weitere konfidentielle Mittheilungen gemacht wurden, so waren dieselben nach Unsicht des h. Bundesraths offenbar nicht derart, daß sie ein ftraf-rechtliches Einschreiten rechtfertigen könnten." Damit hätten sich die Fragesteller begnügen können, indem mit dieser Erklärung ein Hauptworwurf der betheiligten Presse, daß im Oberaargan Borbereitungen ftraflicher Art zu Unruhen stattgefunden haben, dahingefallen war. Bon ber Kantonsregierung bagegen ift bis zur Stunde feine Untwort eingelangt. Ich mußte die Erfahrung machen, die für mich als Föderalift doppelt bemühend war, bag unser h. Bundesrath, wie es scheint, für einen gewöhn= lichen Bürger viel weniger unnahbar ist, als unsere Regierung für ein Mitglied des Großen Rathes. Ich bin es aber dem Auftrag der Bolksversammlung in herzogen= buchsee schuldig, nichts an der Saue kleben zu laffen. Da ich auf dem Wege der schriftlichen Korrespondenz von der Regierung keine Antwort erhalten konnte, so bin ich heute nun im Falle, dieselbe hier mudlich anzufragen.

Rehmen wir einen Augenblick an, die furchtbare Anschuldigung, die gegen einen Theil der Bevölkerung des Oberaargaus erhoben wurde, es sei ein bewaffneter Aufstand gegen die Hauptstadt geplant gewesen, man habe die öffentliche Ruhe stören und die Ereignisse im Kanton Tessin auf den Kanton Bern hinüberpstanzen wollen, sei wahr. Dann würde jedermann sagen: Das ist eine Schmach für den ganzen Kanton, für das engere und weitere Baterland, nicht nur für den Oberaargau. Und jedermann würde sicher strenge Bestrafung der Schuldigen verlangen, die auf diese Weise die öffentliche Kuhe und

Sicherheit freventlich gestört haben. Auch ich wäre damit einverstanden. Da nun aber an der ganzen Geschichte kein wahres Wort ist, so finde ich, es sei nicht recht, dennoch auf einer ehrbaren, friedfertigen Bevölkerung diesen Matel ruhen zu laffen, und deshalb glaube ich, die an die Regierung gerichtete Anfrage wäre eine Antwort wohl werth gewesen. Es ist zwar in letzter Stunde vor den Ende Oftober stattgefundenen Nationalraths= wahlen ein Flugblatt verbreitet worden, das die Unter= schrift des Herrn Bundesrath Droz trägt und aus welchem man entnehmen kann, wie ein solches Gerücht ent-stehen konnte. Herr Droz theilt mit, daß ein "hochehr-barer Bürger aus dem Oberaargau" und Mitglied des Komites der Bolkspartei in größter Aufregung zu ihm gekommen fei und ihm Mittheilung gemacht habe von einem geheim zusammenberufenen Komite der Bolts= partei, daß ein Aufruf vorbereitet worden fei und daß nur auf das Losungswort gewartet werde, "um loszu-schlagen". Der betreffende hochehrbare Bürger, Herr Joh. Witschi in Hindelbank, bestreitet aber in einer Erklärung, daß er Herrn Droz jemals Mittheilungen gemacht habe, aus benen man auf gewaltsame Unterneh= mungen hatte schließen konnen und er erklart das Auseinandergehen seiner Mittheilungen mit denjenigen des Herrn Droz damit, daß er sagt: "Bei der aufgeregten Stimmung, den mehrsachen lleberlieferungen und lleberssetzungen in's Französische, sind nun die beiden Punkte, das Beispiel der Möglichkeit einer gelegentlichen Erhebung des Oberaargaus und die Volksversammlung mit dem geharnischten Aufruf vermengt und als in naher Aussicht stehend dargethan worden. Bon einem wirklichen bewaffneten Marsch nach Bern hatte weder Ursache, noch den Gedanken zu sprechen, ebensowenig von einer Aufforderung zur Waffengewalt; wohl aber sprach ich von einem geharnischten Aufruf zu einer Bolfsver-fammlung, die dann auch unterblieb." Die Mittheilungen gehen alfo fehr weit auseinander. Dazu tommt, baß herr Witschi sich selbst nicht als Mitglied der Volkspartei betrachtet und auch keinem Komite angehört. Trot dieser feststehenden Thatsachen wurden die erwähnten Behauptungen bis zur letzten Stunde aufrecht erhalten und ich mußte mir in der genannten Presse sogar noch "wüst" sagen lassen, weil ich auf der Ablehnung dieser Mitthei= lungen beharrte. Die "Berner Zeitung" schrieb über unsere Niederlage bei den Nationalrathswahlen: "Aggra= virt wird sie, und das ift nun das Bedeutungsvolle, Tragende, durch das wirklich widerfinnige Ableugnungs= und Dementirungssystem, welches von der "Berner Volks= zeitung" und dem "Berner Tagblatt" aboptirt worden ift." Auch im perfönlichen Berkehr mit Bürgern überzeugte ich mich, daß noch wochenlang die Redensart gang und gabe war: Es muß doch etwas gegangen fein; feid ihr benn wirklich unschuldig? Ich habe biefen Bürgern erklärt, es sei an der ganzen Geschichte kein mahres Wort, und es dürfe in dieser Beziehung auch nicht ein Schatten von Berdacht auf unserer Partei laften bleiben.

Ich habe Ihnen im Eingang gesagt, es sei mir nicht darum zu thun, eine parteipolitische Polemik zu führen und ich glaube, die Grenzen, welche ich zu ziehen versprach, nicht überschritten zu haben. Allein den Berdacht, daß wir solche aufrührerische Unternehmungen geplant hätten, lassen wir nicht auf uns lasten. Es soll nicht noch in 50 oder 100 Jahren in den Lesebüchern ein Lesestück von der "Mordnacht im Oberaargau" oder der

"Mordnacht in Bern" stehen (Heiterkeit); es soll nicht schließlich diese historische Lüge Jahrhunderte lang geglaubt werden. Lediglich zur Steuer der Wahrheit stelle ich deshalb die Anfrage an die Regierung:

1. Hat die Regierung Kenntniß von sträslichen Vorbereitungen, welche zufolge der Mittheilungen eines großen Theils der schweizerischen Presse seitens eines angeblichen geheimen Komites der bernischen Volkspartei im Herbst dieses Jahres gegen die Ruhe und Sicherheit des Staates stattgefunden haben sollen? 2. Welche Maßregeln hat die Regierung bejahenden Falles zur Unterdrückung und Uhndung derartiger Ruhestörungen getroffen?

Scheurer, Regierungspräsident, Berichterstatter des Regierungsraths. Ich könnte namens der Regierung auf die Interpellation des Herrn Dürrenmatt einsach mit Nein antworten und sagen: Die Regierung hat von solchen sträslichen Borbereitungen absolut keine Kenntniß gehabt und ist deshalb auch nicht in der Lage gewesen, Maßnahmen zur Unterdrückung und Uhndung von Ruhesstörungen zu treffen. Damit könnte eigentlich die ganze Angelegenheit von Seite der Regierung als erledigt bestrachtet werden. Allein mit Rücksicht darauf, daß der Sache von gewisser Seite eine größere Bedeutung beigelegt wird und da seinerzeit in den Zeitungen gesagt wurde, es haben auch die Mitglieder der Regierung von diesen Gerüchten Kenntniß gehabt, so will ich auf diesen Punkt mit einigen Worten näher eintreten, um die Stelslung der Regierung und ihrer einzelnen Mitglieder durch= aus erschöpfend zu charakterisiren.

Es ist richtig, daß auch einige Mitglieder der Regie= rung von dem Gerücht betreffend im Oberaargau geplante Butschversuche Kenntnig erhielten. Es wurde dem herrn Polizeidirektor mitgetheilt, es habe ein Mitglied des Bundesrathes eine solche Nachricht erhalten und es hat mich der herr Polizeidirektor davon ebenfalls in Kenntnig gesetzt, jedoch sagte er mir dies nicht offiziell in meiner Eigenschaft als Regierungspräsident, sondern es war nur eine Privatmittheilung. Der Herr Polizeidirektor scheint also der Nachricht absolut teine Bedeutung beigemeffen und dieselbe ebenso steptisch aufgenommen zu haben, wie ich. Ich betrachtete von Anfang an die ganze Geschichte als einen schlechten Wit oder ein dummes Geschwät ich muß das offen gefteben. Wenn man geglaubt hatte, daß hinter dem Gerücht irgendwelche Thatfächlichkeit stecke, würde nicht unterlaffen worden fein, der Regierung hievon offiziell Renntniß zu geben und Unträge zu ftellen. Allein ich habe ber Sache keine fünf Minuten nachgebacht; in ein paar Sekunden war diefelbe für mich abgethan. Ich fagte mir fofort im erften Moment, daß an der Sache aus verschiedenen Gründen kein mahres Wort fein könne, schon darum, weil ein folches Unternehmen in jenem Momente wirklich zu dumm gewesen wäre. Wenn eine Zeitung ichrieb, man habe die Zeit zu benuten ge= bacht, wo der Oberaargau und das Emmenthal infolge der Abgabe von Truppen nach dem Teffin von folchen entblößt gewesen seien, so ift das geradezu etwas Dum= mes; benn wir haben tein stehendes, sondern ein Miliz-heer. Auch ist der oberaargauischen Bevölkerung so viel Intelligenz zuzutrauen, daß wenn sie revolutioniren wollte, fie nicht die alten Weiber an die Spige stellen (Heiter= teit), sondern den Moment abwarten würde, wo die Jungmannschaft, die befte Rraft des Landes, zur Berfügung ftunde. Nebrigens tenne ich die oberaargauische Bevolterung so gut, daß ich behaupten darf, wenn sie revolutioniren wollte, so würde sie wenigstens warten, bis der Erdäpfelgrabet vorbei wäre (große Heiterkeit); die Leute sind zu sparsam, als daß sie die gute Jahreszeit zum Revolutioniren brauchen würden. Ferner ging mir im gleichen Moment durch den Kopf, daß es im Oberaargau zwei Parteien gibt; wenn die eine marschiren wollte, würde dies die andere jedenfalls auch thun und dann würde das Zusammentreffen wahrscheinlich schon um "Burdlef ume" stattsinden, nicht erst auf der Rathhausetreppe in Bern (große Heiterkeit).

Was mir aber noch ganz besonders in der nämlichen Sekunde die Ueberzeugung beibrachte, daß an der Geschichte nichts sei, daß ist der Charakter der betreffenden Bevölkerung. Ich hätte es geradezu als eine Beleidigung dieser Bevölkerung betrachtet, wenn sich die Regierung oder ein Staatsbeamter auch nur den Schein gegeben hätte, daß er an die Möglichkeit, daß solche Handlungen

geplant worden seien, geglaubt habe.

Aus diesen Gründen legte das Regierungspräfidium ber Sache durchaus keine Bedeutung bei und hütete sich wohl, derselben durch Mittheilung an den Regierungsrath irgendwelchen offiziellen Charakter zu geben. Die Regie= rung wurde also in Sachen nicht behelligt bis zum 21. Ottober 1890, an welchem Tage Herr Dürrenmatt das von ihm erwähnte Schreiben an die Regierung richtete. In diesem Schreiben gab Herr Dürrenmatt von dem Beschluß der Volksversammlung in Herzogenbuchsee Kennt= niß und schloß dann wie folgt: "Sollte sich der h. Regierungsrath nicht veranlaßt feben, diefe Resolution öffentlich zu beantworten, so behält sich der Unterzeichnete vor, die Angelegenheit durch eine Interpellation in der nächsten Sitzung des Großen Rathes zur Sprache zu Dieses Schreiben lag der Regierung vor, sie sah sich aber nicht veranlaßt, auf dasselbe hin irgend= welche Erklärung abzugeben. Die Regierung theilt im großen und ganzen die Auffassung des Regierungspräsidenten und des Herrn Polizeidirektors, wonach der Sache von Anfang an keine große Bedeutung beigelegt wurde. Die Regierung konnte sich deshalb nicht dazu verstehen, ähnlich wie der Bundesrath in einem langen Schreiben in der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Daß der Bundesrath dies that, begreife ich, indem derfelbe, beziehungsweise ein Mitglied desselben, der Sache, wie es scheint, von Anfang an größere Bedeutung beilegte, als die bernischen Behörden. Man ist überhaupt auf der Bundeskanzlei viel schreibseliger, als bei uns. Der Regierungsrath glaubte sich um so weniger mit der Ange= legenheit befassen zu sollen, als Herr Großrath Dürren= matt eine Interpellation im Großen Rathe in Aussicht stellte und die Regierung fand, daß wenn die Angelegen-heit in offizieller Weise behandelt werden muffe, es am besten sei, wenn dies vor dem Großen Rathe geschehe. Ferner mußte sich der Regierungsrath sagen, nachdem eine bestimmte Person als Urheber des Gerüchtes genannt worden sei, sei es Sache der Beleidigten, sich direkt an denselben zu halten und ihn zur Verantwortung zu ziehen, indem es nicht in der Stellung bes Regierungsraths sei, in solchen Fällen für Beleidigte in die Schranken zu treten. Daß herr Dürrenmatt der Sache große Wichtigkeit beilegte, ist begreiflich, da sie in dem heftigen Wahlkampf, der um jene Zeit im Oberaargau im Gange war, von beiden Parteien zu ihren Zwecken verwerthet wurde und Herr Dürrenmatt, weil bekanntlich zur Führerschaft der einen Partei gehörend, mitten in diesem Wahlkampfe stand. Für die außerhalb des Wahlkampses stehende Regierung existirten aber diese parteipolitischen Rücksichten nicht und konnten sie nicht veranlassen, sich in die Sache einzumischen.

Dies ist der Gang der Dinge, soweit er die Regierung betrifft. Das Resultat ist, daß die Regierung als Behörde und ofsiziell von sträslichen Vorbereitungen zu einem Putsch keine Kenntniß hatte und daher auch keine Maßnahmen dagegen zu treffen in der Lage war und daß diesenigen Mitglieder der Regierung, welche von dem bezüglichen Gerüchte Kenntniß erhielten, demselben keine Bedeutung beilegen zu sollen glaubten.

Dürrenmatt. Herr Präfident!

Brafibent. Es findet feine Diskuffion ftatt.

Rufe: Schluß! Schluß!

Dürrenmatt erklärt unter fortwährenden Schluß= rufen, daß ihn die Antwort des Herrn Regierungsprä= sidenten vollständig befriedigt habe.

Die Interpellation ift damit erledigt.

Ankauf einer Jandparzelle in der Mussmatte bei Bern.

Der Regierungsrath beantragt, einem mit Herrn Notar Küpfer in Bern abgeschlossenen Kaufvertrag um eine in der Mussmatte bei Bern gelegene Landparzelle im Halt von 2 Jucharten 13,067 Ouadratfuß zum Preise von Fr. 55,840. 20 = 60 Kp. per Ouadratfuß die Genehmizung zu ertheilen.

Domänendirektor, Berichterstatter des Scheurer, Regierungsraths. Es liegt ein Kaufvertrag vor zwischen dem Staat und herrn Notar Rupfer in Bern um eine Landparzelle in der Muesmatte bei Bern, im Halt von 2 Jucharten 13,067 Quadratfuß. Die Parzelle grenzt an das vor einiger Zeit erworbene Terrain an, auf welchem das chemische Laboratorium erstellt werden soll. Bei Anlaß der Behandlung dieses Geschäfts wurde von der Baudirektion die Anregung gemacht, es solle der dor= tige Landbesit des Staates ausgedehnt werden und zwar sollte dies geschehen, folange die Landpreise noch verhält= nigmäßig niedrig seien. Die Domänendirektion ift bier-auf mit herrn Rupfer in Berbindung getreten und es ift ein Kauf zum Preise von 60 Rappen per Quadratfuß oder im ganzen Fr. 55,840. 20 zu ftande gekommen. Herr Kupfer verlangte anfänglich 70 Rappen, indem in= folge der Bauthätigkeit in dieser Gegend die Landpreise daselbst im allgemeinen gestiegen sind. Schließlich konnte eine Reduktion auf 60 Rappen erzielt werden. Der Preis ist hoch genug, aber mit Rücksicht auf die Berhältnisse

in dieser Gegend auch nicht zu hoch; jedenfalls würde er in nicht sehr langer Zeit bedeutend höher sein. Der Kauf bietet auch den Vortheil, daß das chemische Laboratorium günstiger plazirt und den berechtigten Bemerkungen des Herrn Tièche Rechnung getragen werden kann. Ferner wird das Grundstück nach 3 Richtungen hin richtig abgerundet, indem es nun an die Bühlstraße, die Freie Straße und die zukünstige Muesmattstraße angrenzen wird. Nach der vierten Seite hin ist dasselbe allerdings noch nicht richtig arrondirt. Es wird aber wohl möglich sein, mit dem betreffenden Eigenthümer sich vereinbaren zu können.

Schmid (Andreas), Berichterstatter der Staatswirthsschaftskommission. Die Staatswirthschaftskommission beantragt Ihnen einstimmig, den Ankauf dieser Landparzelle, die zur Arrondirung des Terrains, auf welches das chemische Laboratorium zu stehen kommen soll, absolut nothwendig ist, zu genehmigen.

Genehmigt.

Perkauf eines Cheils der Begenalp im Amtsbezirk Signau.

Der Regierungsrath beantragt, dem Berkauf eines Theils der im Amtsbezirk Signau gelegenen Hegenalp zum Preise von Fr. 26,000 (Grundsteuerschatzung Fr. 28,400) die Genehmigung zu ertheilen.

Willi, Forftbirektor, Berichterftatter bes Regierungs= raths. Der Staat besitzt in der Gemeinde Trubschachen die sogenannte Hegenalp, die zu 3/4 aus Wald und zu 1/4 aus Wiesland befteht. Der Staat erwarb fie im Jahre 1747 zum Zwecke der Berbefferung der Ginnahmen der Pfarrei Trub. Als dann aber der Staat die Geist= lichen dirett besoldete, nahm fie der Staat in eigene Berwaltung. Es hat sich nun in jungster Zeit ergeben, daß der Zustand der Gebäude ein sehr mangelhafter ift, was schon daraus hervorgeht, daß die kantonale Brandversicherungsanstalt fie von der Berficherung ausschloß. Ein Neubau würde ungefähr Fr. 2000 kosten, und man hatte beshalb anfänglich im Plan, die Alp gang aufzuforften. Allein die Untersuchung ergab, daß dies nicht zweckmäßig sei, indem dem Wald nicht der Charakter eines Schutzwaldes gegeben werden könne und anderseits die Alp noch recht gutes Wiesland enthalte. Man fand deshalb, es wäre das Richtigste, wenn man das Wies= und Weide= land nebst einem kleinen Stud Wald verkaufen könnte. Gine Ronfurrenzausschreibung und eine Steigerung hatten nicht den gewünschten Erfolg. Schließlich erklärte man dem Bächter, wenn er nicht einen anftändigen Preis bezahle, so laffe man das Wiesland aufforsten. Das wirkte. Der Pächter machte ein Angebot von Fr. 26,000, bas allerdings die Grundsteuerschatzung des zu verkaufenden Theils (= Fr. 28,400) nicht erreicht. Allein unter Berücksichtigung, daß die auf Fr. 4900 geschätten Gebäude lange nicht diesen Werth haben und der Staat bisher nur einen Zins von Fr. 650 bezog, der nicht einmal einer 3% igen Verzinsung des offerirten Kaufpreises gleichstommt, fand man, es sei der Verkauf zu diesem Preise angezeigt. Der Regierungsrath empsiehlt Ihnen den Kausvertrag zur Genehmigung.

Schmid (Andreas), Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission. Die Staatswirthschaftskommission empfiehlt Ihnen, diesen Berkauf zu genehmigen. Wennschon die Grundsteuerschatzung nicht ganz erreicht wird, so liegt der Berkauf mit Rücksicht auf den schlechten Zustand der Gebäulichkeiten doch im Interesse des Staates.

Genehmigt.

Gefet

betreffend

Aufhebung der Gesetze über die Branntweinund Spiritusfabrikation

vom 31. Weinmonat 1869 und 11. Mai 1884.

Erfte Berathung.

(Siehe Nr. 28 der Beilagen zum Taglatt des Großen Rathes von 1890.)

Auf Antrag des Präsidiums wird beschloffen, diese Borlage in globo zu behandeln.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsraths. Wir find im glücklichen Falle, der leider nicht oft eintritt, einmal nicht ein neues Gefet vorzulegen, sondern zwei solche aufzuheben. Es betrifft bie Gesetz über die Branntwein= und Spiritusfabrika-tion, vom 31. Oktober 1869 und 11. Mai 1884. Der Grund der Aufhebung liegt darin, daß die Besteuerung der Kartoffel= und Getreidebrennerei infolge des eidge= nöffischen Altoholgesetzes dahingefallen ift und damit auch ber hauptgrund zum Erlag der Gefete über die Branntweinfabrikation. Ein zweiter Grund zum Erlaß diefer Gefete war ber, daß man dem Staat über die Kartoffelbrennerei eine Kontrolle ermöglichen wollte, um gewiffen Mißbräuchen entgegenarbeiten zu können. Auch dieser Grund ift infolge des Alfoholmonopols weggefallen und es konnte sich deshalb nur noch fragen, ob wir unsere Gesetzgebung über die Branntweinfabrikation in Bezug auf das Brennen nicht monopolpflichtiger Stoffe, wozu Obst und dergleichen gehört, aufrechterhalten wollen. Wir fanden, es sei nicht der Mühe werth, für diese sehr bescheidene Brennerei den ganzen Apparat unserer bisherigen Gesetzgebung, wie er für die frühere Brennerei nothwendig war, aufrecht zu erhalten. Die Steuer für das Brennen nicht monopolpflichtiger Stoffe warf letztes Jahr nur Fr. 800 ab und es hat beshalb wegen dieser paar hundert Franken eine Ausnahmegesetzgebung keinen

Sinn mehr. Deshalb wird in § 1 der Borlage gefagt: "Das Gefet betreffend die Branntwein- und Spiritusfabritation vom 31. Weinmonat 1869 und das Gefet für Abanderung bes § 3 diefes Gefetes vom 11. Mai 1884, nebst dem zudienenden Bollziehungsdefret vom

29. Oktober 1884, find aufgehoben."

Sie werden fragen, mas denn in Zufunft für diejenigen Brennereien, welche nicht monopolpflichtige Stoffe brennen, gelten follen. Wir beantragen, es follen biefe Brennereien, wie alle andern gewerblichen Betriebe und Einrichtungen, einfach dem Gewerbegesetz vom Jahre 1841 unterworfen sein. Es ist also für solche Brennereien eine Bau- und Einrichtungsbewilligung einzuholen und ein Gewerbeschein zu lösen. Ferner find dieselben den Borschriften über Feuerpolizei, sowie den Bestimmungen

des Lebensmittelpolizeigesetes unterftellt.

Es muß nun gesagt werden, was als gewerbsmäßiger Betrieb der Brennerei betrachtet werde. Bisher wurde als solcher angesehen das Brennen von mehr als 150 Liter jährlich. Man möchte nun in diefer Beziehung eine fleine Erleichterung eintreten laffen und die Grenze für den nichtgewerbsmäßigen Betrieb auf 200 Liter erhöhen, da es in obstreichen Jahren fehr wohl der Fall sein tann, daß ein Einzelner ober einige Rachbarn genügend Obst haben, um ein Quantum von 200 Liter zu brennen. Diefe Brennerei foll gang frei fein, und es foll dafür auch keine Bewilligung eingeholt werden muffen, wie dies bisher der Fall war. Sie erinnern fich, daß wiederholt Bugnachlaggesuche vorgelegen find, weil die Leute es unterließen, für das Brennen von etwas "Bäti" oder Kirschen für ihren Haushalt eine Bewilligung einzuholen. Diefe Bewilligung foll also fortfallen und es haben nur diejenigen, welche mehr als 200 Liter jährlich brennen, die vom Gewerbegesetz vorgeschriebenen Einrichtungen zu treffen. Es ist das ein Schritt, den man getrost wagen darf und ich bin überzeugt, daß wegen diefer größern Freiheit in Bezug auf das Brennen von eigenem Obst das Vaterland nicht zu Grunde gehen wird, daß dafür aber unnöthige Plakereien und ein großer Apparat, der fich nicht mehr lohnt, dahinfallen.

Dies find mit turzen Worten die Grunde, welche den Regierungsrath veranlaßt haben, Ihnen diese Borlage zu machen. Die Kommission wird bei § 3 einen kleinen Abänderungsantrag stellen und ich erkläre zum voraus, daß die Regierung mit demfelben einverstanden ift.

Ich empfehle Ihnen die Vorlage zur Annahme.

Fueter, Berichterstatter der Kommission. Die Aufhebung der Gesetgebung über die Branntweinfabrikation ist deshalb geboten, weil dieselbe im Widerspruch mit der Bundesgesetigebung fteht, und die Aufstellung eines neuen Gesetzes ist überflüßig, weil der ganzen inländischen Brennerei, soweit der Kanton sie zu überwachen hat, feine Bedeutung mehr zukommt, indem lettes Jahr nur noch Fr. 800 eingingen. Sie wiffen ferner, daß die Bundesverfaffung in Art. 32bis fagt : "Das Brennen von Wein, Obst und deren Abfällen, von Enzianwurzeln, Wachholderbeeren und ähnlichen Stoffen fällt betreffend die Fabrikation und Besteuerung nicht unter die Bundes= gesetzgebung." Mit Rudficht hierauf wäre der Kanton Bern genothigt gewesen, ein neues Brennereigesetz zu erlassen. Ich erinnere Sie daran, daß z. B. in Dels= berg ausländische Früchte — Feigen, Kosinen 2c. — in großem Maßstabe gebrannt wurden, wodurch dem Mo-

nopol in Bezug auf Qualität und Quantität schwere Ronfurreng gemacht murbe. Dies führte zum Erlag bes Bundesbeschlusses vom 20. Dezember 1887, der meiner Unficht nach ein etwas willfürlicher war, ohne den aber vielleicht mit der Zeit die ganze Monopolfrage auf den Ropf gestellt worden ware und welcher fagt, der Art. 32bis der Bundesverfaffung fei fo zu verstehen, das Brennen von Wein, Obst zc. falle nur dann nicht unter die Bundesgesetzgebung, wenn es sich um einheimisches Produkt handle. Aus diesem Grunde möchte ich für die zweite Berathung beantragen, im Ingreß der Vorlage eine fleine Erweiterung vorzunehmen und nach den Worten "monopolpflichtigen Stoffen" einzuschalten: "sowie durch den Bundesbeichluß vom 20. Dezember 1887 die Befteurung von nichtmonopolpflichtigen Stoffen, fofern diefelben nicht inländischen Ursprungs find."

In Bezug auf das Gesetz felbst habe ich wenig zu bemerken. Gine Bewilligung zum Brennen nichtmonopol= pflichtiger Stoffe braucht nicht mehr eingeholt zu werden. Früher hatte die Einholung einer solchen viel größere Bedeutung als heute. Der Hauptgrund für deren Befeitigung ift der, daß die Strafen, welche nach dem Bun= besgeset diejenigen treffen, welche ohne Befugniß monopolpflichtige Stoffe brennen, so groß find — der 5 bis 30fache Betrag der unterschlagenen Steuer oder, falls diese nicht ermittelt werden tann, eine Buge bis auf Fr. 10,000, — daß sich jeder, namentlich auch mit Rückficht auf die zugesicherten hohen Verleiberantheile, hüten wird, im Geheimen monopolpflichtige Stoffe zu brennen.

häfen nicht mehr nöthig.

Bei Art. 3 beantragt die Kommission, die Worte "und über die für diese Aufsicht zu entrichtenden Ge-bühren" zu ftreichen. Ich empfehle Ihnen das Gesetz zur Annahme.

Infolge deffen ift eine ftrenge Kontrolle der fleinen Brenn=

v, Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter bes Regierungsraths. Ich halte die von Herrn Fueter vorgeschlagene Erweiterung des Ingresses nicht für nöthig. Da er aber diesen Antrag für die zweite Berathung stellt, so will ich heute nicht weiter darauf eintreten.

Das Gesetz wird hierauf mit der zu § 3 beantragten Menderung stillschweigend angenommen.

Es ist eingelangt folgende

Motion:

Les soussignés, députés au Grand Conseil,

Considérant que les bases qui appuient la loi de 1865 établissant un règlement de compte entre les deux parties du canton n'existent plus dans leur forme d'alors, et ont été modifiées essentiellement par les circonstances;

Qu'il est de l'intérêt général du canton, de faire disparaître de notre législation cantonale ce règlement de compte, qui constitue une sorte d'anachronisme dans l'économie de notre système financier; Demande que le Conseil-exécutif présente pour la session ordinaire du printemps un projet de loi portant abrogation de la loi du 19 décembre 1865, réglant le rapport des impôts entre l'ancienne partie du canton et le Jura.

Berne, le 28 novembre 1890.

Pre Jolissaint. Fritz Belrichard. Albert Voisin. Folletête. Aug. Moschard. A. Tièche. E. Daucourt. Comte. J. Romy. J. Brand. J.-Alfred Aebi. F. Imer. J. Mérat. G. Clémençon. C. Grandjean. Meyer. Moser, Fürsprech, Pre Prêtre. F. Burger. F. Schlatter. H. Mettier. E. Tièche. F. Reymond.

(Die unterzeichneten Mitglieder des Großen Kathes, in Anbetracht., daß die Grundlagen, auf die sich das durch das Gesetz von 1865 geschaffene Abrechnungsverstältniß zwischen den beiden Kantonstheilen stützt, in ihrer damaligen Form nicht mehr bestehen und durch die Umstände wesentlich modifizirt worden sind; daß es ferner im allgemeinen Interesse des Kantons liegt, dieses Absrechnungsverhältniß, das in unserem Finanzhaushalt einen förmlichen Anachronismus bildet, aus unserer kantonalen Gesetzebung auszumerzen, stellen das Begehren, daß der Regierungsrath dis zur ordentlichen Frühjahrssesssion einen Gestzesentwurf vorlege betressend Ausbedung des Gesetzes vom 19. Dezember 1865 und Reglirung des Steuervershältnisse zwischen dem alten Kanton und dem Jura.)

Wird auf den Kanzleitisch gelegt.

Die Regierung wird beauftragt, den Tag der Bolksabstimmung über den Beschluß betreffend Fortbezug einer Cytrasteuer zum Zwecke der Erweiterung der Frrenpslege festzuseken.

Das Büreau wird ermächtigt, das Protokoll der heutigen Sigung zu genehmigen.

Präsident. Meine Herren Großräthe! Wir haben in dieser Session sehr folgenschwere Traktanden erledigt und ich hoffe, daß es zum Wohle des Landes geschehen sei. Wenn Sie auch im Beginn der Session in punkto Bauten etwas stark in die Finanzen des Staates ein= griffen, so thaten Sie es doch — das ist wenigstens meine Ueberzeugung — nur im wohlverstandenen Interesse Landes. Der Neubau der Thierarzneischule und des chemischen Laboratoriums, der Bau der Erimselstraße, die Korrektion der Saane und anderer kleinerer Gewässer sind trot der bedeutenden Opfer, welche sie erheischen, für den Kanton Bern ein bleibender Gewinu. Der beste Beweis, daß diese Auffassung allgemein gestheilt worden ist, liegt wohl darin, daß Sie alle die bezüglichen Anträge einstimmig und ohne irgendwelchen

Widerspruch angenommen haben.

Was aber die diesmalige Seffion ganz befonders charakterifirt, ist die erfreuliche Thatsache, daß sich diese Einstimmigkeit auch in zwei sehr wichtigen Fragen gezeigt hat, wo ich dies — ich gestehe das ganz aufrichtig nicht in dem Mage erwartet hatte, nämlich in Bezug auf das Ginführungsgeset zum eidgenöffichen Betreibungs= und Konkursgesetz und in Bezug auf die Reduktion des Salzpreises. Die frühere starke Opposition in unserem Kanton gegen das Betreibungs= und Konkursgeset hat in vielen die Befürchtung wachgerufen, es könnte sich diefer Widerstand auch auf das Ginführungsgesetz ausbehnen. Wenn dies nun nicht geschehen ift, fo verdanken wir dies - es foll das öffentlich hier ausgesprochen werden - in erfter Linie dem herrn Juftigdirektor, ber eine wohlvorbereitete Vorlage unterbreitete. Es sind aller= dings noch einige Bunkte, in Bezug auf die die zweite Berathung Berbefferungen bringen dürfte; im großen und gangen aber haben wir ein Wert vor uns, gegen das eine sachliche Opposition nicht möglich ist. Sodann verdanken wir diese widerspruchslose Annahme aber auch es soll das ebenfalls gesagt sein — dem loyalen Ber-halten der Opposition. Mit Rücksicht auf diese Berum-ständungen ist deshalb auch mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß das Gefet auch fernerhin von einem gunftigen Stern begleitet und feinerzeit vom Bolke angenommen werden wird, sodaß der Kanton Bern vor der Eidgenoffenschaft mit Ehren bestehen kann. Aber auch die Salzpreisfrage ist, wie ich glaube,

Aber auch die Salzpreisfrage ist, wie ich glaube, durch unsern gestrigen Beschluß in eine glückliche Bahn geleitet worden. Der in weiten Kreisen des Bolkes bestehenden Auffassung, daß es im Interesse des Landes, speziell der Landwirthschaft liege, den Salzpreis herabzusezen, wurde in einer Weise entsprochen, daß die für gemeinnützige Werke so nöttigen Staatssinanzen nicht gefährdet werden, sondern der Ausfall in anderer Weise gedeckt werden wird, und zwar hat sich die Regierung nach beiden Richtungen hin mit ihrem Wort verbürgt und Sie haben derselben gestern einstimmig Ihre Zu-

stimmung und Ihr Bertrauen ausgesprochen.

Zum Schlusse noch ein Wort über einen Gegenstand, der uns nicht zur Berathung Anlaß gab, sondern bloß in Form eines Berichts vor den Großen Kath gelangte: es ist das die in Aussicht stehende Versassung der Regierung begrüßt haben, daß sie uns demnächst ihr Resisionsprogramm im Sinne der Einheit des Kantons, der Ermöglichung der freien Niederlassung und der gerechtern und humanern Gestaltung der Armengesetzgebung vorlegen werde. Es sind das Postulate, die absolut erfüllt werden müssen, und es ist zu hoffen, daß eine Form gestunden werden könne, die dann vom Bolke angenommen werden wird.

Ich verdanke Ihnen die Ausdauer, welche Sie wäherend dieser Session bewiesen haben und hoffe, daß Sie alle gut nach Hause kommen werden. Ich wünsche Ihnen fröhliche Weihnachten und ein glückliches neues Jahr! (Beifall.)

Schluß der Sitzung und Bertagung der Seffion um $11^{1/4}$ Uhr.

Für die Redaktion: Knd. Schwarz.

Anmerkung.

Die vom Büreau zu ernennende Kommission zur Vorberathung einer Revision des Großraths=reglements wurde nachträglich bestellt wie folgt:

Herr Großrath Scherz, Präfident.

" " Chodat.
" " Erlach (Münfingen).
" " Holletête.
" " Ghgax (Bleienbach).
" " Kägeli.
" " Schmid (Andreas).
" " Beber (Biel).